Zur Geschichte

des

Deutschen Verfassungswerkes

1848 — 49.

Zur Geschichte

des

Deutschen Verfassungswerkes

1848—49.

In zwei Abtheilungen.

von

Karl Jürgens.

Zweite Abtheilung.

Erste Hälfte.
Bis zum Schluß der ersten Verfassungsberathung.

2te Auflage.

Hannover,
Helwing'sche Hofbuchhandlung.
1856.

Vorwort.

Nach meinem ursprünglichen Plane sollten die ersten Abschnitte — bis einschließlich zu dem über die Separatverkündigung der Grundrechte — mit welchen ich hier die zweite Abtheilung beginnen lasse, den Schluß der ersten bilden. Schon deshalb weil sie hier stehen und den Raum bis zum achten Bogen hinwegnehmen, habe ich in diesem Bande das Werk noch nicht zu Ende führen können. Ein anderer Grund liegt darin, daß ich in Details hineingegangen bin, vielfache Zeugnisse abdrucken ließ, Konfrontationen mit anderen Erzählern angestellt habe. Ich weiß sehr wohl, daß in Folge davon das Buch sich minder leicht lesen lassen wird. Allein woran mir am meisten gelegen, die Treue und Zuverlässigkeit der Darstellung dürfte dadurch wesentlich gewonnen haben und mein Zweck gefördert sein, wenn es mir irgend gelingen wollte, ein Werk des bon sens, der als solcher über den Parteien steht, der Lüge, der Phrase, den Verdrehungen gegenüber zu stellen, womit die Parteien oder die bloß phantastische Doktrin den Markt erfüllt, einen beträchtlichen Theil der Nation vergiftet und auf die unwahrsten und verkehrtesten Vorstellungen über die National-Versammlung gebracht haben. Man kann in wenigen Zeilen eine Behauptung oder ein Resultat aussprechen, während Beweise oft Seiten erfordern, zumal wenn über die Sachen vielfach und mit Erfolg falsch berichtet worden ist.

Es hat nach dem Erscheinen des ersten Bandes zu meiner Genugthuung an Angriffen und Anfeindungen aller Art nicht gefehlt. Ich habe einige derselben gelesen, von dem Dasein anderer durch Freunde Kenntniß erhalten. Es hat auch dabei an Lügen, Phrasen und Verdrehungen nicht gemangelt, nicht an Mißverständnissen u. dgl. Ich würde indeß noch ein Buch schreiben müssen, wenn ich es unternehmen wollte, das Entstellte wieder zurechtzustellen, und gebe lieber das von mir Dargebotene dem gesunden Sinne und Gerechtigkeitsgefühle der Leser anheim. Ohnehin läßt sich in Betreff mancher Punkte dem Nein nur eben das Ja entgegensetzen. Nur ein einziger Angriff veranlaßt mich zu einer Entgegnung, wegen seines Inhalts und Urhebers und weil er mir zu einer Berichtigung Gelegenheit giebt, wozu ich stets gern bereit bin.

Ich habe in einem polemischen Anhange zu einem der Abschnitte der ersten Abtheilung S. 341 ein Urtheil und ein Faktum ausgesprochen, nämlich daß Herr v. Beckerath, als er vor dem Eintritt des Grafen Brandenburg in das Preußische Ministerium nach Berlin berufen worden um Mittel und Wege zur Rettung der monarchischen Ordnung anzugeben, in eben so befangen und kurzblickend als wohlmeinend „liberalem" Sinne, Maßregeln angerathen habe, welche nur geeignet gewesen wären, die monarchische Ordnung gänzlich aufzulösen, daß er namentlich angerathen habe, den Stein'schen Antrag zu genehmigen, also — das gehörte selbstverständlich meinem Urtheile an — das Heer zu demoralisiren. Herr v. Beckerath hat sich in öffentlichen Blättern bitterbös darüber ausgelassen und insbesondere die Angabe des Faktums daß er zur Genehmigung des erwähnten Antrags gerathen für eine „grobe Unwahrheit" erklärt*). Nur auf diesen Theil

*) Im Erfurter Parlament hat er sie vor Kurzem eine »Zeitungslüge« genannt.

des Angriffs gehe ich ein, indem ich Rechenschaft gebe, worauf meine Angabe sich gestützt.

In Frankfurt wurde nach Beckerath's Rückkehr von Berlin, und zwar in Kreisen welche ihm nichts weniger als feindlich gesinnt waren und gut unterrichtet zu sein pflegten, mehrfach erzählt, er habe in Berlin jenen Rath ertheilt. Ich habe davon gehört auch aus ehrenwerthen Berliner Kreisen her, in welchen man gerade über einen solchen Punkt sehr genau unterrichtet sein konnte und mußte. Sodann las alle Welt die Angabe in Berliner Blättern, Beckerath widersprach ihr meines Wissens nirgend, namentlich widersprach er ihr öffentlich nicht, und dazu kam, daß sie volle innerliche Wahrscheinlichkeit hatte. Rathschläge jener Art galten damals den Politikern von Beckerath's Richtung eben für liberal und waren also — wie ich's S. 341 auch deutlich anerkannt — subjektiv ganz gewissenhafte, überzeugungs- und pflichtgemäße Rathschläge, und es galt ihren Urhebern viel eher für ein Lob als für einen Vorwurf, wenn ihnen Ertheilung derselben nachgesagt wurde. Ich kann mit Bestimmtheit behaupten, daß Beckerath nach seiner Rückkehr von Berlin in Frankfurt mittheilte, namentlich Gagern mittheilte, es sei keine Einigung zwischen dem Könige und ihm zu Stande gekommen, weil er demselben „zu liberale Propositionen" gemacht habe. Beckerath ist ein glaubwürdiger Mann und man hat ihm Glauben zu schenken indem er es für eine Unwahrheit erklärt, daß er dem Könige den mehrerwähnten Vorschlag gemacht. Allein er sagt daneben nicht, welche Propositionen er gemacht, er hat die von ihm gemachten als zu liberal charakterisirt, als solche die verworfen wurden weil sie der König für zu liberal, d. h. für nicht geeignet hielt die monarchische Ordnung zu retten. Solche Maßregeln hat Beckerath sicher nicht in Vorschlag gebracht. Aus dem Allen folgt, daß seine Propositionen nach aller Wahrscheinlichkeit auf einer und derselben Linie mit der

von ihm abgeläugneten gestanden und daß die ursprünglich gar nicht von mir herrührende Angabe — die sich als ein error communis darstellt — das Wahre an der Sache sehr nahe, so nahe getroffen haben dürfte, daß ich mein Urtheil zurückzunehmen wol nicht genöthigt sein werde, während Beckerath seine Sache nicht eben gebessert hat, wenn man seiner Abläugnung auch vollen Glauben schenkt, bis er sagt, was er dem Könige gerathen und bis man dann möglicherweise sich überzeugt, daß das Wahrscheinliche unbegründet sei. Mit einem Worre, ich habe eine Behauptung für wahr genommen und wiederholt, von welcher ich annahm, daß Herr v. Beckerath keine Beschuldigung darin erblicken würde, eine Behauptung, welche in Privatkreisen und in öffentlichen Blättern aufgestellt wurde, der Herr v. Beckerath nicht widersprach und welche mir aus inneren, wie ich meine genügenden Gründen als wahr erschien.

Es erübrigt jetzt noch mein Schlußbericht, der in thunlichster Kürze erscheinen soll.

Ich habe ein paar von mir übersehene Druckirrungen bemerkt, die ich die Leser zu berichtigen bitte. Im ersten Bande muß es S. 251 feine statt freie Gährung und S. 486 koncentrirter statt erweiterter Bundestag, in diesem zweiten S. 49 Zeile 13 v. o. Kirchenfrage statt Schulfrage und S. 468 in der Note am 16. Mai statt am 16 April heißen.

Stadtoldendorf, den 2. Mai 1850.

Der Verfasser.

Inhalt.

Neue Parteistellungen. — Die „Koalition".

Der Eintritt Gagern's in das Reichsministerium und die Einbringung seines Antrags bildeten einen Wendepunkt in der Thätigkeit und der Richtung der National-Versammlung. In dem Verhältniß zu Oesterreich lag eine große Schwierigkeit für die Lösung der Aufgabe; allein diese drohete nicht durch jene Schwierigkeit, deren Ueberwindung man gar nicht mit Ernst versucht, sondern daran zu scheitern, daß man die Verfassung so angelegt, daß Oesterreich schlechterdings nicht darauf eingehen konnte, daran, daß man sich anschickte, den falschen Weg nunmehr bis zum letzten Extrem zu verfolgen. Der zwischen Schmerling und Gagern vereinbarte Antrag führte auf die Wege hin, den Fehler einzubessern, Gagern's Programm war eine Fortsetzung desselben. So sahen wir die Sache an. Schon der Hinblick auf die Erfahrung, wie schlecht ihm der kühne Griff gerathen war, hatte manche ihm wahrhaft Wohlwollende und Freundlichgesinnte, darunter auch mich, bewogen, von seinem Eintritt abzurathen. Wir zweifelten nicht im mindesten an seinem patriotischen Wollen, fürchteten aber, wenn er die Sachen in die Hand nehme, daß er sie und sich selbst und uns alle verderben würde. Während seine Partei den Augenblick gekommen glaubte, wo sie ihren »besten Mann« voranzustellen habe, meinten wir: nachdem die größeren Staaten in solcher Weise wiederum zur Macht gelangt sind, ist es zur Durchführung der — mit Doktrinarismus und Preußischem wie kleinstaatlichem Partikularismus versetzten — Tendenzen der Burschenschaft, auf welche sich Gagern's politische Anschauung reducirt, zu spät. Die National-Versammlung bekommt es jetzt ganz und gar eben mit den größeren Staaten zu thun, und

nun ist Gagern, wenn er es gewesen, gerade der Mann *nicht mehr*, der der geeignete zur Leitung wäre. Er verkennt die Macht, die Verhältnisse und das Wollen jener Staaten und basirt seine Rechnung auf den Einheitsdrang und Enthusiasmus der kleineren, den er sich viel allgemeiner und gewichtiger denkt, als er es ist. Eben so falsch ist insbesondere seine Spekulation auf Preußen.

Die größesten Bedenken flößte uns die Unklarheit seiner politischen Ideen und seines Verfassungsplans ein. Statthaft und denkbar im weiteren Bunde war ein engerer Verein zu einzelnen bestimmten Zwecken, ein Mehreres aber eben so undenkbar als unstatthaft, und doch lief Gagern's Plan auf ein solches Mehreres, viel Mehreres hinaus. Oesterreich sollte im unauflöslichen Bunde mit Rechten und Pflichten bleiben, aus den übrigen Staaten sollte ein konstitutioneller Bundesstaat mit einem Erbkaiser an der Spitze gebildet werden. Wie war das möglich? Das bisherige Verhältniß wurde ja dadurch geradezu auf den Kopf gestellt. Oesterreich hatte es mit einer Vielheit von Staaten zu thun gehabt und sollte es künftig zu thun haben mit einer Einheit. Dadurch ging nicht bloß sein bisheriger unbilliger und schädlicher Einfluß auf Deutschland verloren, sondern aller und jeder, und mit ihm wenigstens der größeste Theil seines Interesses an Deutschland. Wie *konnte* es denn nach der Vereinigung des übrigen Deutschlands zu einem Bundesstaate mit einem erblichen Oberhaupte, ferner z. B. Theil nehmen an der Leitung der auswärtigen Politik, während man den Bundesstaat ohne Oesterreich eben deshalb errichten wollte, um darin freie Hand zu bekommen? Mit einem Worte, man nahm und mußte für denselben die gesammten Zwecke in Anspruch nehmen, welche zugleich die Aufgabe des weitern Bundes waren, der andere kaum haben konnte. Es lag demnach in der That, ein vollendeter Widerspruch in dem Projekt. Durch die Konstituirung Deutschlands zu einem besonderen Staate unter Preußen wurde die Eifersucht zwischen den beiden Großstaaten nicht gehoben, sondern erst recht angefacht und recht gefährlich, weil die ermäßigenden, zum Frieden und zur Einigung dringenden Verhältnisse aufhörten, weil beide Staatenkomplexe einander als fremde gegenübertraten. Denn wenn das übrige Deutschland ein »Bundesstaat« unter der Krone Preußen wurde, so blieb in Wahrheit zum Höchsten Hoffnung auf ein völkerrechtliches Verhältniß und es erschien als reine Illusion, wenn Gagern das bisherige Bundesverhältniß als Minimum der künftigen engen

Verbindung annehmen zu dürfen glaubte. Man wollte den »Bundesstaat«, wollte die Personalunion, um aus den unklaren Verhältnissen heraus zu kommen und zu reinen zu gelangen; offenbar war aber ein konstitutioneller Deutscher Staat innerhalb eines weiteren Bundes mit Oesterreich, der eine noch engere Verbindung als die bisherige bildete, wenn er errichtet werden konnte und wurde, etwas noch viel künstlicheres, verwickelteres, zweideutigeres seiner Gemeinnützigkeit nach, als die bisherige Bundesverfassung, und trug keinerlei Gewähr der Dauer, sondern die Nothwendigkeit des Zerfalls in sich. Entweder die neue Verbindung war so eng oder noch enger als die bisherige, so daß Oesterreich noch mehr Bundesrechte und Pflichten übernahm, dann war man in der eignen freien staatlichen und politischen Bewegung und Entwickelung nach Außen und Innen behindert wie zuvor, und das sollte ja eben durch die Errichtung des Bundesstaats vermieden werden. Oder man wollte den Ausschluß Oesterreichs und hintennach eine möglichst enge Verbindung, d. h. so eng als sie bei staatlicher Trennung zwischen Oesterreich und Deutschland stattfinden konnte: dann aber war man entweder nicht aufrichtig oder in großer Selbsttäuschung befangen, wenn man von einer Fortdauer oder gar von einer Erweiterung der bisherigen Bundesrechte und Pflichten Oesterreichs sprach, denn schon die bisherigen hatten die Bedeutung und Wirkung einer staatlichen, ob auch losen Verbindung gehabt. Man warf uns auch in dieser Zeit entgegen: ihr wißt nicht zu sagen, wie Oesterreich mit Deutschland in der Verfassung verbunden sein kann. Allein man hatte die projektirte im Sinne, als wenn keine andere denkbar wäre, und nach dieser konnte es allerdings mit Deutschland nicht verbunden sein. Wir sagten und wiederholten aber: das Mittel liegt in einer Neugestaltung auf der Grundlage der Bundesverfassung; davon wollte man jedoch nicht hören und rechnete es für nichts. Umgekehrt kamen aber Gagern und die mit ihm vom Bundesstaat im Bunde sprachen, niemals über die Phrase und höchstens ein paar ungenügende Andeutungen hinaus, nie zu einem faßbaren Vorschlage, wie nach ihrer Idee die Aufgabe zu lösen sei, zum Bundesstaat mit dem Erbkaiser und zugleich zu dem noch innigern Verhältniß mit Oesterreich zu gelangen. Um die Wette mit der, Reichsheere zum Schutz der Revolution in Oesterreich aufbietenden Linken hatte obenein die Kaiserpartei durch ihre Tendenzen und Operationen das Verhältniß zu Oesterreich jetzt

schon bis in den Grund verdorben, so daß selbst die Aufrichtung eines bloß völkerrechtlichen Vertrags, wie er mit jedem Nachbarstaate möglich, dadurch wesentlich erschwert war; so daß denn auch von unsrer Seite damals wie öfter vergeblich daran erinnert wurde, daß man Oesterreich in ein — sehr unnatürliches — Verbündniß mit auswärtigen Staaten, Rußland namentlich, mehr und mehr hineindränge, was man dann bisweilen auf der anderen Seite auch gar nicht bestritt — es schien eher gern gesehen zu werden.

Die Aufgabe der National-Versammlung bestand unläugbar darin, eine Verfassung für ganz Deutschland und damit die Deutsche Einheit zu gründen. Der Entwurf des Verfassungsausschusses hatte sich, wenn er auf ganz Deutschland angewendet werden sollte, unausführbar gezeigt. Die realen Verhältnisse und Interessen waren so dicht vor die Augen getreten, daß sie nicht mehr übersehen werden konnten. Ebenso machten sich die in der Periode der Aufregung und Begeisterung zurückgetretenen landsmannschaftlichen Gefühle, die Rücksichten der Angehörigen der einzelnen Staaten auf diese wieder geltend. Die ursprüngliche Aufgabe hätte nur noch durch eine Aenderung des Verfassungsprojektes gelös't werden können, eine Aenderung der Art, daß man zur alten Bundesverfassung als Basis des Neubaues zurückgekehrt wäre. Die große Mehrheit, Reichspartei und Linke, war dawider. Es war also nur übrig geblieben, die Aufgabe zu ändern oder eigentlich ganz liegen zu lassen. Die Reichspartei wollte nur noch eine Verfassung für Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs zu Stande gebracht wissen. Für diesen geänderten Plan hatte sie Gagern an die Spitze gebracht. Hatte sie und hatte er die Lage der Dinge, die Schwierigkeiten und Hindernisse, die Mittel und Kräfte zu deren Ueberwindung richtig gewürdigt? Nicht Wenige in ganz Deutschland wie in der National-Versammlung von der Rechten bis zur Linken waren keineswegs einverstanden damit, daß nicht der Verfassungsplan, sondern die Aufgabe selbst geändert werde. Für und wider den letztern erhoben und mußten sich mit aller Kraft in und außer der National-Versammlung die Partikular- und die landsmannschaftlichen Interessen und Sympathien und Antipathien erheben, hier in erster Stelle die Oesterreichischen, dort die Preußischen, während die Bewohner und Abgeordneten der kleineren Staaten gleichfalls nach partikularistischen Rücksichten für ihr specielles Vaterland oder Ländchen Partei nahmen. Was konnte daraus wer-

den? Die Deutsche Einheit? Oder selbst nur ein einheitliches Deutschland ohne Oesterreich? Mußte nicht vielmehr noch größere Spaltung, Verwirrung und Ohnmacht daraus entstehen? War das hinreichend erwogen?

Der kühne Griff hatte die konservative Mehrheit der National-Versammlung erschüttert und in Gefahr gebracht, dieses zweite Eingreifen in Verbindung mit der Betriebsamkeit der Preußischen Partei für Erledigung der Oberhauptsfrage nach ihrem Sinne, sprengte sie auseinander. Die National-Versammlung sollte nach Gagern's Idee, sie wollte souverän sein, souverän das Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Allein die nothwendige Voraussetzung, wenn dies richtig sein sollte, war dann, daß es eben keiner Nachhülfen der Höfe bedürfe, und er übernahm die Leitung mitten im Bemühen um eine solche, und indem er seine Rechnung zum großen Theil darauf stellte. Die nothwendige Voraussetzung, wenn es richtig sein, wenn es nicht lediglich zu Thaten und Unthaten der hochmüthigen Ohnmacht und zum desto tiefern und schmachvollern Sturze führen, ja wenn es nur überhaupt einen Sinn haben sollte, — die Voraussetzung war dann jedenfalls, daß die National-Versammlung mit genügendem Nachdruck handelte und also zunächst sich einigte. Wenn Gagern sein Princip behaupten wollte, so war es seine Sache, diese Einigung herbeizuführen, herbeizuführen namentlich durch einen Gedanken, welcher unwiderstehlich die große Mehrheit ergriff und festhielt. An trefflichem Willen, Edelmuth, Aufopferungskraft, Tapferkeit, Parteiführergeschick und Aehnlichem, allerdings Löblichem, hat es uns die Jahrhunderte daher selten gefehlt, allein es hat auch nie ausgereicht, aus dem Grundübel der Zersplitterung herauszuhelfen, ja oft noch tiefer hineingeführt. Wer uns helfen soll, wer eben in Deutschland etwas Großes und wahrhaft Nützliches ausrichten will, muß einigen können. Das macht zumal bei uns den Mann, den geschichtlichen Mann. Der Moment wies gerade recht ausdrücklich auf dies Erforderniß hin. Gagern aber wußte das richtige Maß nicht zu finden und rechnete ganz falsch. Die an sich selbst trennende Idee, welche er in seinem Programm aufstellte, erwies sich als eine so starke nicht, daß eine genügende Mehrheit sich um sie geschart hätte. Er hob am 18. December sein Banner empor, und es zeigte gar zu wenig Kraft der Einigung, es spaltete weit mehr, und er stand da als ein Heerführer, der kein Heer zu sam-

meln wußte, der nicht geschickt war, den Sieg zu organisiren, nicht einmal den Schlachtplan nach den nicht eingetroffenen Voraussetzungen und den veränderten Stellungen zu ändern. Beharren auf undurchführbar sich darstellenden Principien und Ideen ist bei dem Staatsmanne fruchtloses Ungeschick und schädlicher Eigensinn. Von dem Vorantritt Gagern's mit diesen Anfängen und diesem Beharren datirt die Zerklüftung, der Verfall und Untergang des Deutschen Parlaments. Sein Heerhaufe, zuerst übermüthig, dann verzagt und trotzig, schalt oder jammerte, als er auf einen Feind traf, den er nicht so stark erwartet und als der Feind ihm nicht den Willen that, nach seinen Wünschen zu operiren. Es war geradezu kindisch und übel wurde dadurch ärger. Ich meine zunächst das Geschrei das seit dem 18. December ertönte über die »Koalition« der Oesterreicher, Ultramontanen und Partikularisten mit der Linken, worauf ich hier zurückkommen muß. Es konnte eben nicht anders sein, es bedurfte dazu gar keiner Verabredung oder Transaktion und machte sich ganz von selbst: alle diejenigen, welche die Aufgabe nicht geändert wissen, das Ziel einer Verfassung für ganz Deutschland, die Gründung der Deutschen Einheit, wie man sie von Anfang verstanden hatte, nicht aufgeben, aus Deutschem und patriotischem Gefühl und Interesse nicht aufgeben konnten und wollten — alle diejenigen, bei welchen Partikular- und landsmannschaftliche Gesinnung dem Plane der Errichtung eines Preußischen Kaiserthums entgegenstanden — alle diejenigen, bei welchen diese beiden Motive sich mischten — sie alle waren Gegner des ministeriellen Programms und der Gagern'schen Führerschaft. Umgekehrt waren diejenigen dafür, die entweder aus Partikular-Interesse die Preußische Suprematie wünschten oder jetzt die Deutsche Einheit darin finden zu müssen glaubten, daß mit Abweichung von der ursprünglichen Aufgabe das nicht-österreichische Deutschland in eine straffe staatliche Einigung gebracht werde. Es war natürlich und nothwendig, daß sie und daß jene Ersteren sich dort für und hier wider das Gagern'sche Programm zusammenstellten. Es war nur ein Zeichen, wie sie kurzen Blickes und schlecht berechnend hineingetappt waren, daß die Ministeriellen laut aufschrieen und sich geberdeten, wie wenn sich ganz unerhörte Dinge ereigneten, als die Ersteren ihnen entgegentraten und daß ihrer mehre waren als man sich eingebildet. Allein eine Koalition bestand am 18. December unter denselben nicht, trotz dem daß es der Kaiserpartei gelungen

ist, unter geschickter Benutzung eines Scheins, durch ein trügerisches Spiel mit Worten, Verwechslung von Begriffen, und unaufhörliches dreistes Wiederholen der Behauptung, den Glauben daran zu verbreiten und zu befestigen. Wohl aber suchte sie eine Koalition mit der Linken, und hat eine solche zu Stande gebracht, und dies Alles ergibt sich aus den Thatsachen und ihren eigenen Aeußerungen und Eingeständnissen, auf welche ich mich theils hier, theils weiter unten beziehen werde.

Braun bemerkt (S. 62), die durch das Gagern'sche Programm in der National-Versammlung hervorgebrachte Erschütterung habe die alte große Majorität der Versammlung auseinandergeworfen und die letztere in drei neue große Parteien getheilt. »Die erste dieser Parteien war die Linke, welche es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die republikanische Spitze durchzusetzen. Die zweite war die großdeutsche Partei, welche zu der Theilung Deutschlands die Hand nicht bieten, und ein Direktorium aus den Fürsten Deutschlands an die Spitze der Verfassung stellen wollte. Die dritte war die erbkaiserliche oder kleindeutsche Partei, welche sich bemühte, Oesterreich von Deutschland auszuschließen und einen erblichen Kaiser an die Spitze Deutschlands zu setzen. Die Linke war von Anfang an gegen den Ausschluß von Oesterreich für das ganze Deutschland. Wenn nun die großdeutsche Partei mit der Linken hier auf einem Wege zusammentraf, so kann man dieses keine Koalition nennen, denn die Koalition ist ein Bund, welcher zwischen Parteien in Beziehung auf einen Punkt geschlossen wird, in Ansehung dessen sie sich bisher entgegengestanden.« Wie schon erwähnt, hatte von Anfang die Bundesstaats- oder Kaiserpartei mit der Linken für alle auf eine strenge Centralisation hinzielende Bestimmungen gestimmt, weil sie mit ihr in diesem Punkte gleicher Ansicht war. Es war Niemandem eingefallen, deshalb oder in ähnlichen Fällen des Zusammenstimmens von Abgeordneten verschiedener Parteien die Beschuldigung einer Koalition auszusprechen. Dies that aber die Kaiserpartei sofort und auf die gehässigste Weise, als am 18. December die »Großdeutschen« — die Benennung kam indeß erst später auf — und doch nur zum Theil, wie die Linke ohne alle Verabredung, ohne alle Verläugnung bisheriger Ansichten oder Grundsätze stimmten. War es doch ihre Ansicht so gut wie die der Linken, daß das Verfassungswerk dem ganzen Deutschland gelte und gelten müsse,

woraus die Antagonie gegen Gagern's Programm von selbst folgte. Nur darin gingen die beiderseitigen Ansichten auseinander und darüber fand keine Transaktion statt, daß die Einen forderten, die Verfassung solle so eingerichtet und bezüglich geändert werden, daß Oesterreich freiwillig eintreten könne, und daß die Andern auf der linken Seite Oesterreich in das Frankfurter Schema erforderlichen Falls hinein zwingen wollten. Es war noch ärger, weil mit den von der Kaiserpartei ausgehenden Beschuldigungen, sie verdammte, was sie selber that, und worauf sie freilich durch ihre frühere und dermalige Stellung hingeleitet wurde. In jener, zwischen Legalität und Illegalität stehend, schwankte und schielte sie nothwendig nach der Linken hinüber. Es war deutlich seit dem kühnen Griff. In der letztern konnte sie nur durch Verbindung mit den radikalen Elementen zu ihrem Ziel gelangen, weil sie das ganze Verfassungsprojekt bis zum Erbkaiser durchsetzen wollte und durch dieses Extrem einen Theil der konservativen Stimmen und damit die Mehrheit verlor.

Schon in dem Vorhergehenden liegen mehrfache Andeutungen davon, daß sie der Linken sich näherte. Im Bunde, zum wenigsten mit dem Beistande der Radikalen hatte sie die Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium verdrängt. Wir hatten, sagt Haym (S. 137 ff.) mit Schmerling, dessen Namen ein Band der konservativen Partei gewesen, nicht wie die Linke wegen seiner »reaktionären« Tendenz, sondern aus »höheren Rücksichten« gebrochen und »dadurch eine weitere Annäherung Derer im Würtemberger Hofe möglich gemacht«. — Die Entlassung Schmerling's war das »Signal«, daß »die Bekämpfung der Anarchie fortan in den Hintergrund treten dürfe« — das »Eintreten dieser Waffenruhe führte ganz natürlich einen freundlichern Verkehr mit jener bisher weiter abgelegenen Partei (d. h. der Kaiserlichen und einer Fraktion der Linken) herbei.« Ferner: es handelte sich jetzt nicht mehr so sehr um das Maß der Freiheit, als um das Maß und die Formen der Einheit. Indem wir Schmerling fallen ließen, wußten wir sehr wohl, daß wir den bisherigen Boden unsrer Partei, nicht den principiellen, aber den äußerlichen verließen. Er hatte uns und wir ihn gestützt im Bündniß konstitutioneller Freiheit gegen die Gefahren anarchischer Auflösung. Wir ließen ihn fallen, weil es sich für die Zukunft um ein anderes Bündniß (bloß für die Kaiserlichen?) handelte, Derjenigen nämlich, welche es ehrlich mein-

ten mit einem in Freiheit und Macht geeinigten Deutschland gegen Die, welche in Deutschlands Neugestaltung nur eine neue Form für die Verewigung und Verstärkung seiner Abhängigkeit von Oesterreich suchten, (!!) der Bundesstaats- gegen die Direktorialpartei der Partikularisten, die die Linke zu gelegener Zeit schon zu benutzen wissen wird. — Sehr weise! Aber es war die Kaiserpartei, welche sich seiner Zeit von der Linken benutzen ließ.

Weiterhin (S. 193 ff. und 244) kommen bei Haym noch noch folgende hierher gehörende Aeußerungen vor: die Leichtigkeit Schmerling zu entfernen beruhte auf der Bereitwilligkeit der Linken, die Opposition gegen einen Mann zu unterstützen, den sie als ihren specifischen Feind, als den bittersten Verächter ihrer eigenen Weisheit wie keinen Zweiten haßte. Aber die Feinde Schmerling's waren zum Theil auch die Feinde Gagern's, die Freunde des Erstern zum Theil die grundsätzlichen Gegner des Letztern. Für die positive Politik der Versammlung, die mit Gagern's Eintritt in das Kabinet bezeichnet war, mußte der Boden erst erobert, nach der Beseitigung von Schmerling's Person mußte erst noch der Gedanke seiner Politik beseitigt werden. Es trat eine geheime und unvorhergesehene Wahlverwandtschaft der Interessen hervor, ein Zusammengehen der entgegengesetztesten Ansichten, der incompatibelsten Elemente, so fühlbar in seinen Wirkungen, daß die Parteileidenschaft wohl entschuldigt ist, die schon damals eine Koalition sah, wo doch förmliche Verträge und gegenseitige Zugeständnisse nur erst sehr vereinzelt und von Einzelnen zu Einzelnen vorgekommen sein mögen *). So viel ist gewiß: es ging damals ein wühlerischer Geist durch die Versammlung und so sehr vergaßen einzelne Oesterreicher ihre Abneigung gegen die linke Seite des Hauses, daß sie sich im eifrigsten Verhandlen mit den Führern derselben betreffen ließen. Und wie dem sei: diese »Koalition« machte sich durch die Natur der Sache.

---

*) Auch nach Biedermann's Darstellung (65) trafen die Oesterreicher, Partikularisten u. s. w. mit der Linken bei ganz verschiedenen positiven Zwecken nur in gemeinsamem Opponiren gegen das Gagern'sche Programm zusammen. Es habe also zwischen ihnen keine Parteigemeinschaft, sondern nur eine — Koalition bestanden. Auch er setzt voraus, daß die Gegenpartei nur ganz verwerfliche Motive gehabt haben könne, nur darauf ausgegangen sei, Oesterreich »die Herrschaft im Deutschen Bundesstaate zu verschaffen.«

Die Oesterreicher, welche Oesterreichischer als das Programm ihrer Regierung, mit dem Sturze Schmerling's und dem Eintritte Gagern's eine Ausschließung Oesterreichs aus dem Deutschen Bundesstaate nicht sowol ausgesprochen als vielmehr gewaltsam herbeigeführt meinten, fanden von selbst ihre Verbündeten da, wo jede Aussicht, welche dem Verfassungswerke Gefahr und den staatlichen Zuständen Verwirrung droht, mit Eifer ergriffen wurde. Mitten durch das linke Centrum und die gemäßigte Linke (Würtemberger Hof und Westendhalle) ging die neue Linie der Ansichten (für oder wider das Kaiserthum.) Die Partei der »Kaiserlichen« hatte auch auf der rechten Seite beträchtlich an Anhängern gewonnen. Als über Gagern's Programm entschieden wurde hatte sie dort ihre Anhänger, umfaßte sodann fast ohne Ausnahme die drei centralen Fraktionen, schnitt tief in das linke Centrum hinein, trieb ihre letzten Spitzen bis nach Westendhall und griff endlich noch einige versprengte Glieder der äußersten Linken auf. — Sodann: unsere Niederlage einigte uns zuerst wieder zu größern Zusammenkünften. Was von Anhängern der Gagern'schen Ansicht in den übrigen Fraktionen vertheilt war, sammelte sich um die vereinigten Klubs der Centren, und hier war es, wo wir »für die Propoganda unsrer Parteimeinungen einen Mittelpunkt hatten.« Wie aber? Der Boden für die positive Politik der Gagern'schen Partei mußte erst noch erobert werden, die Partei war in der Minderheit, und dennoch war *ihre* Politik bereits die Politik der *Versammlung*? So sehr vergaßen »einzelne« Oesterreicher ihre Abneigung gegen die Linke, daß sie sich im eifrigsten Verhandeln mit den Führern derselben treffen ließen — was ist das für eine Unbefangenheit, mit welcher daneben berichtet wird, wie die Kaiserlichen dasselbe, noch dazu als Partei, thaten, Verstärkung aus der Linken vom Würtemberger Hofe bis zur äußersten an sich zogen, Propaganda in derselben — denn nur in ihr konnten sie es — trotz ihrer unzweifelhaften Abneigung gegen sie machten?

Noch naiver sind weitere vollgenügende Eingeständnisse Haym's, daß die Kaiserlichen sich aus der Linken rekrutirten, schon jetzt anfingen, sich mit der Linken zu ihren Zwecken zu verbinden, so gut es immer gehen wollte. Es wird eingestanden, daß ihre Parteileidenschaft eine Koalition auf der Gegenseite sah und erfand, wo keine war, eingestanden an noch mehreren Stellen, nicht freilich um der Wahrheit die Ehre zu geben, sondern weil die Thatsachen

zu stark sich geltend machen und so daß dem Erzähler die Geständnisse unwillkürlich entschlüpfen. Er spricht (279) von dem Plane, den im Anfange des Februar 1849 die Kaiserpartei verfolgte, zu erwirken, daß die zweite Lesung der Verfassung am 19. beginne. Aber, erörtert er, es war sehr schwer durchzudringen. Wir hatten uns bisher leidlich durch das »doppelte« Heer unsrer Gegner hindurchgeschlagen, Dank der »bloß negativen« Gemeinschaft derselben. Es handelt sich aber jetzt um einen Punkt worin sie einverstanden sind. Beide wollen die zweite Lesung noch ausgesetzt wissen. Die Direktorialen wollen um Oesterreichs Willen das Wehrgesetz, die Linke will das Wahlgesetz einschieben. Wie wenn die Gegner sich entschließen sollten, unserer positiven Politik eine positive entgegenzustellen, wenn sie (wenn — es war also bis dahin nicht geschehen) um uns zu besiegen »einander Koncessionen machten«, um es dann der größeren List und Gewandtheit zu überlassen, wer von beiden der Betrogene, wer der Gewinnende sei? Hatten wir nicht schon immer von einer Koalition der Linken und der partikularistischen Rechten gesprochen? wie nun, wenn man uns endlich doch nicht Unrecht behalten ließe, eines Handels einig würde (würde!) dessen nächster Zweck ein Schutz- und Trutzbündniß gegen das Erbkaiserthum wäre? — Kann man den Gegner naiver zugleich anklagen und freisprechen, die Unwahrheit reden und sich selber Lügen strafen?

Nach Laube (III., 2. 10) trat am 11. Januar 1849 die Koalition nicht etwa ins Leben, sondern an diesem Tage äußerte sich zum ersten Male »der Instinkt einer Koalition« — nachdem »wir schon immer von einer solchen gesprochen.« Wurm spricht unter drei besondern Rubriken von der Koalition: »Erste Koalition gegen Gagern,« S. 16; »Versuch einer zweiten Koalition,« S. 79; »Auflösung der Koalition,« S. 105. Späterhin also wurde eine zweite Koalition versucht, und der Versuch führte zur Auflösung. Wie verhält es sich mit Wurm's erster Koalition gegen Gagern? Er spricht von dem Vorwiegen der Linken im Ausschuß für, oder richtiger gegen Gagern's Programm. »Es war das Werk der Koalition, die, wie Figura lehrt, gleich in ihrem ersten Ursprunge sich wesentlich auf die Linke gestützt hat.« Also die Koalition der konservativen Oesterreicher, Ultramontanen und Partikularisten mit der Linken stützte sich wesentlich auf die Linke. Was wird zum Beweise angeführt? »Figura« zeigte nur, daß sowol kon-

servative Oesterreicher u. s. w. als die Mitglieder der Linken gegen Gagern's Programm stimmten, was aber keinen Schluß auf eine Verbündung rechtfertigte, da die Abstimmung der Erstern wie der Letztern durch die ihnen eignen Ansichten und Grundsätze vollkommen motivirt war. Wir haben gesehen, daß am 18. December der entscheidende Punkt in der Frage lag, ob ein neuer Ausschuß gewählt oder ob die ministerielle Vorlage einem der bestehenden überwiesen werden solle? In den Abstimmungen über diese Frage lag ein starker Beweis, daß keine Koalition — hat Wurm Beweise daß eine solche bestand? Schon im Juli, sagt er, habe ein Oesterreichisches Mitglied seinen Landsleuten und auch dem Reichsverweser in einem bekannt gewordenen Privatschreiben den Rath gegeben, sich auf die Linke zu stützen, wodurch sie den Preußischen Einfluß überwiegen könnten. »Man kann nicht sagen, daß bis jetzt die große Mehrzahl der Oesterreicher *) Miene gemacht hätte, jenem Rathe irgendwie nachzukommen. Jetzt war der Augenblick, wo er praktisch zu werden schien.« Also s c h i e n. Nun aber die Beweise für die W i r k l i c h k e i t. Sie bleiben g ä n z l i c h aus. Ja umgekehrt, Wurm möchte vielleicht den Beweis für das Dasein der Koalition erschleichen, beweis't aber das Gegentheil, indem er, jenes lediglich supponirend, im Weiteren von den Faktoren der Koalition spricht und die Gründe anführt, welche jeden derselben für sich natürlich und nothwendig zum Gegner von Gagern's Programm machten. Die Linke z. B. wollte ihre Grundsätze mittelst Frankfurts in Oesterreich durchführen u. s. f. Ferner die Oesterreicher und auch nicht-österreichische Mitglieder sahen in dem Nichteintritt Oesterreichs in den Bundesstaat ein großes Unglück, weil sie glaubten, das Deutsche Element in Oesterreich werde dadurch der Slavischen Majorität als ein wehrloses Opfer hingegeben. Es sei dies, setzt Wurm hier ausdrücklich hinzu, keine neue Idee, kein bloßer Vorwand, sondern es wiederhole sich damit eine Ueberzeugung, die sich nach Auflösung des Deutschen Reichsverbandes vieler denkenden Oesterreicher bemächtigt habe, was er darauf weiter ausführt. Auf die Darlegung, daß die verschiedenen Faktoren der

---

*) Oder der Reichsverweser. Die Gelegenheit, und ein sehr plausibler Vorwand, wenn er gegen Preußen, durch das er obenein sich gekränkt fühlte, operiren wollte, hatte sich bei der Dänischen Waffenstillstands-Angelegenheit geboten.

supponirten Koalition, insbesondere die Oesterreicher, genügende Gründe hatten, eben so wie die Linke gegen das ministerielle Programm zu stimmen und also keine Grundsätze preis gaben, folgt dann am Schluß abermals die nackte Behauptung: die große Masse der Oesterreicher und viele Andere, die den Ideen der Linken sonst fern standen (und sich durch ihren Widerstand gegen das ministerielle Programm derselben auch nicht näherten) »warfen sich auf die Linke, um das letztere schon im Ausschuß vernichten zu lassen.« Die Linke habe damals und später auf der Tribüne sowol als in der Presse gegen das Vorhandensein einer Koalition protestirt (was auch unserer Seits geschehen), habe keine Grundsätze zum Opfer gebracht — die Anderen seien der Linken nachgegangen, was bezeichnend sei für die Oesterreichische »Intrigue.« Allein es folgt weiter auch nicht die leiseste Spur eines Beweises, es folgt lediglich über das »Verhältniß des Reichsverwesers zur Koalition« ein Gerede, wonach es die Parlaments-Korrespondenz mit dem »Vigiliren auf kleine Tagserscheinungen«, mit ihrer Geschichtsklitterung« selbst nach Wurm's Meinung bis zum Lächerlichen trieb, und womit er doch aber selbst über dies Vigiliren und diese Geschichtsklitterung nicht hinauskommt. Die Parlamentskorrespondenz notirte und zog wichtige Schlüsse daraus, daß in der letzten Soirée beim Reichsverweser Radowitz mit Vogt gesprochen — Wurm notirt, wie man bemerkt habe, daß die Freiin von Brandhof, die sonst das Parlament nicht zu besuchen pflegte, mit dem Grafen von Meran durch Beda Weber eingeführt sei, als am 13. Januar beim Kerzenlicht Giskra's Schlußrede gegen Gagern begann — und das Ganze hat keinen ersichtlichen Zweck als den, wo möglich ein wenig bösen Schein auf den Erzherzog fallen zu machen.

Kehren wir noch einmal zu Haym zurück, dessen Darstellung von allen kaiserlichen Darstellungen die relativ gründlichste ist. Die schon im December denunciirte, zu der Zeit (Februar), von welcher er nach dem Obigen sprach, noch nicht vorhandene Koalition hätte doch wohl im März noch zu Stande gekommen sein können, so daß man doch gewissermaßen nicht Unrecht behalten hätte und berechtigt wäre, gegenwärtig von ihr zu reden? Aus Haym's Darstellung geht so etwas nicht hervor. Er spricht freilich auch im weiteren Verlauf derselben — »wie wir es schon immer gethan hatten« — fortwährend von der Koalition. Allein man findet ein ähnliches Geständniß wie das Obige, ein Geständniß, daß

die Koalition auch noch nach dem Welcker'schen Antrage (12. März) nicht bestand S. 303, und ein ähnliches Geständniß, daß sie gar nicht zum Abschluß kam S. 315. Haym, so heftig und giftig er besonders weiterhin wider die Parteigegner spricht, thut ihnen doch den Gefallen, zu ihren Gunsten so viel einzuräumen, als sie nur wünschen können. Er bekennt nach und trotz allen seinen Anklagen, daß »durch die Natur der Sache« ein Zusammenstimmen entgegenstehender Fraktionen ohne gegenseitige unsittliche Zugeständnisse stattfand, nichts weiter, und ebenso daß namentlich die Oesterreicher jedenfalls sehr zu entschuldigen, wo nicht völlig gerechtfertigt waren (wir werden sehen) wenn sie jede Aussicht ergriffen, welche dem Zustandekommen des Verfassungsprojektes der Kaiserlichen Hindernisse in den Weg legte; denn wenn gesagt wird: »welche dem staatlichen Zustande Verwirrung drohte,« so ist leicht zu erkennen, daß dies eben nur Redensart des Parteimannes ist, der von der Voraussetzung ausgeht, daß der Staat in Trümmern fällt, wenn er nicht eben die von seiner Partei beliebte Verfassungsform bekommt.

Haym's Darstellung, so geschickt auch im Verhüllen der Wahrheit, ist doch nicht im Stande ihre tiefe Unwahrheit zu verbergen. Deutlich ersieht man auch aus ihr, wie durch die Kaiserlichen die Erdichtung von der Koalition der Oesterreicher, Partikularisten und Ultramontanen mit der Linken in Umlauf gebracht und das großentheils gedankenlose und in Leidenschaft auffassende und urtheilende Publikum über den wahren Sachverhalt getäuscht wurde. Gleichfalls geht aus Haym's Darstellung der Situation der konservativen Antikaiserlichen gegenüber den Kaiserlichen hervor, wie nahe ihnen durch das Verhalten und die Stellung der Letztern, deren wir oben gedachten, der Gedanke gelegt wurde, nicht minder die Bildung einer großen Partei zu betreiben und dazu sich mit der Linken zu verbünden, worin allein die Möglichkeit lag. Er spöttelt wie es die Kaiserlichen von Anfang thaten über das »unzusammenhängende Heerlager« der Gegner, die sich nicht hätten einigen können. Allein er verschweigt gewisse Umstände, wodurch das Zustandekommen ihrer Einigung hauptsächlich verhindert wurde, Umstände, deren Kenntniß zur völligen Aufklärung erforderlich ist. Es fehlte nicht, der Gedanke an eine wirkliche Verbündung der Oesterreicher, Partikularisten u. s. w. mit der Linken wurde lebendig, allein er wurde zurückgewiesen, es wurde versucht mit einer Koalition, die Versuche scheiterten aber jederzeit — vornämlich weil wir nicht wollten

sondern entgegentraten, wir im vielgeschmähten und angefeindeten Pariser Hofe, den Haym, der Gagern'sche Soldat, wie er sich nennt, noch jetzt so vornehm und übermüthig behandelt wie es seine Partei von Anfang that. »Die Partei der Kaiserlichen umfaßt die drei centralen Fraktionen, die des Würtemberger Hofs u. s. w., während sie die österreich-partikularistische des Pariser Hofes ganz bei Seite liegen läßt,« sagt er, nachdem er vorher berichtet, wie schlimm es um die Annahme des Gagern'schen Programms stand und wie die Kaiserlichen ihre Hoffnungen zum Theil auf den (auch nicht ausbleibenden) Beistand des Pariser Hofs gründeten, über welchen jetzt ein paar Worte zu sagen sind *).

Obwol mir sonst nicht sonderlich gewogen, thut mir Haym die Ehre an, die gebührende, mich einen »redlichen Patrioten« zu nennen. Allein ich habe und will nichts voraus haben vor so vielen Andern mit denen ich seit dieser Zeit gegen die Kaiserpartei gestanden bin, und die es, Oesterreicher und Nichtösterreicher, eben so wie ich vollkommen ehrlich meinten mit einem in Freiheit und Macht geeinigten Deutschland und auf nichts weniger als auf eine Verstärkung der Abhängigkeit Deutschlands von Oesterreich oder gar auf Intriguen zu solchem Zwecke bedacht, oder geneigt waren sich dazu herzugeben. Wir hegten aber die klare feste Ueberzeugung, daß der Plan der Kaiserpartei nur geeignet sei, die Hoffnungen

---

*) In den Tagen der Frankfurter Germanistenversammlung trat ein engerer Kreis zusammen, mündliche und nähere Abrede über ein längst eingeleitetes Unternehmen zu treffen. Der Plan bestand darin, daß von dem Bunde und den einzelnen Bundesstaaten deren Geschichte seit 1815 mit rücksichtsloser Wahrheit von Verschiedenen in Bänden über zwanzig Bogen gleichzeitig erscheinen sollte. Man beabsichtigte einen kräftigen und lebendigen Eindruck in politisch-freiheitlichem Sinne. Zu jenem engeren Kreise gehörten J. Grimm, Dahlmann, Beseler, Gervinus, Jaup, Reyscher, Wippermann, Wurm, Schmidt aus Berlin, Hegel. Dazwischen war nun die Märzrevolution getreten. Ich weiß nicht, wer das Lokal für den vom Pariser Hofe benannten Klub ermittelt. Das Zufallspiel überraschte mich gewiß sehr erklärlicher Weise höchlich, als ich zu unserer ersten Klubversammlung in dasselbe Zimmer geführt wurde, in welchem ich vor zwei Jahren immitten jenes Kreises als ein eifriges Glied desselben mich befunden hatte. Ich war mir bewußt, derselbe geblieben zu sein, und hätte, was die Unwandelbarkeit der Gesinnung betrifft, auch die alten Freunde nicht von fern anklagen mögen. Aber wie ganz anders hatte die Zeitbewegung uns zu einander gestellt.

auf ein in Freiheit und Macht geeinigtes Deutschland zu verderben und die Verfassungssache den Höfen und Diplomaten zu überliefern, so daß man gerade im vollsten Maß erhalten werde was man nicht haben wollte, insbesondere eine Politik und einen Einfluß Oesterreichs in der alten Weise. Und wir, leider nur wir anerkannten, wie wir es noch thun, daß hier ehrliche Ueberzeugungen, patriotische Parteien verschiedener Ansicht über das was dem Vaterlande gut und noth einander gegenüber ständen. Die Kaiserlichen Freunde sagten, wir haben lange und sorglich überlegt und mit uns gerungen, bis wir den schmerzlichen Entschluß der Nothwendigkeit gefaßt haben, Oesterreich dahinfahren zu lassen. Von unserer Seite wurde gesagt: ihr wißt, daß wir eben so wie ihr gewissenhaft mit uns zu Rath gegangen sind; wir anerkennen, daß ihr in ehrlicher Ueberzeugung zu einem Entschluß gelangt seid, für welchen ihr mancherlei Gründe anzuführen wißt, die sich hören lassen: aber sprecht nun auch uns die Ehrlichkeit und den Patriotismus nicht ab, weil uns die Gegengründe überwiegend erscheinen, weil wir nicht glauben, daß das neue Verfassungsprojekt staatsmännisch auf die wahren Bedürfnisse Deutschlands und die gesunden und erfüllbaren Forderungen der öffentlichen Meinung basirt ist; nicht glauben, daß ein Kaiserthum — wenn es auch wünschenswerth wäre — ohne Oesterreich und wider dessen Willen und Rechtsansprüche begründet werden kann; nicht glauben, daß Oesterreich euern Bundesstaat zulassen kann, will, wird; nicht glauben, daß wir Oesterreich aufgeben dürften, weil die Einigung mit ihm nicht auf den ersten Wurf gelungen ist. Zieht die unsäglich schwierige Stellung seiner mit uns berufenen und tagenden Abgeordneten in Betracht, schürt nicht den Stammeshaß und weckt nicht erst recht den Partikularismus durch maßloses Eifern und ungerechte Anschuldigungen. Nur die Parteileidenschaft vermißt bei den Oesterreichischen Abgeordneten die Deutsche Gesinnung, sie verallgemeinert ohne Recht was theilweis da ist: den specifisch Oesterreichischen Egoismus. Aber auch er ist eine Macht gegen den Kaiserplan, ihm soll und muß nach Kräften gewahrt werden, aber er wird nicht überwunden sondern gestärkt, wenn wir den Rechtsboden verlassen, während seine Macht zur Ohnmacht wird, wenn wir Oesterreichs Recht achten und bloß Recht und nicht mehr von ihm begehren, wenn wir seine Lage bei der Verfassung berücksichtigen und daneben fordern, aber auch nicht mehr fordern als daß es seinerseits berücksichtige was

Deutschland ansprechen muß. Hat es durch das Programm von Kremsier uns nahe Bedürfniß zu wenig bedacht, so haben wir das seine bei unsern Beschlüssen über die §§. 2 und 3 noch viel mehr unbeachtet gelassen. Und vor allen Dingen, der Kaiserplan läßt sich nicht in der National-Versammlung, nicht in Deutschland durchsetzen ohne Verbündniß mit den Radikalen und Anarchisten, nicht ohne Sprengung der konservativen Phalanx, wie wir das schon beginnen sehen, und nicht ohne Krieg und Gewalt, ohne Feindschaft der Staaten und Stämme, insbesondere der Deutschen Großmächte gegen einander, und davon ist und wird unfehlbar nicht ein Deutsches Kaiserthum, sondern der Triumph und das Gebahren der Rothen das Ende sein. Tagtäglich wurde der alte Vorwurf gegen uns erneuert, daß uns ein positiver Gedanke fehle. Indeß fehlte uns nur ein überschwänglicher. Der praktische, den wir verfolgten, war nur stets vergeblich (I. S. 271 ff.) dargelegt, wie erst neuerdings von Reichensperger in der Oberhauptskommission des Kasino. In zweiter Linie ließen wir uns auch auf das vorliegende Verfassungsprojekt ein, doch so, daß wir es modificirt und die Oberhauptsfrage anders als die Kaiserlichen entschieden wissen wollten. Wir sahen die Sache folgendermaßen an, und unsere Stellung zu dieser Zeit und unser Plan ist damit angedeutet. In der National-Versammlung ist freilich eine Mehrheit für unsere Verfassungsideen so lange nicht zu gewinnen, als ihre dermalige Stimmung dauert, die jedoch nicht für unveränderlich gelten kann. Die Macht der Verhältnisse wird sich in ihr seiner Zeit fühlbar genug machen. So wie die Sachen jetzt stehen, müssen wir es uns schon gefallen lassen, daß der Versuch mit dem vom Ausschuß vorgelegten Verfassungsprojekte noch fortgesetzt wird. Wir können und wollen thun, was bei dieser Lage der Dinge uns übrig bleibt, nämlich dahin wirken, daß die Verfassung möglichst so eingerichtet wird, daß die Regierungen darauf eingehen können, insbesondere daß Oesterreich eintreten kann, daß ihm im schlimmsten Falle wenigstens der spätere Zutritt offen bleibt. Für ein Streben nach diesem Ziele bietet sich Raum zumal bei der zweiten Lesung, zunächst bei der ersten Berathung über die Oberhauptsfrage, wo ein Votum für die Direktorialform oder einen Kaiser auf Zeit oder am Besten die Aussetzung dieses Punkts zu erstreben ist *).

*) Es war ganz unsre Ansicht, welche damals in der Hannoverschen Zeitung

Bei dem Hinausdrängen Schmerling's war unser Gefühl erregt, allein davon abgesehen lag in den völligen jetzt schroff hervorgetretenen Gegensätzen unserer Ansichten und Absichten und der im

---

in einem Artikel ausgesprochen wurde, in welchem es u. a. hieß: »Auch wir wollen Deutsche Einheit und meinen es redlich damit. Daher keine »Oesterreichische« oder »Preußische« Einheit. Keine Gesammtmonarchie, die einem Deutschen Stamme oder Fürstenhause die übrigen unterordnet; welche die in Staatenbildungen ausgeprägten Individualitäten der verschiedenen Volksstämme läugnet, ihr Unabhängigkeitsgefühl verneint, ihre Anhänglichkeit an Fürst und Land mißkennt, und den Besitz eigenster unveräußerlicher Interessen, die nur unter erfahrner Pflege der Selbstregierung gedeihen, übersieht. Keine Verwaltungs-Centralisation, welche eine »verfassungsmäßige« Selbstständigkeit der Einzelstaaten zur Lüge machen und in ihren verschiedenen Organismen der Reichsregierung die sichersten Schutzwehren gegen ein Deutsches »l'état c'est moi« vernichten würde. — Wir wollen Deutsche Einheit in einer kräftigen Reichsgewalt und in lebensfähigen Reichs-Einzelstaaten. Jene kräftig durch Heer und Flotte; durch internationale und handelspolitische Vertretung der Gesammtheit; durch Reichsgericht und Zollverband und Gesetzgebung und Aufsicht über solche Güter und Interessen, die das jedoch nicht durch dehnbare Phrasen zu bezeichnende noch beliebig zu erweiternde, sondern fest bestimmte Gemeingut der Nation sind; gestützt auf Mitwirkung und Beistimmung einer Volks- oder einer Staaten-Vertretung, welche Einheit und Sonderung wahren, wo es Noth thut; geübt durch verantwortliche Minister, deren Thätigkeit durch den Gesammtwillen der Nation geleitet wird. — Die Einzelstaaten lebensfähig, weil selbstständig im engeren Kreise ihrer staatlichen zur Gesammtheit harmonisch geordneten Existenz, weil gesichert durch bündig vereinbarten Vertrag gegen Eingriffe der Centralgewalt in die Rechte und Interessen der Stämme; weil unbeirrt durch Mitwirkung von Centralbehörden bei Ausführung auch der von der Reichsgewalt in ihrem Kreise getroffenen Bestimmungen, und nur einer Oberaufsicht in Reichsangelegenheiten soweit unterliegend, als die Uebereinstimmung des Ganzen sie unentbehrlich macht. — Wir wollen die Reichsgewalt niedergelegt in die Hände einer Mehrheit Deutscher Fürsten, und von diesen geübt, theils kraft eigenen, theils kraft des durch Wahl übertragenen Rechts der Uebrigen. Aber ohne eigene Verantwortung und deshalb konstitutionell-monarchisch durch verantwortliche Reichsminister regierend. — So dem Machtanspruche jeder staatlichen Einzelnheit Rechnung tragend, wollen wir Furcht und Eifersucht durch eigene Machtübertragung bannen; das Gefühl des gleichberechtigten Zusammenstehens zur Wahrheit werden lassen, und — wollen dem Werke des Vaterlandes die Weihe des Rechts durch freie Vereinbarung zwischen Fürsten und Völkern verliehen sehen. — Das ist die Deutsche Einheit nach unserem Sinne. — Müssen wir dabei erkennen, daß die Verbindungen, in welchen einzelne

Kasino herrschenden die Nothwendigkeit unseres Ausscheidens, so viele der uns Gleichgesinnten dieser Gesellschaft angehörten. Wir waren schon oft wenig einverstanden gewesen mit den Beschlüssen, dem Verhalten jener zahlreichen Fraktion, dem preußisch-partikularistischen Geiste, wovon sie nicht frei war, den Hintertrepp-Einflüssen, welche in ihr geübt wurden. Die so überwiegend gewordene entschiedene Tendenz zum Preußischen Kaiserthum und zu hitzigem Auftreten für dasselbe, die Intrigue, die maßlose Befangenheit und der maßlose Argwohn, welche zur Mißhandlung Schmerling's führten und diese endlich selbst wurden der Anlaß, daß ein Theil der Kasinomitglieder austrat und die neue Gesellschaft im Pariser Hofe gründete *). Wir wollten um so weniger vereinzelt bleiben, da uns das Zerfahren der konservativen Partei und die Versuche mit Sorge erfüllten, welche von der Kaiserpartei und allerdings auch von Andern gemacht wurden, mit der Linken anzuknüpfen. Unser Programm bezeichnete einen bedingten Gegensatz zur Gagern'schen Partei, ohne sich aber im Mindesten von den Grundsätzen zu entfernen, welche wir denen der Linken gegenüber mit der konservativen Partei bisher behauptet. Wir waren weit entfernt, uns vom Centrum in dieser Beziehung trennen zu wollen und nä-

---

Brüderstämme mit anderen Völkern stehen, zu fest geschlossen sind, um ohne Gefahr für das staatliche Leben jener eine Lösung oder sofortige engere Verbindung mit uns zu gestatten, so sind wir, um unserer Liebe zur Einheit und Einigkeit selbst willen, verpflichtet, in ein loseres Anschließen an uns, in einen weiteren Verband mit uns für jene zu willigen. Aber sie aus Deutschland entlassen und uns von ihnen lossagen dürfen wir nicht, so lieb uns Ehre, Macht und Wohlfahrt des Vaterlandes sind.« Es half Alles nichts. Die Kaiserlichen blieben bei ihrer Anschuldigung, wir negirten lediglich und gingen nur darauf aus, daß gar nichts zu Stande komme.

*) Unter ihnen Schmerling, Würth, Mayern, Sommaruga von den Oesterreichern, Edel, Graf, Künßberg, Eckart, Arndts, Neumayr von den Baiern, Reichensperger, Ambrosch, Braun, Osterrath, Scholten, v. Hartmann von den Preußen, dann Welcker, Hugo und ein paar Andere aus kleineren Staaten. Noch Andere kamen später hinzu, unter ihnen Kleinschrod, Sylvester Jordan, Schuler aus Insbruck, Streffleur aus Wien, die Letzteren so redliche deutschgesinnte Oesterreicher, wie es redliche deutschgesinnte Preußen nur geben mag. Die Gesellschaft hat sechzig und einige Abgeordnete zu ihren Mitgliedern, doch nicht gleichzeitig, gezählt, da einige wieder aus- andere zutraten. Wir machten nicht Propaganda und waren sehr streng, zu streng bei der Aufnahme neuer Mitglieder.

herten uns eher der noch konservativeren Rechten, weil wir es für politisch geboten hielten, als in der elften Stunde vom souveränen Wege einzulenken in den des Vertrags mit den gesetzlichen Gewalten. Wir gingen davon aus, daß die Aufgabe und das Erstnöthige sei und bleiben müsse, die möglichste Einigung Deutschen Landes und Volks zu bewerkstelligen, »alle Bestandtheile des Vaterlandes im Bundesstaate zu vereinigen« und daß es Pflicht sei, »jeder Zerstückelung des Reichsgebietes mit allen Kräften entgegenzuwirken.« Haym sagt (S. 142), »sie legten großen Nachdruck auf die Einigung des ganzen Vaterlandes, sie identificirten die Einheit Deutschlands mit der Totalität desselben, indem sie wider die Nothwendigkeit der Dinge die abstrakte und schlechte Einheit des gesammten Deutschlands gegen die konkrete und staatlich feste unter der Leitung Preußens erstrebten.« Es wird indeß weiter unten ersichtlich werden, daß wir an diesem letzteren Punkte der Preußischen Partei — auch die Oesterreicher — sehr nahe entgegenkamen und nur das Extrem ihres Gedankens ablehnten. Die Meisten von uns glaubten nicht, daß die Oesterreichische Regierung, zumal in nächster Zukunft, sich geneigt erklären werde und könne, die Deutsch-Oesterreichischen Lande völlig in die gewünschte Deutsche Verfassung einzufügen. Wir forderten Einrichtungen, wodurch es ihr möglich würde. Allein wir gaben der Bundesstaatspartei so weit nach, daß wir nicht einredeten gegen ein engeres Zusammenschließen des nichtösterreichischen Deutschlands; wir willigten darein, daß Oesterreich nur in einem weiteren Verbande mit letzterem stehen möge, was jedoch Alles nur möglich war, wenn ein wirklicher Bundesstaat mit einer Kollektivspitze errichtet wurde. In dem gegebenen und natürlichen Begriffe der Einheit lag die Totalität zuerst; es war willkürlich und falsch, wenn jetzt die Einheit Deutschlands einzig und allein in die Centralität gelegt werden wollte. Auch wir erstrebten eine größere Koncentration als die bisherige, die mögliche und möglichste, wollten aber allerdings die Totalität behaupten und nicht um einer ohnehin zu straffen Koncentration willen, wie sie in Frankfurt beliebt wurde, preisgeben. Wir wollten nicht der Form das Wesen opfern, wir verwechselten nicht die Einheit, deren Deutschland bedarf, mit der monarchischen Form der Gesammtverfassung. Nicht wir strebten wider die Nothwendigkeit der Dinge, wir traten dem Plane der Kaiserlichen als einem künstlich-willkürlichen, die Natur der in Betracht kommenden

Verhältnisse nicht beachtenden, entgegen, wie er denn auch trotz seiner vermeinten innern Nothwendigkeit mißlungen ist. Wir hielten dafür, gerade die Einheit, welche die Kaiserpartei hereinführen wollte, sei eine abstrakte und unerreichbare, und wie kann man doch die Einheit des gesammten Deutschlands, eines Deutschlands mit Oesterreich jetzt eine schlechte nennen, nachdem man viele Jahre daher tausendstimmig gesungen: das ganze Deutschland soll es sein, und da doch die Mehrheit der nun Kaiserlichen selbst bis noch vor Kurzem nur eben diese Einheit gemeint und gewollt hatte! »Sie identificirten die Einheit Deutschlands mit der Totalität desselben!« Als wenn das etwas Besonderes gewesen wäre, als wenn das nicht bis in den Sommer und Herbst, mit Ausnahme Einzelner, Alle gethan hätten! Im Mai war Bunsen's Sendschreiben gepriesen, und wie entschieden hatte auch er sich (I., S. 100) gegen die Lostrennung Oesterreichs von Deutschland und für ein ganzes Deutschland ausgesprochen. Den Kaiserlichen war eine neue Erkenntniß aufgegangen, aber geziemt es der jungen Weisheit, so verächtlich von der Stufe zu reden, auf welcher sie kaum noch stand und auf welcher Andere noch stehen blieben, deren Ebenbürtigkeit man doch bislang nicht in Zweifel gezogen?

Haym anerkennt, aus unserm Programm gehe hervor, daß wir mit der Gagern'schen Auffassung der Oesterreichischen Frage nicht einverstanden, jedoch »zu verständig und konservativ« gewesen wären, um deshalb eine direkte und durchgeführte Opposition gegen das Gagern'sche Ministerium machen zu wollen. Unsere Satzungen mittheilend, mußte auch die Centrenkorrespondenz zugestehen, man sehe, daß unsere Grundsätze nicht »in entschiedener Opposition mit der neuen ministeriellen Vorlage ständen, sondern vielmehr nur eine Verwahrung gegen die daraus befürchteten, aber angedeuteten Schlußfolgerungen enthielten;« die »Brücke der Versöhnung« sei also noch nicht abgebrochen. Wir hatten aber genug erklärt, weder Streit haben noch uns vom konservativen Heerlager abtrennen zu wollen; jene zankten uns, sie durften das nur lassen, so war eine Versöhnung nicht weiter nöthig. Man sah, daß wir nahe genug standen. Wie dem aber sein und was wir auch sagen oder thun mochten, man behandelte uns als Feinde des Ministeriums. Wir betonten, daß wir allem unberechtigten Partikularismus entgegentreten würden und ebenfalls Allem, was Stammes-Antipathien erregen oder den konfessionellen Frieden stören könnte. Aber wir mußten »Par-

tikularisten« sein — wir wollten uns freilich auch dem Preußischen Partikularismus nicht ergeben. Der konfessionelle Friede wurde nur zu sehr dadurch bedroht, daß die Kaiserpartei überall den konfessionellen Gegensatz erblickte, politische Ansichten auf ihn zurückführte, die »Ultramontanen« reizte und erbitterte. Von den letztern befanden sich nur einige Wenige, und die bisher, so viel ich mich entsinne, sämmtlich Kasinomitglieder gewesen waren, in unserer Gesellschaft; die Mehrzahl und gerade die namhaftesten gehörten ihr nicht an. Dennoch schalt man den »ultramontanen« Pariserhof-Klub und warf uns mit Einem Worte zu allen denen in einen und denselben Topf der Verdammniß, gegen welche man Beschwerde führen zu dürfen glaubte. Wir wurden weit feindseliger behandelt als die Linke. Es kam daher, daß wir einen wirklichen Bundesstaat forderten und freilich nicht für den vorgeblichen, nicht wie — zum Theil wenigstens — die Radikalen und Destruktiven für den Erbkaiser zu gewinnen waren. Es kam daher, daß man sich ohne herausfinden zu können oder zu wollen, in der Lüge von der »Koalition« befand, und daß der Unmuth und Unglimpf kein recht bestimmtes Ziel hatte, wenn er sich gegen die Oesterreichische Partei oder die der Partikularisten und Ultramontanen kehrte, denn eine solche Partei im wahren Sinne des Worts, die täglich denunciirte Union oder Koalition bestand eben nicht. Da mußte denn unsere Vereinigung den Mangel ersetzen als das einzige »Konkrete« in der losen Masse der Antikaiserlichen, sofern sie nicht der Linken angehörten. Haym sagt, »die Elemente dieser Gesellschaft erklären es, daß sie sich zur Trägerin solcher Ideen machen konnte. Die Hauptmasse bilden Oesterreicher und Baiern. Es sind ferner theils solche, welche über der Furcht vor der Anarchie sich den Blick auf größere politische Verhältnisse haben trüben lassen, theils solche, denen Schmerling zur imponirenden Autorität geworden, theils prosaisch pedantische Politiker, welche Geschichte ohne allen historischen Idealismus machen zu können, eben damit aber der praktischen Staatsweisheit am festesten im Schooß zu sitzen glauben, theils endlich Ultramontane, die sich ein Deutsches Reich unter einem protestantischen Kaiser nicht denken können, mit ihren Reminiscenzen an dem heiligen Römischen Reiche haften.« Freilich, wir erstrebten nach unserm Programm das »Erreichbare und praktisch Brauchbare,« um »seine Aufnahme in der Nation zu sichern,« und uns bangte vor dem Idealismus der Reichspartei, welcher Geschichte machen wollte gegen das historisch

Gegebene, welcher durch seine Erregtheit für ein politisches Abstraktum oder Phantasiestück den Blick sich hatte trüben lassen für die vor Augen liegenden politischen Verhältnisse, um als ein unbesonnener und leidenschaftlicher Politiker durch ein Unternehmen, dem er nicht gewachsen, die Gefahr der Anarchie heraufzubeschwören und es dann Anderen — den Regierungen, den Soldaten — zu überlassen, mit ihr fertig zu werden. Bis jetzt hat der Ausgang unsere Politik nicht als eine unrichtige erwiesen, die der Kaiserlichen nicht als die richtige gezeigt. Sie gewannen eine winzige Mehrheit und machten damit Geschichte, aber was für Geschichte! Und sie sprechen noch jetzt, als wenn sie ein Reich und Kaiserthum Deutscher Nation errichtet hätten, sprechen im Tone dessen, der Recht behalten hat, zeigen noch immer so viel Eingenommenheit als Mangel an Erkenntniß ihrer politischen Fehler, noch immer den Uebermuth gegen Andersmeinende, der nicht einmal nach einem Siege erlaubt, und noch viel weniger erlaubt oder klug ist, so lange die Waage noch ohne Entscheid schwankt, oder gar nach einer Niederlage. In der That, dies ist nicht gerechter und edler Katonischer Stolz, sondern weiter nichts als fortgesetzte eitle dünkelhafte Verblendung, und in einer Zeit, wo so viel menschliche Weisheit zu Schanden geworden, ziemt doppelte Bescheidenheit.

Aus dem Tone in welchem die Kaiserpartei jetzt nach ihren Mißlungenschaften noch spricht, kann man abnehmen, wie unzugänglich jeder ruhigen Erörterung, wie hochfahrend sie in dem Hoffnungs- und Siegesrausche war, in welchen der Ministerwechsel sie gesetzt. Für uns war nun die Situation nicht bloß eine sehr schwierige, sondern fast hoffnungslose. Wir konnten dem uns grundverderblich erscheinenden Verfassungsplane mit sicherm Erfolge nur entgegentreten, wenn wir uns mit der Linken durch Zugeständnisse der Art vereinigten, wie sie ihr im März von der Kaiserpartei gemacht wurden. Thaten wir dies nicht, so blieb uns nur die ungewisse Erwartung, daß sich auch die letztere nicht mit der Linken verbände und daß diese aus ihren Gründen gleich uns gegen den Kaiserplan stimmte. War dieser Plan gehemmt, so konnten wir wiederum unsre Verfassungsideen gegen die Linke nur durchsetzen im Verein mit der Rechten und dem Centrum, das aber derzeit fast noch heftiger dagegen eiferte. Große Bedenken erregte uns hierbei das Gewicht, welches durch diese Komplikation die Radikalen erhielten.

Die nächste Sorge bestand darin, die Genehmigung des ungeänderten Gagern'schen Programmes, während wir doch aber nicht geneigt waren das Ministerium zur Freude der Linken fallen zu lassen, und sodann einen voreiligen Beschluß für einen Erbkaiser zu verhindern. Aber mit welcher eigensinnigen Rücksichtslosigkeit, welcher Hast und Hitze war es von den Kaiserlichen durchgesetzt, daß eben dieses Programm hatte kommen müssen, mit welcher Alles daran setzenden Beeiferung strebten sie nach einem solchen Beschlusse! Blieb also auch für die nächste Noth nur die Linke. Nun sagten Einzelne unter uns und Andere traten an uns heran und sagten gleichfalls: es handelt sich nicht mehr um den Kampf gegen die Anarchie, es handelt sich um ein anderes Bündniß, nämlich Derer die Deutschland theilen und die es nicht theilen wollen, Derer die ein praktisches Ziel verfolgen und die durch utopische Pläne das ganze Einigungswerk dem Scheitern entgegenführen. Und weiter: es handelt sich um das Höchste, die höchste Gefahr und das höchste Ziel; wer den Zweck will muß die Mittel wollen; man muß Geringes preis geben um das Ganze zu retten; die Kaiserpartei muß bei ihrer Zusammensetzung und Rücksichtslosigkeit nothwendig den Sieg davon tragen, wenn man es auf der anderen Seite ihr nicht gleichthut. Mit Einem Worte, es gilt dem Bunde der Kaiserlichen einen eben so kompakten Bund entgegenzustellen: also unterhandelt mit der Linken, macht wenigstens einen Versuch, veranstaltet ähnliche große Zusammenkünfte wie die der Kaiserlichen im Weidenbusch. Wir überlegten, aber das Ergebniß stand nach der von Anfang unter uns vorherrschenden Stimmung im Voraus fest, so heftig zuerst auch einzelne sprachen und drängten. Wir sagten: die Ansicht, welche bei der Mehrzahl der bisherigen Konservativen sich eingeschlichen und wozu sie durch einseitige Vorliebe für ihr Verfassungsprojekt sich hat verführen lassen — jene Ansicht über die Anarchie und den zurückzustellenden Kampf wider dieselbe ist durchaus falsch. Auch jetzt noch giebt es nur eine Partei der Ordnung und eine der Unordnung, und diejenigen arbeiten kopflos der letztern in die Hände, die irgendwie mit ihr transigiren und den Zusammenhalt der ersteren lockern. Ein tauglicher und dauerhafter Bau kann nur durch diese zu Stande kommen, die Zerrüttung nur dadurch abgewendet werden, daß *sie* die Verfassung errichtet und die Anarchisten abweist und niederhält. Durch einen Streit über Verfassungsformen oder das Maß der zu erstrebenden

Einheit darf sie sich nicht trennen lassen. Sie muß darüber sich zu einigen suchen und das erstreben, worüber sie sich zu einigen vermag. Form und Maß der Verfassung und der Einheit, worüber sie sich nicht einigen kann, ist als falsch und überstiegen oder unzeitig und unreif nicht zu erstreben. Besteht die Preußische Partei eigensinnig auf ihrem Verfassungsprojekt, gefährdet sie dadurch den Zusammenhalt der Partei des Rechtes und der Ordnung, so mag sie ihr Verfahren verantworten, wie sie kann. Alle Vortheile, welche ein Hinübertreten zu den Destruktiven verheißen mag, sind trügerisch und wir, in dem Dilemma, in welches man uns bringt, werden am gewissesten unser Gewissen frei halten, wenn wir die Versuchung abweisen und an der Sache des Rechtes und der Ordnung um so mehr festhalten, je mehr sie gefährdet und von bisherigen Freunden preisgegeben wird. Demgemäß beschlossen wir, daß keinerlei Verbündniß mit der Linken angeknüpft, jedes etwaige Angebot zurückgewiesen, nach Kräften verhindert werden solle, daß ein solches zwischen konservativen Antikaiserlichen und den Radikalen zu Stande komme. Welche Bewandniß es mit den größeren, erst nach einiger Zeit versuchten »großdeutschen« Versammlungen, den Vereinigungen im Hotel Schröder hatte, davon wird an seiner Stelle die Rede sein. Hier bemerke ich nur, daß sie weder ursprünglich Sache unserer Gesellschaft waren, noch dazu nachgehends gemacht wurden, und ich kann hinzufügen: unser Widerstand lag von Anfang und so lange wir zusammenhielten dem Zustandekommen eines Bundes der Großdeutschen mit der Linken unüberwindlich im Wege; durch unsere Abneigung blieb das Heerlager der Antikaiserlichen so unzusammenhängend und dadurch so schwach wie es Haym mitleidig schildert. Aus der Stellung welche wir annahmen ging nothwendig und uns sehr wohl bewußt hervor, daß wir es nur zu einer geringen, fast nur negativen, wol nicht einmal unserer Stimmenzahl angemessenen Bedeutung bringen konnten, obwol wir für noch Andere außerhalb unseres Kreises Stehende einen Mittelpunkt bildeten. Aber — wir wollten ein für alle Mal und unter keinen Umständen ein Verbündniß mit der Linken: eher wollten wir auf alle unsre Wünsche verzichten, eher den Kaiserbeschluß zu Stande kommen lassen. Allerdings standen dem gewichtige Bedenken und Einreden entgegen. Einzelnen unter uns ging diese Politik schwer ein, Welcker'n z. B. und einigen Oesterreichern. Wiederum aber waren es Oesterreicher, welche am ent-

schiedensten und standhaftesten dazu riethen, Würth und Andere — am allerentschiedensten Schmerling! *)

Eine Art erste Probe kam für uns bei der Wahl eines Präsidenten an Gagern's Stelle, als unsre neue Gesellschaft jedoch erst in der Bildung begriffen war und schon deshalb gar nicht daran hätte gedacht werden können, Verabredungen mit andern Parteien zu treffen. Die Neuwahl zeigte »auf erschreckende Weise,« (Haym, S. 195.) wie sehr die Interessen umgeschlagen, wie sehr der bisherige Zusammenhalt der Ansichten zerstört und verschüttet sei. Sie fand am 18. December statt, vor der Verkündigung des Gagern'schen Programms. Das erste Skrutinium führte zu keinem Resultat. Schmerling hatte 93 Stimmen und hätte deren noch mehr erhalten, wenn er nicht selbst denen abgerathen hätte, die ihm vorher von der Absicht gesagt. In der O.-P.-A.-Zeitung hieß es: »Da ein großer Theil derjenigen, welche den Sturz des Ministeriums durch einen Anschluß der starren Anhänger des reinen Bundesstaats an die Linke fürchteten und deshalb ihrem politischen Freunde zum freiwilligen Rücktritt riethen, das Bedürfniß fühlten, ihm ein Zeichen der Anerkennung zu geben, so lag es nahe, daran zu denken, ihn zum Präsidenten zu wählen. Die drei gewöhnlich verbündeten Fractionen des Centrums ließen

*) Die Kaiserpartei wies ein paar Mal Aufforderungen zum Paktiren mit der Linken zurück. Von einer dieser Zurückweisungen erzählend sagt Haym (327) »und so siegte wirklich an diesem Abend die Meinung, daß Nachgiebigkeit gegen die Linke in keinem Falle geübt werden dürfe, daß namentlich das Wahlgesetz nicht ohne Weiteres preis zu geben sei. Eine etwas schroffe, ja bei der Größe der Situation vielleicht sogar pedantische Ansicht. Sie machte dem Ernst und der Konsequenz der rechten Seite des Hauses alle Ehre. Aber ob sie politisch war, ob sie zum Ziele führte?« Durch dieses Bedenken ließ die Kaiserpartei sich bewegen, jene Ansicht späterhin fahren zu lassen und mit der Linken förmlich zu paktiren, was Haym freilich Theils zu beschönigen sucht, während er anderen Theils den dunkelsten Punkt übergeht. Wir werden sehen. Wir blieben der »pedantischen« Ansicht treu, und behaupteten den »Ernst« und die »Konsequenz« bis zum Ende. Indeß ist keine Rede davon, daß der Ernst und die Konsequenz etwa auch uns alle Ehre gemacht habe. Die Sache war so. Was die Kaiserpartei ehrte, ehrte darum die Gegenpartei noch nicht, und die Kaiserpartei hatte Ehre von ihrer Konsequenz, weil sie nicht pedantisch dabei verharrte. Als sie dieselbe aufgab und mit der Linken paktirte, da machte ihr nun wieder ihr Verhalten alle Ehre, weil es »politisch« war und »zum Ziele führte«.

indessen den Gedanken fallen, weil es unangemessen schien, den Präsidentenstuhl zu einem bloßen Ehrenposten zu machen, und weil man nicht dem linken Centrum und der Linken gleichsam planmäßig wehe thun wollte. Indessen schienen viele Oesterreicher und Einzelne von der Linken sich für Herrn v. Schmerling entschieden zu haben, der demgemäß 93 Stimmen erhielt« u. s. f. Im zweiten Skrutinium hielten sich die Stimmen für Kirchgeßner (Würtemberger Hof, gemäßigte Linke) und für den Kandidaten der Centren und der Rechten, Simson, so die Waage, daß zu einer dritten Wahlhandlung geschritten werden mußte, deren Ergebniß darin bestand, daß Simson 233, aber Kirchgeßner doch auch 223 Stimmen erhielt.

Die Parlamentskorrespondenz äußerte: »Vielfach (d. h. in den vorgängigen Parteiversammlungen) tauchte der Gedanke auf, dem vom Ministerio zurückgetretenen v. Schmerling durch die Wahl auf den Präsidentenstuhl, einen Beweis davon zu geben, daß seine großen Verdienste wohl gewürdigt werden, und sein Rücktritt von der Majorität des Hauses nur als eine durch die politischen Verhältnisse gebotene Nothwendigkeit angesehen wird; indessen lenkten höhere Rücksichten die Stimmen der Centren bald auf den ersten Vicepräsidenten, Simson aus Königsberg zurück, welcher jetzt noch als Reichscommissär in Berlin verweilt, aber täglich zurückerwartet wird. In den spätern Abendstunden stieg die Spannung wegen des möglichen Ausfalles der Präsidentenwahl noch höher, da bekannt wurde, daß ein großer Theil der Oesterreichischen Deputirten sich mit der Linken zur Wahl von Kirchgeßner vereinigt hätte. Einen sehr peinlichen Eindruck machte diese immer schärfer heraustretende förmlich landsmannschaftliche Organisation der Oesterreichischen Deputirten, welche zur Erreichung ihrer Sonderzwecke (nämlich Deutsche und bei Deutschland bleiben zu wollen) jedes Bündniß annehmbar zu finden scheint.« Nächst den Oesterreichern sollten wir nun Kirchgeßner durchzubringen gesucht haben, wir, sonst Patrioten und Konservative, jetzt in Verbündung mit der Linken, die nur danach trachte, daß nichts zu Stande komme! und es wurde uns ein großes Verbrechen daraus gemacht, obwol Haym (S. 136) meint, das sei keine »rechte Partei,« die nicht »parteiisch die Ehre des Präsidentenamtes einem der Ihrigen zuzuwenden bedacht sei.« Ohnehin ist es immerhin ein mißliches Ding mit der Unparteilichkeit, die der Vorsitzende allerdings üben *soll* und den Oesterreichern und uns Allen wäre es wol gerade nicht zu ver-

übeln gewesen, wenn wir gemeint hätten, es sei doch zu viel, daß das Präsidium des Ministerrathes und nun auch das der National-Versammlung im Besitze der Gegner sich befinde. Wir aber, so viel wir unsrer bereits waren, hatten im ersten Skrutinium allerdings für Schmerling, dann aber für Simson gestimmt, für den wir den Ausschlag gaben, für den Kandidaten der Preußischen Partei. Das berichtet nun selbst Haym S. 196, wie es denn nicht lange in Abrede gestellt werden konnte. Kirchgeßner aber wurde nach vier Wochen von der Kaiserpartei als Kandidat (zur Vicepräsidentur) aufgestellt und gewählt, und — schon bei dieser Wahl hatte sie den gesammten Würtemberger Hof für Simson durch das Versprechen gewonnen, bei der demnächst nöthig werdenden Wahl eines dritten Präsidenten ihre Stimmen auf den von ihm empfohlenen Kirchgeßner zu werfen. Dies berichtet Haym gleichfalls S. 196.

Unser Ausscheiden war unter Aeußerungen des Wunsches einer fortgesetzten freundlichen Verbindung, unter Vermeidung jeder nur irgend empfindlichen oder provocirenden Aeußerung erfolgt. Unsre Namen, wie sehr man auch Schmerling hassen oder mißtrauen mochte, bürgten für eine im Ganzen homogene, konservative Politik. Allein so sehr war bei den Kaiserlichen die Parteigehässigkeit, die den Andersmeinenden als Feind behandelt, gegen den jedes Mittel gerecht und bei dem Alles Verbrechen ist was man sich selbst nicht übel nimmt, so sehr war die blinde Hast nach ihrem Ziele bei ihnen erregt, daß sie auch der gewöhnlichsten Klugheit vergaßen indem sie die neue Fraktion von Anbeginn auf das Unfreundlichste behandelten, so kleinlich anstachen, ihre Tendenz und ihre Schritte entstellten, Unwahrheiten über sie verbreiteten und welche Verkehrtheiten und Unloyalitäten dieser Art weiter begingen Ich sah dies beginnende Treiben mit Schmerz und Sorge an und hätte gar zu gern die Spaltungen im konservativen Heerlager, die in Aussicht stehenden widernatürlichen Verbündnisse verhindern helfen. Am wenigsten hätte ich die Schläge, die uns aus den Reihen der alten Freunde trafen, durch Gegenschläge in den Flugblättern erwiedern mögen. Wiederholt machte ich Bassermann, den Dirigirenden der O.-P.-A.-Zeitung, und Andere mir nahe stehende Mitglieder der Centralfraktionen aufmerksam darauf, daß von ihren Korrespondenten alles Mögliche geschehe uns und die uns Zugewendeten der Linken zuzutreiben und nur Erbitterung und Zwie-

spalt zu erregen, aufmerksam darauf, welchen Schaden die gemeinsame größere, ja selbst ihre eigene Parteisache dadurch leide. Allein es wurde einerseits zu wenig auf die Bedeutung dieser Dinge geachtet, andrerseits war es zu schwer die vielen kleinen Geister zu zügeln, die keine Schlachtordnung übersehen konnten und eben thaten was ihren erhitzten Köpfen beikam, auch nahmen großentheils die Leute in diesem Treiben doppelte Naturen an, so daß sie die wohlwollendsten, ehrlichsten, wahrhaftesten Männer und zugleich giftige, unredliche und verlogene Parteimänner waren. Alle Vorstellungen und Bitten um Frieden, oder doch wenigstens Wahrheit und Ehrlichkeit bei Beurtheilungen und Angriffen, erreichten, so viel Eingang sie bei Einzelnen finden mochten, den Zweck nur sehr unvollständig. Ich begnügte mich in den Flugblättern eine einzige sehr friedfertige Entgegnung (Dec. 27.) auf eine Kritik der Centrenkorrespondenz zu bringen, die in ihrem häufigen und stets unleidlichen schulmeisterlichen Tone unsre Trennung vom Kasino auf nur kleinliche Beweggründe zurückgeführt hatte. Ich erinnerte daran, daß wir unter Bezeugung des Wunsches ausgeschieden seien, in freundlicher Verbindung zu bleiben, wie denn auch mit dem Kasino und der Rechten Kartell gehalten wurde, nicht aber mit irgend einer Fraktion der Linken. »In diesen gefährlichen Zeiten sollten diejenigen, welche in der Hauptsache gleiches Sinnes sind, auch wenn sie verschiedene Wege zum Ziele einschlagen zu müssen glauben, Alles vermeiden, was auch nur im Geringsten Einigkeit und Einigung hindern, Entfremdung oder Reibung veranlassen könnte.« Allein es war kein Friede und im Streit nur zu oft keine Billigkeit und Ehrlichkeit mehr zu haben. War es ohne sonderliche Bedeutung, so war es lästig wie alle Klätscherei und wir wären der schmeichelhaften Aufmerksamkeit gern enthoben gewesen, welche von beflissenen Kaiserlichen unsern häuslichen Angelegenheiten bis ins Kleinste von Anfang gewidmet wurde, und zwar so, daß das Urtheil der Kunde in der Regel voraus oder nur auf falsche Gerüchte begründet, stets aber mißgünstig und schielend war. Die Konstituirung der Gesellschaft im Pariser Hofe kam erst am 18. December zu Stande, Welcker nahm noch keinen Antheil, festgestellt war lediglich in vorgängigen Besprechungen, daß das Partikularistische und Landsmannschaftliche auf das Entschiedenste abgelehnt und daß es recht eigentlich Aufgabe werden solle, nach Kräften alle die gefährlichen, der Einheit und Eintracht

widerstrebenden Gegensätze auszugleichen oder niederzuhalten. Allein schon am 18. December berichtete die Centrenkorrespondenz, fruchtlos und ohne Selbstbelehrung wehklagend über das was die Centren angerichtet, in dem Fraubasenton in welchem sie zu reden liebte: »Vom rechten Centrum hat sich ein Theil desselben getrennt, und wird einen eigenen Klub bilden. Auch im Klub des Würtemberger Hofes droht eine Spaltung auszubrechen, da auch hier ein großer Theil der Süddeutschen mit landsmannschaftlich partikularistischer Schroffheit auftritt. — Viel wurde am gestrigen Abend von der Bildung noch eines besondern Klubs unter der Leitung Welckers und seiner Gesinnungsgenossen gesprochen, welcher als scharf geschlossene Partei aufzutreten und neue Mitglieder nur durch Ballotement aufzunehmen beabsichtigen soll. Es läßt sich kaum bezweifeln, daß auch dieser Klub eine entschiedene partikularistische landsmannschaftliche Färbung annehmen würde. So drohet leider eine völlige Auflösung der politischen Parteien der National-Versammlung in landsmannschaftliche Fraktionen und damit eine unheilvolle Schärfung aller, der Einheit des Vaterlandes entgegenstehenden Gegensätze, so wie eine völlige Principienunsicherheit in den ferneren Beschlüssen, welche die sich feindlich gegenüberstehenden Interessen einander abkämpfen zu wollen scheinen. Den Ausgangspunkt dieser traurigen Zersetzung hat die Oesterreichische Frage gebildet, deren Lösung durch dieselbe wahrhaftig nicht erleichtert wird.«

Dies war ganz richtig. Allein der Ausgangspunkt dieser Zersetzung — und so verhielt es sich genauer — lag in der Behandlung, welche die Oesterreichische Frage Seitens derjenigen erfuhr, welche im Kasino wie im Verfassungsausschuß dominirten, und schon von den Beschlüssen über die §§. 2 und 3 war es im Kasino, wie schon erwähnt, von unserer Seite längst vorausgesagt, daß die Zersetzung eintreten werde, wenn man fortfahre, so hartnäckig auf denselben zu bestehen.

Am 19. wurde korrespondirt, »die unvermeidliche« (?) Krisis sei nun eingetreten. »Das Gagern'sche Programm hat die Versammlung auf die Feuerprobe gestellt, die bisherige kompakte Majorität gesprengt, und neue Parteikombinationen hervorgerufen, die unglaublichsten von allen. War je ein Umstand geeignet, an die Zukunft unserer Versammlung Zweifel zu erwecken, haben wir je den Mangel an richtigem politischen Takte bedauert, so war es bei der gestrigen Wahl, wo wir die Rein-Konstitutionellen im Bunde sa-

hen mit den Republikanern, die Föderalisten mit den Unitariern, wo die eifrigsten Verfechter der Unabhängigkeit von Kirche und Staat den entschiedensten Gegnern jeder Kirche die Hand reichten, wo Freihandelsmänner mit den Schutzzöllnern, wo die heftigsten Gegner der Personalunion (um der Principfrage näher zu rücken) gemeinschaftliche Sache machten mit ihren wärmsten Anhängern. Kurz alle nur erdenklichen Gegensätze fanden sich in der gestrigen Opposition vereinigt, und warum? Um dem Ministerium Gagern eine Demonstration zu machen, um es in seiner Geburt zu ersticken, noch bevor es mit seinem Programm amtlich hervorgetreten war! Wird die neue Union von Bestand sein, wird sie eine Umgestaltung der Versammlung hervorrufen? Wir hoffen, wir glauben es zur Ehre unserer bisherigen Kollegen nicht. Wir glauben nicht, daß sie sich auf längere Zeit dem Wahne hingeben werden, die Linke zu ihrem Plane benutzen zu können, während in Wahrheit sie es sind, die benutzt werden, von jener Linken benutzt werden, die, wie einer ihrer Führer es geradezu heraussagte — stets der Partei zufallen wird, welche ihr die meisten Koncessionen macht! In wie fern das Programm des neuen Ministeriums einen nachhaltigen Grund zur Opposition gewähren wird, in wie fern die daraus gezogenen Konsequenzen, insbesondere die Ausscheidung der Oesterreich'schen Deputirten folgerecht sind, wird Gegenstand einer spätern Erörterung sein.« Die Neugestaltung der Parteien werde sich »natürlich« nur nach der beabsichtigten Stellung Oesterreichs zu Deutschland und der im Hintergrunde liegenden Frage über das Reichsoberhaupt entscheiden u. s. f. Wenn aber dem so war, wie konnte man Lärm darüber machen, daß, sei es in Wahrheit oder nur vermeintlich, auch die Gegner hiernach ihre Partie zu nehmen suchten? Daß das Preußische Kaiserthum im Hintergrunde stehe, wurde meisthin abgeläugnet, hier einmal verrathen und es entging auch ohnedas den Oesterreichern nicht. Eben so wenig entging ihnen, daß das Alles folgerichtig zusammenhänge: der Kaiserplan, die Abtrennung Oesterreichs von Deutschland die Austreibung der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium, die Ausschließung der Oesterreichischen Abgeordneten aus der National-Versammlung. Man wußte, daß sie Lebensfragen darin erblickten, daß sie einem slavisch werdenden und slavisirenden Staate nicht angehören, sondern um ihres Deutschthums willen diesen Staat Deutsch erhalten wissen wollten, und keinem

»Partikularismus,« keiner Feindschaft gegen Deutschland zu verfallen glaubten, wenn sie sich widersetzten, weil es ein Drittes gebe, weil die Verwandlung des nicht-österreichischen Deutschlands in ein Erbkaiserthum nicht die glücklichste, am wenigsten die einzig mögliche Lösung der Aufgabe, keineswegs das einzige Mittel zu Deutschlands Einheit, Heil und Größe sei. Wie genau kannte man die Mißlichkeit eines Verbündnisses mit der Linken, und wie nahe rückte man ihnen die Versuchung, kaum einen andern Weg ihnen übrig lassend! Man mußte vorher wissen, daß sie sich zur Wehr setzen würden, denn es lag in der Natur der Sache, und deutlich genug war von ihnen am 18. in öffentlicher Sitzung gesagt (I., S. 501), sie säßen da mit so gutem Recht wie Andere und würden sich nicht hinausstoßen lassen, »nicht fein, nicht grob, nicht durch Ränke, nicht durch Gewalt.« Das Achundweh der Kaiserlichen darüber, daß sie wirklich blieben, war nur lächerlich. Es war ein grober Fehler, daß man nicht vorher erwogen, ob es redlich und möglich, in einer und derselben Versammlung mit Abgeordneten Oesterreichs dessen Ausschluß und ein Preußisches Kaiserthum zum Beschluß zu bringen, ob das Recht und die Mittel vorhanden, allenfalls den Austritt der Oesterreicher zu bewirken, und daß man sich nicht darüber geeinigt hatte oder nachher einigte, ihn zu bewirken; denn die Meinung darüber schwankte selbst unter den Kaiserlichen hin und her. Am 22. vertheidigte z. B. Mathy in der D.-P.-A.-Zeitung, obgleich er sich allerlei Wunderliches über die »Koalition« hatte einreden lassen und zu Tage förderte, das Bleiben der Oesterreicher sowol als ihr Recht, wie als schicklich und unverdächtig. Unendlich schwach und ganz verkehrt war es nun aber auf kaiserlicher Seite, daß man nicht aufhörte, darüber zu schelten und mit Nöthigung zum Austritt zu drohen, ohne jemals Ernst zu machen, denn man reizte und erbitterte nur und verlor Stimmen. Wie nöthig hätten die Kaiserlichen, die sich so gar nicht selbst zu beherrschen vermochten, zunächst einen Kaiser gehabt, als einen kräftigen Bändiger ihrer Hitze und ihrer Zungen und als einen Mehrer ihrer Weisheit! Wir, die wir im Pariser Hofe zusammentraten und so viele und einflußreiche Oesterreicher unter uns, hatten bestimmt erklärt, daß wir das neue Ministerium so lange als möglich unterstützen würden und den Vereinigungspunkt zu finden hofften. Große Bedenken, gewichtige Rücksichten der Parteiklugheit standen unserm Entschluß entgegen, er war vielleicht ein politischer Fehler, vielleicht

»pedantisch,« war gewiß ein offenbarer Beweis großer Mäßigung und fortwirkender freundlicher Gesinnung gegen die Centren. Diese befanden sich in der Minderheit, sie hofften und durften zum Höchsten hoffen, eine ganz geringe Mehrheit zu gewinnen, an der Mehrheit war ihnen Alles gelegen und deshalb war unser halbes hundert Stimmen nicht zu verachten, wie es denn auch mehrfach in wichtigen Punkten, ja selbst wie wir hören werden bei der Abstimmung über das Gagern'sche Programm am 13. Januar, also der Lebensfrage für die Kaiserpartei, den Ausschlag für das Ministerium gegeben hat. Was war das nun für eine Weisheit, daß man Seitens derselben, ganz muthwillig, die Gelegenheiten vom Zaun brechend, nicht aufhörte wie man begonnen hatte, uns insgesammt zu verletzen oder uns in einzelnen unserer Parteigenossen zu beleidigen. So wurde aus der ministeriellen Partei verbreitet (z. B. Deutsche Zeitung № 336) Schmerling, gegen den ein giftiger Ausfall dem andern folgte, mache Gagern, weil derselbe ausführen wolle, was er selbst zu wollen bereit gewesen, (wozu war denn das vereinbarte Programm verworfen?) mit allen Mitteln faktiöse Opposition, lasse sich bloß deshalb hineinziehen, trete mit gutem Willen hinein in Intriguen gegen das Ministerium. Gerade Schmerling erklärte sich aber in unserm vertrauten Kreise auf das Nachdrücklichste gegen all dergleichen, das nur kleinlich sei, während der Sturz dieses Ministeriums die Sache der Ordnung in unabsehbarer Weise gefährde; und man wußte doch allezeit so genau, was unter uns vorging. Schmerling that auch das Gegentheil von alle dem, was er hätte thun müssen, wenn er jenem Ministerium, das wider Oesterreich und für Preußen aufgerichtet war, faktiöse Opposition machen oder Preußen hätte schaden wollen. Die Kaiserpartei übte Tag für Tag die kluge Strategie, den bedingten Gegner dermaßen zu reizen und zu schwärzen, daß es an ihr nicht lag, wenn er noch Rücksichten nahm und der böse Feind nicht wurde, wozu sie ihn machte.

Sichtlich war ihr Bemühen, den Tadel ihrer falschen Schritte oder Niederlagen von sich ab auf die »Koalition« zu wälzen. Es fehlte bloß, daß sie derselben auch schlechtes Wetter, Schnupfen und dergl. Schuld gab. So hieß es in der Centrenkorrespondenz vom 20. December, bei der Zusammensetzung des neuen Ausschusses habe die »Koalition« einen thatsächlichen Sieg erfochten, indem ihr zwei Drittel fast unzweifelhaft angehörten. Der eignen Partei

wegen der Transaktionen über Kirchgeßner's Wahl oder wegen der gerühmten »Propaganda unserer Parteimeinungen« hätte sie sagen sollen was sie hinzufügte, »ob dieser Sieg und überhaupt die ganze unnatürliche Allianz für die alliirten Parteien und die Sache die sie vertreten ein moralischer Vortheil oder Nachtheil sei, das ist eine andere Frage.« Dasselbe gilt von der weiteren Aeußerung dieser Nummer, »bei der Linken ist kein Ding unmöglich und ihre neuen Freunde werden von ihr lernen müssen, in Punkten der Konsequenz nicht gar zu skrupulös zu sein« u. s. f. Am 21. ertönte Wehklage, bei der Zusammensetzung des Ausschusses werde die »Intrigue, welche die Leidenschaft hinter sich hat«, den Sieg davon tragen. In der Deutschen Zeitung hieß es: »Gestern (18. December) hat das Auseinandertreten nach Nationalitäten wirklich begonnen. Den Anfang scheinen die Oesterreicher des Casinos gemacht zu haben. Die neue Opposition hat gestern debütirt! Wer die Bestandtheile kannte, mußte staunen über die wunderbare »Coalition«. Die Oesterreicher hatten bis in die Nacht hinein (was alle Parteien gethan) berathschlagt — Schmerling mit — und überraschten heute (d. h. diejenigen, welche mit sehenden Augen blind gegen die nothwendigen Folgen ihres Thuns gewesen waren) durch den plötzlichen Coup, indem sie sich bei der Präsidentenwahl auf Kirchgeßner warfen.« Schmerling mit — er hatte nämlich Alles aufgeboten, um die aufbrausende Stimmung seiner Landsleute zu beschwichtigen. Die meisten der nicht der Linken angehörenden Baiern hatten für Simson gestimmt, doch hatten allerdings e i n i g e andere Baiern Kirchgeßner die Stimme gegeben. Es klang indeß emphatischer, daß man in der Zeitung sagte: d i e Baiern. In der nächsten Nummer erfolgte ausnahmsweise eine Berichtigung — es war einem kaiserlich gesinnten Baier zu viel gewesen. Welch einen ernsten edlen Klang hatte es, wenn ein Mitwirkender der Zeitung am 22. im Tone sittlicher Entrüstung sagte: »wir hätten dem Volke diese traurige Erfahrung, das tief beschämende und entsittlichende Schauspiel der Intrigue unter seinen Vertretern erspart sehen mögen.« So ging es durch die kaiserlichen Blätter fort und fort von der »Koalition«, der »Union« oder »Intrigue« der Oesterreichischen Partei, und die willigen Leser glaubten ihren Souffleurs. So sprach man »schon immer« von einer Koalition während keine bestand, und die Erfinder glaubten zuletzt selbst an ihre Erfindung.

Sichtlich war bei den Kaiserlichen auch das Motiv und die

Angst und Noth, daß wir uns wirklich mit der Linken verbünden möchten, während sie dergleichen einleiteten. Daher insbesondere das Geschrei über unsere angebliche verwerfliche Allianz dieser Art, die väterlichen Abmahnungen, die tugendhaften Censuren, die klugen Prophezeiungen wegen der Folgen. Wie oft und stark haben sie ihre Sünde verurtheilt, bevor sie oder während sie dieselbe begingen! Indeß hatten sie den Nutzen und einen nicht geringen ob auch zweideutigen Nutzen von der Erfindung der Koalition der Oesterreichischen Partei mit der Linken. Es gelang ihnen in einer Zeit der Parteiwuth, der Leichtgläubigkeit und der Seltenheit des Besinnens und Prüfens, fast dem ganzen Publikum den Glauben daran einzureden, und damit war verbunden, daß sich falsche Vorstellungen über unsre Tendenzen und Schritte verbreiteten und daß Argwohn und Gehässigkeit gegen uns und die Sache welche wir vertraten erregt wurden. Entschuldigen läßt sich dies Verfahren der Kaiserlichen nur durch die Annahme, daß sie zuerst in ihrer »Ueberraschung« und ohne in der Hitze die Sache sonderlich zu prüfen wirklich glaubten, daß eine »Koalition« bestehe, später ihrer Furcht mehr als den Thatsachen glaubten, nicht Unrecht haben wollten und sich mehr und mehr hineinredeten. Immerhin aber, auch vorausgesetzt es hätte die »Union« ihrer Widersacher bestanden, hielten sie es nach dem Spruche:

»Jene machen Partei, welch' unerlaubtes Beginnen!
Aber uns're Partei freilich versteht sich von selbst!«

Die Auflösung der bisherigen Parteien und der Einigkeit der sonst zusammengehörenden hatte ihren Fortgang. Der Würtemberger Hof ging, wie ein Mitglied desselben, Wurm (S. 24) bemerkt, in einer Weise aus einander, daß man »schwer begreift, wie er überhaupt noch zusammenhalten konnte.« Auch in den Fraktionen Milani (wo die Oesterreicher und auch Andere, z. B. v. Bothmer, Detmold, Wulffen austraten) und Westendhalle griffen die Spaltungen immer tiefer. Die Centrenkorrespondenz vom 27. December bemerkt darüber Folgendes: trotzdem daß die Klub-Verhandlungen in den Feiertagen Unterbrechungen erlitten haben »scheint der Prozeß der neuen Parteienbildung, welchem das Gagern'sche Programm als Krystallisationskern dient, unaufhaltsam voran zu gehen. Wir können darüber folgendes Thatsächliche mittheilen. Im Klub Milani (äußerste Rechte) hat von Radowitz, betreffs der Oesterreichischen

Sache die Ansicht verfochten, daß drei Kreise staatlicher Gestaltung gezogen werden müßten, deren engster Deutschland ohne Oesterreich (in sich bundesstaatlich geeinigt) deren zweiter diesen Deutschen Bundesstaat sammt den Deutschen Provinzen Oesterreichs zum Staatenbunde verknüpft, deren weitester endlich diesen Staatenbund wiederum mit dem nichtdeutschen Oesterreich zusammengeschlossen enthalten sollte. Diese Ansicht, welche selbst schon der Gagern'sche nicht allzu fern steht, ist dennoch in jenem Klub, wie wir hören lebhaft, namentlich von Vincke bekämpft worden und schließlich soll die überwiegende Stimmung des Klubs sich einer rückhaltlosen Unterstützung des Gagern'schen Programms zugeneigt haben.«

In der That trieb Vincke die »Kaisermacherei« fortan so offen als eifrig. Wo Haym von den großen Weidenbusch-Versammlungen im Februar erzählt, kommt er auch auf Vincke's Verhalten. Ich setze die Stelle hierher, und überlasse es dem Leser, die daraus sich ergebenden Schlüsse selber zu ziehen. Haym sagt (S. 287), »wir haben die letzte Phase dauernder Parteigestaltung dargestellt. Angesichts der letzten großen Frage, die doch zugleich die erste ist, angesichts der Frage, ob Bundesstaat oder nicht, sind die bisherigen Meinungsdifferenzen bedeutungslos geworden; die Programme der einzelnen Fraktionen haben nur noch einen traditionellen Werth. Im Weidenbusch sind Mitglieder, die ehemals in Westendhall saßen, friedlich zusammen mit den Männern der Vincke'schen Partei; das Vereinbarungsprincip selbst ist zur Mumie geworden; Vincke erklärt noch seine Zustimmung zu dem Weidenbuschprogramm; dann verläßt er uns, weiß und gesteht vertraulich, daß jenes Princip nur das schlichte Fußgestell gewesen, auf welchem größer er selbst steht: seine Partei wird nicht, nach dem Scheiden des Führers, in die dürre Doktrin zurückverfallen, welcher jener durch seine Persönlichkeit Leben und Bedeutung verliehen.« So! — »Dann verläßt er uns,« um, wie Biedermann (227) sagt, »so tapferer für dieselbe Sache in Berlin zu kämpfen,« nämlich in der Preußischen Kammer und außer derselben. In Wahrheit, ich tadle es nicht von fern, wenn nur nicht sogleich wieder ein Nachsatz käme, worin gesagt wird: »wo (in Berlin) eine befangene und kleinliche Kabinetspolitik (die man an die Spitze der Deutschen Angelegenheiten bringen wollte) dem raschen Zustandekommen eines starken Deutschlands fast ebenso beharrlich entgegen-

arbeitete, wie zu Frankfurt die Oesterreichische Intrigue.« Kampf für das Preußische Kaiserthum: Tapferkeit; Kampf für ein Deutschland mit Oesterreich: Oesterreichische Intrigue. Die Oesterreicher wollen nicht aus Deutschland ausgeschieden sein — es ist Oesterreichische Intrigue. Aber die Preußen betreiben den Vorantritt Preußens in Deutschland? Das ist ein ganz anderes Ding. O Junker Alexander!

Die Centrenkorrespondenz vom 27. December fuhr fort: »Dazu bereitet sich eine Veränderung der Richtungen im Würtemberger Hof und in Westendhall vor. Von beiden Gesellschaften kann man wohl nahezu die Hälfte — also etwa 40 bis 50 — als den Ansichten des Gagern'schen Programms, wenn nicht vollständig gewonnen, doch mehr und mehr sich befreundend annehmen. Ja, wenn wir recht unterrichtet sind, so gewinnt selbst noch weiter links hin die Idee der Preußischen Hegemonie immer mehr Anhänger, welche natürlich dann auch den Gagern'schen Ansichten nicht wohl widerstreben können.« — Man forschte und warb sehr beflissen und war deshalb auch recht gut unterrichtet; man befreundete sich mehr und mehr sowol mit dem Suchen von Bundesgenossen auf der linken Seite, als mit dem Gedanken an eine Preußische »Hegemonie,« wovon man allmählig zu sprechen anfing, die im Beginn so entschieden abgelehnt war, womit man sich aber nach und nach aussöhnte und begnügte.

Die Kaiserlichen waren es, die die Spaltungen und den Hader anrichteten. Haym und Duncker sagen es selbst, sie hätten sehr wohl vorher gewußt, daß es dazu kommen werde und müsse. Sie führten sodann die lauteste Klage darüber und steigerten durch die Art, wie sie sich ausließen und für ihren Plan agitirten, und selbst durch die Art ihrer Klagen und Anklagen das Uebel mehr und mehr. Zum Theil erklärt sich die Heftigkeit, Anmaßlichkeit und Rücksichtslosigkeit der Sprache welche sie führten und ihres ganzen Verhaltens nicht bloß aus dem Verdruß über die Schwierigkeiten, welche sich ihrem geträumten Siegeslaufe entgegenlegten, sondern aus dem geheimen Bewußtsein ihrer Schwäche in und außer dem Parlament. Für sie war die »Nothwendigkeit der Sache,« die »Klarheit und Aufrichtigkeit der Sprache,« während ihre Gegner nur negirten, Alles zu verderben trachteten u. s. f. So Haym, so Biedermann, wie wir hörten, so die Andern, und so unbillig, hochmüthig und verletzend, den Andersmeinenden den Patriotismus, die

Redlichkeit, die Ehre, die verständige Ueberlegung absprechend, lediglich gehässige Motive ihnen unterschiebend, begann damals die Sprache der Kaiserlichen zu werden, zum Verderb und Untergang der parlamentarischen Sitte im ganzen Hause, des Anstands und des Friedens unter den Einzelnen und Parteien, auch sonst befreundeten. Wer er im Uebrigen sein mochte, wenn er nur für ihren Kaiser war, so wurde er gepriesen und umgekehrt. Sie hielten allein auf die Sache, und die anderer Meinung waren über den einzuschlagenden Weg, verfolgten lediglich Oesterreichische oder sonstige schlechte Partikularinteressen. Und so mehrten sie in ihrer seit dieser Zeit mit allen Kräften betriebenen Agitation für den Erbkaiser unsäglich die Hauptursachen des Unglückes Deutschlands seit der Märzbewegung und des Scheiterns von dieser, die Verwirrung der Begriffe und die Verdrehung der Thatsachen, die fiebernde Hast und die leere Aufgebauschtheit im Urtheilen, Reden und Handeln. Wer ruhiger als sie über das Sprechen vom Reiche und das Gebahren mit Reichsgesetzen, Reichstruppen u. s. w. urtheilte, daß es großentheils nur ein Spiel mit Worten sei, wozu in den Gemüthern der Begriff und nachhaltiger Enthusiasmus fehle, wer kaltblütiger diesen Bundesstaats- oder Kaiser-Enthusiasmus für hohl erklärte, zu wenig ächten Patriotismus und Sinn für politisches Leben, Einheit und vernünftiges Staatswesen darin zu erblicken vermochte, wie sich's doch nun gezeigt hat, daß es war, wurde bedientenhaft grob oder zelotisch angebellt und verschrieen als Idiot oder Schwächling, Unpatriot oder Verräther, gerade wie in den Zeiten der religiösen Kriege diejenigen Ungläubige, Heiden und Gotteslästerer genannt wurden, die anderer Ansicht waren als diese oder jene Partei.

Auch die D.-P.-A.-Zeitung wehklagte (Dec. 19.) daß die Zerklüftung der Parteien nicht nur die Lösung der Deutsch-Oesterreichischen Frage, sondern die Vollendung des Verfassungswerkes und ganz besonders die Kreirung eines (Preußischen) Reichsoberhauptes abermals in eine weitere Ferne rücke. Das Ziel wäre freilich bequemer zu erreichen gewesen, wenn Niemand die Sünde begangen hätte, sich zu widersetzen. Daß die ministerielle Partei die Lösung der ganzen Aufgabe eben selbst höchlich erschwere, ja so gut wie unmöglich mache, wenn sie den Zankapfel des Erbkaiserthums und der Ausschließung Oesterreichs hereinwerfe, eigensinnig auf einer Form, der ihr beliebigen, bestehe, von dem Projekte der Gründung

eines von Preußen zu beherrschenden Einheitsstaates nicht ablasse: dies war ihr bei Zeiten vorher und wurde ihr eben so vergeblich wieder und wieder gesagt. Aber je deutlicher ihr selbst die Schwierigkeiten vor Augen traten sammt der Gefahr, daß »Deutschland an Uneinigkeit zu Grunde gehe«, desto mehr verdunkelte und verschob sich die wahre Lage der Dinge vor ihren Blicken, desto ungebärdiger wurde ihre Sprache, ihr Verhalten. Aus ihrer Mitte war ein diplomatisches Gewebe in und außerhalb Frankfurts gesponnen, Ränke von ihrer Seite hatten die Verdrängung der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium zuwege gebracht und dadurch die Oesterreichischen Abgeordneten veranlaßt, ja genöthigt, unter sich zusammenzutreten und nach Verbündeten sich umzusehen, wogegen sie wiederum für ihr Projekt »Propaganda« machte. An das Alles aber dachte der kaiserliche Parteigänger nicht, der in der nächstfolgenden Nummer der O.-P.-A.-Zeitung lamentirte, daß, wo die Stunden so kostbar, die widerlichsten Parteibestrebungen unter den Abgeordneten dasselbe Spiel begönnen, dessen man nur Diplomaten fähig gehalten. »Da sind die Oesterreicher, die sich zusammenthun, um ihrer Regierung den beim alten Bundestage geübten Einfluß auch ferner zu sichern u. s. f.« Er unterstellte allen übrigen, welche sich dem Erbkaiserplan widersetzten, den Baiern, Ultramontanen u. s. f. eben so mißliebige und gehässige Beweggründe und lamentirte und perorirte weiter: »Je näher das Verfassungswerk zum Ziele kommt, um so tiefer nistet sich die Eigensucht in die Parteien, statt daß gerade jetzt, wo das einige Vaterland geboren werden soll, der Gedanke an des gemeinschaftlichen Vaterlandes Zukunft alle anderen Beweggründe sollte beschämend verstummen machen. Wahrlich, mitten durch den Knäuel solch' widerstrebender roher Kräfte die Frucht aller bisherigen Kämpfe retten, ist selbst für Herrn v. Gagern eine schwierige Aufgabe. Der Genius des Vaterlandes wird trauern, da er sieht, daß ein einiges Deutschland den Deutschen selbst erst abgerungen werden muß. Zu dem Schwersten haben wir den Besten gespart; mögen die Guten nun zeigen, ob es auch jetzt noch wahr bleibt: Deutschland gehe an Uneinigkeit zu Grunde. Von links und rechts müssen sich die wahren Patrioten nunmehr von den falschen scheiden, und es kann von nun an in der Nationalversammlung, eigentlich gesprochen, nur noch zwei Parteien geben: Deutsche und Nichtdeutsche.« Daran, d. h. an das Wichtigste und Entscheidende hatten die unpraktischen Verfassungmacher

und ehrlichen Phantasiepolitiker nicht gedacht, daß die Interessen und Sonderheiten sich geltend machen würden, sobald man an den Abschluß und die Ausführung heranrücke. Es war ihnen gesagt und sie hatten nicht gehört. Die wirkliche Denk- und Gefühlsweise der großen Mehrheit und deren Wucht hatten sie in der Rechnung vergessen, ihren unitarischen Plan auf eine vermeintliche Allmacht des abstrakten Gedankens an das gemeinschaftliche Vaterland, oder auf die Kraft der unitarischen Idee, welche sich die Jahre daher nicht eben stark und verbreitet gezeigt, und auf die neueste Einheitsbegeisterung gebaut, die wie ein Strohfeuer aufgeflackert war und vornämlich aus großen Worten bestand. Was stets dicht vor Augen gelegen, daß ein einiges Deutschland den Deutschen selbst erst noch abgerungen werden müsse, hatten sie in ihrem Eifer, ein solches zu dekretiren, und in ihrem Wahne, die Einheit durch den Beschluß einer einheitlichen theoriegerechten Verfassung machen zu können, gänzlich übersehen. Und nun wußten sie nichts Besseres zu thun als Klaglieder anzustimmen und machten die Sache erst noch recht schlimm. Nun sie den »Partikularismus« im Wege fanden, schalten sie auf ihn statt ihn endlich nach Gebühr und Nothwendigkeit zu berücksichtigen, und reizten ihn gerade zum scharfen Hervortreten statt ihn zu versöhnen und zu ermäßigen. Auch der unberechtigte gewann neue Lebendigkeit und Kraft, weil sie den berechtigten nicht gelten lassen wollten, der sich des Angriffs zu erwehren suchte und an welchen der schlechte sich nun anlehnen konnte. Als auf ihren Schlag der Rückschlag erfolgt war, der unmöglich hätte ausbleiben können, thaten sie was sie konnten, den ungerechtesten und thörichtesten Haß gegen die Oesterreicher, und nicht minder gegen die Baiern, die Ultramontanen u. s. f. zu erregen, gerade in dem Moment, wo »der Gedanke an das einige Vaterland geboren werden sollte.« Und von Parteien, welche nach verschiedener Ansicht und auf verschiedenen Wegen das Ziel der Einheit und Wohlfahrt des Vaterlands verfolgten, sollte nun gar nicht mehr die Rede sein dürfen, sondern nur von wahren Patrioten und Deutschen — d. h. denen, welchen nicht bloß die Einheit des ganzen Deutschlands schlechte Totalität war, sondern die selbst schon anfingen, einen Norddeutschen Sonderbund dem Verzicht auf den Erbkaiser vorzuziehen — und von Unpatrioten und Nichtdeutschen, was die andersmeinenden Par-

teigegner waren — Alles in majoram unitatis Germaniae gloriam.

Wahrhaft bedauernswerth und fast verrückt leidenschaftlich wurde mehr und mehr der Ton der »Professorenzeitung«, genau der specifische häßliche Ton erhitzter Parteien, geeignet Parteifanatismus zu erzeugen oder zu schüren, der Ton wie er dem Bürgerkriege vorhergeht. Die überall durchblickende und auch nicht selten offen hervortretende Voraussetzung ihrer Mitwirkenden war: wer nicht unserer Meinung, ist entweder Dummkopf oder Verräther. Natürlich war nicht Bekehrung sondern nur Erbitterung die Folge, und daneben wurden dann auch die kleinlichen Künste der Parteikämpfe und Polemik nicht verschmäht, die falschen oder nur halbwahren, die schielenden oder sonst entstellenden Nachrichten, Beurtheilungen u. s. w.

Es hätte schon sein mögen, daß die Kaiserlichen einen heftigen Krieg führten für eine Sache die ihnen recht däuchte, aber es war dennoch ein schlechter und ein Thorenkrieg, denn sie gebrauchten unehrliche Waffen, er begann mit Wühlen im eigenen Fleische und endete wie sich leicht vorhersehen ließ mit ihrer Niederlage. Mochten sie es statt mit der Güte mit Krieg versuchen, wenn sie es damit nur zur Einigung, zum Zweck gebracht hätten. Aber sie stritten ohnmächtig, so daß nur Hader und größre Zwietracht und kein Sieg, der etwas werth gewesen wäre, der Ausgang war und sein konnte. Eine reine Lage und eine wirklich große oder wenigstens gerechte Sache, diese Voraussetzung jedes, ob auch erbarmungs- und schonungslosen doch erhebenden und adelnden Kampfes, fehlte bei der Polemik der Kaiserlichen. Man konnte ehrlich, doch nur schmerzlich überzeugt sein, das Heil sei allein in der Idee eines stark zusammengefaßten Klein-Deutschland unter Preußen, man konnte sich dafür ereifern, maßlos ereifern, doch eigentlich begeistern nicht. Die Einheitsidee war den Erbkaiserlichen zusammengeschrumpft, und mochten sie sich noch so sehr bemühen, dieselbe aus der Totalität ganz heraus und einzig in die Centralität umzusetzen, mochten sie für die Einheit nach ihrer Auffassung sich und Andere noch so sehr erhitzen, Preußen und dessen Macht, Geschichte, geschichtlichen oder providentiellen Beruf, Verdienste und Vorzüge aller Art noch so exaltirt preisen und noch so beflissen sich bemühen, Schwärmerei dafür zu erzeugen: es war und blieb in dem Allen etwas Künstliches,

etwas von Lüge, recht eigentlich warm waren und wurden für diese Einheit, dieses gegenwärtige Preußen nur sehr Wenige. Sie anzunehmen war allermeist Verstandessache, und darum das auf Erregung der Gefühle und Leidenschaften berechnete Gebahren der Kaiserlichen so unnatürlich und ungeschickt. So zuversichtlich und hochfahrend sie ihren Meinungs- und Parteigegnern sammt und sonders Patriotismus, Ehrlichkeit und Deutschheit absprachen, so bitteren Haß gegen dieselbe sie kund gaben: es waren doch zu Viele darunter, deren Einsicht und Gesinnung sie innerlich nicht anzufechten vermochten, gegen welche sie sich bei ihrer Anfeindung im Unrecht wissen mußten. Daher daß ihre Leidenschaftlichkeit und ihr Streiten nicht bloß heftig und bitter und eben nicht zum Ziel treffend oder gar zermalmend war, sondern als Wuth und ohnmächtige Verbissenheit sich äußerte, und daß ihre Beredtsamkeit für ihre Sache, wenn sie noch so sehr sich hob, von handgreiflicher Sophistik durchwebt war. Dazu kam daß sie an einem Sisyphuswerke sich abmüheten und dies auch fühlten, immer neue oder immer dieselben Hindernisse fanden, nicht aber die Mittel oder die Kraft zu deren Beseitigung zu entdecken vermochten, und es ist ein sehr wahres Wort: »Die Leidenschaft, die furchtbar aufgeregte Leidenschaft reibt den sittlichen Menschen auf, wenn sie nie ihr Ziel erreicht, resultatlos, unbefriedigt ausgeht. Das Rechtsgefühl wird schwankend und Vergällung der Gemüther umnebelt selbst den sonst klaren Sinn. Solche Zeiten der Intrigue — der Parteiungen — sind überall die gefährlichsten gewesen.« Und was die Kaiserlichen auch sprechen mochten von dem frischen Hauche der Alles durchdringe, dem neuen Aufschwunge, der in- und außerhalb der National-Versammlung, sich bekunde: es beruhete auf Täuschung, die Zeit war und blieb eine Zeit der Parteiungen und Parteierhitzung; nichts weiter.

Böser Wille oder schlechte Gesinnung mochte bei untergeordneten Partisanen der Kaiserpartei vorkommen, welche derselben ihre unsaubern Federn liehen, die Partei war völlig frei davon. Es war vornämlich eben nur die unselige Leidenschaftlichkeit und Umnebelung, womit sie in ihr Projekt sich verrannt und wodurch sie sich hinreißen ließ, der Presse sich so zu bedienen daß es aussah, als hätte sie es systematisch auf Verleitung und Verfälschung der öffentlichen Meinung und auf Anstachelung der schlechtesten Triebe im Volk zu ihrem Parteinutzen, als hätte sie es geradezu darauf abgesehen, durch Reizen und Erbittern, durch falsche Anschuldigun-

gen und Entstellung der Thatsachen, durch Uebung der mit einer wahrhaft erstaunlichen Virtuosität geübten Kunst, die Begriffe zu verwirren und die Sprache zu mißbrauchen, die Abgeordneten in der Deutschen National-Versammlung und die Deutschen draußen gegen einander zu hetzen. Es mag sein, daß dies Treiben nur von einzelnen Parteigenossen ausging, aber die Partei, die Führer hätten es nicht dulden sollen, damit die Schuld und der Vorwurf sie nicht mittreffe. Der Zustand, der Aufenthalt in der reformirten Kirche fing an ein unleidlicher zu werden für Jeden der nicht an Zank und Verstörtheit Behagen, an der Aussicht seine Lust hatte, daß die National-Versammlung sich und ihr Werk, daß insbesondie bisherige konservative und gemäßigte Partei ihre Hoffnungen zu Grunde richte. In welche Zwietracht, auf welche Abwege war am Schlusse des Jahres die National-Versammlung gerathen, von welcher man so große Dinge gehofft, die da berufen worden, Deutschland zu der größeren Einigung zu bringen, deren es so sehr bedurfte!

Die Ultramontanen. — Der kirchliche Klub. — Der Steinernehaus-Klub. — Der Milaniklub.

Wir hörten zum Theil schon — die »Ultramontanen« waren das dritte Wort der kaiserlichen Blätter und Historiographen, und Unkunde, lichtfreundliches Vorurtheil und Parteihitze und Unbilligkeit spielten dabei gleich große Rollen. Wohl mit keinem andern Ausdrucke wurde so großer Mißbrauch getrieben. »Auf nichts, sagt Laube (I. 261), lauerte man in der Paulskirche so aufmerksam und mißtrauisch, als auf einen ultramontanen Zug« — und da ging es denn freilich wie es den mißtrauischen Laurern zu gehen pflegt, sie gingen irre, sie sahen Gespenster weil sie an Gespenster glaubten, sie fochten gegen Windmühlen und hieben beizu. »Ultramontan! — geheime Zwecke, sagt Laube, geheimes Ordenswesen, das ganze tausendmaschige Flechtwerk einer Herrschaft, die Niemand übersehen kann, ist damit verbunden. Das Pfaffenthum, das Jesuitenthum wird als unzertrennlich davon betrachtet, wie kann es verwundern, daß dagegen eine Zeit eingenommen ist, welche ein nationales Vaterland und eine Jedermann ersichtliche Freiheit (auch einige Zügellosigkeit und sehr viel Lichtfreundlichkeit) haben will. Der Ultramontan hat grundsätzlich kein Vaterland« u. s. f. Dann weiter: Die Bezeichnung »ultramontan« hatte in der Paulskirche von Anfang bis zu Ende etwas ganz Besonderes, und die verschiedensten Parteien waren in diesem Mißtrauen stets auf der Stelle einig. Dies ist vollkommen wahr. Allein was für Entdeckungen hat man denn nun bei so viel Aufmerken, Lauern und Mißtrauen gemacht? und ist man dadurch zu richtigen Urtheilen gelangt? Ent-

deckungen wie man sie erwarten sollte, keine. Die geheimen Zwecke u. s. w. müssen sehr klug verschleiert sein, denn es ist nichts davon zu Tage gekommen. Wenn Raumer (I. 94) davon spricht, wie es mehr als wahrscheinlich sei, daß eine Partei »die großen unabhängigen Erzbisthümer mit Kirchenfürsten herstellen möchte« und wenn Andre ähnliche Dinge vorbringen, so kann man das füglich auf sich beruhen lassen. Das vorurtheilsvolle Lauschen hat aber, so viel ich sehe, nur zu irrigen und unbilligen Auffassungen und Urtheilen namentlich über Persönlichkeiten und insbesondere dazu verführt, daß man, überall Ultramontanismus witternd auch wo keiner war, das Verhalten von wirklichen oder vermeinten Ultramontanen oft ganz falsch aus ihrem Ultramontanismus erklärte, die Ansichten und Aeußerungen der Ultramontanen entstellte, ihnen aus vollberechtigten Ueberzeugungen Verbrechen machte, oder Verschuldungen ihnen andichtete. »Die Hetzer, die Geschäftsträger der Zerstörung wurden mit einem nicht verhehlten Hasse angesehen, sagt Laube (III. 315). Man sah ihnen zu wie den Leitern eines Intriguenspiels, und glaubte bewundern zu dürfen, wie geschickt sie sich vertheilten und nur in Hauptsachen zusammentrafen«. Es verhält sich damit wie mit Raumer's Erzbisthümerherstellung. Aller und jeder Beweis fehlt. Wahr ist nur, daß man den Ultramontanen nachsagte was man Böses von ihnen träumte, und daß man sie mit grundlosem Hasse verfolgte, indem man Alle entgelten ließ, was Einzelne sündigen mochten. Laube hebt u. a. ganz besonders hervor, wie Lassaulx in den Debatten über die provisorische Centralgewalt seine Sehnsucht nach Kaiser und Reich zu erkennen gegeben, und — man denke! — mit Hand und Fuß gegen den unwillkommenen Kaiser gewesen sei, als man späterhin Kaiser und Reich votirt habe. Und doch liegt es dicht vor Augen, daß die Inkonsequenz, welche darin liegen soll, nicht vorhanden ist, daß Mücken geseigt werden. Man votirte späterhin einen Kaiser, wie ihn Lassaulx nie ersehnt, einen Preußischen Kaiser eines Deutschlands ohne Oesterreich und damit nach Lassaulx's Ansicht die Zerstörung des Reichs durch einen Sonderbund. Wenn man dergleichen aufsuchen und ausklauben muß! An Reichensperger »mußte man bald entdecken, daß er dem großen Netze Roms nicht entgangen und dadurch für unsre nationale freie Eigenthümlichkeit verloren gegangen war«. Es wird nicht hinzugefügt, woran man das entdecken mußte. Reichensperger, ein »recht feiner, aber ultramontan angekränkelter Kopf«. Es wird nicht ge-

sagt, wodurch sich das bekundete. Doch wird an einer anderen Stelle jener Rede Reichensperger's gedacht, aus welcher in der ersten Abtheilung der betreffende Passus angeführt ist*). Laube findet darin eine »eigenthümliche Offenherzigkeit«, ein »Heraufbeschwören« des konfessionellen Gegensatzes, eine Geringschätzung der eben erst beschlossenen Grundrechte, die dem katholischen Priesterthum so viel gewährt u. s. w. Den Religionsunterschied als Hinderniß für ein einheitliches Oberhaupt zu betonen! Dies von einem »gebildeten« Manne! Von dem man doch mehr Aufklärung erwarten müßte! Unerhört! Vergleicht man dies Urtheil aber mit Reichensperger's Aeußerungen, so muß man doch sagen, entweder sind die letzteren nicht richtig aufgefaßt und verstanden oder die lichtfreundliche Denkart macht sich geltend, die sich Alleingültigkeit und Untrüglichkeit beizumessen pflegt — und doch vielleicht fehl geht. Dies vielleicht auch darin, daß ihr weniger auffällt, wie ganz unwürdig gebildeter wahrhaft aufgeklärter Männer so Viele über religiöse und kirchliche Dinge in der Paulskirche sich ausließen.

So nun verhält es sich mit dem Gerede über die Ultramontanen der Paulskirche. Ich werde auf noch ein paar für die Ultramontanenfresserei derselben sehr bezeichnende Züge kommen, wenn ich nun auch mein Wort über die Ultramontanen, ihre Thätigkeit und ihre Vereinigungen und einige damit verwandte Dinge sage: nichts

---

*) Reichensperger erregte in der Rede »für Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Konfessionen zu sprechen« (Laube III., 248). Sein angeblicher Ultramontanismus könnte sich etwa nur von seinem Wirken für die mittelalterliche Kunst datiren, wo er aber gerade das Gegentheil von ultramontan ist, indem er den Deutschen unbedingt die Palme reicht und den Untergang der großen mittelalterlichen Kunst zunächst den Italienern Schuld giebt. Das Weltkind Reichensperger wurde zwischen die Ultramontanen Ketteler, Döllinger u. s. w. gestellt, als die großdeutsche Partei sich gebildet. So war auch Radowitz ultramontan, so lange er großdeutsch war, jetzt ist er nur noch »katholisch-gläubig« (z. B. Allgem. Zeitung № 35). Biedermann macht Reichensperger dessen »glatte ewig lächelnde Züge« zum seltsamen Vorwurf, denn Reichensperger ging allezeit gerade heraus und stieß deshalb auch bisweilen stark genug an, während gerade Biedermann einer der stets glatt und lächelnd, auch wohl recht süß lächelnd Hindurchschlüpfenden war und sogar unter denselben excellirte. Es ist eben so komisch, als wenn eben Biedermann Andere, z. B. Wuttke, der Eitelkeit beschuldigt. Doch wie könnte man unternehmen wollen, den kaiserlichen Historiographen alle ihre falschen Striche zu korrigiren!

Vollständiges, denn dazu stand ich zu fern, und nicht — wie es von den großen Geistern, die Alles wissen auch was sie nicht wissen, geschieht — nicht mehr als ich aus eigner Beobachtung und sicherer, ohne mißtrauische oder leichtgläubige Voreingenommenheit erworbener Kunde sagen kann. Ich fühle mich nicht zum Anwalt der Ultramontanen berufen, sondern beabsichtige ein Zeugniß abzulegen zur Steuer der Wahrheit. Ich vertheidige weder konfessionelle Beschränktheit noch vaterlandvergessendes Ultramontanenthum. Für meine Person habe ich so wenig die katholisch-konfessionellen Bedenken gegen ein protestantisches Oberhaupt getheilt, als die protestantisch-konfessionellen Hoffnungen, die auf ein solches gesetzt wurden. Denn auch in dieser Beziehung warf man Andern vor, was man sich selber nicht übel nahm. Mehr als einer meiner wackersten Freunde unter den Kaiserlichen pflegte für das Preußische Kaiserthum im Gespräch unter uns Protestanten mit Vorliebe geltend zu machen, daß der künftige Kaiser ein protestantischer, der Preußenkönig, der alte Hort des Protestantismus sein werde. Ich kann mich hierbei auf ein kaiserliches Bekenntniß beziehen, das man auch noch mit jenem Laube'schen Urtheile über die Aeußerungen Reichensperger's zusammenstellen wolle. Eben Laube erwähnt (III., 284) wie heroisch Norddeutschland, wo die Eifersucht gegen Preußen noch größer wie in Süddeutschland sei, den Widerwillen gegen ein Preußisches Kaiserthum niedergekämpft habe. Er fügt jedoch hinzu, es habe das allerdings mit dem religiösen Moment zusammengehangen. Denn man »möge sich noch so sehr hüten es auszusprechen,« so könne man doch »nirgends ganz verläugnen, daß der protestantische Sinn, wenn auch den Meisten unbewußt, in all diesen Fragen seinen Einfluß übte.« Ich erinnre mich dabei eines äußerst komischen Auftritts, wo einer meiner Freunde einem dazu kommenden Dritten den Preußischen Kaiser anpries, sich mit großer Wärme und Beeiferung über den Vortheil erging, in welchen durch denselben die Protestanten kommen müßten, und dann die Entdeckung machen mußte, daß jener Dritte Katholik war.

Die Katholiken der National-Versammlung mußten sammt und sonders Ultramontane sein, obwol sie es keineswegs alle waren. Manche schalten heftig auf fanatischen Ultramontanismus, wo die Katholiken lediglich die wirklichen reinen religiösen Interessen vertraten, während Protestanten, entweder zu aufgeklärt um religiös zu sein, oder aus Furcht vor den alles Religiöse verhöhnenden Radi-

kalen wie Blum, Vogt u. s. w., aus Furcht als Frömmler oder so etwas zu erscheinen, die religiösen Interessen im Stich ließen. Die Katholiken nahmen sich im Ganzen allerdings der Konfession, aber auch des Christenthums wärmer, eifriger und furchtloser an als die Protestanten, von deren Seite auch der erste konfessionelle Zank in der National-Vers. angefangen wurde, der meines Wissens der letzte blieb, weil die Katholischen friedfertiger und klüger waren. Unläugbar und auch anerkannt ist die würdige, kräftige und wirksame Haltung der Ultramontanen in und außerhalb der National-Versammlung im Sommer 1848 der Anarchie gegenüber. Sagt man mit Recht, daß in gewissen Fragen, z. B. in der Polenfrage, bei den Katholiken konfessionelle Beengtheit sich eingemischt habe, so wird auch mit wenigstens eben so vielem Recht gesagt werden können, daß auf protestantischer Seite ebenfalls konfessionelle Einseitigkeit sich eingemischt hat. Davon zeugen z. B. Anträge wie der unnütz aufreizende, auf Rechts- und Freiheitsverletzung hinausgehende wegen Abschaffung des Cölibats. Es ist leere Einbildung, wenn die Protestanten oder die religiös Gleichgültigen sich einbilden, die und zwar allein die Vorurtheilsfreien zu sein. Die Gleichgültigkeit und die Feindschaft gegen Religion und Konfession haben, wenn man wahrhaft unbefangen die Bilanz ziehen will, in Frankfurt weit mehr schädliche Beschlüsse erwirkt, als der Ultramontanismus, der als Popanz benutzt wurde. Es wurde Tagesordnung, den Parteigegnern mißliebige Motive unterzuschieben. War Einer nun Katholik, so wurden seine Ansichten und Abstimmungen auf den Ultramontanismus zurückgeführt. Das Wort hat einen übeln Klang und mußte zur Verdächtigung dienen, die bei dem vermeint-aufgeklärten lichtfreundlich-beschränkten Philisterthume großen Eindruck machte. Man sprach in dem leidigen Parteikauderwälsch von den Ultramontanen wie von einem finstern Geheimbunde, trotz dem daß sie in den politischen Fragen weder einig waren noch Einer wie der Andere stimmten, und am allerwenigsten eine Vereinigung bildeten.

Es gab allerdings einen katholisch-kirchlichen Klub, dessen Entstehung in die erste Zeit der National-Versammlung fällt. Er bestand aus dreißig bis vierzig Katholiken, unter welchen sich auch Ultramontane befanden. Er wurde auf Betreiben des Fürstbischofs von Breslau gegründet, und zwar zum Zwecke der Wahrung der Rechte und Interessen der katholischen Kirche, ohne förmliche

Satzungen. Bei weitem nicht alle katholische Mitglieder der National-Versammlung und nicht einmal alle die gehörten ihm an, welche vorzugsweis als Ultramontane und vorragende Großdeutsche bezeichnet zu werden pflegten. Es gehörten ihm z. B. nicht an Edel, Lassaulx, Schuler, Eckart von Lohr, Graf, überhaupt wenige Oesterreicher. Buß trat erst ein, als der Verein bereits in seiner Auflösung begriffen war. Diese erfolgte, als der Grund seiner Bildung mit beendeter zweiter Lesung der, das Kirchen- und Schulwesen betreffenden Paragraphen der Grundrechte hinwegfiel. Nach der ersten Lesung der letztern bearbeitete Döllinger im Auftrage einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen und Bestrebungen des Klubs. Da indeß bei der zweiten Lesung nach der Ansicht des letzteren Recht und Billigkeit wenigstens in der Schulfrage mehr berücksichtigt waren, beschloß man im Interesse des Friedens und der Versöhnung den Bericht nicht zu veröffentlichen. Nicht wenige Katholiken, insbesondere Oesterreicher und Baiern, (z. B. Dewes, Giskra, Beisler) hatten die Forderungen des Klubs am heftigsten bekämpft. Man wollte die vernarbende Wunde nicht wieder aufreißen. Die stenographischen Berichte beweisen es, daß die Angriffe gegen die Ultramontanen in der That maßlos waren und daß ihnen nur Abwehr entgegengesetzt wurde. Die Politik hielt der Klub fern. Der Präsidirende, Radowitz, war in dieser Beziehung bis zum Rigorismus streng. Die Kaiserpartei behandelte ihn in der Deutschen Zeitung als Erz-Jesuiten, als die Seele der »finstern Partei«, die ihrem Fanatismus das Vaterland und alle politischen Rücksichten stets zu opfern bereit sei. In Gotha schwur sie zur Fahne seines Verfassungsprojektes.

Nicht selten wurde die Polemik gegen die Ultramontanen bis zur äußersten Gedankenlosigkeit und Lächerlichkeit getrieben, nicht zu reden von der dabei vorkommenden Parteisucht. Max von Gagern und Lichnowsky gehörten zu den eifrigsten Katholiken und Ultramontanen in der National-Versammlung. »Ich bin ein ungeheuer ultramontaner Mensch«, entgegnete mir einst Lichnowsky in vollem Ernst, ja im Eifer, obwol der Ausdruck scherzhaft war. Aber weit gefehlt, daß man aus jenem Faktum geschlossen hätte, Ultramontanismus und Preußische Erbkaiserlichkeit seien doch am Ende vereinbare Dinge. Der alte langjährige berühmte Streiter gegen die Ultramontanen, Braun aus Bonn, stimmte gegen das Erbkaiserthum — so mußte auch er ein Ultramontane und sein

Ultramontanismus der Grund seiner Abstimmung sein. Aehnlich ging es dem guten Protestanten Rotenhan, so lange er nicht kaiserlich war; denn was lag näher, als daß auch er Ultramontane sein mußte, da er Baier und »Partikularist« war und da der Jesuitengeneral fast eben so hieß wie er. Was mich betrifft — denn ich will nur ein offnes Bekenntniß ablegen — so fand ich unter den Ultramontanen in Frankfurt alte Freunde wieder und erwarb unter ihnen neue, mit denen der gleiche Zug für die positiv-religiösen Interessen und wider die antireligiöse Richtung zusammenführte, so wenig dergleichen gebildeten und aufgeklärten Männern auch anstehen mochte. Bei den gemeinschaftlichen »geheimen Zwecken« konnte die Verschwörung nicht ausbleiben. Wir verbanden uns von Anfang und recht ausdrücklich und beflissen für den konfessionellen Frieden in der National-Versammlung, die Reinhaltung der politischen Frage von der kirchlichen, die Gewährung gleichen Rechtes für jeden Theil, die Ermäßigung übertriebener Ansprüche der einen wie der anderen Seite, die billige Würdigung und das Verhältniß jedes Standpunktes. Die Flugblätter vertraten bei gegebenem Anlaß den protestantischen, und öffneten dem katholischen ihre Spalten. Daß ich deshalb verdächtigt und verketzert wurde, diente nur zum Beweise meiner obigen Behauptung, daß es eine leere Einbildung ist, wenn die Protestanten sich einbilden, die und zwar allein die Vorurtheilfreien zu sein. Die Zeit wird kommen und möge sie bald kommen, wo man sich dieser Beschränktheiten und Gehässigkeiten schämt, die sehr viel verdorben haben. Das Eifern gegen die Ultramontanen hat dem Preußischen Erbkaiserthume schwerlich auch nur eine einzige Stimme verschafft, ohne Frage aber in großen Kreisen die Stimmung dawider nicht wenig verstärkt.

Das Meiste von dem was über die Ultramontanen gesagt wurde und noch gesagt wird — z. B. Biedermann's Aeußerungen — beruht auf gänzlicher Unkenntniß. Biedermann verwechselt den lediglich zur Verhandlung der Kirchen- und Schulfrage gebildeten Klub, welcher Anfangs im Hirschgraben № 4 und erst ganz zuletzt im Steinernen Hause sich versammelte — und welchem stets Radowitz und als Vicepräses Reichensperger vorstanden — mit dem lediglich politischen Klub, der seine Zusammenkünfte stets nur in der zuletzt genannten Lokalität hielt, und hauptsächlich unter dem Einfluß von Radowitz, Rotenhan und Gombart stand. Wahrscheinlich weil er glaubte, die Paulskirchen-Erinnerungen Bieder-

mann's, eines Augen- und Ohrenzeugen, als Geschichtsquelle benutzen zu können, wirft auch F. Frensdorf in seiner Biographie von Radowitz den kirchlichen mit dem politischen Steinernehaus-Klub zusammen, d. h. er ignorirt den ersteren. »Das Steinerne Haus umfaßte mit einem Theile der Ultrakonservativen auch die katholische Partei« (S. 59).

Die politische Vereinigung im Steinernen Hause bildete unter den Fraktionen die äußerste Rechte. Vincke hielt sich von ihm gänzlich entfernt. Lichnowsky war zu Anfange Mitglied, trat dann aber in das Kasino (damals Hirschgraben № 9) über. Nach dem 18. September, als Radowitz eben abwesend, bildete Vincke, nachdem er seine Absicht Frankfurt zu verlassen aufgegeben, den Klub Milani, welchem sofort Rotenhan, Gombart, Bothmer, Detmold und mehrere »specifische« Preußen beitraten. Als Radowitz nach einigen Wochen zurückgekehrt war, trat er mit noch einigen Resten des Steinernehaus-Klubs, (Blömer, Bally, Kutzen u. s. w.) die auf seine Entscheidung gewartet haben mochten, dem Café Milani bei. Gänzlich unabhängig von diesen Wechseln war und blieb stets der kirchliche Verein *).

Die Parteibildung unter Vincke fand, um dies noch hinzuzufügen, in einer Versammlung beim Geheime-Rath Carl statt. Da Vincke sein Vereinbarungsprincip, das er wie wir hörten späterhin um der »Kaisermacherei« Willen preisgab, ganz schroff an die Spitze des Programms stellen wollte, erklärten Reichensperger und ein paar Andre, daß sie nicht beitreten könnten. Ein paar Tage vorher war Vincke mit vielen andern Konservativen ins Kasino eingeladen worden, um hier ein Schutz- und Trutzbündniß gegen die Linke zum Abschluß zu bringen, aus welchem später die Neunerkommission mit Ausschluß von Milani erwuchs. Vincke erklärte, daß er fest entschlossen sei, aus der Frankfurter in die Berliner Versammlung hinüberzutreten, da er nicht gewillt, stets den Sündenbock für die »lauen« Konservativen abzugeben und sich mit seinen zwanzig bis dreißig Myrmidonen immer der Linken zu lieb abschlachten zu lassen; er wisse sehr wohl, daß den Centren nichts

*) Radowitz gab seine bekannte Erklärung über die Jesuiten nach einem Beschlusse des kirchlichen Klubs ab, so wie derselbe dort Abends zuvor formulirt worden war. Mehrere hatten widersprochen, weil sie eine unwürdige Koncession darin erblickten.

angenehmer sei als eine Rechte, bedanke sich aber, fernerhin solche Folie abzugeben u. s. f. Vincke blieb, nachdem ihn Reichensperger u. a. daran erinnert, daß mit dem Verbleiben in Frankfurt jetzt eine persönliche Gefahr verbunden sei. Reichensperger lehnte die wiederholte Einladung zum Eintritt in den Milaniklub ab, bevor und nachdem auch Radowitz sich entschlossen hatte, was Vincke, der die Herrschaft ungern mit einem Anderen theilte, nicht eben willkommen gewesen zu sein scheint. Jedenfalls rieben die Beiden sich fortwährend, namentlich in Bezug auf die Deutsche, bezüglich die Oesterreichische Frage. Bei allen diesen Dingen blieb das katholische konfessionelle Interesse außer Spiele. Braun bemerkt (S. 58) vollkommen wahr, »den Katholiken war die Gelegenheit geboten, eine politische Partei zu bilden, welche geeignet gewesen wäre, bei vielen Fragen großes Gewicht in die Wagschaale der Entscheidung zu legen. Ob sie es nicht gewollt, ob sie es versäumt — es ist nicht geschehen.« In seiner zu Bremen gehaltenen Rede sagte Gagern: »die katholische Partei verließ die Paulskirche, als sie die Kirchen- und Schulfrage entschieden sah.« Meines Wissens ist hierin nur das richtig, daß einzelne Mitglieder des katholisch-kirchlichen Klubs zu jener Zeit austraten. Andere wie Reichensperger fehlten ja bis zuletzt nicht. Eine politisch-katholische Partei war nie vorhanden, und gerade in der Zeit nach Entscheidung der Kirchen- und Schulfrage eiferten die Kaiserlichen erst recht heftig und unabläßig gegen die »Ultramontanen« in dem Sinne, als gäbe es eine politische ultramontane oder katholische Partei.

Die Verhandlungen über den Verfassungsabschnitt vom Reichstage.

Hatte die erste Frucht des Gagern'schen Regierungsantritts im Zerfahren der bisherigen konservativen Mehrheit der National-Versammlung bestanden, so war der Anfang der Gagern'schen Regierungsthätigkeit ein eben so unglücklicher. Wir werden darauf hingeführt werden, indem wir einen Rückblick auf die Fortsetzung der parlamentarischen Berathungen über das Verfassungswerk seit den ersten Decembertagen werfen.

Vom 5. bis zum 23. December berieth die National-Versammlung in sechs Sitzungen über den Verfassungsabschnitt vom Reichstage. Dieser sollte nach dem Entwurfe des Ausschusses und gemäß den herrschenden Ideen aus einem Volkshause, gewählt nach der Kopfzahl, und einem sogenannten Staatenhause bestehen und mit den Befugnissen ausgerüstet sein, welche ein parlamentarisches Regiment des Reichs oder Bundesstaats bedingten. Die Vorfrage, ob ein solches Regiment in einem Deutschen Bundesstaate und nach dem dermaligen Volks- und Bildungszustande möglich und heilsam, wurde gar nicht aufgeworfen, da man eben keinen wirklichen Bundesstaat im Sinn hatte, und das Selbstbewußtsein oder die Eitelkeit in und außer der National-Versammlung zu beträchtlich war, um einen Zweifel an der eigenen Zulänglichkeit für die zu schaffenden Institutionen aufkommen zu lassen. Und doch lag das Bedenken so nahe, daß eine demokratisch-konstitutionell-monarchisch-bundesstaatliche Gesammt-Verfassung mit einem vollständigen demokratisch-konstitutionellen Apparat von zweigliedrigem Par-

lament, verantwortlichen Ministern u. s. w. mit den demokratisch-konstitutionellen Verfassungen der Einzelstaaten, die geschaffen oder in der Entstehung begriffen waren und deren Dauer und Art der Wirksamkeit noch völlig problematisch erscheinen mußte, nur sehr schwer in Einklang zu bringen sein, und sehr wahrscheinlich entweder sehr bald wieder zu Grunde gehen oder zu ganz entgegengesetzten Ergebnissen führen dürfte, als die waren welche man erwartete. Allein der Begriff der konstitutionellen Staatsform als Panacee war bei der Reichspartei zum unerschütterlichen Vorurtheil geworden und wirkte mit der Kraft des Vorurtheils dahin, daß sie auf Erwägungen dieser Art entweder gar nicht kam oder leicht darüber hinwegging und daß man mit Gründen gegen sie nichts ausrichten konnte.

So viel auch im Verfassungsausschusse auf Theoriegerechtigkeit gehalten und vom Bundesstaate und dessen Begriff, Bedingungen und Erfordernissen stets die Rede war: so war doch ebenfalls der Entwurf über den Reichstag auch im Einzelnen sehr stark von den Tendenzen zu einem Einheitsstaate durchdrungen und berücksichtigte in demselben Maße die wirklichen Erfordernisse eines Föderativ-Staates nicht. Dieselben Tendenzen herrschten neben den specifisch-freiheitlichen der Radikalen in den Debatten und Beschlüssen vor, so schön auch Haym (S. 95) davon zu sprechen weiß, wie es gegolten habe, das föderale mit dem nationalen Princip zu verbinden u. s. f. Indeß räumt er mancherlei Schwächen des Entwurfs und insbesondere mancherlei bedenkliche Nachgiebigkeiten gegen die Linke und deren Bestrebungen ein. »Noch immer, bemerkt Künßberg, war die National-Versammlung ausschließlich nach der Art und Weise, wie ihre Mitglieder das Freiheitsprincip auffaßten, in Fraktionen zerspalten; nur diese Auffassungsweisen traten daher bei den fraglichen Debatten in den Vordergrund. Es war da von dem Ein- und dem Zweikammer-System, von den Erfordernissen, um in den Senat der ersten Kammer gewählt zu werden, von dem absoluten und dem suspensiven Veto des Oberhaupts die Rede, gleich als handelte es sich davon, die Verfassung für einen Staat wie Belgien oder Norwegen oder auch Frankreich zu bestimmen. Und selbst diejenigen Anträge, welche sich den Ungleichheiten, die der Ausschuß-Entwurf bezüglich der Zusammensetzung des Staatenhauses vorgeschlagen hatte, widersetzten, betrafen entweder nur Einzelheiten oder sie waren aus dem Ideenkreise der bisherigen Linken

hervorgegangen, d. h. sie wollten theils Staaten zerreißen, theils Staaten zusammenschmelzen, also ebenfalls deren Regierungen angreifen. Und dabei konnten die Organe des Ausschusses noch immer mit scheinbarer (vielleicht sogar wahrer) Unbefangenheit von der Mäßigung sprechen, mit welcher der Ausschuß zwei entgegengesetzte Extreme vermieden habe, dann von dem Bundesstaat, um den es ihnen zu thun sei. Selbst an dem Wort »Reichsoberhaupt« nahm von denen, die weder einen Monarchen noch einen republikanischen Präsidenten an die Spitze Deutschlands gestellt wissen wollten, fast Keiner einen Anstoß. »Unter Oberhaupt könne man ja auch etwas Kollektives, z. B. ein Direktorium verstehen«, war der nicht selten (natürlich außerhalb der Sitzungen) geäußerte Selbsttrost. Und so kam es denn, daß der Entwurf in allen wesentlichen Punkten — abgesehen etwa von dem Veto des Reichsoberhauptes, welches eine blos suspendirende Kraft erhielt — mit beträchtlichen Majoritäten angenommen wurde. Ueber diejenigen Paragraphen, welche dem Reichsoberhaupte das Recht der Einberufung und der Verlegung des Reichstags, dann der Auflösung des Volkshauses ertheilten, hatte man nicht einmal eine Diskussion zugelassen. Aber die Zeit drängte zum Abschluß. Der feingesponnene Faden mußte endlich an die Sonne gebracht werden. Es nahte die Oberhauptsfrage.«

Späterhin, als den Oesterreichern, Ultramontanen und Partikularisten der Vorwurf gemacht wurde, daß sie absichtlich die Verfassung verdorben hätten, damit überhaupt nichts zu Stande käme, maß man ihnen insbesondere die Schuld bei, das suspensive Veto hereingebracht zu haben. Aber erwuchsen nicht Gründe für dasselbe aus Rücksichten, welche sich auf die besondere Beschaffenheit der ganzen Aufgabe bezogen? Haym wirft (S. 103) diese Frage auf. »Es fragte sich ja in dem vorliegenden Falle um die Machtbekleidung des zukünftigen Oberhauptes von Deutschland, dem Bundesstaate Deutschland. Ein Theil unserer Gegner nahm gerade hieraus seine Argumente. In einem Einheitsstaate sei das absolute Veto nothwendig; in dem Bundesstaate dagegen dürfte das Entscheidungsrecht des Oberhaupts nicht so unbegrenzt sein, daß nicht die Einzelregierungen nöthigenfalls gegen den Willen jenes Schutz finden könnten in den Beschlüssen der Majoritäten des Reichstags.« Die Gegner nahmen also diejenigen, welche stets betheuerten oder glaubten, einen Bundesstaat im Sinn zu haben und einen Ein-

heitsstaat projektirten, beim Wort, und so unbequem das sein mochte, man konnte ihnen Perfidie mit Recht nicht Schuld geben. Sie argumentirten logisch aus einer zugestandenen Voraussetzung und ihre Argumente ließen sich jedenfalls hören, so treffend auch die Einwendungen der Reichspartei oder eines Haym sein mochten und mögen. Ich finde diese Einwendungen besser begründet; allein jene Gegner des absoluten Veto stützten sich gleichfalls auf eine motivirte Ansicht und wo das geschieht, ist der Vorwurf eines illoyalen Verfahrens von Rechtswegen auszuschließen. Es ist noch weiter zu bemerken, daß die Abstimmung am 14. erfolgte, also noch mehrere Tage vor dem 18., wo nach der Angabe selbst der Kaiserlichen, welche in dieser Beziehung am weitesten gehen, die Koalition der Oesterreichischen Partei mit der Linken oder wo eigentlich auch eine Oesterreichische Partei erst entstanden sein soll. Also schon dieses Mal, bei der ersten Lesung, fiel das absolute Veto, und man sehe die Stimmlisten an, es fiel durch und wäre nicht gefallen ohne eine so große Anzahl von Kaiserlichen, welche dawider stimmten. Es stimmten z. B. dawider: Bauer aus Bamberg, Biedermann, Dröge, Grumbrecht, die Jordan's, Kerst, Kierulff, Mevissen, Mittermaier, Reh, Schmidt aus Berlin, Schneer, Stenzel, Teichert, Graf Wartensleben, Wichmann, Wurm u. s. f. Es fiel dadurch, daß so Viele bei ihrer Ansicht der Sache und bei ihrem Votum den Standpunkt des Freiheitsprincips nahmen und daß sie das absolute Veto mit der Freiheit, wie sie dieselbe auffaßten, für unverträglich hielten. Dies war aber auch bei einer guten Anzahl von Kaiserlichen der Fall, welche noch mehr verrannt waren in ihr Freiheitsprincip als in den Kaiserplan, und indem sie nicht daran dachten, daß sie um so weniger einen Erbkaiser erhalten würden, wenn sie ihm zu wenig Macht und Ansehen zutheilten und das Erbkaiserthum in der Wurzel verdürben. In jedem Falle haben sie also hier die Schuld davon sich selber wenigstens zu gleichem Theile beizumessen, eine Thatsache, von welcher man sie noch niemals hat reden hören.

Die Centren-Korrespondenz sagte am 14. December: »Die heutige Sitzung brachte in der Abstimmung über §. 19 des Reichstages die vorläufige Entscheidung über das Veto, welches dem künftigen Reichsregiment beizulegen sei. In der vorigen Sitzung hatte Vincke das Gewicht seiner Beredsamkeit und seiner politischen Konsequenz und Klarheit für das absolute Veto eingelegt; heute sprach unser Dahlmann als Berichterstatter für dasselbe mit der

untrüglichen Sicherheit langjähriger politischer Beobachtung, mit der idealen Anschauung, die aus einem rein aufgefaßten und rein gewollten System entspringt, mit der polemischen Schärfe, mit welcher selbst unabsichtlich die volle Klarheit die Ansichten der Gegner vernichtet. Er sprach von den abstrakten Gegnern jeden Veto's als von denen, welche den Gehorsam als den alleinigen Ruhm der künftigen Reichsregierung betrachteten; den Gründen gegenüber, welche gegen das Veto aus den freilich hieher nicht passenden trüben Erfahrungen der letzten dreißig Jahre gewonnen wurden, warnte er vor dem Verfahren ungeschickter Fechter, welche stets nur die zuletzt getroffene Stelle zu decken suchten; er verwies die ganze Frage von dem Gebiete der Freiheit, wohin sie aus leicht begreiflichem Irrthum gespielt war, auf das Gebiet der Macht, derjenigen Macht, welche zur Rettung des Staats nothwendig sei. Als eine solche rettende That bezeichnete er das kürzliche Verfahren der Preußischen Krone, und damit diese Rettung auch stets in gesetzlicher Form auftreten könne, hielt er das absolute Veto für nothwendig und alle abweichenden Anträge für gleichviel, d. h. für gar nichts werth. Gleichwol wurde der Ausschußantrag mit 267 gegen 207 Stimmen verworfen; jedoch muß ausdrücklich bemerkt werden, daß unter den Verwerfenden Mancher das absolute Veto nur dem Oberhaupte eines Bundesstaats nicht zugestehen zu dürfen glaubte, der aber eben dasselbe dem Monarchen des Einzelstaats vindicirt. Ein Antrag von Fallati, welcher dem Reichsoberhaupte ein Suspensivveto für die Dauer zweier Diäten nach dem Muster der Norwegischen Verfassung zugestand, wurde mit 274 gegen 187 Stimmen angenommen.« Damit war denn wenigstens angedeutet, daß am Fall des absoluten Veto u. a. die Unklarheit und Begriffs- und Sprachverwirrung oder bezüglich die Unredlichkeit Schuld war, worin man sich befand, indem man stets von einem Bundesstaate sprach und einen Einheitsstaat meinte oder doch unbewußt zu beschließen im Begriff war. Was Dahlmann von dem zu scharfen Betonen der trüben Erfahrungen der letzten dreißig Jahre sagte, ließ sich auch sonst, insbesondere gegen die tagtäglich wiederholten Deklamationen gegen die frühere Oesterreichische Politik oder den alten Bundestag anwenden.

Zu den Bestimmungen im Abschnitt von der Reichsgewalt, welche die Selbstständigkeit der Einzelstaaten am meisten bedroheten, am meisten die Tendenz zu einem Einheitsstaate verriethen, und

am wenigsten für einen Bundesstaat paßten, gehörten die über die Befugnisse und Pflichten der Reichsgewalt in Beziehung auf die Reichsfinanzen, Bestimmungen, die eine weitläufige centralisirte Finanzverwaltung mit Finanzministerium und Budget nebst unnützen Kosten, Reichsschulden u. s. w. herbeiführen mußten. Dies trat nun doppelt klar hervor und die Sache wurde dadurch noch viel schlimmer, daß man bei den Verhandlungen über den Reichstag gerade dem Staatenhause nur den geringsten Einfluß auf das Finanzwesen zugestand. Und wie hätte man, wäre man nicht gewohnt gewesen, die Staaten als dem Souverän unterworfene Unterthanen zu betrachten und mit Staatsgewalten wie mit Begriffen zu operiren, erwarten können, daß Oesterreich, daß irgend einer der größeren Staaten freiwillig, daß Preußen anders als zum Höchsten um der erblichen Oberherrschaft willen auf ein steuerbewilligendes Volkshaus, wie man es beliebte, sich einlassen würde!

Mit dem Allen hing zusammen, daß am 22. December das »Reichsbudget« für die vier letzten Monate berathen wurde und daß die National-Versammlung frischweg Matrikelbeiträge votirte, als befände man sich bereits mitten im konstitutionellen Einheitsstaate, und zwar so, daß man die Verkehrtheit gar nicht zu bemerken schien. Vielleicht wußten Manche recht gut, was sie thaten und was geschah, indem auf solche Weise in die Staaten provisorisch hineinregiert wurde. Je mehr sich die Versammlung auf alle und jede Art in die projektirte Verfassung hineinließ, desto mehr band man sich daran, desto schwerer mußte es werden, von ihr wieder zurückzukommen. Das Budget der vier letzten Monate des Jahrs, das vom Reichsministerium der Finanzen am 23. October vorgelegt war und jetzt bewilligt wurde, diente der Partei, welche die Einheit und Freiheit Deutschlands durch Krawalle zu fördern und das Volk durch Bürgerkrieg zu erleichtern strebte, als Fundgrube für neue Aufregung. »Lumpige zehn Millionen für vier Monate!« hatte das Blatt ausgerufen, das »vom Reichstag seinen Namen, von der Lüge seinen Geist und von dem Handbüchlein für Wühler seine Mittel borgte.« Gegen die Anfechtungen dieser Partei hatten die Flugblätter im November das Reichsbudget in Schutz genommen. In diesen Tagen vertheidigte ein Aufsatz von Mathy in der O.-P.-A.-Zeitung (№ 339) das letztere und dessen Bewilligung treffend gegen die fortgesetzten Angriffe derselben. Im Eingange wurde bemerklich gemacht, durch die erfolgte Bewilligung seien die

Zweifel über die Haltbarkeit des Gagern'schen Ministeriums beseitigt, die »Koalition« habe die Probe des Finanzgesetzes nicht bestanden. In der That war der Antrag, die Bewilligung bis nach Erledigung der Oesterreichischen Frage zu vertagen, mit unserer Hülfe, die wir mit der Linken im Bunde sein sollten, verworfen, zum abermaligen Beweise, daß die behauptete Koalition nicht existirte. Hätte sie existirt, so würden wir wider jenen Antrag unfehlbar gestimmt haben, was ohnehin schon an sich selbst völlig in der Ordnung gewesen wäre, wenn das Reichsministerium die Bewilligung oder Nichtbewilligung des Budgets als Probe des Vertrauens oder Nichtvertrauens der Versammlung nahm. Indeß lag uns die konstitutionelle Fiktion nicht so nahe im Sinn als das Interesse der Ordnung, das uns als in hohem Maß an den Bestand des konservativen Ministeriums geknüpft erschien. Genug, wir mißbilligten das Programm des Ministeriums und — befestigten es in Vereinigung mit dem Centrum gegen die Linke.

Die zweite Berathung der Grundrechte. — Das Einführungsgesetz. — Gombart's Antrag.

Neben den Debatten über den Reichstag ging die zweite Berathung der Grundrechte her, worin der auf der irre geleiteten Tagesmeinung beruhende Kultus der individuellen Freiheit, bei welchem das Gemeinwesen geopfert wurde, seinen officiellen Ausdruck erhielt. Wir müssen hier auf eine der unglücklichsten Sitzungen der National-Versammlung, die vom 11. September, zurückblicken, deren in der ersten Abtheilung nur ganz kurz gedacht ist. Die Grundrechteberathung hatte damals allgemeine Ungeduld und Unlust erregt. An jenem Tage kam zunächst ein von Bassermann und Mehreren (Beckerath, Detmold, Veit, Waitz, Jürgens u. a.) gestellter Antrag zur Sprache, der eine Abkürzung des Verfahrens bei der Behandlung des Gegenstandes und Beschleunigung der Vorlage des noch rückständigen Theils der Verfassung bezweckte. Zugleich waren jedoch noch mehrere andere Anträge verwandten Inhalts eingebracht, namentlich ein Schoder'scher und einer von Künßberg. Der erstere lautete:

»Die National-Versammlung wolle beschließen: 1) Sogleich auf die Berathung der das Vereins- und Versammlungsrecht, die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornengerichten und die Befreiung des Grund und Bodens betreffenden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte einzugehen, und nach erfolgter Beschlußnahme darüber die Beschlüsse über: Gleichheit vor dem Gesetze, unbeschränkte Glaubens- und Gewissensfreiheit, Preßfreiheit, Unverletzlichkeit der Person, Unverletzlichkeit der Woh-

nung, Briefgeheimniß, Vereins- und Versammlungsrecht, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege mit Geschwornengerichten, Befreiung des Grund und Bodens durch den Verfassungsausschuß zusammenstellen zu lassen, das Ergebniß aber mit den in Folge der zweiten Berathung und Abstimmung etwa erforderlichen Modifikationen ohne Verzug zu verkündigen; 2) sofort zu der Berathung des Verfassungsentwurfs und der Vorlagen des volkswirthschaftlichen Ausschusses überzugehen; 3) diejenigen in dem Entwurf der Grundrechte angeführten Bestimmungen aber, welche in das nach §. 1 zu erlassende Gesetz nicht werden aufgenommen werden, späterer Berathung vorzubehalten«. Den Künßberg'schen Antrag betreffend erinnere ich daran, daß er schon vor dem Beginne der Grundrechteberathung eingebracht und zeitweilig zurückgenommen war. Er wurde jetzt als zu einem geeigneten Zeitpunkte erneuert und wie wir hörten, sollte ihm zufolge die National-Versammlung beschließen: »daß, sobald die Vorlagen des Verfassungsausschusses es gestatten, mit der Berathung und Beschlußfassung über die definitive Organisation des Deutschen Reiches vorzuschreiten und bis nach Beendigung dieses Geschäftes die Berathung über den Entwurf der Grundrechte auszusetzen sei«. Bassermann und Schoder hatten die Dringlichkeitserklärung für ihre Anträge gefordert, und sie wurde beiden zuerkannt, die der Natur der Sache nach gleichzeitig behandelt werden mußten, wie denn dies auch vom Vorsitzenden bemerkt wurde, bevor er Bassermann das Wort gab, seinen Antrag zu motiviren. Die Centren hatten so manche schlimme Erfahrung bei Dringlichkeitsanträgen gemacht, die von der Linken hereingeschleudert worden, und sich nach jeder Ueberrumpelung und Niederlage in ihren Klubversammlungen unter einander dringend ermahnt, auf keine Verhandlung über dergleichen Anträge sofort einzugehen. In diesem Falle lag ein doppelter und dreifacher Grund zur Behutsamkeit vor. Einmal war der Gegenstand namentlich des Schoder'schen Antrags an sich selbst ein höchst wichtiger, ein sehr heißer, um so zu sagen, dann kam er von der Linken und noch dazu von Schoder. Die Minister der minder mächtigen Staaten befanden sich als Abgeordnete der National-Versammlung in einer eigenthümlichen und mißlichen Lage, am meisten von ihnen allen Römer als Premier des aufgewühlten Würtembergs. Ihm gegenüber stand Schoder, der ihn, wie man ziemlich allgemein annahm, haßte, und von Ehrgeiz getrieben sich an seine Stelle zu setzen

trachtete. Schoder that was er konnte, radikalen Ansichten mehr und mehr Eingang zu verschaffen und stützte sich auf die, eben in Würtemberg immer radikaler werdende Menge. In der National-Versammlung ging er weiter links um Römer zu überholen und dieser, statt stehen zu bleiben und den Kampf aufzunehmen, nahm zwei Schritte nach links, wenn Schoder einen genommen, bis es zuletzt nicht weiter anging. Sobald die Grundrechte publicirt waren, mußte die erste Kammer in Würtemberg fallen und in der National-Versammlung galt es als ausgemacht, daß Schoder zur Grundrechte-Publikation treibe, um jene Kammer zu sprengen, je eher je lieber eine Konstituirende zu erlangen, und Römer Verlegenheiten zu bereiten und zu stürzen. Dies Alles mahnte zu ganz besonderer Vorsicht, an welche man zum Ueberfluß noch ausdrücklich, obenein sogar von der linken Seite erinnert wurde, und als es sich erst um den Bassermann'schen Antrag allein handelte, während die Debatte noch verwickelter werden mußte, wenn auch die anderen Anträge hereingezogen wurden. Moritz Mohl sagte, nachdem Bassermann gesprochen: »Dieser Gegenstand ist nicht auf der Tagesordnung; soviel ich bemerken kann, haben auch die allerwenigsten Mitglieder den gedruckten Antrag vor sich. Der Antrag selbst ist wichtig, und ich glaube, daß wir einen Gegenstand nicht sogleich berathen können, den wir nicht einmal genau kennen. Ich glaube, der Gegenstand muß nothwendigerweise an den Verfassungsausschuß mit dem Schoder'schen Antrage zum Berichte verwiesen werden. Ich erlaube mir, ein Wort beizufügen; ich glaube, daß wir die Energie nicht darin zu zeigen haben, daß wir die Gegenstände — um einen populären Ausdruck zu gebrauchen — über das Knie brechen. Ich glaube, daß wir unsere Energie darin zeigen müssen und in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit ist ein Anlaß dazu, — daß wir die Rechte, die Ehre und die Würde des Vaterlandes wahren«. Unmittelbar darauf ließ die Versammlung die sofortige Verhandlung des Schoder'schen wie des Bassermann'schen Antrags ,als eine dringliche zu, eine abermalige Uebereilung und Gedankenlosigkeit und die Schuld so vieler Centrenmitglieder, durch welche die Mehrheit gebildet wurde, die jene Zulassung beschloß.

Selbst in Schoder's Befürwortung lagen Momente, durch welche man sich hätte warnen lassen sollen, seinen Antrag nun auch sofort zu genehmigen. Vincke warnte ausdrücklich und sehr einsichtsvoll, und redete im Uebrigen eindringlich dem Künßberg'schen

Vorschlage das Wort, dem vernünftigsten und hoffnungslosesten in dieser Versammlung. Man wollte nach allem Anschein noch in derselben Sitzung zur Abstimmung schreiten und ein dem Schoder'schen Antrage günstiges Ergebniß war recht sehr zu besorgen. Die Versammlung war jedoch unaufhaltsam in ihrer kopflosen Hast. Während Vincke sprach hatte ich mit Compes und Adams einen Antrag eingereicht, die Diskussion bis zum 15. auszusetzen, wo sämmtliche Vorschläge gedruckt sein würden. Adams suchte die Versammlung zu überzeugen, daß sie gar nicht im Stande sei, noch in derselben Sitzung über die entscheidend bedeutsame Sache einen gehörig erwogenen Beschluß zu fassen, und wie ganz unräthlich und übereilt es sein würde auch dieses zu thun, nachdem sie sich nicht enthalten wollen, über den Gegenstand in den Tag hinein zu diskutiren. Der Antrag wurde bei Stimmengleichheit — 211 gegen 211 — verworfen. Man diskutirte also weiter. Bei Vielen schien besonders das Schoder'sche Argument Eindruck zu machen, wie wünschenswerth und nothwendig es sei, daß »die Wohlthaten der Beschlüsse über die Grundrechte dem Volke so schnell als möglich zu Theil würden,« und wie sich die National-Versammlung dadurch in der verlorenen Volksgunst so prächtig rehabilitiren könne. Man stritt nach geschlossener Debatte über die Reihefolge, in welcher die Anträge zur Abstimmung kommen sollten. Graf Schwerin bat die Versammlung noch ein Mal inständig und motivirt, die Beschlußfassung auszusetzen, bis die Anträge gedruckt wären; allein auch sein Vertagungsvorschlag wurde abgelehnt. Es durfte kein Tag verloren gehen, daß dem Volke die Wohlthaten der Grundrechte zu Theil würden. Gar zu viele Centrenmänner sahen und hörten nicht. Schoder forderte die Priorität für seinen Antrag vor dem Bassermann'schen, weil der seinige weiter gehe. Vincke forderte die Priorität für den Künßbergischen, weil derselbe wiederum weiter gehe als der Schoder'sche. Es komme doch zunächst darauf an, ob man nicht die ganze Grundrechteberathung bis dahin verschieben wolle, daß über die definitive Organisation des Deutschen Reiches Beschluß gefaßt worden; wenn darüber entschieden sei, könne man immer noch Beschluß darüber fassen, wie man den Grundrechten zur Publikation verhelfen wolle. Vincke's Vorschlag schnitt jedoch der Vorsitzende (Gagern) durch die Bemerkung ab, daß, wenn auch Künßberg's Antrag angenommen würde, über die andern Anträge doch verhandelt werden müßte, weil noch kein Stoff zur Berathung

über den eigentlichen Verfassungs-Entwurf vorliege, »wir müssen also die Grundrechte doch nach diesen Vorschlägen oder aber im gewöhnlichen Wege behandeln.« Die Versammlung durch den Vorsitzenden befragt, entschied durch Mehrheit, daß über den Antrag Schoder's vor dem Antrage Bassermann's, und verneinte die Frage ob über den Künßbergischen Antrag vor allen anderen abgestimmt werden solle. Hierauf wurde der erste Satz des Schoder'schen Antrags nach vorgenommener Zählung mit 243 gegen 209 Stimmen angenommen. Im rechten Centrum hatten 29 dafür und 86 dawider gestimmt. Die Annahme des Schoder'schen Antrags schloß die Verwerfung des Bassermann'schen ein, des vom rechten Centrum ausgegangenen. Es hatten also 29 Mitglieder des letzteren für den Antrag der Linken und gegen den Antrag ihrer eignen Partei votirt. Im linken Centrum hatten 84 dafür und 72 dawider, auf der linken Seite 121 dafür und 4 dawider, auf der rechten 43 dafür und 4 dawider gestimmt. Schon die vom rechten Centrum für den Antrag abgegebenen 29 Stimmen würden als verneinende zur Verwerfung desselben hingereicht haben.

Natürlich unterblieb es nicht, daß nunmehr der Verfassungsausschuß gedrängt wurde, die Grundrechtebeschlüsse zur zweiten Lesung vorzubereiten, der Vorsitzende sodann, sie baldigst auf die Tagsordnung zu setzen. Schoder, der »grollende Schwabe«, machte es sich zur »Wochenaufgabe, zu einem caeterum censeo, daß die Grundrechte so speciellfrei wie möglich und noch rascher als möglich eingeführt würden«, wodurch denn »dem Gelingen einer Deutschen Verfassung tief geschadet« wurde, indem es den »begründeten Widerspruch der Einzelregierungen« weckte, und die Thätigkeit des Verfassungsausschusses vom eigentlichen Verfassungswerke abzog, wie Laube (II. 90) bemerkt, ohne hinzuzufügen, daß das linke Centrum, welchem er angehörte, durch Nachgiebigkeit und Mitwirkung vornämlich an den schädlichen Beschlüssen Schuld war.

Ich habe erwähnt (I. 195) daß die Flugblätter von Anfang sich viel mit den Grundrechten und den leidigen Debatten darüber beschäftigt und scharfen Tadel darüber ausgesprochen hätten. Dieser kam von m e i n e r Seite. Mein Mitherausgeber Bernhardi war duldsamer. Er hatte den Entwurf, die Debatten und Beschlüsse theilweis billigend besprochen, anderntheils aber doch gleichfalls große Bedenken geäußert und war nichts weniger als einverstanden mit den Grundrechte-Auswüchsen. Noch vor der Berathung

des dritten, die Schul- und Kirchenfrage betreffenden Artikels erschien eine Reihe von Aufsätzen über denselben, in welchen vergeblich dringende und trefflich begründete Einreden ausgesprochen wurden. Sie waren aus der Feder eines unsrer freisinnigsten und auf die Verhältnisse von Staat, Kirche und Schule am besten sich verstehenden Theologen, des Professors Hundeshagen in Heidelberg, mit welchem ich über den Gegenstand viel und eifrigst verhandelt und mit dessen Ansicht ich mich im völligsten Einverständniß befand. Jetzt nun sollte es, trotz so verdorbener Sache, doch noch einem Versuche gelten, Unheil abzuwenden, so aussichtslos er bei der vorherrschenden Stimmung sein mochte. Wollte man den Beschluß vom 11. September nicht, nach reiferem Besinnen, zurücknehmen, wollte und konnte man seine Ausführung nicht hinausschieben, so blieb es doch möglich, bei der zweiten Berathung das Verfehlte und Auswüchsige in den ersten Grundrechtebeschlüssen zu bessern oder auszumärzen. Die Flugblätter die zum wenigsten von vielen Mitgliedern der National-Versammlung und insbesondre der Centren gelesen wurden, brachten vom 25. November bis 13. December abermals eine Reihe von Artikeln über die Grundrechte, deren ich hier ausführlicher gedenke, um zu zeigen, daß es von meiner und meiner nächststehenden Freunde Seite nicht an Warnungen gefehlt hat, sowol vor dem schädlichen Theile des Inhalts der Grundrechte als vor Schwäche gegenüber dem thörichten Volksgeschrei nach ihnen und vor dem groben Fehler ihrer Separatverkündigung, der wesentlich auf der falschen Voraussetzung beruhete, als ob man bereits ein einheitliches Deutsches Reich habe und als ob die Regierungen der Einzelstaaten schon soweit beseitigt wären, daß ihre Zustimmung sich von selbst finden oder ihre Unterwerfung unter den Volkswillen bewirkt werden würde. Zunächst suchte man in jenen Aufsätzen den allgemeinen Standpunkt festzustellen.

»Wir haben es immer als ein Unglück beklagt, daß die National-Versammlung mit der Berathung der sogenannten Grundrechte angefangen hat. Ihre Aufgabe war die Gründung einer Verfassung für Deutschland, sie hatte also die Grundlagen dieser Föderativverfassung, die Stellung der Staaten zu einander und zu dem gemeinsamen Centrum zu bestimmen, sie hatte es überhaupt zunächst mit den Staaten und nicht mit den Individuen zu thun. In die Verfassung selbst konnte, wie in die Belgische und Nordamerikanische, sehr wohl ein Abschnitt über die sogenannten Grund-

rechte, der alsdann kürzer ausgefallen wäre, aufgenommen werden: daß man aber vor der Verfassung mit den Grundrechten angefangen hat, ist — ganz von den Beweggründen dazu abgesehen — völlig verkehrt und hat die ganze Sache in eine falsche Lage gebracht.

»Die nächste Folge des abgesonderten Vorausbehandelns der sogenannten Grundrechte ist die, daß dieselben zu detaillirt ausgefallen sind, und in eine Menge specieller Verhältnisse eingehen, die so oder anders geordnet werden können, ohne daß sich dabei verständiger Weise von einer Verletzung oder Anerkennung eines Grundrechts, einer heiligen und werthvollen Errungenschaft sprechen läßt. Was Grundrecht aller Deutschen sein soll, muß auch allen Deutschen lieb und willkommen sein. Auf die wenigen allgemeinen Punkte, bei denen dieses zutrifft, mußte man sich beschränken. Geht man in Einzelnheiten, läßt man sich vielleicht gar durch falsche Popularitätssucht verleiten, recht viel zu geben, so verliert man einerseits jede Grenze und kann am Ende die ganze Gesetzgebung mit in die Grundrechte aufnehmen, andererseits bringt man es aber dahin, daß man nicht bloß solche Sätze, die Allen lieb und werth sind, wofür sich alle Sympathien vereinigen als Grundrechte aufstellt, sondern auch solche, gegen welche nicht nur einzelne Klassen der Bevölkerung, sondern die sämmtlichen Betheiligten in ganzen Territorien mit bestem Grunde eifrig protestiren werden. Statt also wirklich Grundrechte des Deutschen Volkes, an denen dasselbe festhalten und die es mit Dank annehmen wird, zu geben, giebt man ein Sammelwerk von Specialitäten, die dem Einen gefallen, dem Andern nicht, und von denen man zum Theil gar nicht begreift, wie sie zu der Bezeichnung: Grundrechte kommen. — Ein zweites Mißverständniß ist Folgendes: Geht man nun in das Detail ein, so wie man es gethan hat, so greift man in besondere Verhältnisse der einzelnen Länder, die ganz verschieden sind, auf verschieden wirkende Weise ein. Bis jetzt und vor der neuen Verfassung sind alle diese Verhältnisse Gegenstand der Legislation der einzelnen Staaten. Die neue Verfassung hat erst zu bestimmen wie weit künftig die Centralisation gehen, wie sich die Stellung der Staaten zu dem gemeinsamen Centrum gestalten wird. Hierüber wird diese Verfassung bestimmte und klare Principien geben müssen, sie wird entscheiden müssen, welche Verhältnisse der Legislation der einzelnen Staaten vorzubehalten und welche vom Reiche aus zu ordnen sind. Die jetzt vorliegenden Grundrechte greifen hier aber der künftigen

Verfassung ganz augenscheinlich vor, sie berühren eine Menge von Gegenständen, von denen man noch gar nicht weiß, ob sie künftig der Anordnung der einzelnen Staaten entzogen werden sollen: sie präjudiciren so der künftigen Verfassung auf eine höchst empfindliche Art und was das schlimmste ist, sie thun dies beiläufig und gelegentlich.

»Letzteres müssen wir noch näher erläutern. Die Frage: wie weit die Centralisation gehen und was der Anordnung der Einzelstaaten entzogen werden solle, ist eine der wichtigsten bei der neuen Verfassung. — — Bei den Grundrechten ist sie der Natur der Sache nach nicht aus diesem ersten und nothwendigsten Gesichtspunkte entschieden, sondern rein mit Rücksicht auf die Individuen. Wir besorgen hier nicht mißverstanden zu werden, als ob wir meinten, man müsse die Frage mit Rücksicht auf die Regierungen entscheiden, und habe sie bei den Grundrechten nur mit Rücksicht auf das Volk entschieden. Das ist der Gegensatz nicht. Nicht Regierungen und Volk, sondern Staaten und Individuen machen den Gegensatz, und die Verdrehung vermöge welcher die Radikalen beide Gegensätze zu vermischen trachten, wird Niemand mehr täuschen. Bei den Grundrechten hat man den Individuen Etwas geben wollen und gesucht, was sich ihnen in dieser und jener Beziehung wohl zusichern, was sich wohl als Grundrecht für sie verkünden lasse. Principiell ist die Frage von der Centralisation dabei also nicht entschieden und konnte auch so beiläufig und vorläufig gar nicht entschieden werden; die Rücksicht auf das Maß der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten, welches die Verfassung sichern wird, ist nicht genommen und konnte nicht genommen werden, weil die Verfassung noch nicht vorlag. Gleichwohl hat man hier der Verfassung vorgegriffen und einen der wichtigsten Sätze derselben bereits beiläufig entschieden. So hat man Bestimmungen in die Grundrechte aufgenommen, welche in die Agrargesetzgebung auf eine ganz verschiedene Weise eingreifen, welche dem einen Territorium lästig, dem andern gleichgültig und dem Dritten vielleicht unschädlich sein werden. Gleichwohl steht noch gar nicht fest, daß die Agrargesetzgebung den einzelnen Staaten entzogen werden wird, was bei der völligen Verschiedenheit der Verhältnisse in Deutschland auch weder wünschenswerth noch irgend ersprießlich sein könnte.

»Aus diesem Grunde halten wir auch den Erlaß des Ministe-

riums des Innern, durch welchen die Regierungen bereits zu Vorbereitungen wegen der künftigen Einführung der Grundrechte aufgefordert werden, für durchaus unzeitig und voreilig. Es würde sehr wenig legislatorische Weisheit kundgeben, wenn man dieses Mißverhältniß nicht anerkennen wollte. Man würde den alten Einwand, daß Versammlungen ungeachtet der Befähigung einzelner Mitglieder doch zu keinen größeren legislativen Arbeiten geschickt sind, auf's Neue bestätigen. Wir glauben, daß die Mehrheit der Nationalversammlung auch hier das Richtige sehen, daß sie die für eine Versammlung sehr schwierige Aufgabe, sich zu beschränken und am rechten Orte Etwas zu unterlassen, allenfalls zu erfüllen wissen wird. Das einzige Mittel, jenem Mißverhältnisse auszuweichen, ist das, die zweite Berathung der Grundrechte bis auf die Vollendung der Verfassung auszusetzen. Erst dann weiß man, in welchem Maße die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten beschränkt und was ihrer Anordnung entzogen sein wird, erst dann kann man also für die Grundrechte, so wie sie einmal angelegt sind, das rechte Maß finden, und nur auf diese Weise entgeht man dem Widerspruche, in die Capitalfrage von der Beschränkung der Gesetzgebung der einzelnen Staaten beiläufig bei den Grundrechten einzugreifen, und sie nachher bei der Verfassung, aller Voraussicht nach im Principe ganz anders, entscheiden zu müssen. Wir müssen für diese Frage ein festes und entscheidendes Princip, was überall, auch bei den sogenannten Grundrechten einzuhalten ist, haben, und die ganze Thätigkeit der Nationalversammlung unterläge gerechtem Tadel, wenn sie in Einzelheiten, vielleicht um dem Volke etwas Populäres zu geben, Abweichungen und Durchlöcherungen des Princips proclamirt hätte.«

Nach dieser Einleitung nahm man die einzelnen Bestimmungen der Grundrechte vor. Das Bisherige noch einmal zusammenfassend schickte man eine wiederholte dringende Warnung voraus.

»Wir haben es bitter getadelt, daß man aus falscher Popularitätssucht mit den s. g. Grundrechten, mit Rechten der Individuen angefangen hat. Wir haben dabei im Allgemeinen die Uebelstände bezeichnet die aus dieser Verkehrtheit herkommen mußten. Man hat sich in ein Detail verwickelt, man hat viele Dinge für Grundrechte erklärt, die nach vernünftigem Sprachgebrauche gar nicht für solche gelten können, und auf diese Weise ist ein Sammelwerk zu Stande gekommen, dessen Einzelheiten in ihrer Anwendung auf die

bestehenden Verhältnisse zu unabsehbaren Verwickelungen führen, und in diese Verhältnisse oft so störend eingreifen, daß man in vielen Gegenden wider diese neuen Errungenschaften alles Ernstes protestiren wird. Es wird endlich in die Frage, welche Verhältnisse vom Reiche aus und welche in den Territorien angeordnet werden sollen, also in die Selbstständigkeitsfrage eine höchst unerwünschte Verwirrung geworfen. Wir wollen jetzt mit diesen allgemeinen Bemerkungen die Einzelnheiten zusammenhalten, und werden dabei eben so scharf und unumwunden sprechen wie bisher. Wir halten eine Publikation dieser oder diesen ähnlicher Grundrechte geradezu für ein nationales Unglück. Es würde damit von der legislatorischen Weisheit derjenigen Versammlung ein nachtheiliges Zeugniß abgelegt werden, von welcher unsre Zukunft abhängen soll, leicht möchte dabei die Ironie des Schicksals walten, daß gerade dasjenige Werk, womit dem Deutschen Volke ein Geschenk gemacht und Gunst und Gnade von ihm verdient werden sollte, Quell neuer Verwirrungen und Zersplitterungen würde.«

Man kam hierauf zu den einzelnen Bestimmungen. »Nach Durchsicht dieser Einzelheiten wird jeder unbefangene Prüfer sogleich einen Eindruck gewinnen, den wir hier noch näher zerlegen und klar machen wollen. Es ist dieses der Eindruck, daß das Ganze mit dem Charakter der Abstraktion behaftet sei. Es schwebt in der Luft und nimmt sich eben nur so lange gut aus, als man den mangelnden Zusammenhang mit dem Boden der Wirklichkeit und den gegebenen Verhältnissen nicht bemerkt. Es ist lobenswerth, daß man den Grundschaden des polizeilichen Staatswesens scharf ins Auge faßte und hinauszuschaffen sich bemühete, man hielt dabei aber die richtige Linie nicht ein, verführt, wie es scheint, von den Klagen und Forderungen Einzelner, die man für allgemein nahm, und von den Vorurtheilen, Uebertreibungen und Ueberspanntheiten einer großentheils krankhaft erregten Zeit. Man verfuhr ganz in der, der ersten französischen Revolution mit Recht Schuld gegebenen Weise, man that, als ob wir keine Vergangenheit und Geschichte, keine gegebenen Verhältnisse hätten, als ob durch die neuen Gesetze, durch das Ideale, auch das Reelle, die Verhältnisse auf welche die Gesetze sich beziehen sollen, neu geschaffen würden. Die Verkehrtheit kommt alsdann bald zu Tage. Natürlich macht man, wo

man das Gegebene, also das Mannigfaltige nicht berücksichtigt, Alles gleich, denn a priori läßt sich keine Mannigfaltigkeit herausbringen. Gleichheit und Gleichförmigkeit ist sogar etwas durch die liberale Richtung einmal Gebotenes. Aber die Gleichheit welche man erreicht, ist nach jener abstrakten Methode eine bloß formelle: sie existirt in einem sie proklamirenden Gesetzartikel und auf dem Papier. In der Anwendung verschwindet sie, und macht einer materiellen Ungleichheit, die zur wahren Ungerechtigkeit wird, Platz. Dieselbe gleiche Regel auf ganz verschiedene Verhältnisse angewandt führt nothwendig zur materiellen Ungleichheit. Glaubt man etwa mit der abstrakten Vorschrift: alles Grundeigenthum solle theilbar sein, materiell gleiche und gleich gerechte Resultate zu erreichen? Sieht man nicht daß hier die wirklichen Verhältnisse so verschieden sind, daß die rücksichtslose Anwendung jener Regel auch ganz verschieden wirken, und an die Stelle der jetzt verschiedenen Verhältnisse neue Verschiedenheiten bringen würde, welche eben jener Rücksichtslosigkeit wegen oft schreiend ungerecht sein müßten? — Dieser abstrakte Character ist der schlimmste Vorwurf der sich einer legislativen Arbeit machen läßt. Er zeugt von mangelhafter theoretischer Bildung des Gesetzgebers, er zeugt von praktischem Ungeschick und Mangel an praktischer Erfahrung. Der einfach praktische Mann würde wenigstens nie verfehlen, sich die Folgen einer zu gebenden Vorschrift in ihrer Anwendung auf die Verhältnisse im Einzelnen klar zu machen und einzuhalten, wo er hier auf Verwickelungen stößt. Der Halbgebildete fährt dagegen mit kühnen Griffen hinein, und liefert Dinge die unausführbar sind, oder in der Ausführung zu Unheil und Verwirrung führen.«

Man beleuchtete sodann den ersten Artikel der Grundrechte von der Deutschen Staats- und Reichsgenossenschaft und erwies, daß die getroffenen Bestimmungen entweder gar nicht ausführbar sein oder in der Anwendung zu den heillosesten Ungleichheiten führen würden, daß das was man gethan habe viel zu speciell sei, um in Grundrechte zu gehören, und viel zu wenig speciell um praktisch zu sein, daß im Besondern die gegebene Freizügigkeit und das Recht auf Gewerbebetrieb, obwol manchen Individuen erwünscht, so allgemein zugestanden den Staaten, gegen welche sie zugestanden würden, entschieden lästig und gefährlich seien und als Grundrechte und Errungenschaften des Deutschen Volkes sich seltsam ausnähmen. Man sagte vorher, daß die Mehrzahl der Gemeinden sehr wenig damit zufrieden sein werde. Als sich dies zu zeigen anfing, als

namentlich in Baiern ganz natürlicher Weise Widerspruch erfolgte, schalten die verkehrten und vergeblich gewarnten Gesetzgeber auf den »Partikularismus«, worin einer der beträchtlichsten Theile ihrer ganzen Weisheit bestand.

Von der Bestimmung, wonach alle Deutsche »vor dem Gesetz« gleich sind, wurde dargethan, daß ihr und ähnlicher Grundrechte praktischer Werth darin bestehe, »daß die Leute glauben, es stecke etwas dahinter.« Hieran knüpfte man die nachstehenden Bemerkungen, die auf viele Bestimmungen der Grundrechte Bezug litten.

»Die Proklamation der Grundrechte ist eine Nachahmung der Proklamation der allgemeinen Menschenrechte, welche in der ersten Französischen Revolution erfolgte. Die allgemeinen Menschenrechte sind aus einem vermeintlichen Naturzustande abstrahirt, und sollen dem Menschen vor und über allem Staatsverbande zustehen. Darin liegt dann wenigstens die Konsequenz, daß diese Menschenrechte nicht eigentlich Gegenstand der Staatsgesetzgebung, sondern höchstens ein **noli me tangere** sind, welches die Staatsgesetzgebung nicht berühren darf. Die Grundrechte sind minder abstrakt: sie beziehen sich auf keinen vorstaatlichen und überstaatlichen Urzustand, und wir sind in dieser Hinsicht allerdings positiver, als die Schüler Rousseau's. Sie sollen Rechte sein, die der Mensch im Staate, die er als Staatsbürger hat. Die hierher gehörigen Rechte hat nun aber der Mensch nicht gerade vermöge positiver Gesetze, sondern in Folge unserer Sitte, Civilisation und ganzen Lebensweise. Sie können vom Gesetze auch nicht weiter anerkannt werden, als sie nach Sitte und Lebensverhältnissen ohnehin zustehen, und wenn man sie zum Gegenstand der Gesetzgebung macht, so bekommt das Gesetz, welches sie proklamirt, einen schiefen Charakter. Es gewährt nichts, was nicht ohnehin zusteht, und hilft dem Einzelnen faktisch doch nichts, weil immer noch eine Reihe von andern Umständen vorhanden sein muß, wenn das gewährte Recht irgend Bedeutung haben soll. Die Gesetzgebung ist dabei gar nicht mehr in ihrer Sphäre, sie proklamirt kein **jus permissivum** oder **cogens**, sondern nur aus unsern Kulturzuständen abstrahirte allgemeine Regeln, an deren abstrakter Richtigkeit ohnehin Niemand zweifelt, die aber **in concreto** dem Einzelnen das Leben nicht leichter machen. So soll »Jeder das Recht der Meinungsäußerung« haben. Das Recht hatte der Barbier des Königs Midas auch: so abstrakt ist dasselbe ohne alle Bedeutung, und es kommt dabei mehr auf eine Menge

von Nebenumständen an, aus denen Einschränkungen folgen, als auf das Recht selbst, das in dieser abstrakten Form Niemand läugnet. »Jeder kann sich seinen Beruf frei wählen.« Auch daran zweifelt Niemand, aber Niemandem ist mit dieser Freiheit irgend Etwas geholfen, wenn ihm Mittel und Gelegenheiten fehlen. Man könnte in ähnlicher Weise proklamiren: »Jeder habe das Recht, zu essen und zu trinken, was er wolle,« womit auch eine sehr zweifellose, aber sehr unpraktische Wahrheit ausgesprochen wäre. Die Sache ist die, daß dergleichen allgemeine Befugnisse nicht Gegenstand der Gesetzgebung sind: was in Bezug auf sie geschehen kann, liegt meist in der Hand der Regierungsgewalt, die im Allgemeinen oder in konkreten Fällen die vorhandenen Hindernisse der Uebung jener Befugniß beseitigen kann. Die Proklamirung der Regel als Gesetzartikel wird immer den Charakter des Unpraktischen und Abstrakten haben. Der Ungebildete, der sich an die Worte hält, wird mehr darin suchen, als am Ende thatsächlich herauszubringen ist. Das muß der Gesetzgeber im Grunde auch wohl wissen, er sollte also nicht proklamiren, was besser klingt, als es wirklich ist.«

Man sagte ferner: »Etwas Aehnliches läßt sich über die Abschaffung der Titel und Standesprivilegien in §. 6 bemerken. Man hat hier das Gebiet der Gesetze und das der Sitten vermengt, und da Gesetze gegeben, wo die Sitte entscheidet. Gegen Sitte und allgemeine Lebensansicht vermögen auch Gesetze nichts. Der Passus von den Titeln ist zudem so gefaßt: daß die jetzt verliehenen Titel wegfallen und nicht wieder — gar nicht oder nur nicht an die Personen, welche damit begnadigt waren? — verliehen werden dürfen. Neue Titel zu kreiren, ist nicht untersagt. »Die öffentlichen Aemter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.« Als Gesetzartikel ist dieser Ausspruch nichtssagend, sobald es keine positiv anerkannte Vorrechte auf Erlangung gewisser Aemter gibt. Faktisch ist er unrichtig. Ein Amt ist dem einen von mehrern Befähigten, der gute Konnexionen hat, dessen Befähigung bekannter ist, der sich persönlich besser empfiehlt, doch zugänglicher als dem Andern.

»Das »Waffenrecht« soll für Alle gleich sein. Allgemeines Waffenrecht, freies Vereinsrecht, freies Petitionsrecht würde geradezu Räuberbanden legalisiren, wenn nicht nach §. 23 die Deutschen, sobald sie das Versammlungsrecht benutzen, ihre Waffen zu Hause lassen müßten. Was es mit dem allgemeinen Waffenrechte auf sich hat, wird man jetzt wohl eingesehen haben. Die Erfah-

rungen des 18. September, die an manchen Orten eingetretene Nothwendigkeit, den Leuten die Waffen wieder wegzunehmen, sagen hier mehr, als eine lange Beweisführung darthun könnte.

»§. 7 beginnt mit dem ganz allgemeinen Satze: »Die Freiheit der Person ist unverletzlich.« In dieser Allgemeinheit ist der Satz nicht richtig, mag man »Freiheit der Person« im engern Sinne für das Nichteingesperrtsein oder im weitern für die Befugniß, mit seiner Person zu machen, was man will, nehmen. Die Grundrechte deuten selbst an, daß Leute in Untersuchungs- und Strafhaft sein können; und nimmt man vollends Freiheit der Person nicht blos für das Gegentheil von Verhaftung, so leuchtet ein, daß diese Freiheit auf die mannigfachste Weise beschränkt wird. Oder sollte die Meinung sein, sie dürfe wohl beschränkt, aber nicht verletzt werden? Wir wüßten keinen Unterschied zwischen beiden Ausdrücken zu machen. Ebenso verhält es sich mit dem in §. 8 ausgesprochenen allgemeinen Satze: Die Wohnung ist unverletzlich.«

»Nach §. 9 ist »das Briefgeheimniß gewährleistet.« Das sagt offenbar zu viel; kein Staat kann dafür einstehen, daß dieses Geheimniß nicht durch Amtsmißbrauch der Postbeamten, und noch weniger dafür, daß es nicht durch anderweite Indiskretionen verletzt werde. Der Staat kann nur durch die Postgesetze jeden Amtsmißbrauch der Postbeamten verbieten und verpönen. Mit solchem Verbote korrespondirt denn freilich ein Recht des Publikums, aber keineswegs ein so allgemeines, als hier ausgesprochen ist. Die ganze Bestimmung gehört lediglich in die Postgesetze. Ebenso gehören die übrigen Bestimmungen dieses Artikels in das Kriminalgesetzbuch und den Kriminalprozeß. Man kann nicht alle nützlichen und heilsamen Bestimmungen, die in einzelnen Zweigen der Gesetzgebung sich finden sollen, für Grundrechte erklären und in ein apartes Gesetz zusammenziehen. Es fehlt hier jedes Maß und Ziel und man thäte dann besser, einfach zu proklamiren: es sei ein Grundrecht, daß gute Gesetze beständen.

»In §. 10 ist zunächst das Recht der freien Meinungsäußerung — auch durch bildliche Darstellung! — zu unumwunden hingestellt. Gibt es ein unbeschränktes Recht, so ist hier nichts unerlaubt. Qui jure suo utitur neminem laedit, würde jeder Pasquillant und Verläumder einwenden. Ebenso geht es zu weit, daß die Preßfreiheit unter keinen Umständen und in keiner Weise beschränkt, suspendirt und aufgehoben werden soll.

»Sehr wenig sind wir ferner mit dem Inhalte der Art. III. und IV. über Glaubens- und Gewissensfreiheit und Unterricht und Erziehung einverstanden.

»In dem dritten Artikel ist der bereits gerügte abstrakte Charakter ganz besonders auffallend. In Deutschland sind die Verhältnisse in kirchlicher Hinsicht ganz verschieden. Die protestantische Kirche hat ihr eigenes auf dem westphälischen Frieden, der Bundesakte und Landesgesetzen beruhendes Kirchenstaatsrecht, die katholische Kirche hat ebenfalls ihre besondere Organisation und Gesetzgebung. Die protestantische Lehre legt auf die Kirchenverfassung, auf die sichtbare Kirche keinen oder nur einen untergeordneten Werth, nach katholischer Lehre ist die bestimmte äußere Kirche ein Glaubenssatz. Durch alle diese Verschiedenheiten fährt man mit allgemeinen, vom Geiste einer abstrakten Freiheit diktirten Regeln hindurch, und wird damit, wo nicht gar Alles verwirren, doch wenigstens ganz verschiedene Resultate herbeiführen. In katholischen Ländern wird man an den bisherigen Verhältnissen wenig ändern. Die Kirche wird hier durch die größere Freiheit keinen Abbruch leiden, sondern nur Gelegenheit haben, sich zu befestigen. In protestantischen Ländern hat man dagegen alle Folgen einer flachen Aufklärerei legalisirt. Man verstößt mit §. 11 ganz entschieden gegen eine sehr gesunde und achtungswürdige Volksansicht, welche sich gar nicht denken kann, daß Jemand gar keine religiöse Ueberzeugung zu haben, sich zu gar keiner Kirche zu bekennen brauche. Daß dafür allerdings kein Zwangsgesetz existirt, daß es wohl dringende Motive, aber keine Nöthigung gab, könnte man freilich sagen, aber wenn man als Grundrecht dem Deutschen Volke proklamirt: daß man keine Religion zu haben brauche, so verletzt man ganz entschieden eine gesunde und richtige Volksansicht und setzt sich dem Vorwurfe aus, man habe Religion und Religiosität für gleichgültig, und den Glauben, daß der Mensch Beides haben müsse, für ein Vorurtheil erklärt. Dann aber hat man der völligen Zersplitterung der protestantischen Kirche Thür und Thor geöffnet. Wir sind fest überzeugt, daß durch Licenz der protestantischen Kirche, deren Entstehung eine Reaktion gegen Licenz war, nicht zu helfen ist. Beides widerspricht sogar dem protestantischen Prinzipe. In ihrem jetzigen Zustande, wo der Glaubensinhalt fast vergessen ist und die meisten Reformatoren nur Fragen der äußeren Verfassung auf die Bahn zu bringen wissen, kann die prote-

stantische Kirche gegen die in den Grundrechten gewährten Freiheiten nicht Stand halten, und wird ihrer völligen Auflösung in freie Gemeinden, oder andere Sektirergesellschaften entgegensehen müssen. — Ob das Alles viel helfen wird, wissen wir nicht, aber wir haben wenigstens gewarnt.«

Dies war geschrieben in der Nummer vom 2. December. Der Anfang der zweiten Berathung der Grundrechte in den nächsten Tagen war nicht zu vermeiden und der Verlauf und das Ende ließen sich vorhersehen. In einer der ersten Decembersitzungen wurde beschlossen, gleichzeitig mit der Berathung des Entwurfs über den Reichstag sollte in zwei wöchentlichen Sitzungen die zweite Lesung der Grundrechte vorgenommen werden. Von vielen und achtbaren Seiten, von mehreren Regierungen liefen Erinnerungen, Bemerkungen, Denkschriften ein, welche theils gegen den Inhalt theils gegen die übereilte Publikation der Grundrechte gerichtet waren. Wahrhaft gediegene, schlagende Ausführungen enthielten namentlich eine Hannoverische und eine kürzere Braunschweigische Denkschrift. Sie wurden so gut wie gar nicht beachtet. Selbst im Verfassungsausschuß sollte kaum die Rede davon sein dürfen. Als dort nur Miene gemacht wurde auf die Materie einzugehen, erhoben die Mitglieder der Linken sofort großen Lärm und bestanden darauf, daß der Ausschuß sich lediglich auf eine formelle Redaktion zu beschränken habe. Er that indeß bei seiner Revision das Möglichste, um auch in materieller Beziehung zu bessern, konnte aber freilich nur wenig thun. Am 7. nahm die Debatte in der National-Versammlung ihren Anfang. Sie verhieß an sich selbst wenig Gutes und — man hatte die Linke mit ihrem Ansinnen, daß vor der eigentlichen Verfassung die Grundrechte vorgenommen werden sollten, man hatte sie mit ihren Anträgen am 11. September durchdringen lassen. Daher, daß man unsrer Seits um so mehr glaubte, es werde verlorene Mühe sein, noch länger wider den Strom hinanzuschwimmen. Indeß sollte auch der hoffnungslose Kampf nicht aufgegeben werden vor der völligen Entscheidung, und so sagten wir am 13. December noch ein letztes Wort, resignirt obwol nicht kleinlaut, unserer Sache gewiß genug wie zuvor. Wir sagten: unsre Besorgniß wegen der Grundrechte ist keine leere gewesen, wir werden ihnen nicht entgehen, sie werden zu Ende berathen und publicirt werden, das Volk wird stellenweis den Kopf darüber schütteln, aber die Klubs

und Vereine werden sie als etwas liberales ausposaunen und hinterher wird man einsehen, was an der ganzen Sache war. Fahren wir fort der Kritik, welche Jedermann überzeugen und durch welche Jedermann, wenn es zu spät ist, sich überzeugen lassen wird, wie verfehlt und tadelnswerth das ganze Opus ist — fahren wir fort dieser Kritik etwas vorzuarbeiten, ob sie vielleicht noch rechtzeitig einigen Blinden die Augen aufknöpft. In den Centren ließen sich Manche von der Linken wirklich weiß machen, die National-Versammlung werde den im Volke verlorenen Boden durch die Grundrechte wieder gewinnen. Wie oft und in welchem Maße hatte falsche Popularitätssucht eingewirkt, die Furcht vor den Klubs, Vereinen, Volksversammlungen und deren Zudringlichkeiten, Drohungen und anderen Verkehrtheiten. Darauf bezog es sich, wenn wir, Zweck und Tendenz des ganzen Freiheitensammtwerks, wie es in der ersten Berathung geworden, wiederholt für unlöblich erklärend, weiter sagten: »Man soll Gesetze machen, wo sie nöthig sind, nicht aber blos um dem Volke ein Geschenk zu bieten, das ihm — wie nun eben die Tagesmeinung ist — gefallen, das das wankende Ansehen Frankfurts neu befestigen soll, und auf diesen Effekt berechnet nur eben der Tagesmeinung, sie mag so oberflächlich sein wie sie will, huldigt. Und sieht man endlich ein, daß man in einer falschen Bahn gewesen ist, so soll man zurückkehren, und nicht um sich ein Geständniß zu ersparen, die Falschheit der Bahn bestreiten wollen. Man soll es auch nicht scheuen, den Tagsmeinungen geradezu entgegen zu treten, wo sie gehaltlos und gefährlich sind. Werke für die Zukunft baut Niemand auf die Basis politischer Sätze und Postulate, die freisinnig klingen und als Modewaaren eben Cours, aber keinen ächten Gehalt haben; solche Zukunftswerke baut auch Niemand, der nicht Muth und Charakter genug hat, Rücksichten auf das eben Populäre nicht zu nehmen. Es ist jetzt viel von Freiheit die Rede, aber zur Freiheit fehlen uns die Freien, wie zur Republik die Republikaner. Ist es Freiheit, wenn man servil ist und im Staube kniet, wie vordem, nur vor andern Gegenständen? Das Volk statt vor den Fürsten vor falschen Götzen der Freiheit, vor Redensarten und seinen eignen kindischen Gelüsten, die legislativen Versammlungen statt vor den Ministern vor dem Volke, die Minister statt vor den Souverains und hohen Einflüssen vor diesen Versammlungen? Und mit diesen Elementen will man eine freie Verfassung und freie Institutionen gründen? Es ist

aber schon gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Reißt man die Schranken sämmtlich ein, so ist das Feld zunächst der Licenz geöffnet, mit der Licenz dringt aber auch unter dem Namen der Freiheit die Befugniß zu zwingen hinein, und wenn die wilden Wasser verlaufen sind, beginnt die Arbeit des Ordnens und Schaffens, die wir eigentlich gleich jetzt hätten unternehmen sollen.«

Es war uns sehr übel genommen, daß wir gesagt hatten, in den Grundrechten ließen sich hohle Tagsmeinungen erkennen. Wir entgegneten: »in den Bestimmungen über Freiheit des Sektenwesens haben wir, was Lichtfreunde und freie Gemeinden auf die Tagesordnung brachten; die Unstatthaftigkeit eines Zwangs zu kirchlichen Handlungen trifft die Baierische Kniebeugungsfrage; und wäre wohl die Bestimmung, daß Niemand auswärtige Orden annehmen soll, bei der zweiten Lesung hineingekommen, wenn nicht eben Windisch-Grätz und Jellachich Russische Orden bekommen hätten? Wie ein Kind freut sich Mancher (es war »aus dem Leben gegriffen«), daß Windisch-Grätz seinen Orden nun wieder herausgeben muß, oder daß doch nun ähnlichen großartigen Bestechungen vorgebeugt sei. Nur hat man freilich vergessen, unter die Grundrechte der Deutschen das Verbot aufzunehmen, goldene Dosen u. dgl. anzunehmen. — Was sollen ferner solche Abstraktionen, wie die Abschaffung der Todesstrafe? Sie wäre in der Ordnung, wenn die Civilisation weit genug vorgeschritten, wenn ächte Humanität tief genug eingedrungen wäre, um die schwerste Strafe entbehrlich zu machen. Dann fehlten aber auch die schweren Verbrechen, und die Humanität und Sittlichkeit hätte Verbrechen wie Strafe beseitigt. Nur Civilisation und Sitte, nicht ein nach Stimmenmehrheit gefaßter Beschluß kann die Todesstrafe abschaffen. Oder will man etwa gar behaupten, die wahre Humanität sei so tief in unsre Bevölkerung eingedrungen, daß blutige Thaten und blutige Strafen unsrer ganzen Lebensansicht und Sitte fern lägen? Das wäre nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, geradezu eine Heuchelei. Es waltet in der Geschichte oft eine grausame Ironie. Gerade wo man Brüderlichkeit und Humanität mit besonderem Gepränge proklamirt hatte, war Blutvergießen, waren Mord und Hinrichtungen in Masse nicht fern. Das Unwahre und Uebertriebene schlägt leicht in das Extrem auf der andern Seite hinüber.«

Auf den Verfassungsausschuß wurde heftig gescholten, daß er willkürlich verfahren sei. Es war in unsern Augen kein Tadel, daß

er sich einsichtiger als die souveräne Versammlung erwiesen und deren Mißgriffe einzubessern gesucht hatte. Wir konnten nur leider nicht finden, daß viel damit geholfen sei. »Das Ganze war in Princip und Anlage verfehlt, und daher war ein Verbessern nur bei Einzelnheiten möglich. Den von uns bereits gerügten Charakter des Leeren und Abstrakten hat das Ganze behalten, und im Einzelnen sind die Bestimmungen dunkel, orakelhaft und verwirrend geblieben. Man sieht, daß der Ausschuß sich bemüht hat, manche Bestimmung praktisch ausführbarer zu machen, als sie vorhin war; aber meist ist das gefundene Expediens nicht besser als die erste Bestimmung. Was soll — wie jetzt die Sache feststeht — die Praxis z. B. aus §. 3 machen? So lange ein Heimathsgesetz und eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland fehlen, ist die Bestimmung im ersten Alinea unausführbar. Man hätte sie also, wie wir bereits geltend machten, ganz weglassen müssen. Dazu hat man sich aber nicht entschlossen, und so ist denn der Zankapfel hingeworfen. Das Volk, dem einmal Etwas gegeben werden sollte, wird glauben, es sei nun wirklich unbedingte Freizügigkeit und Gewerbsbefugniß durch Deutschland da, und wird stellenweis sich darüber freuen, stellenweis darüber lamentiren. Jeder Staat aber wird auf die ihm zuwandernden Fremden doch wenigstens seine eignen Gesetze anwenden, und diese schon so zu handhaben wissen, daß er sich vor Ueberfluthung sicher stellt. — Recht erschöpft in Proklamirung der Gleichheit hat man sich in §. 7. Vor dem Gesetze gilt kein Unterschied der Stände — alle Standesvorrechte sind abgeschafft — die Deutschen sind »vor dem Gesetze« gleich — der Adel ist abgeschafft u. s. w. Wie viele Schnüre, um die Aristokratie zu erdrosseln!

Rode caper vitem! tamen hinc cum stabis ad aram
In tua quod spargi cornua possit erit!

Warum hat man nicht auch den Vorzug des Geldes abgeschafft? Warum nicht den, der durch Familienverbindung, Konnexion, Fähigkeit sich geltend zu machen gegeben wird? — Besonders gut nehmen sich aber die dem Deutschen Volke in Bezug auf Titel und Orden gewährleisteten Grundrechte aus. Jeder Deutsche hat das Grundrecht, daß er keinen Titel ohne Amt, oder keinen auswärtigen Orden bekommt. Das kann doch aber nicht die Meinung sein. Er hat also ein Grundrecht, daß *kein Anderer* einen solchen Titel oder Orden bekomme! vielleicht damit ihm das Herz nicht etwa blute? oder er sich nicht zum Neidischwerden ver-

leiten lasse? Die Vorschrift, daß Niemand einen auswärtigen Orden annehmen dürfe, ist zudem das, was man eine **lex imperfecta** nennt. Der ganze Satz bedeutet nichts, denn wenn Jemand einen solchen Orden doch annimmt, so kommt weiter nichts darnach. Man hätte das Annehmen bei einigen Gulden Strafe verbieten müssen. — Wäre politische Bildung, wäre echter, aufgeklärter Freiheitssinn zur Genüge vorhanden, so würde die Reichsversammlung bei den Grundrechten viel mehr wie bei Gegenständen, womit sie sich erst in zweiter Linie oder gar nicht beschäftigen sollte, kontrollirt worden sein, so hätte man bei den Grundrechten, nicht bei den Beschlüssen über den Dänischen Waffenstillstand u. s. f. über sie geschrieen. Daß das Umgekehrte der Fall war, daß gerade die Maßlosigkeit bei Feststellung der Rechte und Freiheiten gefiel und belobt wurde vom Haufen und daß die Einsichtsvollern still schwiegen und diejenigen Abgeordneten im Stich ließen, welche helfen konnten und gern wollten, ist ein leidiges, nur zu deutliches Zeichen, wie wenig die Deutsche Nation weiß, was wahre Freiheit ist und wie sie begründet werden muß. Wer aber davon ein wenig mehr versteht und treulich nach seinem bessern Verständniß und in bewährter Freiheitsliebe Rath gibt und den Freiheitsverderbern widerspricht, der — ist ein Reaktionär und Verräther, muß sein Mandat niederlegen oder auch wohl todtgeschlagen werden. Und so benimmt sich ein freigewordenes Volk, das ist unsere Freiheit.«

Im Herzensgrunde gaben uns die meisten Freunde Recht, dennoch, wenn wir in dieser Weise sprachen, so nannte man uns schwarzgallicht, schwarzseherisch u. s. w. Wiegte man sich doch bei dieser Grundrechte-Angelegenheit trotz dem, daß man deren Leidigkeit empfand, in versüßenden Träumen, die uns abermals leidig und sogar gefährlich vorkamen. Es wird bald die Rede davon sein. Unser Schlußwort lautete wie folgt:

»Ueber die Bestimmungen der Grundrechte hinsichts der kirchlichen Angelegenheiten haben wir uns schon geäußert, und die Ansicht ausgesprochen, daß damit der protestantischen Kirche ein Stoß, den sie nur schwer überdauren wird, versetzt, allen denen aber, die nicht im **liberalismus vulgaris** ihr religiöses Bewußtsein verloren haben, ein schweres Aergerniß gegeben und ein gründlicher Widerwille eingeflößt wird. Kommen wir nun auf die Schulangelegenheiten. Auch hier finden wir mehr ein Haschen nach dem was freisinnig klingt und der Tagesmeinung huldigt, als Streben nach

dem wirklich Heilsamen. Mit der völligen Freiheit des Unterrichts wird unsre Deutsche Wissenschaftlichkeit vernichtet, der Unterricht zur bloßen Speculation und Erwerbsquelle gemacht und allem Schädlichen Thür und Thor geöffnet. Auch hier reißt man die Schranken weg, und läßt die wilden Wasser hinein, nach deren Ablauf der Boden verwüstet und mit Schlamm bedeckt sein wird. Für wahre Freiheit ist nicht gesorgt. Der Unterricht in den Volksschulen ist frei, also muß die Gemeinde die Last tragen. Ueberlasse man doch der Gemeinde, wie sie sorgen will, ob durch Schulgeld, ob durch Gemeindesteuern! den Unbemittelten kann daneben der freie Unterricht gesichert sein. Die angestrebte Vermischung der Stände in den Volksschulen erzielt man doch nicht: wer seine Kinder daraus weglassen kann wird es thun, und gewinnen werden die Privat- und Winkelschulen.

»Von dem Uebrigen wollen wir nur noch weniges hervorheben, und nur warnen, wenn auch mit der Voraussicht, daß die warnende Stimme ungehört bleiben sollte. In §. 28 und 29 ist das Vereins- und Associationsrecht in unbeschränkter Weise gestattet und namentlich das Vereinsrecht selbst vorbeugenden Maßregeln entzogen. Möge man hier einmal recht aufrichtig sein, und ehrlich und offen eingestehen, ob man hier keine Bedenken hat, und sie nur nicht laut äußern, nur nicht von dem einmal Verheißenen zurückgehen will, weil sonst die Zeitungen und Klubbs zu lärmen anfangen und die Wähler Mißtrauensvota schicken? Hätte die Popularitätssucht oder Furcht vor Unpopularität keinen Antheil an den bevorstehenden Beschlüssen, von denen man weiß, daß sie mindestens ein höchst gefährliches Experiment sind? Könnte man endlich doch aus der falschen Lage heraus kommen, in der man sich dadurch befindet, daß man Anfangs zu weit gegangen ist, daß man mit vollen Segeln auf den liberalen Ideen einherfuhr und jetzt weiter fort muß bis auf Klippen und Sandbänke, wenn man nicht die Gunst des Volks, auf dessen Souveränetät und neues Revoltiren man jetzt gar nicht einmal mehr wie früher pocht, (es fing indeß bald wieder an) verlieren will! Das Vereinswesen ist in Deutschland organisirt, wie es kaum in Frankreich im Jahre 1791 organisirt war. Die Vereine auf theoretische Zwecke, auf Belehrung und Unterhaltung beschränken zu wollen, würde »Reaction« sein: schwerlich denkt selbst irgend einer der gemäßigten Vereine an eine solche Beschränkung. An der Nationalversammlung selbst haben wir erlebt, daß für

Viele zusammen, für einen Verein oder eine Versammlung nichts unmöglicher ist, als Beschränkung auf ihren Zweck. Ist von Beschränkung die Rede, so schreit Jeder, als solle die Allmacht und Würde einer Versammlung angetastet werden, von der er selbst ein Stück ist. So haben die Klubs Präsidenten, Schriftführer (das ist der zeitgemäße und volksthümliche Modeausdruck), Bureau, Tagesordnung, Beschlüsse und Correspondenzen und stehen unter einander in Verbindung. Sie beschäftigen sich gar nicht theoretisch mit den Fragen, sondern berathen und beschließen über das, was eben im Staate vorgeht. Ihre Beschlüsse setzen sie durch Petitionen und Adressen, eventuell durch Emeuten durch. Ist das gut und in weitem Kreise organisirt, so ist es natürlich mit der bestehenden Staatsform aus. Wenn durch Association sich im Staate neben den Staatsorganen auf parasitische Weise ein neuer Organismus bildet, der die Staatsfunctionen an sich reißt, so fällt ganz einfach der alte Organismus zusammen. Das wissen die Demokraten recht gut, und deshalb werden die vorhandenen demokratischen und constitutionellen Vereine gehörig organisirt und in Verbindung gebracht. Selbst die gemäßigten Vereine, die konstitutionellen Klubs schaden auf diese Weise. Ihre Mitglieder haben theils von der Gefährlichkeit der Sache keinen Begriff, sondern glauben, ihr Verein sei um so besser und wirksamer, je mehr er auf die laufenden Staatsangelegenheiten einwirkt, je fester er organisirt, je genauer er mit andern Vereinen verbunden ist. Beschränken kann sich einmal kein Verein, und zur Beschränkung kann Niemand darin sprechen. Geht es also mit dem Vereinswesen so fort, wie es eingeleitet ist, so ist der Umsturz gewiß und alle hiesigen Arbeiten sind vergeblich gewesen. Wir haben nur zwei Aussichten, daß es nicht so komme; einmal, daß die Deutschen das Klub- und Vereinswesen müde werden, und das werden die Demokraten zu verhindern wissen, ferner aber, daß man von hier aus der Sache einen Zügel anlege und jedes Mitregieren der Vereine hindere, und das wird man aus Furcht vor Unpopularität und vor dem Geschrei über Reaktion nicht thun. Unsere Aussicht ist also eine trübe. Dennoch sollte man bedenken, daß mit solcher Beschränkung der Vereine nur eben Recht geschähe Dem Volke ist in den Grundrechten konstitutionelle Verfassung, also Theilnahme am Staatswesen und öffentlichen Leben durch ein ganz bestimmtes Organ versprochen. Außer diesem Organe, außer den Repräsentantenversammlungen kann es nicht noch andere

Versammlungen geben, die auch praktisch und direkt in das öffentliche Leben eingreifen. Sie würden jenes legale Organ vernichten und paralysiren. Nur wenn die gesetzlichen Organe des Volkswillens auch seine einzigen sind, ist eine vernünftige Staatsform möglich. Hat das souveräne Volk seine Vertreter gewählt und will dann noch ferner Souveränetät durch Klubs und Vereine üben, so ist Unsinn und Verwirrung die Folge. — Wir haben unsere Meinung gesagt und wollen wünschen, daß es helfe. Es wäre zu traurig, wenn wir nicht aus Befangenheit und Unkunde, sondern im vollen Bewußtsein der Gefahr aus bloßer Furcht vor dem Geschrei über Reaktion nicht umkehrten, so lange es noch angeht, und geradezu auf die Klippen lossegelten, an denen wir scheitern müssen. — Mancherlei hätten wir noch über Art. VIII. von Eigenthum und Grundbesitz zu sagen. Was hier zu sagen ist findet sich indeß in der bekannten und in allen Händen befindlichen Hannoverschen Denkschrift. Einzelnes ist bei der zweiten Redaktion gebessert, Manches, wie z. B. die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts nicht. Möge man nicht liberal sein, wo man zunächst gerecht sein sollte, möge man kein Prinzip annehmen, dessen Folge unser Verderben wäre. Gerade in diesem Abschnitte liegen die meisten Klippen, die meisten Quellen von Processen, Streitigkeiten und Mißbehagen. Wir müßten es beklagen, wenn man hier, ohne weiter in die Sache einzugehen, Grundrechte schnell fertig votirte, die im nächsten Gefolge Mißvergnügen bei Vielen und am Ende Zersplitterung des Einheitswerks zur Folge hätten. Dann hätte sich die Popularitätssucht schwer, und leider an Unschuldigen, bestraft.«

Befangenheit und Unkunde fehlten freilich nicht, und noch mehr, auch die Erkenntniß der Mangelhaftigkeit und Schädlichkeit vieler Grundrechte-Bestimmungen und das Bewußtsein der Gefährlichkeit ihrer Publikation fehlten nicht. Man kehrte indeß nicht um, sondern segelte geradezu auf die Klippen los. Haym spricht von der neuen Vorlage der Grundrechte. »Nicht nur in der Fassung hatte eine neue Redaktion Manches gebessert und geebnet, auch in materieller Beziehung erschien der Text gereinigt von so manchen Flecken, die einer Uebereilung des Urtheils oder auch der Zufälligkeit der Abstimmung zugeschrieben werden durften; die Ausschußvorlage verdiente in jeder Hinsicht den Titel einer korrekteren und verbesserten Auflage. Nirgends aber mehr als auf diesem Gebiete hat die

Anhänglichkeit an unerprobte aber theoretisch gehegte und großgezogene Principien einen weiteren Spielraum als hier, nirgends auch ist die Nachwirkung der üppigen, aber angreifenden Märzluft stärker. Es gelang zwar, einzelne von den Correkturen des Ausschusses in dieser zweiten Lesung aufrecht zu erhalten, für Anderes wurden wenigstens lebhafte Anstrengungen gemacht; dafür aber schlich sich auch mancher Fehler jetzt erst ein, um dieses edle Werk, die Tafel der Rechte Deutscher Nation, recht häßlich zu entstellen.« Er führt sodann treffende Beispiele an und erläutert gleichfalls durch Beispiele, wie das Centrum und die Rechte auch bei der zweiten Abstimmung mehrfach den Manövers und dem hartnäckigen Andrängen der Linken unterlagen, die, wie Laube (II. 88) richtig sagt, die Grundrechte bis zur Unmöglichkeit jeglicher Regierung zu erweitern trachtete. Neuerdings noch, in Bremen, sprach Gagern von dem theilweis schädlichen und verderblichen Inhalt der Grundrechte und nie hat die Reichspartei anders darüber gedacht. War es nun aber nicht geradezu unverantwortlich, die Publikation, die Vorab-Publikation derselben zuzulassen, mitzubeschließen? »Das war, sagt Laube — ganz im Sinne des Hannoverischen Widerspruchs, für dessen Verdammlichkeit man bald nicht Worte genug finden konnte — das war gegen Erwartung, war gegen den organischen Sinn der Leiter im Verfassungsausschusse. Einen Theil der Verfassung einseitig einzuführen ist an sich schon ein mißliches Unternehmen. Es war doppelt mißlich in Deutschland, wo verschiedenartige Staaten geeinigt werden sollten, wo vorauszusehen war, daß Oesterreich besonders, dann Baiern und Hannover, endlich auch Preußen solche vorauseilende, also abstrakt gleich machende Gesetzgebung ablehnen, daß also solch ein Verfassungsweg die Ausführung der Einheit nur bitterlich erschweren müsse. Um den Preis eines großen Ganzen, welches die eigentlichen Verfassungsformen bringen sollten, um solchen Preis konnte man Opfer und Hingebung fordern. Jetzt aber verlangte man die Hingebung der Eigenthümlichkeiten, jetzt verlangte man die Opfer für eine Idee, ohne noch die geringste Form für diese Idee zu bieten. Ackerbaustaaten wie Hannover und Baiern sollten in den Grundrechten grenzenlose Theilbarkeit des Grundeigenthums über sich ergehen lassen, sollten Gewerbeverhältnisse sofort einführen, welche ihre bisherigen auf den Kopf stellten, und sollten Dies und Aehnliches ohne sichre Aussicht auf den Bundesstaat, durch welchen allein solche Opfer eine Aus-

gleichung finden konnten! Nichts konnte das Zustandekommen der Einheit mehr gefährden als solch ein einseitiges Verfahren und Einführen. Und doch suchte hierin die Linke ihren Schwerpunkt, und sie setzte es durch, weil sie unabläſſig auf diese Stelle schlug, weil sie unabläſſig schrie: Das Volk werde um die Freiheit betrogen, wenn die Grundrechte nicht sofort Gesetz würden.«

Wenn es sich nun aber klärlich so verhielt und wenn man diese Ueberzeugung hegte, war es dann, noch einmal! nicht unverantwortlich, nicht verdammliche Schwäche, nicht ein wahrer Frevel, die Zustimmung zur abgesonderten Publikation der Grundrechte sich abdringen zu lassen oder gar absichtsvoll den Beschluß zu Stande bringen zu helfen? Wie viel Richtiges und Gutes die Grundrechte enthalten mochten, sie waren für die Radikalen der Archimedespunkt, die monarchische und alle gute Ordnung aus den Angeln zu heben, im Ganzen ein gefährliches und unannehmbares Gesetz oder Geschenk, weil verdorben durch grundverderbliche Bestandtheile. Haym meint, das »Weihnachtsgeschenk« sei doch ein »kostbares« gewesen, wegen seines werthvollen Inhalts trotz einzelner Mängel und — wegen der darauf nun einmal verwendeten Zeit und Mühe. Er kommt auf die Verwahrungen, die Mahnungen, Recht und Gerechtigkeit zu achten, welche bei dem Novemberbeschluß über Verkündigung der allgemeinen Wechselordnung als Reichsgesetz von der rechten Seite des Hauses ausgegangen waren, die schon hierbei von einem »Verbrechen,« von »Anmaßung eines Hoheitsrechtes,« von »revolutionärer Gewaltsamkeit« gesprochen. Indeß hatten sich mit jener Wechselordnung bereits vorher fast alle Regierungen einverstanden erklärt und sie war ihr Werk gewesen. Haym räumt ein, daß jetzt ein offenbar noch weit bedenklicherer, einem Verbrechen ähnlicherer Fall vorlag. Er gedenkt des Anstoßes und Widerspruchs, den die Grundrechteeinführung bereits in mehren Ländern erregt, des Hannoverischen Protestes, gegründet darauf, daß es bei gesonderter Verkündigung an jeder Garantie fehle, daß einzelne tief greifende Mißstände durch das Ganze der Verfassung gedeckt und ausgeglichen werden könnten. »Unter solchen Umständen sollte die Versammlung jetzt über ein Einführungsgesetz (es geschah am 21., am 20. hatte die letzte Debatte über die Grundrechte stattgefunden) Beschluß fassen, welches ohne weiteres die Geltung der »Grundrechte des Deutschen Volkes« in Anspruch nahm,« sagt Haym, und fährt nicht fort: wie hätten wir da

nicht — sondern: »wie hätte da nicht die äußerste Rechte den Versuch einer ernstlichen Opposition machen sollen?« Hier, wenn irgendje, meint er, mußte sie ihr Vereinbarungsprincip, das fast in Vergessenheit zu gerathen drohte, öffentlich ausstellen, einmal wieder die Probe an der Stimmung der Versammlung bestehen lassen, um vielleicht gar aus dem Lager der angrenzenden Fraktion Proselyten zu machen u. s. f. Er führt dann weiter aus, wie die Rechte den trefflichsten Anwalt für ihre Sache gewählt, den liebenswürdigen und klar verständigen Gombart, der stets, wo man es nur hören wollen, auseinandergesetzt habe, wie die gesammte National-Versammlung am Souveränitätsschwindel leide, wie sie aber doch wohl am Ende zur Einsicht kommen werde, daß ihre Omnipotenz eine Einbildung sei und daß die dreißig oder vierzig Männer der äußersten Rechten mit ihrem Vereinbarungsprincip den einzig und allein zum Ziele führenden Weg eingeschlagen hätten. Auch sei diese Vereinbarung nichts so Gräuliches, wie man gewöhnlich sich vorstelle, es sei damit nicht anders gemeint, als wie es auch in Amerika gegangen, nachdem der Kongreß sein bewundertes Verfassungswerk zu Ende gebracht. Am allerwenigsten aber hänge an diesem Princip der Vorwurf der Fürstenschmeichelei: nur sei der Absolutismus einer National-Versammlung nicht um ein Haar besser als der Absolutismus der Fürsten. Das Alles, fährt Haym fort, habe man nun öffentlich von ihm hören können; nie sei die steife Theorie des Vertrags so populär und mit so gutem Humor entwickelt worden, und »wer etwa wirklich an jenem Souveränitätsschwindel krankte, der mochte sich das immerhin gesagt sein lassen, was Gombart über das Anmaßliche und Lächerliche einer solchen Meinung seinen Zuhörern zu Gemüthe führte.«

Gombart's Antrag lautete: »In Erwägung,

1) daß die Vollmacht der Reichsversammlung nur auf dem Bundesbeschlusse vom 30. März und 7. April d. J. beruht, dahin lautend: daß Nationalvertreter gewählt werden sollen für das zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende Verfassungswerk und daß allein auf den Grund dieses Beschlusses alle Wahlgesetze und Verordnungen erlassen worden sind, daß aber die National-Versammlung nur berufen ist zur Vereinbarung der Verfassung mit den Legislationen der Einzelstaaten, mithin auch nicht berechtigt sein kann, die Verfassung oder einen Theil derselben aus eigener Machtvollkommenheit als Gesetz zu verkünden;

2) die Grundrechte für sich allein aber in manchen Deutschen Staaten nur als intregirender Theil des ganzen Verfassungswerkes Eingang finden dürften; — beschließt die National-Versammlung: die Grundrechte den Regierungen der Einzelstaaten zur alsbaldigen Erklärung über die Annahme vorzulegen, damit sie, im Falle der Annahme, als Bestandtheil der Verfassung gesondert verkündet werden können.«

Schon bei seinen ersten Worten und bei der Verlesung seines Antrags wurde das wenig gut gezogene Haus unruhig. Er ließ sich jedoch nicht irre machen. Vielfach unterbrochen und unter fortwährenden Störungen von der linken Seite fuhr er fort: »Ich sagte vorhin, daß die Einführung der Grundrechte rechtswidrig sei, ich behaupte, daß diese Rechtswidrigkeit darin beruhe, daß wir uns einseitig anmaßen, die Gesetzgebung in Deutschland zu bestimmen. — Erlauben Sie mir auf die Unterbrechung für jetzt und später folgende kleine Parenthese: Bei den spanischen Inquisitionsgerichten, die gewiß nicht wegen ihrer Liberalität berühmt waren, herrschte die Sitte, daß ein Mitglied des Gerichtes Alles vorbringen mußte, was für den armen Ketzer sprach. Man hielt es für eine wahre Schmach und für eine weibische Sitte, wenn dieser Redner unterbrochen wurde. Ich ersuche Sie also darum nicht illiberaler sein, als die spanische Inquisition.« Das erregte nun große Heiterkeit. Der Redner argumentirte weiter, was Vorparlament und Fünfzigerausschuß beschlossen hat Bedeutung gehabt, sofern es auf den Erlaß der Wahlgesetze eingewirkt, allein sie sind legislative Mächte nicht gewesen, man befindet sich hier Kraft der von den gesetzlichen Gewalten erlassenen Wahlgesetze, und wer die darin ertheilte Vollmacht überschreitet, steht außer dem Rechte. Der Beschluß über den Raveaux'schen Antrag besagte, was auch Grund hat, wenn das Verfassungswerk ins Leben gerufen worden, so müßten alle andern Verfassungen danach sich richten, allein darüber wie die Verfassung entstehen soll enthält der Beschluß kein Wort, er ging eben nicht dahin, daß wir die Verfassung einzig und allein machen und den Regierungen vorschreiben sollen, und hätte dieses durch ihn ausgedrückt werden sollen, so würde sich doch immer noch fragen, ob wir dadurch die Machtvollkommenheit erlangt haben, die Verfassung allein zu begründen? »Wir haben uns gegenseitig einander angeschaut und haben gesagt, wir sind sehr mächtig; dadurch sind wir aber nicht um ein Haar mächtiger geworden, als die Vollmacht,

die uns geworden ist, besagt, und wer wirklich glaubt, daß wenn der Bevollmächtigte für sich beschließt, er könne mächtig sein, noch viel mächtiger, als die Vollmacht selber, der erinnert mich unwillkürlich an den Mann, der sich mit seinen eigenen Haaren in die Höhe ziehen wollte, er ist aber stecken geblieben, und hat am Ende noch gar in dem Herausziehen die Haare verloren, und das kann uns auch so gehen. Es wird angeführt, das Stillschweigen der Regierungen zu allen den Beschlüssen, die wir erlassen haben, sei eine Zustimmung zu unseren Beschlüssen, sei eine Anerkennung unserer erträumten Omnipotenz. Was den Raveaux'schen Antrag anbelangt, so ist das eine freundliche Aeußerung, die wir uns gegenseitig gemacht haben; wir haben erklärt, wir sind doch allmächtige Menschen und — das klingt schön, wer träumt nicht gern den Traum der Souveränität! Aber die Regierungen haben keinen Grund gehabt, etwas darüber zu erklären; die Regierungen und die Einzelstaaten überhaupt konnten ruhig abwarten, was da kommen werde, sie konnten warten, bis wir mit unserem Werke fertig sind und es vorlegen wollen, entweder zur Annahme oder, wie der Ausschuß vorschlägt, zum allgewaltigen Gesetze. Aus dem Stillschweigen der Regierungen läßt sich also für unsere Allmacht gar nichts folgern. Man kann nun vielleicht einwenden, daß doch die Centralgewaltschöpfung angenommen worden sei. Sie ist angenommen worden, und innerhalb ihrer Grenzen bewegen wir uns vollkommen im Rechte. Sie ist von den Regierungen nachträglich genehmigt, also sie ist vereinbart worden, aber es ist ausdrücklich bestimmt, daß die Centralgewalt mit dem Verfassungswerke nichts zu schaffen habe; aus der Centralgewalt läßt sich also für unser jetziges Thun nichts folgern. Was das Gesetz über die Publication der Gesetze anbelangt, so ist auch dieses ohne allen Einfluß auf die Entscheidung der vorliegenden Frage, denn abgesehen davon, daß es wirklich in mehreren Ländern noch nicht einmal verkündet ist, spricht dieses Gesetz nur von zu Stande gekommenen Gesetzen, und im vorliegenden Falle fragt es sich eben, wie das Gesetz zu Stande kommen soll? Also auch bei diesem Punkte ist es unerheblich. Es steht also nach meiner Meinung fest, daß wir allein die Grundrechte als Gesetz nicht verkündigen dürfen, sondern ich muß es wiederholen, daß es eine Eigenmacht ist, wenn wir es thun wollen; wir überschreiten unsere Vollmacht, und eine solche Ueberschreitung wird zu allen Seiten als Eigenmacht bezeichnet werden müssen. Was ist

es aber, was wir uns anmaßen? Wir maßen uns das Hoheitsrecht der Gesetzgebung an. Ich möchte diese Ausrufungen hören, wenn eine Regierung, da wo Verträge feststehen, einseitig sich herausnähme, Gesetze zu erlassen! Welche Ausrufungen haben wir in diesem Betreff hier schon hören müssen, und ich glaube, daß dann alle diese Ausfälle vollkommen auch auf uns selbst anwendbar sein müßten. Ich glaube, daß jeder constitutionelle Bürger, der da geschworen hat, die Verfassung seines Landes zu beobachten, der geschworen hat, sie aufrecht zu erhalten, seinem Schwur entgegen handelt, wenn er sich herausnimmt, die Verfassung seines Landes durch unsere Grundrechte eigenmächtig, einseitig abzuändern. Die Verfassung eines jeden constitutionellen Landes, so weit sie mir alle bekannt sind, setzen alle ausdrücklich fest, die Verfassung darf nicht abgeändert werden ohne Zustimmung des Souveräns und seiner Stände; nun wollen wir, aus unserer Vollmacht hinausschreitend, einseitig diese Verfassung ändern; was heißt denn das auf deutsch? Ein Verfassungsbruch. Ich bin überzeugt, daß auf unsere Grundrechte, wenn sie nicht vereinbart sind, kein Richter erkennen darf.«

Indem er dies weiter ausführte nahmen die Unruhe und die Unterbrechungen wieder Ueberhand. Er sagte: »Ich muß mir wieder in Betreff ihrer freundlichen Zusprache eine kleine Parenthese erlauben. Es hat einmal ein Philosoph geschrieben . . . (Unterbrechung) wenn Sie soviel mir einreden, verlangt es die Höflichkeit, daß ich darauf antworte, — es hat ein Philosoph geschrieben, daß die Weiber deshalb nicht in die Rathsversammlungen gelassen würden, weil es ihnen ihrer Natur nach unmöglich sei, eine Meinung ruhig anzuhören und solange zu warten, bis sie das Wort haben; nun, meine Herren, habe ich das Ansuchen zu stellen, hier nicht das nämliche Präjudiz auf sich zu laden, nicht den Frauen in diesem Punkte gleichgestellt zu werden.« Er fuhr sodann fort: »Ich glaube also, es ist nicht nur rechtswidrig, wenn wir einseitig uns anmaßen, die Grundrechte als Gesetz zu verkünden, es ist auch unpolitisch, und das Unpolitischsein ist in einer politischen Gesellschaft bekanntlich die allergrößte Sünde. Unpolitisch ist es darum, weil jede Erklärung, diesen oder jenen Theil der Grundrechte nicht anerkennen zu wollen, ein Eingriff in Ihre Majestät sein würde, und doch werden Sie solche Eingriffe wahrscheinlich mehrere erhalten. Ich bin überzeugt, daß eine Menge Richter nicht darauf erkennen werden, und auch manche Staaten werden sie ohne Mitgabe der

Verfassung nicht annehmen, und wir laufen Gefahr, gerade darum, weil wir einseitig in höchster Glorie handeln wollen, das Gegentheil zu erhalten. Dagegen, wenn wir die Grundrechte mittheilen zu Erklärungen an die Gesetzgebungen der Einzelstaaten, und diese Gesetzgebungen erheben Einwendungen, dieselben, die sie jetzt faktisch doch auch noch vorbringen werden, dann werden wir dadurch nicht in eine schiefe Lage gebracht, es bleibt uns dann ohne Beeinträchtigung unserer Ehre immer überlassen, noch Abänderungen vorzunehmen oder nicht, ohne uns zu compromittiren, wie geschehen, wenn wir sie bereits als Gesetz verkündet hätten. Darum ist es auch ganz besonders gefährlich, wenn wir die Grundrechte allein hinausgeben lassen als Gesetz; kommen sie mit dem ganzen Verfassungswerk, so wird dann jede einzelne Legislation der Einzelstaaten überlegen, und wird sich fragen, ob es trotz dieser oder jener den Einzelnen mißfälligen Bestimmung in den Grundrechten nicht doch rathsamer sei, das Ganze anzunehmen, und gar mancher Einzelstaat wird es vorziehen, das Mißfällige eher anzunehmen, als das ganze große Werk zu Grunde gehen zu lassen; und das ist eine sehr wichtige Erwägung, die ich Ihnen dringend an das Herz lege. — Man sagt, es sei unpolitisch, geradehin zuzugestehen, nicht allmächtig zu sein. Ich bin überzeugt, es erwacht in manchem Herzen das Gefühl der Wahrheit meiner Behauptung, aber weil das Gegentheil einmal angenommen wurde, meint man, nicht zurück zu können, und tröstet sich damit, daß, was man nicht gesteht, auch nicht vorhanden sei. Aber außer unserer Kirche denken auch andere Leute noch über das Verhältniß nach, und darum, wenn wir es nicht zugestehen, ändern diese Leute ihr Urtheil nicht ab, und wer wirklich glaubt, daß durch ein unterlassenes Zugeständniß das Verhältniß ein anderes werde, der gleicht etwas dem Vogel Strauß, der den Kopf in den Busch steckt, damit der Feind ihn nicht sehe. Der Feind ist hier die nackte, trockene, nüchterne Wahrheit, es ist der helle, lichte Tag, der unsere Illusionen in Betreff einer Allmacht vereitelt. Aber, wird man einwenden, es ist ein Nothrecht, in dem wir uns befinden, es ist dringend nothwendig so zu handeln. Wohl ist die Schöpfung des Verfassungswerkes ein dringendes Bedürfniß, doch es steht kein Feind vor der Thüre, es droht kein Sturm und darum kommt es auf einige Wochen mehr oder weniger gar nicht an, und Sie kommen ebenso zum Ziele, wenn Sie die Vereinbarung gleich im Principe anerkennen, als wenn Sie

sie nicht anerkennen; ja, ich glaube, das Nichtanerkennen und einseitige Verkünden führt Sie viel weiter vom Ziele weg, denn entweder theilen die Völker unsere Ansicht, dann kann es nicht fehlen, daß die Gesetze angenommen werden. Die Regierungen stehen heutzutage nicht mehr isolirt, sie sind aus dem Volke hervorgegangen, und wenn es wahrhaft allgemeiner Volkswille, wenn es nicht bloß der Wille einzelner Zeitungsschreiber und demokratischer Vereine ist, dann werden die Gesetze angenommen werden. Wenn wir aber den Willen des Volkes nicht getroffen haben, dann hilft unser Decretiren, wenn es auch noch so gewaltig ist, dennoch nichts. Zwingen können wir die Völker nicht. Aber, höre ich manchen Biedermann mit Wehmuth klagen, dann kommt ja gar nichts zu Stande! Das glaube ich nicht. Dieses »gar nichts« rührt nur daher, daß das Gespenst des Bundestags in Ihnen steckt; Sie haben ihn auf die Seite gethan, und doch hängt Ihr Herz noch an dem Allerübelsten des Bundestags, nämlich an dem Erforderniß der Einstimmigkeit; Sie meinen, wenn einer der Staaten widerspreche, dann zerfalle das ganze Werk. Das glaube ich nicht. Gesetzt, die große Mehrheit des Volks stimme mit uns, dann werden Diejenigen, welche die Verfassung annehmen, den Bund begründen, man wird Staatenhaus und Volkshaus zusammenrufen, es wird die Spitze an die ihr gebührende Stelle treten, und diese entstandene Bundesstaatsgewalt wird wohl erwägen, ob die Dissentirenden gezwungen werden dürfen, und gezwungen werden können, weil dann eine legitime Gewalt vorhanden ist. Also wenn ich die Vereinbarung verlange, ist dadurch das Werk keineswegs zerstückt, und viele Stimmen, die ich hier vernommen habe, haben sich immer dahin ausgesprochen, wenn Einer nicht will, dann ist das Gesetz nichts.« Nachdem er dies durch Hinweis auf die Gründung der Verfassung der Nordamerikanischen Freistaaten noch erläutert, schloß er: »aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend von der Illusion Ihrer Allmacht nachzulassen und sich auf einen festen Boden zu stellen. Ich habe einmal eine Fabel gelesen, da war ein ganz braver Mann, dem kam aber einmal ein Hoheitsschwindel an, er wollte sich hoch bauen, und hielt in seinem Schwunge eine große goldene Wolke für einen Berg, er baute sein Schloß, und der erste Sonnenstrahl zertheilt die Wolken, das Haus sinkt zusammen. Darauf hat er sich begnügt, und hat sein Haus auf einen einfachen bescheidenen, aber festen Hügel gebaut, das Haus ist bestanden Jahrhunderte

lang, viele Geschlechter haben darin gewohnt und den ersten Erbauer gesegnet. Bauen Sie ihr Haus nicht auf die Wolke der Illusion, sondern auf den festen Boden des Rechts, daß noch viele Geschlechter segnen können Ihren ebenso soliden als großen Bau.«

Schoder sprach dagegen und die Versammlung beschloß den Schluß der Debatte. Zell, der bittre Preußenhasser, dann einer der Eifrigsten unter den Kaiserlichen, drang als Berichterstatter auf schleunige Verkündigung der Grundrechte. Er meinte, Gombart's Besorgniß könne begründet sein, die Versammlung auf Schwierigkeiten und Weigerungen stoßen, nicht bloß bei der Annahme der Grundrechte, sondern namentlich auch beim Oberhaupt. Er wußte so eigentlich keinen Rath, wie jene Schwierigkeiten und Weigerungen zu überwinden wären, rieth jedoch keineswegs von Unternehmungen abzustehen, zu deren Ausführung die Mittel fehlten; er hatte, wie allezeit die Kaiserlichen, wenn ihnen die Weisheit ausging oder wenn sie erkannten, daß ihre Allmacht nicht ausreiche, eine Drohung, hergenommen aus der Gewalt- und Desperationspolitik, die freilich wenigstens so lange als es bei den bloßen Worten bleibt, leichter und bequemer ist als praktische Lösung schwieriger Gesetzgebungsfragen, und darum auch viel Anhänger hat. »Was wird die Folge sein? Das Volk wird die unverbesserlichen Gegner seiner Einheit kennen lernen, und wird sie bei einer nächsten Revolution, die denn nicht lange ausbleiben dürfte — zu umgehen wissen!« Gleich Zell hatten auch viele Andre keinen Begriff davon, daß die Versammlung ihre Aufgabe falsch anfassen, ihr Recht dabei überschreiten und eine untaugliche und verderbliche Verfassung beschließen könne, und daß dann alle die Annahme derselben Weigernden recht- und pflichtgemäß, patriotisch und volksfreundlich verfahren, nicht aber als unverbesserliche Gegner der vom Volke geforderten Einheit zu kennzeichnen sein würden. Nicht einmal das begriffen sie, daß mehre wenn nicht alle Regierungen die allertriftigsten Weigerungsgründe hatten, ein Stück, ein vielfach mißlungenes Stück der Verfassung vorab einzuführen. Sie begriffen es trotz dem nicht, daß ihnen jene Gründe sonnenklar auseinander gesetzt waren, trotz dem nicht, daß sie das Verfehlte und Schädliche der Grundrechte selbst genau erkannten und sich über diese Tag für Tag zornig, ärgerlich oder spottend ausließen. Nur zu Viele unter den Frankfurter Verfassunggebern, auch unter den »Gemäßigten«, waren stets mit der »zweiten Revolution« als dem

allgemeinen Heilmittel für die Schäden bei der Hand, welche sie, — unfähig, zutäppisch, so vielfach fehlgreifend — nicht zu heilen verstanden oder selbst anrichteten, während es eben darauf ankam, etwas Gescheidtes und Haltbares zu Stande zu bringen, damit weiteres Revolutioniren verhütet werde.

Gombart's Antrag wurde mit 334 gegen 69 Stimmen verworfen, worin denn eine schlimme Aussicht für Diejenigen lag, welche auf eine Vereinbarung mit den Regierungen, wodurch sie das Zustandekommen der Verfassung bedingt glaubten, auf die Errichtung eines Organs zur Verständigung noch immer hofften. Es war ein Verdienst Gombart's, den Punkt von der Kompetenz der National-Versammlung aufs Neue und so kräftig und treffend in Anregung gebracht zu haben. Allerdings waren Manche mehr oder minder irre geworden in ihrem Allmachtsglauben, aber Wahn und Vorurtheil wurzeln tief und fest, wie im Volke und in Regierungskollegien, so in Versammlungen nach Art der Frankfurter. Wie hätte man zurücknehmen können, was man früher so laut proklamirt! Die Mitglieder der National-Versammlung hatten sich seit fast acht Monaten in die Idee der Souveränität und die Gewohnheit des unumschränkten Befehlens hineingelebt. Sie konnten nun nicht so leicht mehr davon lassen und pflegten zu sagen, es wäre doch fast unbegreiflich, wie die Fürsten, selbst so geistreiche Fürsten als z. B. der König von Preußen, wenn auch aufgewachsen in den Ideen der Fürstensouveränität und lange gewohnt zu herrschen, doch sogar in solcher Zeit und durch solche Ereignisse erinnert, noch immer fortleben könnten in ihren fürstlichen Vorurtheilen. Die ganze Linke und die ganze Gagern'sche Partei stimmte in der Verkennung und im Hasse des Vereinbarungsprincips zusammen. Was Gombart darüber gesagt, was er über die nothwendigen Folgen daraus angedeutet, hatte eben so wenig Erfolg, als alle Kritik der Grundrechte und alles Protestiren gegen ihre sofortige Verkündigung als Gesetz.

Die Hannoversche Zeitung schloß einen Artikel über den Gombart'schen Antrag und dessen Verwerfung mit folgenden Betrachtungen: »Also bleibt uns für heute nichts übrig, als von der schlecht unterrichteten an die besser zu unterrichtende Versammlung zu appelliren. Ein Ende Deutscher Wirren wird immer unmöglich bleiben, ehe das S t a a t e n h a u s eingetreten ist, und das ganze Verfassungswerk aufs Neue durchgestimmt hat. Wenn dies nicht

in wenigen Tagen geschieht, so liegt in der Geschichte aller freien Völker Beweis genug, warum das unmöglich ist. Die schnellen Gesetze Joseph's II. und des Pariser Konvents sind eben so schnell zergangen wie geschaffen; die altenglischen stehen noch: sie haben hundert Jahre Arbeit gekostet. Unterdeß ist unsere Freiheit von oben herab nicht gefährdet, dafür bürgt der Geist der Zeit und des Volkes. — Ein nicht geringer Trost ist es doch, daß jetzt manche Zeitungen, die vor acht Wochen noch im Staatenhause eine »Reaktions-Zwangsjacke, eine Knute der Volksfreiheit« erblickten, gegenwärtig sehr eifrig für das Staatenhaus schwärmen. Die wankelmüthigen rechne ich nicht — aber die gesinnungstüchtigen! — « Der Trost war indeß ein vergeblicher. Es war zu spät. Die nachkommende Einsicht half nicht mehr. Als die Zeit war für ein Staatenhaus, hatte man es zu sehr verschrieen. Dies wirkte noch fort und der rechte Moment war dahin. Auch fehlte noch viel, daß die richtige Einsicht bei der Mehrzahl auch nur der Konstitutionellen durchgedrungen wäre. Sie meinten, mit einem Staatenhause organisire man nur den Widerstand der Regierungen gegen die Frankfurter Alleinweisheit, von der sie kein Tüttelchen aufgeben wollten und wenn es eine zweite Revolution koste — nur freilich daß sie sich mit der heißen Arbeit nicht selbst befassen müßten, daß die Soldaten nicht dazwischen kämen, daß nicht geschossen würde u. s. w. mit einem Worte, daß es fein säuberlich und ohne Gefährde zuginge, Alles auf dem gesetzlichen Wege oder doch auf einem Wege, den man gesetzlich nennen könnte.

Die National-Versammlung hatte über die Grundrechte beschlossen, doch hätte die Vollziehung des Beschlusses durch die Centralgewalt möglicherweise ausgesetzt werden können. Es geschah nicht. Noch vor der bald erfolgenden Publikation im Reichsgesetzblatte, doch gleichfalls zu spät legte — und dergleichen geschah von mehreren Seiten — die Hannoversche Zeitung das Unzutreffende, Mißliche, ja Verderbliche mehrerer Bestimmungen der Grundrechte für Hannover dar. Sie wies u. a. nach, daß manche derselben namentlich deshalb bedenklich, weil sie, und ohne alle Noth ihrer Einführung, so tief in die Finanzen eingriffen. »Hannover hat gottlob noch geordneten Haushalt; es ist der einzige von allen Deutschen Staaten, der die Marinebeiträge hat zahlen können und wollen; es hat mit seinen eigenen Mitteln für ganz Deutschland in Schleswig gekämpft, in Altenburg Ruhe gehalten. Es soll jetzt

wieder sein Heer auf die Grenze senden. — Kann man das ohne Ordnung des Haushalts? — Wer so viel für Deutschlands Einheit zu thaten hat, der soll nach Deutschem Brauche auch mit rathen. Freilich das Einführungsgesetz giebt theilweise auch ständische Mitwirkung zu; aber wie! Wenn in sechs Monaten die Sachen nicht erledigt sind, dann sollen konstituirende Versammlungen, aus Einer Kammer bestehend, berufen werden! Wahrlich, mit tiefstem Schmerze haben wir das gelesen. Also die Reichsgewalt soll dann selbst die Revolution und Verwirrung in die Staaten tragen. Sie soll das nicht um klarer nothwendiger Fragen willen, sondern theoretischen Sätzen zu gefallen, für die die Versammlung selbst zum großen Theil kaum eine Stimmenmehrheit hatte! — Ist das weise? Ist das nur möglich? — Und wie, wenn nun die Reichsverfassung nicht zu Stande käme? Wer sollte dann den losgelassenen Strom der Revolution wieder dämmen? — Kann denn irgend ein Staat sich in solche Gefahr stürzen? Darf er es? Darf es eine vor Gott und Menschen verantwortliche Regierung? Das sind die traurigen Folgen jener in sich selbst unbegründeten haltlosen Volkssouverainetät. O wahrlich Deutschland ist noch tief krank, und der Arzt ist noch nicht gefunden!« Was aber die besonnene Hannoverische Zeitung sagte, wurde schon deshalb nicht beachtet. Es war zu »nüchtern« und Trunkene hören nicht, so wie Neulinge und Phantasten in der Politik und allen Dingen über verständige und erfahrene Leute sich stets hoch erhaben wähnen. In den meisten politischen Blättern herrschte selbst im günstigsten Falle das junge Literatenthum mit seinem Mangel an aller eigentlichen Kunde wie Staatsgeschäfte gemacht werden und wie abstrakte Sätze und Gesetze wirken und mit seiner Einbildung, herrschte die Rhetorik und die Phrase und das große unmündige kopflose und exaltirte Publikum las nicht, wo ihm nicht vordeklamirt wurde.

Als am 27. Juni beim Votiren des Gesetzes über die provisorische Centralgewalt nach Vincke's Amendement über den Vorbehalt des Einverständnisses der Regierungen abgestimmt wurde, erklärten sich von 501 Stimmen nur 31 für den Grundsatz der Vereinbarung. Haym bemerkt, die Abstimmung über den Gombart'schen Antrag »schien einen Zuwachs von Anhängern desselben zu verrathen; doch waren unter den Zustimmenden auch von den Unserigen.« Allein wenn ich richtig gezählt habe, waren dies höch-

stens sechs, unter ihnen Haym selbst, aber — desto mehre Mitglieder des Pariserhofklubs, Oesterreicher, Ultramontane und Partikularisten, die also abermals jene Koalition mit der Linken betrieben, welche in Erweiterung der Kluft bestand. Dennoch war jener Zuwachs vorhanden, auch im Centrum. Ich habe mich damals überzeugt, daß Viele in demselben sich gestanden, Gombart habe mit seinem Antrage im Grunde Recht. Sie stimmten aber desungeachtet zum Theil dawider in dem Glauben, daß der Antrag doch nicht durchgehen werde und weil sie sich nun einmal gegen das Vereinbarungsprincip stets erklärt, überhaupt wegen der Motive, von welchen das Centrum bei der Sache sich leiten ließ, und entfernten sich zum andern Theile vor der Abstimmung, z. B. Beckerath. Haym gesteht: über den Schober'schen Antrag war »in großer Hast Beschluß gefaßt worden,« d. h. man hatte sich schmählich überrumpeln lassen, ließ sich von den Radikalen in's Schlepptau nehmen und meinte daneben in heiliger Einfalt, den Beschluß zu seinem Nutzen verwenden zu können. Es war uns nicht gelungen, ihn zu verhindern, sagt er, und nun wollte man eigentlich nur einen indirekten Protest gegen die Sonderverkündigung ausdrücken. Aber auch das wollten doch nur die sechs Zustimmenden; die ganze große Masse des Centrums wollte nicht vergüten, nicht protestiren, trotz dem daß es am Bewußtsein dessen, was man that, nicht fehlte. »Denn diese Separatverkündigung, sagt Haym, hatte ja augenscheinlich ihre großen Bedenken, sie war im Sinne einer keinesweges patriotischen Agitation gemeint gewesen; es haftete kein guter Name an jenem Antrage. Verhehlt man sich denn, daß das Volk die Grundrechte mit ihren überreichlichen Freiheitsgaben mit Begier ergreifen wird, um vielleicht später die konservativen Zugaben der Verfassung zu verschmähen? Aber wie dem sei: nicht eitle Souveränitätsgelüste sind es gewesen, welche die große Mehrheit der National-Versammlung zur einseitigen Verkündigung der Grundrechte bestimmten. Man wollte ein Recht nicht aus den Händen geben, welches für die gesammte Verfassung in Anspruch zu nehmen die Nothwendigkeit der Deutschen Verhältnisse, die Unmöglichkeit einer Vereinbarung auch nur mit einer geringen den Ausschlag gebenden Zahl der Deutschen Regierung gebot. Gegen diesen Grund verfing jetzt so wenig wie je die juridische Auseinandersetzung etwas, verfing am wenigsten etwas die Berufung auf die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April.«

Das hatte seine Partei allezeit vorgewendet, und es war noch immer ein Theil Wahrheit darin enthalten. Aber jenes »Recht« war ein wenn nicht wider Recht bloß »in Anspruch« genommenes, doch ein jedenfalls bestrittenes, um so mehr war die Frage, ob vereinbaren oder souverän konstituiren, eine Frage der Macht, und diese Frage lag jetzt ganz anders als vor einigen Monaten. Was konnte es helfen, den Anspruch auf jenes angebliche Nothrecht gegen die Regierungen zu behaupten, wenn die Macht dazu gebrach? und diese war jetzt nicht mehr vorhanden, wenn sie vorhanden gewesen war. Eben deshalb leitete die Nothwendigkeit der Deutschen Verhältnisse darauf hin, daß man es mit dem Vereinbaren versuche, allerwenigstens die Verständigung nicht ausschließe, die doch nach den Centrenprogrammen zulässig war. Konnten die Centrenmänner nicht alle, wie es einzelne von ihnen thaten, für den Antrag Gombart's stimmen, ohne dessen Motive sich anzueignen? Es ist indeß eine eitle Rede, daß ein Verständigungs- oder Vereinbarungsversuch nothwendig hätte mißlingen müssen. Er ist nicht gemacht. Die Bedingungen seines Gelingens wurden nicht erfüllt. Man wollte kein Staatenhaus, man stellte an die den Ausschlag gebenden Regierungen praktische und mäßige Forderungen rechtzeitig nicht. Hielt man ihre Macht für so gering, die eigene für so beträchtlich, das Einheitsverlangen im Volke für so verbreitet, so stark, daß man damit glaubte, die Riesenarbeit der Verwandlung Deutschlands in ein Erbkaiserthum durchsetzen zu können, und sagt man, daß nur so wenig gefehlt hätte, daß das Unternehmen zum Stand und Wesen gekommen wäre: wie kann man läugnen, daß mit rechtzeitigen praktischen und mäßigen Forderungen auf dem Wege der Vereinbarung zum Ziel zu kommen gewesen sein würde? Aber man wollte in Wahrheit auch die Verständigung ausschließen, überspannte und unpraktische Forderungen durchsetzen, man sagte — eben so doktrinär und eigensinnig wie die Radikalen — **aut Caesar aut nihil!** und das war der eigentliche Grund, weshalb man die Vereinbarung abwies, um nun wieder unmittelbar und thatsächlich den Boden der Illegalität zu betreten und das Revolutioniren, das vermeint ehrliche, aber mehr bloß verkappte, das anständige und säuberliche, aber energielose und doch tief verderbliche Revolutioniren nach der Weise des Centrums von Neuem zu beginnen. Wenn man trotz solcher Warnungen und Proteste ein Gesetz erließ, dessen theils närrischen, theils schädlichen und gefähr-

lichen Inhalt man so gut kannte, was war denn das sonst als Despotenthum mit dem Wahlspruch tel est notre plaisir, als Despotismus vom reinsten Wasser, als die rechte Höhe des Souveränitätseigensinns und Schwindels, und welche Verkehrheit es gewesen und in welche Gefahr, um darin umzukommen, man sich begeben, indem man — Regierungen, Korporationen, Vereine u. s. w. — den Grundsatz der Souveränität der National-Versammlung vermeintlich höchst liberal laut proklamirt oder doch feierlichst anerkannt hatte, das hätte man jetzt erkennen müssen, wenn man sich nicht auch draußen fortwährend in einem Taumel befunden hätte, der ganz und gar kein Besinnen zuließ. In den Flugblättern suchte Bernhardi die Grundrechte-Einführung zu vertheidigen. In einer der nächsten Nummern trat gegen diese Deduktion Gombart um so mehr auf, weil »die Frage unserer Alleinmacht, wie er sagte, auch bei der Oberhauptsfrage den Ausschlag zu geben hat und ich gerne beitragen möchte, daß die National-Versammlung noch vor Ablauf der eilften Stunde den muthigen Entschluß fasse, von ihrem Traume zu erwachen und des Spruches eingedenk zu sein, errare humanum est, sed perseverare diabolicum nicht nur, sondern auch höchst unpolitisch, da man uns schon längst hinter die Koulissen gesehen und die wahre Röthe von der künstlichen Schminke unterschieden hat.« Allein gegen den Grund des Centrums »verfing« auch diese neue Darlegung, verfingen auch die gewichtigen Worte nicht, womit Gombart dieselbe schloß: »Die National-Versammlung hatte zwei Wege vor sich. Entweder sie mußte beharren auf der gesetzlichen Bahn, welche ihr durch die auf die Bundesbeschlüsse gebauten Wahlgesetze vorgeschrieben war, oder sie mußte diesen Weg verlassen, von neuem revolutioniren und nach dem Rath des Dr. Vogt zum Konvent sich umgestalten und durch fortwährende Aufregung der Massen versuchen, was sie zu thun vermöge. Dank der Besonnenheit der Majorität hat sie den extremen Weg nicht betreten, eingedenk theils ihrer beschworenen Pflichten, theils der Erfahrung, daß die Revolutionen keine Bächlein sind, die sich mit dem Finger leiten lassen und versiegen, wenn man es für gut findet, sondern gewaltige Fluthen, welche in Blut sich verwandeln. Die National-Versammlung hat daher den wilden Wogen durch die Centralgewalt Schranken gesetzt und eben darum, Dank den Bemühungen manches Mitgliedes, die Sympathien der aufgeregten Menge verloren, durch welche

sie möglicher Weise, wenn auch nur auf kurze Zeit, hätte zu herrschen vermocht — damals hätte sie sich besinnen, hätte sie auf die Bahn der Legalität zurückkehren sollen, sie hätte sich dann die Sympathien der legitimen Gewalten bewahrt, welche in ihr den Schutz der gesetzlichen Ordnung und den mächtigen Mund ihrer Völker gerne erkennen werden. Statt dessen verharrte die Versammlung auf ihrem, wie sie meinte, ehrlichen, anständigen, mäßigen Revolutioniren und erließ Gesetze, wie z. B. das Wechselrecht, zu deren Erlassung sie auch nicht einmal zur Einleitung einer Vereinbarung bevollmächtigt worden ist. Jetzt erheben sich Schwierigkeiten von Seite der erkräftigten Einzelstaaten und geben deutlich den Wink, daß es einmal Zeit wäre, die einzige Bahn zu betreten, auf welcher der Versammlung noch Macht und Einfluß innewohnt, die Bahn der Vereinbarung.«

Es verfing Alles um so weniger, weil, wie Haym sagt, für den vorliegenden Fall noch ein anderes Moment hinzutrat. »Die Annahme des Gombart'schen Antrags würde eine sehr übel angebrachte Aufmunterung des Partikularismus und zwar des trotzigsten und widrigsten von allen gewesen sein. In demselben Augenblicke, in welchem Hannover und Baiern so spröde gegen die Nationalversammlung wurden, war die Aussicht im Steigen, daß Preußen sich hingebender für die Sache der Deutschen Einheit erweisen werde. Die Grundrechte hatten für Preußen nichts Abschreckendes; sie fügten wenig neue Freiheiten zu denen hinzu, welche dort bereits heimisch waren. Durch Preußens Beispiel die minder mächtigen Staaten fortzuziehen war ein richtigerer politischer Kalkül, als durch Willfährigkeit gegen minder Mächtige ein Beispiel in der entgegengesetzten Richtung zu geben.« Man wollte also bei aller Freiheit von Souveränitätsgelüsten doch — souverän sein, so viel als möglich. Man gestand sich damals, man gesteht jetzt, daß Hannover und Baiern bei ihrem Widerspruch in dieser Sache Recht hatten. Das Centrum behandelte das Recht aber als ein gleichgültig Ding, dachte bloß an seinen politischen erbkaiserlichen Kalkül und stellte obenein eine falsche Rechnung auf Preußen, das auf die Lockung nicht einging und die Frankfurter Grundrechte nicht annahm, sondern nur so viel davon — mehr freilich als ihm gut war — aber doch nur so viel davon um zu zeigen, daß es der Lockung nicht ganz unzugängig sei. Ich kann nicht anders urtheilen, das Verhalten des Centrums in der Sache war verdammlicher,

ob auch wohlmeinender Macchiavellismus, und geübt unter unausgesetztem Schelten auf die Jesuiterei, die Schliche, die Betrüglichkeit der Ultramontanen, der Diplomatie, der Höfe, der Zöglinge Metternich's, — ein Macchiavellismus, der auch seine gerechte Strafe erlitten hat, indem er so gänzlich seinen Zweck verfehlte, eine Strafe, die denn freilich am meisten die Sache, die Deutsche Sache, das Vaterland getroffen. Wie bewußt man sich im Centrum der nothwendig zerstörenden Wirkung der Grundrechte war, wird aus einer Illustration der umschreibenden, die Abstimmung des Centrums als einen Akt politischer Weisheit rühmenden Andeutungen Haym's erhellen, die ich noch hinzufügen will. Zu der Zeit als die Sonderverkündigung der Grundrechte beschlossen wurde, ließ einer der von »organischem Sinn« erfüllten »Leiter des Verfassungsausschusses« das merkwürdige und — man darf oder muß es so nennen — entsetzliche Wort fallen: »Wenn sie (die Regierungen) erst das Rattengift der Grundrechte im Leibe haben werden, so wird ihnen der Widerstand gegen die Verfassung wol vergehen.«

Die Centrenkorrespondenz meinte fast es entschuldigen zu müssen, daß auch einzelne Mitglieder der Centren für den Gombart'schen Antrag gestimmt. Sie hätten dadurch keineswegs das böse Vereinbarungsprincip billigen wollen, sondern sich dadurch bestimmen lassen, daß »in der That die abgesonderte Verkündigung der Grundrechte nur zu geeignet scheint, einen bedenklichen Zustand der Rechtsunsicherheit und Rechtsverwirrung herbeizuführen. Begreiflich daher, daß bereits Bedenken einzelner Regierungen gegen diese Separatverkündigung eingetroffen sind, so namentlich eine Remonstration der Hannoverschen Regierung vom 17. d. Mts. Dennoch geben wir den Glauben nicht auf, daß die Regierungen, eingedenk der Hülfe, welche die National-Versammlung ihnen, gegenüber dem Andrängen der Anarchie, treu und standhaft geleistet, kleinliche Bedenken beseitigen werden, damit nicht große Hoffnungen vereitelt werden, die das Deutsche Volk auf das Zustandekommen des Verfassungswerks, auf die Herstellung der Freiheit und Einheit des Vaterlandes gesetzt hat.« Wir sehen abermals, die bessere Erkenntniß fehlte nicht, man sah die Folgen, verschloß aber die Augen vor denselben oder baute seinen »politischen Kalkül« darauf. Man brachte die Dienste in Erinnerung, welche die Nationalversammlung den Staaten gegen die Anarchie treu und standhaft (?)

geleistet, indem man den Feuerbrand in sie hineinschleuderte. Hannover und Baiern, denen es vornämlich galt, waren bislang mit der Anarchie noch selber fertig geworden, hatten sich ihrer ohne alles Zuthun der Nationalversammlung erwehrt, und von dieser waren vielmehr die Drohungen ausgegangen die Widerspänstigen zu »zermalmen,« von Hannoverischen Abgeordneten zu ihr gingen Versuche aus, Hannover das Glück eines Demokratenregiments zu schaffen, und andere Abgeordnete zu ihr nahmen Theil an der Leitung der von ihr nicht behinderten Märzvereine, die es sich zur besonderen Aufgabe machten, Baiern zu unterwühlen, wobei sie der Grundrechtepublikation als des vornehmsten Hebels sich bedienten. Man sprach von kleinlichen Bedenken, wo man selbst die gewichtigsten Gründe namhaft machte. Man wähnte das Verfassungswerk zu Stande zu bringen und die Freiheit und Einheit des Vaterlandes zu begründen, während man dem ersteren schwere Hindernisse bereitete und statt der letztern Licenz und Zwietracht hereinführte.

Die ministerielle Zeitung begrüßte »das Ganze« der Grundrechte mit »innigster Freude,« fand das Einführungsgesetz ganz in der Ordnung, und ließ es nicht an Hindeutungen auf die Kraft der »öffentlichen Meinung« fehlen, welche schon zur Annahme der Grundrechte führen werde. Sie meinte, über die Frage, ob Regierungen, ob Stände hier oder da sich weigern würden, dieselben unverändert und in kürzester Frist einzuführen, gehe die Reichsversammlung »mit Recht hinweg.« Das hieß aber alle monarchische Ordnung mißachten und untergraben, während man ein Erbkaiserthum errichten wollte. Wie trefflich und kräftig hatte Dahlmann, um das absolute Veto zu retten, eben in diesen Tagen davon gesprochen, wie man ja doch die erschütterte monarchische Ordnung in Deutschland stützen wolle und deshalb nicht Beschlüsse fassen dürfe, wodurch sie auf's Neue gefährdet werde, im künftigen Reiche, in den Einzelstaaten. Wie klug sprach man damals im Centrum und spricht jetzt Haym (101) auf Anlaß der Vetofrage dawider, daß andere Leute dem vielbewegten Staatsschiff nicht gönnen wollten, daß es fest vor Anker liege u. s. f. Nicht Worte genug des Zorns und der Salbung konnten und können die Kaiserlichen finden bei Wiederholung ihrer unablässigen Behauptung, die Oesterreicher und deren Koalirte hätten die Verfassung absichtlich verdorben, damit sie vereitelt werde. Hier wurde die Verfassung verdorben und vereitelt, hier zuerst und durch sie selbst. Beim Zustimmen zu

der Separatverkündigung der Grundrechte war alle jene Weisheit rein vergessen. Da hatte man in leidenschaftlicher Hast nur das Kaiserthum im Auge: zur Erreichung dieses Ziels war jedes Mittel recht, auch — Koalition mit der Linken. Hier war diese Koalition. Man war in die Tendenzen der Radikalen eingegangen, hatte zu dem gefährlichsten Antrage, den sie seit langer Zeit gebracht, indem man sich willig und gern überrumpeln lassen, zugestimmt und mitgewirkt, faßte im Verein mit ihr einen Beschluß, auf dessen revolutionäre und revolutionirende Ausführung man rechnete, zu welchen man der Rothen sich zu bedienen dachte. Es war die offenbarste Spekulation darauf, daß diese an die Frankfurter Verfassung, zuvörderst die Grundrechte sich anhängen und ihr durchhelfen sollten — zu Gunsten der Monarchisten, Gemäßigten, Konservativen! Es war ein Vorspiel der politischen Milchtopfrechnung beim Pakt der Gagern'schen Partei mit H. Simon. Auch die Verkündigung der Grundrechte sollte zum großen, die Mittel heiligenden Zwecke dienen, und wie blind war man in dieser Tendenz, wie blind gegen das, was vor Augen lag, nämlich daß man dadurch der bezweckten Reichseinheit zerstörend geradezu entgegenwirkte. Wie viel fehlte noch, daß die Einheitsidee in das gesammte Volk eingedrungen gewesen wäre. Der Zug der Massen ging nach einer maßlosen Freiheit hin, einer Freiheit, bei welcher es einem in Einheit gefesteten Staat sehr schwer werden mußte, den Zusammenhalt zu bewahren, die aber das Zusammenschließen zu einem einheitlichen Staatswesen nimmer zuließ. Ausdruck dieses Zugs war ein beträchtlicher Theil der Grundrechte, und man gab ihm nach statt alle Kräfte — und es bedurfte aller — im Streben nach der möglichsten Koncentration zu vereinigen. »Wenn Sie zur Einheit gelangen wollen, so befestigen Sie vorher die Freiheit!« hatte Vogt gesagt, und mit dem, was Vogt »so schön gesagt,« hatte Schoder am 11. September seine Rede geschlossen. Es war der Gedanke der Linken und man ging hinein, es war ein Uebermaß von politischer Unweisheit und Kurzsichtigkeit, es war der abentheuerlichste Gedanke, einem seit Jahrhunderten zerstückelten, seit so langer Zeit gebunden gewesenen, nach eingetretener Emancipation sich so gebahrenden Volke eine maßlose Freiheit zu geben, um sodann eine »Staatseinheit« zu schaffen. Gerade umgekehrt mußte zu allererst eine solche, allererst eine zwingende Macht gegründet werden, wenn man Deutsche Einheit in dem Sinne haben wollte, wie man

sie forderte. Wenn Gagern und Andere im Frühjahre daran gedacht hatten, dem Könige von Preußen eine Art Diktatur zu übertragen, wenn die Radikalen im Juni die National-Versammlung zu despotischer Gewalt hatten erheben wollen, so waren dabei an sich selbst die richtigen Mittel, um zum Ziele zu gelangen, in's Auge gefaßt. In einem gewissen Sinn und Maß spekulirten die Kaiserlichen bei ihrem Plane sowol auf Preußische als auf Parlamentsmachterhebung. Allein er wurde schon durch so große Freiheitsgewährungen verdorben. Sie hatten die Leute nicht, sie waren die Leute nicht, es war zu spät. Im November die Preußische Regierungsgewalt zu lähmen oder doch zu beschränken suchen ohne es zu können, sie nicht stärken wollen oder können, um sie für die Kaiseridee und deren Durchfechtung zu gewinnen, und im December dann wieder souverän sein wollen und gerade bei Grundrechteproklamirung — es war ein ganzes Gewebe von Inkonsequenzen.

Gagern und die Separatverkündigung der Grundrechte.

Wir haben gehört, wie es geschah, daß die Regierungs-Bevollmächtigten im Grunde nur eine »Briefträgerstellung« erhielten, gehört, wie streng das frühere Ministerium oder vielmehr für dasselbe nur Schmerling getadelt und wie triumphirend auf Gagern als einen Reformator in dieser Beziehung hingewiesen wurde. Wir wollen uns jetzt die Thatsachen ansehen, wonach zu entscheiden, ob oder wiefern er es geworden ist.

Gagern fand sich durch die am 21. beschlossene Verkündigung der Grundrechte bewogen, schon am 23. eine Konferenz der Bevollmächtigten zu veranstalten. Er hätte der Sache eine andere Wendung zu geben versuchen, hätte sich geradezu weigern können, dieselbe wie sie lag in die Hand zu nehmen und durchzuführen. Nach dem Artikel 3. des Gesetzes vom 28. Juni sollte die Errichtung des Verfassungswerkes von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen sein. Er hatte freilich in seinem Programm erklärt, das Ministerium erkenne es als seine nächste und wichtigste Aufgabe, das Zustandekommen der Verfassung zu fördern. Streng genommen ging dies jedoch über seine Rechtssphäre hinaus. In keinem Falle war daraus zu folgern, daß das Reichsministerium nun gehalten gewesen wäre, beflissen auf die Ausführung eines gefährlichen Beschlusses hinzuwirken. Am 27. Mai war beschlossen, daß alle Bestimmungen der Deutschen Verfassungen bis zur Gründung des allgemeinen Verfassungswerkes in Kraft bleiben sollten. Am

27. Juni war der Antrag, die provisorische Centralgewalt hat die Beschlüsse der National-Versammlung zu verkündigen und zu vollziehen, verworfen. Die großen Staaten erkannten das Recht der National-Versammlung, das jetzt in einem solchen Umfange geltend gemacht werden sollte, nicht an. In welche Lage kamen die kleinen, wenn es bloß in ihnen zur Geltung gebracht wurde! Man konnte in der Separatverkündigung der Grundrechte auch ein Hinderniß, ein sehr schweres Hinderniß des Zustandekommens der Verfassung sehen. Ein Gombart würde nie und nimmer die Hand dazu geboten haben. Gagern handelte völlig und mit Beeiferung im Sinne der Mehrheit, welche so eben jene Separatverkündigung beschlossen hatte. Man konnte freilich kaum etwas Anderes erwarten — aber es war dennoch viel. Er dachte bei jener Konferenz an nichts weniger als an Eröffnung einer Debatte, an ein Eingehen in die Sache auf deren Betreibung es ihm ankam; er wollte lediglich die Bevollmächtigten hören, ob ihre Regierungen zur Annahme der Grundrechte bereit wären, sie sollten wo möglich erklären, daß es der Fall sei, vernehmen, daß es so sein müsse und sich zur Expedition und Förderung gebrauchen lassen. Er begann laut dem Protokoll damit, daß er die »Voraussetzung« aussprach, die örtliche Verkündigung und der Vollzug des Beschlusses der National-Versammlung über die Grundrechte und das Einführungsgesetz vom 21. werde, sobald er als Reichsgesetz verkündet worden, »einem Anstande in den einzelnen Deutschen Staaten nirgends unterliegen.« Bei der tief eingreifenden Wichtigkeit jenes Beschlusses habe das Reichsministerium geglaubt, fuhr er fort, die Bevollmächtigten auffordern zu sollen, sich heute, so weit irgend thunlich, im Namen der Regierungen rücksichtlich dieser beiden Punkte zu äußern. Er hob weiter hervor, daß ein Zurückkommen der National-Versammlung auf den gefaßten Beschluß »als außerhalb aller Betrachtung liegend anzusehen sein werde.« Gerade wie er annahm, daß Oesterreichs Theilnahme an der Deutschen Verfassung außer der Betrachtung liege.

Der Oesterreichische Bevollmächtigte (Menßhengen) erklärte, eine Zusicherung nicht ertheilen zu können. Die Haltung, welche er einzunehmen habe, sei ihm durch das Programm von Kremsier geboten. Im Uebrigen ergreife er gern die Gelegenheit, den Herren vertraulich einige Worte mitzutheilen, welche in einer

an ihn gerichteten Depesche des Fürsten Schwarzenberg vom 6. December enthalten seien und die bundesfreundliche Gesinnung seiner Regierung auf die unzweideutigste Weise beurkundeten — die Worte: »Erst wenn die Monarchie im Innern neu gegliedert und erstarkt aus den Stürmen dieser Umgestaltungsepoche hervorgegangen ist, wird die Kaiserlich-Königliche Regierung sich mit der Festsetzung des staatlichen Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland beschäftigen können. Sie wird dies thun, aufrichtig, bereitwillig und nachdrücklich, durchdrungen von dem hohen Berufe, welchen die Vorsehung dem Kaiserhause und den Oesterreichischen Völkern in Deutschland zugewiesen hat, und überzeugt, daß eine befriedigende und rechtzeitige, nicht eine überstürzte Lösung dieser Frage allein zu Oesterreichs und zu Deutschlands Heil ausschlagen könne.«

War das »hinhaltend«, so war es noch viel mehr deutlich und enthielt keine leere Versprechungen. Der Preußische Bevollmächtigte (Camphausen) gab dagegen eine geschraubte, den Hoffnungen schmeichelnde und sie — wie der Erfolg gelehrt hat — täuschende Erklärung. Er sagte: »Die Königliche Regierung hat seit dem Zusammentritte der National-Versammlung es als eine Verpflichtung erkannt, so weit ihr Einfluß reicht, dahin zu wirken, daß die National-Versammlung nur solche Beschlüsse fasse, die ohne Anstand in Preußen zur gesetzlichen Gültigkeit erhoben werden können, und die Regierung hat die Genugthuung gehabt, die von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze materiellen Inhalts in der Preußischen Gesetzsammlung publiciren zu können. Der Bevollmächtigte hofft, dasselbe werde hinsichtlich der Grundrechte der Fall sein, auf welche die Regierung in der Verfassung bereits umfangreiche Rücksicht genommen hat. Allerdings ist in den Grundrechten einiges Bedenkliche enthalten, auch ist der Bevollmächtigte nicht in der Lage heute eine bestimmte Erklärung Namens der Regierung darüber abzugeben. Er wird für seine Person die Publikation befürworten und die Königliche Regierung um baldige Mittheilung des Entschlusses bitten.«

Der Bairische Bevollmächtigte (Xylander) erklärte gleich den meisten andern nach ihm, daß er ohne Instruktion sei, und deshalb keine Zusicherung geben könne; er fügte als seine persönliche Ansicht hinzu, daß von Seiten Baierns allerdings Bedenken stattfinden dürften, wies gleich mehreren andern darauf hin, daß seine

Regierung ohne ständische Zustimmung den Grundrechten gesetzliche Kraft nicht verleihen könne und äußerte ferner, durch Separatverkündigung würden dieselben, also ein Theil der künftigen Verfassung, der Vereinbarung über diese entzogen werden, und Baiern nehme die Vereinbarung in Anspruch. Der Sächsische Bevollmächtigte (Kohlschütter) ließ sich ähnlich aus. Der Hannoversche (Bothmer) äußerte unter Bezugnahme auf den Protest und die Denkschrift seiner Regierung, er glaube noch besonders hervorheben zu müssen, daß seine Regierung, so wesentliche Bedenken sie gegen einzelne Bestimmungen der Grundrechte habe, dieselben wol fallen lassen würde, »wenn die daraus hervorgehenden Uebel der Preis sein sollten, um den allein das große Einigungswerk zu erwerben stehe«; anders aber werde es sich verhalten, wenn »abgesehen von diesem großen Werke, es sich lediglich und abgetrennt um jene Bestimmungen handle«. Sie müsse »den Rechtszustand des Landes vor Ungewißheit und Unsicherheit bewahren«, und daß dies unmöglich sei bei einer getrennten Verkündigung so tief eingreifender Bestimmungen, werde sich schon aus demjenigen ergeben, was sie bei Gelegenheit der Publikation der Reichsgesetze dargelegt. Er schloß: »Nur das Zustandekommen des neuen Verfassungswerkes für Deutschland, was nach den Bundesbeschlüssen vom 30. März und 7. April l. J. allein auf dem Wege der Vereinbarung möglich ist, kann jene ihre Stellung ändern. Die Königliche Regierung muß deshalb nach ihren gesetz- und verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen das Königreich und im Interesse des großen Einigungswerkes selbst sich verbunden erachten, gegen die provisorische Centralgewalt den dringenden Wunsch auszusprechen, daß diese Anstand nehmen möge, mit einer theilweisen Verkündung der Beschlüsse der National-Versammlung vorzuschreiten Zugleich hat sie sich verpflichtet gehalten, die einschlagenden Rechte des Königreichs Hannover, insbesondere die der dortigen Landesvertretung ausdrücklich vorzubehalten. Der Bevollmächtigte ist der Meinung, daß, wenn eine solche Verkündung bei jetziger Lage der Sache dennoch erfolgt, die Königlich Hannoverische Regierung das betreffende Reichsgesetzblatt in derselben Weise, wie solches bis dahin geschehen, der Veröffentlichung übergeben wird, daß aber nach dem früher in dieser Hinsicht schon Bemerkten damit allein die Geltung nicht hergestellt sein, und also mindestens bis zu dem erfolgten Zusammentreten der Stände die Sache schwebend bleiben wird.«

Gagern hatte wiederholt gegen die bisher abgegebenen Erklärungen eingeredet und die Bevollmächtigten aufgefordert, vom Widerstreben gegen die Grundrechte abzulassen. Er wurde hier besonders dringend. Bothmer entgegnete indeß, er handle nach den ihm unterm 17. d. M. ertheilten Weisungen und könne, obwol für dringende Fälle von der Einholung von Instruktionen entbunden, keine weitere Verpflichtung übernehmen als die, das hier Ergangene seiner Regierung zu berichten.

Der Bevollmächtigte für Baden (Welcker, der auch gegen die Separatverkündigung gestimmt hatte) war überzeugt, seine Regierung werde wie bisher so auch jetzt bereitwillig Alles thun, »was ihre Pflichten ihr gestatten«, um in gemeinschaftlicher Eintracht das große Werk zum Ziele zu führen. Für Lauenburg erklärte er u. a. das Herzogthum, in welchem mehr als ein Grundrecht sehr verderblich wirken dürfte, müsse zum wenigsten wünschen, daß die Verkündigung und Vollziehung der Grundrechte in den Nachbarländern gleichzeitig eintreten möchte. Jordan (für Kurhessen) zweifelte nicht, daß in Beziehung auf die Grundrechte das Gewünschte »in thunlichster Weise« geschehen werde. Scherff erinnerte an die besonderen Verhältnisse Luxemburgs und Limburgs und daran, daß er bereits dem Reichsminister des Innern, als derselbe die Separatverkündigung wünschenswerth genannt, erwiedert habe, daß seine Regierung dieselbe um so mehr für bedenklich ansehen müsse, da die Grundrechte Gegenstände beträfen, welche im Großherzogthum seit funfzig Jahren wohlgeordnet wären. Auch der Bevollmächtigte für Braunschweig (Liebe) gab zu erkennen, daß man dort (wie es auch im Nachbarlande Hannover und den meisten Staaten der Fall war) die guten und nützlichen Grundrechte bereits nach den Landesgesetzen besitze und daß manches in den Frankfurter Grundrechten Enthaltene als nachtheilig für das Herzogthum angesehen werden müsse; doch werde man der guten Sache und des gemeinsamen Zweckes wegen gewiß auch Nachtheile mitübernehmen. Der Oldenburgische Bevollmächtigte (Mosle) schloß sich der Hannoverschen Denkschrift an und machte überdem geltend, daß eine gleichzeitige Einführung in den Nachbarländern jedenfalls Bedingung der Grundrechte-Einführung in Oldenburg werde sein müssen. Dies führte Smidt für Bremen und Lübeck noch weiter aus, weissagte das Eintreten der verderblichsten Französischen Zustände aus der Frankfurter Gesetzmacherei und behielt sich weitere Einreden vor.

Aehnlich erklärte sich Kirchenpauer für Hamburg und sprach von schwer, ja überhaupt kaum überwindlichen Schwierigkeiten. Der Bevollmächtigte für Schleswig-Holstein (Francke) erinnerte daran, wie dort noch Alles im Ungewissen liege, und gab die besten oder keine Hoffnungen, wie man es nehmen wollte. Sogar der Bevollmächtigte für Hohenzollern, Lichtenstein, Reuß und Homburg (Holzhausen) glaubte nur versprechen zu dürfen, daß Alles geschehen werde, was »mit den bestehenden Landesverfassungen irgend vereinbar.« Einige kleinere Staaten waren nicht vertreten. Nur für Würtemberg, Großherzogthum Hessen, die Sächsischen Herzogthümer, Nassau, Mecklenburg, Anhalt und Frankfurt erfolgten mehr oder minder bestimmte Verheißungen, die meisten basirt darauf — denn Instruktionen für den Fall mangelten, — daß jene Staaten allen im Reichsgesetzblatt publicirten Gesetzen mit gebundenen Händen und Füßen sich ja unterwürfen, oder auch darauf, daß man daheim schon zum Theil dieselben oder noch schlimmere Grundrechte habe, und begleitet von Bedenken und Seufzern. Souchay z. B., nachdem er erklärt, wie die Stadt (Frankfurt) unbesehen alle »Reichsgesetze« annehme, äußerte hinsichtlich der Grundrechte (auch für Frankfurt wurden noch schlimmere in der Stadt selbst präparirt), sei ihm kein Anstand bekannt, »wenn schon in den angenommenen grundrechtlichen Bestimmungen sich nicht überall dasjenige dargestellt finden mag, was dem Besten des Vaterlandes entsprechen wird.«

Im Wesentlichen stimmten die Aeußerungen der Bevollmächtigten somit darin überein, daß letzteren Instruktionen fehlten, daß die meisten Regierungen die formelle Gültigkeit der Reichsgesetze theils von dem Zustandekommen der ganzen Reichsverfassung auf dem Wege der Vereinbarung, theils von der Verständigung mit ihren Landesvertretungen abhängig machten, und daß der materielle Inhalt der Grundrechte den größesten Bedenken unterliege Wer nicht ganz voreingenommen war oder ganz verkehrt nur auf die Kleinen und Kleinsten blickte ohne Erbarmen mit ihnen zu haben, mußte sich sagen, daß die Separatverkündigung der Grundrechte schwer zu hoffen und wenn oder wo sie erfolgen sollte, ein Unglück sein würde. In den vernommenen Aeußerungen der Bevollmächtigten lagen die dringendsten Aufforderungen, mit der Publikation der Grundrechte als Reichsgesetz Anstand zu nehmen, die genügendsten Motive für ein solches Verfahren. Allein Gagern folgte an-

dern Gesichtspunkten. Nachdem die sämmtlichen anwesenden Bevollmächtigten ihre Erklärungen abgegeben, sprach der Ministerpräsident die »auf dieselben gegründete« Erwartung aus, daß die örtliche Verkündigung und der Vollzug des Beschlusses der National-Versammlung, sobald er als »Reichsgesetz« erscheine, Hindernissen nicht unterliegen werde. Ein Entgegenkommen von Oesterreich wäre nach den Gesichtspunkten der Reichspartei vielleicht eher unwillkommen als willkommen gewesen. Um so eher konnte der Ministerpräsident eine Ausnahme für dasselbe statuiren, was er auch that. Bei Oesterreich wie auch bei Limburg stellten »besondere, für jetzt nicht zu entscheidende Verhältnisse eine Verzögerung in Aussicht.« Bisher hatte man die »besondern Verhältnisse« Oesterreichs zu Gunsten desselben nicht in Anschlag gebracht, sondern nur Vorwürfe daraus hergenommen, und lächerlich oder perfid war es, daß die Reichspartei seit dieser Zeit ihre Deduktionen, daß man Oesterreich aus der Verfassung hinaus lassen müsse, auch darauf gründete und ihm auch daraus ein Verbrechen machte, daß es die Grundrechte nicht annehme, während sie doch namentlich auch von Preußen nicht angenommen wurden *). Von diesem schien indeß der Ministerpräsident das Gegentheil zu erwarten, es unter den Renitenten nicht mit zu begreifen, auf die er am Schluß kam, ohne ihren Widerspruch zu berücksichtigen. Er äußerte in Beziehung auf sie: bezüglich auf das in Hannover und denjenigen Staaten, welche sich nach Aeußerung ihrer Bevollmächtigten mehr oder weniger in gleicher Lage befinden, einzuhaltende Verfahren, glaube die Regierung des Reichsverwesers, sich der zuversichtlichen Hoffnung überlassen zu können, daß es den betreffenden Regierungen in kürzester Frist gelingen werde, die Schwierigkeiten zu beseitigen, wie denn überhaupt nirgends verkannt werden wolle, daß dem großen Werke der Einigung Deutschlands Opfer zu bringen seien, die nach der einen oder der andern Ansicht als bedeutende erscheinen möchten, die aber, wenn das Ziel erreicht werden solle, unabweisbar seien.

So verlief die Konferenz und man urtheile nun, in welchem

*) Der Korrespondent vom Rhein sagte in der Deutschen Zeitung, besinne sich Oesterreich, daß es nicht jede Bestimmung der Verfassung, z. B. in den Grundrechten, annehmen könne, und falle ihm ein, abändern, vereinbaren zu wollen, dann möge diese Hoffnung zu Schanden werden.

Sinne Gagern seine Ankündigung verstand, das Zustandekommen der Verfassung fördern zu wollen; man urtheile, ob Konferenzen dieser Art irgend eine Aehnlichkeit mit einer Staatenvertretung hatten, ob sie einen anderen Zweck haben konnten, als den die Bevollmächtigten zu »Briefträgern« zu machen, und sie und die Staaten nur um so mehr unter den absoluten Willen der Centralgewalt und National-Versammlung zu beugen. Es half zu nichts und konnte zu nichts helfen, daß Gagern die Bevollmächtigten zusammenrief, und seine Kräfte und die Macht der National-Versammlung an der Durchführung des Beschlusses der National-Versammlung über die Grundrechte versuchte. Herausfordernd wollte — und sollte — er es mit den Staaten, den größeren namentlich zu thun bekommen. Die Gegensätze waren da, die Macht der Regierungen war da und obenein Recht und Vernunft auf ihrer Seite, die Macht der Versammlung zu Kraftäußerungen dieser Art war Schein, der Glaube daran Wahn, alles Handeln in diesem Wahne ein ohnmächtiges wenn auch vielfach verderbliches, und theils bewußte theils unbewußte Lüge. Gagern stand und handelte in diesem falschen Glauben, und darum konnte er weder die Grundrechte durchführen noch aus jeweiligen Versammlungen der Bevollmächtigten ein Verständigungsorgan, Staatenhaus oder dergleichen herorbilden, oder hierzu auch nur einen richtigen und nachdrücklichen Anstoß geben. Die Absicht bei dieser Konferenz war kläglich, die Konferenz verlief kläglich, die Ergebnisse der Separatverkündigung der Grundrechte waren die kläglichsten von der Welt. Das Deutsche Volk sollte platterdings das »Weihnachtsgeschenk« der National-Versammlung hinnehmen, wobei man — trotz aller Erklärungen auch aus dem Volke, das denn doch zu einem nicht ganz geringen Theile mit Hand und Fuß gegen das Angebinde sich wehrte — in dem Wahne lebte, das Deutsche Volk begehre dasselbe, oder dies nur vorgab, um mit desto besserem Scheine den der Sache selbst fernliegenden Nebenzweck zu verfolgen, die Regierungen welche noch Kraft besaßen — die nöthige Kraft zum Regieren, die Kraft freilich auch, allenfalls den Beschlüssen der National-Versammlung sich zu widersetzen — zur Unterwerfung unter diese Beschlüsse zu drangsalen. Das Zuckerbrod mit dem hineingebackenen Rattengift sollte und mußte hinunter nach dem organischen Sinne des Centrums, des treuen Hüters der monarchischen Ordnung. Am 28. wurden die Grundrechte im Reichsgesetzblatt publicirt und sodann

auch noch in hunderttausend besondern Abdrücken in's Volk hinaus-geschleudert — als Brandfackeln. Abgeordnete, die ihren schärfsten Tadel so mancher Bestimmungen der Grundrechte, als welche anarchisch, gefährlich, noch weiter auflösend, das Regieren unmöglich machend nie verhehlt; Konservative die bis zum März so exklusiv vormärzlich gesinnt gewesen, daß sie in ihrer Gegenwart kaum die bescheidenste Aeußerung im Sinne der konstitutionellen Opposition, z. B. eine Aeußerung gegen die Censur oder dergl. geduldet hatten; gouvernementale Männer der Sinnesart und Stellung nach beeilten sich den Radikalen und Anarchisten die erwünschte Waffe zu überliefern und ihnen den Boden zu pflügen; sie schickten die Grundrechte in Hunderten von Exemplaren in ihre Wahlkreise, um ja nicht zu fehlen bei der beginnenden grundrechtlichen Agitation, um auch ihrerseits durch ihre Autorität die Menge und die Tagsmeinung zu verleiten oder noch mehr irre zu führen, um auch ihrerseits zu zeigen, wie in der konfusen Zeit auch die ruhigsten, die verständigsten Leute den Kopf verloren.

Und nicht einmal konsequent war die Reichspartei bei dieser ihrer Souveränitätsäußerung. Nur in den kleinern und zweien der mittleren Staaten erfolgte die Annahme der Grundrechte, wodurch die Sache noch schlimmer wurde. Sie ließ es hingehen. »Wir hatten vergebens erwartet, sagt Duncker (S. 100), für die zweite Lesung der Grundrechte eine Kollektiverklärung der Regierungen benutzen zu können.« (Aber wie konnte man von den Regierungen in der Lage, in welcher sie sich zu jener Zeit befanden, und nachdem die Regierungen und die National-Versammlung gleich unlustig gewesen waren, eine Einrichtung zu gründen, wodurch so etwas erleichtert oder ermöglicht worden wäre, eine solche Erklärung erwarten!) »Wir hatten zu unserm Leidwesen allein abschließen müssen«. (Aber es fehlte ja doch nicht an Regierungserklärungen, die wir indeß unbeachtet ließen, als hätten wir ganz allein zu befehlen.) »Wir verhehlten uns nicht, wie viel schwieriger damit die Annahme des ganzen Werkes gemacht wäre. Eben darum beharrten wir auch jetzt bei unserer alten Politik, wir begannen keine Händel mit den Regierungen, welche die Grundrechte nicht publicirten, worauf die Linke unausgesetzt drang, wir ließen auch alle übrigen Beschlüsse der Versammlung und der Centralgewalt, welche die Regierungen nicht ausführten: den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg, die ausbleibenden Zahlungen und tausend andere Dinge, im Win-

ter ebenso wie den Sommer über liegen. Kam doch alles darauf an, wie die Entscheidung über die Verfassung fallen würde, jeder Streit vorher konnte diese, wie uns schien, nur erschweren.« Und doch fing man »Streit vorher« durch die Separatverkündigung der Grundrechte an! Warum? Weil in dem Ideenwirrwarr der Centren der Gesichtspunkt dominirte: man werde der Verfassung durch die Grundrechte um so leichter Eingang verschaffen, indem »das Volk in der Verleihung derselben ein großes Maß von gewährleisteter Freiheit erblicken werde,« wobei man darauf rechnen konnte, daß »die politisch unerfahrne, das Verhältniß von Ursache und Wirkung verkennende Menge glauben werde, durch die Grundrechte würden Freiheit und Glückseligkeit gesichert und befördert.«. Darin hat Hansemann (Das Preußische und Deutsche Verfassungswerk S. 321) vollkommen Recht, und eben so richtig ist es wenn er sagt, Diejenigen deren Zweck sociale Umwälzung gewesen und die als Mittel dazu die Einführung der Grundrechte betrieben, hätten doch wenigstens das Verhältniß von Ursache und Wirkung richtig beurtheilt; Leute von so schlechter Gesinnung gebe es überall; aber nur in Deutschland habe sich in einer großen politischen Versammlung eine wohlgesinnte, aus den gebildetsten Männern — darunter viele Beamte und selbst Minister — bestehende ansehnliche Majorität gefunden, die ein so unweises und die staatliche Ordnung auflösendes Verfassungsgesetz getrosten Muthes beschlossen und ohne irgend wirksame Korrektivgesetze einzuführen alles Mögliche aufgeboten, nur in Deutschland hätten Minister in den von ihnen regierten Ländern dazu die Hand bieten mögen, und sehr bedenklich stehe es mit der staatlichen Ordnung in Deutschland und mit dessen Sicherheit gegenüber mächtigen Nachbarvölkern, so lange die Gebildeten und selbst die Staatsmänner der Nation sich als so unpraktische Politiker erwiesen. Er hat vollkommen Recht, wenn er unter den Mitteln, durch welche die National-Versammlung »die staatliche Ordnung in Deutschland gefährdete und insbesondre die Regierungen schwächte« (die Aufstellung ultraunitarischer Grundsätze, die Verbreitung der Ansicht, daß nur durch solche Grundsätze Deutschlands Glück und würdige Stellung dem Auslande gegenüber begründet werden könne) die Annahme der Grundrechte und das Bemühen sie überall einzuführen als das erste aufzählt. Er hat vollkommen Recht, wenn er sagt: »Die Aufstände in Dresden, in der Pfalz, in Baden, der unter den Augen der Deutschen National-Versammlung han-

delnde sehr revolutionaire Märzverein und überhaupt ein großer Theil der Verwirrung der Rechtsbegriffe sind mehr oder weniger als Resultate der Grundrechte und des ernsten Bemühens, sie überall in Deutschland einzuführen, zu betrachten; sie sind in den Staaten, wo sie aus Schwäche oder Unverstand der Regierungen eingeführt, oder einzuführen versprochen worden sind, der Gährungsstoff, welcher die auflösenden Elemente der staatlichen Ordnung in Bewegung setzt oder erhält. Denn mit Befolgung der in den Grundrechten verfassungsmäßig ausgesprochenen Grundsätze kann in Europa kein Staat bestehen, nicht einmal ein kleiner Canton der republikanischen Schweiz.«

Dies hat sich in Deutschland unwiderleglich herausgestellt durch die unseligen Folgen der einseitigen, so jammervoll gelungenen Verkündigung der Grundrechte als Gesetz, Folgen, welche bis auf diesen Tag fortdauern. Nur die Wühlerei hatte den Nutzen davon. Die Begriffsverwirrung und die Rechtsunsicherheit nahm noch gewaltig zu, indem die Durchsetzung der Annahme der Grundrechte, die Sache der Revolutionärs, die Sache einer Partei, die Sache verkehrter Gesetzgeber sehr bald als »Deutsche Sache« figurirte, als Streben für die Deutsche Einheit galt und zum Signal und Werkzeuge aller einfältigen und übelwollenden Oppositionen wurde; indem man das Ding so zu drehen suchte und zu drehen verstand, als wäre die Grundrechte-Annahme die Volkssache und als wäre sie es, welcher die entgegentretenden Regierungen widerstrebten; indem man dem Volke, das an vielen Orten in den falschen Begriffen und Tendenzen, worin die Grundrechte zu einem beträchtlichen Theile ihren Ursprung hatten, befangen war, jene Regierungen denunciirte und es gegen sie verhetzte. Der an sich löbliche und schöne aber verunstaltete Gedanke, daß die neue Verfassung durch die Vertreter der Nation zu Stande gebracht werden möchte und das damit in Verbindung stehende an sich stolze und edle aber karrikirte Freiheitsgefühl und Bewußtsein der Volkeswürde, die verirrten Vorstellungen von der Souveränität des Volkes und der Nationalversammlung, und die Eitelkeit und der demokratische Trotz welche sich daran knüpften: dieses Alles wurde weidlich ausgebeutet, so daß Viele nach den Grundrechten schrieen, die daran hängen geblieben sind und sie gar zu gern wieder los wären. Wie schwer hat es sich bestraft, daß Gagern und die Reichspartei bei dieser Sache einem falschen Grundsatze oder falscher Grundsätzlichkeit folg-

ten, mit der Linken dazu sich verbanden, so falsch rechneten auf den Volkswillen und Volksunfug und dessen Kraft, auf Preußen, auf die Stärke des Einheitsenthusiasmus in den Kleinstaaten und überhaupt auf deren Bedeutung in der ganzen Verfassungsangelegenheit — wie schwer hat es sich bestraft daß diese Kleinstaaten, statt vorzugsweis an dem Schutze der Schwachen, dem Rechte zu halten, gerade der Reichspartei und deren Tendenzen sich anschlossen, zu welchem Unheil ist diese Allianz der Frankfurter Doktrinärs mit dem übel verstandenen Deutschen Einheitssinne in den kleinen Staaten ausgeschlagen! Die Grundrechte-Verkündung und deren trübselige Wirkungen, die Zwietracht und die Spaltungen welche daraus folgten und daß dabei die engen Schranken der Macht der National-Versammlung so offenbar wurden, daß sich letztere sammt der Centralgewalt dabei so unsäglich kompromittirte, indem sie eben nur in den kleineren Staaten durchdrang: das Alles war Vorspiel der mißlungenen einseitigen Verkündung der Verfassung, der vergeblichen Versuche dieselbe durchzuführen und der Ergebnisse dieser Versuche. Es lagen die deutlichsten Fingerzeige und dringendsten Warnungen darin, die aber nicht, wenigstens nicht gebührend beachtet wurden.

Die Verblendung und der Eigensinn der Reichspartei waren allerdings sehr beträchtlich; aber dennoch darf man es wohl als wahrscheinlich annehmen, daß Gagern stutzig geworden wäre, daß er mit den Seinen noch ein Mal überlegt und vielleicht eingelenkt hätte, wenn es der Preußische Bevollmächtigte über sich gewinnen können, sich eben so aufrichtig, unerschrocken und deutlich zu erklären, wie die von Hannover, von Baiern, von Oesterreich, und er hätte, wenn er nicht Sondergewinn für Preußen suchte, noch mehr Veranlassung dazu in dem Umstande finden müssen, daß seine Regierung mit Oesterreich zu derselben Zeit über das Verfassungswerk unterhandelte und sich zu einigen suchte. Ohne Frage hat seine gekränzte Erklärung mitverschuldet, daß die Grundrechte publicirt wurden und die kleinen Staaten noch mehr desorganisirten und schwächten, ein Nachtheil der auch auf Preußen selbst für den Fall zurückschlagen mußte, daß ihm die letzteren — und dann als eine Acquisition von sehr zweideutigem Werthe — zur Vergrößerung zu Theil würden, oder daß es zur Erbvorstandschaft eines in immerhin erheblichen Theilen unterwühlten Bundesstaates gelangte. Zu schaden sind leicht auch Kleine mächtig. Was für Noth macht allein schon Baden!

In einem halboffiziellen (Bassermann'schen) vom 24. datirten Artikel der ministeriellen Zeitung über die Konferenz hieß es, dem Vernehmen nach hätten die Erklärungen der Bevollmächtigten im Allgemeinen befriedigend gelautet, einzelne aber sehr bezeichnend. Oesterreich habe sich darauf berufen, daß ja überhaupt das Verhältniß zwischen ihm und Deutschland noch nicht festgesetzt sei, ja sogar wie man höre erklärt, diese Feststellung werde auch sobald noch nicht geschehen. Außer von Oesterreich solle aber keine Ablehnung erfolgt, im Gegentheil fast von allen Seiten die erfreuliche Versicherung gegeben sein, daß, so sehr man auch an einzelnen Bestimmungen der Grundrechte auszusetzen finde, dies doch nicht abhalten dürfe das große gemeinsame Werk zu fördern. Sachsen und Hannover hätten sich nur die verfassungsmäßige Zustimmung ihrer Landtage vorbehalten. Die erfreulichste Erklärung sei von Preußen erfolgt u. s. f. »So hoffen wir denn, daß in der letzten Zeit vielfach zu schwarz gesehen worden ist.« Der Artikel war eine Entstellung aus der Feder eines Wissenden, gleichfalls »bezeichnend,« wie die Reichspartei die Presse mißbrauchte, um das Publikum, ja die eignen Freunde und Genossen über die wahre Lage der Dinge irre zu leiten. Wollte es zu einem klaren Einblicke, (man fing an schwarz, d. h. klar zu sehen) zur Befreiung aus dem Nebel der Illusionen kommen, so täuschte man sich und Andre wieder hinein. In der folgenden Nummer gab Mathy einen wahrheitsgemäßeren Bericht, worin wenigstens angedeutet wurde, daß die Bassermann'sche Mittheilung durch genauere Erkundung der Aeußerungen der Bevollmächtigten vielleicht »etwas von ihrer Rosenfarbe,« wenn auch »nichts von ihrer Wahrheit« verloren habe. Daß dies letztere jedoch nur eine höfliche Redensart war, konnte man aus Mathy's Bericht deutlich herauslesen, da er zu viel Thatsächliches gab. Recht schön klang der Schluß des Artikels, muß aber doch dem ziemlich unbegreiflich erscheinen, der den Hergang kennt. »In der Konferenz vom 23. hoffen wir den Anfang eines regelmäßigen Verkehrs der provisorischen Centralgewalt mit den Bevollmächtigten der Staaten begrüßen zu dürfen, ein Verkehr, welcher zu lange vernachlässigt worden ist. Kömmt auch die Anknüpfung erst in der elften Stunde, so ist es doch nicht zu spät, um die Verständigung anzubahnen, welche die Bürgschaft einer dauernden Begründung Deutscher Einheit ist. Die Vertretung der Staaten in Frankfurt ist aber nicht allein zu dem Zwecke nöthig, die geheimen Verab-

redungen zu verhüten oder unwirksam zu machen, welche der Einführung der Verfassung Schwierigkeiten in den Weg legen könnten, sondern auch um den Vollzug gemeinsamer Anordnungen im allgemein Deutschen Interesse zu sichern. Wenn die Staaten Leistungen übernehmen sollen, um Gefahren von der Gesammtheit abzuwenden, welche die Sicherheit und Wohlfahrt des Deutschen Bundesstaates bedrohen, so müssen sie eine Vertretung in ähnlicher Weise jetzt schon haben, wie die Verfassung sie für die Zukunft bestimmt. Es ist wahrscheinlich, daß schon die nächste Zeit bedeutende Kraftentwickelung gebietet, noch bevor der Bundesstaat definitiv begründet sein wird, und dazu ist die innigste Verständigung zwischen der provisorischen Centralgewalt und den Regierungen unerläßlich. Wir hoffen daher, über die Fortsetzung des begonnenen Verkehrs des Reichsministeriums mit den Bevollmächtigten bald Weiteres zu erfahren.«

Am 4. Januar brachte die Ministerielle einen Artikel, in welchem auseinandergesetzt wurde, wie die begonnenen Versammlungen der Bevollmächtigten keineswegs verhießen, daß ein Reichsrath sich daraus hervorbilden werde; jene erste Konferenz habe sich lediglich als eine Ministerialkonferenz herausgestellt, und wolle man damit nun zu irgend einem Zwecke gelangen, so müßten andere Formen beobachtet werden. Der Verfasser sprach in der Nummer vom 5. Januar die volle Wahrheit über die abgehaltene Konferenz aus, und schloß mit der sehr richtigen Bemerkung, daß es wahrlich Zeit sei, der Sache auf den Grund zu sehen und entweder den Weg der Verständigung mit den Regierungen über die ganze Verfassung offen zu betreten, alsdann aber mit dem Vollzug einzelner Bestimmungen derselben einzuhalten, oder aber für die Mittel des Vollzugs auf ausgiebigere Weise zu sorgen als bisher geschehen. Es geschah aber keins von Beidem. Ein andrer Korrespondent in der Nummer vom 9. war ganz einverstanden, daß sich die National-Versammlung und der Ministerpräsident in durchaus schiefer Lage befänden. Wenn man, wie der letztere that, die Vereinbarung abweise und eine Verständigung gestatte, so werde das unentschiedene Verhältniß um nichts klarer, und Abhülfe der Unklarheit und Ungewißheit, worin man sich befinde, liege nur darin, daß man den Boden der Thatsache verlasse und den des Rechts betrete. Allein dazu konnte sich Gagern und die Mehrheit der National-Versammlung nicht entschließen.

Schmerling's Reise nach Oesterreich.

Wäre Schmerling mit Bitterkeit erfüllt worden, hätte diese auf sein Verhalten Einfluß gewonnen, hätte er sich von nun an ganz auf den partikularistisch-österreichischen Standpunkt gestellt und von ihm aus gegen die »Deutsche Sache,« d. h. gegen das Frankfurter Verfassungsprojekt, insbesondere gegen das Zustandekommen des Preußischen Erbkaiserthums operirt — hätte er selbst hierin weit mehr gethan als er verbleibend im Reichsministerium gethan haben würde — so hätten sich diejenigen darüber am wenigsten wundern dürfen, die ihn auf eine gleich intriguante wie schroffe und feindselige Weise verdrängt, ihn in den Klubs und überall mit grundlosen und verletzenden Anschuldigungen überhäuft, gegen ihn in der Weise des Korrespondenten vom Rhein geschrieben hatten, dem selbst die O.-P.-A.-Zeitung vorwarf, daß er es mit rücksichtsloser Heftigkeit und krankhaft erregter Feder thue. Auch ein Mitglied der Kaiserpartei, Wurm, in seiner Schrift: »Die Diplomatie« u. s. w. räumt ein, es sei natürlich genug gewesen, daß »in Schmerling's Gemüth ein Stachel zurückgeblieben.« Er erwähnt, daß mehrere seiner bisherigen Amtsgenossen mit Wehmuth ihn scheiden gesehen hätten, mit welchem sie gleiche Anfeindung erfahren, sich bewußt, daß ihnen wie ihm das nur begegnet, weil sie ihre Schuldigkeit gethan. Er selbst sei bei seinem Ausscheiden sehr weich gestimmt gewesen, und ich kann bestätigen, daß er es — indem er die Behandlung, welche ihm widerfuhr, als unverdient und tief verletzend empfand — in jenen Tagen war, wie ihn denn überhaupt die Nä-

herstehenden als einen unter Freunden oder im häuslichen Kreise sehr milden und bei gegebenen Anlässen weichen Mann — nur daß er dies nicht leicht und nicht gern blicken ließ — kannten. Wurm sagt weiter, die Anhänglichkeit, mit welcher die Näherstehenden von Schmerling gesprochen, hätte den befremden mögen, der nur seine Manier auf der Tribüne gekannt habe, wobei aber hinzugesetzt werden muß: und der der Meinung war, es widerfahre der armen Linken dadurch ein großes Unrecht. Ich füge hier noch hinzu, daß Schmerling seinen Sturz als eine Koncession ansah, welche die Konservativen den Revolutionärs machten, daß ihm die Feindseligkeit, worin Jene so plötzlich gegen ihn geriethen, bittere mit einem nicht eben achtenden Mitleid gemischte Gefühle erweckte, daß ihm nichts mehr wehe that, nichts mehr mit ungünstigen Urtheilen über die Haupturheber seines Sturzes ihn erfüllte, als die Art von Bündniß mit der Linken, in welches dazu ein großer Theil der Centren und der Rechten sich eingelassen und das ihm unheilvoll-vorbedeutend für die ferneren Schritte und die Ausgänge der kurzsichtigen und zweideutigen Politik der Kaiserpartei erschien. Daß die Art, wie »die Mehrheit ihn fallen ließ,« ihm »in der That sehr schnöde erscheinen mußte,« führt Wurm noch weiter aus *), bemerkt dann aber sehr richtig, daß man gar sehr irre, wenn man in Schmerling's fernerem politischen Verhalten Alles aus der Bitterkeit seines gekränkten Selbstgefühls erklären wolle. Zur Erklärung desselben gehört wesentlich eben jene seine feste Ueberzeugung,

*) »War es doch dieselbe Mehrheit, die ihn gestützt, um nicht zu sagen, sich an ihn geklammert hatte, so lange es galt, wahnwitzigen Bestrebungen die Stirn zu bieten, dieselbe Mehrheit, um die er sich des Verdienstes bewußt zu sein glaubte, daß er durch seine Maßregeln von ihren Führern das Schicksal Auerswalds und Lichnowskys abgewendet. Diese Centren nun schienen nicht länger die Unpopularität theilen zu wollen, die auch auf sie drückte; nicht zufrieden mit dem Opfer eines Theils seiner Macht, begehrten sie seinen gänzlichen Rücktritt. Ein Zeitungsblatt hat ihm, in Bezug auf diese Behandlung, das Wort der alten Ballade geliehen:

Perhaps it was right to dissemble your love:
But why did you kick me down stairs?

Wenigstens muß man billig sein und eingestehen, es war menschlich, wenn ihm von seinem Standpunkte aus die Sache so erschien; es war verzeihlich, wenn seine fernere Politik die Bitterkeit seines gekränkten Selbstgefühls nicht verläugnete.«

daß die Verfolgung der Pläne der Kaiserpartei zu ihrem nächsten Zwecke sicher nicht, wahrscheinlich zu Zerwürfnissen, Zerrüttungen, Krieg und noch wahrscheinlicher zu mehr oder minder beträchtlichen Erfolgen der Partei der maßlosen Freiheit und der Unordnung und Auflehnung führen werde.

Wie vielfältig, wie bestimmt war behauptet, wie eifrig die Behauptung ausgebeutet, Oesterreich habe erklärt, von Deutschland sich trennen zu wollen. Die ganze einzuschlagende Politik des dermaligen Reichsministeriums, die ganze Verfassungssache drehte sich jetzt um den Punkt der Auslegung, welche Gagern und dessen Partei dem Kremsierer Programm gaben. Auf der anderen Seite war man überzeugt, daß das Oesterreichische Kabinet nur mit der Bahn, die in Frankfurt eingeschlagen worden, nicht einverstanden sei. Es war viel, sehr viel daran gelegen, Gewißheit in der zweifelhaften Sache zu erlangen. Schmerling reis'te am 21. December nach Olmütz und Wien ab, um mit den Oesterreichischen Ministern persönliche Rücksprache zu nehmen. Es war namentlich von einem Theile seiner Landsleute gewünscht worden. Sie glaubten, daß das Oesterreichische Kabinet die Frankfurter und Deutschen Zustände nicht ganz richtig beurtheile, insbesondere übertriebene Vorstellungen von dem revolutionären Charakter der Deutschen National-Versammlung hege und daß es eine andere Stellung zu Deutschland einnehmen sollte, in jedem Falle sich so bestimmt erklären müsse, als die wirren Verhältnisse im Kaiserstaate nur irgend gestatteten. Schmerling zweifelte selbst daran, ob dies in erwünschtem Maße geschehen werde, geschehen *könne*. Allein um so mehr mußte das Möglichste gethan werden, das Oesterreichische Kabinet zu vermögen, daß es das Möglichste thue. Dazu schienen im Oesterreichischen Ministerium verschiedene Ansichten über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland einander entgegenzustehen. Was noch mehr war, man schien in Olmütz keine genügende Kunde davon zu haben, daß eine Partei in Frankfurt nicht ohne Aussichten damit umging, die Frage über Preußens Suprematie im Sturme zu lösen und Oesterreich durch einen Beschluß der National-Versammlung ein für alle Mal auszuschließen. Man schien dort wenigstens die Mittel und Kräfte jener Partei, die ihren Plan begünstigenden Umstände nicht gehörig zu würdigen. Man hätte sonst das Kremsierer Programm von dort wol nicht in die Welt gesendet, das in jedem Falle der Preußischen Partei Vorschub gelei-

stet, indem es eine scheinbare Auslegung im Sinne derselben zuließ. Lag nicht der Gedanke, die Besorgniß nahe, daß man in Olmütz die Folgen der Politik, welche man in Beziehung auf Deutschland einhalten zu wollen schien, nicht völlig richtig berechne, den politischen Fehler fortsetzen, die in Frankfurt vorhandenen auf eine auch für Oesterreich passende Verfassung gerichteten Bestrebungen theils nicht gehörig unterstützen, theils sogar kreuzen werde? Schmerling war überzeugt genug, daß das Oesterreichische Kabinet nicht von fern daran denke, die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland zu lösen und daß daran nicht gedacht werden dürfe; er kannte aber auch die Abneigung und das Mißtrauen gegen Oesterreich in einem großen Theile Deutschlands, die Stärke des hier vorhandenen Verlangens, möglichst bald ein festeres sowol einheitliches als freiheitliches Zusammenschließen zu erreichen, sehr wol und war damit auch einverstanden, so daß er eben so fest überzeugt war, man müsse Oesterreichischer Seits sofort und positiv entgegenkommen, und zwar so, daß man sich sowol mit Berlin als mit Frankfurt zu einigen suche. Dies freilich nicht so, als wäre er mit dem hier eingeschlagenen Wege oder gar mit der neuesten Wendung, welche die Sache in Frankfurt genommen, zufrieden gewesen. Er hatte längst kein Hehl daraus gemacht, daß er dem Frankfurter Verfassungsprojekte abgeneigt sei. Er hatte oft gesagt: Die veränderte Lage der Dinge hat eine totale Aenderung unmöglich gemacht, sofern man neues Revolutioniren meiden will; bei dem Verfassungsentwurfe hat man sich ein zu weites Ziel gesteckt und statt dies zu bekennen, ereifert man sich und klagt Einzelne des Verraths an; eine Verfassung, wie der Ausschuß und die Versammlung selbst sie projektirt und beschließt, ist derzeit in Deutschland eine Unmöglichkeit, theils weil die Staaten und obenein zwei Großstaaten da sind, theils weil das Deutsche Volk den Ueberfluß von Freiheit, den man ihm gegeben, nicht zum gemeinen Besten zu gebrauchen weiß; die National-Versammlung ist im Ganzen eher besser als schlimmer wie das Volk im Ganzen, und zeigt dennoch nur zu viel politische Unfähigkeit, indem sie sich wenigstens theilweis von den unreifsten politischen Ideen und Individuen beherrschen läßt und mit einer solchen blinden Wuth die politischen Fragen behandelt. Allein auf der anderen Seite war seine Verurtheilung der Frankfurter Verfassung keine unbedingte. Er glaubte damals noch, sie müsse als Grundlage hingenommen werden, weil die Sache nun

einmal zu weit gediehen und das Deutsche Parlament zu mächtig in der öffentlichen Meinung sei. Er hielt deshalb eine Verständigung der größeren Höfe für nothwendig, deren Ziel und Ergebniß er sich so dachte, daß gemeinschaftlich von denselben die nöthigen Modifikationen gefordert würden, Modifikationen der Art, wie nach einiger Zeit Preußen sie forderte. Mit der Annahme derselben Seitens der National-Versammlung sollte nach seiner Ansicht die Annahme der Verfassung erfolgen; Oesterreich sollte namentlich auf ein Volks- und Staatenhaus eingehen; man sollte ihm allenfalls unter entsprechender Berechtigungskürzung einen wenigstens zeitweiligen Verpflichtungsnachlaß in Beziehung auf das Heerwesen, auf Zoll und Handel gestatten; die Oberhauptsfrage sollte einer besondern Verständigung vorbehalten bleiben; er hielt sie für Augenblicks unlösbar. Wenn aber Oesterreich das Tüchtige und Gerechte in den Frankfurter und Deutschen Verfassungsideen und Forderungen verkenne, wenn es eine bestimmte entgegenkommende Erklärung zurückhalte, um erst in einer späteren Zeit seine immerhin gewichtigen Ansprüche und Forderungen geltend zu machen, so mußte durch eine solche Politik nach seiner Ansicht ein Gegensatz entstehen, der für beide Theile die verderblichsten Folgen nach sich zog. Er glaubte nicht, daß man in Olmütz lediglich eine Restauration der vorigen Bundesverfassung beabsichtigte, wol aber, daß es nicht ohne Bedeutung, wenn jene Politik zum Nachtheile Oesterreichs so ausgelegt werde. Die nächste Wirkung der letzteren könne kaum eine andere sein, als die, daß die National-Versammlung auf ihrem Wege fortgehe und nicht aufgehalten werden könne, daß Preußen einen Vorsprung gewinnen und den Versuch machen werde, die sich ihm darbietende Gunst der Umstände für sich zu benutzen, so sehr es den Frankfurter Verfassungsprojekten auch seinerseits abgeneigt sein möge. Komme dann zuletzt die unabweisliche Frage nach dem Verhältniß mit Oesterreich, so werde Alles in eine so verschobene Lage gebracht sein, daß die Verwickelungen und das Ende unabsehbar werden dürften *).

---

*) In der ersten Abtheilung (S. 511) ist auf eine Aeußerung Wurm's über den eigentlichen Differenzpunkt der Ansichten und Zielpunkte Gagern's und Schmerling's hingewiesen. Scharfsinnig und fein ist auch noch manche weitere den gängigen Ansichten entgegengestellte Bemerkung Wurm's über Schmerling als Politiker, wie dieser ganz ohne ausgesponnene Vorausberech-

In den letzten Tagen des Jahres erhielt man die Kunde, daß Schmerling zum Oesterreichischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ernannt sei. Er traf am 2. Januar als Bevollmächtigter in Frankfurt wieder ein. Er war inzwischen in Wien auch zum Abgeordneten nach Kremsier gewählt und hatte bei diesem Anlaß vor seinen Wählern eine Rede gehalten. Er wurde bald darauf wegen einiger Aeußerungen in derselben sehr heftig angegriffen, wonach er erklärt haben sollte, daß ihm die Aufrechthaltung der Integrität des Oesterreichischen Staats das Höchste und Wichtigste im Leben sei, oder: daß er sich zuerst als Oesterreicher und darnach erst als Deutscher betrachte. Ich habe ihn darauf angeredet und er sagte mir bestimmt, seine Aeußerungen seien wesentlich mißverstanden und im partikularistisch-österreichischen Sinne kolorirt in die Blätter übergegangen. Doch blieb des Partikularistisch-Oesterreichischen so viel darin übrig, daß sie mir unvorsichtig erschienen und meinem Deutschen Gefühle mißhagten. Unsere Geschichte erklärt es zur Genüge, es war so natürlich, konnte kaum anders sein, so viel stand entgegen wenn man eine Anklage darauf gründen wollte, es mußte als herbe Thatsache hingenommen werden, allein es weckte doch Schmerz und Sorge, daß so sehr viele Deutsche Deutschland in so fern entfremdet waren, daß ihnen die Aufrechthaltung ihres besonderen Staates das Erste war, daß sie zuerst als Oesterreicher, Preußen und auch wol Baiern u. s. w. sich fühlten. Das Geschrei das über Schmerling's Aeußerungen erhoben wurde, war jedoch theils nur thöricht, theils heuchlerisch. Es kam daher, daß man auch in dieser Beziehung von Illusionen erfüllt und durch Phraseologie

---

nung die Schwierigkeiten habe herankommen lassen, sie so leicht genommen als möglich und im entscheidenden Augenblicke mit Zuversicht, Gewandtheit und Kaltblütigkeit eingetreten sei. Ganz falsch und nicht einmal seiner sonstigen Beurtheilung entsprechend ist es, wenn Wurm meint, Schmerling habe dem Programm von Kremsier die Seite abzugewinnen gesucht, daß Deutschland in eine endlose Unterhandlung verwickelt würde, richtig aber, wenn er seinen Abschnitt über Schmerlings Stellung zum Gagern'schen Programm schließt: »er selbst aus dem Kabinet verdrängt — die Verhandlung auf den Weg des gesandtschaftlichen Verkehrs hinübergeleitet, zur selben Zeit, dieser auswärtigen Frage gegenüber die Konstituirung des Bundesstaats beschleunigt — Gagern als Ministerpräsident und als Führer einer Partei mit der unverholenen Devise des Preußischen Erbkaiserthums, damit war eine Verwickelung herbeigeführt, welche Schmerlings Thätigkeit in die Schranken rief«.

betäubt und beherrscht war. Die Deutschheit, welcher Deutschland das Erste, lebte zumeist nur in der Redensart. Einige besaßen sie, Mehrere redeten es sich ein sie zu besitzen, Andere thaten so. Die Hand auf dem Herzen, der Wahrheit ins Auge blickend und die Ehre gebend konnten namentlich eben so viel Preußen als Oesterreicher nicht läugnen, daß ihnen die Integrität ihres Staates das Erste, daß sie zuerst Preußen und darnach Deutsche waren. Indeß hüteten sie die Zungen besser und die Strömung ging nun einmal zu ihren Gunsten wider die undeutschen Oesterreicher. Schmerling's Freunde hätten gewünscht, daß er Anlaß genommen, sich einmal öffentlich zu erklären. Doch war so etwas von ihm nie zu erlangen. Er war freier als man es in Ollmütz war, aber nicht frei davon, das Getriebe in Frankfurt, die Tagsmeinung, die Blätter und deren Geschwätz, den Lärm der über Oesterreich, über ihn erhoben wurde, zu sehr gering zu schätzen. Er nahm es, wenn erbittert, doch verachtend auf, oder nahm es leicht, wenn er, wie es in der That geschah, tagtäglich mit Gehässigkeit, mit wahrer Perfidie und Verlogenheit angegriffen wurde *). So wurde — und er ließ es hingehen gleich allem Aehnlichen — eben zu dieser Zeit in der O.-P.-A.-Zeitung erzählt, es habe sich nach seinem Austritt aus dem Ministerium in seinem Portefeuille eine königlich Würtembergische Depesche vorgefunden, die er verheimlicht. Die Geschichte lief durch alle Blätter und wurde um so

*) Laube (III. 209) behauptet, selbst die Oesterreichischen Frankfurter wären nach Schmerling's Rückkehr »abseit von ihm getreten in den Gesellschaften«, und gereizt von der allgemeinen Mißhandlung habe er ingrimmig geäußert: euer Bundesstaat kommt ja doch nicht zu Stande. Da ich nicht jede Frankfurter Gesellschaft mit Schmerling besucht, kann ich auch nicht sagen, ob man in der oder jener abseit von ihm getreten, wohl aber, da ich häufig mit ihm in Gesellschaft war, daß er jedenfalls von den »Oesterreichischen Frankfurtern« wie zuvor achtungsvoll und freundschaftlich, auch wohl mit doppelter Aufmerksamkeit behandelt wurde. Richtig ist allerdings, daß die politischen Zerwürfnisse, da Alles Partei nahm, fast Alle leidenschaftlich erregt waren und Viele sich nicht zu beherrschen wußten, sich in die geselligen Kreise übertrugen. Indeß einer Gereiztheit wegen (doch schwerlich irgendwo vorgekommener) Mißhandlung in Gesellschaften bedurfte es bei Schmerling nicht um zu äußern: euer Bundesstaat kommt ja doch nicht zu Stande. Nicht bloß Schmerling hat es, auch Andere haben es, ich selbst entsinne mich, daß ich es oft in ruhigster Stimmung oder auch wo Heiterkeit herrschte, mit lachendem Munde gethan. Aber das ist richtig, daß es, wie Laube bemerkt, damals »Ketzerei« war, wenn auch gerade keine »unerhörte«.

mehr geglaubt, da sie in der Zeitung Bassermann's, der um die Sache wissen mußte, in jedem Falle sich am Ersten Gewißheit darüber verschaffen konnte, erzählt und nicht sofort widerrufen wurde, was ohne Frage einfache und doppelte Pflicht war, wenn sie unbegründet. Sie wurde allerdings widerrufen, aber erst nachdem sie überall ihre Wirkung gethan, erst nach einer langen Zeit, und man weiß, daß Wiederrufe der Art dann und da, wo man gern geglaubt und weiter erzählt hat, nicht nachgedruckt oder nicht beachtet werden. Am 30. December hieß es in der Korrespondenz der, mit dem Reichsministerium doch auch in so naher Verbindung stehenden Centren: »Die Stimmung für eine energische Reichseinheit, für die Uebertragung der Reichsgewalt an Preußen ist im entschiedenen Wachsen. Auch die Fürsten, unter ihnen ein süddeutscher König, neigen sich dieser Ansicht zu, und es ist nicht zweifelhaft, daß von demselben schon vor Wochen eine derartige Erklärung an das Reichsministerium eingesandt worden ist und sich nun in dem Portefeuille Schmerlings vorgefunden hat. Wir glauben zu wissen, daß zwischen den Fürsten der mittleren Staaten von einer nachbarlichen Residenz aus ein Einverständniß eingeleitet wird, um die Krone Preußen zur Annahme der Kaiserwürde zu bestimmen. Zu den beliebtesten Kampfmitteln der Parteien gehören falsche Gerüchte. Man hat ausgebreitet, daß sich der König von Preußen gegen den Gesandten einer außerdeutschen Großmacht geäußert habe, er werde auch wenn die National-Versammlung ihm das Kaiserthum anbiete, dasselbe nicht annehmen. Zufällig sind wir im Stande, dies Gerücht bis an seinen Ursprung zu verfolgen und freuen uns mittheilen zu können, daß es falsch ist.« In der folgenden Nummer war abermals die Rede von jenem Gerücht, das nun den Zusatz erhalten, der König habe sogar geäußert, und wenn außer der National-Versammlung auch die Berliner Versammlung so dekretirte und sämmtliche Deutsche Fürsten ihm die Kaiserkrone anböten, so würde er sie ausschlagen, wenn nicht Oesterreich sie ihm auftrüge. Die Korrespondenz führte den Ursprung des Gerüchts mit Spott auf Radowitz zurück. Das Organ der Centren und der Preußenpartei lieferte also höchst naiv einen Beweis für seinen Satz, das falsche Gerüchte zu den beliebtesten Kampfmitteln der Parteien gehören. Während aber das falsch war, was sie als unzweifelhaft Schmerling nachsagte, war es vollkommen begründet, daß der König von Preußen bei jeder Gelegenheit Jedermann sagte,

was sie in Abrede stellte. Zu den beliebten Kampfmitteln gehörte nicht bloß die Verbreitung falscher Gerüchte, sondern auch Widerspruch gegen wahrhafte Nachrichten.

Genug, Schmerling hegte die ketzerische Ansicht, der »Bundesstaat« der Preußischen Partei komme doch nicht zu Stande, er war wider das Preußische Kaiserthum, er ging also darauf hinaus »Alles« zu verderben, denn was die Partei wollte war Alles, was außer dem Meisterstücke der Frankfurter Verfassungskünstler, war nichts. Er besaß in seiner Persönlichkeit und Stellung große Mittel, dem Zustandekommen des Bundesstaates Hindernisse zu bereiten: in demselben Maße trafen ihn Haß und Beschuldigungen aller Art — jetzt zunächst wegen einer Oesterreichischen Note die er veranlaßt haben sollte. Seine Reise nach Oesterreich hatte ja lediglich den Zweck gehabt »Alles zu verderben,« und von der Zeit dieser Reise datirte die Note.

Die Oesterreichische Depesche vom 28. December. — Schmerling's Erläuterungen im Reichsministerium.

Bevor Schmerling in Frankfurt wieder eintraf, war seinem Vorgänger, Menßhengen, eine vom 28. December datirte Depesche zugegangen, das Aktenstück von welchem so eben die Rede war. In seinem Eifer um den Vollzug der Reichsgesetze und in seiner Angst vor der National-Versammlung und deren Interpellationen oder auch wegen der Aufregung, welche sogleich durch die erste Kunde von der Erschießung Blum's entstand, hatte der Reichsjustizminister die Herren Paur und Pözl als Reichskommissäre nach Wien gesendet. Dieselben waren vom Oesterreichischen Justizminister dahin beschieden, daß das Schutzgesetz der National-Versammlung in Oesterreich nicht publicirt gewesen und daß die Anerkennung der Reichsgesetze wesentlich von der Vorfrage abhängig, auf welche Weise überhaupt in Zukunft die Verbindung Oesterreichs mit Deutschlands staatlich gestaltet werde, weshalb, so lange dieses Verhältniß nicht fest geordnet, auch die Frage wegen der Wirksammachung der von der Deutschen Reichsversammlung ausgehenden Beschlüsse für Oesterreich unentschieden bleiben müsse. Wir erinnern uns der in der Konferenz am 23. December erfolgten Mittheilung aus einer gleichfalls vom 6. datirten Depesche des Oesterreichischen Ministers des Aeußern. Nehmen wir diese Erklärungen zusammen, so ergiebt sich deutlich, daß für Diejenigen, welche das Kremsierer Programm im Sinne der Gagern'schen Partei ausgelegt hatten, in der Oesterreichischen Note, deren Erlaß auf Schmerling's Betreiben zurück-

geführt wurde, in Wahrheit kein Grund zur Ueberraschung liegen konnte, wenn sie auch durch dieselbe noch bestimmter erfuhren, daß sie sich völlig im Irrthume befunden.

Der Ausschuß war fortwährend gespalten. Auch die Mehrheit konnte sich nicht einigen. Am 2. Januar 1849 wurde kund, daß Herr von Menßhengen eine bedeutsame Depesche seines Kabinets erhalten und Gagern vertraulich mitgetheilt habe. Es war sehr wahrscheinlich, daß die Sache dadurch eine andere Wendung bekommen mußte, weshalb der Ausschuß noch an demselben Tage beschloß, bis zu näherer Information sich zu vertagen. Schmerling übergab die Note offiziell erst am 4. Januar, um in einer Ministerialsitzung des folgenden Tags, zu welcher er zu diesem Zwecke geladen war, mündliche Erläuterungen sofort hinzuzufügen. Er hatte bei Uebergabe der Note zugleich erklärt, daß er mit den einzelnen Reichsministerien in direkter Korrespondenz zu bleiben beabsichtige, ohne diese auf das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu beschränken, und daß er voraussetze, es werde der Geschäftsverkehr der Centralgewalt mit der Oesterreichischen Regierung in allen Fällen durch seine Vermittlung bewirkt werden. Die Note lautete wie folgt:

»Ohne in eine erschöpfende Erörterung des von dem Herrn Minister von Gagern der Deutschen National-Versammlung vorgelegten Programms einzugehen, was einem andern Zeitpunkte vorbehalten bleibt, glaube ich dennoch die Aufmerksamkeit des Ministers schon heute auf nachstehende Punkte lenken zu müssen. Es wird in diesem Programm von der Ansicht ausgegangen, als spräche Oesterreich an, in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat nicht einzutreten, das heißt, sich von demselben auszuschließen. Die Darlegung der Politik des Oesterreichischen Kabinets, wie sie am 27. v. M. zu Kremsier geschehen ist, hat jedoch ausdrücklich die Regelung der Deutschen Verhältnisse einer weiteren Vereinbarung vorbehalten, und eine Absicht, wie sie uns in dem Programm des Herrn v. Gagern unterlegt wird, keineswegs ausgesprochen. — Es ergiebt sich daraus, daß, wenn wir die Prämisse nicht zugeben, wir uns auch mit den weiteren Folgerungen unmöglich einverstanden erklären können. — Oesterreich ist heute noch eine Deutsche Bundesmacht. Diese Stellung, hervorgegangen aus der naturgemäßen Entwickelung tausendjähriger Verhältnisse, gedenkt es nicht aufzugeben. — Kann es gelingen, wie wir aufrichtig wünschen und

gern erwarten, daß eine innigere Verschmelzung der Interessen der verschiedenen Bestandtheile Deutschland's zu Stande gebracht werde, wird das Verfassungswerk, an welchem Oesterreich sich betheiligt, auf eine gedeihliche Weise seinem Ziele zugeführt, so wird Oesterreich in diesem neuen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen. Jedenfalls würde der künftigen Gestaltung des bisherigen Deutschen Staatenbundes auf eine wesentliche Weise vorgegriffen, wollte man schon jetzt das Ausscheiden Oesterreich's aus dem, wie es in dem genannten Programme heißt, »zu errichtenden Bundesstaate« als eine ausgemachte Sache annehmen. — Eine Folgerung dieser von uns als unstatthaft zurückgewiesenen Voraussetzung erscheint die von dem Herrn Minister bei der Deutschen National-Versammlung nachgesuchte Ermächtigung, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem Oesterreichischen Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen. Wir haben ebenso, wie alle anderen Deutschen Bundesstaaten, einen Bevollmächtigten am Sitze der Centralgewalt. Seine Vermittlung wird, wie bisher, hinreichen, den Geschäftsverkehr mit dem Ministerium zu unterhalten. — Euer Hochwohlgeboren werden demnach beauftragt, bei Herrn v. Gagern dahin zu wirken, daß er von dieser Anknüpfung einer diplomatischen Verbindung aus den oben angedeuteten Gründen abstehe. — Das, was wir suchen, ist eine gedeihliche Lösung der großen Frage. Diese wird nur — davon möge der Herr Minister überzeugt sein — auf dem Wege der Verständigung mit den Deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnimmt, zu erreichen sein. — Gern sind wir bereit, ihm bei dem schwierigen Werke die Hand zu reichen. Wir erwarten auch seinerseits — und seine ausgezeichneten staatsmännischen Eigenschaften rechtfertigen diese Hoffnung — eine richtige Würdigung der Verhältnisse und jenes bereitwillige Entgegenkommen, das allein zu einer befriedigenden Lösung führen kann.«

Das Erheblichste der Erklärung Schmerling's in der Ministerialkonferenz am 5. war nach zuverlässigen Aufzeichnungen über dieselbe das Nachstehende. Er äußerte zunächst über die Absicht seiner Reise nach Oesterreich, sie sei gewesen, die durch das Programm von Kremsier hervorgerufenen Mißverständnisse zu beseitigen. Unterwegs nach Wien in Leipzig habe er die Ernennung zum K. K. Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt erhalten. In Wien angelangt, sei es ihm in zwei mit dem Oesterreichischen

Gesammtministerium abgehaltenen Konferenzen gelungen, dessen Ansichten in der Deutschen Angelegenheit zu modificiren. Das k. k. Ministerium müsse, als bei Erlassung des Programmes durch unklare und unvollständige Berichte aus Frankfurt nicht gehörig von der Sachlage unterrichtet betrachtet, und der Einwirkung der aufreizenden Sprache eines großen Theiles der Deutschen Tagespresse dabei Rechnung getragen werden. Er habe das Ministerium über die Stimmung in Frankfurt, die keineswegs Oesterreich feindselig sei, aufgeklärt. Er habe seine persönliche Absicht, das gegenwärtige Reichsministerium nach Kräften unterstützen zu wollen, und daher den Wunsch ausgesprochen, es möge das Programm von Kremsier in einer Weise von der k. k. Regierung modificirt oder interpretirt werden, welche auf die Stimmung der Mehrheit der Frankfurter Versammlung zu Gunsten des Reichsministeriums wirken könne. Alsdann habe er das Ministerium um Aufschluß über die Lösung der eigenen Oesterreichischen Frage gebeten. Er habe aber dasselbe, wie überhaupt noch ganz Oesterreich, über die dem Kaiserstaate zu gebende neue Verfassung sehr in Ungewißheit gefunden. Was man erwarten dürfe, sei, daß die Oesterreichische Verfassung auf einer föderativen Gruppirung aller Provinzen, mit eigenen Parlamenten um eine Centralgewalt, welcher ein Staatenhaus zur Seite stehe, werde beruhen müssen.

Zur Deutschen Frage bemerkte er, seine Regierung habe ihm den entschiedensten Auftrag ertheilt, in Frankfurt auf die Thätigkeit seiner Landsleute, der Oesterreichischen Abgeordneten, im Sinne möglichst rascher Vollendung der Deutschen Verfassung zu wirken. Die Oesterreichische Regierung habe nicht verlangt, wie dieses früher von Seiten Preußens geschehen sei, daß ein Staatenhaus zur Mitwirkung bei Berathung der Verfassung berufen werde. Was aber seiner Zeit das vollendete Verfassungswerk angehen werde, so müsse sich die k. k. Regierung ihre Zustimmung zu demselben vorbehalten, wie sie es seit dem Monate April v. J. bei jeder Gelegenheit ausgesprochen habe, was man aber in Deutschland theilweise übersehen oder wieder vergessen zu haben scheine. Er wiederholte, daß er die bestimmteste Weisung habe, das Deutsche Verfassungswerk zu fördern. Seine Regierung werde auch auf die Vornahme der im Kaiserstaate, insbesondere in Böhmen, noch rückstehenden Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Reichsver-

sammlung mit Beschleunigung wirken, müsse sich aber ihre Anträge bezüglich der vollendeten Verfassung vorbehalten.

Vom Reichsministerium wurde hier die Frage an ihn gerichtet, ob er nicht der Ansicht sei, daß, Oesterreich möge sich eine Verfassung geben, welche es auch sei, jedenfalls eine absolut souveraine Centralgewalt an der Spitze der Monarchie werde stehen müssen?

Er erwiderte hierauf, daß allerdings die Leitung des Heerwesens, der Finanzen und der völkerrechtlichen Vertretung nach Außen, in einer Hand vereinigt werden müsse. Auf die Bemerkung, daß ungefähr dieselben Befugnisse, so wie die Gesetzgebung in Zoll- und Handelssachen, in der Hand der Centralgewalt für Deutschland vereint, somit diese beiden Gewalten bezüglich der Deutschen Provinzen Oesterreichs in Kollision gerathen würden, erwiderte er, daß rücksichtlich der Deutschen Provinzen die Oesterreichische Centralgewalt sich den nothwendigen Bedingungen der Einheit Deutschlands würde fügen müssen. Eine bestimmte Zusicherung könne er jedoch für jetzt nur in Bezug auf das Heerwesen abgeben; Oesterreich werde sein Kontingent den Bestimmungen der Deutschen Centralgewalt gemäß, vollzählig zu deren Verfügung stellen, wenn es auch wegen einzelner Artikel der zukünftigen Deutschen Wehrverfassung, so vielleicht wegen Ernennung der Generale, Vorbehalte auszusprechen veranlaßt sein würde. Was die Gestaltung Deutschlands zur handelspolitischen Einheit betreffe, so sei das k. k. Ministerium bereit, zunächst die Ausdehnung der Zollgränzen Deutschlands bis zur Gränze der Deutschen gegen die außerdeutschen Provinzen Oesterreichs einzuleiten; diese Zollgränze würde sodann nur als eine interimistische zu betrachten, und nach einem gewissen Zeitraum des Uebergangs das Gebiet der Deutschen Handels- und Zollgesetzgebung sogar bis zu den äußern Gränzen der Oesterreichischen Monarchie auszudehnen möglich sein. Von Seiten des Reichs-Ministeriums ward hier bemerkt, daß sich allerdings eine Gestaltung Deutschlands und der Deutschen Theile oder auch des gesammten Oesterreichs zu einem Zollgebiete, als mit der Zeit möglich voraussetzen lasse. Eine andere Frage würde aber bleiben, ob die Anwendung der Grundsätze der gemeinsamen Handels-Politik alsdann auf dem Wege der staatlichen Gesetzgebung oder auf dem der völkerrechtlichen Vereinbarung, zwischen einer Deutschen oder Oesterreichischen Centralgewalt, festgesetzt werden sollte. Das Prinzip der völkerrechtlichen Vereinbarung, wie es

wol Oesterreichischer Seits hier vorausgesetzt werde, liege zwar dem Deutschen Zoll- und Handelsvereine in seiner jetzigen Gestaltung zu Grunde. Die Handels-Politik Deutschlands sei aber auf dem Punkte angelangt, wo die Gesetzgebung nothwendig einer oberststen Gewalt übertragen, und der jeweiligen Vereinbarung entzogen werden müsse; die Befriedigung dieses dringenden Bedürfnisses falle mit der bevorstehenden Umgestaltung Deutschlands aus dem Staatenbunde zum Bundesstaate zusammen. Schmerling äußerte hierauf, daß namentlich für den Fall der gemeinsamen Zoll- und Handelsgesetzgebung, wie auch für andere Gegenstände eines zwischen Deutschland und der Oesterreichischen Gesammtmonarchie gemeinsamen Interesses, seiner Regierung die Idee eines Unionsparlaments vorschwebe, welches aus beiderseitigen Volksvertretern bestehend, sich über die Frage gemeinsamer Gesetzgebung entscheidend zu äußern haben werde. Auf die Bemerkung, daß in einem solchen Unions-Parlamente die Deutschland und Oesterreich zugleich angehörigen Provinzen doppelt vertreten sein würden, erwiderte er, daß seiner Ansicht nach bei einem solchen Unions-Parlamente oder Senate die Abgeordneten der Deutschen Provinzen Oesterreichs nur der Vertretung Deutschlands zuzuzählen sein würden.

Die Besprechung wurde vom Reichsministerium zur handelspolitischen Frage zurück und auf deren äußere Seite geführt. Oesterreich schlage rücksichtlich der Konsularvertretung im Auslande vor, daß Deutschland im Westen, Oesterreich im Osten nach einer zu bestimmenden Scheidelinie die für beide gemeinschaftlichen Konsulate bestellen, und so eine vollständige Gemeinschaft in dieser Hinsicht erzielt werden solle. Die Verwirklichung dieses Vorschlags könne vom Reichsministerium nur als sehr erwünscht betrachtet werden; dieselbe hänge von der Festsetzung einer übereinstimmenden Zoll- und Handelsgesetzgebung ab, und es müsse dabei das Bestehen zweier Regierungs-Centralpunkte vorausgesetzt werden, da ein Ueberblick der beim Konsularwesen wie bei anderen praktischen Staatseinrichtungen zu beachtenden Personal- und Detail-Fragen nicht wol an einem einzigen Punkte zwischen der Nord-See und dem schwarzen Meere stattfinden könne, somit auch dieser Einrichtung eine Union zwischen Oesterreich und Deutschland, welche zwei staatliche Mittel-Punkte zulassen werde, zu Grunde liegen müsse. Die Verschmelzung Oesterreichs mit Deutschland zu einem einzigen Gesetzgebungsgebiete für Zoll- und Handels-Angelegenheiten werde

aber, wenn auch eine Union mit gemeinschaftlichem Parlamente zu Stande komme, doch schon deshalb nahezu unmöglich genannt werden müssen, weil voraussichtlich diejenigen Fragen, über welche eine Uebereinstimmung zwischen dem Deutschen und Oesterreichischen Parlamente nicht bestehe, auch durch ein Unions-Parlament einer Entscheidung nicht würde zugeführt werden. Schmerling wurde eingeladen, sich darüber zu äußern wie das Verhältniß für Abschluß und Ratifikation von handelspolitischen Verträgen, für gesandtschaftliche Vertretung, Gemeinschaft der Flagge u. s. w. gedacht werde? Alles Gegenstände, rücksichtlich deren die Deutschen Einzelstaaten der Reichsgewalt unbedingt und vollständig untergeordnet würden sein müssen. Er erwiderte über die einzelnen Punkte sei er ohne Instruktion, doch müsse er als selbstverstanden annehmen, daß die Oesterreichische Regierung die von der Deutschen Reichsgewalt abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge, ohne verlangen zu können, daß man sie ihr zur Ratifikation noch vorlege, für die Deutsch-Oesterreichischen Provinzen würde vollziehen müssen. Dies glaube er um so eher aussprechen zu dürfen, als er voraussetze, daß die k. k. Regierung bei der Reichsgewalt selbst einen Antheil oder eine entsprechende Vertretung haben werde. Uebrigens bedauere er auf diese einzelnen Fragen bestimmtere Erklärungen nicht geben zu können. Er verkenne keineswegs die großen Schwierigkeiten, welche die Anwendung einer Deutschen Verfassung, wie sie sich gegenwärtig in Frankfurt vollende, für Oesterreich haben werde; daß es auch möglicherweise zu einer Erklärung Oesterreichs kommen könne, der Eintritt in den Bundesstaat sei ihm unmöglich, und daß alsdann allerdings die Deutsche Verfassung, bei deren Beschließung über hundert Abgeordnete aus Oesterreich würden Theil genommen haben, nach deren Ausscheiden vielleicht einer nochmaligen Berathung für Deutschland ohne Oesterreich werde zu unterwerfen sein. So lange aber die *Unmöglichkeit nicht nachgewiesen sei*, und dies würde erst nach völliger Vollendung des Verfassungswerkes der Fall sein können, daß Oesterreich an derselben nicht Theil nehmen könne, so lange müsse dasselbe an seinem *heiligen Rechte* festhalten, beim Zustandekommen dieser Verfassung in einer Weise, welche die Theilnahme Oesterreichs am fertigen Werke ermögliche, mitzuwirken bis zum *letzten Momente*.

Das Reichsministerium wollte sich bei Definitionen der Begriffe von »Bundesstaat« und »Staatenbund« nicht aufhalten und

stellte nochmals die Frage: wird und kann Oesterreich, wenn die Deutsche Verfassung einen Bundesstaat konstituiren, und sonach das Heer- und Finanzwesen, die Zollgesetzgebung und die Vertretung im Auslande centralisiren, d. h. der Deutschen Centralgewalt unterordnen sollte, seine Deutschen Provinzen der Oesterreichischen Centralgewalt entziehen, und sie der Deutschen unterwerfen? Schmerling entgegnete, er könne nicht mehr auf diese Frage antworten, als daß, seiner Ueberzeugung nach, Oesterreich in einen solchen Bundesstaat allerdings nur unter der Bedingung und Voraussetzung würde eintreten können, wenn zwischen Deutschland und Oesterreich ein Unionsverhältniß mit einer obersten Unionsgewalt zu Stande komme; ohne dieses halte er einen solchen Eintritt für unmöglich. Eine weitergehende Antwort würde jetzt auch die k. k. Regierung selbst zu geben außer Stande sein. Auf Befragen, wie sich das Verhältniß gestalten würde, wenn die Verfassung Oesterreichs vor derjenigen Deutschlands vollendet würde, erwiederte er, daß dieser Fall undenkbar und zur Vollendung der ersteren noch mindestens sechs Monate und länger erforderlich sei, wie überhaupt Oesterreich mehr denn gegenwärtig irgend ein Land in Europa als im Revolutionszustande befindlich betrachtet werden müsse. Die Frage, wie es Oesterreich mit den Grundrechten halten werde, beantwortete er unbestimmt und keine übergroße Hoffnungen erweckend. Die Frage wegen Verkündigung und Vollzug der bisher erlassenen und noch zu erlassenden Reichsgesetze betreffend, gestand er, daß er bei der Eile seines kurzen Aufenthalts dieselbe mit dem k. k. Ministerium zu erläutern unterlassen habe. Auf die weiter gestellten Fragen: wird die Oesterreichische Regierung, vorausgesetzt, daß sie also nun vom Programme von Kremsier zurücktritt, auch ihr Verhältniß zur Centralgewalt praktisch anerkennen? wird sie die geforderten Matrikular-Zahlungen leisten und Truppen zum Dienste der Reichsgewalt stellen? wird sie auf diese Weise dazu beitragen, daß die Deutsche Centralgewalt aus der falschen Stellung sich herausarbeiten könne, in welche sie durch seitherige Nichtleistungen Oesterreichs versetzt worden ist? erwiderte er, daß diese Unterlassungen der eigenthümlichen Lage der k. k. Regierung inmitten eines Revolutionszustandes im eigenen Lande zuzuschreiben; daß die Zahlungen und Truppenleistungen nur aus dem Grunde nicht rechtzeitig, oder überhaupt nicht erfolgt seien, weil diese Leistungen der Oesterreichischen Regierung in mehreren Momenten ganz unmöglich gefallen sein würden. Die Rückäußerung

auf die Aufforderungen wegen des Matrikularbeitrages zu der Flotte sei offenbar nicht richtig aufgefaßt worden. Da Oesterreich eine Flotte besitze und zur Verfügung Deutschlands stellen könne, so könne man ihm nicht zumuthen, noch bevor sein Eintritt in den Bundesstaat entschieden sei, Geldbeiträge zur Begründung einer Deutschen Flotte zu leisten. Die jetzt noch rückständigen Truppenstellungen zu den Besatzungen der Reichsfestungen Ulm und Rastatt werde der k. k. Kriegsminister, wie er vor wenig Tagen ihn versichert habe, schleunigst erfolgen lassen.

Das Reichsministerium wollte nicht zugestehen, daß in der Depesche vom 28. December Modifikationen des Programms von Kremsier enthalten. Aus Schmerling's Aeußerungen ging hervor, daß dieselbe wol schon vor seiner Ankunft in Wien abgefaßt und ihm bei seiner dortigen Anwesenheit zur Kenntnißnahme gar nicht mitgetheilt war. Er schien mit ihrer Fassung nicht völlig einverstanden zu sein, und wenn er glaubte, in den Ansichten der Oesterreichischen Regierung Aenderungen bewirkt zu haben, so meinte er doch nicht, daß diese bereits in jener Depesche bereits ihren Ausdruck gefunden hätten. Das Reichsministerium fragte sodann, in wie fern das Programm desselben vom 18. December in einer den Ansichten der Oesterreichischen Regierung entgegenkommenden Weise werde modificirt werden können? Er erwiderte, daß dieses 1. durch Streichung des Satzes »Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die National-Versammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaats bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat nicht eintretend betrachtet,« und 2. durch Unterlassung des Begehrens einer gesandtschaftlichen Sendung und Führung der erforderlichen Verhandlung zwischen dem Ministerium und dem Oesterreichischen Bevollmächtigten würde geschehen können. Weiter darauf hingewiesen, daß im letzteren Falle Oesterreich einen nicht unbedeutenden Vortheil in der Verhandlung erlangen würde, und daß die Centralgewalt das wesentlichste Interesse dabei habe, doch wenigstens so gut als jede dritte ausländische Riegerung hinreichende und zuverlässige Nachricht durch einen von ihr gesandten Agenten von dem zu erhalten, was an einem so wichtigen Mittelpunkte Europäischer Interessen, wie es der Sitz der k. k. Regierung sei, zu erhalten, erklärte er, daß immerhin auch von Seiten der Reichsgewalt ein Beauftragter an die k. k. Regie-

rung abgeschickt werden möge, jedoch ohne daß dieser Sendung ein völkerrechtlicher Charakter gegeben werde. Insbesondere werde die Aufnahme eines solchen Abgesandten am Oesterreichischen Hofe alsdann nur die günstigste sein können, wenn die Deutsche Centralgewalt gleichzeitig an den Sitz einer oder der anderen Deutschen Regierung eine gleichartige Sendung veranstalte. Er sei zu einer offiziellen Aeußerung über diesen Gegenstand nicht ermächtigt, werde aber an seine Regierung im obigen Sinne berichten und Antrag stellen. Schließlich äußerte er noch die Ansicht, daß eine Lösung der Verfassungsfrage bezüglich auf Oesterreich wol dadurch wesentlich gefördert werden könne, daß die Deutsche Verfassung bis auf die Oberhauptsfrage vollendet, für letztere provisorisch Fürsorge getroffen und Oesterreich etwa sechs Monate Zeit gelassen würde, sich über Annahme oder Nichtannahme der Verfassung zu erklären.

Ich füge diesen Erläuterungen zunächst noch ein paar Bemerkungen hinzu.

Wenn Bundesländer durch Krieg oder Empörung bedrängt werden, so erfordert es schon die natürliche Pflicht, ja die Pflicht der Selbsterhaltung, daß sie einander und dadurch dem Ganzen nach Vermögen zu Hülfe kommen. Ist die Noth und Gefährde gleichzeitig an mehren oder vielen Stellen, so leistet jeder Verbündete den Andern und der Gesammtheit schon dadurch einen Dienst, daß er dieselbe in seinem eigenen Bereich überwältigt. Dem Gefährdeten und Bedrängten Hülfe bringen und wenn man es nicht kann, er aber sich selber wacker hilft, seine Unerschrockenheit und Tapferkeit, seine Kraft und Aufopferung anerkennen, ihn ermuthigen, ihm freundlich und brüderlich zureden — das ist im Bunde das Natürliche und Pflichtmäßige. Oesterreich befand sich in diesem Falle, und man half ihm nicht bloß nicht, man schalt und beschimpfte es ohne Aufhören, man nahm aus seiner Bedrängniß und Allem was es darin that oder nicht that, weil es nicht konnte, nur Stoff zu Vorwürfen und Anlässe zur Förderung eines Projektes her, wodurch es vom Bunde ausgeschlossen werden sollte. Die Preußischen Versäumnisse und Renitenzen waren der Reichspartei bekannt genug und in Wahrheit die verdrießlichsten von allen, wogegen ihr die Oesterreichischen zum Zwecke dienen mußten. Die ersteren mußten

insbesondere den Leitern, mußten namentlich dem ministeriellen Dirigenten der D.-P.-A.-Zeitung eben so genau bekannt sein, als mancherlei Zeichen von Theilnahme, welche das Oesterreichische Kabinet den Deutschen Angelegenheiten widmete. Allein die Kaiserlichen Organe suchten die Beweise der Preußischen Sprödigkeit in der Regel mit dem Mantel der Liebe zu bedecken oder schwiegen ganz davon; sie schwiegen umgekehrt mit seltenen Ausnahmen von den Theilnahmzeichen der erwähnten Art, woran es doch die Oesterreichische Regierung bei aller Bedrängniß, worin sie sich befand, nicht ganz fehlen ließ. So waren in den letzten Decembertagen Rückäußerungen aus Olmütz erfolgt auf Anfragen des Reichskriegsministeriums, Angelegenheiten der Festung Rastatt betreffend, und auf das Ansinnen des Reichsjustizministeriums, die Oesterreichische Gesetzsammlung für die zu gründende Deutsche Reichs- und Parlamentsbibliothek, so wie die Protokolle des Oesterreichischen Reichstags zu übersenden. Ebenfalls noch in denselben Tagen waren Depeschen aus Wien eingelaufen, wonach Anordnungen getroffen worden zur Förderung des Verkehrs zwischen der Elbe und Moldau. Auch auf den Moldaustrom waren die in der Additionalakte zur Elbschifffahrts-Konvention von 1844 näher bezeichneten allgemeinen Zoll-Ermäßigungen und Befreiungen und weiter diejenigen Gebührenermäßigungen ausgedehnt, welche nach dem Vorgange von Dänemark, Mecklenburg und Hannover im Laufe des Jahrs von sämmtlichen Uferstaaten für einzelne Artikel des Elbverkehrs zugestanden worden. Auch dem mit den Deutschen Handels- und Schifffahrts-Verhältnissen beschäftigten Ausschusse der National-Versammlung war Kenntniß davon unter dem Bemerken gegeben, daß man einen neuen Beweis des Bestrebens der Oesterreichischen Regierung darin erkennen möge, dem Verkehr jede mögliche Erleichterung zu gewähren. Es war doch ein Zeichen, daß das Oesterreichische Kabinet darauf dachte, die dortige und hiesige Gesetzgebung in möglichste Uebereinstimmung zu bringen, daß es sich zum Gebrauch bei den Oesterreichischen Gesetzgebungsarbeiten, sämmtliche über die Gewerbsgesetzgebung und die zunächst damit zusammenhängenden Gegenstände bei der National-Versammlung und deren Ausschüssen gepflogenen Verhandlungen und namentlich die von denselben vorbereiteten Gesetzentwürfe und Gutachten einsenden ließ u. s. f. Gagern wurde noch immer hin und hergezogen zwischen Impulsen, die von den Fürsprechern der streng-

theoretischen und preußisch-kaiserlichen Ansicht ausgingen, und Andere in seinem Innern. Wie stark oder wie heftig seine Vorliebe für das Kaiserprojekt sein oder werden mochte, blieb doch die unlautere Leidenschaftlichkeit ihm fremd, die bei manchen Andern bewirkte, daß ihre Vorliebe für dasselbe in Ungerechtigkeit oder Gehässigkeit gegen Oesterreich überging. In einer am 13. Januar gehaltenen Rede, auf welche wir zurückkommen werden, sprach er über die Möglichkeit, die Bedeutung und den Werth einer Union mit Oesterreich und machte die Versammlung bei diesem Anlaß mit einem Aktenstücke bekannt, das auf die bestrittene Möglichkeit eines Unionsverhältnisses, wie er es empfahl, einiges Licht zu werfen vermöge. Vom Handelsminister war eine verbesserte Einrichtung der Handelskonsulate eingeleitet worden. Es hatte sich namentlich auch mit der Oesterreichischen Regierung darüber benommen. Von dieser war ein Rückschreiben, datirt vom 26. December, erfolgt, in welchem sie auf das Entgegenkommendste sich ausließ *). Gagern

---

*) »Das Reichsministerium hat, wie Ew. Wohlgeboren bekannt ist, von uns Aufschlüsse verlangt über die Regulirung unseres Konsulatwesens, und es ist diesem Begehren, wie wir vernehmen, die Idee zum Grunde gelegen, durch eine thunlichste Verschmelzung der Konsulate des Deutschen Reichskörpers mit jenen des Oesterreichischen Kaiserstaates einen neuen Beitrag zur engeren Knüpfung und äußeren Darstellung des Bandes Deutscher Einigkeit zu liefern, und zugleich die bestmöglichste Führung des im beiderseitigen Interesse liegenden Geschäftes, durch ein gut berechnetes Zusammenwirken zu gewährleisten.

»Jede Gelegenheit mit Freuden ergreifend, in der es uns gegönnt sein kann, die angestrebte und in der Natur der Dinge liegende Gemeinsamkeit, so viel von uns abhängt, zu bethätigen, haben wir die in Anregung gebrachte Frage in die ernsteste Erörterung gezogen, und Folgendes wären vorläufig die Grundzüge, nach denen die vorgeschlagene Maßregel, nach unserer Ansicht, würde in das Leben gerufen werden können.

»Vor Allem, von dem Gesichtspunkte der geographischen Lage Oesterreichs ausgehend, stellt sich dessen natürlicher Beruf der Vermittelung Deutscher Kultur und Deutscher Interessen klar vor Augen. Seine vielverzweigten und tiefwurzelnden Verkehrs-Beziehungen mit den östlichen und südlichen Nachbarländern und den Küsten des schwarzen und des mittelländischen Meeres; ferner die vorgeschrittene Ausbildung, welche auf diesen Grundlagen das Oesterreichische Konsulatwesen in jenen Gegenden bereits erreicht hat und in welcher der weitere rüstige Fortschritt ein unabweisliches Bedürfniß ist, leiten auf den Gedanken der Zweckmäßigkeit, den Oesterreichischen Konsularämtern in diesem gesammten Be-

fühlte sich bewogen, der Vorlesung die Frage anzureihen, ob es nicht dringendste Pflicht sei (ja freilich!) solche Bande so schnell als möglich zu knüpfen und zu vervielfältigen. Man könne an dem Erfolge bei so einsichtsvollen Erwägungen nicht zweifeln, bei solcher Sprache und wohlwollender Stimmung (und bei solchem Benehmen der National-Versammlung gegen Oesterreich, muß man hinzusetzen) wie sie aus dem Schreiben der Oesterreichischen Regierung hervorleuchte. Seine Partei hatte für dies und dergleichen keinen Sinn *).

---

reiche, und darunter namentlich auch den Agentien in Jassy und Bukarest, den Konsulaten in Belgrad und Gallatz und unseren sämmtlichen Organen längs der Donau, nebst ihren Oesterreichischen Konsulargeschäften, auch die gesammte Vertretung und Besorgung der Deutschen Reichs-Konsularangelegenheiten in der Art zuzuweisen, daß dadurch die Reichsgewalt der Aufstellung und Bestreitung eigener Organe zu diesem Behufe ganz enthoben wäre.

»Dem Anerbieten Oesterreichs zu einer solchen Uebertragung der Reichs-Konsulargeschäfte an seine mit finanziellen Opfern unterhaltenen Konsularorgane in dem besagten Bereiche würde als Bedingniß die Erwartung zur Seite stehen, daß die Reichsgewalt dagegen in den übrigen außereuropäischen Ländern, vollkommen entsprechende Reichs-Konsulate zu bestellen und denselben in gleicher Weise die Besorgung der dortigen Oesterreichischen Konsulargeschäfte aufzutragen hätte, wodurch die Oesterreichische Regierung sich der Fürsorge für die Aufstellung eigener Organe in diesen Gegenden entledigt fände« 2c. — Die Depesche ging sodann auf die Einrichtung des Konsulatwesens ein, und schloß sodann: »Oesterreich würde seinerseits die Aussicht gewinnen, seine wachsenden kommerziellen Interessen in dem den Reichs-Konsulaten zu überlassenden Bereiche durch befreundete Organe sofort vertreten und gefördert zu wissen. Gemeinsam wäre die gegenseitige Verschwisterung der Verkehrsbeziehungen Oesterreichs und Deutschlands, zu welcher die proponirte gemeinsame Konsularvertretung — wenn sie wohlorganisirt wird, — wesentlich beitragen kann. Die Stellung des Oesterreichischen und des Deutschen Handels und der beiderseitigen Schifffahrt dürfte, gegenüber der ganzen Welt, dadurch gehoben werden können, daß die beiden, so reiche Hülfsquellen in sich schließenden Staatskörper, sich offenkundig zu gegenseitiger Beschützung und Vertretung ihrer bezüglichen Interessen verbänden. Der Natur der Verhältnisse entsprechend, würde Oesterreich gegen Osten und Süden als Verfechter des Deutschen Handels, Deutschland gegen Westen als freundlicher Beschützer des Oesterreichischen Verkehrs auftreten; Beides mit mehr Nachdruck und Wirkung, als den beiden isolirten Mächten für sich erreichbar sein würde.«

*) Im Uebrigen meinte Gagern auch, man könne nicht behaupten, daß die

Wie viel oder wenig nun diese und ähnliche Theilnahmzeichen, wovon weiterhin die Rede sein wird, zu bedeuten haben mochten, sie unterhielten und waren geeignet die Hoffnungen auf Oesterreich aufrecht zu erhalten. Indeß gehörte es zu den beliebten Kampf- und Operationsmitteln der Kaiserpartei davon wie gesagt zu schweigen, während sie posaunte, wenn von Berlin her eins kund wurde, es mochte so unbedeutend, unverläßlich und zweideutig sein als es wollte, wogegen sie wiederum in ihren Organen nicht aufhörte, oft genug unter den gröbsten Entstellungen, zur Erbauung des getäuschten und zur Täuschung des noch nicht irre geführten Publikums auf Oesterreich einen Erdkloß nach dem andern zu werfen. So erging auch in der ministeriellen Zeitung eine Rüge über die andre wegen des Verhaltens der Oesterreichischen Regierung in der Dänischen, der Deutschen-Flotte-Angelegenheit u. s. f. Was jene betrifft, so kommen wir an einer andern Stelle darauf, in Betreff dieser mag hier Nachstehendes bemerkt werden. Die Oesterreichische Regierung hatte am 4. December wegen des von ihr geforderten Matrikular-Beitrags für die Deutsche Flotte eine ablehnende Erklärung in dem Sinne abgegeben, der sich in Schmerlings Erläuterungen angedeutet findet. Das Reichsministerium beruhigte sich dabei nicht, sondern bestand auf der angesonnenen Zahlung. Am 22. Februar erfolgte eine weitere Erklärung des Oesterreichischen Kabinets: dasselbe könne seine Ansichten und Beschlüsse in der Sache unter den dermaligen politischen Konjunkturen nicht ändern; die ausgeschriebenen Matrikularbeiträge seien bestimmt, die Anfänge einer Deutschen Flotte in den nördlichen Häfen Deutschlands herbeizuschaffen, wobei aber unberücksichtigt gelassen werde, daß ein Deutscher Staat, Oesterreich, im Süden ein Meeresgebiet habe und daher mit demselben Rechte ansprechen dürfe, daß auch in diesem eine Deutsche Flotte gebildet werde, welches die nördlichen Staaten dafür geltend machten, daß eine solche Flotte in der Ost- und

---

selbstständige Gestaltung der beiden großen Staatenkomplexe neben einander eben in der Union nothwendig zu einer feindseligen Stellung derselben gegen einander führen müsse. Allein ein Anderes war es doch und die Union war schwerlich denkbar, wenn man Oesterreich gegen seinen Willen ausschloß, wie dies durch die, Oesterreich klärlich mißliebige Verfassung mit dem Preußischen Erbkaiser gerade auch von Gagern beabsichtigt wurde.

Nordsee erscheine; für jene Deutsche Flotte werde alsdann Oesterreich seinen vollen Beitrag in Schiffen und Schiffsmaterialien geben, was viel günstiger als eine Geldleistung, mit welcher Schiffe erst ausgerüstet werden sollten; von einer Verletzung der Bundespflicht könne nicht die Rede sein, wenn Oesterreich seinen Beitrag dadurch zu geben bereit sei, daß es seiner Zeit seine Schiffe für den Reichsdienst verwenden wolle; wenn das Bundesverhältniß für alle Deutsche Staaten erst geordnet, so werde Oesterreich mit seinem Kontingente des Landheers wie der Flotte für Deutschland zu fechten wissen und sich damit unter die verfassungsmäßige Centralgewalt stellen. Schmerling bemühete sich diese Weigerungsgründe geltend zu machen, und ließ es dabei auch an der ganz richtigen Bemerkung nicht fehlen, daß der Augenblick wo man so ernstlich und eifrig trachte Oesterreich hinauszudrängen, schlecht genug gewählt sei, um von letzterem eine Leistung zu verlangen, zu welcher die Verpflichtung selbst bei dem festesten Bestande eines innigen Bundesverhältnisses jedenfalls sehr zweifelhaft sein würde. Er erinnerte wiederholt an die unsäglich schwierige Lage Oesterreichs, daß es trotz derselben keine Deutsche Hülfe in Anspruch nehme, die Südgrenze des Bundes mit eigenen Kräften schütze, die Anarchie niederwerfe *), während andre Deutsche Länder durch die Unordnungen, die sie zu bewältigen außer Stande, große Anstrengungen und Kosten verursachten, welche Oesterreich mitzutragen bereit sei, sobald es dies irgend vermöge. Er führte zu Gemüth, wie wenig Bundesfreundlichkeit doch darin zu finden, daß man theils Unberechtigtes, allerwenigstens als berechtigt noch nicht Ausgemachtes, theils Unmögliches von Oesterreich fordre und dann seine motivirten Nichtleistungen, seine Verlegenheiten benutze, ihm Feindschaft zu erregen und es mit maßlosen Schmähungen zu überhäufen. Es war Alles vergeblich. Oesterreich wurde wegen seines Nichtzahlens zur Flotte in der National-Versammlung, in der Presse und allerorten denunciirt und verurtheilt. Ich will die Frage über die Stichhaltigkeit seiner Weigerungsgründe nicht erörtern; allein schweres Unrecht wurde da-

*) Darin war Oesterreich mit dem meisten moralischen Muthe vorangegangen und darüber schrieen nun wieder die Deutschen Radikalen und die gebührende Anerkennung, welche die Konservativen schuldig gewesen wären, blieb aus. Es war ihnen schon recht, wenn nur gegen Oesterreich von allen Seiten geschrieen wurde.

durch begangen, daß bei der Anklage und Verurtheilung der Sachverhalt fälschlich dargestellt wurde, daß man dabei die vorgebrachten Weigerungsgründe verschwieg oder doch nur beiläufig und unvollständig erwähnte. Sodann aber erscheint der Lärm und der tugendhafte Zorn darüber, daß Oesterreich nicht zur Deutschen Flotte zahle, als überaus ungerecht, bombastisch und fast komisch der Thatsache gegenüber, daß man die Errichtung einer Flotte laut und mit den größesten Worten als Nationalsache proklamirte, daß mit großem Geräusch überall Sammlungen angestellt, eingegangene Beiträge fast in jeder Sitzung der National-Versammlung feierlich angekündigt wurden, daß aber die Lärmer und Ankläger Oesterreichs von der beschämenden Hohlheit des Flotten-Enthusiasmus, von der nationalen Unkraft im Opferbringen, mit einem Worte von der Verschuldung schwiegen, welche darin sich zeigte, daß die freiwilligen Beiträge der Nation (der Nation von 45 Millionen! und was eine solche Nation will u. s. w.) 200,000 Gulden nicht weit überstiegen haben. Es kommt doch endlich Einer aus der Preußischen Partei, Duncker, einmal darauf (S. 32) während er freilich gleich den Andern mit einem Memento anführt, wie Oesterreich gar nichts gegeben, ohne des besondern Verhältnisses, der Weigerungsgründe Erwähnung zu thun. Hätte man sich die Wahrheit gestehen wollen, so würde man gefunden haben, daß es mit den Leistungen an die Centralgewalt und dem Vollzuge der Beschlüsse der National-Versammlung auch in Preußen und den Mittelstaaten mißlich stand und daß daran theils ein behinderter, nicht immer ein unpatriotischer Wille, theils die Lage Schuld war, in welche die National-Versammlung selbst — man kann es nicht oft genug wiederholen — seit ihren Beschlüssen vom 28. Juni die Dinge gebracht hatte; man würde gefunden haben, daß der zur Schau getragene Sinn für Einheit und Unterwerfung unter die National-Versammlung und Centralgewalt bei einer nur zu großen Anzahl auch der Individuen allüberall genau nur so lange Probe hielt, als die Deutsche Einheit und der Wille der National-Versammlung und Centralgewalt mit ihren Wünschen, Forderungen, Interessen übereinstimmten. Ebenso brachte man vom Anfange bis zum Ende bei dem unablässigen Schelten auf Oesterreich wenn überhaupt, doch viel zu wenig in Anschlag, daß es bei Festsetzung der künftigen Verfassung, und nun gar bei Entscheidung einer so weit greifenden Frage, wie es die über Trennung oder Nichttrennung von Oester-

reich war, vornämlich auf das Bleibende ankam und nicht auf das Zufällige, die augenblickliche Lage oder Ansicht, oder gar die vorhinnigen Sünden Oesterreichs und insbesondre seines exilirten Metternich, die bei nicht Wenigen der Hauptgrund waren, weshalb sie Oesterreichs Ausscheidung forderten *).

---

*) Wir verdienten uns wenig Dank damit oder wurden auch noch mitgescholten als österreichischgesinnte Feinde Deutschlands, wenn wir wiederholt in den Flugblättern das Wort nahmen wider die unablässigen Hetzereien gegen Oesterreich, welche besonders von der Kaiserpartei ausgingen. Was war es denn aber für eine Feindschaft gegen die Deutsche Einheit, die Deutsche Sache, wenn wir z. B. am 6. Januar u. a. sagten und leidigen Anlaß hatten zu sagen: »Anderweite Anfeindungen Oesterreich's müssen wir jetzt, wo es auf alle Fälle um gutes Vernehmen zu thun ist, sehr beklagen, so z. B. den Artikel in der Beilage zu № 3 der Ober-Post-Amts-Zeitung, in welchem Oesterreich aus der Verweigerung der Flottenbeiträge ein schwerer Vorwurf gemacht wird. Ist es denn ununbillig, daß Oesterreich sein Material in Anrechnung bringen will? Sollen wir seine Erklärung, die Oesterreichische Kriegsmarine schütze auch den Deutschen Handel, etwa mit spöttischem Unglauben aufnehmen? Das wäre ein schlechter Anfang des innigen Freundschaftsbündnisses, mit dem man uns über das Ausscheiden Oesterreichs trösten will. Die Ober-Post-Amts-Zeitung insinuirt sogar: Oesterreich sage nicht, daß es sein Material der Deutschen Sache zur Verfügung stelle, denn sonst könne es ja dem Reichsministerium einfallen, ein paar Oesterreichische Korvetten in die Ostsee gegen die Dänen zu kommandiren. Diese Insinuation ist wahrhaft betrübend. Was berechtigt uns denn, an dem guten Willen Oesterreich's zu zweifeln? Dienen nicht seine Truppen bis diesen Augenblick der Deutschen Sache so treu und willig, als man es nur wünschen kann? Das ist also unser Deutscher Einheitssinn! Wir beginnen, Oesterreich, den Deutschen, durch Verträge an uns gebundenen Staat anzufeinden, weil es nicht denselben, gewiß sehr zweifelhaften und mißlichen Weg zur Deutschen Einheit gehen will, in welchem wir uns einmal gefallen. Wir müßten dabei, um uns über Säumigkeit in Bundespflichten so bitter beklagen zu können, in der Sache selbst Recht haben, und das haben wir nicht. Die National-Versammlung konnte selbst von ihrem Standpunkte aus, doch nur den Artikel der Verfassung, der Einheit des Seewesens feststellt, beschließen. Die Einführung war dann einer Executivbehörde zu überlassen, die den Plan zu entwerfen und den Betrag der Geldmittel festzustellen hatte. Diese Mittel waren durch Matrikelbeiträge, also immer von den Staaten, herbeizuschaffen, und mit den Staaten hatte man sich darüber zu einigen. Das Dekretiren von Matrikularumlagen durch die National-Versammlung ist nun und nimmermehr in der Ordnung. Alles Gerede von Volkssouveränität und Revolution wird nicht

Ueber die Kundmachung der Reichsgesetze stellte der Reichsjustizminister in dieser Zeit besondere Anträge. Schmerling war mit seiner Ansicht darüber sehr bald auf dem Reinen und suchte sie in Frankfurt und in Olmütz geltend zu machen. Sie war die folgende.

Die Oesterreichische Regierung habe bereits am 17. April 1848 ausgesprochen, daß sie sich die Zustimmung zu den Beschlüssen der National-Versammlung vorbehalte und das Ministerialreskript vom 28. December habe wiederholt, das Oesterreich das Deutsche Verfassungswerk nur im Wege der Verständigung in Wirksamkeit treten lassen könne. Wenn somit die Zustimmung oder Verständigung für Beschlüsse der Deutschen National-Versammlung und für die Verfassung selbst vorbehalten sei, so müsse das bei Reichsgesetzen um so mehr der Fall sein, als manche von ihnen die Konstituirung Deutschlands gar nicht oder nur sehr entfernt berührten. Ohne in den Umfang der gesetzlichen Gewalt der National-Versammlung und ihres beanspruchten Rechtes, die Verfassung allein festzustellen, einzugehen, müsse doch anerkannt werden, daß Oesterreich sich das Recht der Zustimmung zu allen Beschlüssen derselben vorzubehalten habe, weil dies vorerst jeder wahrhaft selbstständige Staat thue und thun müsse, weil Oesterreich in die Grundsätze des konstitutionellen Staatslebens eingetreten, und weil sein Gebiet theilweis ein nichtdeutsches sei, das bei seiner staatlichen Verbindung mit dem Deutschen von allen Aenderungen wesentlich berührt werde, welche die Deutschen Gebietstheile in ihrer Verfassung oder Gesetzgebung

---

ausreichen, eine Vertretung der Finanzinteressen der Staaten durch die Mitglieder der Versammlung zu rechtfertigen und den Verwirrungen abzuhelfen, die aus einem solchen Verfahren entstehen müssen. Es ist zu loben, wenn die Staaten meistentheils über diese Unregelmäßigkeit hinwegsehen, um dem Zwecke nicht zu schaden, wenn aber Oesterreich nicht darüber hinwegsehen will, so kann man nicht sagen, daß es im Unrechte sei. Auf die Dauer und in allen Fällen könnten auch die übrigen Staaten nicht darüber hinwegsehen. Man hat ferner die Nichtachtung des Beschlusses der Bational-Versammlung über das Geldausfuhrverbot gerügt. War aber die National-Versammlung zu einer so reinen Regierungsmaßregel irgend kompetent? Lasse doch jetzt Jeder dergleichen, meistens ungerechte Anfeindungen weg: sie führen weiter als sie sollen. Wer auch Oesterreich vom Deutschen Bundesstaate ausgeschlossen wissen will, muß doch auf eine aufrichtig freundliche Alliance mit Oesterreich Werth legen, und hierzu sind dergleichen Anfeindungen keine gute Einleitung« u. s. f.

erführen. Die Vertretung der außerdeutschen Länder sei durch die kaiserliche Regierung auszuüben. Diese Grundsätze könnten gegenüber der provisorischen Centralgewalt und der National-Versammlung nicht aufgegeben werden, wenn auch die Oesterreichische Regierung bedacht sein sollte, die vorbehaltene Zustimmung, falls nicht dringende Gründe es unthunlich machten, nicht zu versagen und die Reichsgesetze zu publiciren, wobei füglich die in Preußen eingeführte Weise gewählt werden könne, wo die Reichsgesetze im Namen des Königs publicirt würden. Wenn erst eine Verfassung bestehe, könne der Vorbehalt der Zustimmung immerhin aufgegeben werden, weil dann jeder Staat im Staatenhause vertreten sei und jedes Gesetz der Sanktion des Reichsoberhaupts bedürfe, während jetzt die Staaten gar nicht repräsentirt seien und dem Reichsverweser kein Veto zustehe. Die kaiserliche Regierung möge und werde sich daher bestimmt finden, über die angesonnene Verpflichtung zur Publikation der Reichsgesetze dem Princip nach sich ablehnend zu äußern, wogegen es sehr wünschenswerth wäre, wenn in jedem einzelnen Falle die vorbehaltene Zustimmung ertheilt und danach das Gesetz publicirt würde. Die meisten dürften unverfänglich sein, andere wünschenswerth und gedeihlich, z. B. die Wechselordnung. Die Oesterreichische Regierung war ganz derselben Ansicht und verfuhr ihr gemäß, wie wir noch sehen werden.

Schmerling konnte sehr wol zugleich, d. h. zum Theil Recht und Unrecht haben, wenn er glaubte, daß das Oesterreichische Kabinet zu Aenderungen seiner Deutschen Politik durch ihn bestimmt sei. Seine Meinung ging dahin nicht, als sei dasselbe im November gewillt gewesen, das übrige Deutschland sich fortan gänzlich selbst zu überlassen und allem Einfluß auf dasselbe, aller Theilnahme an der Deutschen Verfassung zu entsagen. Wenn dies seine Meinung gewesen wäre, so hätte sicher ein großer Irrthum darin gelegen, eben so wie manche seiner Landsleute gewiß ganz irrig glaubten, wenn ein specifisch-österreichisch Gesinnter statt des deutschgesinnten Schmerling nach Wien gegangen wäre, so dürfte das Oesterreichische Kabinet ohne Umstände das Ausscheiden Oesterreichs erklärt haben. Ich habe (I, S. 373) gesagt, daß man im Oesterreichischen Kabinet beim Erlaß des Kremsierer Programms einen bestimmten Gedanken über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland nicht gehabt habe, damit aber nicht sagen wollen, man habe dort überhaupt nicht gewußt, was man in Beziehung auf Deutsch-

land gewollt. Jede Voraussetzung schwankender und haltloser Ansichten im Oesterreichischen Kabinet wird schon durch den präcisen Ton sowol des Kremsierer Programms als der Depesche vom 28. December ausgeschlossen, und der logische Zusammenhang zwischen dieser und zwischen jenem fehlt durchaus nicht. Man hat sich doch trotz Unglauben und Abgeneigtheit überzeugen müssen, daß das Oesterreichische Kabinet von Anfang einen sehr positiven Gedanken über sein gesammtes Regierungssystem hatte. Wenn ihm derselbe, was das Verhältniß zu Deutschland betrifft, nach einem etwas später gewählten vielbespöttelten Ausdrucke, dessen sich auch Schmerling in seinen Erläuterungen bediente, Anfangs nur erst »vorschwebte,« wenn er ein unbestimmter, d. h. noch nicht präcisirter war, so hatte er doch einen sehr bestimmten Inhalt mit den deutlichsten Grundzügen, so war er doch ein mit Umsicht und Sicherheit gegriffener, wurde folgerichtig und kräftig festgehalten und zu immer deutlicherer Gestalt genau in dem Maß gebracht, als die in Betracht kommenden Verhältnisse für ihn heranwuchsen und sich abklärten, wogegen andere als klar und positiv unsäglich gerühmte, in der That auch völlig präcisirte, nur aber die wirklichen Dinge nicht oder viel zu wenig berücksichtigende Gedanken ähnlicher Art in Dunst zerronnen sind oder nur zu Verwirrung und zu etwas ganz Anderem als dem Beabsichtigten geführt haben. So schwebte in Oesterreich eine Zoll- und Handelseinigung bloß vor; doch während behauptet wurde, das dortige Kabinet meine es nicht ernstlich damit und wolle nur hinhalten und vertrösten und die Sache sei unmöglich, hat es bestimmte ausführbare Vorschläge mit der That vorbereitet. Auch bei seinem ihm vorschwebenden Gedanken über die künftige Deutsche Verfassung war dies der Fall, in alle Wege weit mehr der Fall, als man zu dieser Zeit glaubte. In den Thatsachen liegt kein Grund, zu bezweifeln, daß seine angeführten Aeußerungen in jener Depesche vom 6. December ebenso aus einer aufrichtigen Meinung hervorgegangen waren als sie auf einer klaren Anschauung beruheten; und desto mehr Grund liegt in den Thatsachen, zu wünschen, daß man seine Intentionen mit weniger Mißtrauen und mehr Unbefangenheit gewürdigt und besser beachtet haben möchte. Gleichfalls hat es sich thatsächlich erwiesen, daß die Oesterreichische Regierung, als sie von einer Verjüngung des Kaiserstaats sprach, sehr wohl wußte, was sie wollte und daß es ihr Ernst damit war. Sie hat ein großes durchgreifendes Reformsy-

stem beharrlich vorangeführt, während von Woche zu Woche angekündigt wurde, daß jetzt und jetzt der Rückfall in das Metternich'sche System, die Wiederkehr des Absolutismus in Oesterreich bevorstehe. Daran ist gewiß nicht von fern zu denken, daß man in Olmütz und Wien eine Trennung Oesterreichs aus Deutschland jemals ernstlich in Aussicht genommen hätte. So etwas liegt der konstanten Richtung wie dem Interesse Oesterreichs viel zu sehr entgegen. Wir werden noch die bestimmtesten Beweise erhalten, daß es eben auch jetzt keineswegs der Fall war. Als Schmerling am 11. Januar in der National-Versammlung sich ähnlich wie im Reichsministerium ausgesprochen hatte — seine Aeußerungen werden unten angeführt werden — stellte Fürst Schwarzenberg in einer Depesche an ihn geradezu und ausdrücklich in Abrede, daß in seiner Note irgend eine Abänderung seiner Ansichten über Oesterreichs Verhältniß zu Deutschland gefunden werden könne oder dürfe, und in der That, wenn er nur mißverstanden sein wollte, und wie auch ich glaube, nur mißverstanden war, so konnte er nicht zugeben, daß er seine Erklärungen modificirt habe. Wenn Schmerling dies annahm und sich demgemäß äußerte, so blieb er nur bei der Ansicht stehen, die er sich nach dem Bekanntwerden des Kremsierer Programms gebildet, und nach welcher er den am 15. December in das Kasino gebrachten Antrag mit Gagern vereinbart hatte. Ergab sich nun hierbei jene Differenz zwischen seinen und Fürst Schwarzenberg's Ansichten, von welcher die Rede gewesen ist, so fand auch anderweit ein völliger Einklang derselben wenigstens für jetzt und die nächste Zukunft noch immer nicht statt. Mochte übrigens der Fürst seine Kremsierer Erklärungen in der Note vom 28. December modificirt oder von Anfang so verstanden haben, wie er sie nach dieser Note verstanden haben wollte: mit dem Einen wie mit dem Andern konnte recht wohl bestehen, daß Schmerling's Aufklärungen über den Stand der Dinge in Frankfurt, seine Vorstellungen in Betreff der Nothwendigkeit einer innigen und baldmöglichst herzustellenden Verbindung Oesterreichs und Deutschlands, der Nothwendigkeit des Entgegenkommens von jener Seite ihre Wirkung nicht verfehlt hatten. In Frankfurt wurde dies ziemlich allgemein geglaubt, und die Preußische Partei nahm davon ihre Anschuldigungen gegen ihn her. Als er ging und zurückkehrte, sagte und schrieb sie, er gehe und sei gegangen, um die Deutsche

Einheit zu verderben, um die Oesterreichische Regierung zu vermögen, das Verfassungswerk zu stören, zu vereiteln u. s. f. Oder sie sagte und schrieb (z. B. № 5 der O.-P.-A.-Zeitung von 1849), er habe die Frankfurter Schwäche in Olmütz enthüllt, was selbst ziemlich schwach war. Als wenn es dazu Schmerling's bedurft, als wenn Frankfurt das Geheimniß derselben so sorgfältig gehütet oder zu hüten gehabt und eine Art von Verrath dazu gehört hätte, sie aufzudecken! Wenn man schwach war gegen Oesterreich, so hätte man sich entweder Stärke verschaffen oder wenn man das nicht konnte, die Rechnung nicht so machen und das Verfahren nicht so einrichten sollten, als wäre man stark und nicht schwach. Es verhielt sich aber nach dem Obigen mit Schmerling's Intentionen gerade umgekehrt. Er hatte viel eher die relative Stärke Frankfurts enthüllen wollen. Etwas geschickter sagte die Centrenkorrespondenz (№ 24) er habe in Oesterreich die »sehr einleuchtende Politik gepredigt, daß Oesterreich jetzt, wo man in Frankfurt mehr Deutsch als Oesterreichisch denke, eine kleine Schwenkung nach Deutscher Gesinnung hin machen müsse,« er suche »als Bevollmächtigter zu erreichen, wofür als Minister zu wirken der richtige Blick der Frankfurter Majorität ihn verhindert« habe. Die Preußische Partei hatte nicht Unrecht auf Schmerling bös zu sein, indem sie annahm, daß er in Olmütz ihren Plänen entgegenzuwirken gesucht habe. Unrecht hatte sie aber wenn sie ihn beschuldigte, Urheber oder Förderer der Oesterreichischen Politik zu sein, sofern diese von völliger Verwerfung des Frankfurter Verfassungsprojektes den Ausgangspunkt nahm. Seine Ansicht ging vielmehr dahin, daß das Oesterreichische Kabinet sich darauf als Grundlage der Verhandlungen über seinen Eintritt einlassen, namentlich auch das Volkshaus neben einer kräftigen Centralgewalt genehmigen sollte. Dahin hat er als Bevollmächtigter stets zu wirken gesucht. Allein die Preußische Partei machte keinen Unterschied und nannte Jeden einen Feind der Deutschen Einheit, der nicht diese nach ihren unitarischen Ideen, nicht das Preußische Kaiserthum darunter verstand. Die Gegenpartei ihrerseits setzte große obschon mehr oder minder beträchtliche Hoffnungen auf Schmerling's fernere Wirksamkeit, indem sie deren Richtung besser kannte und unbefangener würdigte, indem sie deren Kraft höher anschlug als sie sich erwiesen hat. Denn der Politik des Oesterreichischen Kabinets mißtraute auch sie in größerm oder

geringerem Maß, das will sagen, auch sie erstrebte die Einigung Deutschlands mit Oesterreich auf der Grundlage der zu Frankfurt projektirten Verfassung, und war doch sehr zweifelhaft, ob das Oesterreichische Kabinet auf die freilich minder unitarischen und unbilligen Forderungen eingehen werde, welche auch sie stellen zu müssen glaubte, damit eine dem Bedürfniß und der öffentlichen Meinung genügende Deutsche Verfassung zu Stande komme.

Eindrücke der Oesterreichischen Erklärungen.

Bis dahin, daß die neuesten Oesterreichischen Erklärungen bekannt wurden, hatten auch die Erörterungen über Gagern's Programm und Oesterreichs Stellung unausgesetzt ihren Fortgang gehabt. Die Centrenkorrespondenz äußerte sich am 22. December mit hellen Trompetenstößen folgendermaßen: »Es ist die Klarheit, die Rückhaltlosigkeit, die Parrhesie dieses Programms, welche demselben von Tage zu Tage mehr Freunde zuführt und die anfangs Erschreckten und Abgestoßenen wieder anzieht. Unsere Hoffnung ging von Anfang an dahin, daß die oppositionelle Koalition gegen Gagern's Programm in all ihrer Unklarheit und Verworrenheit vor der Vernunft und Klarheit der Sache zerrinnen werde. Diese Hoffnung beginnt bereits, sich zu erfüllen. Nicht nur, daß viele Oesterreicher sich an dem offenen Worte Gagern's ernüchtern, nicht nur, daß Venedey's Deklamation von einem großen Theil seiner eigenen Partei desavouirt wird; es ist namentlich die Fraktion Jürgens für keine antiministerielle zu halten. Das Ministerium, wenn irgend möglich, zu stützen, das ist die ausgesprochene Tendenz dieser Fraktion, die man vielleicht zu rasch für eine Gegnerin Gagern's ansah, weil sie eine Gegnerin des Austritts von Schmerling war. Diesen Austritt zu empfindlich genommen und nicht sogleich das Maß dieser Empfindlichkeit gefunden zu haben, das scheint der Fehler dieser neuen Partei gewesen zu sein. — Die Verdienste des Herrn v. Schmerling mögen diesen Fehler rechtfertigen und man wird gewiß geneigt, diese Verdienste anzuerkennen, wenn man den Nach-

folger Schmerling's zum Theil nur bemüht sieht, das von diesem Begonnene weiter zu führen. So ist namentlich ein Exposé über die Dänische Sache eine Erbschaft der Schmerling'schen Verwaltung, welche durchaus in gleichem Geiste von dem neuen Minister des Auswärtigen aufgenommen worden ist. Die Erklärungen, Dänemark gegenüber, sind die allerentschiedensten und enthalten das nachdrückliche Versprechen, die gemeinsame Regierung in Schleswig gegen Dänische Uebergriffe zu schützen.«

Mit der Fraktion Jürgens war die Verbindung im Pariser Hofe gemeint. Wir konnten uns freilich nicht unbedingt hingeben, und mußten daher vorerst eine zuwartende Stellung einnehmen. Indeß blieben wir in unserer Unklarheit und Verworrenheit in so weit stecken, daß wir uns der Ueberzeugung nicht zu entschlagen vermochten, das Schicksal Deutschlands liege in der Einigung der Deutschen Großmächte, ihrer Einigung insbesondere über eine bessere Gestaltung des Deutschen Verfassungswesens, eine andre und minder partikularistische Stellung ihrer selbst in der Deutschen Verfassung. Wir meinten, einer der wichtigsten Theile der Aufgabe der National-Versammlung bestehe darin, auf diesen Punkt hinzuwirken, und sie werde dieselbe überhaupt nicht lösen und zu Grunde gehen, wenn sie es nicht thue. Gagern's Programm lief aber darauf hinaus, Preußen und Oesterreich zu veruneinigen und aus einander zu reißen. Desungeachtet waren wir, wie schon erwähnt, entschlossen, das Ministerium zu unterstützen, so weit es uns nach unsern Grundsätzen irgend möglich sein würde, und ihm insbesondere ganz bestimmt keine faktiöse Opposition zu machen. Wir rechneten aber freilich hiebei darauf, daß uns Gagern im Verfolg seines Programms nicht zu viel zumuthen, und daß er es trotz seiner Vernunft, Klarheit u. s. w. als mehr oder minder verfehlt anerkennen und ändern werde, wenn das Oesterreichische Kabinet sein Kremsierer Programm in dem Sinne auslegen sollte, wie wir es erwarten zu müssen glaubten.

Die ministerielle Zeitung war begreiflicher Weise mit dem ministeriellen Programm sehr einverstanden. Sie entwickelte zu seiner Vertheidigung und Anempfehlung ein bedeutendes Talent der Sophistik. In der Nummer 340 suchte sie ihm z. B. den Sinn unterzuschieben, als handle es sich lediglich um eine Verständigung mit Oesterreich, deren Nothwendigkeit doch Jeder einsehen müsse, der nicht »mit dem Kopfe durch die Wand rennen wolle.« Als

wenn irgend Jemand diese Nothwendigkeit in Abrede gestellt, als wenn nicht eben Schmerling davon ausgegangen wäre als er verdrängt wurde, als wenn sich der Streit nicht vielmehr um die Gagern'sche Grundlage angeblicher Verständigung, den vorausgesetzten Nichteintritt oder aber den Ausschluß Oesterreichs gedreht, und als ob man darüber hätte unterhandeln oder daran denken können ohne mit dem Kopfe durch die Wand rennen zu wollen! Es war fast komisch, daß die ministerielle Partei in den Spalten der ministeriellen Zeitung selbst sich nachweisen lassen mußte, daß dies eben bei ihr der Fall sei. Am 21. December sah die letztere sich bemüßigt einen Artikel: »Deutschland mit Oesterreich« zu bringen in dessen Eingange es hieß: »Als die Befreiung Deutschlands, ja Europas von Napoleon's Soldatenherrschaft bei Leipzig errungen wurde, war es Oesterreich, das durch sein Herr die Entscheidung gab. Ebenso legte es das Gewicht seiner ganzen Macht in die Wagschale, als im Jahre 1840 ein Krieg mit Frankreich in Aussicht gestellt war. Damals fiel es Niemanden ein, die Ungarn, Slaven und Croaten aus dem Oesterreichischen Heere streichen zu wollen; kein Mensch würde protestirt haben, wenn Tausende derselben ihr Blut für die Erhaltung des freien Deutschen Rheins verspritzt hätten. Wenn wir uns aber gefallen lassen, diese bedeutenden Kräfte Oesterreichs für uns in Anspruch zu nehmen, so müssen wir wohl bedenken, in welche Lage wir gerathen können, wenn dieselben gegen uns verwendet würden. Es gilt jetzt die Macht, den Einfluß Deutschlands nach Außen zu stärken, nicht aber denselben zu vernichten,« u. s. f. Dann weiter: das Deutsche Volk sei groß durch seine geistige und materielle Macht. Wo es zur Seite mit störenden Elementen in Berührung komme, müsse es diese zurückweisen oder sich unterordnen. Die Lage Oesterreichs habe vorzugsweis solche Berührungen herbeigeführt. »Wenn man vom Leopoldsberg bei Wien die Thürme des ungarischen Preßburgs erblickt, wenn man einen Blick auf die Karte wirft und sieht, wie naheher Ungarns Grenze an den Deutschen Herzogthümern zieht, so drängt sich die Nothwendigkeit auf, daß Ungarn von Deutschland abhängen muß, daß so nahe am Herz der größten Deutschen Stadt keine feindliche Grenze sein darf. Grade die Anerkennung der Deutschen Macht führte jenes Gemisch der Donauvölker zum Anschluß und Zusammenhalten am Kaiserreich und da diese Erwerbungen Oesterreichs in eine Zeit fallen, wo seine Hauptmacht noch gehoben wurde durch

den Glanz der Deutschen Kaiserkrone, so hat ganz Deutschland auch heute noch ein Interesse, diese Länder mit ihren Kräften und Mitteln sich zu erhalten. Es ist dies um so mehr unsere Pflicht, als hier der merkwürdige Fall vorliegt, daß Völkerstämme der verschiedensten Art mit hingebender Anhänglichkeit an einen Deutschen Stamm sich anschlossen. Die erste und Grundbedingung des festen und einigen Verbands von Deutschland mit Oesterreich ist daher die, daß ersteres jeden Zoll des gegenwärtigen Gebiets des letzteren garantirt und umgekehrt. Der Einmarsch eines französischen Soldaten in die Lombardei muß das Signal zum Einfall eines Deutschen Heeres ins Elsaß sein. So lange Deutsche Zungen und Federn jubeln können, wenn Oesterreichs Macht Stöße in Italien erleidet *), so lange knabenhafte Politiker mit den Bestrebungen der herrschsüchtigen Adelspartei in der Lombardei, Ungarn und Galizien sympathisiren, so lange kann von einem innigen Anschluß nicht die Rede sein. Die Deutschen Elemente Oesterreichs müssen das ganze übrige Deutschland als Stützpunkt im Rücken haben und mit diesem die Aufgabe ausführen, die Geschichte der Donauländer im Sinne Deutscher Humanität zu erfüllen, damit nicht Russische Despotie oder Italische Anarchie oder Französische Frivolität dort die Barbarei verewigt, wo tausend Keime Deutscher Bildung nur der gedeihlichen Weiterentwickelung entgegenharren. Die zweite Bedingung des festen Verbandes von Deutschland und Oesterreich ist die möglichste Homogenisirung in der Gesetzgebung und zwar besonders im Handelswesen. Denken wir uns das ganze Staatengebiet als ein Handelsgebiet, mit einerlei Handelsrecht, Wechselrecht, Münze, Maß und Gewicht, so wird dies die Volksstämme mehr aneinander schließen, als alles Uebrige. Der Kaufmann in Triest muß sich für einen Pfeffersack interessiren, der in Hamburg ins Wasser fällt, und umgekehrt. Nicht Liebe für das Französische Volk, sondern der Vortheil gemeinsamer Gesetze und des großen Marktes knüpft Elsaß so fest an Frankreich. Dasselbe gleiche Band umschlingt in Nordamerika die widerstrebendsten Elemente. Nach Erfüllung dieser Grundbedingungen einer festen und dauernden Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich wird auch die gegenseitige politische Stellung sich leichter bestimmen, und zwar dann um so leichter, je mehr man an die Sache sich hält und je weniger

*) Wie sie nachmals jubelten über die Stöße, welche Oesterreichs Macht in Ungarn erlitt.

ängstlich man hinsichtlich der Form ist. Deutschland thue nicht weniger, als seither England und Rußland, ja selbst Frankreich thaten — es garantire Oesterreichs Integrität, und es wird Oesterreich haben. Nichts ist in der Politik nachtheiliger, als das Ignoriren wirklich bestehender Verhältnisse, als die Anmaßung, daraufhin durch Majoritätsbeschlüsse die Geschicke der Völker bestimmen zu wollen. Das Ignoriren der Dänischen Flotte, der Beschädigung des Ostseehandels, der Macht der Oesterreichischen Monarchie selbst im erschütterten Zustande, des Anhangs der Preußischen Krone im Volke — dieses alles sind Thatsachen, deren Verkennung Beschlüsse in Versammlungen hervorriefen, welche dem Ansehen dieser die empfindlichsten Stöße zufügten.«

Folgerichtig im Unverstande, — wie es denn doch wol unverständig war Veruneinigung mit Oesterreich herbeizuführen — und daneben mit ärgster Anmaßlichkeit und höchster Einbildung, allein politischen Blick und Verstand zu haben, folgerichtig im jedenfalls unverständigen Eifern verhielt sich die Deutsche Zeitung, in welcher mehr die eigentlichen Faiseurs des Erbkaiserplans und deren Freunde ihr Wesen trieben, die sich Gagern ganz zum Werkzeuge zu machen, das Ministerium dahin zu treiben trachteten, daß es völlig in ihre Ideen eingehe. Ihnen hatte Gagern mit seinem Programme noch lange nicht genug gethan. Wenn man (№ 336) bloß auf das Ziel der Unterhandlung sehe, so müsse man bekennen, daß Schmerling's Antrag dem günstigen Erfolge weniger präjudicirt haben würde, als das Gagern'sche Programm dies thue. Dieses räume Oesterreich viel zu viel ein. Jetzt, wo Oesterreich in Ungarn beschäftigt sei, wo Preußen sich doch für den »Bundesstaat« gewinnen lassen werde — denn man müßte sonst an aller menschlichen Größe, aller politischen Anlage verzweifeln, wenn man in Berlin abgeneigt bliebe, die Ideen der Dahlmann, Gervinus, Beseler u. s. w. zu adoptiren und deren Phantasien zu verwirklichen — jetzt sei die rechte Zeit, Oesterreich energisch abzusagen, wogegen Gagern noch immer an eine Aenderung der §§. 2 und 3, d. h. an eine zum Alten zurückführende lockere, (statt an eine in sich vollendete, nach reinster Theorie zugeschnittene) Verfassung zu denken scheine, also Ausnahmen für Oesterreich machen wolle, wogegen die Loosung sein müsse: entweder nimmt Oesterreich die §§. an, oder — und es kann nicht, also — hinaus mit ihm!

In der Nummer vom 28. December redete eine »Stimme aus Preußen« Gagern's Programme zum Theil mit viel Einsicht das Wort. Sie bemerkte sehr richtig, wer die Oesterreichische Frage lösen wolle, der müsse der Sache Deutschlands überhaupt auf den Grund kommen. »Die Oesterreichische Angelegenheit kann nicht entschieden werden nach Normen, die erst festzustellen sind, es muß durchaus das bestehende Staatsrecht ins Auge gefaßt werden.« Es sei daher das geltende Staatsrecht des Provisoriums zusammenzustellen, die Bundesakte umzuarbeiten. Allein für so etwas war in der Paulskirche wenig Sinn vorhanden und es war auch Gagern's schwache Seite, der wohl von einer Unionsakte sprach, aber nicht verstand seinen Ideen Bestimmtheit und einen deutlichen Ausdruck zu geben, auch nie, eben so wenig wie der Verfassungs-Ausschuß, den Entwurf einer solchen Akte versucht hat und eben so wie dieser von der Bundesakte selbst nur als einer Basis nichts wissen wollte. Die Gagern'sche Partei blieb unverrückt stehen auf dem revolutionären Boden der »Thatsachen,« des geschichtlichen Staatsrechtes nicht achtend und der neueren Thatsachen eben so wenig, sofern ihrem Verhalten die gewiß völlig irrige Voraussetzung zum Grunde lag, daß sie im Stande gewesen und auch noch im Stande sei, ihr Projekt sowol gegen den Radikalismus wie gegen den Legitimismus durchzusetzen. Aus diesen Gründen war es ganz gefehlt, wenn sich die Stimme aus Preußen weiter dahin vernehmen ließ: deshalb sei nun Gagern's Stunde erschienen. Wenn sie dann einging in die Ideen vom Staatenbunde mit Oesterreich und vom Bundesstaate im Staatenbunde, so geschah es im Sinne Hansemann's und nicht Gagern's und sie begriff daher des letzteren Vorschläge selbst nicht, indem sie unter Hinzufügung eines Trumpfes sagte: »Das Verständniß nicht bloß der Zukunft, sondern der Gegenwart, und, was die Quelle aller Thorheit und vielen Aergernisses ist, das Verständniß der Vergangenheit ist denen verschlossen, welche das Programm Heinrichs von Gagern nicht begreifen und nicht freudig zugreifen! Aber noch kann ich mir nicht denken, daß Deutschland so verrathen und verkauft und die erste Versammlung der Repräsentanten unserer Nation so wenig der Aufgabe des Jahrhunderts gewachsen sein sollte, um der Welt das Schauspiel unserer Unmündigkeit und Erniedrigung zu geben, welches ein Verwerfen des Programms von Gagern den Augen der civilisirten Welt darbieten würde.«

Mit je volleren Hoffnungsseegeln die ministerielle Partei, wie wir aus der Centrenkorrespondenz vom 22. sahen, unmittelbar nach ihrer Niederlage am 18. dahinseegelte und je hochmüthiger sie sich geberdete, desto empfindlicher war ihr der durch die Note vom 28. erfolgende Rückschlag. Zunächst sprach sie ungefähr so, wie sich Wurm (S. 28) nach einer Analyse der neuen Oesterreichischen Erklärung ausläßt: das Alles im Zusammenhange heiße doch nun nichts Anderes als etwa Dieses: »Es steht dahin, ob ihr überall eure Einheit zu Stande bringt. Doch wollen wirs wünschen und gern erwarten; sind doch die Oesterreichischen Abgeordneten unter euch, um nach Feuer und Licht zu sehen. Aber glaubt nicht, daß, was ihr beschließet, unserem Willen vorgreifen könne. Richtet eure Einheit so ein, daß es uns konveniren kann, einzutreten. Sonst — wird sich zutragen, nicht etwa, daß wir nicht eintreten, sondern daß aus eurer Einheit Nichts wird. Oesterreich wird seine Stelle zu behaupten wissen.« Das war auch ganz richtig. Und noch mehr. Oesterreich hatte vollkommen Recht, wenn es forderte, die Verfassung müsse so eingerichtet werden, daß sie auch nach dort passe. Ins Unrecht würde es sich erst gesetzt haben, wenn es dabei lediglich an seine Interessen und Wünsche gedacht, das Bedürfniß Deutschland nicht hätte berücksichtigen wollen. Dies wurde behauptet, war aber nicht erwiesen noch zu erweisen. Oesterreich berief sich auf die Verträge. Das Frankfurter Verfassungsprojekt sah gänzlich von den Wegen ab, auf welchen eine verfassungsmäßige Fortbildung des Deutschen Bundesstaatsrechts zulässig war und nach dem Recht hätte geschehen müssen (Art. IV. der Schlußakte); es ging offenbar viel weiter als das vertragsmäßige Recht gestattete. Oesterreich nahm für sich und alle andern Staaten das Recht der Vereinbarung in Anspruch und stützte sich dabei auf die, das Mandat der Frankfurter begrenzenden Bundesbeschlüsse wegen der Wahlen zur National-Versammlung. Sollte man sich selbst Preußen geneigt denken können, mit den Verträgen die Garantie seines Territorialbestandes oder das Vereinbarungsrecht aufzugeben? Oesterreich nahm die erste Stelle in Anspruch und geschichtlich und staatsrechtlich gebührte sie ihm. Nach dem Laut seiner neuesten Erklärung konnte man unmöglich noch zweifeln, daß es seinen auf das Recht gestützten gewiß ernstlich gemeinten Berufungen und Ansprüchen den Nachdruck seiner Macht hinzufügen werde, gegen die Frankfurter Berufungen auf die Volkssouveränität, den Anspruch der

National-Versammlung auf die endgültige oder einzig und alleinige Entscheidung. Die Gagern'sche Partei, weil sie kein Drittes kannte oder gelten lassen wollte zwischen ihrem Verfassungsprojekt und der früheren Bundesverfassung behauptete ferner, Oesterreich erkläre jetzt, daß es Deutschland nicht über die letztere hinausgehen lassen und lediglich auf eine Restauration derselben hinaus wolle. Dies wurde von unserer Seite bestritten, wogegen wir zugestanden, daß Oesterreich allerdings das Zustandekommen des Bundesstaates, wie die Ministeriellen ihn projektirten, d. h. des Bundesstaats mit dem Preußischen Erbkaiser an der Spitze, zu verhindern gedenke, eben weil es nach seinen Verhältnissen und Interessen müsse; und wir fanden das auch um Deutschlands Willen ganz in der Ordnung, weil wir uns keine Deutsche Einheit, Macht und Größe, keine Zukunft Deutschlands ohne Oesterreich denken konnten. Ueber die Frage, wiefern Oesterreich das Frankfurter Projekt demnächst genehm oder nicht genehm halten dürfte, waren die Ansichten auch auf unserer Seite sehr verschieden; allein allgemein genommen entdeckten wir von Anfang keinen andern Sinn in der Note als den, daß Oesterreich allerdings den Anspruch erhebe »auf den Grund anderer als der von der National-Versammlung angenommenen Verfassungsbestimmungen in den Deutschen Bundesstaat einzutreten.« Seitens der Kaiserlichen wurde dies gesagt in dem Ton, als werde damit die Anschuldigung oder der Beweis eines schweren unentschuldbaren Verbrechens ausgesprochen, oder in der Weise, wie wenn man die Entdeckung oder völlige Enthüllung einer Todschuld offenbart. Die Gagern'sche Partei sagte: Oesterreich muß hinaus, weil wir keine Verfassung machen können, wenn es in Deutschland bleibt. Wir sagten: wenn es nicht darin bleibt, so kann man keine Verfassung für Deutschland, ja ihr könnt überhaupt keine ohne oder gar wider Oesterreich zu Stande bringen. Es mag Recht oder Unrecht darin haben, ihr müßt uns jetzt einräumen was ihr gemäß eurer Auslegung des Kremsierer Programms bestrittet: es kann, will und wird euer Erbkaiserthum nicht zu Stande kommen lassen. Wir wollen mit euch über die Vorzüge eures Verfassungsplanes, eures Bundesstaates oder der Erbmonarchie gar nicht streiten, wir anerkennen sie großentheils. Allein die unumgängliche Vorfrage ist jetzt entschieden, die Frage nach der Ausführbarkeit eures Projekts. Es ist unmöglich, schon durch Oesterreichs Widerspruch. Verschließt eure Augen nicht vor

den Thatsachen und wollt nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen, was ihr thut, wenn ihr, auf den Wegen des Gagern'schen Programms fortschreitend, zu Beschlüssen eures Sinnes drängt. Die National-Versammlung hat nun einmal keine eigenthümliche Macht gegen Macht zu setzen. Ihr müßtet um das Projekt gegen Oesterreich zur Geltung zu bringen, entweder zu dem Mittel eines Volksaufgebots greifen, woran ihr als Partei der Mäßigung und die ihr den Fluß der Revolution habt in Stocken bringen helfen, vernünftigerweise nicht denken dürft, und es würde auch nicht einmal zum Ziele führen, was wir euch so oft gesagt und leider noch immer sagen müssen. Die Bedingung ist nicht vorhanden, ein einmüthiger Wille des Deutschen Volkes, so klar, bestimmt und rein, daß es nicht hier und da, sondern Mann für Mann Gut und Blut statt bloßer Redensarten daran setzte, andre, namentlich die freiheitlichen Forderungen zurückstellte und nicht die Gelegenheit zu Unordnungen benutzte, zu den leidigen Konspirationen mit auswärtigen Feinden. Oder ihr seid geneigt, auf Preußens Willen und Macht die Rechnung stellen. Aber auch diese Rechnung zeigt sich fort und fort so äußerst unsicher, und wenn sie nicht tröge, so hätten wir Krieg und unabsehbare Verwickelungen der schwersten Art. Die Deutsche Frage würde dann eine europäische der Art wie im 17. Jahrhundert. Die Nation ist gespalten wie damals, von allen Seiten würde das Ausland sich einmischen und die Partei und die Tendenzen, welche am gewissesten auf die Deutsche Einheit zielten, würden am wenigsten Bundesgenossen finden. Gerade wenn und weil ihr Deutschlands Einheit, Macht und Größe bezweckt, würden die Mächte euch am wenigsten Beistand leisten, denn ihre Mehrzahl hat oder glaubt ein Interesse dawider zu haben. Ihr habt Oesterreich nicht zwingen, für ein einheitliches und ganzes Deutschland den Preis: Revolution und Krieg! nicht zahlen wollen, wäre es nicht ganz widersinnig, ihn um einen so viel geringeren Werth, die Einheit eines Zweidrittel-Deutschland zahlen und solche Folgen heraufbeschwören und verantworten zu wollen, um Trotz entgegenzusetzen wo begangene Fehler anfangen sich zu rächen, um Principien und Ansprüche zu behaupten, die nur bei entsprechender aber mangelnder Macht, bei einer vorübergegangenen Lage der Dinge Bedeutung hatten, um ein Projekt nicht aufzugeben, zu dessen Ausführung die Mittel, die Aussichten fehlten, das auf Voraussetzungen gebaut war, die sich jetzt unwiderleglich als falsch erwiesen? Ihr

sagtet: wir haben jetzt im Programm von Kremsier einen klaren Ausspruch von Oesterreich; Oesterreich will ausscheiden, oder doch die Errichtung des Deutschen Bundesstaats mit dem Preußischen Erbkaiser zulassen. Aber ihr habt erst jetzt den klaren, unzweideutigen Ausspruch Oesterreichs, und der gerade entgegengesetzt lautet. Gagern's Programm ruhet wesentlich auf einer Auslegung des Kremsierer Programms, welche jetzt durch authentische Interpretation beseitigt ist, wesentlich auf zwei Voraussetzungen — der daß Oesterreich nicht eintreten, der daß es euer Projekt genehmigen werde — und jetzt haben sich beide als irrig erwiesen. Ihr müßt nothwendig eure Politik von Grund aus ändern, denn ihre Grundlagen sind dahin gefallen.

Allein die Gagern'sche Partei konnte sich dazu nicht entschließen. Sie wollte zum Höchsten an dieser beschädigten Politik flicken. Sie ließ sich auf die Kardinalfrage nach der Ausführbarkeit ihres Projekts entweder gar nicht ein oder berührte nur die Oberfläche und fuhr fort, die Vorzüge des Bundesstaats zu beweisen, die zum Theil oder überhaupt nicht bestritten wurden, und was daher wenn nicht ganz unnöthig doch ganz unfruchtbar war, und gegen Oesterreich zu peroriren, wodurch auch nichts besser wurde. In der Einbildung die Klarheit und Vernunft der Sache für sich, ganz allein für sich zu haben, verharrte sie und verlor sie sich immer weiter auf ihrem Irrwege, steifte sich nun gerade erst recht auf ihrem Sinn, wodurch es geschah, daß die Sache gerade erst recht verwickelt wurde, nachdem die so lange ersehnte und so laut geforderte deutliche Erklärung Oesterreichs eingetroffen war.

Das Bekanntwerden der letzteren brachte alle Parteien in Bewegung, die Preußische aber in die heftigste Aufregung. Sie hatte einen politischen Meisterstreich auszuführen geglaubt, indem sie die Situation nach der Verkündigung des Kremsierer Programms »rasch und staatsmännisch« erfaßt, und fühlte nun, ohne es freilich eingestehen zu wollen, daß sie sich in der Situation geirrt, zwar rasch aber gar nicht staatsmännisch gehandelt hatte und außer Stande war ihre Position zu behaupten. Wie sie Schmerling als Verräther an der »Deutschen Sache« bezeichnete, klagte sie das Oesterreichische Kabinet an, ein zweideutiges Spiel zu spielen. Sie suchte die Depesche vom 28. December darzustellen als ein Erzeugniß der wiederaufgelebten Metternich'schen Diplomatie, bestimmt Deutschland zu berücken und in sein altes Elend zurückzuwerfen, als eine Ver=

höhnung Deutschlands, wogegen sich dieses erheben, Preußen sein Heer aufbieten müsse. Sie beeiferte sich, die wirklichen oder angeblichen Widersprüche der Note und des Programms aufzudecken, um die Behauptung zu unterstützen, nach diesem habe das Oesterreichische Kabinet Trennung von Deutschland beabsichtigt, und nach jener wolle es nun wieder Verbindung mit demselben. Sie konnte nicht mehr sagen, daß man ja nicht anders könne, da Oesterreich leidiger Weise sich selbst ausschließe, und nun erregte ihren Zorn nichts mehr als die Erklärung, daß es allerdings Theil nehmen wolle. *) Bis die Note bekannt wurde, war Gagern gepriesen, wie er die Verhältnisse so klar und richtig erfaßt und durch sein Programm den einzig zum Ziel führenden Gedanken ausgesprochen habe. Jetzt hieß es nicht: Gagern ist mit einem nach zehn Tagen unhaltbar gewordnen Programm aufgetreten, sondern: Oesterreich hat das schönste Programm verdorben. Gegen Oesterreich, die Regierung, den Staat, die Abgeordneten wurde immer beleidigender gesprochen und geschrieben, als wenn die Aufgabe darin bestände, eine ewige Disunion zwischen Oesterreich und Deutschland zu errichten. Die Heftigkeit der kaiserlichen Presse gegen Oesterreich fing an alles Maß zu übersteigen. Die Wuth, womit in ihr, in den Klubs, in Privatgesprächen die politischen Fragen behandelt werden, sagte Schmerling ganz ruhig, liefert nur einen traurigen Beweis großer politischer Unreife des Deutschen Volkes, dem die Freiheit im Ueberfluß gegeben worden, und ist wenig geeignet, Achtung vor den Frankfurter Gesetzgebern und dem was sie machen einzuflößen oder Vertrauen auf den Erfolg ihrer Thätigkeit zu setzen — sie werden nichts zu Stande bringen, gar nichts. Der Meinung waren Andre auch.

Die Centrenkorrespondenz hub am 4. Januar an: »So ist es denn wahr geworden, was wir seit längerer Zeit vorausgesehen haben! Das Oesterreichische Kabinet hat den Weg der offenen Politik verlassen, den es durch das Programm von Kremsier eingeschlagen hatte, statt der Sprache der Thatsache, die in einer so drangvollen Zeit die einzig verständliche ist, wird die Metternich'sche

---

*) In seinem Schlußbericht die Oesterreichische Note vom 8. April 1849 erörternd, sagt Haym (S. 48) »diese Noten waren ja immer um so gelegener, je feindseliger und bestimmter sie gegen den einzig möglichen und einzig vernünftigen Gedanken der Herstellung eines Deutschen Staates auftraten«.

Diplomatie wieder aus der Rumpelkammer hervorgeholt, in welche sie eine Zeitlang verbannt schien.« Man hatte doch aber gerade so gehandelt als sähe man nichts voraus. Man ärgerte sich, fühlte sich beschämt und beirrt und stimmte eine Wehklage über Oesterreich an, statt wegen falscher Berechnung sich selber und der eignen Partei die Wahrheit zu sagen. Die Oesterreichische Note muthe Gagern zu, daß er seine Forderungen zurücknehme, hieß es weiter, allein »wer Heinrich von Gagern kennt, wer ihm auch nur einmal in's Auge geblickt hat, wie er die Stürme der Debatte beschwor, der wird wissen, was er von dem Entschlusse des Ministeriums zu erwarten hat. Daß es sich hier nicht um eine Ministerialfrage handelt, sieht Jedermann; wohin aber auch die Wege der Abstimmung sich wenden möge, so viel ist gewiß, daß ein gestürztes Ministerium Gagern das Schlimmste ist, was seinen Gegnern geschehen kann, die Deutschland um die Frucht seines Kampfes, um einen Bundesstaat, bringen wollen der auf seinen eigenen Füßen steht. Denn um diesen Mann, wenn er gezwungen werden sollte, seinen Rücktritt zu nehmen, werden alle die zu Grabe gehenden Hoffnungen der besten Männer des Vaterlandes von neuem sich schaaren und wer noch heute an die Möglichkeit eines Fehlschlagens des Deutschen Einheitswerkes nicht glauben mag, wird aus seinen Träumen aufwachen und eine letzte, große Anstrengung würde den Sieg erringen.« Wir hatten hierzu unsern »besten Mann« aufgespart — Deutschland hatte seine »besten Männer« nach Frankfurt geschickt — wenn die Regierungen nicht hören auf den Rath und die Vorschläge seiner »Edelsten und Weisesten! —« Es war der häufige Refrain der Phraseologie der Kaiserlichen und ihrer Organe, und natürlicher Weise wurde der Spott herausgefordert, der den »Fluch des Lächerlichen« daran heftete. Ihr bester Mann — aber wenn nun auch der, wenn er sammt den Besten, Edelsten, Weisesten der Nation nichts kann? Und diese Besten, Edelsten, Weisesten — das sind natürlich die Kaiserlichen, insbesondre die Urheber des großen Verfassungsprojekts, ganz speciell die Mitwirkenden der gelehrten Deutschen Zeitung und deren Freunde, und im rechten Centrum — da sitzen die besten Männer, die durch ihre Anstrengungen das Vaterland retten werden — wenn nur die Konfusion erst am größesten geworden die sie angerichtet. Man fühlte indeß die Albernheit nicht und bestärkte durch falsche Sachdarstellungen und durch Großsprechereien der angeführten Art Gagern in seinem schwankenden Gange.

Sein Ministerium wurde, von der äußersten Linken abgesehen, die für sich nichts vermochte, ganz und gar nicht angefochten, und nichts wurde von ihm gefordert als daß er Forderungen zurücknehme, die sich als unhaltbar erwiesen. Allein man redete sich und ihn in einen Eigensinn hinein, der so wenig als die großen Worte von den besten Männern die sich um ihn schaaren würden und von der letzten großen Anstrengung (März, April oder Mai 1849?) die Kraft zur Durchführung verlieh.

In einer ersten Unterredung mit Schmerling am Tage nach dessen Rückkunft, äußerte Gagern, daß er sein Programm theilweis werde modificiren müssen, doch wolle er, bevor er es thue, die Anträge des Ausschusses erwarten. Nach einer zweiten Unterredung ließ er dem letzteren ein Schreiben zugehen, worüber unten das Nähere. Er hatte geäußert, daß er an Oesterreichs Eintritt in den Deutschen Bundesstaat nach Allem und Allem doch nicht glaube. Er hatte darin gewiß Recht, aber Schmerling hatte auch nicht Unrecht, wenn er seinerseits, freilich nur sehr bedingt, Hoffnung dazu gemacht. Es kam eben darauf an wie man den Bundesstaat sich dachte. Die Oesterreichische Note hatte Gagern's Voraussetzungen für falsch erklärt, seine Anträge zurückgewiesen, seinen Plan verrückt, seine Zuversicht erschüttert, ihn wie einen Schüler in der Staatskunst korrigirt. Begreiflicher Weise verstimmte sie ihn in hohem Maß, er war äußerst gedrückt, in Beziehung auf das Gelingen des Verfassungswerkes überhaupt nichts weniger als hoffnungslustig, wegen der Majorität für sein Programm sehr besorgt. Vielleicht wäre es ihm das Liebste gewesen, daß man ihm zum Rücktritt Veranlassung gegeben hätte. Er sagte, wenn er die Mehrheit nicht gewinne, so werde er zurücktreten. Dies wurde nun von einem Theile seiner aufrichtigsten Freunde mißbilligt. Sein Programm ruhete in der That auf unhaltbar gewordnen Voraussetzungen, und handelte es sich doch um eine Frage der Verfassung, wovon das Gesetz vom 28. Juni die Centralgewalt ausschloß. Es war wol nur daraus zu erklären, daß die Partei ihn festhielt die ihn vorangeschoben, daß ihm selber das Preußische Kaiserthum das »allein Wahre und Nothwendige« geworden, daß er noch immer meinte, sein Alles daran setzen zu müssen, daß er glaubte, wie er häufig äußerte, wenn man nicht den s. g. Bundesstaat zu Stande bringe, so bekomme man nichts als eine Restauration des alten Bundestages, wozu er sich nicht hergeben könne. Auch er kannte

ein Drittes nicht. Gewiß hätte eine Fortbildung der früheren Bundesverfassung zu einem wirklichen Bundesstaat, in jedem Falle zu einer weit innigern Bundeseinigung der Deutschen Staaten, nicht zu tief unter ihm gelegen. In der That wäre so etwas für den allerbedeutendsten Mann eine würdige hinreichend große Aufgabe gewesen. Er war aber vom Tagsvorurtheil, dem zufolge überspannte Ideen ausgeführt werden sollten, und von der gängigen übertriebenen Abneigung gegen die Vergangenheit erfüllt; er erkannte nicht, daß der alte Bundestag mit den unter ihn gewesenen Zuständen nicht wiederkehren konnte, nachdem das Volk zum Mitsprechen gelangt, das konstitutionelle System überall eingeführt war, sofern die Nation dasselbe zu bewahren wußte — und welche Form der Verfassung konnte ihr helfen, sie schützen vor den ehevorigen unfreiheitlichen Zuständen, wenn sie es nicht vermochte? Die alte Bundesverfassung und ihre Wirkungen war zweierlei. Die letzteren vornämlich waren so traurig gewesen. Allein Untüchtigkeit des Volkes und Verderbniß des Volksgeistes hatten in gleichem Maße die Schuld davon getragen, wie Verkehrtheit oder Schlechtigkeit des Regiments und verdammte man gemeinhin nur das letztere, so war dies gerade, wie wenn ein fauler Schüler seine Unwissenheit darauf schiebt, daß er einen schlechten Lehrer gehabt habe. War ein neuer Geist im Volke, dann wäre selbst im ehevorigen Bundestage keine Gefahr gewesen; war nur der alte da, so waren Institutionen nichts nütze und sogar gefährlich, die ein sehr tüchtiges Volk voraussetzen, wenn sie gedeihen und ihren Zweck erfüllen sollen. Der Grund davon, daß Gagern zu keinerlei Reform der älteren Verfassung sich glaubte hergeben zu können, lag in seiner doktrinären Anschauung, in seinem falschen Vertrauen auf die Kräfte seiner Partei und die Durchführbarkeit seiner Verfassungsideen, im Ungenügen seiner Fähigkeit zu organisiren, aus gegebenen Stoffen etwas zu machen, in dem Mißverständniß, als ob sich aus dem abstrakten Gedanken eine wirkliche Verfassung errichten lasse. Der Grund lag darin, daß er zu viel und zu unklar von der Souveränität und Aufgabe der Nation und National-Versammlung gesprochen, die herrschende Ueberspanntheit der Ideen nicht bloß getheilt, sondern seinerseits genährt und dadurch so zu sagen die Brücke hinter sich abgebrochen hätte, die auf den Weg der Reform hinüberleitete. Es war doch am Ende gar zu oberflächlich und befangen, alles Heil und Unheil lediglich in der Verfassungsform zu erblicken, Reform und Restaura-

tion der älteren Verfassung, die Herstellung von dieser und ihre Wirksamkeit vor und nach der Märzbewegung mit deren Früchten zu vereinerleien, der früheren Verfassung und den vormärzlichen öffentlichen Zuständen jeden Vorzug, alles Licht, alles Versöhnende abzusprechen. Ihre Mängel und Schattenseiten wurden auch auf unserer Seite keineswegs übersehen. Schmerling und wir Alle hegten eine eben so starke Abneigung gegen das System des alten Bundestags und wünschten eben so lebhaft, daß die Wiederkehr desselben verhindert werde wie Gagern und dessen Partei. Bei uns und bei ihr walteten auch an diesem Punkte lediglich verschiedene Ansichten über die Mittel und Wege zum gemeinschaftlichen Ziele. Wir sagten jedoch jetzt wie zuvor vergeblich: euer zu hochfliegendes Verfassungsprojekt führt am allerwahrscheinlichsten zur Restauration, ihr habt nicht einmal Recht zum Tadel der früheren Verfassung, denn ihr wißt keine bessre zu gründen, und der früheren Regierungsverkehrtheiten und hochmüthigen Uebergriffe, denn sie kehren in anderer Form bei euch wieder. Was konnte es damals helfen, da sie noch heute eben so sprechen, nachdem sie wirklich einen Verfassungszustand herbeigeführt haben, der hinter dem früheren ungefähr so weit zurücksteht wie das Faustrecht hinter einer mangelhaften Rechtsordnung, man möchte sagen wie das Chaos hinter der ob auch erst beginnenden Schöpfung.

Es ist ein durchgehender Zug und er bedeutet so viel als eine große Schwäche der Gagern'schen Partei, daß sie, um ihr Ziel zu erreichen, den erbärmlichsten und gefährlichsten Volks- und Tagsvorurtheilen fröhnte. In ihrer Nummer vom 6. Januar erging sich die Centrenkorrespondenz in den täglichen Wehklagen und Anklagen, die Politik des Oesterreichischen Kabinets und Schmerling's muthmaßliche Beziehungen dazu betreffend. Sie erkannte, daß Gagern sein Programm doch werde modificiren müssen. Sie glaubte, daß bessere Erkenntniß der ruchlosen Oesterreichischen Politik und Erzürnung darüber demselben neue Freunde zuführen, dem Gedanken weitere Bahn brechen werde, den Bundesstaat mit dem Erbkaiser und schlechterdings nicht ohne ihn, wol aber ohne Oesterreich zum Abschluß zu bringen. Und nun behandelte sie jede andre Form, z. B. die Trias, wovon damals noch viel die Rede war, als »modernisirten Bundestag,« als »Diplomatengeschenk,« nur geeignet zu einer neuen Umwälzung zu führen, denn den »Patrioten« würde nicht die Erhaltung, sondern nur die Zer-

störung solcher Zustände »am Herzen liegen« können. Als wenn im Volke des Vorurtheils gegen die frühere Verfassung, der Maßlosigkeit in den Wünschen und Forderungen, des schwachen und schlechten Geistes der früheren nur verneinenden und zerstörungsfähigen Opposition nicht ohnehin noch übergenug gewesen wäre. Es gehörte aber recht eigentlich und immer mehr und mehr zu den »beliebten Kampfmitteln« der Partei, die von ihr erstrebte Form der Verfassung und insbesondere der Oberleitung nicht bloß als die beste, sondern als die nothwendige, einzig heilsame und statthafte hinzustellen, jede andre herunterzuziehen, im Kothe zu schleifen, dem Volke zu verdächtigen und zuwiderzumachen, wobei sie die Unreife in der Politik, zu glauben, daß Alles, was der Ungenügsamkeit oder der Phantasie gefällt, z. B. ein Kaiserthum, gemacht werden könne, wenn nur in der National-Versammlung Beschlüsse gefaßt, in den Klubs geredet und Adressen votirt, in den Gassen schwarz-roth-goldene Fahnen geschwenkt würden u. s. w., wobei sie den blinden Haß gegen die Vergangenheit, das übertriebene krankhafte Mißtrauen weidlich ausbeutete und neu bestärkte und aufstachelte, das noch immer neben begründetem Widerwillen und Verdacht in einem nicht geringen Maße vorhanden war. Die ganze kaiserliche Presse machte tagtäglich Chorus in diesem verkehrten Bestreben, und stimmte dann selbst ein Mann wie Gagern, dem so Viele mit blindem Eifer wie einer untrüglichen Autorität folgten, in die bannalen Redensarten ein, so konnte es nicht fehlen, daß sie doppelt wirksam wurden. In der ersten Zeit der National-Versammlung hatten sich die Konservativen theils skandalisirt, theils hatten sie darüber gelacht, daß die Linke unaufhörlich und maßlos wider die »Leiche« des alten Bundestags deklamirte. Jetzt, da sie ihren Erbkaiser gefährdet sahen, übernahmen die Kaiserlichen die Rolle der Leichenaufwühler und machten die Sache zwar weniger grob aber nicht besser. Mit einem Worte, je mehr die Nothwendigkeit sich herausstellte, andere Wege einzuschlagen, zum wenigsten von den schärfsten unitarischen Bestimmungen der projektirten Verfassung zurückzukommen, desto beflissener versperrte die Kaiserpartei sich und Andern die Umkehr. Eifrigst exaltirte sie ihren Anhang, eifrigst machte sie Propaganda, und es gelang ihr, auch ganz ruhige Leute, Männer, welche nie in der Opposition, ja wider dieselbe gewesen waren, die sich unter der alten Bundesverfassung völlig befriedigt gefühlt und noch Monate lang in Frankfurt den Kopf

dazu geschüttelt hatten, daß man unnöthigerweise so weit greifende Aenderungen von zweideutigem Werthe betreibe, auf ihre Seite und dermaßen aus dem Häuschen zu bringen, daß sie mit den Heftigsten eiferten für den unverkürzten Bundesstaat mit der einheitlichen Spitze und wider jede andere Form als wider den alten Bundestag.

Wie die Lage der Dinge im Reichsministerium angesehen wurde, ist aus einem Leitartikel der ministeriellen Zeitung zu ersehen, der am 5. erschien und von Mathy herrührte, einem der klarsten und unbefangensten der Mitglieder. Soll fortan, wie früher, ein starkes Oesterreich über ein schwaches Deutschland gebieten, die Oesterreichische Politik eine Deutsche nicht aufkommen lassen, und jene des mächtigsten Deutschen Staates, Preußen und folgeweise der übrigen, im Schlepptau führen? Das ist die Frage, für deren Lösung in seinem Sinne Oesterreich dieser Tage in die Schranken getreten ist. Es verkündet, die Deutsche Verfassung könne nur durch Verständigung unter den Bundesregierungen zu Stande kommen u. s. f., sie wird also in Frankfurt nicht gemacht, liegt in der Hand der Einzelstaaten. Was daraus hervorgeht wird weiter nichts sein, als eine neue Auflage des alten Bundestags. Preußen soll sich verpflichtet haben nicht ohne die Einwilligung Oesterreichs an die Spitze Deutschlands zu treten. Oesterreich soll sich seiner Alliirten bereits versichert, auch die Paulskirche noch nicht aufgegeben haben, sondern hoffen durch Schmerling Beschlüsse zu erwirken, durch welche der Deutsche Staatenkörper zu dem Grade der Schwächlichkeit, der ihn der Oesterreichischen Führung gerecht mache, heruntergestimmt werden würde, so daß also Gagern sein Programm ändern oder abtreten müsse. Ist dies irrig, so ist nichts leichter als die Nation eines Bessern zu belehren. Erklärt der Oesterreichische Bevollmächtigte, seine Regierung nehme die Reichsgesetze und die Grundrechte an, unterwerfe sich der endgültigen Entscheidung der National-Versammlung, werde die Verfassung der Reichslande in Einklang mit der Reichsverfassung bringen, wie Preußen »zugesichert,« u. s. w. so wird man eine solche Erklärung freudig begrüßen und gern Abänderungen der Beschlüsse erster Lesung zugestehen — d. h. wenn sie den Bundesstaat im Wesentlichen belassen wie er beliebt worden. Allein es ist daran nicht zu denken, Oesterreich wird mit seinen Landen keinem Deutschen Bundesstaate, sondern nur einem völkerrechtlichen Bünd-

nisse beitreten. Die Oesterreichische Note vom 28. Dec. kann daher an dem Programme des Ministeriums Gagern vom 18. nichts Wesentliches ändern. Die Deutsche Nation will keine Rückkehr zu dem schwachen völkerrechtlichen Bunde, der einzig gegen die Freiheitsbestrebungen Kraft entwickelte; kein Deutscher Staat kann sich diesem mächtigen nationalen Triebe auf die Dauer entziehen, und die Fürsten, welche es versuchen, würden das Beharren bei dem Widerstande mit dem Verluste ihrer Kronen büßen. Nur Oesterreich kann wegen seiner staatlichen Verbindung mit außerdeutschen Ländern das Recht eingeräumt werden, eine Sonderstellung zu nehmen, das heißt, ein besonderes Bundesverhältniß mit Deutschland einzugehen. Dagegen muß der Anspruch, Deutschland zu dem alten Bunde zurückzuführen, ein Anspruch, dessen sich Oesterreich durch seine Mitwirkung bei der Gründung der Centralgewalt begeben hat, entschieden zurückgewiesen werden. Nur in Bezug auf den Antrag, die Verständigung über ein Bündniß mit Oesterreich auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten, kann das Gagernsche Programm in Folge der veränderten Sachlage eine Aenderung erleiden. Das Programm hat eine Wirkung gehabt, welche ihm hoch anzurechnen ist; es ist die Oesterreichische Note vom 28. December. Da hiernach Oesterreich behauptet, es habe nicht erklärt, dem Deutschen Bundesstaate nicht beitreten zu wollen, so ist für jetzt der Streit über die Auslegung der Erklärung vom 27. November an den Reichstag in Kremsier zu vermeiden, und Oesterreich Frist zu geben, durch Handlungen zu zeigen, ob und wie es seine Reichslande mit Deutschland verbinden will. Da aber vorauszusehen, daß Oesterreich sich zu nichts Anderm verstehen wird, als zu einem Bundesverhältniß, und da das Begehren, Deutschland überhaupt zu keinem andern Verhältnisse kommen zu lassen, unstatthaft ist, so wird jener Antrag dahin zu modificiren sein: die Reichsversammlung wolle das Reichsministerium ermächtigen, rechtzeitig und auf geeignetem Wege über ein Bündniß mit Oesterreich zu unterhandeln.

Also fort und fort der Gedankengang: Deutschland muß ein einheitlicher Staat werden nach der in Frankfurt projektirten Verfassung, und zwar ohne Oesterreich, da dasselbe in jenen Staat nicht eintreten wird — was Oesterreich intendirt. Alles worüber die Regierungen sich verständigen würden, jede andre Verfassung ist der alte Bundestag und — nicht etwa: minder vollkommen und erwünscht als unser Projekt, nein — ganz untauglich, verwerflich,

unleidlich. Man hatte gegen die wahre Lage der Dinge die Augen verschlossen oder sich ein trügerisches Bild davon gemacht. Die neueste Oesterreichische Erklärung hatte Einsicht in dieselbe aufgenöthigt — aber doch vergebens. Man sieht es auch aus diesem Mathy'schen Artikel; die Frage, wie denn nun bei so bewandten Dingen die projektirte Verfassung durchgesetzt werden solle, wurde gar nicht aufgeworfen. Geschah es etwa, so wurde sie mit windigen Antworten, Großsprechereien u. dgl. abgethan.

Aus einem weiteren Aufsatze desselben Verfassers in der Nummer vom 9. (»Ist Oesterreich schlimmer als die Andern?«) ersieht man, daß Schmerling's Erläuterungen doch einigen Eindruck gemacht, die Ansicht im Wesentlichen freilich nicht geändert hatten. Jeder Tag bringt neue Zeichen, daß die Nation eine einheitliche starke Reichsgewalt in Preußens Hand will. Die Hessischen, die Braunschweigischen Stände — — die vaterländischen Vereine — — die freie vaterländische Presse — — allgemeiner Zorn gegen die Sonderbestrebungen Baierns und Hannovers — — unwiderstehlich gewordene Macht der öffentlichen Meinung u. s. w. Indeß soll man in der Zeit voll Argwohn, in der fieberischen Erregtheit nicht zu schlechten Mitteln greifen, nicht Unwahrheiten verbreiten, sondern offen reden und handeln, unparteiisch sein, Jeden hören. Die Beschuldigten pflegen zu sagen: wir sind nicht schlimmer als die Andern. So spricht man jetzt auch in Oesterreich. Man sagt: hat das Programm von Kremsier von einem verjüngten Deutschland und einem verjüngten Oesterreich als von zwei getrennten Körpern gesprochen, die ihre staatliche Verbindung erst später festzustellen hätten, so hat man vorzugsweis die nicht-deutschen Provinzen im Auge gehabt. Hätte man den Eintritt der Deutschen Lande in das Deutsche Reich bereits aufgegeben gehabt, so würde man die Oesterreichischen Abgeordneten haben abrufen müssen. Die Oesterreichische Regierung ist gar nicht in der Lage, jetzt schon mit Bestimmtheit zu erklären, ob die zum Bunde gehörenden Länder, unbeschadet ihrer Verbindung mit der Gesammtmonarchie, in den neuen Staatskörper eintreten können oder nicht. Denn einmal läßt sich noch nicht angeben, wie sich die Gesammtmonarchie gestalten wird, sodann ist auch die Deutsche Verfassung noch nicht endgiltig festgestellt. Erhalten alle Oesterreichischen Lande ihre besondere Verwaltung und Vertretung, jedes für sich, wird die centrale Leitung in Wien nicht von einem allgemeinen Reichstage,

sondern mit einem Ausschusse der Provinzialvertretungen umgeben und auf die letzten Gesammtzwecke beschränkt und willigt Frankfurt in die erforderlichen Modifikationen der Verfassung, so ist es nichts weniger als unmöglich, daß die Oesterreichischen Bundesländer in den Deutschen Bundesstaat eintreten. Ja es unterliegt ihr Eintritt kaum einen Zweifel, wenn zwischen dem Reiche und den außerdeutschen Provinzen des Oesterreichischen Kaiserstaats eine Union zu Stande kömmt, welche durch ein gemeinschaftliches Organ für die Erfüllung der Bundeszwecke sorgt. Mag im November das Gelingen einer solchen Kombination für unwahrscheinlich gehalten und daher die Ansicht vorherrschend gewesen sein, daß die Oesterreichischen Bundesländer, um bei dem Kaiserstaate zu bleiben, in das Reich vermuthlich nicht würden eintreten können, so hat sich jetzt in Folge der Erläuterungen des Herrn von Schmerling über die Deutschen Zustände, in Folge von Eröffnungen Deutscher (vielleicht auch fremder) Regierungen, die Meinung wesentlich geändert. Die Möglichkeit des Eintritts der Deutschen Provinzen Oesterreichs in den künftigen Deutschen Staatskörper ist bedeutend näher gerückt. Man hat Oesterreich vorgeworfen, daß es weder den Beschlüssen der Reichsversammlung, noch den Anordnungen der Centralgewalt Folge geleistet habe. Allein zum Theil war das, was man Weigerung nennt, nur die reine Unmöglichkeit, dem gestellten Begehren nachzukommen. Wie konnte Oesterreich Truppen nach Thüringen und Geld nach Frankfurt senden, zu einer Zeit, wo es den letzten Mann und den letzten Heller aufbieten mußte, um sich der Feinde im eigenen Lande zu erwehren! Sobald der Aufstand in Wien überwunden und eine feste Regierung eingesetzt war, wurde der Beitrag für den Festungsbau von Rastatt und Ulm bezahlt; der Matrikularbeitrag für die Verpflegung der Reichstruppen wird nächstens berichtigt werden, und wenn Oesterreich sich erbietet, seine Flottenbeiträge in Schiffen, statt in Geld zu leisten, so ist dies keine Weigerung, sondern ein Vorschlag, über den sich sprechen läßt. Das Oesterreichische Bundescontingent endlich wird dem Reichskriegsministerium zur Verfügung stehen, sobald in Ungarn der Sieg erkämpft sein wird. Oesterreich hat keine Hülfe begehrt, als die Grenzen des Bundeslandes Tirol vom Feinde überschritten waren, so gedulde man sich auch noch kurze Zeit, und man wird die Oesterreichischen Truppen, wie in Mainz, Frankfurt und vor wenigen Monaten in Konstanz, so in Ulm und Rastatt einziehen und bereit-

willig dem Rufe der Centralgewalt folgen sehen. Was andere Beispiele von Renitenz gegen Anordnungen der Centralgewalt und Beschlüsse der Reichsversammlung betrifft, so sollte man billiger Weise den noch ungeordneten inneren Zuständen Oesterreichs und seiner Verbindung mit nicht-deutschen Ländern Rechnung tragen. Wenigstens sollte die Reichsgewalt von ihm nicht mehr verlangen, als von anderen rein-deutschen Staaten. Wie es mit diesen steht, davon hat man in Ollmütz jetzt genauere Kenntnisse als früher; man weiß dort vielleicht mehr als in Frankfurt. Man weiß, um nur von offenkundigen Dingen zu reden, daß Beschlüsse der National-Versammlung in Berlin eine Aufnahme gefunden haben, die man eben nicht unbedingte Folgsamkeit nennen kann; man weiß, daß Baiern und Hannover nicht Willens sind, sich gewissen Formen der obersten Reichsgewalt, wenn sie von der Reichsversammlung beschlossen werden, ohne weiteres unterzuordnen; man weiß, daß Sachsen nicht der einzige Staat ist, dessen Regierung die Geltung der Reichsgesetze von der Zustimmung seiner Stände abhängig macht, man weiß endlich, daß die Reichsgewalt nur in den kleinen Gebieten ihre vollen Befugnisse ausüben kann, die ohne die schon geleistete oder stets bereite Reichshülfe aus der Reihe der Staaten verschwunden sein würden*). Um endlich noch ein Beispiel dafür anzuführen, daß auch andern Staaten das Hemd näher ist als der Rock, wollen wir nicht von dem plötzlichen Rückmarsche Sächsischer Truppen aus Thüringen sprechen, der noch glücklich aufgehalten

---

*) Aus den Kleinstaaten ertönte das lauteste Geschrei darüber, daß Oesterreich mit seinen Leistungen zurückhalte und sich der Centralgewalt nicht unterwerfe. Sie thaten dies freilich schon, weil sie nicht anders konnten und empfingen zehnfach für das, was sie leisteten. Oesterreich aber nahm doch jedenfalls Antheil durch Truppenstellung und Geldzahlung am Schutze Deutschlands gegen die Anarchie und letzteres leistete ihm gar nichts in seinen Nöthen und gab ihm fast nur Drohungen, böse Worte u. dgl. Ein Theil der Vertreter Deutscher Nation ging mit Gedanken und Plänen um, welche feindselig gegen Oesterreich waren, weithin im Deutschen Volke that man groß mit seiner Nationalvertretung in Frankfurt, und diese Nationalvertretung bedurfte des Schutzes und wurde geschützt und ließ sich schützen durch Oesterreichische Soldaten. Wenn unter solchen Umständen in den Anklagen und Schmähungen gegen Oesterreich nicht wenigstens Maß gehalten wurde, habe ich meinerseits nie umhin können, eben so viel Würde- und Gedankenlosigkeit als Ungerechtigkeit darin zu finden.

wurde, sondern nur bescheiden anfragen, ob der Abmarsch Preußischer Truppen von Mannheim nach der Mosel nicht in dem Augenblicke erfolgte, wo die Preußische Regierung ihrer gegen etwaige Steuerverweigerer zu bedürfen glaubte, und ob nicht ihre Dislocirung die Genehmigung des Reichskriegsministeriums erst nachträglich erhielt. So wenig man daher wegen derartiger Mängel gegen Oesterreich allein losziehen, sondern vielmehr den dortigen Zuständen Manches zu gut halten sollte, wofür Andere weit minder triftige Entschuldigungsgründe anzuführen haben, so wenig steht Oesterreich allein, wenn es hinsichtlich der Verfassung eine Verständigung mit den Regierungen verlangt. Haben sich Andere darüber noch nicht so offen ausgesprochen, so werden sie es thun, sobald sie die Zeit gekommen erachten. An Vorschlägen über die zweckmäßigste Art der Verständigung fehlt es nicht, und namentlich ist der Vorschlag Preußens über die Einführung eines provisorischen Staatenhauses hinlänglich bekannt. Oesterreich aber wird zu dem leichtesten und zweckmäßigsten Wege der Verständigung gern die Hand bieten, auch der Reichsversammlung das Recht der Schlußentscheidung nicht bestreiten. Seine Abgeordneten werden sich bemühen, für ihre Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit derjenigen Modifikationen an der Verfassung, welche den Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Bundesstaat möglich machen, die Mehrheit in der Versammlung zu gewinnen. Man wird sie darum eben so wenig des Partikularismus beschuldigen als die Abgeordneten anderer Staaten, welche die Gründe für ihre Abstimmungen heimathlichen Zuständen ententnehmen, deren Beachtung dem Gesammtwohl fromme. Gelingt es, einen Weg zu finden, der keiner einseitigen Bestrebung vollkommen genehm ist, so liegt vielleicht gerade darin eine Bürgschaft, daß er der Beste ist, der unter den gegebenen Verhältnissen für die Gesammtheit zu erreichen war. — Dies soll nun heute nicht bekämpft, zwei Schlußfolgerungen sollen daraus abgeleitet werden. Das Reichsministerium mußte (es war inzwischen geschehen) seinen Antrag vom 18. December dahin ausdehnen, daß es für die Form der Verhandlungen mit Oesterreich nicht einzig und allein den gesandtschaftlichen Weg festhielt — es ist an der Zeit, sich mit den Regierungen hinsichtlich der Verständigung über die Verfassung in Benehmen zu setzen, worüber ins Reine zu kommen die Centralgewalt sich angelegen sein lassen sollte, damit die Nation erfahre, auf welchem Wege ihr Verlangen nach einem starken Bundesstaate

Befriedigung zu erwarten hat und welche Hindernisse zu beseitigen sind.

So weit war man also; und besonders das Letztere wäre dringend nöthig gewesen, daß man, statt die Ueberspanntheit der Forderungen zu steigern, die unerfahrne grade in dieser Beziehung schlecht urtheilende oder nicht einmal denkende »Nation« an die Hindernisse erinnert, die Schwierigkeiten ihr dargelegt und die »fieberische Erregtheit« zu ermäßigen gesucht hätte, die zur »That« unschädlich, gut, nöthig sein mag, beim »Rath« aber unfehlbar ganz untauglich und nachtheilig ist. Wie es mit der zugelassenen Verständigung gemeint war, werden wir sehen. Unklar blieb, wie man zu einer solchen zu gelangen dachte, da man den »starken Bundesstaat« schlechterdings haben wollte, und da ihn Oesterreich schlechterdings nicht zulassen, Preußen ohne Oesterreichs Einwilligung nicht annehmen wollte und die Mittelstaaten gegen ihn protestirten. Man hatte freilich die Hessischen und Braunschweigischen Stände, die vaterländischen Vereine und dergleichen Stützen; aber es war nicht weise sich darauf zu verlassen.

Vielleicht war es wenigstens eine Nebenabsicht des Aufsatzes, auf eine feine Weise nach anderen Seiten einige nützliche Winke zu geben, ein paar sanfte Schläge auszutheilen, indem er Oesterreich Recht widerfahren oder es doch einmal mit seiner Vertheidigung zum Wort kommen ließ. Der gewöhnliche Ton der ministeriellen Zeitung war ein ganz andrer. Weit lieber und weit mehr suchte sie die fieberische Erregtheit zu verstärken, sprach von Fortdauer der Metternich'schen Politik bei allem Wechsel der Personen, von den Sünden Oesterreichs, das sich thatsächlich von Deutschland lossage und lediglich Deutschland verhindern wolle einig und stark zu werden. Aber es müsse sich jetzt zeigen, ob sich die Deutsche Nation »um die Früchte ihrer großen Leiden und Anstrengungen bringen lassen wolle.« (Sollte wol heißen: ob die Nation für ein verfehltes Verfassungsprojekt, die Frucht der Anstrengungen der Kaiserpartei, einstehen wolle.) Zu besserer Erklärung der Oesterreichischen Note bleibe nur die freilich zweifelhafte Hoffnung übrig, der zur Ausführung des Inhalts derselben jetzt bestimmte Mann werde mindestens eben so Deutsch als Oesterreichisch sein. Schmerling, der als Deutscher Minister in einer Reihe von Erlassen Folgsamkeit von Oesterreich gefordert, könne sein Bevollmächtigten-Amt nur übernommen haben, wenn er entweder die Versicherung dieser Folgsamkeit mit-

bringe, oder das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland so betrachte wie das Gagern'sche Programm, ja wie er es selbst nicht anders betrachtet habe. Wer sich in der Geschichte einen ehrenvollen Platz erwerben wolle, der dürfe nur einen Weg gehen, den geraden. »Mag aber Oesterreich Schritte thun, welche es immer will, an uns ist es, zu entscheiden, ob wir unser Schicksal ferner wollen von Wien her bestimmen, verderben lassen, ob wir nicht einig genug sind, wenigstens da, wo es die ganze Zukunft des Vaterlandes gilt, allen Hader, alle Parteiung fahren zu lassen, um den letzten rettenden, entscheidenden Schritt zu thun. Wehe dem, der jetzt an Rechts und Links, an ministeriell oder antiministeriell denkt. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo das Deutsche Volk seine wahren Vertreter wird kennen lernen.« So wie die ministerielle Zeitung die Zeichen thatsächlicher Annäherung Oesterreichs an Deutschland kannte, und meist verschwieg, eben so gab sie auch — denn die Andeutungen in dem Mathy'schen Artikel waren doch nur sehr ungenügende — gehörige Kunde von Schmerling's Erläuterungen in der Ministerialkonferenz nicht. Denn so viel Unbestimmtes und Ausweichendes in diesen Erläuterungen liegen mochte: das Publikum hätte immerhin Beweise vom guten Willen der Oesterreichischen Regierung oder davon, daß sie doch nicht lediglich die Restauration des alten Bundestags intendire, oder von einiger Deutschen Gesinnung Schmerling's daraus entnehmen können. Man mußte im Reichsministerium am Besten wissen, wie es gekommen, wie fehlerhaft aber und in jedem Falle wie vergeblich es gewesen war, jene »Folgsamkeit« von Oesterreich zu fordern, wie bestimmt letzteres dieselbe geweigert und wie unvernünftig es gewesen wäre, sie immerfort zu fordern. Konnte man im Reichsministerium zweifelhaft darüber sein, daß es reine Thorheit auch jetzt noch darauf zu bestehen? Geradezu widersinnig war das Ansinnen, daß Schmerling das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Sinne des Gagern'schen Programms betrachten solle, und die Behauptung daß er es selbst so betrachtet habe. Freilich darf der, der sich einen ehrenvollen Platz in der Geschichte erwerben will, nur den geraden Weg gehen. Aber befand sich die ministerielle Zeitung und Partei auf ihm oder auf dem des Einigens, indem sie so unaufrichtig sprach, so boshaft und nicht gerade angriff, die Eigenschaft der wahren Volksvertreter für ihre Anhänger allein in Anspruch nahm und die Meinungsgegner als unechte denuncirte? — diese Verräther,

die darauf ausgingen, daß das Schicksal Deutschlands von Wien her allein bestimmt oder gar verdorben werden solle, oder die wenigstens böslich glaubten, Frankfurt könne nach Lage der Sachen nun einmal auch nicht allein darüber entscheiden und solle dieselbe berücksichtigen um nicht seinerseits das Verfassungs- und Einigungswerk zu verderben — diese Verräther, welche läugneten, daß durch Errichtung eines Erbkaiserthums für das Haus Hohenzollern oder auch eines norddeutschen Sonderbundes die Einheit Deutschlands gegründet werde, die jetzt sogar behaupteten, auch diese an sich selbst verfehlten Schöpfungen erschienen als unmöglich, nachdem Oesterreich gesprochen und erklärt habe, daß es, so ganz ruchlos, auf dem Rechte, dem alten Rechte bestehe! In der That, es war Grund dazu vorhanden, daß die Ministerielle (№ 341) »mit Entsetzen die steigende Verwirrung aller gesunden politischen Begriffe in unserm sonst so verständigen Reichstage« bemerkte. Sie gab sofort an sich selbst eine neue Probe davon. Sie nannte es unmittelbar darauf ein sinnloses Gerede, daß Oesterreich ausgeschlossen werden solle und forderte in demselben Athem die Aufrechthaltung der §§. 2 und 3, wodurch es eben ausgeschlossen wurde und durch welche zuerst die ganze Verfassungssache und insbesondre das Verhältniß zu ihm in die dermalige schiefe Lage gebracht war. Es war jetzt unmöglich geworden, noch daran zu zweifeln, daß man mit Oesterreich nicht zum Ziele kommen werde, wenn man jene Paragraphen nicht zurücknehme. Hatte eine Frage an Oesterreich darin liegen sollen, so war nunmehr die Antwort bestimmt erfolgt. Allein man wollte sich nun daran nicht kehren. Gagern hätte jetzt mit allen Ehren auf seine Ideen über Abänderung der Paragraphen zurückkommen können, allein seine Partei bot Alles auf ihn davon zurückzuhalten und behandelte dieselben immer hartnäckiger als unerschütterliche Grundsäulen des Bundesstaats.

In der Hannoverischen Zeitung (Nr. 7. vom 8. Januar) wurden ganz unsre Gedanken ausgesprochen, wenn da u. A. gesagt wurde: »was wir so lange vorhergesehen haben, ist nun eingetreten. Das in sich befestigte Oesterreich hat bestimmt erklärt, daß es sich nicht aus Deutschland wolle verdrängen lassen; daß seine Abgeordneten in Frankfurt bleiben werden; daß es der Frankfurter Versammlung keine alleinige Entscheidung zugestehe; daß es sich mit Preußen und den übrigen Staaten einigen werde. Daraus folgt, daß §. 2 und 3 der Reichsverfassung hinwegfällt. Denn Preußen wird sich nicht

mit Oesterreich verfeinden, der Frankfurter Versammlung zu Gefallen; und dann tritt wieder die Frage des Grafen Deym ein, deren Ehrlichkeit Raveaux so sehr gefiel: Ob man es mit 60,000 Mann versuchen wolle? — — Wir beklagen es innig, daß Oesterreich in seinen Erklärungen auch jetzt noch keinen positiven Gedanken über die Staatsform Deutschlands ausspricht. Ein solcher Gedanke gäbe Hoffnung, die Ehre der ersten Deutschen National-Versammlung einigermaßen zu sichern; und daß diese nicht verloren werde, das liegt uns sehr am Herzen. Ueberdies ist in Deutschland ein Mißtrauen gegen Oesterreich. Die Metternichsche Politik hat zu lange auf Deutschland gedrückt, die Absonderung und dunkle Einwirkung zu lange fortgedauert. Wir möchten in einem Oesterreichischen Entwurfe gern die Sicherheit haben, daß man dort nicht beabsichtige, Deutschland lediglich zum Fußschemel zu brauchen. Sehen wir aber um uns her auf die Zeichen am Himmel und auf der Erde, so will es uns scheinen, als ob Deutschland sich sehr glücklich zu schätzen hätte, wenn es am 31. März 1849 Handelseinheit, Vertretung des Volks am Bunde und ein Bundesgericht erreicht haben wird. — — Die Kraft der Revolution ist gebrochen. Möge man in Frankfurt das begreifen! Möge man die Kraft der Resignation besitzen, das Werk der Reform mit desto entschiednerem Ernste durchzuführen! Das allein könnte die Ehre der Deutschen National-Versammlung retten, von der dann die Geschichte sagen würde: sie habe zwar den günstigsten Augenblick ihrer Kraft versäumt, aber sie habe verstanden, durch Mäßigung und Beharrlichkeit auch unter ungünstigeren Umständen das Nothwendige zu erreichen. Bildet man sich aber dort ein (und Manche thun das), man könne den Staaten Schwierigkeiten erregen, vor denen sie sich in die Arme der Professoren in Frankfurt flüchten müßten; dann geben wir unsere Hoffnungen auf, nicht bloß für Frankfurt, sondern zum größten Theile auch für Deutschland. — — Möchte man doch in Frankfurt endlich einmal einen kräftigen Schritt aus dem revolutionären Dunstkreise auf festen Boden thun. Es ist wahrlich hohe Zeit.«

Doch in solcher Weise einreden gegen die Frankfurter Ideen und Projekte und deren Gönner und Fürsprecher war Majestätsbeleidigung, Ultramontanismus, Partikularismus, Feindschaft gegen ein einiges und mächtiges Deutschland, und in diesem Sinne ward weidlich fort und fort, insbesondre auch auf Hannover gescholten

und in Hannover gegen die Regierung geschürt, um dem Stammeshasse und allem Hader und allen Parteiungen ein Ende zu machen, wobei man sich mit dem mächtigen und einigen Deutschland identificirte, um die Gegner der eigenen Politik als Feinde Deutschlands apostrophiren zu können. So sagte z. B. die Deutsche Zeitung in einem heftigen Artikel gegen Oesterreich von Wien, München und Hannover: »dort, wo die Feinde des einigen und mächtigen Deutschlands ihre Ränke spinnen, leben auch die unsrigen!« u. s. f. Es war nur gut in dieser Zeit, daß wir, denen das Alles stets mitgalt, nicht vom Drohen starben.

Der Frankfurter Dunstkreis übte indessen auch auf unsrer Seite einen starken Einfluß. Auch hier würdigten Manche die Lage Oesterreichs nicht nach Gebühr, verkannten mehr oder minder das Richtige in den Gesichtspunkten des Oesterreichischen Kabinets, machten sich Illusionen und thaten falsche, wenigstens fruchtlose Schritte. Sie beklagten es nicht blos, sie tadelten gleichfalls mit Ungerechtigkeit die Zurückhaltung in den neuen Oesterreichischen Erklärungen. Sie wollten nicht glauben, daß die Forderung entweder einer anders angelegten Verfassung oder einer radikalen Aenderung des Projekts der National-Versammlung darin liege, daß Oesterreich in einen Bundesstaat, wie er zu Frankfurt gefordert wurde, gewiß nicht einzutreten gedenke, wenn die bisherigen Beschlüsse nicht zum wenigsten Modifikationen erlitten, die auch ihnen zu viel waren. Sie wehrten mit Hand und Fuß ab, wenn der Note von der anderen Seite diese Auslegung gegeben wurde, um Anlaß zu Vorwürfen davon herzunehmen. Oder man fürchtete und wagte es sich oder Anderen kaum zu gestehen, daß die Note jenen Sinn enthalte. Viele schmeichelten sich mit der Hoffnung, die Oesterreichische Regierung werde zu bewegen sein, sich auf die Verfassungsvorlage der National-Versammlung einzulassen, wenn sie nur überhaupt einige Abänderungen oder einige besondere Modifikationen für Oesterreich erhalte und dahin ging nun ihr Streben, das Frankfurter Projekt für Oesterreich passend zu machen und die Oesterreichische Regierung zu bestimmen, das solcher Gestalt abgeänderte zu genehmigen, in diesem Sinne also in den »Bundesstaat« einzutreten. Sie hielten es für zu schwer oder für unmöglich, daß die National-Versammlung auf andere Grundlagen und Formen sich einlasse, oder sie waren mehr oder minder gleichfalls von den in Frankfurt dominirenden Verfassungsideen beherrscht. Sie wollten

schlechterdings die Ausscheidung Oesterreichs nicht zugeben, die Einigung mit ihm war ihr unverrückbares Ziel. Und doch, wie sollte man denkbarer Weise mit Oesterreich, mit dem Verfassungswerke zum Ziele kommen, wie sollte das gänzliche Scheitern der National-Versammlung vermieden werden, wenn man vom Frankfurter Projekt und dessen ausschließlicher Verfolgung nicht abging? Aber so stand es mit dem Kultus des Werkes der eigenen Hände auch bei Manchen von denen die nur entfernten Antheil daran hatten, so weit hatte die Macht auch dieses Aberglaubens und Götzendienstes gegriffen, daß Priester und Volk und im letztern auch viele sonst Gescheidte und Aufgeklärte, Sakrilegium und Ketzerei, hier in den geringsten, dort wenigstens in stärkeren auf den Grund gehenden Abweichungen erblickten.

Das Schreiben Gagern's an den neuen Oesterreichischen Ausschuß vom 5. Januar.

Gagern konnte es nicht über sich gewinnen, so entschlossen, wie es die veränderte Lage der Dinge erforderte, von seinem Programm zurückzutreten. Jedoch änderte und modificirte er es einigermaßen. Er that dies in dem schon erwähnten Schreiben, das er unter Mittheilung der Note vom 28 December dem Ausschusse zugehen ließ. Man muß es vor Augen haben und ich lasse es daher um so mehr in der Note abdrucken. *) Mittelbar lag eine Antwort auf die De-

*) Indem das Reichsministerium dem obengenannten Ausschusse eine Mittheilung abschriftlich zur Kenntniß bringt, welche ihm von Seiten der k. k. Oesterreichischen Regierung, durch deren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zugegangen ist, findet es sich veranlaßt, diese Mittheilung mit folgenden Bemerkungen zu begleiten:

1) In dem Satze 1 des Antrages des Reichsministeriums vom 18. v. Mts. ist dieses von der Pflicht der Reichsgewalt ausgegangen, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu erhalten. Es ist also nicht von ihm in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine Bundesmacht, und berechtigt sei, im Bundesverhältnisse zu verbleiben.

2) Das Deutsche Volk in seiner Mehrheit will unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, insoweit sie damit verträglich ist, souverain verwaltet werden.

Der Charakter dieses künftigen Bundesstaates ist vorläufig in denjenigen Theilen einer Reichsverfassung — (vom Reich, von der Reichsge-

sterreichische Note vom 28. December darin, die im Wesentlichen darauf hinaus lief, daß das Deutsche Volk doch nun einmal das fordere, was die Reichspartei einen Bundesstaat nannte, daß die

---

walt, vom Reichsgerichte, vom Reichstage), deren erste Lesung stattgefunden hat, gezeichnet. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die konstituirende National-Versammlung bei der zweiten Lesung solche Veränderung beschließen werde, die den Charakter des künftigen Bundesstaates wesentlich ändern.

3) Dem so in Aussicht stehenden Bundesstaate beizutreten, wird kein rein Deutscher Staat verweigern können. Was aber Oesterreich betrifft, so glaubte das Reichsministerium, und glaubt noch, daß dieses bei der Natur seiner Zusammensetzung mit außerdeutschen Ländern eine Sonderstellung einnehmen werde, einnehmen müsse.

4) Wenn auch Oesterreich früher nicht ausdrücklich erklärt hatte, in den Deutschen Bundesstaat, wie er nach den vorliegenden Beschlüssen sich gestalten würde, nicht eintreten zu wollen; und wenn es sich jetzt seine weitere Erklärung darüber vorbehält; so glaubt das Reichsministerium, berechtigt zu sein, aus den von der öffentlichen Meinung in Oesterreich sanktionirten Programm von Kremsier (27. November v. J.), und aus dem Verhalten der Oesterreichischen Regierung, gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt und den Beschlüssen der National-Versammlung eine solche Ansicht der Oesterreichischen Regierung, in den Deutschen Bundesstaat nicht eintreten zu können, unterstellen zu müssen. In diesem Programm heißt es nämlich: Oesterreich's Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein Deutsches, wie ein Europäisches Bedürfniß.

Die Fortdauer einer staatlichen Einheit der Oesterreichischen Monarchie ist unvereinbar mit der Unterordnung eines Theiles unter einen, von der Gesammtmonarchie unabhängigen, starken, einheitlich regierten, kurz dem Willen der Nation entsprechenden Deutschen Bundesstaat. Jetzt erklärt der neue Oesterreichische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, daß das Oesterreichische Ministerium die politische Ansicht, welche dem Programm von Kremsier zu Grunde lag, wesentlich modificirt habe. Die Regierung des Kaiserstaates hält ihre Antwort auf die, an Oesterreich durch den Deutschen Verfassungsentwurf gestellte Frage noch für frei. Diese Freiheit ihr zu bestreiten, kann nicht Sache der Reichsgewalt sein. Aber auch nach den, von dem Bevollmächtigten Oesterreichs gegebenen Erläuterungen der Note vom 28. v. M. glaubt das Reichsministerium, daß der Erfolg seine Ansicht rechtfertigen werde.

5) Das Reichsministerium ging in dem fünften Satze des Vorschlages vom 18. v. M. von der Ansicht aus, daß die Verfassung des Bundesstaates nicht Gegenstand der Unterhandlung sein könne. In der Note vom 28. v. M. wird wohl mit Rücksicht darauf bemerkt, daß die Lösung der großen Frage nur auf dem Wege der Verständigung mit den Deut-

National-Versammlung doch davon nicht abgehen werde, daß kein »reindeutscher« Staat (was genau Preußen auch nicht ist) den Beitritt weigern, Oesterreich aber nicht beitreten könne und daß die Vereinbarung unzulässig sei — die Vereinbarung, welche Oesterreich in Anspruch nahm, und Oesterreich nicht allein — Gagern wußte es schon aus der Konferenz wegen der Grundrechteeinführung. Er sagte: Die Oesterreichische Regierung hält die Frage über den Beitritt Oester-

---

schen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Rang einnehme, zu erreichen sei.

So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen sein wird, wo er zum Ziele führen kann, so entschieden wird das, mit der von der konstituirenden National-Versammlung genommenen Stellung unverträgliche, allgemeine Vereinbarungsprincip, bezüglich des Verfassungswerkes, zurückgewiesen werden müssen.

Die Hoffnungen, wo sie auftauchen möchten, daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken, und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden.

6) Aber auch abgesehen von dem Verfassungswerke, der Note vom 28. v. M. und den Erläuterungen des neuen Oesterreichischen Bevollmächtigten bleibt eine Verhandlung mit der Oesterreichischen Regierung nothwendig, sowohl um das Inslebenführen der Deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, daß eine gegenseitige Erklärung über das Verhältniß des nichtdeutschen Oesterreichs zu dem Gesammtdeutschlande, oder eventuell eine Union des Gesammtösterreichs zu dem übrigen Deutschlande vorbereitet werde; als auch zur Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt, und zur Erfüllung ihrer Pflicht, welche einen Bevollmächtigten an dem Orte nothwendig macht, wo die Neugestaltung eines Reiches sich entscheidet, das zu einem großen Theile zu Deutschland gehört, und wo große Europäische Interessen ihren Mittelpunkt finden.

In welcher Form die Verhandlung geführt wird, ist an sich Nebensache. Indem das Reichsministerium die Ermächtigung nachsuchte, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem Oesterreichischen Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen, geschah dies aus dem Grunde, weil die Sendung von Reichskommissären von Seiten der Centralgewalt den Anspruch auf eine exekutive Gewalt begründet, welche ihr in Oesterreich geradezu abgesprochen worden ist.

7) Das Reichsministerium wiederholt daher seinen in der Proposition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin, daß es autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des Oesterreichischen Kaiserreichs, Namens der Centralgewalt, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten.

reichs für noch nicht entschieden, sie glaubt, daß derselbe erfolgen könne und dawider läßt sich vorläufig nicht streiten; allein ich bleibe dabei, daß Oesterreich nicht beitreten kann und wird, denn es will und wird die Einheit des Kaiserstaats, und die National-Versammlung will und wird die Verwandlung des übrigen Deutschlands in einen konstitutionellen Bundesstaat nicht aufgeben. Er hatte vollkommen Recht, wenn man in Olmütz und Frankfurt eigensinnig war, in Oesterreich und in Deutschland sich so einrichtete, daß man auf einander gar keine Rücksicht nahm, so konnte man sich nicht einigen. Allein die Voraussetzungen, bei welchen er stehen blieb, waren voreilig und unberechtigt, daß das Einheitsband in Oesterreich und im übrigen Deutschland so straff angezogen werden solle oder müsse, daß die Einigung unmöglich wurde. Statt die Frage, ob man sich nicht bei der zweiten Lesung zu besinnen und Oesterreich zu berücksichtigen habe, nachdem es seinen Widerspruch angekündigt, zur ernsten Erwägung zu bringen in einer Versammlung, die nur zu geneigt war, an Kleinigkeiten wie den Willen der Deutschen Großmächte nicht zu denken — statt dessen zielte er auch jetzt dahin, eine solche Erwägung abzuschneiden, und legte das ganze Gewicht seines persönlichen Ansehens in die Wagschaale der hartnäckigen Verblendung, wodurch für Viele die Hauptfrage keine ganz reine mehr blieb. Es konnte den Umständen nach leicht sein, daß er Stimmen von Solchen, die ihm persönlich anhingen oder im Bestande seines Ministeriums eine Nothwendigkeit erblickten, für sein Programm eigentlich nur aus diesen Gründen, mittelbar aber auch für seine Ansicht über die Verfassung und deren Abschluß, insbesondere über das Verhältniß zu Oesterreich gewann, allein ein vollkommen ehrlicher Gewinn war dies nicht. Wir kommen auf seine Erklärung gegen die Vereinbarung zurück, und wollen hier nur bemerken: wenn die National-Versammlung auf sein erneuertes Betreiben dieselbe verwarf und eine Verfassung beschloß, wogegen Oesterreich Einspruch erhob, so kam es darauf an, ob die National-Versammlung die Macht besaß ihren Willen durchzusetzen und diese Macht wurde durch die Annahme seiner alten und neuen Anträge nicht vergrößert. Die letzteren gingen dahin, daß er autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung Oesterreichs über dessen Verhältniß zu Deutschland in Verhandlung zu treten, und dadurch war in der That sehr wenig gewonnen, denn das waren weitläufige

Worte und der Oesterreichischen Regierung blieb es dabei frei, ob und wiefern sie in solche Unterhandlungen eintreten wolle oder nicht. Es war aber auch vorauszusehen, daß sie sich nicht darauf einlassen, sondern vorerst in der zuwartenden stillschweigend protestirenden Stellung verharren würde, welche sie einnahm. Denn wie hätte sie verhandeln können auf der Basis der Ausschließung Oesterreichs, auf welcher Gagern stehen blieb, sofern er ihm zwar das Recht des Eintritts zugestand, dasselbe zugleich aber illusorisch machte, indem er sagte: wir errichten hier eine Verfassung, in welche es nicht eintreten kann und vereinbaren mit ihm nicht? Genehmigte die National-Versammlung die ministeriellen Anträge, so verbesserte sie ihre Lage nicht, vielmehr war das Präjudicirliche in den Anträgen und deren Motiven sehr bedenklich. Ging sie darauf ein, so mußte sie ihren Sinn auch durchsetzen, sonst hatte sie sich verfahren und kompromittirt. Man sieht, Gagern suchte sich mit sehr zweifelhaftem Nutzen in der Stellung gegen Oesterreich zu behaupten, die er am 18. December einnehmen zu wollen erklärt, und vermochte es doch eigentlich nicht. Er hatte zugestehen müssen, daß Oesterreich eintreten wolle und daß ihm dies nicht bestritten werden könne, er hatte darauf verzichten müssen, durch Gesandte und sofort mit Oesterreich zu verhandeln, und zwar offenbar so, daß das Ziel nicht Einigung mit Oesterreich, sondern Trennung von ihm sein, daß also eigentlich in ungeeigneter Weise unterhandelt werden sollte. Er war in der That von seinem Antrage bloß — im Hauptpunkte zurückgewichen. Bauer (Der Untergang des Frankfurter Parlaments, S. 127) bemerkt ganz richtig, Gagern habe durch jene Beschränkung seine Niederlage eingestanden, es zugegeben, daß er machtlos sei, den Ereignissen vorzugreifen, das Bekenntniß abgelegt, daß die Ausführung seines ganzen Plans von einer ungewissen Zukunft abhänge. Die Sache kam nun noch mehr und noch gewisser in die Lage, in welche nach der Voraussetzung der Gagern'schen Partei das Oesterreichische Kabinet sie zu bringen suchte (I., S. 450.) Das waren ihre diplomatisch-politischen Errungenschaften, die so klug und klar und scharfblickend sich rühmte. Sie hatte eine Entscheidung von solcher Schwere, wie es die über die Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland war, dadurch bewirken wollen, daß sie die Oesterreichische Regierung nach einer Aeußerung derselben, welcher sie außerdem noch eine erzwungene, jedenfalls unsichere Ausle-

gung gab, hastig beim Wort zu nehmen gesucht. Das Ergebniß bestand darin, daß das Kartenhaus dieser Politik lediglich durch den Hauch einer abermaligen Aeußerung des Oesterreichischen Kabinets zusammenfiel.

Die Centrenkorrespondenz (№ 24) sagte: Das Reichsministerium sei den neuesten Oesterreichischen Eröffnungen gegenüber in einer schwierigen Lage gewesen. Da Oesterreich von einem gesandtschaftlichen Verkehr nichts wissen wolle, so habe hierauf verzichtet werden müssen, und wenn sich Oesterreich die Freiheit vorbehalte, in den Bundesstaat einzutreten, so könne ihm das Reichsministerium diese Freiheit »zunächst« nicht nehmen. Aus der Nummer 25 der Korrespondenz der Centren ist zu ersehen, wie in diesen das Gagern'sche Schreiben zunächst aufgenommen wurde und zu welchem Ergebniß seine Mittheilung im Ausschuß führte.

»Wie begreiflich bildete gestern in den kollegialischen Besprechungen der Abgeordneten, sowie in den Klubsversammlungen derselben Ein Gegenstand den Hauptmittelpunkt aller Gespräche. Es war das Verhältniß des ursprünglichen Gagern'schen Programms zu dem Schreiben, welches das Reichsministerium in Bezug auf die Oesterreichische Note vom 28. December an den neuen Oesterreichischen Ausschuß hatte gelangen lassen. Als Resultat dürfen wir das schon in unserer gestrigen Korrespondenz ausgesprochene Urtheil bezeichnen: das Ministerium hat seinen Antrag nur in unwesentlichen und formellen Punkten modificirt, es ist nur da um einen Schritt zurückgewichen, wo ihm stehen zu bleiben, ausdrückliche, präcise und bestimmte Erklärungen der Oesterreichischen Regierung unmöglich machten. Seinem wesentlichen Inhalte und seiner ganzen Tendenz nach hält das Ministerium das Programm vom 18. December aufrecht: diese Erklärung wurde gestern von Mitgliedern des Ministeriums auf das Bestimmteste abgegeben. Vielleicht ist es eben dieselbe Einsicht gewesen, welche die Stimmen im Ausschuß auch nach jener Zuschrift in dem bisherigen Verhältniß hat bestehen lassen. Nachdem der Ausschuß in seiner gestrigen Mittagssitzung noch immer nicht zu einem Endresultat gekommen war, ist endlich in später Abendstunde die Abstimmung erfolgt. Eine dem Gagern'schen Antrag geneigte Minorität von 5 Mitgliedern stand den übrigen 10 Mitgliedern gegenüber und wir haben ein Minoritätsgutachten zu erwarten, auf dessen Fassung sich wenigstens 4 Stimmen vereinigen werden. Die Majorität hat Herrn

Venedey zu ihrem Berichterstatter erwählt. Eine Reihe ziemlich heterogener Erwägungen gehen dem eigentlich bedeutungslosen Antrage vorauf. Der Ausschuß beantragt, daß die Versammlung zunächst ihre volle Zustimmung zu dem vom Ministerium (in № V. der Zuschrift) ausgedrückten Proteste gegen das Vereinbarungsprincip zu erkennen gebe und daß sie außerdem das Ministerium ermächtige, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit Oesterreich über den Anschluß seiner nichtdeutschen Provinzen an Deutschland in Verhandlung zu treten.«

Man stellte weiter eine sorgfältige Wahrscheinlichkeitsrechnung über den muthmaßlichen Ausfall der Abstimmung an und sprach die besten Hoffnungen aus, war jedoch keineswegs ohne große Sorgen. Im Uebrigen wußten die kaiserlichen Organe bei Mittheilung des Gagern'schen Schreibens an den Ausschuß viel zu rühmen, wie gehalten und würdig es abgefaßt sei, und wie sich Gagern darin auf derselben klaren Höhe des politischen Standpunkts zeige, auf welcher seine stolze und ebenbürtige Antwort auf das Kremsierer Programm entsprungen u. s. f. Die Partei triumphirte ordentlich, als wäre ihr ein Sieg erfochten. Haym spricht davon (201 f.) wie die Note vom 28. December Gagern's Ueberzeugung von der Richtigkeit seines Plans nur bestätigt und bloß die Taktik desselben habe verändern müssen, und wie er nunmehr als ein geschickter Feldherr operirt u. s. f. woneben dann insbesondre das »tapfere und entschloßne Wort« gerühmt wird, die Hoffnung derer werde zu Schanden werden, die den starken Bundesstaat durch ein Surrogat des alten Bundestags zu ersetzen dächten. Allein er gesteht doch ein: »wir bedauerten, daß der Proposition vom 18. December jetzt nothgedrungen die schärfsten Spitzen abgebrochen waren.« War das der Fall, was konnte Beckerath's Versicherung im Kasino bedeuten daß das Ministerium »in allem Wesentlichen an dem Sinne der ursprünglichen Vorlage festzuhalten entschlossen sei!«

Gagern's ganze Position war handgreiflich noch viel schiefer und unhaltbarer geworden. Der Zweck weshalb er sie eingenommen war verfehlt, der Angriff parirt, und Oesterreich stand so, daß ihm Gagern von seiner Stellung aus durchaus nichts anhaben konnte. Sie war nicht die freundliche, welche sie geworden wäre, wenn er sich entschlossen hätte, ehrlich über einen annehmbaren Verfassungsplan zu unterhandeln, sie war eine nutzlos feindliche,

weil lediglich drohende, ohne die Mittel zu bieten der Drohung Nachdruck zu geben.

Es hätte in der ersten Abtheilung die Rede von Hansemann's mehrwöchentlicher Anwesenheit in Frankfurt sein sollen. Sie war nicht ohne Bedeutung, obwol ihr Zweck nicht erreicht wurde. Ich bin jedoch erst durch das Erscheinen seiner neuesten Schrift (das Preußische und Deutsche Verfassungswerk) wieder daran erinnert und auch an dieser Stelle kann füglich noch davon gesprochen werwerden. Er kam im Oktober: sollte es denn nicht möglich sein, fragte er sich, diese so gebildeten, so gelehrten, so patriotischen Männer der Frankfurter Versammlung für die Ueberzeugung zu gewinnen: daß die beanspruchte Souveränität der Deutschen National-Versammlung und die von derselben verfolgten ultraunitarischen Ideen unausführbar, folglich verderblich seien, und daß das vorgesteckte Ziel der Einigung Deutschlands nur erreicht werden könne, wenn die Versammlung sich auf den praktischen Standpunkt der gegebenen Verhältnisse stelle? »Ich habe zu viel in öffentlichen Angelegenheiten verkehrt, sagt er, und die idealistische Richtung der Deutschen — diese, wenn auf die Politik angewendet, so unglückliche Eigenschaft — ist mir zu bekannt, als daß ich die vorstehend an mich selbst gerichtete Frage geradezu hätte bejahen können; es war aber doch ein geringerer oder größerer Erfolg möglich, deshalb nahm ich keinen Anstand, nachdem ich mir zuvor genügende Ueberzeugung darüber verschafft hatte, daß mein Wirken in keiner Weise dem des eben eingetretenen Ministeriums Pfuel in Berlin und des Preußischen Bevollmächtigten Camphausen in Frankfurt Eintrag thun könne, — als Privatmann bei einflußreichen Mitgliedern der Deutschen National-Versammlung den Versuch zu machen, sie zu einer andern politischen Anschauung und zu einem nach meiner Ueberzeugung praktischern Verfahren als dem bisher beobachteten, zu bewegen. Der Zeitpunkt hierfür war um so wichtiger, als die Verfassungskommission damals eben ihre Arbeit über die 60 Paragraphen der Verfassung, das Reich und die Reichsgewalt betreffend, berieth und die Grundrechte kaum in erster Lesung beschlossen waren. Vor und während der Berathung jener Paragraphen in der Deutschen National-Versammlung habe ich in Privatunterhaltungen meine oben ausgesprochenen Ansichten mehreren angesehenen und einflußreichen Mitgliedern als begründet zu erweisen gesucht; insbesondere habe ich zu dem Ende das nach meiner Meinung zur Lösung der

Schwierigkeiten damals einzuschlagende Verfahren präcisirt und schriftlich jenen Mitgliedern, namentlich dem damaligen Präsidenten Heinrich von Gagern vor der Berathung in folgender Weise mitgetheilt.«

Seine Vorschläge finden sich S. 128 seiner Schrift. Sie gingen dahin, daß ein oberster Reichsrath — eine Trias — an die Spitze treten und ein engerer und weiterer Bund — freilich in einem anderen Sinne als dem, in welchem die National-Versammlung in ihrer zweiten Periode die Idee eines solchen zur Grundlage ihrer politischen Bestrebungen machte — errichtet werden solle. Wenn Oesterreich in den engeren Bund einträte, sollten der Kaiser und der König von Preußen den Vorsitz abwechselnd führen, bis dahin der letztere u. s. f. Die Grundgedanken waren: 1) daß die National-Versammlung ihre behauptete Souverainität sobald wie möglich selbst aufgeben solle; 2) daß sie zu dem Ende vorerst nur eine neue Organisation der Bundesbehörden beschließe und zwar einer solchen, von welcher damals erwartet werden konnte, daß sie allgemeine Zustimmung bei den Einzel-Regierungen finden werde; 3) daß man bei dieser Organisation von der Ansicht ausgehen müsse, Oesterreich und Limburg seien nicht in der Lage, in ein engeres Bundesverhältniß als dem durch die Bundesacte gegründeten, mit den übrigen Deutschen Staaten zu treten; 4) daß mithin durch die neue Organisation der Bundesbehörden ein engerer und ein weiterer Bund zu schaffen sei; 5) daß nach Lage der Verhältnisse Preußen die präponderante Stellung in der Exekutiv-Behörde des Bundes einzunehmen habe; 6) daß die, außer der Organisation der Bundesbehörden, in der Bundes-Verfassung noch vorzunehmenden Reformen nicht einseitig von der National-Versammlung, sondern gemeinsam mit den Staaten-Delegirten und der neuen Exekutiv-Behörde als Vertreterin sämmtlicher Regierungen zu beschließen sein.

Mir däucht, Hansemann hat Recht, wenn er sagt, vergegenwärtige man sich die damalige Lage Oesterreichs und der meisten übrigen Deutschen Regierungen, so sei es wahrscheinlich, daß der von ihm vorgeschlagene Weg — vielleicht mit einigen nicht sehr wesentlichen Modifikationen — ausführbar gewesen wäre — freilich vorausgesetzt daß die ganze gemäßigte Mehrheit der National-Versammlung ihre ganze Kraft daran gesetzt hätte. Gewiß, die Deutsche National-Versammlung würde einen für ihr eigenes Ansehen und ihren geschichtlichen Ruhm viel heilsameren Weg eingeschlagen

haben, wenn sein gut gemeinter und ihre und der Nation Ehre bezweckender Rath befolgt worden wäre, als durch das Festhalten ihres Souveränitäts-Anspruches und durch die Beschließung einer unausführbaren ultra-unitarischen und ultra-demokratischen Verfassung geschehen ist. Er war »so lebendig von den unheilvollen Folgen der in der National-Versammlung vorherrschenden Ideen der Souveränität und der Uebertreibung des Einheits- und Freiheits-Princips überzeugt, und empfand so tief die hieraus entspringende Herabsetzung der Nation in der Achtung des Auslandes, — welches staunend unsre ersten und geachtetsten Männer sah, wie sie in Frankfurt vereinigt, unstaatsmännisch und idealistisch ein unerreichbares Ziel verfolgten, und ein offenbar völlig unhaltbares Staatsgebäude entwarfen« — daß er sich »alle erdenkliche Mühe gab, die Männer der Reichsdoktrin mit Vernunftgründen, gestützt auf die wirklichen Verhältnisse, zu einer andern Ueberzeugung zu bewegen.« Er beschränkte sich daher nicht auf mündliche Vorstellungen, sondern schrieb noch im Oktober 1848 die kleine Schrift: »die Deutsche Verfassungsfrage.« Ihr Zweck war die Begründung und Rechtfertigung seiner Ansichten und Vorschläge. Bald nach seiner Ankunft in Frankfurt ersuchte ihn das Reichsministerium mit Welcker und Mosle als Kommissär nach Wien und Olmütz zu gehen, er lehnte jedoch den Antrag ab, weil sowol seine politische Stellung in Preußen als auch seine Ansicht über die Politik des Reichsministeriums einer Mitwirkung seinerseits entgegenstehe. Nach mündlichen Aeußerungen, fügt er hinzu, dürfe er annehmen, auch Camphausen sei damals seiner Meinung gewesen, daß die Oberhauptsfrage für einen engeren Bund in Deutschland nicht mit einheitlicher und erblicher Spitze zu lösen sei. Im Sommer hatte Camphausen abgelehnt, als man so sehr in ihn drang, daß er in das Reichsministerium eintreten möge. Es war ein bedeutsames Zeichen, daß die Preußischen Staatsmänner mit sehr wenigen Ausnahmen eine so spröde Stellung annahmen, aber die Reichspartei gab nichts darauf. Sie konnte nicht umhin Hansemann zu hören, ein gewisses Gewicht auf seine Stimme zu legen. Allein zu rechter Beherzigung kam es nicht. Er selbst und seine Vorschläge waren unbequem und man suchte mit so guter Manier als möglich daran vorüber zu kommen, oder sie wurden als »nüchtern« charakterisirt, was in Frankfurt so viel wie ein zureichender Grund zur Verurtheilung

galt: sie wurden als nüchtern u. s. w. auch wohl verächtlich behandelt und verhöhnt. In diesem Sinne ließ sich z. B. die Deutsche Zeitung darüber aus. Ich sah Hansemann's Bemühungen mit einer gewissen Spannung und den besten Wünschen, aber ungläubig zu. Ansichten wie die seinige fanden weder im Verfassungsausschuß noch in der National-Versammlung Anklang. Sie waren zu oft und wurden fort und fort mit einer Vornehmheit zurückgewiesen, welche nichts für sie hoffen ließ. Sie gediehen und konnten in der eigenthümlichen Frankfurter Atmosphäre nicht gedeihen. Hansemann konnte von Glück sagen, daß seine gute Natur diesen atmosphärischen Einflüssen widerstand statt ihnen zu erliegen, was fast durchgängig der Fall war bei den gesund eintreffenden Ankömmlingen wenn sie einige Zeit verweilten, auch wenn es Nichtabgeordnete, vorzugsweis freilich wenn es Abgeordnete waren, neu eintretende oder nach Abwesenheit von Wochen oder Monden zurückkehrende. Er trat der Partei, welche vor Allem darauf zielte, daß Preußen in einem engeren Deutschland an die Spitze komme, in Wahrheit nahe genug. Allein es geht nicht bloß den wider den nothwendigen Fortschritt sich stemmenden Regierungen mit der Revolution wie es mit der Sibylle ging. Das reichsgesinnte Deutsche Volk, insbesondre die Reichspartei in Frankfurt, machten die Sibyllenerfahrung auch hinsichtlich ihrer überspannten Einheitsforderungen. Hansemann mochte in seiner Schrift »die Deutsche Verfassungsfrage« noch so überzeugend über die Unheilsamkeit und Unausführbarkeit des Frankfurter Verfassungsprojektes sprechen, es half nicht und konnte nicht helfen, denn er sprach gegen Lieblingsideen, die Oberhauptserblichkeit, den »festgezogenen Bundesstaat,« die theuren Paragraphen 2 und 3 u. s. f. er traf auf eine unzerstörbare Machteinbildung, auf jenen Idealismus im Uebermaß bei den »besten und weisesten Männern,« dessen Verkehrtheit nachträglich noch in Weisheit zu verkehren selbst Haym's gewandter Feder und großer Mühe den Thatsachen gegenüber so schlecht gelingt. S. 44. der letzterwähnten Schrift sprach Hansemann z. B. davon, daß der Frankfurter Verfassungsentwurf als ein Versuch sich darstelle, eine viel größere und tiefer greifende Umwälzung der staatlichen Verhältnisse zu bewirken, als die im letzten Jahrzehend in Frankreich vollendete, wo doch nur Provinzen Eines Königreichs nivellirt worden, während hier Königreiche mediatisirt und nivellirt

werden sollten, nicht mit den Heeren eines Napoleon, sondern mit der Idee der Worte: Einheit Deutschlands *). »Gewiß reicht die moralische Macht der National-Versammlung nicht aus, um eine die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vernichtende Reichsverfassung weder in Preußen, noch in den meisten mittelgroßen Staaten Deutschlands, geschweige denn in Oesterreich, zur Geltung zu bringen. Und wenn nicht die moralische Macht, welche denn? — Die Bajonette regelmäßiger Truppen für solchen Zweck fehlen. Die Massen aber dafür in Bewegung und Aufruhr zu bringen, — vor dem Unrechtlichen und Frevelhaften dieses Gedankens werden diejenigen am entschiedensten zurückschrecken, welche die Einheit des Vaterlandes am meisten idealisch erstreben, und es braucht daher nicht des Hinweises darauf, daß ein solcher Versuch keine Aussicht auf Gelingen haben würde. Denn es werden die Ideen mit jeder Woche nüchterner und selbst die Ungebildeten im Volke sehen immer mehr ein, daß glückliche Zustände nicht durch das gewaltthätige Verfolgen phantastischer Pläne herbeigezaubert werden können.« So wahr das aber sein mochte, eine noch stärkere Realität in ihrer Art war die Phantasmagorie des Aberglaubens an die Zaubermacht der Idee der Worte: Einheit Deutschlands. Bei den Verhandlungen der National-Versammlung über den, so große Bedenken wegen dieser Zaubermacht hervorrufenden Beschluß der Berliner Versammlung vom 26. Oktober (Posen betreffend) erwiederte Beckerath auf die Frage, woher die Reichsversammlung die Macht nehmen werde ihre Ansprüche durchzusetzen: sie könne sich in zwei Richtungen begründen, nach der einen durch Appellation an die wilden Leidenschaften, nach der andern ruhe sie auf der wahren Volksgesinnung, der wahren Vaterlandsliebe, die nicht den Umsturz, sondern die Befestigung der Zustände wolle, damit die Freiheit und Einheit ge-

*) »Unbegreiflich, bemerkt Hansemann S. 143 seiner neuesten Schrift, ist fremden Staatsmännern, wie solche Pläne von einer konservativen Versammlung ausgehen können. In der That, um dies zu begreifen, muß man wissen, daß höchst ehrenwerthe Seiten des Deutschen Charakters, Schwärmerei und Gemüthlichkeit, zugleich diejenigen sind, welche uns die klare Beurtheilung politischer Verhältnisse erschweren. Der auf die Wirklichkeit der Dinge gerichtete Verstand der Engländer und Franzosen vermag unser Thun nicht zu fassen, weil ihnen jene Eigenschaften fast ganz abgehen, so daß sie für eine derselben nicht einmal einen Ausdruck in ihren Sprachen haben.«

deihe. »Darin liegt unsre Macht!« Er sprach vortrefflich gegen den Revolutionstrieb und dessen Tendenzen und Aeußerungen, die immer krankhafter und leidenschaftlicher würden, zum Zeichen, daß die »gute Sache« Boden gewinne und daß ihr der Sieg bevorstehe. »Es ist in dem Deutschen Volke, schloß er, zu viel gesunder Menschenverstand, als daß die Verblendung lange währen sollte, es ist zu viel Sittlichkeit in unserm Volke vorhanden, als daß es sich nicht bis in die untersten Schichten hin mit Abscheu wegwenden sollte von denjenigen, die die dämonische Zerstörungslust, die sie treibt, und den Unfrieden, der sie quält, äußern möchten in der Entzündung eines allgemeinen Weltbrands.« Also durch die »wahre Volksgesinnung und Vaterlandsliebe« glaubten diese trefflichen Leute und edelmüthigen Phantasten eine solche Revolution in gutem Frieden zu Stande bringen zu können in einer Zeit, erfüllt von solchen revolutionären Zuckungen und solchem offenbaren Mangel an Besonnenheit, Menschenverstand und Sittlichkeit in einem übergroßen Volkstheile. Welche hoffnungslose Verblendung auf ihrer Seite, neben dem Glauben, daß die untersten Schichten gar bald von der ihrigen zurückkommen würden! Daneben dann der lebhafte und ohne alle Frage ehrliche Abscheu gegen die dämonische Zerstörungslust, die Ueberzeugung von der gänzlichen Erfolglosigkeit und der tiefen Verwerflichkeit einer Appellation an die wilden Leidenschaften — und im friedlichsten Verein damit der Gedanke an eine zweite Revolution und Beschlüsse anarchischer, die letztere präparirender Art, wie die über die Publikation der Grundrechte, und eifriges Betreiben der Durchführung derselben als der »Deutschen Sache.« Aehnlich und gleich unüberwindlich war die Begriffsfusion, welche sich darin zeigte, daß eben Dieselben für Ordnung und Bestand sprachen, die Rechte und Ansprüche der Einzelstaaten geachtet wissen wollten, fort und fort einen Bundesstaat im Munde führten und einen solchen Verfassungsplan betrieben. Da half und konnte es freilich nicht einmal verstanden werden, wenn ihnen Hansemann noch so einleuchtend bewies, daß die Centralisation, welche sie anstrebten, eine übermäßige, den wahrhaft nützlichen und erhabenen Zweck der Deutschen Einheit weit überspringende sei, wie man sie auch in Nordamerika und der Schweiz nicht gewollt, daß für Deutschland der wirkliche Bundesstaat viel heilsamer sei, als der Einheitsstaat oder — was beinahe gleich — der nach dem Verfassungsentwurf und den Grundrechten centralisirte, die Selbstständig-

keit der Einzelstaaten vernichtende s. g. Bundesstaat, daß jener viel mehr Kräfte und Fähigkeiten für das Gemeinwohl und das öffentliche Leben entwickle und doch die Einheit zur Verfolgung der höhern Staatszwecke genügend herstelle u. s. f. Man hatte nun einmal weder Sinn noch Blick für das Mögliche, das erreichbare Gute, die wirklichen Verhältnisse und bekam ihn auch nicht.

Es war seit dem Oktober immer offenbarer geworden, daß eine ultraunitarische und ultrademokratische Verfassung sich nicht durchsetzen ließ. Wie ganz anders war die Lage Oesterreichs und der meisten andern Regierungen geworden. Sie hatten die Macht und klärlich auch den Willen zu widersprechen. Die Stellung der National-Versammlung zu ihrem Verfassungsentwurfe hatte durch die neueste Oesterreichische Erklärung die wesentlichste Aenderung erlitten. Man wußte, Oesterreich und Preußen unterhandelten bereits über einen Entwurf ganz anderer Art. Es wäre in der That die höchste Zeit gewesen, und die neueste Oesterreichische Erklärung bot das genügendste Motiv um auch mit Ehren den Rückschritt thun zu können, das Verfassungsprojekt, sofern es einen konstitutionellen Einheitsstaat mit einem erblichen Oberhaupt bezielte, aufzugeben und entweder einen neuen Plan nach der Idee einer Reform auf der Grundlage der Bundesverfassung zu verfolgen, oder wenigstens den zum ersten Male beschlossenen Entwurf bei der zweiten Berathung dahin abzuändern, daß dabei eine Verfassung für einen richtig verstandenen und ehrlich gemeinten wirklichen Bundesstaat herauskam, also etwas zu produciren, worauf einzugehen die Regierungen muthmaßlich geneigt waren, worauf sie jedenfalls eingehen, wozu sie wenigstens am allerersten genöthigt werden konnten. Auf unsrer Seite wurde gesagt, man sollte im Grunde herzlich froh sein, einen solchen Anlaß bekommen zu haben, das schwindelnde, in alle Wege zu der dermaligen Gestaltung der Verhältnisse nicht mehr passende Verfassungsprojekt, das schon im Ursprunge und der Anlage zu hoch über die Wirklichkeit derselben sich erhoben, fahren lassen zu können. Wir waren überzeugt, daß der bei Vielen im Deutschen Volke allerdings dafür vorhandene Enthusiasmus wenig intensive Kraft besitze, daß die »Nation« nicht entfernt seine Verwirklichung fordre oder seine Ausführung allenfalls erzwingen werde. Wir sahen mit unsäglichem Bedauern Gagern und seine Partei sich anschicken, ihre Pläne mit vergrößertem Eigensinn und steigender Leidenschaftlichkeit zu verfolgen. Uns blieb nichts übrig

als der wenig hoffnungsreiche Versuch, durch Hinwirken auf Ermäßigung der maßlosesten Bestimmungen des Verfassungsentwurfs zum wenigsten Einiges zur Lösung der Aufgabe zu thun, von welcher wir glaubten, daß sie nach der Lage der Dinge der National-Versammlung obliege. Wie sehr aber wurden uns die Wege und die Aussichten versperrt durch die neuesten Gagern'schen Erklärungen! Der Charakter der künftigen Verfassung ist gezeichnet, die National-Versammlung wird wesentliche Aenderungen nicht beschließen —, die Hoffnungen, wo sie auftauchen möchten, den projektirten Bundesstaat durch ein, der alten Bundesverfassung mehr oder minder ähnelndes Surrogat zu ersetzen — diese Hoffnungen werden zu Schanden werden! Welche Voreiligkeit, welch ein arges Vorgreifen welch ein Braviren! War die Macht der Verhältnisse aus der Welt entschwunden? Wozu denn eine zweite Lesung, wenn schon die Beschlüsse der ersten als bindend angenommen werden mußten? Die theoretisirende Versammlung sollte also nicht zur Besinnung, zur Berücksichtigung der wirklichen Dinge kommen, man sollte gar nicht daran denken dürfen, die Verfassung so einzurichten, daß sie allenfalls auch für Oesterreich paßte, daß sie den Königreichen annehmbar wurde, daß sie der eines wirklichen Bundesstaats näher kam — alle dahin zielende Vorschläge waren durch eine wohlfeile, aber durch das Vorurtheil der Menge und das Ansehen eines so hochgeehrten Urhebers mächtige Phrase von vornherein verdächtigt, verfehmt, geächtet, der ruhigen Prüfung entzogen. Jedes noch so verständige und berechtigte Bestreben derjenigen, welche die Brücke zur Anknüpfung an das durch Geschichte und Recht Gegebene suchten, jede in den Augen der Reichspartei irgend wesentliche und also unzulässige Aenderung des Charakters der Verfassung, wie sie in erster Lesung beschlossen worden, war dadurch wesentlich erschwert. Am wenigsten durfte die Rede sein vom Aufgeben der §§. 2 und 3 oder der einheitlichen Spitze, die bereits als so gut wie beschlossen angesehen wurde. Alle solche Aenderungen lieferten ein der alten Bundesverfassung »mehr oder minder ähnelndes Surrogat.« Und wie ganz kopflos, als wäre es auf Vereitelung des Verfassungswerkes und auf Zugrundrichtung der National-Versammlung abgesehen! Man hatte doch jene Erfahrungen bei Verkündung des Gagern'schen Programms gemacht, man glaubte an eine mächtige Koalition dawider, fürchtete sie jedenfalls. Den Oesterreichern und allen Denen, welche Oesterreich bei Deutschland

erhalten zu müssen für eine politische Nothwendigkeit und das Frankfurter Verfassungsprojekt ohnehin für eine politische Fehlgeburt hielten, war dadurch, daß die Saiten so straff gespannt wurden, daß ein Mann wie Gagern so laut verkündete, das Deutsche Volk wolle den in erster Lesung beschlossenen centralisirenden »Bundesstaat« und man werde von den Beschlüssen der ersten Lesung nicht wieder abgehen, und auch keine Vereinbarung zulassen, während er doch diese Beschlüsse als ein unübersteigliches Hinderniß des Hinzutretens von Oesterreich bezeichnete — es war ihnen dadurch fast zur Nothwendigkeit gemacht, Falls sie weiter nichts vermöchten, doch mit allen Kräften ein zweites Beschließen dieses sogenannten Bundesstaates zu verhindern, das ihnen jetzt so viel sein mußte als unfehlbares Scheitern der ganzen Aufgabe der National-Versammlung. Zum Theil erfolgte so etwas; doch weitaus nicht in der Allgemeinheit noch in der Maße und Weise, wie von der Reichspartei anklagend und wehklagend behauptet wurde, was jedoch nichts war als eitle Thorheit, sofern es begründet, und böses Gewissen, sofern es nicht begründet war *). Wir werden die Beweise erhalten, daß in der Gegenpartei der Gedanke lebendig blieb, es solle lieber etwas Unvollkommenes und Unerwünschtes zu Stande kommen als gar nichts und daß es gerade die Kaiserlichen waren, welche eher das ganze Verfassungswerk scheitern als von ihrem Verfassungsplane ablassen wollten, ja daß sie dies zum ausgesprochenen Parteiprincip erhoben. Gagern machte damit durch seine jetzigen Aussprüche den Anfang. Es ist eine bekannte Eigenheit unseres Volkes, wenn es Ansichten oder Forderungen sich einmal zu eigen gemacht, sich dermaßen eigensinnig darin zu versteifen, daß es nicht leicht wieder herausfindet, mögen sich dieselben als noch so falsch und unerfüllbar erweisen, und wenn es ein phantastisches Ziel in's Auge genommen für das *mögliche* Gute blind zu sein. Bei dieser Deutschen Art haben in seiner Partei und in großen Kreisen jene Erklärungen Gagern's für unerfüllbare Einheitsforderungen, für unmögliche Verfassungsformen und wider jede mag seine minder vollkommene, aber doch auch zum Ziele führende

---

*) Wo und wiefern es begründet war, werde ich es seines Ortes mit voller Aufrichtigkeit angeben. Ich bemerke dies hier, weil sich vorerst noch kein Anlaß zu Angaben dieser Art darbietet, sondern nur Anlaß, dem zu widersprechen, was auf kaiserlicher Seite geträumt und gelogen wurde.

mögliche Form unselig eingewirkt. Der unpraktische principreiterische Eigensinn der Radikalen, fort und fort auf der unmöglichen Reichsverfassung zu bestehen, hat auch noch andere Gründe; der ihm gleiche Eigensinn der Reichspartei und ihres Anhangs, lieber auf die mit so großen Worten proklamirte und geforderte Einheit Deutschlands, lieber auf die eben so laut begehrte Machtstellung zu verzichten, lieber in einen Sonderbund, in Preußische Vasallenschaft sich begeben, die abscheulichen Zeiten der Unionen und Liguen wieder heraufbeschwören als auf das einheitliche Oberhaupt verzichten zu wollen — er ist Folge des schon zuvor angeschlagenen Tons, den Gagern durch jene Erklärungen mächtig verstärkte. Denn ein nicht unbedeutender Theil des Volkes der Denker, das in dieser Zeit zu nichts weniger aufgelegt und befähigt war, als in politischen Dingen zu prüfen und selbstständig zu urtheilen, das vielmehr mit Leidenschaft politisirte und fast überall blind nachtrabte und schrie, hatte sich in Schwärmerei für ihn hineingeschwärmt und sagte: der Meister hat gesagt! Es war in der That eine kurzblickende Weisheit, die Partei und den Anhang mehr und mehr mit überspannten Ideen und Forderungen zu erfüllen und auch die Regierungen ein für alle Mal durch eine Drohung zurückzuscheuchen, Falls sie früher oder später in die Lage kamen, mäßigere Anerbietungen zu machen. Dieser Weisheit glich nur das an Perfidie streifende Unrecht, womit man, nachdem man Alles im Voraus verworfen, beschmutzt und beschimpft hatte, was die Regierungen bieten konnten, nachdem man die Souveränitätsproklamation durch die Behauptung zu rechtfertigen gesucht, daß eine Einigung mit den Regierungen unmöglich sei, und nachdem die »Weisesten und Besten der Nation« die Vertreter der letztern doch auch nicht wahrhaft zu einigen vermocht, späterhin sagte: die Regierungen wissen gar nichts vorzuschlagen, oder: seht ihr, wir haben es vorhergesagt, sie können sich unter einander nicht einigen! *)

*) Dies bringt Haym abermals in seinem »Schlußbericht« (S. 30) vor. Wie wir zuvor »immer schon davon gesprochen«, spricht er darin mit wirklich erstaunenswerther Dreistigkeit von der Koalition der Direktorialisten mit der Linken wie von einer erwiesenen Sache, ohne, nachdem er vorhin den Beweis schuldig geblieben, nachträglich auch nur eine einzige Thatsache anzuführen, wodurch jene Koalition konstatirt würde. Er spricht mit Verachtung, Abscheu, Entrüstung von dieser Verbündung, und legt mit derselben Dreistigkeit dar, als wenn es Tugend gewesen wäre, daß

Ein vorsichtiger und kluger Führer denkt doch auch auf den möglichen Fall, daß eine Seitenbewegung, ein Rückzug nothwendig werden könnte und hält einen Weg dazu offen. Gagern versperrte ihn sich und seinem Heerhaufen. Was er that war so viel als die Brücke hinter sich verbrennen, aber wer dies thut muß Kortes sein. Man darf, man soll auch kühn sein können, aber nur nicht bloß in Worten, Plänen oder Anläufen. Wenn nun — und es war so — nur eine dem alten Bundestage irgendwie »ähnelnde« Verfassung als möglich und das Frankfurter Projekt als unmöglich sich erwies, was konnte, was mußte das Ergebniß solchen Vorangehens sein? — Eben das, bei welchem wir angelangt sind.

Wenn Gagern beabsichtigt hatte, Klarheit in die Sache zu bringen, so mußte nach diesem Allen die Absicht durch sein Schreiben an den Ausschuß noch weit mehr wie durch sein Programm als verfehlt angesehen werden. Allein seine Politik war ganz geeignet, Alles noch weit mehr zu verwirren und den Abschluß zu erschweren, weiter und vielleicht am meisten dadurch, daß er, gerade als es die höchste Zeit war, den Rückweg zur Vereinbarung

---

und wie und wann und wo die Kaiserpartei in Verbündniß mit der Linken getreten, und wie dies Verbündniß ein ganz unehrliches gewesen, gar nicht habe bestehen können und wo, wie und wann es sich wieder aufgelös't habe. Es ergiebt sich daraus, daß es der Kaiserpartei nicht gelungen, eine wahre Einigung in der National-Versammlung zu Stande zu bringen, obwol sie kleine Mehrheiten zum Abschluß der Verfassung — einer unmöglichen — erzielte. Ihr eigensinniges Bestehen auf dem Kaiserplane, ihr eben so eigensinniges Verwerfen der Vereinbarung war handgreiflich die Ursache des Scheiterns, und doch fordert Haym wörtlich, daß man den »Eigensinn der National-Versammlung« nicht bloß begreifen, sondern ihn auch »schätzen« lernen soll. Zur Unterstützung seines Satzes, wie viel schwerer Regierungen sich verständigen als die Vertreter der Nation, zieht er herbei, daß man sich nicht habe entbrechen können, den Forderungen Baierns und den Wünschen der kleineren Regierungen gegenüber, in ganz gleicher Lage an dem Ganzen der Bedingungen des Dreikönigsbündnisses festzuhalten. Während aber die Wünsche der ohnmächtigen kleineren Regierungen so gut wie gar nicht in Betracht kamen, führte das Dreikönigsbündniß zur Einigung eben deshalb nicht, weil man den Forderungen Baierns gegenüber an dem Ganzen desselben festhielt, und dies that Preußen, weil es eigensinnig, wie in Frankfurt die Kaiserpartei, namentlich auf der erbeinheitlichen Oberleitung bestand, was die Gothaer von ihm forderten und um den Gothaern den Gefallen zu thun, obgleich freilich auch nicht um ihrer Willen.

zu suchen, so schroff, gleichfalls bravirend, das Princip derselben verwarf. Freilich sollte der Weg der Verständigung nicht geradezu ausgeschlossen sein, allein nach dem ganzen Zusammenhange war doch Festhaltung des souveränen Standpunkts der National-Versammlung gemeint und mit dem, was von Verständigung daneben gesagt war, war nichts gesagt. Wenn Gagern die Vereinbarungstheorie »als einen Frevel weit von sich stieß und nichtsdestoweniger die Verständigung zugestand«, so wollten Manche damals »nur einen getreuen Abdruck der Talleyrand-Metternichschen Diplomatie, die die Welt lange genug mit ihren Wortspielen geäfft«, darin finden. Dies war zu viel. Es lag zunächst eher eine bloße Unklarheit darin, die man um so mehr anzunehmen geneigt sein wird, wenn man mit den hier in Rede stehenden Aeußerungen vergleicht, wie er sich ähnlich und doch nicht übereinstimmend verschiedentlich über die Souveränität, die Stellung und Bedeutung der National-Versammlung beim Verfassungswerke ausgesprochen.

Am 29. März sprach er in der Darmstädtischen Kammer den Fürsten die Initiative beim Verfassungswerke zu. In der ersten Abtheilung ist S. 121 angeführt, wie er sich aussprach nachdem er zum Präsidenten gewählt war, S. 149 wie er am 24. Juni in der National-Versammlung, S. 234 wie er in Bremen sich äußerte. Am 21. Mai, also zwei Tage nach seiner Präsidentenwahl, sagte er in der Kammer zu Darmstadt, damit daß man eine solche Versammlung eine konstituirende nenne, sei nicht ausgesprochen, daß sie allein konstituire, denn es habe nie eine konstituirende Versammlung gegeben, ohne daß eine Regierung neben ihr bestanden hätte, die auf den Gang der Verhandlungen Einfluß nehmen müsse, und so würden auch in Deutschland die Regierungen sich mit den Vertretern der Nation in Berührung setzen, um das Verfassungswerk zu Stande zu bringen. Beim Dombaufeste sagte er: »Die National-Versammlung vertraut fest auf die Unterstützung Ew. Majestät bei dem Bau der Einheit, der unternommen ist und den die Nation ausführen wird.« Sehr zutreffend ist daran erinnert worden, daß man auch in England am 19. März 1648 eine Deklaration der Volksrechte verfaßte und im ersten Artikel derselben die Volkssouveränität proklamirte, daß Königsmord, Republik und Rumpfparlament schmachvollen Angedenkens folgten und England, das Land der praktischen Freiheit, die Lehre aus seiner Geschichte zog, unter Nationalsouveränität König und Parlament zu verstehen.

Auch Gagern meinte, nur aber nicht nach allen seinen Erklärungen, die Regierungen und die National-Versammlung, und was er bei den neuesten meinte, war ihm selbst entweder nicht klar, oder er hatte im Sinn: die National-Versammlung allein, und dies ist das Wahrscheinliche. Die Konstitutionellen sagten ja stets: bloß berathende Stände sind keine Stände; aber ebenso fallen auch die Regierungen neben einer konstituirenden Versammlung hinweg, wenn sie zur Verständigung, aber nicht zum Vereinbaren zugelassen werden. In Gagern's Erklärung gegen die Vereinbarung lag sodann abermals die vollkommenste Verkennung der Machtverhältnisse, eine fast unbegreifliche Ueberschätzung der Kräfte seiner Ideen, seiner Partei, der National-Versammlung. Seit dem Tage der Abstimmung über Gombart's Antrag hatte die Lage sich schon wieder so wesentlich durch die neueste Oesterreichische Erklärung verändert, die den Anlaß zu Gagern's Aeußerungen gab. Man hatte es jetzt schwarz auf weiß, daß Oesterreich seine Macht gegen das Frankfurter Verfassungsprojekt zu setzen gedenke und seinen Vereinbarungsanspruch allenfalls durchfechten werde. Die Erklärung des Ministerpräsidenten enthielt bei mangelnden irgend zulänglichen Mitteln zur Kriegführung eine Kriegserklärung gegen die Regierungen, insbesondere gegen Oesterreich und schon dadurch eine Saat der schwersten Verwicklungen. Was sollte denn, was konnte anderes daraus werden, als der gefährlichste, Alles von Neuem in Frage stellende Konflikt, wenn die Versammlung fortfuhr, ohne Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse die Verfassung zu berathen und endgültig, wie sie meinte, festzustellen, und wenn dann die größeren Staaten sich nicht fügten und Abänderungen in Anspruch nahmen, wenn insbesondere Oesterreich auf die Bundesverträge sich berief und sich an die Staaten als an seine Mitkontrahenten hielte, die sodann, selbst wenn sie sonst nicht gewollt hätten, um ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, gleichfalls Modifikationen fordern mußten. Wie konnte man hiernach von der Annahme des ministeriellen Programms hoffen, daß die Absicht einer klaren Gestaltung des Verhältnisses zu Oesterreich werde erreicht, die Schwierigkeiten, die es zur Sprache gebracht, auch wirklich würden gehoben werden? Der National-Versammlung war Selbsterkenntniß und Mäßigung nöthiger als je, nöthiger als je war es zum Gelingen ihrer Thätigkeit, daß sie kluge, den Regierungen zur Vereinbarung entgegenkommende Schritte that. Ga-

gern erkannte die sich erhebenden Schwierigkeiten und bestärkte die Versammlung in ihrem Verfahren, jede Vereinbarung abzulehnen, wie bei den Grundrechten jeden Versuch einer Regierung, die Bedürfnisse und Interessen eines besonderen Staates geltend zu machen, mit völliger Nichtbeachtung zu beantworten, und zu erwarten, daß zuletzt alle ohnmächtig genug sein würden, alles annehmen zu müssen; er bestärkte die Versammlung in ihrer Allmachtseinbildung, einem wesentlichen Theile der Schwierigkeit, und setzte nichts dagegen ein, als eine Drohung, die entweder zu einer ganz leeren werden und die National-Versammlung kompromittiren, oder wenn versucht wurde, sie zur Ausführung zu bringen, Deutschland in Zerrüttung stürzen mußte. Die ganze Rechnung hatte nicht einmal rechten Sinn, wenn sie nicht auf Krieg gegen Oesterreich und auf Rebellion gegen die übrigen Regierungen, sofern sich dieselben nicht fügten, gestellt war. Es war auch immerfort der Fall, ohne daß man sich eben völlig klar darüber gewesen wäre, und indem es der Fall war, hatte die Rechnung, angesehen die Macht der Regierungen gegenüber der National-Versammlung doch auch wieder keinen rechten Sinn. Am 13. Januar wurde in der ministeriellen Zeitung ganz gescheidt davon gesprochen, wie die National-Versammlung mit Zustimmung der Fürsten berufen worden und wie diese die Autoritäten in ihrem Lande geblieben; wie nicht viel Selbstüberwindung dazu gehöre, in Anerkennung dieser Thatsachen und ihrer Konsequenzen den Principienstreit zu vermeiden und zu trachten, daß eine materielle Verständigung herbeigeführt werde, und wie es deshalb eine Nothwendigkeit, daß die Bevollmächtigten mit dem Reichsministerium zusammenträten. Aber es fehlte auch an der geringen Selbstüberwindung und wir sahen oben, was das Reichsministerium sich bei einer Verständigung im Zusammentritt mit den Bevollmächtigten dachte. Auch wurde in der ministeriellen Zeitung angegeben, was man davon erwartete: man wollte »in Erfahrung bringen,« welche Bedenken die Regierungen bei dem Verfassungsentwurf hätten; und unmittelbar darauf hieß es weiter, die Hauptbedenken bezögen sich auf das einheitliche und erbliche Oberhaupt, wodurch für die Dynastien am besten gesorgt sei; lehnten sie die Wohlthat ab, nun gut, so führe ein getheiltes und also schwaches Oberhaupt am Sichersten zum Untergange der Einzelstaaten und zu einem Einheitsstaate, — freilich auf dem Wege der Revolution, die dann von Neuem beginnen

werde; allein die Schuld treffe die kurzsichtigen Vertreter dynastischer Interessen und jene Partikularisten, deren öffentliche Schule noch zu kurz gewesen, um sich bis zur Erkenntniß der unabweisbaren Bedürfnisse einer wahren Einheit Deutschlands durchzuarbeiten u. s. w.

Aber wie sollte eine Verständigung möglich sein bei solcher Anmaßlichkeit und Exklusivität des einen Parts? — des Parts, der seine eigene Neulingschaft im politischen Urtheilen und Handeln eben dadurch erwies, daß er so übermüthig und so verrannt im eigenen falschen Wege sich zeigte und stets mit der Revolutionsdrohung bei der Hand war, eine Stümperhaftigkeit und Armseligkeit, der nur die an Raserei grenzende Thorheit gleich kam, das Volk in dem Wahne zu bestärken, als könne es sich helfen oder als könne ihm dadurch geholfen werden, daß es drein und Alles in Scherben schlage. Und was endlich den Rath des ministeriellen Organs betrifft, den Principienstreit zu meiden, so war er unstreitig ein kluger Rath, denn der echte Staatsmann hütet sich, ohne Noth Principien auszusprechen, besonders solche, wobei er nicht gewiß ist, daß er sie wenigstens in der nächsten Zukunft werde behaupten können; allein der kluge Rath kam am 13. zu spät, denn am 5. hatte der Ministerpräsident den Principienstreit neu angefacht und noch dazu ein Princip mit Eklat ausgesprochen, mit dessen Durchsetzung es eben jetzt mißlicher stand als je. Wo konnte denn Gagern die Macht erblicken zur Durchführung des Souveränitätsanspruchs der National-Versammlung? Das war nun das Allerärgste und Beklagenswertheste, sie konnte nur erblickt werden in einer Verbündung mit den radikalen Elementen und deren Tendenzen und Kräften, und hier suchte sie Gagern. Je weniger klug, je weniger es anderweit genügend motivirt war, mit einem solchen **Quos ego** gegen die Vereinbarung hervorzutreten, desto weniger kann man zweifeln, daß es geschah, um zunächst die radikale Mehrheit des Ausschusses und sodann die linke Seite des Hauses zu gewinnen *).

---

*) In seinem Schlußbericht (S. 32) davon redend, was nach der Ablehnung des Königs zu thun gewesen, sagt Haym, »noch bestand zwischen uns und der Linken jenes Bündniß, welches am Nachmittag des 27. März als eine völlige Eintracht der beiden Parteien sich dargestellt hatte. Die Formel der Eintracht war die Verwerfung der Vereinba-

Von unserer Seite wurde nicht verfehlt aufmerksam auf den Mißgriff und die sicher kommenden Folgen zu machen, daran zu erinnern, daß man selbst in die Sünde verfalle deren man Andre mit großer Entrüstung bezüchtige, daß man der vermeinten und gefürchteten Koalition der Oesterreicher mit der Linken mit allem Ernst entgegentreten, dem Unwesen und Verderb der Transaktionen verwerflicher Art durch das beste Mittel, nämlich Beispiel, zu steuern suchen möge, daß man aber nothwendig die Linke zur Herrin der Beschlüsse mache, wenn man, vermeinend daß es von einer andern Seite geschehe, selber um ihre Stimme buhle; daß man selbst im schlimmsten Fall mehr gewinne als verliere wenn man dies verschmähe. Die Flugblätter brachten damals eine Reihe von Artikeln über die Oberhaupts- (und die Oesterreichische) Frage, auf welche wir zurückkommen, Artikel worin noch einmal Alles aufgeboten wurde, die Gagern'sche Partei vom ganz Unpraktischen ihres Verfassungsprojekts und des souveränen Standpunkts zu überzeugen. Noch die Nummer vom 10. Januar enthielt einen derselben. Indeß schrieben wir ohne sonderliche Hoffnung unserer Ansicht Eingang zu verschaffen, so daß uns auch wenig Hoffnung zu Schanden wurde. An ein eigentliches Erwägen und Prüfen war bei den zahlreichen Exaltirten nicht mehr zu denken, und die Exaltation hatte wie gesagt sich auch vieler sonst ruhiger und gemäßigter Männer bemächtigt. Sie waren wie verhext, wie durch einen Zauber in ihren dermaligen Ideenkreis gebannt, der auch noch immer Mehre einnahm, die bisher unbefangen geblieben waren. Zu ihnen gehörte Raumer, als Typus von nicht Wenigen, so principfest sie sich wähn-

---

rung und das Anerkennntniß von der Rechtsbeständigkeit der ganzen, untheilbaren Verfassung.« Die erste Hälfte der Eintrachtsformel war also jetzt schon gefunden. Auf den politischen Kalkül der Kaiserpartei wirft ein Geständniß noch ein helles und grelles Licht, das Haym ebendort S. 3 sich entschlüpfen läßt. »Der ganze Plan der Verfassung war so berechnet, daß er den mächtigsten Staat, statt durch Vereinbarung, durch das Interesse der Herrschaft auf unsere Seite bringen mußte«. Mußte! darin trog man sich ja eben. Die Rechnung war also falsch, und wurde eben auch dadurch falsch, daß man durch Verwerfung der Vereinbarung, Liebäugeln mit der Revolution, Verbündniß mit den Revolutionärs tiefes Mißtrauen in Berlin gegen sich erweckte. Wäre es wörtlich wahr, was Haym da von der Anlage des Verfassungsplans sagt, so würde ich zurücknehmen müssen, was ich gegen den Vorwurf der Unaufrichtigkeit gesagt, den man den Urhebern jenes Planes gemacht hat.

ten. Da beschreibt er am 8. Januar den Eindruck der Debatten im Frankfurter Parlament über die Auflösung der Preußischen National-Versammlung. Diese erste ernste Sitzung, welcher er nach seiner Rückkehr von Paris beigewohnt, habe seine traurigsten Befürchtungen nur zu sehr bestätigt. »Welch ein Mangel an Unbefangenheit, Mäßigung, Wahrheitsliebe; welche gehässige Leidenschaften, welches Verläugnen und Zurückweisen aller Liebe und Versöhnung! Und aus der Hexenküche solcher Bestandtheile soll Deutschlands neue und größere Freiheit hervorgehen!! — Diesmal zerstörte das Ungemäßigte sich selbst, und es kam zu dem besten Ergebnisse und Beschlusse; — nämlich zu gar keinem!« Aber im Spiegel des Mikrokosmus der National Versammlung waren die Zustände eines beträchtlichen Theils der Nation zu erblicken, und was lag bei solchen Wahrnehmungen näher als der Schluß, daß es zu gar keinem Ergebniß kommen werde, wenn nicht noch über Nacht besserer Rath kommen sollte, wonach man sich auf ein mäßigers Ziel beschränkte. Ohnehin war Raumer ganz und gar kein Freund der Frankfurter Verfassungsmacherei. »Zeither fährt er fort, hat man sich in Frankfurt meist mit bloßen Allgemeinheiten beschäftigt und, ich möchte sagen, mit unbenannten Zahlen gerechnet. Nun zu dem Abstracten das Concrete, zu der leeren Allgemeinheit der besondere Inhalt hinzukommen soll, und Alles sich in Fragen um bestimmte Landschaften und Personen verwandelt; — da zeigt sich Mangel Deutscher Ideologie, und praktische Ungeschicklichkeit.« Indeß sei Tadeln leichter als Bessermachen, die Aufgabe riesengroß, Rom nicht in einem Tage gebaut und man habe doch eine Grundlage, auf welcher sich fortbauen lasse, tröstet er sich und nennt als solche — die Grundrechte! Sodann der Nachhall, ein Stück unseliger Wirkung jenes Haupttrumpfs der Reichspartei: die Auferstehung eines etwas veränderten Bundes sei völlig unmöglich, er würde bald ein zweites Mal in viel furchtbarerer Weise vernichtet werden u. s. f. und man sieht, an das Dritte eines recht sehr veränderten wesentlich erneuerten ob auch freilich dem alten immer noch »ähnelnden« Bundes denkt auch Raumer nicht oder weiß es auch seinerseits nicht mehr vom vormaligen Bunde zu unterscheiden. Die Franzosen sagen, schreibt er am folgenden Tage, die Frankfurter Versammlung werde nichts Gescheidtes zu Stande bringen, werde nur einen neuen Streit herbeiführen zwischen Oesterreich und Preußen, Katholiken und Protestanten, Nord- und Süddeutschland, und dann

entschieden und regierten sie. Allein wir können uns doch auch einigen. Die Centralisition darf freilich keine Französische sein, muß Stämme und Staaten berücksichtigen und am Leben lassen. Die Hauptschwierigkeiten kommen von den großen Staaten. So lange man sich an Allgemeinheiten ergötzte, war es schon gut. Als nun aber die Hauptfrage nicht länger zu umgehen war, wer Kaiser werden solle, fuhr Alles auseinander. Scheidet Oesterreich aus dem Bunde aus oder tritt es nur in ein loseres Verhältniß, so ist Einheit und Macht Deutschlands nicht vermehrt sondern verringert. Es wird sich Preußen, Preußen wird sich ihm nicht unterwerfen, wenn der Kaiser so große Rechte erhält, als man ihm hier zuweisen will u. s. f. Mit einem Worte, Raumer sieht schlechterdings keinen wegsamen Ausweg, weil er gleich vielen Andern von der Voraussetzung des Verharrens beim Frankfurter Verfassungsprojekt nicht loskommen kann, er erwähnt nur nochmals, wie deshalb Manche in diesen Nöthen mit einem kräftigern Bundestage (richtiger mit einer Reform auf der Grundlage der Bundesverfassung) sich begnügen möchten, was ihm aber »gewissermaßen« ein Rückschritt zu sein scheint, und kommt dann darauf, daß Andere das einzige Rettungsmittel darin erblickten, daß Preußen an die Spitze gestellt werde. Dies war der Gang den die Dinge genommen. Die Verfassung war so angelegt, daß nur Letzteres als Schlußstein dazu paßte, und als sich die National-Versammlung in das Netz verstrickt hatte, erklärten sich viele gar nicht damit Einverstandene für den Preußischen Kaiser, weil sie das »einzige Rettungsmittel« um nur überhaupt zu einem Ziele zu kommen darin erblickten. Noch erklärt sich Raumer nicht dafür, bald finden wir ihn unter den eifrigsten Kaiserlichen. Bei ihm und Andern wirkten dahin sehr beträchtlich dann insbesondere auch der Lärm und die Deklamationen gegen Zurückführung des alten Bundestags und jedes »Surrogat« desselben in Verbindung mit der höchst eifrigen, auch gelegentlich zudringlichen Propaganda der Kaiserpartei, von welcher wir Haym sprechen hörten. Im Uebrigen bemerkt Letzterer, die dem ministeriellen Programm jetzt hinzugefügten Modifikationen seien dieser Propaganda zu Hülfe gekommen, indem sie geeignet gewesen wären, manchen »Schwankenden und Bedenklichen« mit den Absichten des Ministeriums auszusöhnen; Alle die nicht Willens Gagern zu stürzen, aber auch Oesterreich nicht so kategorisch hätten aufgegeben wissen wollen, Mitglieder insbesondre des Pariser Hofs, hätten jetzt

als gewonnen für das Programm betrachtet werden können. Dies ist zum Theil richtig: indeß waren wir doch aber mit den »Absichten« des Ministeriums keineswegs ausgesöhnt, sondern glaubten nur bei den Oesterreichischen Unterhandlungen seinen Willen gehemmt und sein Vermögen zu schaden verringert.

Der Ausschuß konnte nicht lange mehr zögern nach dem Anstoß, den er durch Gagern's Schreiben vom 5. Januar erhalten. Dann mußten die Verhandlungen bald beginnen. Wir sahen dem mit Spannung, aber auch einer Art stummer Ergebung entgegen. Die lithographirte Korrespondenz sagte am 8. Januar: »Die Alternative, welche der National-Versammlung gestellt ist, ist nicht, wie vielfach behauptet wird, die: ob ein Bundesstaat mit oder ohne Oesterreich errichtet werden soll, sondern die: ob ein Bundesstaat ohne Oesterreich, oder gar kein Bundesstaat gegründet werden soll, ob wir einen festgeschlossenen, kräftig regierten Deutschen Staat erhalten oder zu einer verbesserten Auflage des Bundestages zurückkehren sollen. Das Letztere kann die Majorität der National-Versammlung nicht wollen, wenn sie nicht dem Aufstreben des Deutschen Volks zu kräftiger Einheit in unverantwortlicher Weise entgegen zu treten gesonnen ist.« Was wir für allein möglich hielten, war in der National-Versammlung unmöglich, wo die Gagern'sche Partei und die Linke übereinkamen in der Scheu und Nichtachtung des Rechtes und des Rechtgemäßen, worin sie den festen Boden des geschichtlich und rechtlich gegebenen und alles Aufbauen auf demselben verschmäheten, um einen Standpunkt einzunehmen, der so gut wie gar keiner war, und um in die Luft zu bauen *).

---

*) In seinem Schlußbericht läßt Haym (S. 141 f.) strengen Tadel über diejenigen Mitglieder seiner Partei ergehen, welche im Mai von letzterer sich trennten und unklug und voreilig austraten. Von den Preußischen Abgeordneten, führt er aus, durfte die meiste Anhänglichkeit an das Reich gefordert werden, und die einzeln und voreilig Austretenden gehörten fast ausnahmlos Preußischen Wahlbezirken an, und Raumer war einer derselben, er, der noch vor Kurzem mit prahlendem Muthe gegen den Vorschlag der Vertagung geeifert und in alle Stammbücher: Nil desperandum! schrieb. So urtheilt Haym über die »Anhänglichkeit« seiner Preußischen Parteigenossen »an das Reich«.

Die Verhandlungen über das ministerielle Programm vom 11. – 13. Januar.

In der ersten Sitzung des Ausschusses war der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt, heftig verfochten und nur durch Mehrheit einer einzigen Stimme abgeworfen. Von Anfang waren und blieben indeß zwei Drittel der Mitglieder darin einig, auf das ministerielle Programm sich schlechterdings nicht einlassen zu wollen. Allein diese kompakte Mehrheit wußte sich doch auch lange über einen positiven Vorschlag nicht zu einigen. Gagern's Schreiben vom 5. Januar brachte keine Aenderung des Stimmenverhältnisses hervor, bewirkte indeß, daß wenigstens ein Mehrheitsbeschluß gefaßt wurde. Am 10. wurde der Bericht ausgegeben. Die Mehrheit hatte einen Berichterstatter gewählt, dessen Elaborat so unzulänglich als wohlgemeint war, wie man es von Venedey nicht anders erwarten konnte, bei dem die politische Nichtbefähigung dem guten Deutschen Herzen und dem Schwunge der Phantasie vollkommen gleich kam. Es war vorherrschend die Linke, welche aus dem Bericht und dem Antrage der Mehrheit sprach. Sie faßte natürlich vor allen Dingen die hingeworfene Lockspeise begierig auf. Der erste Erwägungsgrund enthielt das unglückliche »Einzig und allein« und stimmte mit vollem Munde in die unbedingte Verwerfung des Vereinbarungsprincips ein. Der Bericht belobte die betreffenden »Kernworte« Gagern's, und drückte die Zuversicht aus, daß er sie wahrhalten und daß die ganze Nation zu ihm stehen werde, wenn er gezwungen werden sollte, »das tapfere Wort« zur

That werden zu lassen. Der zweite Erwägungsgrund war: daß die Feststellung des Reichsgebiets ein Bestandtheil der Reichsverfassung sei. Der dritte, vierte und fünfte lautete: »in Erwägung, daß es die National-Versammlung mit dem ihr vom Deutschen Volke gewordenen Berufe, für alle zum frühern Deutschen Bunde gehörigen Länder eine gemeinsame Verfassung zu geben, für unvereinbar erachtet, in die Ausscheidung der zum frühern Deutschen Bunde gehörigen Länder Oesterreichs aus dem Deutschen Bundesstaate zu willigen; in fernerer Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die sich aus der bestehenden Verbindung Deutscher und nichtdeutscher Länder in Oesterreich ergeben; in endlicher Erwägung, daß die Feststellung der Deutschen Reichsverfassung eine innige, sowohl politische als kommercielle Verbindung der zum frühern Deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs mit dem Deutschen Bundesstaate nicht ausschließt, sondern eine solche vielmehr im offenbaren Interesse beider Theile gelegen ist; faßt die National-Versammlung folgende Beschlüsse: 1) die vom Reichsministerio in dessen Erklärung vom 5. Januar c. ausgesprochene Zurückweisung eines Vereinbarungsprincips für die Deutsche Reichsverfassung im vollsten Maße anzuerkennen; 2) die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum frühern Deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem Deutschen Bundesstaate zur geeigneten Zeit und in geeigneter Weise mit der Oesterreichischen Regierung in Unterhandlung zu treten.«

Die Mehrheit des Ausschusses wollte hiernach die begehrte Ermächtigung nicht ertheilen, sie ging davon aus, daß die Verhandlungen ein Ausscheiden der Deutsch-Oesterreichischen Gebiete weder zum Zweck noch zur Voraussetzung haben könnten, daß die Theilnahme Oesterreichs an der Deutschen Verfassung sich von selbst verstehe. Sie acceptirte bestens, was das Ministerium geboten, gab ihm, was es nicht begehrt und womit ihm nicht gedient war und verweigerte ihm, was es zu erhalten wünschte. Der Antrag der Minderheit (Barth, Buttel, Linde, Paur, Rüder) ging dahin, daß die National-Versammlung »die in der Vorlage vom 18. December 1848 — modificirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849 — erbetene Ermächtigung ertheilen wolle.«

Eine bittere Kritik enthielt ein Antrag, welchen Lassaulx eingab. Es war sehr viel Wahrheit, sehr viel Vernunft darin — mehr als die meist spöttelnde oder lachende Versammlung begriff

oder begreifen und anerkennen wollte. Der Antrag lautete: »In Erwägung, daß es verständigen Männern nicht ziemt, die Wege der Thoren zu gehen, die da meinen, daß die wirklichen Dinge sich nach ihrer Einbildung richten müßten; in Erwägung, daß es nicht der Beruf der verfassunggebenden Reichsversammlung ist, mit Schulzänkereien sich zu befassen und nach Art müssiger Sophisten harmlose Weisheit über Bundesstaat und Staatenbund zu produciren; in Erwägung ferner, daß es Angesichts der mit der provisorischen Centralgewalt gemachten Erfahrungen und gegenüber der Noth unseres unglücklichen Vaterlandes eine Thorheit und ein Leichtsinn wäre, den Aufbau der künftigen Gesammtverfassung Deutschlands anders als im Einverständniß mit den Einzelregierungen desselben ausführen zu wollen; in Erwägung, daß die etwaige Hoffnung, als sei die Zeit gekommen, wo Worte als Thaten gelten und die ermattete Welt mit Redensarten regiert werden könne, schon oft zu Schanden geworden ist; in Erwägung ferner, daß in dem Oesterreichischen Ministerprogramm vom 27. November und in der Note des Fürsten Schwarzenberg vom 28. December mehr Vertrauen einflößender politischer Verstand und mehr mannhafte Aufrichtigkeit des Herzens enthalten ist, als in allen seitdem bekannt gewordenen Aktenstücken nichtösterreichischer Behörden; in Erwägung endlich, daß wir statt Dankes nur den Fluch der Nachwelt verdienen würden, wenn wir in dem Augenblicke, wo es sich darum handelt, Deutschland größer, stärker und einiger als bisher zu machen, statt der Eintracht die Zwietracht oder Dreitracht gründen und das Vaterland den Enkeln um ein Drittheil kleiner und schwächer überliefern würden, als die Väter es uns überliefert haben; aus diesen Gründen verpflichtet die verfassunggebende Reichsversammlung das gesammte Reichsministerium: daß es in richtiger Würdigung der Mittel, die ihm zu Gebote stehen, es sich unausgesetzt angelegen sein lasse, wie mit allen Deutschen Regierungen, so namentlich auch mit der ersten unter denselben, der kaiserlich Oesterreichischen, dasjenige Einverständniß herbeizuführen, ohne welches eine gedeihliche Lösung der großen Frage der neuen Deutschen Reichsverfassung unmöglich ist.«

Aus dem Pariser Hofe wurde der nachstehende Antrag eingereicht: »In Erwägung, 1) daß die National-Versammlung, getreu ihrer Pflicht und ihrer Vollmacht, dahin trachten muß, ganz Deutschland, mit Einschluß der Oesterreichischen Bestandtheile des Deut-

schen Bundesgebietes, im Bundesstaate zu einigen; 2) daß die National-Versammlung ihre Selbstständigkeit als Organ des Deutschen Volkes nicht beeinträchtigt, wenn sie die bestehenden Verhältnisse und Interessen der Deutschen Einzelstaaten berücksichtigt und vor der endlichen Festsetzung des Verfassungswerkes durch ein Benehmen mit den Regierungen jene Hindernisse oder Schwierigkeiten zu beseitigen sucht, welche der Verwirklichung von Verfassungsbestimmungen entgegenstehen könnten; 3) daß Oesterreich's Stellung als Gesammtstaat, aus Deutschen und außerdeutschen Gebietstheilen zusammengesetzt, eigenthümliche Schwierigkeiten darbietet; 4) daß es an der Zeit ist, die Zweifel zu beseitigen, zu welchen das Oesterreichische Ministerprogramm vom 27. November v. J. über das Eingehen Oesterreichs in den Deutschen Bundesstaat Grund gegeben hat; 5) daß es nicht bloß nothwendig ist, einer Lossagung des Oesterreichischen Bundesgebiets von Deutschland rechtzeitig entgegenzuwirken, sondern daß auch die Anbahnung einer möglichst innigen Einigung der außerdeutschen Länder Oesterreichs mit dem Deutschen Gesammtstaate im Interesse der betheiligten Nationen und des europäischen Friedens liegt, beschließt die National-Versammlung: Das Reichsministerium werde ermächtigt, mit der Oesterreichischen Regierung zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche der Durchführung der Deutschen Reichsverfassung in den Deutsch-Oesterreichischen Ländern entgegenstehen könnten, und zur Anbahnung einer Union der außerdeutschen Provinzen Oesterreichs mit ganz Deutschland in Verhandlung zu treten.«

Wir hätten weder für den Mehrheits- noch für den Minderheitsantrag stimmen können, vornämlich nicht wegen der beiden Anträgen vorausgeschickten Motive. Die des erstern verwarfen so schroff alle Vereinbarung, die des zweiten gingen völlig auf die Voraussetzungen der ministeriellen Vorlagen vom 18. December und 5. Januar zurück. Die Modifikationen der letzteren erschienen uns doch nicht als genügend. Man sieht indeß, wir deuteten Zweifel an, ob Oesterreich voll und ganz in den Deutschen Bundesstaat eintreten könne und werde, wir kamen der »Bundesstaatspartei« entgegen, etwa in dem Maße, daß wir uns eine gesonderte Konstituirung Deutschlands mit Preußen an der Spitze wie Hansemann sie dachte, also unter der Voraussetzung, daß ein wirklicher Bundesstaat im Einvernehmen mit Oesterreich geschaffen und mit

diesem eine Union wirklich zu Stande gebracht werde, hätten gefallen lassen.

Gagern machte die Annahme seiner Anträge noch immer zur Ministerfrage. Warum? Was bedeuteten seine Anträge noch? Mochten sie angenommen oder verworfen werden, so wurde dadurch in der Sache für's Erste wenigstens nichts geändert. Es stand nach der Note vom 28. December und dem Schreiben vom 5. Januar fest, daß Oesterreich als ausgeschieden nicht betrachtet werden wollte und sollte. Die Frage über seinen Eintritt konnte nach seinen, sollte nach Gagern's Erklärungen erst zu geeigneter Zeit, wol erst dann verhandelt werden, wenn die Verfassung vollendet war, und es war lediglich Sache der National-Versammlung, dabei viel oder wenig oder keine Rücksicht auf Oesterreich zu nehmen. Ergab sich zuletzt, daß Oesterreich nicht eintreten, daß es auf die Errichtung eines bloß völkerrechtlichen Bündnisses sich einlassen wollte, so bedurfte das Reichsministerium zu Unterhandlungen hierüber kaum einer besondern Ermächtigung. Allein man erblickte in der Annahme oder Verwerfung der ministeriellen Anträge eine Art von Probe oder Vorentscheidung der Frage vom Preußischen Kaiserthume, mit welchem das Ministerium so zu sagen sich identificirte. Daher, daß es mit seinen Anträgen stehen und fallen wollte, eben daher die allgemeinste und lebhafteste Spannung beim Beginn und während der Verhandlungen.

In diesen wurde sehr viel bereits Gesagtes und wiederholt Gesagtes abermals gesagt. Die Frage, um welche die ganze Debatte sich drehete, wurde von Anfang theils falsch gestellt, theils halb verhüllt oder umgangen. Die Linke, welche für Oesterreichs Verbleiben bei Deutschland eintrat, war mit der Kaiserpartei darin einverstanden, daß man unter Errichtung eines einheitlichen Staats nicht hinuntergehen dürfe. Man stritt also, zunächst ziemlich nutzlos, ob Oesterreich in die Deutsche Staatseinheit, wie sie projektirt wurde, sich einfügen könne, müsse, werde oder nicht. Die Linke behauptete es und hatte wider ihre Gegner bei weitem mehr Unrecht als Recht. Sie wirkte auch jetzt wider Wissen und Willen zum Siege der Kaiserpartei wie zuvor und hernach. Vom Hauptpunkte, von einer in der That auch für Oesterreich passenden Verfassung, war und konnte nicht die Rede sein, zumal da Gagern eben erst sein »tapferes Wort« gesprochen, seine Partei es gebilligt, die Linke es mit Eclat sich angeeignet hatte.

Venedey sprach zuerst. Es handle sich darum, daß Deutschland getheilt, ein Preußisches, ein norddeutsches Sonderkaiserthum errichtet werden solle. Nach ihm Gagern: er mache den Minderheitsantrag zum seinigen *). Die Revolution, welche die Versammlung in die Paulskirche gerufen, um hier im Namen des Volks eine Verfassung für Deutschland zu begründen, habe ihre nächste Veranlassung in dem Bedürfniß der Nation nach einer Kräftigung gehabt, die durch die Einheit bedingt sei. Natürlicherweise habe sich der Drang nach Einheit und Machtentfaltung in den kleineren Staaten am lebendigsten, in den größern minder stark, in Oesterreich am schwächsten erwiesen. Alle seien einig darüber gewesen, daß die Bundesverfassung von 1815 nicht genüge; was an die Stelle treten solle, darüber seien die Ansichten weit auseinander gegangen. »Wie Deutschland zu einer nationalen Einheit und Selbstständigkeit gelangen könne, ohne daß alle Grundlagen des Bestehenden über den Haufen geworfen würden, an der Lösung dieser Aufgabe arbeitete seit langer Zeit das ernste Nachdenken und das eifrige Bestreben der besten Freunde des Vaterlandes. Das erreichbare Ziel wurde in die Formel gefaßt, daß an die Stelle des Staatenbundes ein Bundesstaat treten müsse.« Darin habe auch er die Aufgabe erkannt. (Er meinte natürlich den s. g. Bundesstaat mit dem Preußischen Kaiser an der Spitze, womit doch alle Grundlagen des Bestehenden über den Haufen geworfen wurden, was eben auch der Fall war, wenn man jede Form abwies, welche der geschichtlichen und staatsrechtlichen auch nur »ähnelte«). Er verberge sich dabei nicht, die großen Schwierigkeiten, zunächst die in dem Selbstgefühl, dem zu erwartenden Widerstreben der größern Staaten liegende Schwierigkeit, womit man noch längere Zeit zu thun haben werde, auch wenn die Verfassung geschaffen sei — er habe sich nie Illusionen darüber gemacht, sei darauf gefaßt, daß die Einheit nicht schnell, nicht durch einen Machtspruch eintreten könne. (Was war aber das sonst, wozu er die Versammlung drängte, was war die Dekretirung eines Erbkaiserthums durch die Versammlung sonst?) Von Oesterreich nun sei das stärkste,

---

*) Am Abend vorher darauf angeredet, hatte er den Antrag des Pariser Hofs, womit wir uns möglichst ihm zu nähern gesucht, bestimmt abgewiesen. Er erblickte eine Verläugnung des Bundesstaats, d. h. des Frankfurter Projekts darin.

sei ein unüberwindliches Widerstreben zu erwarten, also, schloß er nicht etwa, muß man, zum wenigsten vorläufig, auf den Einheitsstaat verzichten, sondern: also muß man es fahren lassen, lieber Deutschland theilen als der »kräftigen« Einheit entsagen, die doch ohne Oesterreich so wenig eine kräftige als eine wirkliche Einheit sein konnte, wobei obenein noch in Frage blieb, wie der Widerspruch Oesterreichs gegen die außerösterreichische Deutsche Einheit überwunden und Spaltungen und Zerwürfnisse vermieden werden sollten, wenn Oesterreich sich nicht hinausdrängen lassen wollte. Allein er stellte in Abrede, daß er es aus der zu gründenden Verfassung ausscheiden wolle: davon sei nicht die Rede, er glaube nur, daß es sich nicht anschließen werde, was ganz richtig war, sofern man ihm durch den Inhalt der Verfassung das Anschließen unmöglich machte. Er sei weit entfernt, Oesterreich aus dem Bunde lassen zu wollen, von welchem das Maß des alten Verhältnisses das Minimum sei. Er sprach das Vertrauen aus, Schmerling werde als Bevollmächtigter mitwirken, die Hindernisse zu beseitigen, die dem wechselseitig selbstständigen Ausbau der Verfassungen Oesterreichs und Deutschlands etwa entgegentreten könnten. Geneigter ihm die geforderte Ermächtigung zu ertheilen machte Manchen der Schluß seiner Rede, wenn er ihm auch nicht völlig genügte. Er nehme, schloß er nämlich, freilich nichts zurück von dem, was er über den Beruf der National-Versammlung und die Macht der Nation gesagt, aber Souveränität sei nicht bloß ein Rechts- sondern auch ein Machtbegriff, und die Versammlung dürfe nicht rücksichtslos beschließen, sondern müsse den Anforderungen Rechnung tragen, die den Zweck nicht vereiteln, sondern die Erfüllung erleichtern und sichern; Zwang und Gewalt und Bürgerkrieg wolle die Versammlung nicht. (Aber die Linke hätte Oesterreich gar zu gern mit Heeresmacht in die Deutsche Einheit hineinzwingen mögen und er und seine Partei sprachen von einer zweiten Revolution, wenn ihr Mann der Kaiserkrone sich weigerte und liehen ihre guten Dienste, auf daß die Mittelstaaten zur Annahme der Grundrechte, zur Unterwerfung unter die Beschlüsse der National-Versammlung durch die Märzvereine und deren Anhang und Mittel genöthigt würden, und sprachen vom Preußischen Säbel u. s. w.) Also, Zwang, Gewalt und Bürgerkrieg wolle die Versammlung nicht, man habe sich zu verständigen, die Sache stehe jetzt so, daß Oesterreich sich noch erklären werde, er sei überzeugt, es werde dies so thun, daß das zu

schaffende dringende Werk keinen Aufschub erleide, und trete entschieden der Verdächtigung entgegen, die in den letzten Tagen bezüglich der desfallsigen Absichten Oesterreichs vielfach vorgekommen. »Ich bitte daher die National-Versammlung, daß sie die Ermächtigung nicht dem Ministerium vorenthalten möge, die es bedarf, um über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu verhandeln. Will Oesterreich einen Unterschied machen zwischen seinen Deutschen Provinzen und seinen nichtdeutschen, so ist es zunächst wohl an ihm, über diesen Unterschied sich auszusprechen, aber der Ansicht des Ausschusses trete ich entschieden entgegen, die das Verhältniß Deutschösterreichs zu Deutschland unabänderlich entschieden betrachtet. Wenn ich daher zum Schlusse auf diejenige Modifikation komme, die an der ersten Proposition des Ministeriums stattgefunden hat, so drücke ich diese so aus: »die Modifikation der ersten ministeriellen Vorlage vom 18. v. M. besteht lediglich darin, daß die Mittheilung vom 5. d. M. an den verehrlichen Ausschuß auf dem Vorbehalte der Erklärung Oesterreichs beruht, ob und wie es in den Bundesstaat oder überhaupt in die Staatsform, die hier gefunden werden soll, eintreten könne und wolle, — es wird nicht mehr diese Erklärung als ertheilt vorausgesetzt« — daß ich diesem Vorbehalt nach bestem Wissen und Gewissen genügen werde, dafür verpflichte ich mich. Aber diejenige beschränkte Autorisation, die nach dem Antrage des Ausschusses und nach mehreren anderen Anträgen dem Ministerium ertheilt werden will, muß ich zurückweisen. Auf den Grund dieser beschränkten Autorisation kann ich nach meiner Ueberzeugung die Lösung der Aufgabe, das Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich zu bestimmen, nicht vorbereiten. Daß das Resultat der Unterhandlungen der National-Versammlung zur endlichen Entscheidung vorgelegt werden muß, versteht sich von selbst, und das Ministerium wird in den Gränzen seiner Befugnisse bleiben. Wenn Sie nun fragen, was ich, wenn die Autorisation dem Ministerium ertheilt würde, thun wolle, so ist es das: Ich würde Unterhandlungen anknüpfen zur Vereinigung derjenigen Verhältnisse, welche zwischen der Centralgewalt und der Oesterreichischen Regierung zu Conflikten Anlaß gegeben haben. Ich würde mich weiter bemühen, in Oesterreich das Verständniß herzustellen über die Zustände und Bedürfnisse Deutschlands bezüglich des Verfassungswerkes, und über das Verfassungswerk selbst, damit in Oesterreich die Ansicht nicht ferner Platz greife, als wolle man sich trennen,

während uns alle nur ein Sinn hier belebt, der der brüderlichsten Anhänglichkeit aller Deutschen Stämme, die sich nicht trennen wollen. Während wir die Unmöglichkeit zu erkennen glauben, daß alle diese Stämme durch ein gleich enges staatliches Band sich aneinander schließen, für den größeren Theil Deutschlands es aber zum Bedürfniß geworden ist, zu einem engeren Bunde sich zu vereinigen, dessen Abschluß, so lange das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland nicht klar gestellt ist, erschwert wird, so würde ich, je nach den Fortschritten, die das Verfassungswerk hier macht, zu einer Verständigung über das künftige Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu kommen suchen. In diesem Sinne habe ich die Aufgabe der Centralgewalt und ihrer Regierung aufgefaßt, in diesem Sinne wünsche ich, daß diese Versammlung sie auffassen und diejenige Autorisation mit ertheilen möge, die ich von ihr erbeten. Ich kann aber diesen Platz nicht verlassen, ohne noch einmal daran zu erinnern, von welchen wichtigsten Fragen es hier sich handelt, die der fast unscheinbare Inhalt der Proposition des Ministeriums in sich faßt. Es ist mein Vorgefühl, daß es sich dabei mehr als je in diesem Hause um die nächste Zukunft des Vaterlandes handelt. Wohl möchte ich das ganze Vaterland zusammengefaßt unter einer Verfassung, unter einer einheitlichen Bundesregierung, aber die Möglichkeit sehe ich jetzt nicht vor. Darum glaube ich nicht minder mein Vaterland zu lieben, wenn ich Ihnen vorschlage, wenn ich Sie bitte, in's Auge zu fassen, was zum Heil des Vaterlandes zu erreichen möglich ist.«

Gagern forderte also daß man (die Linke) darauf verzichte, Oesterreich in die projektirte Deutsche Staatseinheit hineinzuwängen oder zu hoffen, daß es freiwillig in dieselbe eintreten werde — es sei unmöglich. Wir dagegen forderten, daß man — Linke und ministerielle Partei — der Deutschen Staatseinheit in projektirter Maße entsage, aus demselben Grunde. Die Deutsche Zeitung überhäufte Gagern's Rede (und dann auch die zweite noch zu erwähnende) mit Lobsprüchen, und erzürnte sich heftig gegen den Mehrheitsbericht, der sich nicht gescheut, ihm bei der Behandlung der Frage fremdartige Motive unterzulegen. Sie sagte: »Fremdartig aber wäre das Motiv der ministeriellen Politik, wenn sie ihr Verhalten gegen Oesterreich bemessen wollte nach Wünschen oder Absichten, die sich auf einen andern Deutschen Staat bezögen, und nicht loyal würde das Ministerium handeln, wollte es deshalb Oesterreichs

Austritt aus dem engern Bundesverband Deutschlands fördern, oder dessen Eintritt in denselben erschweren, weil es die ausschließliche Herrschaft Preußens in diesem Bundesverband begünstigte. Diesen Vorwurf, oder nennen wir es beim rechten Namen, diese Verdächtigung hat Heinrich von Gagern mit der ganzen unantastbaren Größe seines reinen Charakters niedergeschmettert, und, wenn wir Etwas hierbei bedauern, so wäre es höchstens dies, daß er es der Mühe werth gefunden, auf solche Verdächtigung zu antworten.« Die Deutsche Zeitung hätte besser gethan nicht so zu sprechen. Es lag eine Verurtheilung Gagern's darin, denn man wird schwerlich bezweifeln können, daß er auf die ausschließliche Herrschaft Preußens in dem sogenannten engeren Bundesstaate hinsteuerte. Er hatte sich nur entschieden verwahrt, als habe er nach einer preußischen *Hegemonie* gestrebt und als sei dies der Gedanke seines Vorschlags. Der Begriff der Hegemonie sei auf die hier zu erstrebenden Zustände nicht anwendbar. Was er erstrebe sei eine wirkliche, kräftige wohlthätige Regierung »über unser großes Reich,« bezüglich der wesentlichsten nationalen Interessen — was aber die Oberhauptsfrage betreffe, so liege ihm nicht ob darauf näher einzugehen, wie sie entschieden werden dürfte, da die Entscheidung außer dem Wirkungskreise des Ministeriums liege. Allein nach seinem geheimen Programm suchte und gedachte er doch offenbar auch als Minister auf die Preußische Oberhauptschaft hinzuwirken, und was diese betrifft, so war sie nichts Anderes als Hegemonie, sofern Preußen seine besondere Preußische Selbstständigkeit nicht aufgab, woran jetzt nicht mehr zu denken war. Die Preußische Partei, um nur Preußen an die Spitze zu bringen, ergab sich seit dieser Zeit thatsächlich mehr und mehr darin, daß eine Preußische Hegemonie und weiter nichts geschaffen werde, und förderte diesen Zweck eifrigst, obwol sie das früher so lebhaft perhorrescirte Ding mit den Namen Bundesstaat, Deutsches Reich oder Deutsche Sache bekleidete und dadurch sich und Andern aus den Augen zu rücken suchte. Ich bin überzeugt, man war nur unklar und erkannte die Widersprüche nicht, in welchen man lebte, setzte aber dem Scheine der Zweideutigkeit sich aus, indem man so sprach wie Gagern und die Deutsche Zeitung, als deren Mitwirkende die Dahlmann und G. Beseler seit Neujahr offen angekündigt waren, und zu welcher Andere wie Droysen — es wurde wenigstens allgemein angenommen — noch öfter mitwirkten, die denn doch ohne Frage die »aus-

schließliche Herrschaft Preußens« erstrebten und Gagern dabei benutzten.

Arneth aus Wien, allgemein beliebt und auch bei der Kaiserpartei für durchaus ehrlich geltend, sagte u. a., er habe vor dritthalb Monaten die Gründe darzulegen gesucht, die seiner Ueberzeugung nach dafür sprächen, daß Oesterreich als mächtiger Staat erhalten, zugleich aber für Deutschland erhalten werde. »Damals sprach ich die Hoffnung und den Wunsch aus, es möge Ihnen gefallen, in Ihre Verfassung nur solche Bestimmungen aufzunehmen, welche einerseits nicht den Zerfall Oesterreichs herbeiführen, welche aber auch andererseits dessen Verbleiben bei Deutschland möglich machen. Diese Wünsche jedoch, diese Bitten, möchte ich fast sagen, sie sind von Ihnen keiner Berücksichtigung gewürdigt worden. An die Spitze Ihrer Verfassung haben Sie Bestimmungen gestellt, durch welche Sie ein Drittheil unseres gemeinsamen Vaterlandes, durch welche Sie die Deutsch-Oesterreichischen Länder geradezu aus Deutschland hinausdrängen. Ob Sie damit recht, ob Sie damit klug gethan, ich will es nicht entscheiden; ich will es nicht entscheiden, ob Sie nicht dem Vaterlande einen größeren Dienst erwiesen hätten, wenn Sie etwa die Bande seiner künftigen Verfassung etwas weniger straff angezogen, wenn Sie nicht über den Bundesstaat hinaus dem Einheitsstaate zugesteuert, wenn Sie diese Verfassung aber so aufgebaut hätten, daß unter ihrem schirmenden Dache auch Raum geblieben wäre für Ihre Brüder in Oesterreich. Ich glaube, die Verfassung, die Sie erbauen, muß den Völkern angepaßt werden, für die sie gelten soll; wenn Sie das Gegentheil durchführen, wenn Sie die Völker der Verfassung anpassen wollen, werden Sie noch lange nicht zum Ziele gelangen; doch ich will darüber mit Ihnen nicht rechten, aber so wie ich damals es ausgesprochen, sage ich noch heute: Ich glaube, das Vaterland wird Ihnen für jene Bestimmungen in dem Augenblicke, wo es nicht nur nach Einheit nach Innen, nein, wo es auch nach Macht und Größe gegen Außen ringt; ich glaube, das Vaterland wird Ihnen für jene Bestimmungen, die es des dritten Theils seiner Macht und Größe berauben, nicht dankbar sein, und die Geschichte wird schwer ins Gericht gehen mit dieser Versammlung, durch deren Beschlüsse kein Dorf, kein Haus, keine Handbreit Erde für Deutschland gewonnen, wohl aber viele Millionen seiner besten Bürger, viele tausend Quadratmeilen seines schönsten Landes achtlos hin-

weggestoßen werden; ja, meine Herren, hinweggestoßen, es ist ein hartes, aber es ist das wahre Wort. Sie selbst stoßen durch die Annahme jener Bestimmungen Oesterreich von Deutschland hinweg; Sie selbst haben sich durch deren Annahme die Sympathieen des Oesterreichischen Volkes großentheils entfremdet. Sie selbst sind der ärgste Feind Deutschlands in Oesterreich gewesen.« Das Oesterreichische Volk habe in seiner unermeßlichen Mehrheit protestirt, seine Stimmung die Oesterreichische Regierung ermächtigt, ihren dermaligen Standpunkt gegen Deutschland einzunehmen. Sei es nun der National-Versammlung wirklich darum zu thun, Oesterreich bei Deutschland zu erhalten, so müsse sie sich entschließen, jene Bestimmungen fallen zu lassen. Aber man sei fest entschlossen sie zu erneuern. Man könne Oesterreich zur Annahme derselben nur vermögen durch Krieg oder durch Unterhandlungen, allein in Unterhandlungen auf dieser Basis könne sich Oesterreich nicht einlassen und sei dabei vollkommen in seinem Recht. Kein Gedanke werde in Oesterreich mit tieferer Entrüstung zurückgewiesen, als der an einen Krieg mit Deutschland. Sollte aber eine Partei unter dem Vorwande, die Deutsche Einheit zu begründen, an den Bürgerkrieg denken, so werde sie an der Mannhaftigkeit Oesterreichs scheitern. Man habe so wenig die Macht als das Recht, jene Bestimmungen durchzusetzen, deren ihre Erfinder sich rühmten, die aber dennoch geändert werden müßten, wenn man in Wahrheit des Vaterlandes Größe und Glück wolle. Sofern sie als Anfrage bezeichnet worden, sei die Antwort erfolgt. Wolle man alle die Länder als aus dem Deutschen Bundesstaat ausgetreten betrachten, welche die Beschlüsse der National-Versammlung ignorirt, so werde wenig Raum übrig bleiben, worin man die neue Staatsform zur Anwendung bringen könne, die man zu vollenden im Begriff stehe. »Ich bin weit entfernt, auf die Pfade der Beweisführung einzugehen, welche in dieser Sache von so Vielen betreten worden sind. Ich will die Beschuldigungen, die Anklagen gegen Oesterreich, gegen das frühere wie gegen das jetzige Oesterreich, gegen Oesterreichs Regierung wie gegen sein Volk, ich will ihnen nicht eben so viele Beschuldigungen und Anklagen entgegenstellen, welche sich gegen Preußen vorbringen ließen. Ich will unsern Feinden das willkommene Schauspiel nicht geben, daß sie sehen, wie wir uns gegenseitig bekämpfen, ich will ihnen den Anlaß nicht gewähren, mit den Fingern auf uns zu zeigen und zu sagen: da seht die Träger der Deutschen Einheit, wie sie sich geberden

als die wahren Repräsentanten der Deutschen Zerrissenheit. Ich will Ihnen das Sündenregister der Preußischen Regierung nicht vorführen, welches in einer der jüngsten Sitzungen das verehrte Mitglied von Magdeburg mit so lebendigen Farben geschildert hat. Ich will Sie nur an jenen Ausspruch dieses Abgeordneten aus Preußen erinnern, der gesagt hat: Preußen hat keine Erklärung abgegeben, wie Oesterreich, aber es handelt einer solchen Erklärung gemäß. Ich will es nicht erörtern, ob es Preußen bei seiner Deutschen Bevölkerung nicht weit leichter wäre, als dem aus gemischten Nationalitäten bestehenden Oesterreich, Deutsche Gesinnung zu zeigen, ob nicht also Preußen noch tadelnswerther erscheint, als Oesterreich, da es eine solche Deutsche Gesinnung nicht zeigt. Ich will auch das Benehmen der kleineren Staaten, Baiern, Sachsen und Hannover, keiner Kritik unterziehen. Nur darauf will ich Sie aufmerksam machen, daß eine solche Handlungsweise, gegen Oesterreich allein angewendet, nur den Verdacht auf Sie wirft, daß es Ihnen nicht um das Verbleiben, sondern um den Austritt Oesterreichs aus Deutschland zu thun sei. Sollte aber auch dann, wenn Sie Oesterreichs eigenthümlichen Verhältnissen bei der zweiten Lesung der Verfassung jene Paragraphen zum Opfer gebracht, wenn sie jenen besondern Verhältnissen bei einigen andern Bestimmungen der Verfassung, ohne jedoch dem Wesen des Bundesstaates irgend wie zu nahe zu treten, gehörige Berücksichtigung zu Theil werden lassen, der Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Bundesstaat nicht ausführbar sein, dann bleibt freilich nichts übrig, als, so schmerzlich es auch sein mag, sich mit dem Gedanken des Austritts Oesterreichs vertraut zu machen. Dann, aber auch dann erst ist es Zeit, mit Oesterreich in Verhandlung zu treten wegen Abschluß der projektirten Unions-Akte, dann, aber auch dann erst ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Oesterreichischen Deputirten es nicht mehr für vereinbar mit ihrer Ehre halten werden, ihren Sitz in diesem Parlamente noch länger einzunehmen. Denn es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß wir dann nicht mehr das Recht haben würden, mit Ihnen jene Unions-Akte gemeinschaftlich zu berathen. Sie müßte durch Bevollmächtigte zu Stande gebracht und dann den beiden Reichsversammlungen, der zu Frankfurt und der zu Wien zur Annahme und Einverleibung in die beiderseitigen Verfassungen vorgelegt werden. So schmerzlich dieses Ergebniß auch sein würde, so wenig würde es nutzen, davor die Augen zu verschließen und

zu sagen: wir wollen es nicht, also ist es nicht: und weil wir darnach handeln, so weise ich in meinem eigenen, ich weise im Namen der übrigen Abgeordneten aus Oesterreich den Vorwurf zurück, den man uns zu wiederholtenmalen, aber immer mit gleicher Ungerechtigkeit gemacht hat, den Vorwurf, daß wir, obgleich im Innersten durchdrungen von der Erkenntniß, daß Oesterreichs Eintritt in den Deutschen Bundesstaat unmöglich sei, doch die Hände bieten wollten, um den Bundesstaat für Deutschland überhaupt zur Unmöglichkeit zu machen. Stets habe ich es für meine Pflicht gehalten und halte es noch dafür, jenen traurigen Ergebnissen unserer Sendung nach Frankfurt aus allen Kräften zu begegnen. Ebenso sehr würde ich es aber dann auch für meine Schuldigkeit halten, der Lage der Dinge männlich in's Auge zu schauen und zu helfen und zu retten, wo noch zu helfen und zu retten ist. Sollte es wirklich nicht möglich sein, Oesterreich in das innigste Verhältniß zu Deutschland zu bringen, dann würde es unsere heiligste Pflicht sein, für Sie in Deutschland, für uns aber in Oesterreich Alles anzuwenden, daß das Band so enge als möglich geschlossen werde, welches beide Länder unauflöslich verknüpfen soll, das sie zu beider Länder Heile unauflöslich verknüpfen muß; dann wird es unsere heiligste Pflicht sein, dahin zu wirken, daß die Spaltung verschwinde, welche gegenwärtig beide Länder zu scheiden droht, daß diese Spaltung sich nimmer erweitere zum einheilbaren Bruche. Dann lassen sie uns vor allem das starke Band der materiellen Interessen um beide Völker schlingen, dann lassen sie uns dahin wirken, daß Oesterreich und Deutschland sich nie als fremde Staaten gegenüber, sondern stets als eng verbundene Länder nebeneinander stehen, daß sie, stets gemeinschaftliche Zwecke befolgend, immer Hand in Hand miteinander gehen, daß sie, wenn nicht im Innern, so doch gegen Außen als ein verkörpertes Ganzes sich darstellen, daß sie die dräuende Stirne, der Eine dem Feinde im Osten, der Andere dem Gegner im Westen zeigen, dann würde, wenn gleich — mit wahrem Schmerze spreche ich es aus — der Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Bundesstaat wirklich umöglich sein sollte, dann würde man dennoch nicht von einer Theilung Deutschlands sprechen; man würde vielmehr noch immer in Wahrheit sagen können: Oesterreich und Deutschland so enge verbunden, sind sie stark genug, um gegen ganz Europa in die Schranken zu treten.«

Wagner von Steyer machte u. a. aufmerksam auf den Selbst-

widerspruch, worin man verfallen, indem man den souveränen Standpunkt behaupte, aber nicht nach allen Seiten hin anwende, die Vereinbarung ausschließe und über Ausscheiden eines Theils vereinbaren wolle, denn dies Ausscheiden und das Verhandeln über Modifikationen desselben sei doch auch Vereinbarung. Im Uebrigen befand er sich noch immer in dem groben Irrthume der Oesterreichischen Abgeordneten der linken Seite, daß die §§. 2 und 3 sehr wohl auch auf Oesterreich angewendet werden könnten. Die Aufregung dawider sei nur eine künstlich gemachte u. s. f. Er bestärkte die Bundesstaatspartei.

Jordan aus Berlin sprach dieses Mal ganz wirkungslos. Die alten und neuen Sünden Oesterreichs — Oesterreich nehme die hier wiederholt abgelehnte Vereinbarung in Anspruch, steure zum alten Bundestage zurück und dergl. Aehnlich (am zweiten Tage) Wurm. Die National-Versammlung stehe der Oesterreichischen Kabinetspolitik gegenüber und müsse sich ohne Rückhalt aussprechen, die §§. 2 und 3 seien so freundlich als möglich gemeint gewesen und Oesterreich brauche sie nur anzunehmen und sich nur völlig zu unterwerfen, so solle es an die Spitze treten u. s. f.

Bei einem nicht unbeträchtlichen Theile des Hauses machte sodann Schmerling's Rede großen Eindruck. Die Frage sei, ob es denn möglich, eine staatliche Verbindung zwischen den deutsch-österreichischen Gebieten und Deutschland zu begründen? Man habe sie zunächst dadurch verneint, daß man, statt nach Gebühr an der Einigung zu bauen, es sich zur traurigen Aufgabe gemacht, die Sünden in reichem Maß aufzuzählen, welche Oesterreich an der Deutschen Sache verübt haben solle, während andere Deutsche Staaten gleiche Schuld auf sich geladen. Man sollte dergleichen der Vergessenheit übergeben, statt die alte Zwietracht aufzurütteln und die Stämme von Neuem in feindliche Richtungen zu bringen. Oesterreich habe aber auch seine Verdienste um Deutschland. »Gewiß ist es, Oesterreich hat in dem gegenwärtigen Jahrhundert, und besonders zu Anfang desselben, als es galt, einen auswärtigen Feind zu bekämpfen, das letzte Deutsche Land es noch gewagt, es ist den Franzosen kämpfend entgegengetreten, als alle übrigen Deutschen Fürsten längst mit Frankreich verbunden waren: das war kein Verrath an der Deutschen Sache. Und wenn ich auf das Jahr 1813, auf das der Befreiung, zurückgehe, so mögen Sie doch wissen, welcher Preis Oesterreich für die Französische Alliance geworden

wäre; es war Schlesien, und diesen Antrag hat es zurückgewiesen, Oesterreich verschmähte es, sich um eine Provinz zu bereichern, die, wenn auch einer früheren Kaiserin entrissen, nun durch Verträge einer andern Deutschen Macht gegeben war. Oesterreich hat durch die Verträge von 1814 allen anderen Besitzungen entsagt, die es im Süden Deutschland's besaß, und die anderen Deutschen Fürsten zugetheilt waren; es war in der That keine selbstständige, hinterlistige Politik, es war das strenge Recht, wenn es dafür eine Entschädigung bekommen. Und wenn ihm diese in Italien geworden, so hat Deutschland um so weniger ein Recht, zu verlangen, daß diese Entschädigung nun aufgegeben werde. Mit dem Jahre 1815, mit der Schöpfung des Deutschen Staatenbundes beginnt allerdings eine neue traurige Geschichte unseres Vaterlandes, und fern sei es von mir, den Antheil an dieser Schmach auch Seitens der Oesterreichischen Regierung je in Abrede zu stellen. Niemand weiß und kennt besser, daß vor Allem der gewandte Oesterreichische Staatsmann es war, der ebenso der Einheit Deutschland's, als auch seiner Freiheit stets feindlich entgegentrat. Ich leugne das nicht, ich habe es als Oesterreicher längst erkannt und mit tiefer Beschämung gefühlt, aber wälzen Sie die Schuld alles Dessen, was über unser armes Deutschland kam, nicht ausschließlich diesem Manne zu. Ich bekenne, er wußte es genau, die Knoten zu schnüren, um ein Netz über unser beklagenswerthes Vaterland zu werfen; aber warum gab es keine Männer, die den Muth hatten, den Bemühungen eines freiheitsfeindlichen Mannes entgegenzutreten; wo waren die Minister in den andern Deutschen Staaten; wer hat sie zu dieser Servilität verdammt, in der sie freiwillig in einer langen Reihe von Jahren zu bleiben sich gefallen ließen, und um die Gunst eines Mannes buhlten, welcher durch den Knechtsinn der anderen Deutschen selbst zu einem mächtigen Tyrannen emporgehoben wurde? Ich eile rasch über die Vergangenheit weg, denn ich komme auf meine Behauptung zurück, daß ich es für höchst wünschenswerth finde, wir mögen der vergangenen Zustände nicht mehr gedenken, ich habe ihrer nur gedacht, um, wenn man meinem speciellen Vaterlande ausschließlich die Schuld dieser Zustände zuschreibt, Verwahrung einzulegen. Ich habe die bei Weitem wichtigere Aufgabe, und die in der vorliegenden Frage allein praktische die gegenwärtige Stellung Oesterreich's zu Deutschland offen und unumwunden darzulegen.« Er verbreitete sich hier zunächst über den Anspruch

der Oesterreichischen Regierung zu vereinbaren, womit dieselbe von Anfang offen und ehrlich aufgetreten sei und wobei sie das Recht und die Nothwendigkeit für sich habe. Der Vorwurf, daß ihre Politik eine zweideutige und hinterlistige sei, entbehre auch in anderer Beziehung genügenden Grundes. »Man will ihn damit begründen, daß die neue Depesche des Ministers des Auswärtigen im Widerspruche stehe mit dem Programm des Oesterreichischen Ministeriums, das dem Reichstage zu Kremsier vorgelegt wurde, und dessen Beifall, und soweit die öffentliche Meinung sich kundgiebt, auch die Zustimmung dieser erlangte. Ich kann hier mit Offenheit mich darüber aussprechen, wie in der That zu jener Zeit, als das Programm in Kremsier kund gemacht wurde, die Meinung in Oesterreich sich geäußert hat, und wie sie sich beinahe so äußern mußte, wenn man darauf zurückgeht, wie in Frankfurt in Bezug auf Oesterreich jüngst verhandelt worden ist. Sie haben selbst erklärt bei der Debatte über die §§. 2 und 3, daß in der Annahme dieser Paragraphen der Ausspruch liege, die Integrität des Oesterreichischen Kaiserstaats habe aufgehört. Sie haben diesen Ausspruch als eine Frage an Oesterreich hingestellt, die Oesterreich zu beantworten habe. Die Oesterreichische Regierung hat, wenn sie die große Majorität ins Auge faßte, mit welcher diese Paragraphen angenommen wurden, allerdings Grund gehabt, anzunehmen, Deutschland beabsichtige nicht, in inniger staatlicher Beziehung mit Oesterreich zu bleiben, wenn Sie eine Bestimmung hinstellten, deren Nicht-Annahme eine Nothwendigkeit des Ausscheidens für Oesterreich sei. Ich kann ebensowenig verhehlen, daß die vielen Angriffe von einer Seite dieses Hauses gegen die Oesterreichische Regierung, daß andererseits der Mißbrauch der Deutschen Farben, den eine Partei der Gesetzlosigkeit in Oesterreich trieb, das Oesterreichische Volk und die Oesterreichische Regierung über die eigentliche Stimmung in Deutschland irre machen konnte und mußte. In diesem Sinne und unter dem Eindruck dieser Thatsachen hat das Oesterreichische Ministerium seine Beziehung zu Deutschland aufgefaßt. In diesem Sinne hat es damals gesprochen. Ich kann aber die Politik eines Ministeriums keine zweideutige, keine hinterlistige nennen, die, wenn ihm andere Thatsachen werden, das, was es früher gesprochen, modificirt. Ich bin weit entfernt, meinen Einfluß auf die Bestimmung des Oesterreichischen Ministeriums zu bedeutend anzuschlagen; aber ich kann wenigstens sagen, und darf mich dahin unumwunden aussprechen,

daß es mir gelungen ist, durch persönliche Besprechung mit Männern, die gegenwärtig in Oesterreich am Ruder stehen, ein näheres Verstehen über die Zustände herbeizuführen, und dahin aufzuklären, wie keinerlei feindselige Richtung gegen Oesterreich, sondern die lebendigste Sympathie in Frankfurt bestehe. Durch diese Erläuterung, die ich unumwunden ausspreche, mögen Sie allerdings den Grund zu einer Modifikation der Oesterreichischen Politik und des Programms der Oesterreichischen Regierung, Deutschland gegenüber, suchen. Ich finde keine Zweideutigkeit darin, wenn eine Regierung erkennt: ich bin nun auf den richtigen Standpunkt gestellt, und behaupte diesen Standpunkt. Man wirft der Oesterreichischen Politik vor, sie befolge das alte Metternich'sche System des Hinhaltens und des Hemmens der Entwickelung der Freiheit und der Einheit. Man fordert von ihr, sie möge sich in Beziehung auf die Stellung zu Deutschland offen und unumwunden aussprechen, sie möge aussprechen, ob sie die Verfassung hinzunehmen bereit sei, oder nicht. Mir, dem nun der Beruf geworden ist die Oesterreichische Regierung bei der Centralgewalt zu vertreten, mir ist ohne Zweifel die schwierigste Aufgabe geworden, indem ich mich nicht, wie man es wünscht, über alle diese Fragen sofort aussprechen kann. Mir wäre es das Erfreulichste gewesen, wenn ich alle diese Fragen zur Stunde klar hätte beantworten können, und mir den Boden für diese Beantwortung zu gewinnen, war der Hauptgrund meiner Reise nach Wien. Aber, Dank sei es einer höheren Macht, als welche ich es beinahe bezeichnen muß, Dank dem entschiedenen Auftreten unserer Oesterreichischen Nation und ihres tapferen Heeres, Dank dem Allem, daß die Zustände in Oesterreich besser geworden sind, als sie vor Monaten waren. Aber demungeachtet ist die eigentliche Constituirung Oesterreich's noch nicht erfolgt. Sie ist auch zur Stunde kaum möglich. Sie werden das begreifen, daß ein Staat, welcher selbst über seine künftige Gestaltung noch keine festen Entschlüsse fassen konnte, wenn er auch den Wunsch hätte, die Fragen zu beantworten, die sein Verhältniß zu Anderen hinstellen können, doch nicht in der Lage ist, das so zu thun, als er es wünscht. Nennen Sie es daher keine Zurückhaltung, keine Absicht die Gestaltung Deutschland's zu hemmen, wenn die Oesterreichische Regierung zur Stunde noch nicht dahin gekommen ist, die Stellung zur Centralgewalt, die Stellung, die es im Bundesstaate einnehmen sollte, nach allen Beziehungen sich klar zu machen. Aber

die Oesterreichische Regierung spricht sich auf das Entschiedenste dahin aus, daß sie fern sei, die künftige Gestaltung Deutschland's zu beirren. Ich bin von der Wichtigkeit dieser Bildung so durchdrungen, daß ich mein Amt sogleich niederlegen würde, wenn mir die Zumuthung würde, zu wirken, daß die Gestaltung Deutschland's durch Oesterreich gehindert werden sollte. Ich wünsche mehr als irgend Jemand in diesem Hause, daß Deutschland bald kräftig und einig sich formen möge. Ich glaube allerdings, und das bekenne ich offen, es wäre für Deutschland eine bei Weitem leichtere Aufgabe, diese Gestaltung zu gewinnen, wenn Oesterreich nicht ein Bestandtheil Deutschland's wäre. Ich erkenne vollkommen an, daß die Verfassung Deutschland's vielleicht zur Stunde schon vollendet sein könnte, ja schon ins Leben getreten wäre, wenn nicht Oesterreich in ihm bestände. Aber Sie müssen die Macht der Verhältnisse und der Thatsachen anerkennen. Sie können darum, weil ein Theil Deutschlands, das Deutsche Oesterreich, durchaus nicht in der Lage ist, alle seine näheren Beziehungen zu Deutschland so hart und klar hinzustellen, es nicht ausschließen. Sie dürfen darum nicht das Gebäude der Verfassung so entwerfen, daß nothwendig der Ausfall Oesterreich's aus Deutschland hervorgehen muß. Sie haben vielmehr die Verpflichtung, auf die eigenthümliche Stellung Oesterreich's zu Deutschland Rücksicht zu nehmen bei dem Bau der Verfassung, die Sie für ganz Deutschland geben. Ich verkenne nicht, daß der Weg der Einigung, der Weg der Verständigung ohne Zweifel zum Ziele führen wird. Ich bin nur deshalb mit Freuden in den Antrag eingegangen, Bevollmächtigter bei der Centralgewalt zu werden, und ich habe mit Freuden den Ausspruch des Präsidenten des Reichsministeriums vernommen, daß er offen und ohne Mißtrauen auf mich, als auf denjenigen hinblicke, der zur befriedigenden Lösung der großen Aufgabe, die uns vorliegt, mitzuwirken bereit sei. Zu dieser Mitwirkung bin ich bereit, und im Geiste der Politik des Oesterreichischen Cabinets bereit. Es gehen meine Aufträge dahin, die Mißverständnisse, die allenfalls sich zwischen Oesterreich und Deutschland eingedrängt haben, zu beseitigen, sie gehen dahin, den Weg anzubahnen, daß beide Staaten in jene staatliche Beziehung treten, die zum Wohle Oesterreich's und Deutschland's als die allein nothwendige und gedeihliche erkannt wird. In diesem Sinne bin ich zu wirken bedacht, in die-

sem Sinne faßt Oesterreich seine Aufgabe auf, und ist, ich wiederhole es, weit entfernt, der Entwickelung Deutschland's entgegenzutreten. Gelingt es mir, in diesem Sinne thätig zu sein, und das Vertrauen des hochachtbaren Mannes, der an der Spitze der Regierung steht, und das ich bis jetzt besitze, zu erhalten, dann hoffe ich, daß unser vereintes Wirken nicht ohne Erfolg sein wird.«

Schmerling wußte über die Verbindung, in welche Oesterreich mit Deutschland treten könne oder werde, nichts Genaueres zu sagen. Die Deutsche Zeitung, welche seine Rede sehr entstellt wiedergab, machte ihm (№ 12) ein Verbrechen daraus, in einem giftigen Artikel, der ihm vorwarf, daß er mit der Glätte eines Aales aus jeder Frage, in die er sich eingelassen, sich wieder herauszuwinden gewußt und viele Phrasen gemacht habe, um nichts zu sagen: daß er behauptet, es sei Pflicht der National-Versammlung die Verfassung so einzurichten, daß Oesterreich eintreten könne, wenn ihre Aufgabe dadurch auch eine schwierigere werde. Aber zum wenigsten das Letztere war bestimmt und deutlich genug, zumal Jedermann in der National-Versammlung bekannt war, daß er das Verfassungsprojekt mißbilligte, weil es zu tief in die Selbstständigkeit der Staaten einschneide und auf ein Preußisches Kaiserthum hinauslaufe, Jedermann also völlig verstand. Allein eben dies hinlänglich Bestimmte und Deutliche wollte man nicht hören. Gagern hatte in der That nicht bestimmter und deutlicher gesprochen, insbesondere über das mögliche Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland nicht von fern Genaueres zu sagen gewußt, während dies ihm viel eher obgelegen hätte, der gegen das Oesterreichische Kabinet mit der Forderung, daß jenes Verhältniß sofort klar gestellt, und mit dem Anspruche darüber verhandeln zu wollen auftrat, also doch am Ersten klar darüber hätte sein müssen. Wir werden sogleich hören, wie dieser Mangel auch im weiteren Verlauf der Debatte aufgedeckt und gerügt wurde. Mit einem Worte, nahm man dieselbe Elle, so trafen die Vorwürfe der Deutschen Zeitung Gagern eher mehr wie weniger als Schmerling. Besonderen Zorn erregte dieser durch eine Aeußerung, welche als verletzend empfunden werden mußte und unvorsichtig war, ob sie auch motivirt und entschuldigungswerth erscheinen mochte, sofern der Stolz des Mannes und des Oesterreichers in der That auf's Heftigste gereizt war — die Aeußerung, daß es wol eine Oesterreichische aber keine Deutsche Geschichte gebe. Haym nennt sie richtig ein Paradoxon. Sie lag wie jedes Para-

doxon, wenn es wörtlich und eigentlich genommen wird, dem Angriff bloß und es fehlte nicht, daß die Veranlassung zu den bittersten und leidenschaftlichsten und in demselben Maß unhistorischen Erörterungen über die Deutsche und Oesterreichische Geschichte und die Rolle welche Oesterreich in jener gespielt benutzt wurde. Auch von seinen und Oesterreichs nicht-österreichischen Freunden bekam Schmerling zu hören, was keine Süßigkeit war. Seine Rede wurde mit Beifall auf verschiedenen Seiten aufgenommen, auch auf der Linken z. B. da wo er über das Metternich'sche System und die schimpfliche Unterwerfung unter dasselbe sprach. Und in diesem Beifall äußerte sich nun nach Laube's Entdeckung der Instinkt einer »Koalition« zum ersten Male. Laube erwähnt freilich, auch im Centrum sei applaudirt worden. Allein das hatte andere Gründe; man war im Centrum gern »objektiv ästhetisch« und beklatschte Schmerling's »Kunstfertigkeit.«

Nach dem Letztern, am dritten Tage, sprach L. Simon und machte ihm seinerseits Verbrechen aus dem, was ihm die Konservativen, insbesondre die konservativen Mitwirkenden zur Deutschen Zeitung als Verdienst hätten anrechnen müssen, wenn sie beabsichtigt hätten, der Wahrheit die Ehre und dem Verdienst seine Krone zu geben. Nach seinem Standpunkt und seiner Weise, in der Sache selbst aber mit Grund rückte er der rechten Seite die Inkonsequenz vor, nachdem sie die Revolte niedergeworfen und nach Versäumung des rechten Momentes jetzt mit solchen Projekten sich zu tragen, deren Ziel sich außerdem als ein verkümmertes darstelle. »Sie haben die Anarchie besiegt, die Kraft des Volkes ist für den Augenblick gebrochen. Ich frage nun, was wollen Sie thun? Sie rechnen jetzt nicht mehr mit Kräften, sondern blos mit Vertrauen auf die Regierungen. Als die erste Frucht solchen Verfahrens tritt uns die Theilung Deutschlands entgegen. Wohl fühlt man die Erniedrigung Deutschlands, wohl fühlt man den Widerspruch, in den wir mit uns selbst gerathen, indem wir doch früher um einiger hunderttausend Deutscher in Posen willen die Demarkationslinie zogen, wobei wir nicht Nationalgefühl genug aufwenden konnten, indem wir um der Deutschen in Schleswig willen einen gefährlichen Krieg unternahmen. Unter solchen Umständen sucht man nach Mitteln der Beschönigung. So sagt man vor Allem: Die Pflicht geht nicht weiter als die Möglichkeit,« u. s. f. Preußen hätte sich die Hegemonie, so weit von

einer solchen bei der von der National-Versammlung verfolgten Richtung die Rede sein könne, durch Unterstützung der Wiener Revolution verdienen sollen. »Aber jetzt stehen einer Hegemonie Preußens außer der Schmach einer Theilung Deutschlands die erheblichsten Bedenken entgegen. Glauben Sie, daß das jetzige Oberhaupt des Preußischen Staates sich von der Volkssouveränität zu Frankfurt mit der Kaiserkrone Kleindeutschland's belehnen lasse? Glauben Sie, daß das jetzige Oberhaupt des Preußischen Staates bereit sei, gegen die Widersprüche einzelner Vettern »von Gottes Gnaden« ein Machtwort auszusprechen? Nehmen Sie überdies Rücksicht auf die gegenwärtige Stimmung Süddeutschlands. Das größte Hinderniß aber besteht in der Stellung Oesterreichs nach der Note vom 28. December. Oesterreich will unter Wahrung des Princips der Vereinbarung im Deutschen Bunde bleiben, ich täusche mich darüber nicht, ich erkenne das bloße Streben nach Restauration, das Streben nach Wiederherstellung des Bundes, oder eines Fürstenrathes vielleicht mit etwas Volksvertretung. Oesterreich kann seine Stellung in Deutschland nicht aufgeben, das Uebergewicht der slavischen Nationalität könnte ihm zu gefährlich werden. Die Slowanska-Lipa spricht von »demokratischer Monarchie« und das Streben nach Ersetzung der Provinzialgrenzen durch Sprachgrenzen, überhaupt alles Ringen nach natürlicher Gestaltung ist der unter der habsburgischen Dynastie zusammengehaltenen Unnatur feindlich. Bei einer Fortentwicklung dieser Verhältnisse möchte es sehr leicht kommen, daß die slavische Nationalität, wie sie das Deutsche Element zu verschlingen droht, auch die Deutsche Dynastie verschlänge. Deshalb wird das Haus Habsburg seine Stellung freiwillig nicht aufgeben. Dieselbe ist ihm, als Gegengewicht gegen das Slaventhum, zu wichtig. Denken Sie aber, daß Baiern, Sachsen und Hannover sich der Verleihung der Kaiserkrone Kleindeutschlands an das Haus Hohenzollern widersetzen, denken Sie sich Oesterreich alsdann, vielleicht mit Rußland im Rücken, in derselben Richtung thätig, und dann fragen Sie sich nach der Ausführbarkeit des neuen Projekts. Und wenn das Oberhaupt des Preußischen Staates sich diesen Eventualitäten auszusetzen nicht bereit finden möchte, mit welchen Kräften wollen Sie dann Ihr Projekt ins Leben rufen? Sie sind rein reducirt auf das Vertrauen zu den Fürsten und auf die Anrufung der Pflicht derselben zum Danke für die unterdrückte Volkskraft.

Ich glaube, es wird eine Zeit kommen, wo man sich über schwarzen Undank beklagen wird. Die Demokratie will weder die Oesterreichische noch die Preußische Politik, die Oesterreichische nicht, weil sie auf die Restauration abzielt, die Preußische nicht, weil sie mit einer Theilung Deutschlands verbunden wäre und überdies keine innere Lebensfähigkeit hat. Es ist zwar gesagt worden, die Deutsch-Oesterreichischen Provinzen sollen, nachdem sich Kleindeutschland zum Bundesstaat vereinigt hat, zu demselben in dem staatenbundlichen Verhältnisse der Bundesacte vom Jahr 1815 verbleiben. Ich kann die Basis dieser Idee nicht recht begreifen. Oesterreich hatte früher nach der Bundesakte im kleineren Rathe eine Stimme, im Plenum vier Stimmen. Wenn sich das übrige Deutschland nun zum Bundesstaat konsolidirte, wie soll das Verhältniß des Einflusses der Deutschen Provinzen Oesterreichs zu diesem Bundesstaate sich alsdann gestalten? Sie hätten dann zunächst einen Bundesstaat, der sich nicht durch außer dem Bunde befindliche Provinzen eines andern Staates in sein Inneres eingreifen lassen könnte. Sie hätten sodann einen Staatenbund des Deutschen Bundesstaates mit den Deutschen Provinzen Oesterreichs zunächst und endlich einen großen Staatenbund mit der Oesterreichischen Gesammtmonarchie. Wenn wir nun keine Oesterreichische und keine Preußische Politik wollen, so will ich Ihnen sagen, was unsere Politik ist. Wir sehen gegenwärtig auf dem einen Wege, wie auf dem andern die Restauration an uns herantreten. Unter diesen Verhältnissen wollen wir nicht derjenigen Restauration den Vorzug geben, welche von der Schmach der Theilung unseres Vaterlandes begleitet wäre. Wir erkennen in dem Antrag des Herrn Lassaulx leider eine bittere Wahrheit für die augenblicklichen thatsächlichen Verhältnisse. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen der augenblicklichen Nichtdurchführung eines Rechtes und dem Verzicht auf dasselbe. Sollte die Demokratie ihr Princip der Freiheit und Einheit Deutschlands augenblicklich nicht durchzuführen vermögen, dann wird sie dasselbe nichtsdestoweniger nimmermehr aufgeben. Die Zukunft der Oesterreichischen Gesammtmonarchie wird den günstigen Augenblick schon herbeiführen. Ich kann augenblicklich besiegt werden, aber meinen sittlichen Willen kann Niemand beugen. Wir konnten augenblicklich überwältigt werden, aber zur Selbstverstümmelung, zur Selbstschändung kann Niemand mich zwingen. Darum stelle ich den Antrag, zur

einfachen Tagesordnung überzugehen. Nehmen Sie das Minoritätserachten an, dann ist die Berufung eines Mannes an unsere Spitze, der früher gesagt hat: »Kein Preußen, kein Oesterreich, sondern ein einiges Deutschland!« eine bloße Farce gewesen. Dann heißt es hinfort: »Ein Preußen, ein Oesterreich, aber kein einiges Deutschland!«

Es war doch in der That schwer zu übersehen, daß das Preußische Kaiserthum nicht ohne Gewalt zu Stande gebracht werden könne, revolutionäre oder Kriegsgewalt. Zur Anwendung der letztern hätte jedenfalls der Wille Preußens gehört und wie hätte man darauf rechnen können? Revolutioniren konnte die Kaiserpartei nimmer ohne die Radikalen und diese versagten den Dienst. Sie hatten sich große Illusionen gemacht und lebten zum Theil noch in Illusionen über die Bedeutung der Volkskraft. Um so mehr mußte ihr Zeugniß gelten, wenn sie es dahin ablegten, daß dieselbe gebrochen sei, nicht ausreiche. Worauf konnten die Kaiserlichen noch zählen? Was blieb ihnen zur Ausführung ihres Projekts? Der Kaiser- und Reichsenthusiasmus in den Kleinstaaten, die idealistische Anschauung und Tendenz in einem Theile der gebildeten Klassen. Es gehörte eine mehr als billig leidenschaftliche Politik, eine doch gar zu kurzsichtige Beurtheilung dazu, um solche Pläne darauf zu gründen. Von der linken Seite vernahmen sie eine absagende Erklärung nach der andern.

Raveaux führte auf seine Weise aus, daß die National-Versammlung kein Recht habe, gegen ihr Mandat und ganz unpolitisch handeln würde, wenn sie Oesterreich ausschließen wollte. Es wolle nicht ausgeschlossen werden, und wenn das Oesterreichische Ministerium dahin führende Erklärungen abgebe oder dergleichen Schritte thue, so sei es nicht das Oesterreichische Volk, habe demselben nichts zu vergeben und sei sogar selbst unfrei, indem es derzeit große Rücksichten wegen der Slaven im Kaiserstaat nehmen müsse. Er setzte ferner auseinander, daß man, wenn man etwa Oesterreich beseitigt hätte, mit dem »Bundesstaate« darum doch noch nicht fertig sein würde. Bemerkenswerth war die nachstehende Aeußerung:

»Man hat häufig in den kleineren Debatten, die bei den Fraktionen stattgefunden haben, die Oberhauptsfrage mit in die Debatte hineingezogen und es ist dieses nicht ohne Grund geschehen, denn es ist wirklich so: die Oesterreichische Frage hängt sehr genau mit der Oberhauptsfrage zusammen. Wir haben uns die Frage gestellt:

Wenn Oesterreich nicht beitreten kann, was wird dann geschehen? Wir haben uns diese Frage dahin beantwortet, daß sich aller Augen auf den König von Preußen richten würden und daß der wahrscheinlich das Oberhaupt Deutschlands werde. Ich aber habe die Möglichkeit nicht zugegeben, ich kann sie nicht zugeben, weil ich sie nicht glaube. Ich war mit bei der Deputation, welche am 18. März, 2 Stunden vor Ausbruch der Revolution, dem König vorgestellt wurde, um ihn zu bewegen, sich an die Spitze der Deutschen Bewegung zu stellen. Damals sprach der König sich in einer so familiären, so freundschaftlichen, so herzlichen Weise gegen uns aus, daß ich keinen Grund habe, irgend einen Zweifel in seine damalige Aussage zu setzen; im Gegentheil, ich glaube gerade, sein innigstes Gefühl hat sich damals uns kund gegeben und eine Hauptstelle in seiner Rede war die: »Meine Herren, die Liebe zu Deutschland habe ich mit der Muttermilch eingesogen; eine Fürstin, die von ganz Deutschland geehrt und geachtet war, hat mir sie eingeimpft, aber für alles in der Welt möchte ich nicht als Usurpator dastehen. Ich bin nicht der Erste in Deutschland, ich bin nicht der Dritte, ich bin der Zweite; Oesterreich steht oben an und dann komme ich.« — Sie sehen also, wie ich in der Fraktion, welcher ich anzugehören die Ehre habe, dieses ausgesprochen habe, daß ich ehrlich und offen verfahren bin, daß mich diese Ansicht geleitet hat und keine andere. Wenn das also wahr ist, wenn der König die Krone, die man ihm vielleicht anzubieten käme, ausschlagen muß, weil er sein Wort halten will, weil er seinen Principien nicht untreu werden will, was dann? Dann befänden wir uns in einem Zustand, der vielleicht sehr bald die Anarchie herbeiführen wird: denn darauf sind die letzten Hoffnungen gestellt, bloß auf die Oberhauptsfrage. Ich bitte Sie deshalb, geben Sie sich keinen Illusionen hin: täuschen Sie sich nicht darüber und versuchen Sie erst! Schicken Sie in dieser Beziehung Ihre Gesandten aus, privatim oder officiell! Thun Sie keinen Schritt in dieser Beziehung, bevor Sie nicht im Voraus wissen, ob das, was Sie thun, auch angenommen wird; denn das ganze Volk, die ganze Nation harrt auf diesen Schlußstein; wir selbst haben es uns gesagt, es ist das Einzige, was noch fehlt, aber auch das Wichtigste. Wenn die materiellen Interessen unseres Volkes während neun Monaten brach gelegen haben, so schmeichelt man sich mit der Hoffnung, daß durch diesen Schlußstein plötzlich der Handel wieder neues Leben erhal-

ten, daß das Vertrauen wieder zurückkehren, daß die Gestaltung in Industrie und Handel eine andere, eine glücklichere werde. Aber wenn auf diese Art der letzte Schlußstein zerbricht, wenn in diesem Momente alle Hoffnungen neuerdings getäuscht werden, wenn Oesterreich ausgeschlossen werden soll, dann frage ich, worauf soll das Volk seine Hoffnung bauen? Es würde höchst wahrscheinlich zu einem anderen Mittel greifen, es würde sich das selbst nehmen, was wir ihm nicht geben könnten; wenn es aber ausdauert, so harrt es nur darauf, daß wir den Schlußstein legen, daß wir das Werk vollenden, das allein im Stande ist, dem Volke Genugthuung für seine ausgestandenen Leiden zu geben. In dieser Beziehung hätte ich gewünscht, daß früher etwas geschehen wäre, um die materielle Noth des Vaterlandes zu erleichtern; auch in dieser Beziehung steht Oesterreich oben an, ohne Handelsverbindung mit Oesterreich, ohne eine Deutsche Schifffahrtsakte, ohne einen Deutschen Zolltarif ist es nicht möglich, daß das Deutsche Volk von seinen Wunden sich erholen kann, diese Aussicht haben wir nur mit Oesterreich; können Sie sich eine Deutsche Schifffahrtsakte, können Sie sich ein Zollgesetz denken, wenn Oesterreich ausgeschlossen wird? welches also nur für die Nord- und Ostseeküsten gilt, während die südlichen dieses Gesetz nicht haben? Ich bitte, legen Sie auch auf die materiellen Interessen Gewicht, ich glaube sogar, daß, wenn wir früher dazu geschritten wären, daß ein Zollverband, ein Schifffahrtsgesetz uns umschlösse, so wäre es unmöglich, uns politisch zu trennen. Ich komme jetzt darauf zurück, was der Herr Ministerpräsident gestern gesagt hatte, als er sehr richtig bemerkte, er liebe die Beschlüsse nicht, wozu wir nicht die Mittel und die Macht haben, sie auszuführen. Es ist dieses eine sehr wahre Bemerkung, aber ich denke mir jetzt den umgekehrten Fall, ich denke, Oesterreich sei ausgeschlossen, und die Oesterreichischen Deputirten würden doch nicht austreten, sie betrachteten dennoch Oesterreich nicht als ausgeschlossen, wo würden Sie die Mittel hernehmen, Zwang gegen sie auszuüben? Ich glaube, bei all dem Gewicht, welches die Person unseres Herrn Ministerpräsidenten in die Waagschale legt, wäre es nicht möglich, das Mittel zu finden, welches einen so unvolksthümlichen Beschluß ausführen müßte. Wir müssen auch die Konsequenzen von der Ausführung dieses Beschlusses ziehen, wir müssen nicht allein berechnen, was geschähe, wenn wir Oesterreich ausschließen in *unserem* Interesse, wir müssen auch beden-

ken, was geschähe gegen unser Interesse, und da glaube ich, stehen wir bei dem letzten Falle im Nachtheile; bei dem Ausschlusse von Oesterreich haben wir, wie die Einen sagen, den Bürgerkrieg zu gewärtigen, wir haben aber auf der anderen Seite den Bundesstaat nicht fertig, und dann schließen wir zwei große Konkurrenten bei der Oberhauptsfrage aus und müssen uns Einem in die Arme werfen, während wenn alle beiden Konkurrenten da sind, wir Bedingungen vorschreiben können. Ich will den Kaiser von Oesterreich eben so wenig als den Deutschen Kaiser, wie den König von Preußen, obschon als Preuße.«

Beckerath sprach ein Wort, das die antiösterreichische Partei zum Stichwort machte, oder aber er drängte, wie Haym (206) sagt, »in ein glückliches Wort den Sinn der von Gagern vorgeschlagenen Politik zusammen.« Diese Politik, wenn das glückliche Wort den Sinn derselben ausdrückte, lief also doch auf ausschließliche Herrschaft Preußens hinaus? — denn es lautete: »Das Warten auf Oesterreich ist das Sterben der Deutschen Einheit«, und Beckerath sprach außerdem von dem »engeren Bundesstaate« so, daß es mehr als deutlich war, er meinte eine Verfassung, in welche Oesterreich schlechterdings nicht hineinpaßte, er ging von der unumstößlichen Voraussetzung aus, diese Verfassung müsse und werde beschlossen werden, was ihm »die Deutsche Sache« war, wie denn seit dieser Zeit die Gewinnung der abstrakten Staatseinheit für zwei Drittel von Deutschland, die Theilung Deutschlands durch das Preußisch-Deutsche Erbkaiserthum, dieser Sonderbund von höchstens zwei Dritteln Deutschlands, dieser Gegenstand der Wünsche der Erbkaiserpartei, in deren Reden und Organen, und zwar exklusiv als die Deutsche Sache figurirte und mit dieser gemeint war, wenn nicht gerade speciell von den Grundrechten gesprochen wurde, die zuerst in der Kunstsprache der Partei die Deutsche Sache gewesen waren. Beckerath hatte übrigens ganz Recht, der »Bundesstaat« kam schwerlich zu Stande, wenn man auf Oesterreich wartete; aber die Errichtung desselben, d. h. das Preußische Kaiserthum war das Sterben der wirklichen Deutschen Einheit und des Friedens in Deutschland, und außerdem fragte es sich, ob das ungeduldige Nichtwartenkönnen, womit man jede naturwüchsige Entwickelung verwarf und abschnitt, nicht eigentlich der Tod der Deutschen Einheit war. Beckerath's Rede machte nicht Wenige auf unserer Seite wieder irre und abgeneigt. Entweder, sag-

ten sie, ist man im Ministerium nicht einig und weiß nicht deutlich was man will, oder Beckerath hat den eigentlichen Gedanken desselben und Gagern's verrathen, den dieser zu verhüllen suchte.

Wydenbrugk sprach manche Wahrheit, manchen gerechten Tadel über das Verhalten der National-Versammlung in der Verfassungssache und gegen die Regierungen aus, der besser beachtet als mit Zeichen des Mißfallens aufgenommen wäre. Als bei einer Aeußerung dieser Art die Centren murrten, sagte er, man möge sich doch keine Illusionen machen; »es nützt gar nichts, die Sache hier schöner und besser anzusehen, als sie wirklich liegt. Ob, wenn wir auf Widerstand bei Einführung der Verfassung stoßen, und wir dann, um das Wort des Herrn Ministerpräsidenten zur Wahrheit zu machen: daß die zu Schanden werden sollen, die die Rückkehr zum Alten wollen, uns zur Volkskraft wenden, (und ich trenne hier von der Volkskraft diejenigen Regierungen nicht, welche für Durchführung der Verfassung zum Handeln entschlossen sind), ob wir dann, wenn wir diesen Schritt thun, überhaupt noch zu einem günstigen Erfolge kommen werden, dies scheint mir sehr zweifelhaft. Aber wenn es überhaupt möglich ist, gewiß nur dann, wenn Sie die Dinge nicht auf die Spitze treiben und gerade bei der Frage um die Spitze die größten Kräfte in Deutschland nicht feindlich einander gegenüber stellen. Wenn Sie dieses nicht beachten, so wird entweder das Verfassungswerk in Ihren Händen sofort scheitern, oder Deutschland wird dem Bürgerkrieg entgegengeführt, durch den wir falls wir nicht theilweise dem Auslande als Beute zufallen, doch viel weiter von der Idee der Nationaleinigung entfernt werden, als wir zur Zeit des Bundestages davon entfernt waren. Wie aber der Weg, der jetzt eingeleitet werden soll, dahin führen soll, daß wir in diesen Konflikt nicht kommen? wie er sich — so sagte man — an das Bestehende anschließen soll, vermag ich absolut nicht einzusehen. Wenn wir in allen großen praktischen Fragen uns der Nation entfremdet haben, wie mögen wir bei der Frage um die oberste Gewalt hartnäckig eine Idee durchführen wollen, welche gerade die ungeschwächte volle Hingebung der Nation an die National-Versammlung erfordert? denn es handelt sich darum, daß wir bei dieser Frage die Einheitsidee auf die Spitze treiben sollen, dies muß dahin führen, daß die zwei größten Mächte in Deutschland und was sich um jede derselben gruppirt, gegenseitig in Konflikt

gerathen. Um dies zu vermeiden, ist keine andere Möglichkeit, als in die gemeinsame Regierung des Bundesstaates die mächtigsten Staaten eintreten zu lassen in der Weise, daß wir das Präsidium zwischen Oesterreich und Preußen wechseln lassen, dem Präsidenten aber mit einem besondern Namen auch eine besondere bevorzugte Stellung geben, in welcher er Deutschland dem Auslande gegenüber allein vertritt und den laufenden Regierungsgeschäften mit einem verantwortlichen Ministerium allein vorsteht. Die Frage, von welcher wir jetzt sprechen, hat offenbar die größte Verwandtschaft mit der Oberhauptsfrage. Insbesondere haben wir uns über den höheren Gedanken Rechenschaft zu geben: ob es denn wirklich unmöglich ist, daß zwei so große Staaten wie Oesterreich und Preußen in einem Bundesstaate nebeneinanderstehen, ob wir entweder den Bundesstaat oder den Eintritt einer dieser beiden Mächte in denselben aufgeben müssen?«

Sie wären nun einmal da und man könne die Kleinen nicht groß, die Großen nicht klein machen. Es sei noch immer ein homogenerer Staatsbau, wenn zwei balancirende Mächte vorhanden, verbunden durch andere von verschiedener Größe, als wenn ein hervorragender Staat unter viele kleine und mittelgroße trete. Habe man aber im Sinn, daß aus dem Bundesstaate die Einheitsmonarchie werden solle, so möge man offen damit hervorkommen und nicht unaufrichtig die letztere in die Verfassung einzuschmuggeln streben. Eine darauf angelegte Verfassung, daß die Staaten allmählig durch Regimentsmaßregeln um die Selbstständigkeit, die man ihnen noch lasse, gebracht werden sollten, eine solche Verfassung tauge nichts und führe zu den gefährlichsten und unleidlichsten Zuständen, die das Volk mit dem größesten Unbehagen erfüllen würden, sobald es die Folgen empfinde, die es jetzt noch nicht übersehe, weshalb man sich auch hüten möge, den nach dem Kaiserthum rufenden Stimmen aus demselben einen zu großen Werth beizulegen. Man könne allenfalls die widerstrebenden Staaten zwingen, aber dadurch entstehe nichts weniger als ein haltbarer Bundes- oder Einheitsstaat. Er schließe sich jetzt ehrlich und offen der Idee eines die verschiedenen Glieder föderirenden Bundesstaates an und erblicke darin, wenn sie gehörig durchgebildet werde, die edlere Staatsform. Das Vaterland gelte ihm höher als jede Staatsform und Eines wolle er unter allen Umständen und um jeden Preis, daß das Volk, welches als ein Ganzes in die Weltgeschichte

eingeführt worden, auch als ein solches wieder erscheine und seine unveräußerlichen Rechte darauf endlich erwerbe.

Er legte hierauf dar, daß die neuesten ministeriellen Erklärungen auch wiederum weiter gingen als die vom 18. December und eine noch bedenklichere Ermächtigung forderten, die gar sehr mißbraucht werden könne. Er rügte, daß Gagern bei einer so tief in das Lebensmark von Deutschland einschneidenden Sache aus einer Verfassungs- eine Ministerfrage mache und auf solche Weise Einfluß übe. Er wies nach, wie völlig unverständlich der ministerielle Gedanke sei, als sei eben und eben nur hinsichtlich Oesterreichs der Standpunkt und das rechtliche durch die alte Bundesverfassung normirte Verhältniß festzuhalten. Er kam hierbei darauf, daß man, wenn auch nicht in der National-Versammlung doch in öffentlichen Blättern gesagt habe, es könne nach der Deutschen Bundesakte ein Theil der Staaten Deutschlands zu einer engeren Vereinigung zusammentreten und zwar könne dies geschehen nach Artikel XI. der Bundesakte. »Es ist doch wunderbar, worauf der menschliche Scharfsinn kommt *), wenn er einmal durchaus nach einem Punkte hin will. Jetzt soll die Paulskirche sogar der Ort sein, wo eine Anzahl einzelner Deutschen Staaten und zwar als solche zusammentreten zu dieser großartigsten aller Sonderbündeleien. Das ist aber absolut nicht denkbar. Es müßte, wenn Sie sich auf diesen Standpunkt stellten, jedenfalls gesagt werden: eben diese Vereinigung nach Artikel XI. hat ihre natürliche Grenze und die Grenzlinie ist einfach gezogen dadurch daß eine solche Vereinigung nicht rütteln kann an dem Wesen des Bundes selbst. Der Artikel VI. der Bundesacte bestimmt, daß grundgesetzliche Aenderungen nur mit Zustimmung aller einzelnen Glieder zu Stande kommen können u. s. f.« Man möge sich also keine Täuschung darüber machen. »Es handelt sich einfach darum, soll überhaupt jeder staatliche Verband gelöst werden zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland, oder soll es eintreten in die neue organische Verbindung, welche an die Stelle der alten staatlichen Verbindung tritt. Das ist es, um das es sich handelt. Ein Drittes gibt es nicht. Sehen Sie von dem Formellen ab und denken Sie an die materielle Seite. Man spricht

*) Und wobei der menschliche Eigensinn in Ermangelung guter Gründe verharrt, muß man hinzusetzen, wenn man die weitere Geschichte der Berufung auf jenen Artikel XI. verfolgt.

immer davon, das Wenigste ist, daß wir mit Oesterreich auf dem alten Standpunkt und bei den durch die Bundesverfassung gegebenen Beziehungen bleiben, wo möglich wollen wir dies aber noch erweitern. Worin soll dieser aber bestehen? Es ist Ihnen noch nie der Gedanke jenes oft erwähnten Unions-Verhältnisses klar gemacht worden und er wird Ihnen nicht klar gemacht werden. Wollen Sie wissen, warum? weil sich nichts Klares dabei denken läßt.«

Nachdem er dies ausgeführt, zeigte er, daß es mit den Principien der Versammlung gar nicht zu vereinigen sei, eine eventuelle Ermächtigung zu ertheilen, Oesterreich als außer dem Bundesstaate stehend zu betrachten. Es widerspreche sowohl dem Princip der Vereinbarung als dem der Volkssouveränität, zu welchem er sich als dem seinigen bekannte. Indeß wollte er nichts davon wissen, daß die Volkssouveränität wesentlich eine Machtfrage sei; er schließe sich vielmehr an Gagern's Erklärungen über dieselbe in dessen Antrittsrede, sagte er, und fuhr, Gagern's Worte gegen Gagern selbst kehrend, fort: »Er sprach etwa in diesem Sinne: »Die Einheit will die Nation und sie soll ihr werden, und wir wollen sie ihr geben in Vollmacht der Nation.« Nun, ich behaupte, Deutschland hat uns keine Vollmacht gegeben, daß wir es zerreißen, sondern nur die Vollmacht hat es uns gegeben, eine Verfassung für ganz Deutschland zu schaffen. Wollen Sie das nicht thun, so legen Sie Ihr Mandat nieder, wenn Sie aber Deutschland zerreißen, so überschreiten Sie Ihr Mandat. Der Weg, den Sie zu verfolgen haben, scheint mir einfach der zu sein: Wir haben eine Verfassung für ganz Deutschland abzuschließen, und gewiß mit Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse. Ich glaube, daß, wenn sie abgeschlossen ist, dann Oesterreich eintreten wird; ich glaube es deshalb, weil das Interesse Oesterreichs dahin drängt. Wenn Sie die Frage so stellen: Will Oesterreich aus jeder staatlichen Beziehung zu Deutschland austreten, oder sollen die beiden großen Körper, Deutschland und Oesterreich, sich organisch vereinigen, und soll das organische Verbindungsglied Deutsch-Oesterreich sein, was in der Mitte liegt, so glaube ich, wird Oesterreich sagen: Ja! und dies deshalb, weil es auch sein Interesse ist. Aber wenn es das nicht thäte, was bleibt uns dann übrig? Wir können sagen, wir wollen Krieg beginnen. Ob Sie es wollen, will ich dahin gestellt sein lassen; aber jedenfalls sage ich, wir halten fest an der Verfas-

sung Deutschlands, die bindend ist für alle Theile Deutschlands. Sie können sich, momentan genöthigt, factisch beugen vor einer Gewalt, mit der Sie nicht kämpfen können oder wollen, Sie können dann sagen, die Verfassung kann im Augenblick nicht gegen den Willen Oesterreichs in Deutsch-Oesterreich eingeführt werden, aber Sie selbst können den Schnitt nicht machen. Sie haben vielmehr dann bis zur Zeit, wo die Verfassung ihrem ganzen Umfange nach in Kraft getreten ist, bis das Factische dem Rechtlichen entspricht, eine Zusatzbestimmung zu geben, welche vielleicht dieselbe wäre, an welche Sie jetzt ohne Noth denken, voreilig, da es wahrscheinlich ist, daß der betreffende Fall gar nicht eintritt. Es ist das nicht ein bloß principieller Unterschied, sondern es knüpfen sich die wichtigsten, practischen Folgen daran. Wenn Sie diesen Standpunkt festhalten, so haben Sie allen übrigen widerstrebenden Gliedern Deutschlands gegenüber noch einen festen Haltpunkt; geben Sie aber diesen Standpunkt auf, so haben Sie Alles verloren. Endlich ist der Unterschied, den deutsch-österreichischen Provinzen gegenüber, auch noch groß. Diese verlieren, wenn Sie die Verfassung ohne Rücksicht auf Deutsch-Oesterreich abschließen, ihren Platz in Deutschland. Ganz anders, wenn Sie ihnen den Platz in Deutschland offen lassen; sie haben dann ein Merkziel, wohin sie ihre Blicke richten, und wenn sie je vom slavischen Uebermuth oder vom Absolutismus gedrückt werden sollten, so würden sie kommen und durch die Thore eingehen, die Deutschland ihnen offen ließ; sie werden dann in der Deutschen Völkerfamilie ihren Platz nehmen, der ihnen von Gottes und Rechts wegen gebührt. Wenn Sie aber das Thor zuschließen, so werden Sie jene Völker verloren haben in alle Ewigkeit.« Um die Einigung mit Oesterreich herzustellen, habe man auf die Interessen zu bauen, nicht zumeist oder gar allein auf Befriedigung des Vaterlandssinnes durch die Idee eines großen Deutschlands. Die Interessenverknüpfung sei das festeste Band, der Instinkt des Volkes bilde sich schnell dafür aus und dies werde nur zu sehr verkannt, wie aus zwei Dingen zu sehen. »Einmal daraus, daß man die Frage um die Spitze stets in erste Linie stellt, während sie offenbar, wie wichtig sie auch ist, in zweite Linie gehört; dann an der bei so Vielen im Hintergrund lauernden Furcht, daß wir wieder in das Schlepptau der Habsburgischen Politik im alten Sinne genommen werden könnten. Denen, die so fürchten, könnte man mit dem Worte antworten,

welches Dahlmann neulich brauchte: »sie gleichen den ungeschickten Fechtern, die immer da pariren, wo sie den letzten Stoß erhalten haben.« Man könnte aber auch sagen: »aus Furcht vor dem Balg des erschlagenen Löwen sehen sie den lebendigen Leoparden nicht, der in ihren Reihen kämpft.« Der Balg des erschlagenen Löwen ist die Bundesverfassung und das alte System, das nicht mehr besteht. Dieses allein machte es möglich, daß das ganze Oesterreich in die Waagschale des Bundestages fallen konnte, und überdies allein vertreten durch die Dynastie. Es war kein Gegengewicht gegeben in ganz Deutschland und durch die Bundesverfassung, davon zu schweigen, daß wir keine Volksvertretung hatten, daß Uebereinstimmung in den wichtigsten, namentlich Verfassungsfragen nöthig war, und von vielen andern ähnlichen Dingen noch zu schweigen, die Ihnen ja vollständig bekannt sind. Das ist denn doch wesentlich geändert und welche Bedeutung auch in der Zukunft das oberste Reichsregiment haben mag; das Hauptgewicht wird immer im Staaten- und Volkshause liegen: hiehin fallen aber nur die Deutsch-Oesterreichischen Provinzen« u. s. f.

Er setzte sodann auseinander, wie nach seiner Ansicht die Deutsch-Oesterreichische Provinzen zu gleicher Zeit ein organisches Glied des Oesterreichischen und des Deutschen Bundesstaats sein könnten. Er fand die Lösung der Schwierigkeit darin, daß man in Oesterreich und in Deutschland die Centralisations- hinter die Föderationsideen zurückstelle, hier also die §§. 2 und 3 modificire u. s. f. Es fehle ganz und gar nicht an Punkten, bei welchen man mit Aussicht auf Erfolg versuchen könne zu einer wahren Einigung zu gelangen, aber man lasse sie liegen, wolle nichts davon wissen, habe nur die Errichtung des Bundesstaats mit dem Preußischen Kaiser im Auge und spreche vergeblich von einer Union mit Oesterreich daneben, die eben ganz unmöglich sei, wenn jenes Projekt in Ausführung gebracht werde. »Man konnte sich bis jetzt wohl noch mit einer solchen Idee tragen; aber wie man es kann, nachdem die letzte Erklärung von Oesterreich abgegeben worden ist, das begreife ich in der That nicht. Mir ist es ganz sonnenklar, daß Oesterreich, wenn es aus dem organischen Verbande mit Deutschland herausgerissen werden sollte, nothwendigerweise nicht blos eine gleichgültige, sondern recht eigentlich eine feindselige Stellung Deutschland gegenüber einnehmen wird. Das ist das Ziel, auf welches wir hinauskommen würden. Nun bedenken Sie, wie die Stellung Deutsch-

lands ist. Ich habe schon am Anfang auf die auseinandergehenden Elemente des Deutschlands hingewiesen, an dessen Spitze eine Macht steht. Denken Sie sich die völkerrechtliche Stellung dieses jungen, neu aufgebauten Deutschlands, auf welches alle Mächte Europa's mit Widerwillen sehen, wovon alle Mächte Europa's die natürlichen Feinde sind, und denken Sie sich zu diesen Feinden auch noch Oesterreich als Feind hinzugesellt, sich lehnend an Baiern und Sachsen; denken Sie sich weiter diesem Deutschland seine wesentlichsten materiellen Interessen, die aus der neuen Gestaltung der Dinge hervorgehen sollen, dadurch entzogen, daß der Verband mit Oesterreich abgeschnitten ist; denken Sie sich, daß alle Glieder des kleineren Deutschlands zu erhöhten Kräften angestrengt werden sollen, um die Zwecke des Bundesstaats zu erreichen, und fragen Sie sich, ob das eine glückliche, ja ob es nur eine erträgliche Existenz ist. Hierbei bin ich noch immer davon ausgegangen: daß unsere nächste Aufgabe auf dem Wege, den Sie betreten wollen, gelöst werden könnte. Daran denken Sie indessen nicht! Wenn Sie diesen Weg betreten, ist es mit unserer Verfassung aus, und die nächste Folge ist, daß wenn Sie Oesterreich gegenüber sagen: »wir wollen das alte Bundesverhältniß allenfalls noch etwas weiter ausgebildet in dem besonderen Verhältniß zu Oesterreich gelten lassen,« Ihnen dasselbe die Niederlande und Dänemark sagen. Wenn Sie dann vielleicht auch sagen, wie ich es wohl gelegentlich gehört habe, »kraft der Volkssouveränität bestimmen wir das Eine für Oesterreich, für die anderen aber wollen wir es nicht bestimmen,« so glauben Sie nicht, daß dieser Logik Jemand auch nur einen Augenblick beistimmen wird, am wenigsten die fremden Mächte. Es ist dies in der That auch nur ein bequemes Hinterpförtchen, durch das man geht, um einer unangenehmen Consequenz zu entwischen? Wollen Sie den Beweis hiefür, so liegt er in dem Umstande, daß Niemand daran denkt, daß wir jenes Unionsverhältniß einmal angenommen, dasselbe hier kraft der Volkssouveränität, daß wir die Verhältnisse Deutschlands zu Oesterreich und die Beziehungen des letzteren gesetzgebend ordnen sollen. Man kommt immer wieder auf den völkerrechtlichen Verkehr zurück. Allein es fragt sich, ob wir bei Betretung jenes Weges bloß diese Feinde, nämlich die Niederlande und Dänemark, in ihrem Verlangen hinsichtlich der Deutschen Besitzungen auf den Fuß des Bundestages gestellt zu werden, die darum sich gruppirenden auswärtigen Mächte und

Oesterreich dazu gegen uns haben werden, obgleich wir daran schon vollkommen zur Genüge hätten. Sind Sie denn so gewiß, daß in jenem Falle nicht auch Baiern sagt: »ich würde Alles gethan, ich würde jedes Opfer gebracht haben, wenn man ein Deutschland geschaffen, mit gleichem Maße gemessen hätte, aber so thue ich es nicht. Soll einmal gesonderbündelt werden, so will auch ich sonderbündeln,« und sind Sie gewiß, daß nicht auch Sachsen und Andere dieselbe Sprache führen? Nein! Gewiß, das ist der Weg, auf dem Alles zu Grunde gehen muß. Ich erlaube mir noch auf eine Schwierigkeit hinzuweisen, welche schon in beredterer Weise erwähnt worden ist, als ich sie erwähnen werden. Nämlich, wenn Sie überhaupt diesen verzweifelten Weg gehen, wenn Sie auf diese eine Karte Alles setzen wollen, müssen Sie doch vor allen Dingen die Gewißheit haben, daß Sie die Hülfe da, wo Sie solche suchen, finden werden, daß, wenn Sie widerstrebende Elemente finden gegen die Annahme der Verfassung, wie Sie solche wollen, daß, um es mit einem Worte zu sagen, alsdann die preußischen Heere marschiren werden? Wenn nun ein Factor dieser Macht, der auch mitzusprechen hat, erklären würde: »ich finde dies Alles weder deutsch noch gerecht und ich kann auch Preußen in diese unabsehbaren Verwicklungen nicht stürzen, das ist nicht die Stellung, die mir den übrigen zu einem staatlichen Verbande vereinigten Staaten gegenüber gebührt,« was werden Sie dann sagen? Ja, es wäre eine furchtbare Satyre des Schicksals, wenn Sie auf diese Weise, nachdem Sie einen verhängnißvollen Beschluß gegen Oesterreich gefaßt hätten, genöthigt würden, ihn zurückzunehmen, oder Gott weiß was zu thun. Dann, ja dann würden Sie den alten Bundestag oder so etwas Aehnliches wiederum bekommen! Ich bin am Schlusse meiner Betrachtung. Ich habe Ihnen nur einige nüchterne politische Betrachtungen gegeben, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß gerade eine ruhige politische Ueberlegung den Beweis liefert, wie die Ausscheidung Oesterreichs aus dem Bundesstaate zunächst unser Verfassungswerk vernichtet, sodann Deutschland nicht bloß theilt, sondern noch in's Verderben stürzt; allein es könnte auch eine andere Saite dieser Frage berührt werden, und wenn man diesen Ton anschlüge, so glaube ich, würde jede Faser eines Deutschen Patrioten lebendig bewegt werden, — ich habe diese Saite nicht angeschlagen,

ich will sie nicht anschlagen; aber Eines lege ich Ihnen nochmals an's Herz: welche Form Sie für das oberste Reichsregiment auch wählen werden, keine paßt ganz; die Elemente sind eben zu verschieden. Die einzige, die stärkste Hoffnung bei vielen Bedenken beruht darauf, daß uns wesentliche Interessen zusammen binden und daß, wenn wir die Organe für die Fortbildung haben, das, was mangelhaft in der Form ist, allmälig verbessert werden kann und verbessert werden wird. Deshalb bitte ich Sie, blicken Sie mehr auf den Boden, als auf die Spitze! Die Bäume wachsen von unten nach oben, nicht von oben nach unten, von der Erde zum Himmel und nicht vom Himmel zur Erde. Haben Sie einen gut bereiteten Boden, so wächst Ihnen darauf auch ein tüchtiger Baum mit einer mächtigen Krone, und auch ich liebe diese gewaltigen, weithin schattenden Kronen. Also, ich bitte Sie, blicken Sie zunächst auf den Boden, blicken Sie auf den Boden Ihres Vaterlandes, und vor allen Dingen beschwöre ich Sie, zerreißen Sie den Boden Ihres Vaterlandes nicht!«

In keiner Rede von Denen, welche unsrer Verbindung oder Richtung angehörten, war auch nur das mindeste der Linken Entgegenkommende, sie anzukörnen Bestimmte ausgesprochen. Auch Wydenbrugk dachte ohne Frage nicht daran, sich oder seine Partei uns nähern zu wollen, wohl aber hatte er Manches gesagt, wie man sieht, was unsre Ansicht war und gewesen war und was wir stets sagten und gesagt hatten. Wenn er und die Linke Ernst damit gemacht hätten, so würden wir uns wenn nicht mit ihr haben verbünden doch fortan mit ihr haben stimmen müssen, was auch ganz in der Ordnung gewesen wäre. Allein es war nicht daran zu denken, denn die linke wäre dann rechte Seite geworden, sie hätte von der Volkssouveränität und von dem centralisirenden Unitarismus in der Verfassung zurücktreten müssen. Zum Letzteren zeigte Wydenbrugk Velleitäten, blieb aber in der Einheitsstaatsidee zu sehr hängen, um in ganzer Wahrheit die des Föderativstaates in sich aufzunehmen, der ohnehin nur durch Vereinbarung zu Stande kommen kann. Aus diesen Gründen war auch seine Beweisführung großentheils verfehlt und unwirksam. Es war nun einmal nicht glaublich, daß Oesterreich in einen Bundesstaat eintreten werde wie er ihn dachte, einen Staat, der freilich mehr als der der Kaiserpartei vom Einheitsstaat sich entfernte, aber doch noch immer zu wenig

dem wirklichen Föderativstaat, wie er in Deutschland möglich, sich näherte. Wie dem sei, die Rede Wydenbrugk's möchte doch leicht vor allen die gehaltvollste gewesen sein. Die »Professorenzeitung« fertigte sie in ihrem Sitzungsbericht kurz und wegwerfend ab, entstellte sie durch die Art wie sie darüber referirte, verschwieg ihren Lesern die besten praktischen Gedanken und Fingerzeige derselben, und diese fanden denn auch bei den Kaiserlichen keinerlei Anklang. Sie blieben dabei auf die Spitze statt auf den Boden zu blicken, sie hatten einmal keinen Sinn für die Wahrheit, daß die Bäume von unten nach oben wachsen, Gagern und sein ganzer doktrinärer und nichtdoktrinärer Anhang, oder aber die Schleswig-Holsteinischen Theoretiker sammt Gagern und dessen Anhange, den sie im Schlepptau hatten, — sie verstanden sich nun einmal nicht darauf, von dem Punkte der wirklichen Verhältnisse aus zu gestalten, sie wußten nur papierne Verfassungen nach dem Schema abstrakter Theorien zu machen oder hatten nur vage burschenschaftliche Ideen, die höchstens mit ihnen groß geworden aber doch burschenschaftlich geblieben waren. Wie viel Voraussicht in manchem Worte Wydenbrugk's lag, hat der Erfolg gelehrt. Haym nennt (207) die in der That äußerst scharfe und unbequeme Kritik der in der Rede desselben das gesammte Gagern'sche Projekt unterworfen war, so umständlich und sophistisch als jenes Projekt einfach und bündig gewesen sei. Das Einfachste war es freilich, bei den Schwierigkeiten, welche vorhanden waren, indem sich unter den Deutschen Staaten zwei Großmächte befanden und indem man in einen Verfassungsplan sich verwickelt hatte, wobei auf die wirklichen Verhältnisse so wenig Rücksicht genommen worden — das Einfachste war es, eine der Großmächte hinauszuweisen, nur daß damit neue und noch größere Verwickelungen kommen mußten. Haym gesteht indeß zu, der Vorwurf sei begründet gewesen — wo blieb dann aber die Bündigkeit des Gagernschen Gedankes? — daß das mit Oesterreich abzuschließende Unionsverhältniß noch keineswegs als ein klarer Gedanke erschienen sei. Allein der Redner, fügt er hinzu, habe damit nur auf die Schwäche seiner eignen Ansicht aufmerksam gemacht. »Stark in allem Negativen, war er schwach in allem Positiven. Das Auskunftsmittel, welches er anrieth, war zwar logisch verständlich; in praxi wäre es die constituirte Verwirrung gewesen. Die dialektische Vermittlung zwischen der zwiefachen Staatsverbindung der Deutsch-Oesterreichischen Provinzen war zwar ein feiner Gedanke, aber der

Versuch ihn durchzuführen würde nicht nur an seiner eigenen Künstlichkeit, sondern zunächst an dem intriguanten Egoismus der Oesterreichischen Politik gescheitert sein. Nicht in diesem Positiven lag der Schwerpunkt dieser wie aller übrigen Reden der Oppositionspartei; dasjenige, was eigentlich dem kritischen Gehalte derselben einigen Nachdruck gab, war das Pathos der nationalen Einheitsidee. Denn dieser die Idee von der Integrität des Deutschen Bodens unterzuschieben, verschmähte auch Wydenbrugk nicht.« Was aber dies letztere betrifft, so hat man doch unläugbar allezeit unter der Integrität eines Landes oder Staates die des Gebietes desselben verstanden und gewiß kommt zu allererst das Gebiet in Betracht, wenn man ein Staatsgebäude errichten, oder aber den Verein einer Anzahl verbundener Staaten zur Staatseinheit umbilden will. Nach dem thatsächlichen Gange der Dinge meinte man unläugbar mit der Einheit Deutschlands, die des ganzen Deutschlands von Anfang an und gerade so lange, bis dieser Vorstellung nicht etwa eine »nationale« Einheitsidee, sondern die Idee eines strenger zusammengefaßten aber gekürzten Deutschlands unter preußischer Hoheit durch die Kaiserpartei und insbesondre durch die Beflissenheit »Deutsch« gesinnter oder auch ehrgeiziger Preußen und deren Kunst im Herumdrehen der Sachen untergeschoben wurde. Uns Nüchternen wurde von den Gegnern nicht selten unser Mangel an Pathos vorgeworfen. In Wydenbrugk's Rede lag nun dergleichen, aber es war doch wieder nicht recht; Jeder sollte idealistisch in der Richtung der Kaiserpartei sein. Es war ein Grundirrthum der Frankfurter Doktrinärs, nur Verwirrung und Unzulässigkeiten überall da zu erblicken, wo Abweichungen von der reinen Theorie stattfanden. Wydenbrugk's Ideen über die Verbindung Oesterreichs und Deutschlands lag allerdings die fehlerhafte Voraussetzung zum Grunde daß eine Staatseinheit zu begründen sei, wie sie nach aller Wahrscheinlichkeit nicht zu erreichen war. Er hatte aber doch ganz positive Vorschläge gemacht, wie man das Frankfurter Projekt eines Bundesstaats festhalten und wie Oesterreich am letzteren Theil nehmen könne, und man mochte es damit versuchen. Bei mehr gutem Willen auf Seiten der Kaiserpartei wäre es wohl nicht ganz aussichtslos gewesen. Er hatte doch den Gedanken auf die Bahn gebracht, daß man, statt die Dinge auf die Spitze zu treiben und nach aller menschlichen Voraussicht zu scheitern — das hatte die negative Kritik gleichfalls dargethan — die Idee eines die verschiedenen

Glieder föderirenden wirklichen Bundesstaats auffassen und verfolgen möge. Diesen wichtigsten Punkt übergeht Haym, sei es absichtlich oder weil er ihn gar nicht beachtet. Ebenso wurde er zu jener Zeit von der Partei des angeblichen Bundesstaats wie auch von den Radikalen nicht beachtet oder perhorrescirt. Was die Linke betrifft, so war es genug und schon sehr viel, daß sie nicht wegen jener Aeußerungen über die thörichte Furcht vor der alten Bundesverfassung Lärm schlug. Sie ließ indeß jedenfalls von den ultraunitarischen Ideen so wenig ab als die Kaiserpartei.

Sepp erinnerte gar nicht mit Unrecht daran, daß man ja souverän sein wolle, daß es aber zum Souverän gehöre, Mehrer des Reichs zu sein; allein es wirkte in den Centren nicht, da hier neben dem Anspruche und der Einbildung der klare und feste Wille fehlte, so daß die Proklamirung der Souveränität nur insofern, als man ein den Besitz und Gebrauch der letztern voraussetzendes Projekt producirte und in der National-Versammlung durchzusetzen suchte, zur That wurde und darüber hinaus Redensart blieb.

Eins der besten Deutschen Herzen lebte in dem durch und durch ehrlichen Würth, der mit Schmerling aus dem Ministerium geschieden war. Es war doch nicht bloßes Pathos, staatsmännische Gesichtspunkte fehlten darin nicht, wenn er im Eingange seiner Rede sagte: »Als ich im Oktober vorigen Jahres bei der Verhandlung über die §§. 2 und 3 meinen tiefen Schmerz darüber aussprach, daß es in dieser Versammlung Jemandem auch nur einfallen könne, den Gedanken einer Theilung zwischen Oesterreich und Deutschland auszusprechen, hatte ich wahrlich nicht gedacht, daß man soweit gehen könnte, diesen Gedanken auch so bald verwirklichen zu wollen. Ich hatte geglaubt, daß die Aufgabe, die zu erfüllen wir berufen sind, eine Verfassung zu schaffen für das ganze Deutsche Vaterland, heilig stände in unseren Herzen und höher als jede Rücksicht. Mit Wehmuth muß ich erkennen, daß ich hierin irrte, daß das Vertrauen auf die Macht der Idee eines einigen Deutschlands mich täuschte. Derselbe Mann, den wir so lange gewohnt waren, als den Führer der Einheitsfreunde in Deutschland anzusehen, auf den wir mit Freude und Stolz hinblickten als auf den Vertreter der Idee, die wir lange Jahre im stillen Busen genährt, derselbe Mann spricht nun zu uns: »Ihr könnt die Einheit nicht erreichen, Ihr müßt Deutschland in zwei Reiche theilen!« Gestatten Sie mir, den Schmerz zurückzudrängen, der mich hierbei befällt. Gedenken

Sie des Tages, an dem wir zuerst in dieser Kirche zusammentraten, gedenken Sie der Stunde unseres ersten Beisammenseins! Damals gelobten wir feierlich, unsere Aufgabe treu zu erfüllen, die Aufgabe, das gesammte Vaterland in Einer Verfassung zu einigen, und jetzt, gerade sieben Monate nach diesem Gelöbniß des 18. Mai, am 18. December, werden wir aufgefordert, an dieser Aufgabe zu verzweifeln, zu verzweifeln an dem Gelingen unseres Werkes, die Idee eines einigen Vaterlandes aufzugeben. Wir werden aufgefordert, eine Theilung von Deutschland vorzunehmen, wie sie in der Deutschen Geschichte noch nicht vorgekommen ist. Wir sollen an Deutschland thun, was im Römischen Weltreiche die Scheidung in das ost- und weströmische Reich war. Wir sollen thun, was der Vertrag von Verdun am Reiche Karl's des Großen vollzog. Wissen wir nicht, daß die östlichen und westlichen Theile des Römischen Reichs sich unaufhörlich offen und heimlich befehdeten, bis das Westreich einen schnellen Untergang fand? Wissen wir nicht, daß in Folge des Vertrages von Verdun in England und Frankreich die Germanische Nationalität von der Romanischen völlig überwältigt wurde? Sollten wir diese Lehren der Geschichte uns nicht zur Warnung dienen lassen? Wohl kann man in einem Augenblick zerstören, was lange Jahre zu schaffen, zu vereinigen bemüht waren. Hüten wir uns aber, zu handeln wie Kinder, die am Zerstören ihre Freude haben. Sie können das Wort aussprechen, welches Oesterreich von Deutschland scheidet. Sie können ihren Deutschen Brüdern, die sich nach dem Reiche, wie nach einer fernen Geliebten sehnten, die bei ihrer Märzerhebung von dieser Sehnsucht mitgetrieben waren, das Thor verschließen, das wir durch Metternich's Sturz für immer gesprengt glaubten. Bedenken Sie aber die Folgen! Lassen Sie sich nicht von der Hoffnung täuschen, daß Das, was Sie jetzt gewaltsam trennen, so schnell sich wieder zusammenfügen werde. Die Deutschen Länder Oesterreichs waren immer Kernlande des Deutschen Reichs, sie waren immer ein Theil von Deutschland; sie wollen es bleiben, sie wollen die tausendjährigen Bande nicht aufgeben, die sie mit ihren Deutschen Brüdern verknüpften, die nie zerrissen wurden, als in den verhängnißvollen Jahren des Rheinbundes, in welchen Deutschland mehr in Oesterreich war, als in Deutschland. Sprechen Sie es aus das Wort, welches Oesterreich von Deutschland scheidet; aber es wird schmerzlich bei uns empfunden werden. Ich fürchte,

der Augenblick wird nicht geeignet sein, um Das, was Sie getrennt haben, wieder zu verbinden. Wenn in der Natur bei chemischen Scheidungen die Stoffe, die am Festesten aneinander hielten, auseinander gehen, so haben sie nach einem Naturgesetze die größte Neigung, sich mit anderen, ihnen sonst wenig verwandten Stoffen zu vereinigen. Ich besorge, Sie werden die Erfahrung machen, daß dasselbe Naturgesetz auch in der moralischen Welt, im Leben der Völker gilt. Oesterreich wird, wenn es von Deutschland gegen seinen Willen getrennt ist, den Einfluß, den es bisher immer in Deutschland hatte, und den es jetzt aufgeben soll, zu erhalten suchen. Es wird die Mißbestimmung benutzen, die in vielen Theilen Deutschlands gegen die neue Gestaltung der Dinge vorhanden sein wird, es wird auf die Schwäche und Zerrissenheit Deutschlands spekuliren. Deutschland dagegen wird, wenn Sie diese Trennung vornehmen, mit den abgetrennten Deutsch-Oesterreichischen Provinzen, deren Verlust es nicht verschmerzen kann, beständig liebäugeln. Es wird die Deutschen Brüder, die von Deutschland losgerissen sind, wieder zu sich herüberzuziehen suchen. Es wird beständig hinarbeiten auf den Zerfall des Oesterreichischen Kaiserstaats. Ich fürchte, wenn wir die Trennung vollziehen, so wird Oesterreich Deutschland und Deutschland Oesterreich zu erobern suchen; beide aber werden sich dabei verbluten unter dem Hohn und Jubel unserer gemeinsamen Feinde. Freuen werden sich dabei nur die Deutschland feindlichen Mächte: Rußland, England und Frankreich. Wahrlich, wenn es noch etwas bedurft hätte, mich an der Richtigkeit der Ansicht des Herrn Präsidenten des Reichsministeriums zweifeln zu machen, so hätte die laute Billigung dazu hingereicht, welche dieser Antrag in der Englischen und Französischen Presse gefunden hat, der laute Beifall, der ihm auch bei den Slaven in Oesterreich, kurz bei allen Feinden Deutschlands zu Theil ward.«

Würth bekämpfte sodann die Gründe, weshalb Oesterreich am Deutschen Bundesstaate nicht Theil nehmen solle, wobei ihm gleich vielen seiner Landsleute, gleich Wydenbrugk begegnete, daß er die Errichtung eines Staates, wie er in Frankfurt projektirt wurde, als zu ausgemacht annahm und zu viel Theilnahme Oesterreichs daran als thunlich und zu erhoffen voraussetzte. An diesem Punkte hatten und behielten die Kaiserlichen Recht mit ihrem Unglauben, mit ihrer Behauptung, Oesterreich kann und wird in unsern Bun-

desstaat nicht eintreten. Um diesen Punkt drehete sich lange viel vergeblicher Streit. Die Bundesstaatspartei konnte nur geschlagen werden, indem man ihre erste, allen andern zum Grunde liegende Behauptung angriff, daß ein Staat, wie sie ihn im Sinn hatte und wie er bislang in der National-Versammlung beliebt war, zu errichten sei, worin sie mit der Linken übereinstimmte, weshalb aber freilich auch jeder Angriff auf diese Behauptung hoffnungslos war. Ganz Recht hatte Würth dagegen in manchem Andern, z. B. wenn er — wider den Einwand, daß Oesterreich zu viel außerdeutsche Länder habe und mit Deutschland deshalb nicht dieselbe Politik haben könne — auseinandersetzte, daß Deutschland da, wo Oesterreichs außerdeutsche Besitzungen lägen, gleichfalls Interessen habe, daß sein Interesse bei gesunder Auffassung kein anderes sein könne als das Oesterreichische. In sehr natürlicher und ihn ehrender Entrüstung darüber, daß die Partei des »Bundesstaats« Oesterreich aufgeben und unter steten Betheuerungen, daß dem gar nicht so sei, ausscheiden wollte und es deshalb maßlos schmähete, schmähete wegen wirklicher oder angeblicher Sünden, deren sich Preußen gleichfalls schuldig machte und die sie zudeckte, entrüstet über das häßliche unaufrichtige Verfahren derselben, gab er von der Tribüne Enthüllungen über die Renitenzen der Preußischen Regierung gegen die Centralgewalt. Was Hergenhahn, Simson und dann Vincke auch dagegen sagen mochten, es blieb bestehen, daß die Reichskommissäre in Frankfurt die volle Wahrheit über das, was sie in Berlin gefunden und erfahren, nicht gesagt und demnach wenigstens mittelbar bemüht gewesen waren, die National-Versammlung in ihren schädlichen Illusionen über das von Preußen zu Erwartende zu erhalten. Jene Enthüllungen beruheten in allem Wesentlichen auf Wahrheit und dies war der eigentliche Grund, weshalb sich die Kaiserlichen unsäglich gegen Würth und dessen wirkliche oder angebliche Indiskretion, die sie in den Vordergrund ihrer Anklage schoben, ereiferten. War Würth in der That indiskret gewesen, so hatte die unaufrichtige, die Sachen entstellende, unbillig hier anklagende, dort entschuldigende Diplomatie und Beflissenheit auf kaiserlicher Seite die Indiskretion provocirt. Auch bei diesem Anlaß konnte man wahrnehmen, daß die Kaiserpartei nie heftiger erbos't wurde, als wenn Jemand etwas wider die Täuschungen unternahm, worin Frankfurt lebte. Würth's Aeußerungen haben sich nachträglich bewahrheitet, und was in seinem

Munde damals wie eine Anklage lautete, welche nach ihrer Begründung noch zweifelhaft erscheinen mochte, ist seitdem so vielfältig eingestanden, daß es sehr, sehr dreist ist, wenn Haym von »verläumderischen Ausfällen« Würth's gegen Preußen spricht, die »den ganzen Stolz eines Preußen« erregt hätten, der bei vielen Preußen sich freilich darin manifestirte, daß sie schlechterdings keinen Tadel, keinen Widerspruch und am wenigsten die Wahrheit über Preußen, welche sie vor der Welt zu verhüllen sich bemüheten, vertragen konnten *).

Beseler von Greifswalde, der am dritten Tage die Debatte eröffnete, sprach gleich Andern so von der Deutschen Einheit, als bestehe sie lediglich in einer stark koncentrirenden Staatsform, wenn diese auch nur — was der Sinn war — für zwei Drittel oder die Hälfte Deutschlands passe und letzteres nicht einige sondern theile. Die ideale Einheit, die so weit gelten soll als die Deutsche Zunge klingt, kann in diesem Augenblicke nicht fruchtbar wirken, wir können sie in unsrer jetzigen Verfassung (freilich!) nicht verwirklichen, müssen uns also beschränken und bescheiden, und fallen, indem wir dies thun, von unserm Jugendtraume nicht ab, sondern erkennen als Männer, daß wir das Mögliche zu erstreben haben und was unser Volk jetzt verlangt. Nicht das, was Gefühle fordern, sondern das Unerläßliche zu thun, ist unser Mandat.

Dabei fragte sich indeß eben, ob das vielfache Verlangen nach der Frankfurter Einheit nicht eben auch auf »Gefühlen« beruhte. Daß das Deutsche Volk sie fordre, war die tägliche dreiste und doch nur höchstens halbwahre Behauptung der Kaiserlichen. Sie redeten dem Volke das Verlangen nach dem Preußischen Erboberhaupte erst ein, redeten ihm erst ein, daß unter Einheit das zu verstehen sei, was sie darunter verstanden. Wozu wäre der Eifer und die Betriebsamkeit, welche sie dabei entwickelten, nöthig ge-

*) Wo Haym in der dritten Abtheilung seines Buchs (Schlußbericht) vom Austritt seiner Partei aus der National-Versammlung spricht, erörtert er (S. 142) welchen Weg es noch gegeben, die von seiner Partei »so oft verdeckten« Fehler der Politik von Potsdam und Berlin wo nicht gut so doch vergessen zu machen. In der zweiten Abtheilung figuriren die Enthüllungen Würth's als verläumderische Ausfälle. Würth enthüllte oder tadelte nichts und wieder nichts als was die Preußische Partei selbst und vielleicht am meisten tadelte.

wesen, wenn das Verlangen des Volkes schon da war? Außerdem rechneten sie, wenn sie hiervon sprachen, die Oesterreicher nicht mit, als wenn diese nicht auch dazu gehörten. Aber auch im übrigen Deutschland, in Süddeutschland, ja im Norden, in Preußen selbst wurde die Einheit im Sinne der Kaiserlichen, oder aber das worauf sie hinauslief, das Preußische Kaiserthum keineswegs allgemein begehrt. Doch was that das? Man ließ aus der Stimmenberechnung alle diejenigen fort, welche andrer Meinung waren. Die Ansichten und Forderungen der Partei und ihres Anhangs, ob sie auch eine Minderheit bildeten, waren die des Deutschen Volkes. Wir sagten: da »unsre jetzige« Verfassung eine für jetzt unmögliche wenn sonst wünschenswerthe Einheit bezweckt, und zwar so, daß die ganze Aufgabe scheitern muß, wenn man darauf beharrt, so muß man sich im Koncentrirungsstreben beschränken und bescheiden, den Gedanken an einen Einheitsstaat aufgeben, und indem wir es thun, fallen wir keineswegs von unserm Jugendtraume, sondern nur von einer patriotischen Phantasie, einer doktrinären Illusion ab; wir erkennen als politische Männer, daß wir nur das Mögliche und nicht was die Tagsmeinung fordert, daß wir nur in den Schranken des Möglichen das zu erstreben haben, was das Volk oder vielmehr nur ein Theil des Volkes verlangt, und nicht was erregte und unklare Volksgefühle begehren, sondern das Unerläßliche zu thun, nämlich ganz Deutschland möglichst zu einigen, ist unser Mandat.

Genug, Beseler fand den Zweck der Verfassung, die die Versammlung Deutschland zu geben habe, in der Souveränität des Deutschen Bundesstaats und der Macht Deutschlands, die durch letzteren zu begründen sei, ohne die Frage zu beantworten, woher durch eine bloße Staatsform, woher dem Oesterreich ausschließenden, überall exponirten und durch das Kaiserprojekt unfehlbar in den ärgsten Zwiespalt und Hader gerathenden Deutschland eben die Macht kommen solle. Er lehnte ausdrücklich ab, daß die Herren aus einem theoretischen Behagen die Verfassung von den §§. 2 und 3 konstruirt hätten — die Natur des Bundesstaates habe diese Paragraphen hervorgebracht, behauptete er. Lassen wir dies hier dahingestellt, so war die Sache doch immer so, daß ihr theoretisches Behagen an ihrem abstrakten Begriffe vom Bundesstaate die Paragraphen hervorgebracht hatte.

Vogt bemerkte unter allerlei rhetorischen Fehlschüssen richtig, man

wolle Oesterreich im Bundesstaate nicht leiden, weil man sonst in alle Verwickelungen des Kaiserstaats hineingezogen werde, und verweise doch auf eine völkerrechtliche Union, wobei man sich dem gerade aussetze, ohne die Vortheile einer staatlichen Verbindung mit Oesterreich. Die Deutsche Zeitung sagte in ihrem wegwerfenden Bericht, er habe sodann ein klägliches Bild der »kleinen Einheit« entworfen, welche hergestellt werden würde unter dem Widerstreben des ganzen südöstlichen Deutschlands. Wie erscheint jetzt dem Ausgange gegenüber das hochweise Spötteln? Es war gleichfalls nur zu wahr, wenn Vogt weiter bemerklich machte, daß sich das Reichsministerium in völliger Unklarheit über den Plan seines Verfahrens befinde, daß sich das Deutsche Volk auf den Ruf der Herren in den Centren nicht erheben werde, daß selbst der Ruf: »Macht! Macht! Macht!« machtlos von ihm abgleite, daß Kraft der That (d. h. der revolutionären That) bei den Vertretern der Kaiseridee nicht sei, daß die Gewalt, auf die sie ihre Einheitspläne stützen könnten nicht mehr vorhanden und daß die von ihnen gestützte Gewalt sich gegen sie gewendet habe. Er ging mit der ganzen Linken von dem Irrwahne aus, wenn die Versammlung nur der letzteren gefolgt wäre, nach den Rathschlägen derselben die Regierung in die Hand genommen hätte, so würde sie nun die Macht haben, Deutschland nach Belieben zu gestalten, den Regierungen das Gesetz vorzuschreiben. Davon abgesehen hatte er Recht, die Thorheit der Doktrinärs zu geißeln, durch Verfassungsbestimmungen und Beschlüsse ihr Ziel erreichen und die widerstrebenden Staaten nöthigen zu wollen, anzunehmen, was ihnen unpassend erscheinen und nicht genehm sein würde. »Fahren Sie fort in Ihrem theoretischen Wirken und sehen Sie zuletzt zu, welche der Regierungen in Ihren Bundesstaat eingehen will. Die den guten Willen nicht haben, werden Sie nicht zwingen können, auch mit einem Kaiser nicht. Das ist das praktische Resultat der Sache. Nehmen Sie an, welchen Antrag Sie wollen: es ist einerlei, ein praktisches Resultat hat es nicht. Machen Sie theoretisch fertig!«

Die Zeit wo Vincke an seinem Rechtsboden festgehalten war vorüber. Sein starker Sinn für eine Preußische Machtvergrößerung hatten in ihm den Sieg über seine Grundsätzlichkeit davon getragen. Daß Deutscher Patriotismus neben dem specifisch preußischen in ihm gemangelt, soll keineswegs gesagt werden. Er wußte es vielleicht selbst nicht, wie mächtig der letztere in ihm war, wie

viel Antheil sein Preußenthum an seiner Ueberzeugung hatte, Deutschlands Heil beruhe darauf, daß Preußen an die Spitze gestellt werde*). Jetzt und eben erst jetzt, wo es sich ernstlich um die Preußische Oberherrschaft handelte begann er sein bis dahin so sehr zäh behauptetes Princip, wenigstens **ad hoc**, so weit nöthig, aufzugeben und wurde, nachdem er die voreilige so lange bezähmt, in der Kaisermacherei einer der Eifrigsten. So schroff Gagern den Vereinbarungsgrundsatz zurückgewiesen: Vincke pflichtete dem ministeriellen Programm dennoch vollkommen bei. Sein Wahrspruch lautete jetzt: nicht um Principien handle es sich: man stehe auf dem Boden — der Thatsachen und Ereignisse. So weit die Verfassung vollendet ist, läßt sie Oesterreichs Eintritt als unthunlich erscheinen wegen ihres straffen Zusammenfassens. Dies war sein Vordersatz, worauf er als Schluß jedoch nicht den Nachsatz: also müssen wir diese Straffheit ermäßigen, folgen ließ. Er nahm sie vielmehr in Schutz. Auch an materielle Volkswohlfahrt sei ohne sie nicht zu denken, u. s. f. Bemerkenswerth war sodann noch eine Aeußerung, die einen Theil von dem enthielt, was eingeredet wurde und was man sich einreden ließ gegen die Bedenken, die sich wiederholt und dringend aus der bekannten Denkweise des Königs von Preußen über die ihm bestimmte Kaiserkrone erhoben: »Man hat hier den Namen des Fürsten auf die Tribüne gebracht, der an der Spitze von Preußen in diesem Augenblicke steht; man hat gerade aus seiner Abneigung, die Deutsche Kaiserkrone zu tragen oder überhaupt ohne Oesterreich der Leitung der Geschicke Deutschlands sich zu unterziehen, eine Argumentation hernehmen wollen. Ich glaube aber einfach sagen zu können, daß diese Bemerkungen sehr anticipirt sind, so lange überhaupt kein Votum der Nationalversammlung über diese Frage vorliegt; ich meine außerdem, daß man Privatäußerungen eines konstitutionellen Monarchen nicht zu bekritteln, sowie überhaupt kein entscheidendes Gewicht ihnen beizulegen hat. Ich meine namentlich, daß wenn das verehrte Mitglied von Köln sich auf Aeußerungen bezogen hat, die

---

*) In seinem Schlußbericht sagt Haym (69) von Vincke, »sein Preußisches Gefühl« habe »seinem Interesse an der nationalen Einheit eine erhöhete Lebhaftigkeit gegeben«, er habe mit allen seinen Landsleuten den »patriotischen Ehrgeiz« getheilt, zu welchem ihre Fürsten sie in einer Jahrhunderte alten Gemeinschaft erzogen u. s. f.

am 18. März gefallen sind, zwischen dem 18. März und heute, ich möchte sagen, ein ganzes Jahrhundert liegt, und daß ferner in jener Aeußerung weiter nichts liegt, als daß eine Usurpation der Deutschen Krone von Seiten Preußens auf das Entschiedenste abgelehnt würde, und ich glaube, einer solchen Usurpation wird kein Deutscher Fürst, der noch einen Begriff von Ehre hat, sich schuldig machen können. Ich glaube ferner, daß eine solche Aeußerung, wenn etwa jetzt sie gemacht wäre, weiter nichts bedeuten würde, als: der Graf Brandenburg hat in diesem Augenblicke diese Ansicht; — ob ein konstitutioneller Nachfolger des Grafen Brandenburg dieselbe Ansicht hat, wird die Folge lehren, und wie sich überhaupt die Vertretung Preußens darüber aussprechen wird, können allenfalls die nächsten Wochen ergeben. Ich meine, daß noch nie ein Fürst aus dem Hause Hohenzollern sich der Aufgabe entzogen hat, die an Preußen gestellt worden ist; ich meine: ebensowohl wie der große Kurfürst in den Türkenkriegen auf der Deutschen Seite gestanden hat, in allen Kämpfen an dem Deutschen Rheine, ehe es noch eine Preußische Großmacht gab,« u. s. f. Die Schlußworte zeigten, wie sehr man in leerer und begriffverwirrender Phraseologie sich umhertrieb und wie sehr man es liebte, sich selbst gleich Andern zu belügen. Der Grundgedanke des Redners oder doch die Folgerung, zu welcher er nothwendig kommen mußte, war: Preußen vornan, Oesterreich hinaus! Und doch sagte er: Alle gehörten zu dem großen untheilbaren Dome Deutschlands, wie auch Oesterreich uns ferner angehören werde; und gleich darauf und zu allerletzt sagte er wieder: »Trachtet am Ersten nach der Macht und Größe Deutschlands (worunter nach dem Zusammenhange doch nur die Oesterreich ausschließende Verfassung verstanden werden konnte) so wird Euch das Andere Alles zufallen.« Haym (209) sagt, zum ersten Male habe Vincke ganz und durchaus auf der Seite der Kaiserpartei gestanden, seine Rede sei für sein Verhältniß zur National-Versammlung epochenmachend gewesen, in immer mehr konvergirender Richtung sei er endlich an diesem Tage völlig zusammen getroffen mit dem Zuge in welchem die Richtung jener Partei sich bewegt, habe jetzt seine Autorität ganz in die Wagschaale der letztern geworfen — »deren praktisches Streben keine andere Zielpunkte hatte als das seinige nach Verwirklichung und Erhaltung des Rechts!« setzt Haym in Dreistigkeit und Sophistik sich selbst überbietend, hinzu. Vincke hatte sich seinerseits in

Malicen und zum Theil groben Ausfällen nach allen Seiten überboten. Auch Gagern erhielt einen Hieb dafür, daß er durch seine tendenziöse Verwerfung des Vereinbarungsgrundsatzes mit der Linken kokettirt. Was gegen Schmerling gesagt wurde war ein höhnisches und hämisches Herunterreißen und Preismachen der Person, der Aeußerungen desselben und des Verhaltens der Oesterreichischen Regierung zur Ergötzung insbesondere der Linken, sonst ganz zwecklos und nur geeignet zu verletzen und zu erbittern, und jedenfalls durch Schmerling nicht veranlaßt. Daß richtig Gedachtes und Treffendes mit Rabulistischem durchwebt wurde, war bei Vincke nichts Neues. So giftig aber und als hätte er es ausdrücklich darauf abgesehen »die Oesterreichischen Deputirten im Interesse von Preußen hinauszuärgern,« wogegen er freilich protestirte, und den Stammeshaß zu lichten Flammen anzublasen, so malitiös und brutal zugleich hatte er doch noch nicht gesprochen, so sehr jene überaus widerwärtige verschwunden geglaubte Seite des Preußenthums, welche Preußen zum Erobern geholfen und am Gewinnen gehindert, noch nicht herausgekehrt, wonach dasselbe fein und glatt, unaufrichtig und verschmitzt auftreten und sobald die Maske nicht mehr nöthig scheint oder der Stolz oder aufbrausende Hitze die Selbstbeherrschung übermeistert, junkerisch-soldatischen Uebermuth, herrisch-gewaltthätiges Wesen herauskehren kann.

Es hatten sich 94 Redner im »Redeverein« einschreiben lassen, von denen natürlich nur eine beschränkte Zahl zum Wort gelangen konnte. Jene Selbsterkenntniß und Bescheidung, jene selbstverläugnende Unterordnung, geboten durch die nothwendige Taktik parlamentarischer Kämpfe, so daß die Schwächeren oder im Augenblick minder Nützlichen zurückgetreten wären, stellte sich im Deutschen Parlamente nur in sehr geringem Maße ein. Vielmehr drängten sich die Redelustigen in Schaaren zu und die Schwächsten waren nicht selten im Zudringen die Stärksten. Daher großentheils, daß wir so viel Geschwätz hören mußten und daß die Gewiegteren sehr oft nicht zum Wort kamen. Auch dieses Mal geschah es so u. a. mit Radowitz. Er theilte mir seine nicht gehaltene Rede für die Flugblätter (№ 5) mit, sie scheint, obwol auch besonders abgedruckt, wenig Verbreitung gefunden zu haben, Radowitz und seine Ideen hatten damals und haben neuerdings ein noch größeres In-

tereſſe gewonnen. Ich laſſe die Rede deshalb hier folgen. Freilich gingen die praktiſchen Winke in dem, was er über den einzuſchlagenden Weg anrieth, ganz verloren. Die tonangebenden Frankfurter Verfaſſungskünſtler verſtanden es theils nicht, an die vorhandenen Verhältniſſe anzuknüpfen ſtatt auf Abſtraktionen zu bauen, theils wollten ſie einzig und allein ihren »Bundesſtaat«, wollten alſo keine Verbindung mit Oeſterreich, klagten, daß dieſes keine Vorſchläge darüber mache und ignorirten oder verwarfen jeden Vorſchlag, der gemacht wurde. Radowitz Rede lautete wie folgt:

»Meine Herren! Wir haben ſeit acht Monaten mit vielen Gegenſtänden uns beſchäftigt, aber von dem, was die Gegenwart, die greifliche Wirklichkeit mit ſich bringt, iſt die Frage, die uns vorliegt, die bedeutungsvollſte. An die richtigen oder falſchen Entſchlüſſe, die Sie faſſen, knüpfen ſich unabſehliche Folgen. Ich denke, es iſt Niemand unter uns, zu welcher Seite des Hauſes oder zu welchem Deutſchen Staate er auch gehöre, der nicht von dem Ernſte des Momentes durchdrungen wäre. Aber dieſer Ernſt muß ſich in zwiefacher Weiſe kund geben, nicht blos durch den Eifer, ſondern auch durch den Geiſt des Friedens und der Mäßigung. Dieſer iſt es nun, den ich in den letzten Tagen mit tiefem Schmerze nur zu oft vermißt habe. Anſtatt ſo ſchwere und wunde Verhältniſſe nur mit beſonnenen und wohlwollenden Händen anzugreifen, hat man die Gefahren einer ſolchen Verhandlung noch dadurch geſteigert, daß man ſie auf Gebiete hinüberzog, die theils gar nicht, theils noch nicht in ihrem Bereiche liegen. Wer iſt berechtigt, der Oeſterreichiſchen Regierung andere Abſichten und Gedanken unterzulegen, als ſie kund gegeben hat? Weshalb iſt der Name der zweiten großen Deutſchen Macht in einem Zuſammenhange genannt worden, als wenn es in ihrem Intereſſe läge, Oeſterreich aus dem Verbande Deutſchlands auszuſchließen? Meine Herren, ich glaube nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß man in Berlin nie und zu keiner Zeit lebhafter empfunden hat, daß die innigſte Verbindung Oeſterreichs mit Deutſchland ein hoher Segen für alle Theile ſei, als eben jetzt. Dort wird man mit Schmerz und Kummer vernehmen, daß im Schooße der Nationalvertretung Angriffe und Verletzungen vorgekommen ſind, zu welchem ſich, ich ſage dies in vollſter Ueberzeugung, weder die Regierungen noch die Völker bekennen würden. Man reißt alte Wunden auf und ſchlägt neue, man

träufelt in diese das ätzende Gift gehässiger Anschuldigungen, und alles dies in dem Augenblicke, wo der innere Gegner und der äußere Feind allen Theilen gleichmäßiges Verderben drohen. Ja, diesem allein wird der Gewinn zuwachsen, wenn sein Anfall die mächtigsten Staaten, die natürlichen Schirmherren des Vaterlandes, in Hader und Zwietracht verwickelt fände. Ist dieses der Beginn der Deutschen Einigung, nach welcher die Nation sich sehnt? Würde ein solches Unheil in seinen nothwendigen und nächsten Folgen durch irgend einen Gewinn aufgewogen, den der eine oder der andere Theil sich hieraus für seine Sonderinteressen oder auch für seine Ansicht über die zweckmäßigste Konstituirung des Gesammtstaates versprechen könnte. Meine Herren! wenden Sie sich ab von dem verderblichen Wege, kehren Sie zurück zu einer leidenschaftslosen, unbefangenen Betrachtung der Sache, zu einer Betrachtung, deren hoher Wichtigkeit gegenüber nicht blos die selbstsüchtige Berechnung, sondern auch die gutgemeinteste Abstraktion verstummen sollte.

»Ich wende mich zu der Frage selbst, die uns beschäftigt, und stelle sofort die beiden äußersten Vorschläge hin, die hierin laut geworden sind. Entweder man nöthige Oesterreich, seine Deutschen Lande der zukünftigen Reichsverfassung unbedingt zu unterwerfen; oder man betrachte diese Lande als von dem Verfassungswerke des Bundesstaates ausgeschlossen.

»Der erstere dieser Gedanken ist zwar oft genug in der Leidenschaft ausgesprochen worden; ich glaube aber nicht, daß irgend ein ernsthafter Mann wirklich uns befugt und befähigt halten könne, Oesterreich mit Gewalt zu nöthigen, Bestimmungen anzunehmen durch welche ein Theil der Monarchie aus deren Realverbande ausscheide. Ja ich gebe selbst nicht zu, daß etwa bloß der schickliche Zeitpunkt hierzu vorübergegangen sei. Allerdings würde man vor mehreren Monaten an Leidenschaften und Kräfte haben appelliren können, die jetzt zurückgetreten sind. Aber auch diese würden die Frage nur zu ihren Zwecken gebraucht und sich der National-Versammlung nur so weit und so lange untergeordnet haben, als es ihnen förderlich war. Die letzten Zeiten der Berliner National-Versammlung und ihrer Stellung zur Deutschen Sache möchten hierüber auch den Kurzsichtigen die Augen geöffnet haben.

»Kann also von Anwendung physischer wie moralischer Gewalt gar nicht Rede sein, so hat der zweite der vorerwähnten Ge-

danken desto mehr Anklang gefunden. Oesterreich scheide aus dem Deutschen Reiche aus; jeder Theil wandele seinen Weg, bis am Schlusse versucht werde, welches Bündniß zwischen beiden Staatskörpern gelinge! Diese Ansicht ist freilich nicht in so positiver Gestalt aufgetreten; sollte sich indessen wirklich Jemand darüber täuschen, daß es im Erfolge ganz damit zusammenfällt, wenn man Bedingungen stellte, die für Deutsch-Oesterreich zu erfüllen schlechthin unmöglich sind?

»Meine Herren, ich verdächtige keine Absicht, auch nicht als Wiedervergeltung; jedem, auch meinem entschiedensten Gegner, erkenne ich das volle Recht zu, nach seinem Gewissen und seiner Ueberzeugung zu handeln. Ich habe mit Oesterreich nichts gemein als das gemeinsame große Vaterland; mein äußeres und inneres Leben hängt an Preußen. Aber es ist mir stets schwer geworden, mich in die Stelle derer zu versetzen, welche es mit Gleichmuth hinzunehmen vermöchten, daß Deutschland einen so horrenden Akt der Selbstverstümmelung an sich vornehme oder erdulde. Von mehr als einer Seite ist Ihnen schon das Bild der unermeßlichen Folgen eines solchen Entschlusses vorgeführt worden. Ich will nicht wiederholen, was es heißt, die größten Geschicke der Zukunft von sich zu stoßen. Auch mit der mir am nächsten liegenden Betrachtung verschone ich Sie, daß Deutschland in demselben Augenblicke eines vollen Drittheils seiner Streitmacht beraubt würde, wo seine Grenzen vom Bodensee bis zu den Karpaten bloslägen. Und nicht blos dieses Drittheil stritt für uns, wenn der Feind Deutschland bedrohete, sondern die ganze Macht der großen Monarchie! Wer kann die Schlachtfelder zählen, auf welchen der Ungar, der Gallizier, der Siebenbürge, der Kroat sein Blut vergossen hat für unsern Schutz und unsere Ehre! Wahrlich, wir haben der traurigen Momente genug in unserer Geschichte, wo theure Glieder von unserm Leibe gerissen worden sind. Aber was die verderblichsten Kriege nicht vermocht, was die Treulosigkeit und Gewaltthätigkeit des Auslandes nie zu Stande gebracht, das würden wir mit eignen Händen in schmerzlicher Verblendung vollziehen: zwölf Millionen unserer Staatsgenossen von uns scheiden sehen! Das, was übrig bliebe, ist nicht Deutschland mehr, es ist ein ganz Anderes als die tausendjährige Gemeinschaft, an der unsere Erinnerungen und unsere Herzen hängen. Etwa Central-Europa, wie es Napoleon einst taufen wollte!

»Was stellt man nun diesem Nationalunglück als Ausgleichung gegenüber? Ich habe gewöhnlich zwei Entgegnungen vernommen. — Deutschland werde an innerer Kraft in demselben Maße gewinnen, als es dem Oesterreichischen Einflusse sich entziehe. Man weis't darauf hin, wie oft schon dieser Einfluß Deutschland gehindert habe, seinem wahren Besten zu folgen. — O ja, in den verflossenen dreißig Jahren trifft das Wiener Kabinet oft genug der Vorwurf, daß es der inneren Entwickelung des großen Vaterlandes entgegengetreten sei, daß es die neugeborene oder vielmehr wiedergeborene Kraft der Nationalität verkannt, und sie dadurch zur gefährlichen Waffe in den Händen der Gegner gemacht habe. Aber davor bewahre uns Gott, daß die einzelnen Deutschen Stämme und Staaten in dem welthistorischen Augenblicke, wo sie nach Einigung ringen, damit begönnen, sich das Register ihrer politischen Sünden vorzuhalten. Keiner würde dabei rein bleiben, Keiner! Die sträfliche Selbstsucht, die das zehnfache von Deutschen Interessen preisgab, um das einfache für sich zu gewinnen, die geheime Buhlschaft oder offene Genossenschaft mit dem Fremden, ja selbst bei den Besseren jene Muthlosigkeit, die in schlimmen Zeiten das Ganze vergißt, um sich eine Galgenfrist zu erwirken, wer ist davon frei geblieben? Wer darf den Stein aufheben gegen den Andern? Eben deshalb aber wollen und sollen wir nicht diese Erinnerungen des alten Deutschlands heraufbeschwören, sondern den Blick hinauswenden in das neue Deutschland, in eine Zukunft, wo der Geist der Nation selbst der Bürge sein wird, daß ähnliche Schmach nie wiederkehre.

»Von anderer Seite her wird ferner als Ausgleichung darauf hingewiesen, wie es sich von selbst verstehe, daß die Oesterreichische Monarchie sich am Ende zum engen Bündniß mit Deutschland stets bereit finden werde. Weshalb meine Herren, worin liegt diese Zuversicht? Die Oesterreichische Monarchie ohne organischen Zusammenhang mit Deutschland wird zu diesem in demselben Verhältniß stehen, wie jeder andere Grenzstaat; d. h. sie wird im jedesmaligen gegebenen Momente ihre politischen Verbindungen so ordnen, wie es ihr Vortheil erheischt. Wird nun dieser Vortheil sie stets zu Deutschland wenden? Oesterreich, von Deutschland getrennt, bildet einen Staat, in welchem die Deutschen Elemente durchaus die Minderzahl ausmachen. Es würde dies dann der große westslavische Weltstaat werden, der in der Geschichte seine

eigenen Wege wandeln muß. Diejenigen unserer Deutschen Brüder aus Oesterreich, die jetzt, wenn auch in bester Meinung, diese Sonderung befördern, würden einst schwer an deren Folgen zu tragen haben!

»Meine Herren, solche Trost- und Entschuldigungsgründe trösten und entschuldigen nicht; man wird nie zu einer wahrhaften Lösung der großen Frage kommen, so lange man sich in den Gegensatz festbannt: entweder müssen die Deutsch-Oesterreichischen Lande aus dem Reichsverbande, oder aus dem Realverbande der Oesterreichischen Monarchie scheiden. So lange man Deutschland ausschließlich der Deutsch-Oesterreichischen Lande als den einen politischen Körper, und Oesterreich einschließlich dieser Lande als den andern betrachtet, und nur zwischen diesen beiden die Union sucht, wird man nie die Aufgabe lösen. Ich sage daher umgekehrt: das Ziel ist von vorne herein so zu stecken, daß diese Lande ein Glied der Oesterreichischen Monarchie und zugleich des Deutschen Reiches bleiben. Das ist das Ziel, zu welchem dann die Mittel und Wege zu suchen sind. Es ist dies der Punkt, wo ich von engverbundenen politischen Freunden abweiche; ich habe die Gründe so ernstlich und unbefangen als möglich geprüft, und vermag sie nicht zu theilen. Ich erkenne so gut als irgend Jemand in diesem Hause alle Schwierigkeiten einer solchen Lösung, aber sie sind zu überwinden, sobald man sich erst aufrichtig von dem Irrthum getrennt hat, als gäbe es in der praktischen Politik nur ein entweder — oder, und nicht mannigfache lebensvolle Zwischenglieder und Uebergänge.

»Man beginne nur damit, sich zu vergegenwärtigen, daß sowohl das Oesterreichische als das Deutsche Verfassungswerk dieses gemeinsame Ziel fest in's Auge fassen müssen. Für Oesterreich ist eine Grundlage dazu mindestens durch die Andeutung gegeben, daß der Neubau der Monarchie ein föderativer sein werde. Die Deutsch-Oesterreichischen Lande werden dann nicht Provinzen, sondern ein Land mit eigener Verwaltung bilden und hierdurch weit befähigter werden, eine gleichzeitige Verbindung mit dem Deutschen Reichskörper einzugehen.

»Aber auch das Deutsche Verfassungswerk wird hierzu die Hand bieten müssen. Hier begegne ich dem weitverbreiteten Irrthume, als sei diese Verfassung in ihren wesentlichsten Theilen schon beendigt, so daß man sie als Maßstab an die Oesterreichische Frage

legen dürfe und müsse. Ich stelle diese Behauptung durchaus in Abrede. Wir haben bis jetzt nur einen Entwurf vor uns, der seine Revision durch eine zweite Verhandlung erwartet. Ob auch dann die Reichsverfassung rechtsbeständig und unmittelbar lebensfähig sei, oder erst der Zustimmung der Deutschen Regierungen bedürfe, dieses will ich in diesem Augenblicke nicht zum Gegenstande neuer Erörterungen machen, sondern nur einfach an das unbefangene Urtheil eines Jeden appelliren, der überhaupt sehen kann und sehen will. Ich glaube an die Macht dieser Versammlung, auch jetzt noch, aber ich habe nie an ihre Allmacht geglaubt.

»Wir sind also noch vollkommen befugt und befähigt, diejenigen Abänderungen vorzunehmen, ohne welche freilich jede Vereinbarung mit Oesterreich undenkbar ist. Daß es sich hierbei zu allernächst um den Quell dieser Bedrängnisse, um die Paragraphen der Personalunion handelt, leuchtet ein.

»Allerdings aber kann und muß man die fernere Frage aufwerfen, ob, wenn dieser Stein des Anstoßes weggeräumt worden, dann Oesterreich allen übrigen Bestimmungen sich anzuschließen vermöge, welche die andern Deutschen Staaten für sich als heilsam und nothwendig erkennen. Wenn nun diese Frage mit Nein beantwortet werden müßte, würde daraus folgen, daß jene Staaten sich der entschiedenen Pflicht entziehen könnten, zu der engern Verbindung zu gelangen, welche die vorwaltende Stimme der Nation fordert? Durchaus nicht. Man ordne die Reichsverfassung so, daß sie der unabweislich gestellten Aufgabe der Zeit genügt, man behalte aber für Lande, die wie Deutsch-Oesterreich, Limburg, Schleswig, zugleich Glieder außerdeutscher Staatskörper sind, in einzelnen Punkten Uebergänge und Ausnahmen vor. Allerdings würde hierdurch innerhalb des Reichsverbandes eine engere Verbindung neben einer weitern entstehen, aber es kann hierin ebenso wenig ein Widerspruch im Begriffe gefunden werden, als darin, daß auch innerhalb jener engen Verbindung noch engere Vereine sich bilden, wie dieses jetzt unter andern von den Thüringischen Staaten in Aussicht gestellt wird. Sache einer billigen und verständigen Erwägung würde es bleiben, die Rechte am Reichsregimente und an der Reichsvertretung in richtigem Verhältnisse zu den Pflichten festzustellen, welche jedes Glied übernommen hat. Wenn erst die Wirklichkeit vor uns liegen wird, so werden sich diese Uebergänge und Ausnahmen als weit geringer erweisen, als

man sie von abstrakten Begriffen und Schuldefinitionen ausgehend, jetzt beurtheilt.

»Wie schon gesagt, ich habe nicht die Absicht, neuerdings darzulegen, daß das Werk der Deutschen Verfassung erst durch die freie Zustimmung der Einzelstaaten in ein lebenskräftiges Dasein übergehen wird. Aber es kann auch für diejenigen, welche hierüber anderer Meinung sind, ein gewisses Interesse haben, zu übersehen, wie sich, von jener Voraussetzung ausgehend, der wirkliche Gang unsers Verfassungswerkes darstellen würde.

»Der aus den Berathungen der Nationalversammlung hervorgegangene Verfassungsentwurf gehe, nachdem er in allen Theilen zur ersten Lesung gekommen, an die Deutschen Regierungen. Zu diesem Zwecke sende jede Regierung einen hierzu besonders ausgerüsteten Bevollmächtigten, wo möglich den Präsidenten ihres Ministeriums, nach Frankfurt. Jeder derselben sei bei einfacher Stimmenmehrheit zum Abschluß ermächtigt, und der Termin der Beschlußfassung von vorneherein auf eine kurze Frist festgestellt. Bei diesem Akte sei die Oesterreichische Regierung wie jede andere nur mit ihrer eigenen Stimme betheiligt. Der mit der Zustimmung der Regierungen versehene Entwurf gelange dann an die Oesterreichische Regierung um denselben von ihrem besonderen Standpunkte aus zu erwägen. Die Oesterreichische Regierung erkläre, in welchen Punkten sie eine Uebergangsfrist ausbedingen müsse, welche andere hingegen sie mit dem Doppelverhältniß ihrer Deutschen Lande überhaupt nicht vereinbar erachte. Auf Grund dieser Erklärung würden die Bevollmächtigten der übrigen Regierungen abzuwägen haben, welche besondere Beschränkungen für die Rechte Oesterreich's im Deutschen Reiche hieraus hervorgehen. Beides wird der Gegenstand eines Zusatzartikels zu der Reichsverfassung. In dieser Gestalt würde dann der Entwurf an die Nationalversammlung zur zweiten Lesung zurückgehen, von derselben nach erfolgter Beschlußnahme publicirt und der Centralgewalt zur Ausführung überwiesen werden können. Zugleich aber werde zwischen dem Deutschen Reiche und der Oesterreichischen Monarchie ein Unionsvertrag auf völkerrechtlicher Grundlage geschlossen, der beiden Theilen nicht blos die vereinte Kraft zur Vertheidigung gegen jeden Feind sichert, sondern auch alle Interessen in seinen Bereich zieht, die dessen fähig sind. Ein solches Bündniß wird eine nothwen-

dige Dauer haben, weil es durch die Deutsch-Oesterreichischen Lande ein beiden Theilen angehöriges Glied in sich schließt.

»Ich gebe vollkommen zu, daß der hier angedeutete Weg weder der kürzeste noch der einfachste ist, besorge aber, daß die kürzern und einfachern nach langem Zeitverluste und verderblichen Verwickelungen wieder zu jenem Wege zurückführen werden. Daher hege ich das Vertrauen in den patriotischen Sinn des Reichsministeriums, daß es beim wirklichen Eintritt in die Verhandlungen, allen Bedingungen derselben Rechnung tragen werde, und finde keine Bedenken, daß es ermächtiget werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Oesterreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreich's zu Deutschland in Verhandlung zu treten. Zugleich aber lege ich ihm jene Betrachtungen an's Herz, damit nicht das schwere Werk der Wiedergeburt unsers Vaterlandes die Gegner im eignen Schooße finde. Wahrlich es hat deren im Auslande genug; dem Einen mißfällt der Weg der hierher geführt, dem Andern das mögliche Resultat der Einigung, Manchem beides zugleich. Lassen Sie uns nicht erleben, daß wir das Mögliche nicht erreichen, weil wir nach dem Unmöglichen greifen, daß wir das Deutsche Oesterreich ganz einbüßen, weil wir es ganz mit uns verschmelzen oder zu einer losen Allianz herabsetzen wollten. Hier fällt die kälteste Berechnung mit der wärmsten Herzensempfindung zusammen. Ich verlange, daß Deutsch-Oesterreich beim Deutschen Reiche bleibe, weil ich Deutschland liebe, ja ich verlange es ganz besonders deswegen, weil ich Preußen liebe!«

Am 18. sprach sich die Centrenkorrespondenz mit Ungunst über die Rede aus. Ihr Hauptargument war, wenn man die Rathschläge derselben befolgen wollte, so würde man — auf Oesterreich warten müssen, das sei aber der Tod der Deutschen Einheit, und in welche Ferne würde der »Endpunkt unsers Werkes« dadurch hinausgerückt werden! Als wenn die Einigung die Aufgabe des Augenblicks, der Theorie oder eines Verfassungsgesetzes, hätte sein, im Rausche einer vorübergehenden Exaltation hätte zu Stande gebracht werden können, sie, die nur die Frucht einer längeren Zeit, vieler Erfahrung, ernsten Strebens und großer Beharrlichkeit sein konnte. Aber in solchen handgreiflichen und fast unbegreiflichen Irrthümern lebten jene Staatsweisen, und mit ihnen nur zu Viele im Volke, die von denselben noch mehr irre geleitet wurden, während

sie wiederum die Frankfurter Gesetzgeber bestärkten, die jeglichen Rath der Klugheit und Erfahrung kurzab von der Hand wiesen. Es bleibe nichts übrig als auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten, wenn nicht bestimmt und sogleich das Verhältniß formulirt werden könne, welches sowol Oesterreich im Deutschen Bundesstaate, worauf immer wieder Gewicht zu legen, erhalte, als den Bestand der Oesterreichischen Gesammtmonarchie sichre — eine zärtliche Sorge für letztre, während man den Hauptgrund der Beschwerden gegen Oesterreich und der Behauptung, daß es aufgegeben werden müsse, daraus hernahm, daß Oesterreich seine Lande zu einem Gesammtstaat zusammenschließe. Am folgenden Tage ließ sich auch die ministerielle Zeitung vernehmen. Es bleibe am Ende doch kaum ein Unterschied zwischen Radowitz und Gagern's Programm, wenn er zugebe, es werde innerhalb des Reichsverbandes eine engere Verbindung neben einer weiteren bestehen, nur im Ausdruck liege der Unterschied — als wenn Radowitz Ideen über den weiteren Bund, in welchem Oesterreich verbleibe, nicht die Errichtung eines Preußischen Erbkaiserthums im engeren Bunde ausgeschlossen hätten, und als wenn Gagern's Programm nicht eben hierauf gezielt, wenn schon versteckt und unklar über die Union mit Oesterreich, die eben durch den Bundesstaat mit dem Preußischen Erbkaiser unmöglich wurde; nichts weniger als daß — wie die Reichspartei nicht aufhörte zu rühmen — Gagern's Ausdruck der »klarste und offenste« gewesen wäre.

Noch einmal am letzten Tage der Debatte (13. Jan.) ergriff Gagern das Wort. Er sprach uns theilweis ganz aus dem Herzen. Man fand in seinen beiden Reden neue Gründe des Vertrauens zu ihm, neue Modifikationen seiner Anträge. Sie scheinen ihm sehr schwer geworden zu sein. Vorstellungen des Inhalts, daß sonst Befreundete gegen ihn stimmen müßten, so ungern sie es thäten, wenn er seine Erklärungen nicht modificire, Vorstellungen selbst von Mitgliedern des Ministeriums hatten nichts über ihn vermocht. Man sagte damals, Londoner Briefe hätten ihn bewogen, worin ihm eröffnet worden, daß er die ihm aus England gekommenen Rathschläge den Intentionen nicht ganz gemäß verstanden oder ausgeführt habe, so zu sagen mit der Thür ins Haus gefallen sei. Es waren hin und her so böse Worte gefallen, die Leidenschaften und Gehässigkeiten der Parteien und Landsmannschaften waren heftig erregt. Haym gesteht, Vincke's Aeußerungen

wären diesmal »nicht ohne verletzende Schärfe« (gegen die Oesterreicher nämlich) gewesen. Vincke zunächst galt es, daß Gagern damit begann, äußerst nachdrücklich zu rügen, daß man die Antipathien, die Zwietracht der verschiedenen Volksstämme, die alten Feinde der Deutschen Einheit wieder heraufbeschworen. Er folgerte daraus, daß man noch weit von der Einheit entfernt sei. Er sagte der Versammlung, die erste Bedingung der Einheit sei denn doch die, daß man Alle als gleichbefreundet, verbrüdert, berechtigt ansehe. Wenn die Versammlung die Antipathien der Volksstämme nicht mit Macht niederhalte, so könne man die vorliegende Frage nicht lösen, oder sie führe zum Bürgerkriege. Gerade aus den gemachten traurigen Erfahrungen leitete er her, daß man mit Oesterreich unterhandeln müsse, damit Abweichungen und Mißverständnisse nicht tiefere Wurzeln fassen könnten, damit ihnen vielmehr rechtzeitig vorgebeugt werde. Er zweifle noch nicht an dem glücklichen Erfolge der einzuleitenden Unterhandlungen, er werde sich nicht irre machen lassen, werde sein persönliches Verhältniß zu dem Manne, dem die Vertretung Oesterreichs in Frankfurt anvertraut und das auf den Erfolg der anzuknüpfenden Verhandlungen von Einfluß sei, nicht vergiften lassen, werde festhalten an dem Vorsatze der Verständigung, an dem Vertrauen, daß Schmerling ihm entgegenkommen werde. Er rechne auf die Beseitigung der Schwierigkeiten, die der Beendigung und Verwirklichung des Verfassungswerkes entgegentreten könnten, jetzt mit etwas größerer Zuversicht als noch an dem Tage, an welchem er seine Anträge eingebracht. Oesterreich habe, eine große, im Augenblick unendlich schwere Aufgabe zu erfüllen, es werde daher seine Stellung zu Deutschland in ernste, baldige, einer erwünschten Lösung der Frage günstige Erwägung ziehen und der traditionellen Politik des alten Oesterreich's entsagen, einsehen, daß Diplomatie allein nicht mehr ausreiche, daß der Wille der Völker und deren Theilnahme bei der Bestimmung ihrer Geschicke eine Macht geworden. Er widersprach sodann der Ansicht, wonach der einheitliche Bundesstaat wie auf einer tabula rasa errichtet werden sollte. Er erklärte, daß er sich auf den Boden der Thatsachen, nämlich des zu respektirenden Bestehens der Staaten stelle. Wir glaubten Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß sich bei ihm einstelle was uns als die richtige Einsicht erschien. Doch wir sahen wieder eine Verblendung des Idealismus darin und Manchen überkam es gleich einem Gefühle, wie wenn ein Waghalsiger sich in Gefahr

begiebt, als er die durch den Ausgang sehr bemerkenswerth gewordenen Worte sprach, welche lebhaften Beifall den Centren und der Linken, hier aber zum Theil auch Gezisch und zuletzt Unruhe hervorriefen: »Ich mache nicht Anspruch darauf Prophet zu sein, und weiß nicht, wie diese Frage endlich gelöst werden wird. Das aber halte ich für meine und unsere Pflicht, und diese Pflicht werde ich erfüllen, daß ich vor der Nation ausspreche, was ich als die Bedingungen erachte, unter denen bei den gegebenen Verhältnissen die Einheit, der starke Bundesstaat hergestellt werden kann; wird er so nicht hergestellt, nun dann, so sind wir für die Verwirklichung noch nicht reif; die allein praktische Idee wird sich in der öffentlichen Meinung weiter Bahn brechen, und nach uns, vielleicht abermaligen starken Erschütterungen wird es dann Andere geben, die die Aufgabe zu lösen nochmals versuchen werden. Noch aber verzweifle ich nicht an der Lösung dieser Aufgabe, noch aber weiß ich, daß wir nicht aller Sympathie so ledig sind, wie man sich bemüht es bei jeder Gelegenheit darzustellen. Aber die großen Schwierigkeiten der Lösung, sie sind mir nicht entgangen, und ich bin darüber nicht verblendet, meine Hoffnung ist nicht eine unbedingte, eine blind und rücksichtslos vorwärts strebende. Wohl bedarf es des Zusammenwirkens, wohl bedarf es noch einmal der Wiederbelebung des Geistes in dieser Versammlung, der bei unserem Zusammentritt hier gewaltet hat, und wenn wir dann endlich zu dem entscheidenden Augenblicke gekommen sind, ich bin überzeugt, auch auf dieser Seite (zur Linken gewandt), wo nicht die Principien, die wir vertreten, getheilt werden, bei der entscheidenden That, wenn es gilt, das Werk zu vollenden, Sie werden uns nicht verlassen.«

Wie die Linke ihm Lob gespendet durch Venedey's Mund, so trat er ihr jetzt abermals einen einladenden Schritt entgegen. Welch ein Geschrei sollte erhoben werden, als nach einiger Zeit Aehnliches von Welcker geschah! Er sagte weiter: zunächst ist die Frage zu lösen ob Oesterreich in den Bundesstaat eintreten kann? Wenn der offne und entschiedne Wille Oesterreichs dargethan wird, mit seinen Deutschen Provinzen in den Verfassungsstaat einzutreten, den wir mit den Eigenschaften des Bundesstaats zu bilden im Begriff stehen, dann würde ich eben so offen die Hand dazu bieten, und ich würde es für die beste That meines Lebens betrachten, wenn ich auch nur ein Geringes dazu hätte beizutragen vermocht. Allein es ist schwer

und unwahrscheinlich. Wir würden nicht bloß die §§. 2 und 3 sondern auch noch zwanzig andere änderen müssen, um es möglich zu machen. Oesterreich würde seine Gesammtmonarchie zerreißen, und wenn es das nicht will, so würde es sein Bestreben sein müssen, die Bildung des Bundesstaates zu verhindern oder nur unter so laxen Formen zuzulassen, daß er keinem Interesse genügte und daß die Hoffnung unserer nationalen Entwickelung vereitelt würde. Wie groß die Schwierigkeiten aber auch sein mögen, ich werde, wenn ich die Vollmacht erhalte, in gewissenhafter Weise versuchen sie zu beseitigen.«

Das erweckte nun abermals Zweifel, ob seine Befangenheit in den Frankfurter Verfassungsideen nicht trotz dem vorhin von ihm Vernommenen zu groß sei, nicht unüberwindlich sein werde. Auf die Oberhauptsfrage ließ er sich dieses Mal doch ein. Er sagte darüber Folgendes, das er jedoch ausdrücklich als lediglich persönliche Meinung bezeichnete. »Herr Vogt hat mich mißverstanden, wenn er heute Morgen gesagt hat, ich hätte zwar erklärt, ich wolle nicht die Preußische Hegemonie, aber in der Kaiserwürde liege die Hegemonie, und diese wolle ich. Es ist richtig, daß die Kaiserwürde die obere Leitung des Kriegswesens begreift. Es ist aber ebenso richtig, daß die Hegemonie nicht die Kaiser- oder Königswürde begreift, und daß ich gleichzeitig, nachdem ich gesagt habe, ich wolle die Preußische H e g e m o n i e nicht, deutlich habe zu erkennen gegeben, daß ich ein Reichsoberhaupt will, ein einheitliches, und da Sie (zur Linken) es jetzt schon hören wollen, ja, e i n e r b l i c h e s O b e r h a u p t. Ich erachte es für einen inneren Widerspruch, die Monarchie in den Zweigen zu erhalten und im Gipfel sie entbehrend, im Gipfel die republikanische Spitze zu wollen, wo es gerade der einheitlichen Führung bedarf. Die einzige Art aber, wie diese republikanische Spitze gebildet werden könnte, ohne mit den monarchischen Einrichtungen der Einzelstaaten in den principiellsten Widerspruch zu gerathen, ohne als eine Anomalie zu erscheinen, das wäre nun der alte Bundestag, d. h. die Gesammt-Wirksamkeit der Einzelstaaten bei der Centralgewalt durch Bevollmächtigte. Von der Vernichtung dieses Zustandes aber sind wir ausgegangen, etwas Besseres an die Stelle treten zu lassen, ein Princip der einheitlichen Regierung, das betrachteten wir als die Aufgabe.« Eine Vertretung der Nation sei nur möglich, wenn ein einheitliches Oberhaupt an der Spitze stehe, fuhr er fort, blieb den

Beweis indeß schuldig, wie ihn alle diejenigen schuldig blieben, welche zu jener Zeit diese Behauptung vielfach wiederholten, obgleich viele Jahre daher Volksvertretung beim Bunde von den Koryphäen der Konstitutionellen gefordert, vor noch nicht einem Jahre diese Forderung Parole des ganzen konstitutionellen Heerlagers gewesen, die Volksvertretung gegenüber einer Kollektivspitze also bis dahin von der ganzen Partei des politischen Fortschritts für möglich gehalten war. Sodann kam er auf erhobene starke Bedenken gegen den Erbkaiserplan. »Herr Vogt sagte heute, wenn Ihr ein erbliches Oberhaupt schaffen wollt, so sind zwei Bedingungen unerläßlich: eine bedeutende Majorität dieses Hauses bei der Wahl; die Zustimmung der Fürsten. Ich gebe diese Bedingungen als erforderlich vollkommen zu, und Sie sehen, wie wenig ich bei der Ungewißheit, ob diese Bedingungen zu erreichen sind, auf die Verwirklichung meiner Ansichten *zuversichtlich* rechne. Es werden dazu entscheidende Schritte erfordert; es gehört namentlich nicht in der elften, sondern in der zwölften Stunde die Erhebung dieses Hauses dazu, um die Uebereinstimmung zu einer That zu bezeugen, und ich gebe die Hoffnung nicht auf. Ob eine Oberhauptwahl der Zustimmung der Fürsten sich zu erfreuen haben werde, wenn demnächst das Haus zu einer solchen Wahl zu schreiten sich veranlaßt sehen sollte, ist freilich eines der Probleme, deren Lösung ich nicht vorsehen kann. Aber wenn wir uns mit Oesterreich verständigen können, wenn Oesterreich uns zugesteht, daß ein stärkeres Deutschland neben ihm gegenwärtig, künftig und für alle Eventualitäten, die beiden großen Staatencomplexen bevorstehen können, dringender Noth thue, als der ohnehin nicht wohl herzustellende alte Einfluß auf die Einzelstaaten im laxeren alten Bundesverhältniß ihm Vortheil gewähren konnte, wenn Oesterreich dieß zugesteht: dann wäre zwar die Frage noch nicht gelös't, aber die Lösung näher. Ich achte keine Kraft gering, und wir machen die Erfahrung, es sind nicht bloß dynastische Interessen, die in einzelnen Staaten der Verwirklichung des Bundesstaats mit einheitlichem Oberhaupte entgegenstehen könnten. Wären es bloß dynastische Interessen: die öffentliche Meinung ist stark genug und der Instinkt der Dynastien, der wohl augenblicklich irre geleitet werden kann, er würde bald Ihnen sagen, daß ihre Zukunft wesentlich durch das unter einem einheitlichen Oberhaupt erstarkte Deutschland bedingt ist. Aber es sind nicht bloß die dynastischen Interessen, es sind die Gefühle und Tra-

ditionen sehr achtbarer Volksstämme selbst, mit ehrenvoller Geschichte, die ihre Selbstständigkeit nicht wohlfeilen Kaufs hergeben wollen. Diese Alle für dieselbe Ansicht über die Lösung der Frage vom Reichsoberhaupte und dem Maße des erforderlichen Opfers ihrer bisherigen Selbstständigkeit zu Gunsten der Einheit zu gewinnen, hat gewiß große Schwierigkeiten. Aber ich rechne auf den gesunden Sinn des Volkes; auf den Einfluß, den seine Vertreter, die hier sitzen, haben werden und auf die Einsicht der Fürsten, die an der Spitze stehen. Das gilt von Baiern, ebenso von Hannover, Sachsen, Würtemberg und anderswo. Und dann: Eine Lösung muß gefunden werden. Wenn wir mit Oesterreich verständigt sind, so sind wir der Lösung der Aufgabe bei weitem näher, und auch von diesem Gesichtspunkte aus werden Sie mir die Autorisation, die ich erbeten, nicht versagen. Doch es sind gegen den Vorschlag eines einheitlichen Oberhauptes bereits triftige Gründe geltend gemacht worden. Ich will einige dieser Gründe berühren. Wir sollen, sagte Herr von Wydenbrugk, die stärkeren Kräfte in Deutschland nicht feindlich einander gegenüberstellen. Gerade, weil ich das vermieden sehen will, darum verlange ich die Autorisation zur friedlichen Verständigung.« Stelle man einen Oesterreichischen Prinzen an die Spitze, so werde dieselbe Folge eintreten; und was ein Direktorium betreffe, so werde es bei denen welche sich ihm unterordnen sollten, wenn nicht eben so viel, doch einen nachhaltigern Widerstand finden, möchte es ein offner oder durch Intrigue sich erweisender sein. Es ähnelte dem alten Bundestage und er hatte an seinem Theile das Möglichste gethan, damit ein solcher Widerstand nicht ausbleibe. Man sieht, eine rechte, eine völlige Zuversicht zum Gelingen seines Planes hatte er nicht und soviel er deren hatte ruhete sie auf Grundlagen, welche sich sehr bald als ganz luftige herausstellten. Alles was er gesagt, welch ein seltsames Gemisch war es von richtiger Einsicht und falschen Voraussetzungen, von praktischen Erwägungen und Gefühls- und Phantasiepolitik!

Er kam weiter auf die Oesterreichischen Unterlassungen bezüglich der Anordnungen der Centralgewalt, aus welchen seine Partei so maßlose Vorwürfe und Verdächtigungen tagtäglich hernahm, und war — auch hier verständiger und an Gesinnung höher stehend als sie — ehrlich genug herauszusagen und auseinander zu setzen, daß hinreichende Entschuldigungsgründe dafür vorlägen. Es sei ihm nie in den Sinn gekommen um deswillen Oesterreich aus dem

Bunde ausschließen zu wollen. An dieser Stelle theilte er das Schreiben der Oesterreichischen Regierung vom 26. December mit, von welchem oben (S. 71) die Rede war, und entwickelte daneben seine Ideen über die mit Oesterreich für den Fall, daß es in den Bundesstaat nicht eintrete, zu errichtende Union. Sie waren ein gutes Theil unpraktischer als die Radowitzischen; indeß klagte die Centrenkorrespondenz darüber nicht — hielten sie doch die eilige Vollendung des Bundesstaats nicht auf. Eine seiner ferneren Aeußerungen lieferte einen Beweis seiner gewinnenden Anspruchslosigkeit. Es war die Rede von der bei den Unterhandlungen mit Oesterreich zu befolgenden Politik. »Ich will nicht auf Erörterungen dieser Politik eingehen, über die Herr Vogt sich so ausführlich verbreitet hat. Ich gestehe, daß mir die Mittel und Vorbereitungen dazu fehlen, ich habe diesen politischen Ueberblick noch nicht, würde ihn aber vielleicht gewinnen, wenn ich die Autorisation erhalte, Unterhandlungen in beantragter Weise mit Oesterreich anzuknüpfen.« Gegen das Ende suchte er noch zu rechtfertigen, daß er die Annahme seiner Anträge zur Kabinetsfrage gemacht und wies den Vorwurf jeder Art von Intrigue zurück. Er könne betheuern, daß er aller Intrigue fremd sei und daß das Ministerium die Proposition gewissenhaft als eine Maßregel gesunder Politik in das Haus gebracht und seine Ehre dabei betheiligt habe.

Zum Schluß sprach noch Giskra für den Mehrheitsantrag, rhetorisch wie immer, »die Wurzeln des Baumes Deutscher Einheit und Freiheit liegen bloß, schloß er; die Axt ist aufgehoben, schlagen Sie, wenn Sie es wagen!« Haym sagt, so habe das Gerede, als ob es sich um eine »Theilung Deutschlands« handle, das letzte Wort behalten, die Abstimmung aber habe gezeigt, daß es unkräftig geworden, daß es sein Recht verloren. In der Versammlung freilich, aber außen hat es sich doch leider bewährt, und was Recht ist muß doch unter allen Umständen Recht bleiben. Die Centrenkorrespondenz sagte: »Es ist drei Uhr Nachmittags. Die Debatte über das ministerielle Programm ist geschlossen und wir stehen dicht vor einer Abstimmung, wie seit der über den Malmöer Waffenstillstand keine wichtigere für das Schicksal des Vaterlands entscheidendere stattgefunden hat. Unsere Zuversicht zu dem Siege des Ministeriums ist durch den Eindruck der Diskussion nicht geschwächt, wir fürchten nicht das Unterliegen« u. s. f. Mit einem Worte, man hielt sich des Sieges gewiß und glaubte mit diesem

einen »festen Boden sowol für die Oesterreichische als die Oberhauptsfrage« zu gewinnen. Dies war auf unserer Seite bekannt und erschwerte uns natürlich den Entschluß, die ministeriellen Anträge durch unsere Stimmen mitzugenehmigen.

Die Zuversicht der Centren beruhete darauf, daß sie am Abend zuvor eine große Versammlung im Weidenbusch gehalten und ihre Kräfte gemessen hatten. Die ihnen eignen waren freilich immer noch nicht stark genug; allein sie rechneten einerseits auf noch weitere »neue Parteigestaltungen,« die Spaltung zweier Fraktionen der Linken, auf Zuwachs aus dieser, wie es auch die eben erwähnte Korrespondenz andeutete. Anderentheils hatten sie einen großen oder den größesten Theil der Rechten jetzt gewonnen. Auch Vincke hatte an der Weidenbusch-Versammlung Theil genommen und erklärt, 22 Stimmen seiner Fraktion (Milani) würden für den Antrag der Ausschußminderheit, also für das Ministerium stimmen, wenn in denselben ein Zusatz (von Wulffen) noch eingeschoben würde: »und nach der Erläuterung, welche der Ministerpräsident in seiner Rede vom 11. d. gegeben hat.« Die Versammlung fand den Zusatz ganz unverfänglich und Gagern äußerte sich um so mehr bereitwillig ihn annehmen zu wollen, da man hoffte, in diesem Falle noch mehr Stimmen für sein Programm zu erhalten. Die Ausschußminderheit billigte den Zusatz und Gagern that dasselbe in seiner Rede am 13. In jener Weidenbuschversammlung erklärte sich Vincke bereit, für seine Person auch ohne den Zusatz den Minoritätsantrag zu genehmigen. Man hatte in seiner Fraktion heftig gestritten, er und Radowitz vorn an. Blömer und Andre hatten geäußert, es stelle sich jetzt heraus, daß Vincke, von Preußischem Partikularismus beherrscht, Oesterreich bestimmt aus Deutschland hinaus haben wolle, daß seinem Benehmen bei der Wahl des Reichsverwesers nur die Absicht zum Grunde gelegen habe, Oesterreich abzufinden und daneben sich und seiner Partei den Anstrich der Unparteilichkeit und Großmuth zu geben u. s. f.

Auch Wulffen gehörte denen an, welche vor der Menge zudringlicher eitler Schwätzer nicht hatten zum Wort kommen können; nicht einmal zur Motivirung seines Zusatzes war er zugelassen worden. Er theilte sie in den Flugblättern mit, und ich lasse sie hier einrücken, da sie Beweggründe einer Anzahl von Abgeordneten ent-

hält, welche für die Annahme des ministeriellen Antrags stimmten und diese Annahme durch ihre Stimmen entschieden. Sie lautete wie folgt:

»Die hohe Bedeutung der von Seite des Reichsministeriums von der National-Versammlung verlangten Vollmacht zur Unterhandlung mit Oesterreich über seine künftige Stellung gegenüber von Deutschland, die großen Konsequenzen aus der Ertheilung oder Verweigerung dieser Autorisation erfordern die möglichste Beleuchtung dieses Gegenstandes, welcher durch einen kurzen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit der National-Versammlung die nöthige Klarheit erlangt.

»Die Frage über die Vereinbarungstheorie spinnt sich durch alle Verhandlungen, und der festgeschürzte Knoten soll nun durch das Ministerialprogramm vom 18. v. und beziehungsweise vom 5. d. M. seine Lösung erhalten. Der bekannte Antrag des Herrn Raveaux veranlaßte den ersten Kampf hierüber, der durch Annahme des vermittelnden Werner'schen Amendements in dem Beschlusse vom 27. Mai v. J. seine Erledigung dahin fand, daß man das Recht der Begründung der Deutschen Verfassung der National-Versammlung vindicirte, den Regierungen aber ihre Mitwirkung dadurch stillschweigend vorbehielt, daß man den kategorischen Antrag des Herrn Raveaux verwarf und die Worte des Sondergutachtens, wonach der National-Versammlung das Recht, die Verfassung zu geben, einzig und allein zustehen sollte, absichtlich gestrichen hatte. Bei dieser Hoffnung konnten sich die Anhänger des Vereinbarungsgrundsatzes allerdings beruhigen, denn in der Streichung der Worte »einzig und allein« lag ja mit Bezug auf die vorausgegangenen Debatten die ganz entschiedene Ablehnung des von anderer Seite beabsichtigten Ausschlusses der Mitwirkung der Einzelstaaten, und die eifrigsten Verfechter der Ausschließungstheorie hätten im äußersten Falle nur behaupten können, daß der Gegenstand nicht vollständig erledigt, sondern noch als eine offene Frage zu betrachten sei; — es müßten denn Rückhaltsgedanken zu Grunde gelegen haben — eine Annahme, welche mit der Würde der National-Versammlung unvereinbar erscheint.

»Allein wie es mit nicht ganz präcisen Aussprüchen zu gehen pflegt, bemächtigte sich bald eine große Partei unter der Aegide der von dem Präsidentenstuhle herab verkündeten Volkssouveränität der Auslegung des Beschlusses vom 27. Mai, und erklärte eine Ver-

einbarung mit den Einzelstaaten für ausgeschlossen, und diese verpflichtet, sich unbedingt den Beschlüssen der National-Versammlung zu fügen. Während man in Nordamerika und in der Schweiz den Staaten und Kantonen die Annahme oder Verwerfung der betreffenden Verfassungen anheim gab, wollte man den monarchischen Staaten Deutschlands dasselbe unbestrittene Recht auf den Grund des Machtspruches einer Versammlung, welche die Freiheit der Völker proklamirte, entziehen. Eine solche Auslegung trägt aber schon jetzt, wie jede Rechtsverletzung früher oder später ihre bitteren Früchte, denn der Mißton in dem Akkorde zwischen der Centralgewalt und Oesterreich in neuester Zeit hat sich aus jener Auslegung bereits entwickelt, indem die Regierung dieses Staates die Behauptung des Reichsministeriums, er müsse aus dem Deutschen Bunde als ausgeschieden betrachtet werden, weil er sich den Bestimmungen der neuen Verfassung nimmermehr fügen könne, geradezu widerspricht, und Theil zu nehmen an dem großen Werke der Verfassung Deutschlands als ein Recht in Anspruch nimmt, welches ihm wider seinen Willen nicht entzogen werden kann. Dieses richtige Verhältniß erkennt nun auch der Minister-Präsident in seiner Rede in der Sitzung vom 11. d. M. ausdrücklich an, und verlangt auf diese, im Vergleiche zu dem Programme vom 18. vorigen und der Modifikation vom 5. dieses Monats wesentlich berichtigte Grundlage hin die Ermächtigung zur Unterhandlung mit Oesterreich. Eine andere Basis dieser gewünschten Ermächtigung ist auch zur Zeit ganz undenkbar, indem Oesterreich durch die Belassung seiner Abgeordneten im Schoße der National-Versammlung, durch neuerlich geschehene Anordnung der Ergänzungswahlen, durch die Ernennungen eines neuen Bevollmächtigten an der Centralgewalt und treue Erfüllung aller Bundespflichten sein Recht auf Anerkennung seiner unveränderten Eigenschaft als Mitglied des Bundes thatsächlich wohl begründet hat und sich im Vollbesitze desselben befindet. Wollte man eine Unterhandlung anbahnen mit Oesterreich unter der Voraussetzung seines bereits geschehenen Austritts aus dem Deutschen Bunde, so führte dies zu dem Schlusse, daß es schon jetzt keinen Antheil mehr nehmen könnte an der Berathung des Deutschen Verfassungswerkes, und seine Abgeordneten allsogleich zurückziehen müßte. Allein bei der ausdrücklichen Protestation Oesterreichs gegen eine solche Voraussetzung kann auch die Deutsche Verfassung ohne seine Mitwirkung gar nicht zu Stande kommen.

»Wenn nicht überhaupt die Vergleichung politischer Zustände mit civilrechtlichen Normen immer etwas bedenklich erschiene, so möchte wohl der privatrechtliche Gesellschaftsvertrag eine Analogie auf das Deutsche Staatensystem gestatten. Die gemeinschaftliche Sache bildet hier das Deutsche Vaterland, rücksichtlich dessen durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 und die späteren Verträge die Rechte und Verbindlichkeiten eines jeden Theilhabers festgesetzt sind. **In re communi** darf nun bekannten Rechts kein Theil einseitig etwas verfügen, am wenigsten aber kann an den Statuten der Gesellschaft ohne allseitige Uebereinstimmung irgend eine Abänderung vorgenommen werden. Das war das bisherige Verhältniß der Deutschen Bundesstaaten, welches nunmehr durch ein engeres Band die unerläßlich nothwendige zeitgemäße Abänderung erhalten soll; — ist auch der Bundestag erloschen, so ist doch das zwischen den Einzelstaaten im Jahre 1815 gegründete Bundesverhältniß noch keineswegs aufgehoben, und jene zeitgemäße Umgestaltung zu bewirken, ist die große Aufgabe der National-Versammlung.

»Hier nun scheiden sich die Ansichten und Wege der verschiedenen Fraktionen des Hauses, und insbesondere tritt jetzt die Politik derjenigen ganz offen hervor, welche einen Unitäts-, einen Centralstaat anstreben. Diese Politik ist nicht von heute oder gestern, sie durchdringt als leitender Gedanke den ganzen Gang der Verfassungsverhandlungen, denn daß die Annahme der §§. 1, 2 und 3 des Entwurfs »das Reich und die Reichsgewalt« und der §§. 16 und 58 des Entwurfs »der Reichstag« und so viele Bestimmungen der Vorberathung, die nur auf den Centralstaat passen, die Mediatisirung aller Einzelstaaten zur unmittelbaren Folge haben müßten, und daß man absichtlich das Verfassungswerk von unten aufbaute, um dann eine andere Spitze, als die schon von vorneherein beabsichtigte, unmöglich zu machen, das wird jetzt wohl jedem, in den Irrgängen der Politik auch nur wenig bekannten Beschauer durch das Streben, Oesterreich, als das unübersteigliche Hinderniß solcher Combinationen, aus dem Bunde zu entfernen, gewiß ganz klar. An der festen, ächt Deutschen Gesinnung dieses Staates und seines Deutschen Fürstenhauses scheint nun aber die unitarische Staatsabsicht zu scheitern. Oesterreich will und muß für seine und für Deutschlands gemeinsame Interessen im Bunde bleiben; darüber besteht wohl, auch bei nur oberflächlicher Betrachtung der

europäischen Verhältnisse, kein Zweifel, und es wäre wohl überflüssig, bei den vielen veröffentlichten gründlichen Ansichten darüber, auch nur ein Wort zu verlieren. Das Programm des Ministerpräsidenten hat nun durch seine Rede vom 11. d. in der National-Versammlung eine wesentliche Aenderung durch die Anerkennung erhalten, daß Oesterreich, als im Deutschen Bunde fortbestehend zur Zeit noch betrachtet, und auf diese Grundlage hin mit demselben über sein Verbleiben in dem neu sich staatlich bildenden Deutschland — und zwar als integrirender Bestandtheil des großen Gesammtstaates — in Unterhandlung getreten werden solle. Durch die Anerkennung dieser Sachlage fallen nun aber alle Konsequenzen des Programms vom 18. v. und 5. d. M. und namentlich erhält der Antrag desselben im Absatze 7, »zur geeigneten Zeit« Gebrauch machen zu dürfen von der erbetenen Vollmacht, seine rechte Bedeutung; denn daß in diesem Augenblicke noch keine Unterhandlung mit irgend einem Deutschen Staate im Bunde über die Annahme einer Verfassung, welche noch gar nicht besteht, gepflogen werden kann, möchte nicht zweifelhaft sein. Auf diese Weise wird die Sache in die gehörige Bahn zurückgeleitet, das unabweisliche Princip der Vereinbarung gelangt zur gebührenden Geltung, und das in dem Programm vom 5. d. M. gegen die rein Deutschen Staaten so diktatorisch ausgesprochene »sic volo, sic jubeo« erhält in richtiger Anwendung des berührten Grundsatzes auf Oesterreich, als Mitglied des Deutschen Bundes, die nöthige Modifikation.«

Die Linke wollte Oesterreich und die Integrität Deutschlands nicht aufgeben, stimmte aber in den ultra-unitarischen Ideen mit der Gagern'schen Partei überein. Bei einem Theile ihrer Mitglieder wogen die letzteren schwerer und sie waren deshalb geneigt, mit den Centren zu stimmen. Dadurch kam eine Spaltung in die Fraktion der Westendhalle. Venedey und Raveaux sprachen lebhaft dawider, Reh und Andere erklärten sich dafür. Die Abstimmung sollte zur Parteifrage gemacht werden, und dann hätten die Letzteren als Dissidenten ausscheiden müssen. Die Centrenkorrespondenz hatte am 11. Januar mit ihrer gewöhnlichen Arroganz — oder es sollte eine captatio sein — gesagt, ihre Vorhersagung, daß Alles, was an Einsicht und Patriotismus in den Fraktionen der Linken vorhanden, das Ministerium unterstützen, d. h. der Ansicht ihrer Partei sein und derselben den Willen thun werde, sei eingetroffen; der von Westendhall eingebrachte Antrag (Antrag von

Reh und Genossen) wiederhole im Wesentlichen die Motive des Programms vom 18. December und ertheile Gagern die geforderte Ermächtigung, wogegen der Antrag des Pariser Hofes eine Vermittlung versuche, »für welche freilich in dieser Angelegenheit kaum Platz sein dürfte.« Einzelne nahmen das vornehm-geringschätzige Bezeigen der Centren gegen uns nicht mit dem gebührenden Stoicismus auf. Es entzog dem Ministerium ein paar Stimmen der letztgenannten Fraktion, hätte ihm, wie wir sogleich sehen werden, nur noch ein paar entziehen dürfen, und das Ministerium mußte abtreten. Es gelang mir, einige Erzürnte durch Zureden zu beschwichtigen. Indeß wurde ich bald sehr unsicher darüber, ob ich mit meiner Beflissenheit Recht gethan. Das Gewisse war, daß sie in meiner Partei gescholten wurde, in der andern wenig Anerkennung fand.

Im Pariser Hofe herrschte bis zum Anfange der Verhandlungen die Ansicht vor, das Ministerium fallen zu lassen. Sie wurde am lebhaftesten von Welcker vertheidigt. Er suchte nachdrücklich geltend zu machen, daß Gagern's Ideen vom engern und weitern Bunde ganz unpraktisch und illusorisch seien, daß nur ein Thor daran denken könne, Oesterreich werde in eine liebreiche, uns erwünschte Verbindung mit Deutschland treten, wenn es hinauskomplimentirt werde, wenn man ihm durch die Errichtung eines Kaiserthums unter Preußischer Erblichkeit das Thor für immer schließe und eine Handlung begehe, die als Kriegserklärung von ihm werde angesehen werden; daß Gagern nichts und wieder nichts Anderes beabsichtige, daß er mit seinen Kollegen alle Mittel dafür aufbieten werde, welche ihm in der ministeriellen Stellung zu Gebot stehen würden; daß es auf nichts mehr und weniger ankomme, als auf das Gelingen eines Deutschland spaltenden und verderbenden Plans, wogegen nicht bloß persönliche Vorliebe für Gagern und dessen Kollegen im Ministerium, sondern auch die Rücksicht gar nicht in Anschlag kommen könne und dürfe, welche man auf die wirklichen oder vermeinten Nachtheile zu nehmen geneigt sei, die aus dem Zurücktreten des dermaligen Reichsministeriums hervorgehen möchten. Weiter wurde gesagt: Rücksichten nehmen, wo man es mit einer rücksichtslosen Partei zu thun hat, ist eine arge Thorheit. Indem die Gegenpartei im Reichsministerium sitzt, wird ihr von gewissen sehr wichtigen Vorgängen früher oder ausschließlich Kunde, vermag sie um so mehr in Berlin diplomatische Hebel an-

zusetzen, liegt es in ihrer Hand, in mancherlei Weise auf die Regierungen einzuwirken und sie wird es thun wie bei der Grundrechte-Angelegenheit. Es ist eine Halbheit, das Verfassungsprojekt durch Modifikationen annehmbar machen wollen und dieses Ministerium im Amte belassen, d. h. die weitere Verfolgung des Kaiserplans dulden und ermuthigen, statt ihr durch Beseitigung des Ministeriums ein Ende zu machen, woran die Gegenpartei, wenn es geschieht, ersehen wird, daß sie nicht durchzudringen im Stande ist. Um so mehr muß ihr das Heft entwunden werden, da diese eben so unfähigen als gerühmten Staatsmänner Alles verderben werden. Schon aus dem ganzen Verhalten der Gegner ist zu entnehmen, wie groß der Gewinn, der ihnen durch Annahme des ministeriellen Programms zufallen wird. Sie betrachten dieselbe trotz Gagern's erzwungener Anerkennung, daß man Oesterreich die Theilnahme nicht wehren könne, als eine vorläufige Entscheidung für den Ausschluß desselben, den »Bundesstaat«, den Preußischen Kaiser. Sie werde die Annahme des Programms überall so darstellen und viele Schwankende in und außer der National-Versammlung dadurch herüberziehen. Sie werden, neu ermuthigt, mit verdoppelter Anstrengung die Verfassung in ihrem Sinne festzustellen suchen, also dabei noch viel weniger Rücksicht auf Oesterreich nehmen und um so weiter wird eine Verständigung mit letzterem hinausgerückt. Es kann sich dann überhaupt auf die Verfassung nicht einlassen, kaum bleibt ihm möglich, mit Vorschlägen herauszutreten, wie es sie sonst machen könnte, es wird in seiner zuwartenden Stellung verharren und zuletzt sein Veto einlegen. Für Preußen wird eine Lockung hingeworfen, es wird der Versuchung schwer widerstehen können, sehr wahrscheinlich sich aber auch nicht geradezu mit Oesterreich verfeinden wollen. Der Ausgang kann nur der sein, daß die National-Versammlung nichts zu Stande bringt, worüber die Regierungen sich vereinigen können oder was im Volke allgemeinen Beifall findet, wir werden hier Agitation haben, während von der anderen Seite die Diplomatie sich mehr und mehr einmischt, und der Wirrwarr, der aus dem Allen erfolgen muß, ist unabsehbar. Die Gegner triumphiren bereits übermüthig und höhnend, sagten insbesondere Oesterreicher und Baiern; sie berechnen schon die Mehrheit, welche sie ihrer Meinung nach unfehlbar erlangen werden und veranschlagen dieselbe um so höher, indem sie Miene machen, uns in der Minderheit gar nicht mehr mitzuzählen.

So stellen sie unser gutes Recht in Frage, und sie werden uns ausschließen, sobald sie können: so wenig gedenken sie unserer Interessen und Wünsche, so gänzlich geht bei ihnen die Einheitsbegeisterung und der Eintrachtssinn im Preußischen oder norddeutschen Partikularismus und im Parteifanatismus unter, daß sie über unsern bevorstehenden Ausschluß wie über einen Sieg jubeln, woneben sie sich als die Alleinpatrioten gebärden und uns als Partikularisten und Feinde Deutschlands und der Deutschen Wohlfahrt verschreien und anfeinden. Sollten wir ihnen helfen zu ihren vaterlandverderblichen Plänen, bei ihren gehässigen, ganz verkehrten und unpatriotischen Gesinnungen und Unternehmungen? So wie die Sache steht, sagten wieder Andere, liegt in ihr gar kein Grund vor, die Genehmigung der ministeriellen Anträge zu einer Kabinetsfrage zu machen, und man kann nur die ganz verwerfliche Absicht darin entdecken, zur Entscheidung einer der wichtigsten, der allerwichtigsten unter den Verfassungsfragen, zur Entscheidung über Gegenwart und Zukunft Deutschlands im Sinne des Ministerpräsidenten die persönliche Freundschaft für diesen oder die ehrenwerthe Scheu auszubeuten, durch eine Abstimmung wider ihn augenblickliche Verwickelungen und Störungen herbeizuführen. Treten solche ein, so ist seine Steifsinnigkeit, sein Versuch daran Schuld, in solcher Weise moralischen Zwang auszuüben, und nicht wir, sondern die haben sie zu verantworten, die durch Uebertreibungen die Dinge in diese Lage gebracht und zusehen mögen, wie sie sie durch falsches Pathos, Phrasenfülle und Großsprecherei wieder zurecht bringen.

Andere deuteten Gagern's Aeußerungen nach persönlicher Zuneigung gegen ihn oder nach ihren Wünschen und Hoffnungen so günstig als möglich in ihrem Sinne, vertrauten seiner Ehrenhaftigkeit und noch immer wenigstens theilweis seiner politischen Befähigung. Er hatte so freundliche Gesinnungen gegen Oesterreich ausgesprochen, man durfte nach manchem guten Worte aus seinem Munde erwarten, daß er Uebertreibungen meiden, das Mögliche und Praktische ins Auge fassen werde. Dadurch schwand manches Bedenken. Daneben schreckte der Gedanke, in Gemeinschaft mit den Radikalen ein Ministerium zu stürzen, das aus der alten konservativen Mehrheit hervorgegangen war, die Frage, was denn hernach werden solle? zumal da von der linken Seite nicht zu hoffen war, daß sie auf die gemäßigten Verfassungsideen eingehen werde, deren Verfolg ganz allein hätte erwarten lassen, daß das Oesterreichische

Kabinet der Frankfurter Versammlung entgegenkommen werde. Darauf wurde freilich in unserm Kreise erwidert: das ist unsere Sache nicht — man braucht nach diesem nicht auf ein radikales Ministerium zu kommen — es ist auch ein aus Nichtmitgliedern der National-Versammlung gebildetes möglich — daß die dermaligen Mitglieder des Ministeriums sich allein für möglich halten und daß sie für allein möglich gehalten werden, ist Einbildung und Aberglaube. Man wendete hiergegen wiederum Manches ein und verließ sich auf Ein und das Andre das nicht Stich hielt. Die eigentlich entscheidenden Gründe für die ministeriellen Anträge zu stimmen lagen bei Mehrern von uns in folgender Erwägung. Die Ueberspanntheit und Unfruchtbarkeit der Ideen über die zu errichtende Verfassung, sagten sie, ist in der National-Versammlung so verbreitet und so unaustilgbar, die Leidenschaft, der Eigensinn und der Hader, die Uneinigkeit und die Parteiungen haben so tief gegriffen, daß die National-Versammlung, sich selbst überlassen, nichts schaffen wird. Die Kaiserpartei läßt nun und nimmer von ihrem Projekt und doch ist ohne und gegen sie die Durchführung eines andern unmöglich. Sie befindet sich völlig in der Stimmung, wenn sie ihren Willen nicht erhält, jeden andern Plan zu vereiteln. Ehe sie einen solchen zuläßt, wird sie so operiren daß gar nichts zu Stande kommt. Ehe sie von dem ihrigen zurücktritt, wird sie sich mit der Linken verbünden, und wollten wir selbst ihr darin vorangehen, so würde sie uns überholen und Koncessionen machen, die wir nicht machen können und werden. Sie wird sich zehn Mal eher der Linken nähern und deren Forderungen zugestehen als uns, denn was wir für das Geeignete halten »ähnelt« dem alten Bundestage und ist ihr das Verhaßteste von Allem. Sie ist so erhitzt und unbillig und rücksichtslos, daß sie auch auf die Gefahr aller denkbaren Verwickelungen und Zerrüttungen, auf die Gefahr des sichern Verderbs schlechterdings kein Ministerium zu Bestand gelangen lassen, daß sie auch einem der Versammlung nicht entnommenen und an sich noch so unanfechtbaren, selbst nur vorerst, so sehr dies auch durch Loyalität geboten sein mag, »fair play« nicht geben wird. Wie die Sachen stehen ist lediglich das dringendste Erforderniß des Moments ins Auge zu fassen und es besteht darin, daß der nöthige Friede zur Fortsetzung der Verfassungsberathungen möglichst bewahrt bleibt und Störungen abgewendet werden, die sofort Alles in Frage stellen und das größere Uebel sein würden. — Es kam

hinzu, daß gerade auch Schmerling sich dahin aussprach, wir möchten das Ministerium nicht fallen lassen. Er sah alle diese Dinge mit verhältnißmäßig leichtem Blute an. Was man denn wolle? Die Gagern'sche Partei sehe die Verfassung, wie sie in erster Lesung angenommen worden, als bereits festgestellt und Oesterreich schon für so gut als ausgeschlossen an; allein es stehe eine zweite Lesung bevor, das Verfassungsprojekt sei unreif und undurchführbar, laufe auf einen centralisirten Staat hinaus, für den nicht einmal die Mehrheit des Deutschen Volkes gestimmt sei, für dessen wirkliche Errichtung es sich nicht erheben werde; Oesterreich sei mächtig genug, die Absicht es moralisch zum Austritt zu nöthigen oder durch Verfassungs-Bestimmungen auszuschließen zu vereiteln; das Gagern'sche Programm und das Schreiben an den Ausschuß und dessen Bericht bewiesen nur, daß man in Frankfurt den Punkt nicht zu treffen wisse, worauf es ankomme, daß man sich nutzlos abarbeite und wie weitschweifig man Geschäfte mache, das zehn Mal Gesagte wieder und wieder vorbringend; es habe sich einfach darum gehandelt, ob das Reichsministerium und die National-Versammlung eine Frage zu beantworten im Stande seien, die nur Oesterreich beantworten könne und bereits beantwortet habe: ob es sich als austretend aus dem zu errichtenden Bundesstaat betrachte? Die Verhandlungen hätten abermals nur ein trauriges Schauspiel politischer Unreife dargeboten; das Ergebniß, das mit solcher Hitze erstrebt werde, bestehend in der Annahme der Minoritätsanträge, sei so gut wie keins; Gagern habe sein ursprünglich gegen Oesterreich gerichtetes Programm so geändert und ändern müssen, daß es alle seine Schärfe verloren und fast als zurückgenommen anzusehen sei. Zu dem was er jetzt fordre, bedürfe es kaum einer Ermächtigung. Die Opposition der Oesterreichischen Abgeordneten gegen das Ministerium, die sie fortsetzten, weil ihnen letzteres feindselig gegen Oesterreich erscheine, ihre Abneigung ihm die geforderte Ermächtigung zu ertheilen, habe keinen rechten Zweck mehr. Er für seine Person werde sich freilich des Abstimmens enthalten; für das Ministerium zu stimmen werde ihm nicht zuzumuthen sein, allein gegen Gagern möge er auch nicht votiren, da er mit ihm verhandeln solle und da Gagern ein volles Vertrauen zu ihm ausgesprochen habe.

Unbedingt konnten wir damit nicht einverstanden sein. Auf die Mehrzahl seiner Oesterreichischen Landsleute machte es am we-

nigsten Eindruck. Man brachte herum und wiederholt heute noch als, wenn es die ausgemachteste Thatsache wäre, Schmerling habe damals die Koalition der Oesterreicher mit der Linken zu organisiren gesucht. Allein gerade umgekehrt bemühete er sich eifrigst, seine Landsleute in dem Sinne seiner eben angeführten Meinungsäußerungen zu stimmen und die Leidenschaft zu mäßigen, in welche sie durch die Behandlung, welche sie erfuhren, sehr natürlich geriethen. Dasselbe ließen sich Mehrere von uns fort und fort angelegen sein, indem sie beflissen den Standpunkt der Gegenpartei vorstellig machten und deren Verfahren daraus erklärten, damit es den Oesterreichern minder gehässig erscheine. Ich bin im Stande und es gehört hierher, den Schluß einer Depesche Schmerling's an den Fürsten Schwarzenberg wörtlich mitzutheilen. Völlig übereinstimmend mit seinen sonstigen Aeußerungen, wie man sie stets von ihm hörte und mit seinem ganzen Verhalten, lautete der Schluß jener Depesche: »Ebenso kann eine Allianz mit der Linken im Allgemeinen oder mit der ultramontanen Partei nie in dem wohlverstandenen Interesse Oesterreichs sein, daher ich nicht allein meiner Ueberzeugung nach, sondern wie ich überzeugt bin, übereinstimmend mit den Ansichten der kaiserlichen Regierung, ein solches Bündniß nie, auch vorübergehend nicht, einzugehen gesonnen bin.« Das Schreiben, welches so schloß, war vom 4. datirt, Gagern's Schreiben mit der Lockspeise für die Linke vom 5., wie wir uns erinnern. Ich glaube mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß Schmerling's Aeußerungen doch wenigstens Einige bestimmten, für das Ministerium zu votiren, und das Ministerium fiel, wenn ihre Stimmen gefehlt hätten. Unter seiner Mitwirkung wurde der Antrag abgelehnt, die Sache unter uns zur Parteifrage zu machen. Die Entscheidung erfolgte noch am 13. Unser aus dem Pariser Hofe eingebrachter Vorschlag kam nicht zur Abstimmung, weil der Antrag der Ausschußminderheit mit Wulffen's Zusatze zuerst dazu gelangte und in folgender Fassung angenommen wurde: »Die hohe National-Versammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. December 1848 — modificirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849 und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. d. M. — erbetene Ermächtigung ertheilen.« Es hatten dawider 224, dafür 261 gestimmt, die Klubs Landsberg, Augsburger Hof, Kasino, die meisten Mitglieder von Milani und dem Würtemberger Hofe, ein Theil der Westend-

halle, und siebzehn aus dem Pariser Hofe, denen sich noch ein paar Stimmen derer, welche keinem Klub angehörten und die mit uns zu gehen pflegten, anschlossen. Einige Mitglieder unserer Gesellschaft enthielten sich der Abstimmung *), unter ihnen auch Welcker, der sich noch unmittelbar vor derselben entfernte, wovon ich selbst Zeuge war. Er ist unter den Verneinenden aufgeführt, weil der die Namen ablesende Sekretär ein Nein zu hören glaubte, das auch wirklich von Jemandem gerufen zu sein scheint. In jedem Falle gaben unsere Stimmen den Entscheid für das Ministerium. Es war nur widrig, wenn die Gagern'sche Partei sofort wegen der dem Ministerium gewonnenen Mehrheit sich berühmte, als wäre dieselbe durch ihr Verdienst und nicht durch unsere Nachgiebigkeit gewonnen, oder wenn sie (Haym 213) noch heute diese Mehrheit »stark und ansehnlich genug« nennt in Erwägung des »nothwendigen Ausfalls aller Oesterreichischen Stimmen.« Mit demselben Recht hätten die Oesterreicher den Ausfall der Preußischen Stimmen als der Stimmen von Betheiligten behaupten können. Die Oesterreichischen Stimmen zählten mit dem völligsten Recht und wurden gezählt, und hätten Schmerling, Deym u. s. w. die ihrigen gegen das Ministerium abgegeben, so fiel dasselbe trotz des angeblichen Ausfalles der Oesterreichischen Stimmen. Ihn behaupten, war eine arge Rücksichtlosigkeit gegenüber dem rücksichtvollen Benehmen jener Oesterreicher, welche Bedingung des ministeriellen Sieges gewesen. Haym (213) nennt die Bedeutung dieser parlamentarischen Entscheidung »unermeßlich«; ihre Wirkungen reichten weit in die Zukunft. Es wurde auch damals sehr wohl erkannt. Wir wußten genau genug, wie viel unser Vertrauen zu Gagern's Redlichkeit bedeutete, welch ein Opfer wir dem Frieden, zunächst

*) Schmerling, Gspan, Obrist Mayern. Abwesend von den Unsern waren auch noch Edel, Grundner, Thinnes (Baiern), Möring, Rassl, Schuler (Oesterreicher). So viel ich mich jedoch entsinne, befanden sich diese letztern wenigstens zum Theil nicht in Frankfurt. Der Abstimmung enthielten sich ausdrücklich auch die Oesterreichischen Abgeordneten Graf Deym, Pretis, Rößler, Schreiner, Andere wie Mühlfeldt waren abwesend. Es ist nahezu, doch nicht völlig richtig, daß, wie es Wurm angibt, alle Oesterreicher außer fünf gegen das Ministerium gestimmt hätten. Unter den Fehlenden, von denen sich annehmen läßt, daß sie wenigstens ihrerseits zum Fall desselben nicht mitwirken wollten, befanden sich auch noch Bally, Bothmer, Detmold, Radowitz u. a.

dem parlamentarischen Frieden brächten. Wir wurden für unsere Mäßigung und Selbstbeherrschung mißhandelt. Es war um so unverantwortlicher, da in der Gegenpartei das Vorhandensein der letztern erkannt wurde. Wir veranschlagen, hieß es in der Centrenkorrespondenz am folgenden Tage, die erlangte Mehrheit um so höher, da die Beantwortung der Frage »dem Gefühle Vieler gewiß sehr schwer, zum Theil zu schwer gefallen ist.« So war es, was uns Zustimmende im Pariser Hofe betrifft. Wir wußten, daß wir die Entscheidung in der Hand hatten und waren uns unserer ganzen Verantwortlichkeit bewußt. Ich möchte, Alles erwogen, jetzt glauben, daß wir bei unserm Entschluß doch Unrecht hatten. Wir reichten mit Ausnahme von Zweien, die wol nur zufällig nicht unterschrieben, die nachstehende Erklärung und bezüglich Verwahrung ein:

»Die Unterzeichneten, welche für den Antrag der Minorität des Ausschusses mit dem von dem Abgeordneten Wulffen vorgeschlagenen Zusatze gestimmt haben, erklären hiermit, daß sie keineswegs den diesem Antrage vorausgeschickten Gründen beipflichten wollten;

Vielmehr glauben sie, daß die Ertheilung der vom Reichsministerium nachgesuchten Ermächtigung hauptsächlich um deswillen weiter nicht zu beanstanden sei, weil

1) aus dem Schreiben des Reichsministeriums an Herrn Kirchgeßner vom 5. d. M. erhellt, wie das Ministerium die in seinem Programm vom 18. December v. J. ausgesprochene Voraussetzung, daß Oesterreich in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat weder eintreten wolle noch könne, fallen gelassen hat, so wie

2) in Erwägung, daß die von dem Präsidenten des Reichsministerraths in der Sitzung vom 11. d. M. von der Tribüne herabgegebenen Erläuterungen und Zusicherungen zu der Annahme berechtigen, daß das Ministerium Alles aufbieten werde, um die Schwierigkeiten, welche dem Verbleiben Oesterreichs im Deutschen Reichsverbande entgegenstehen, zu beseitigen.« Welcker legte uns, ehe die Abstimmung ihren Anfang nahm, eine Erklärung vor, welche die Voraussetzungen enthielt, unter welchen er seinerseits geneigt sei, für die ministeriellen Anträge zu votiren. Wir konnten uns nicht anschließen, weil namentlich am Ende gar zu scharf ausgesprochen war, daß Oesterreich selbstverständlich unter keinen Umständen aufgegeben und von Deutschland getrennt werden dürfe.

Dagegen war ihm wieder unsre Erklärung in Beziehung auf Oesterreich zu unentschieden. In der Deutschen Zeitung las man: »Den Ausschlag für den Oesterreichischen Beschluß gaben übrigens die Stimmen des Pariser Hofs. Wir dürfen den Männern der genannten Partei unsern anerkennenden Dank dafür nicht vorenthalten, daß ihre Vaterlandsliebe im entscheidenden Augenblicke mächtiger war als jede welfische Neigung und als jedes katholische Bedenken gegen das Kaiserthum der vorzugsweise protestantischen Zweidrittheile Deutschlands. Ihnen wesentlich ist's zuzuschreiben, daß wir endlich von der idealen und geographischen Auffassung Deutschlands, an der unsre Zukunft gescheitert wäre, den ersten Schritt zu einer praktischen und staatlichen Gestaltung hin thun konnten. Daß Herr Jürgens von Stadt-Oldendorf, daß Herr Ambrosch von Breslau, Braun von Bonn, Junkmann aus Westphalen, daß die Herren Scholten, Schlüter, Eckart aus Lohr, Cornelius u. s. w. ihre Stimmen für den Wulffen'schen Antrag in die Wagschale legten, bedingte den Sieg. Zugleich ist uns das Verfahren des Pariser Hofs eine sichere Gewähr für seine künftige Haltung. Denn je zäher sowohl die dort vertretenen Begriffe als Personen sind, desto fester ist auf sie zu bauen, daß sie der einmal eingeschlagenen Richtung treu bleiben.« Weiter hieß es dann, man werde ein Deutsches Reich herstellen, dem Oesterreich aber nicht die Macht fehlen werde u. s. f.; als wenn wir nunmehr als derselben Ansicht gehörend anzusehen wären. Man wollte uns gewinnen, aber diese belobende Mißdeutung unserer Beweggründe und Absichten, dies Streicheln war doch gar zu plump, von der widerwärtigsten Art, ein Stück des politischen Jesuitismus, der nicht aufhörte, die angeblichen Sünden der Ultramontanen u. s. w. zu verklagen und diejenigen, welche der Preußenpartei entgegenstanden, durch verdächtigende Insinuationen und die gehässigsten Unterstellungen zu bekämpfen. Ich habe nur in sehr wenigen Fällen dawider eingeredet, wenn die kaiserlichen Blätter äußerst kleinlich, äußerst gehässig und unwahr von mir, meinen Parteigenossen oder den Flugblättern sprachen. Dieses Mal ließ ich in den letzteren (№ 5) eine kurze Verwahrung abdrucken *).

---

*) Der (den Pariser Hof stets falsch beurtheilende) Korrespondent belobt das Benehmen und insbesondere einen Theil der Mitglieder desselben. Allein »man fühlt die Absicht, und man ist verstimmt.« Die Zeitung

Erwähnung verdient E. M. Arndt's Stellung und Verhalten bei diesen Vorgängen. Er war ganz gewonnen von den Preußisch-kaiserlichen. Als er bei der Abstimmung sein Ja aussprach wurde von der linken Seite her höhnend gerufen: »das ganze Deutschland soll es sein!« Den vorlauten Spötter traf der Ordnungsruf des Vorsitzenden. Am 19. sprach sich Arndt in der Deutschen Zeitung aus, mild, ehrlich, enthusiastisch für Preußen, der Phantasie wie dem Gefühl großen Raum gestattend. Er wollte den Oesterreichern den »überwallenden Zorn« gern verzeihen, doch — Oesterreich werde ja gar nicht ausgeschieden. Schreite nur Deutschland in Freiheit, Macht und Ruhm voran, so werde Oesterreich von Sehnsucht ergriffen nach dem Lichtmittelpunkte, ins Vaterhaus zurückkehren, und mit den Oesterreichern würden noch mehre lange abgeschiedene Söhne wieder eintreten, die Schweizer, Belgier, Elsässer, Holländer. Mit solchen Phantasmen suchte er sich und Andre zu trösten und einen Schleier über den Schaden der gegenwärtigen Scheidung zu werfen, während der Korrespondent vom Rhein in derselben Nummer aufforderte, die Trennung »freudig und ohne Krokodillsthränen« zu vollziehen, während das Organ, dessen sich Arndt zu seiner besänftigenden Ansprache bediente, fort und fort desto gehässiger über und wider Oesterreich sich ausließ und die Oesterreichischen Abgeordneten schalt und hudelte, und zwar so, daß seine Invektiven ein wahrhaft abscheuliches Gemisch waren von Haß, Bitterkeit und Leidenschaftlichkeit und von widerspruchvoller Rabulisterei, Verlogenheit und Perfidie. So oft, so unumwunden und rücksichtslos wie die Deutsche Zeitung hatte kein anderes Blatt auf die Ausscheidung Oesterreichs, auf Festhalten an den §§. 2 und 3 in der strengsten Bedeutung, auf die entschiedensten Trennungsmaßregeln, die das neue Ministerium

---

mag uns ignoriren und tadeln, so viel sie will. Wir werden es mit Gleichmuth aufnehmen. Aber wir lehnen unwillig ihr Lob von uns ab und protestiren dawider, so lange sie ihren dermaligen unerträglichen Ton und eine Haltung nicht aufgibt, welche nur erbittert, nur zu geeignet ist, die Stimmungen zu erzeugen und zu nähren, die den leidigen Deutschen Bürgerkriegen, den elendesten Zeiten, welche unsere Geschichte kennt, vorhergingen. Wir glauben gern, daß ihre Leiter und Korrespondenten es gut meinen, halten es aber kaum für möglich, daß man bei so viel Hochmuth unverständiger, bei so viel Gerede vom Vaterlande und was demselben Noth, unpatriotischer verfahren könnte.

zu treffen habe, gedrungen. Sie bejubelte (№ 15) den Beschluß vom 13. Januar, der nach ihrer Auslegung der erste große Schritt zum Gelingen des Erbkaiserplans und zur Beseitigung Oesterreichs war, versuchte auch ihrerseits die Oesterreichischen Stimmen als unberechtigte in Frage zu stellen, und sagte in derselben Nummer, kleinlich sei der ganz unmotivirte einer verdächtigenden Insinuation ähnliche Protest der 56 Oesterreicher erschienen, welchen dieselben gegen ein Hinausdrängen aus der Paulskirche gerichtet und der das Gepräge der gehässigsten Unterstellung trage. L. Schücking in seinem »Heinrich von Gagern, ein Lichtbild« sagt (110) »Gagern konnte sich am Abend des 13. Januars sagen, daß er Deutschland einen Kaiser gegeben.« Es war eine weit verbreitete Auffassung des Votums vom 13. Januar unter den Poeten-Politikern der Kaiserpartei. Aber trotz dem sollte es schlechterdings nicht wahr sein, daß man mit dem Ausschluß von Oesterreich umgehe. Die ministerielle Zeitung brachte am 16. Januar einen Artikel (Verständigen heißt nicht Ausschließen), dessen Verfasser (Mathy) kaum begreifen konnte, wie es möglich gewesen, daß man behaupten könne, diejenigen, welche doch eben eine Verständigung mit Oesterreich suchten, hätten Oesterreich ausschließen, Deutschland zerstückeln und theilen wollen! So hieß es auch im Berichte der Ausschußminderheit über das ministerielle Programm, von Ausscheidung Oesterreichs könne doch sicher die Rede nicht sein, so lange man über eine noch engere Verbindung mit ihm als die bisherige gewesen unterhandeln wolle. Allein wenn dies auch ganz aufrichtig gemeint war, so war es theils ungenügend, theils Illusion, denn man wollte unzweifelhaft einen Bundesstaat ohne Oesterreich der eine solche Verbindung mit diesem ausschloß. Mathy ließ sich in jenem Artikel weiter darüber aus, daß die beschränkte Vollmacht, welche der Antrag der Ausschußmehrheit so wie der Antrag des Pariser Hofs dem Ministerium habe ertheilen wollen, den Zweck einer Verständigung verfehlen würde, und es war daraus abermals zu ersehen, daß das Reichsministerium eine Verständigung über das Nichteintreten Oesterreichs und irgend ein Verhältniß mit dem ausscheidenden im Sinn hatte. Am Schluß sagte er: »weil diese Gefahren durch den Beschluß vom 13. vermieden worden, darum schätzen wir ihn so hoch; auch rechnen wir den Mitgliedern, die sich selbst überwunden und für die unbeschränkte Ermächtigung gestimmt haben, diesen Sieg über sich selbst zum großen Verdienste. Sie

haben außer der Richtung, die sie eingehalten wünschen, die Möglichkeit zugegeben, daß auch auf einem anderen Wege das Ziel erreicht werden könne; darin liegt politischer Verstand und wahrer Freiheitssinn.« Für diese Anerkennung konnte man dankbar sein. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß die Gegenpartei so gerecht und billig wie Mathy gewesen wäre und aufgehört hätte, unser sich gleich bleibendes Verhalten zu mißdeuten und uns unfreundlich zu behandeln, vor allen Dingen aber, daß sie ihrerseits gleichfalls die Selbstverläugnung und den politischen Verstand gezeigt hätte, die Möglichkeit zuzugeben, daß das Ziel auch auf einem andern Wege erreicht werden könne, als der war den sie für den bessern hielt.

Ich gestehe, es hatte mir große und wohl größere Ueberwindung als manchem Anderen unter meinen politischen Freunden gekostet, für die ministeriellen Anträge zu stimmen. Es war mir als sähe ich die Kaiserpartei nach einem Abgrunde hintaumeln und ich wußte, daß sie nichts weniger als frei vom Schwindel war. Sie gewann unsäglich, wenn das Ministerium seinen Platz behauptete, und es lag damals in meiner und einiger Freunde Hand ihren ganzen Plan zu stören, vielleicht zu zerstören. Ich fürchtete, Gagern sei in bösen Händen, in Gefahr des Verderbens gerade durch seine Freunde, d. h. die als solche sich an ihn hinandrängten, indem er dienend an die Spitze einer Partei trat, deren Verhalten mir bisweilen Grauen machte. Man sollte es in einiger Beziehung fast ruchlos nennen, und es war eben so unklug. Dies wird sich aus dem Nachfolgenden immer deutlicher ergeben.

Die Agitation in den Blättern der Reichspartei gegen Oesterreich und für das Preußische Kaiserthum.

Es werden sich noch mancherlei Beziehungen auf das bisher Erörterte finden, und es wird uns hinüberleiten zu der weiteren Entwickelung, wenn wir einen Blick auf die Agitation für die vornehmsten Tendenzen der Kaiserlichen werfen, welche durch die Organe der letzteren in der Tagspresse um Neujahr auf das lebhafteste betrieben wurde — eine Thätigkeit für den Parteizweck, worin es diese Partei der andern so weit zuvorthat, als die ihr von Berlin her zu Theil werdende Förderung jene übertraf, welche der andern von Olmütz zu Theil werden mochte. Es ist vollkommen der Mühe werth, darauf aber- und abermals zurückzukommen, denn es handelt sich nicht um bedeutungsloses Zeitungsgeschwätz, wie viel Geschwätz, ja des frivolsten Geschwätzes dabei auch vorkommen mochte. Nicht etwa, daß die Ideen des Frankfurter Verfassungsprojektes dunkel in den Köpfen gelegen, daß das Deutsche Volk durch seine Abgeordneten sie in die National-Versammlung und diese sie nur zur Klarheit und Gestalt gebracht hätte. Sie waren vielmehr die Ideen Einzelner, einer Koterie, einer parlamentarischen Partei, welche für sie gewonnen wurde und drangen von der National-Versammlung aus in einen nicht unbeträchtlichen Theil des Volkes hinein, Dank dem Mangel an politischer Bildung und Erziehung des letztern, wodurch es der Führung beflissener und gewandter, auch wol gewissenloser Rhetoren

um so leichter anheimfiel; Dank der Rührigkeit, dem Geschicke, der Rücksichtslosigkeit, womit jene Partei für ihren Zweck Propaganda machte. Nach Außen hin geschah dies vornämlich durch die Presse, von welcher neun Zehntheile gegen Oesterreich, und für Preußen, den »Bundesstaat« mit dem Preußischen Erbkaiser agirten und agitirten, sei es, daß die Blätter durch die Frankfurter Kaiserpartei unmittelbar versehen wurden oder den Anstoß von ihr erhielten, deren betreffende Thätigkeit nach so vielen Richtungen hin freilich schwer zu verfolgen ist. Indeß hatte diese Thätigkeit in den eigentlichen Parteiorganen ihren Mittelpunkt, und es genügt zur Charakteristik, sie hier zu beobachten. Unzählige wissen selbst nicht, wie es geschehen, daß sie erbkaiserlich geworden oder gar in Hitze für den Preußischen Kaiser gerathen sind. Es ist unumgänglich um zu richtigen Vorstellungen über den Fortgang des Deutschen Verfassungswerkes zu gelangen, man erhält erst dadurch den Schlüssel zum Verständniß wichtiger Theile der Geschichte desselben, daß man sich genau die Hebel ansieht, welche die Kaiser- und -Reichspartei ansetzte, um die Stimmung für ihren idealistisch-partikularistischen Verfassungsplan zu erzeugen, zu verbreiten und zu verstärken, worin ihre beträchtlichste, obwol nicht zulängliche Hülfe bestand. Außerdem ging das, was in dieser Beziehung durch ihre Organe in der Presse geleistet wurde, zu einem nicht geringen Theile von Manchen der »Edelsten, Besten und Weisesten« selbst aus, wie denn zu Neujahr Dahlmann und Beseler (aus Greifswalde) neben Gervinus, Häusser, Paul Pfizer als Mitwirkende der Deutschen Zeitung öffentlich angekündigt, die Wirksamkeit der letztern durch das Ansehen ihrer Namen verstärkten und einen Theil der Verantwortlichkeit dafür übernahmen.

In der Regel schmeichelte man in den Organen der Kaiserpartei der National-Versammlung und dem Volke, als dem unschuldigen und gerechten, patriotisch und weise wollenden und handelnden Theile, und verklagte nach der ordinärsten Auffassung die Regierungen, besonders die der Mittelstaaten als die Hindernisse der Deutschen Einheit, wobei nach wie vor jeder erfolgte oder erwartete Widerspruch, er mochte — weil nur gegen ganz verkehrte Forderungen gerichtet — noch so berechtigt sein, als Partikularismus, dynastische Selbstsucht, Intrigue oder Feindseligkeit gegen die Einheit Deutschlands verschrieen wurde. Man hatte und gab indeß auch wol einmal (Deutsche Zeitung № 340) einen

richtigeren Einblick. »Die Schuld liegt tiefer, liegt am Volke selbst. Die öffentliche Meinung steht noch großentheils entgegen, sie ist es, die überwunden werden muß, und das ist ein schwieriges Werk. Die innere Uneinigkeit, zusammentreffend mit den übrigen Unterschieden zwischen Nord und Süd, ist es, welche auch jetzt Deutschland an der Einigung hindert — die Fürsten geben nur den Namen dazu her.« Allein daraus wurde sodann doch kein anderer Schluß gezogen, als der, daß es gelte die öffentliche Meinung für die Errichtung eines »Erbreichs« zu gewinnen. (Vergl. oben S. 263).

Wenn eine Reform oder eine Umkehr im Staat als naturgemäß und nicht als künstlich und gemacht oder zu machen sich darstellen soll, so muß sie indicirt sein durch die Beschaffenheit der Verhältnisse und den Zustand der öffentlichen Meinung. Nicht bloß jene war aber der Verwandlung des Deutschen Staatenbundes in ein Erbreich entgegen, sondern auch der letztere war es, wie die Reichspartei selbst sagte; das Deutsche Erbreich mußte also ihr selbst als ein Kunstprodukt erscheinen und sie mußte allerdings, wenn sie dasselbe dennoch schaffen wollte, da sie die Verhältnisse nicht ändern konnte, wenigstens die entgegenstehende öffentliche Meinung »überwinden,« d. h. für ihre Pläne zurechtmachen. Mit andern Worten, sie hatte so wenig im Volke die Mehrheit wie in der National-Versammlung, mußte sich also dort wie hier eine solche erkünsteln und pressen. Erst wenn man dieses weiß, zeigt sich ihre Kühnheit in ganzer Größe, eine Kühnheit jedoch von der Art, welche »nicht bedenkt was sie vollbringt.«

Wir gehen in Einzelheiten nicht näher ein, sondern erwähnen nur der vornehmsten Themata, die man Seitens der Kaiserpartei tagtäglich in allen Weisen und Tonarten variirte, um das Volk für den »Bundesstaat« und den Erbkaiser zu bearbeiten. Man sagte: es ist eine »Ehrensache für Deutschland«, wenn es sich nicht vor ganz Europa mit seiner Revolution »gründlich lächerlich machen« will, daß es sich »einheitlich« konstituire, daß es sich nicht zurückbringen lasse auf eine bloße Reform der älteren Verfassung. Man glaubte oder suchte glauben zu machen, die Einheit liege in der einheitlichen Konstruktion der Oberleitung — die Direktorialform sei »republikanisch«, (wogegen Stüve in dem Sendschreiben an seine Wähler so schlagend eingeredet.) Man überbot dies noch. Die Konservativen und Monarchisten hätten — wie ich's der Partei in

den Flugblättern, № 6, vorhielt — herzensfroh sein sollen, daß es noch ein paar undurchwühlte Länder, ein paar starke Regierungen gab, oder daß die Regierungen überhaupt wieder angefangen sich zu befestigen. Allein man that das Möglichste, durch Verletzen und Verdächtigen der Regierungen, von denen man Widerspruch voraussetzte, und durch Verhetzen gegen sie die Monarchie in den Einzelstaaten, wo sie in Deutschland wurzelt, zu Grunde zu richten. Aufs Fleißigste bediente man sich des wohlfeilen Kunstgriffs der Ausbeutung des blinden Hasses gegen den »alten Bund« und des Schlechtmachens jeder anderen Form als der des Erbreichs, von welchem Punkte man dann stets auf den Refrain zurückkam, »den wir wie der heil. Johannes sein Testament auf immer weniger Worte zusammendrängen möchten« — wir, der heil. Gervinus, Droysen, Beseler, Dahlmann, Heller —: »Für Deutschland ist nichts Anderes möglich, als ein Bundesstaat ohne Oesterreich oder ein Staatenbund mit Oesterreich und mit — allem bisherigen Jammer!« Gagern's Vorschlag und der Erbkaiser! — oder Begnügen mit einer bloßen Revision der alten Bundesverfassung, was man »vernünftigerweise« nicht wollen kann, da die »Nation« durch ihre Vertreter nimmermehr darin einwilligen wird; es würde nur »der Anfang zu neuen Krämpfen und Umwälzungen« sein (D.-P.-A.-Zeitung.) Man wähnte und berühmte sich auch offen, allein einen politischen Gedanken zu haben, und war dabei so engen Blickes nicht zu erkennen, daß man den heilsamen Einfluß den die kleinen und mittleren Staaten gegenüber den Großmächten für das Zustandekommen einer einheitlichen Deutschen Verfassung hätten üben können und sollen, aufhob; so engen Blickes die nothwendigen Folgen einer Entzweiung der Deutschen Großmächte und der Erneuerung des Stammeshaders, die europäische Bedeutung der Deutschen Frage zu übersehen, indem man das ohnehin schon nur zu schwer verletzte alte Recht mehr und mehr zu beseitigen, aus und über dessen Trümmern einen Sonderbau für die eine oder mit der einen Großmacht zu errichten, diese mit der andern, die Staaten und Bevölkerungen gegen einander zu verfeinden suchte, was früher oder später klärlich und nothwendig zu den bedenklichsten innern Zerwürfnissen und zu Einmischungen des Auslands und allem sich daran knüpfenden Unsegen führen mußte. Was in dieser Beziehung geschah war ebenso unklug wie schandbar und tief verderblich. Man erbitterte die Andersmeinenden unter und wider einander,

man schrieb tödtlich beleidigend über und wider die Baiern, besonders die Oesterreicher, man hob geflissentlich hervor, was uns von Oesterreich trenne und verschwieg, was uns mit ihm einigt; man zankte und schmähete Oesterreich fort und fort ohne Maß, und der Korrespondent vom Rhein meinte dann wol, man werde nun, — nachdem Oesterreich deutlicher gesprochen — erkennen, daß seine getadelte Heftigkeit noch zu gelinde gewesen sei *). Man brachte Haufen von Sophismen gegen das Recht Oesterreichs zusammen, und verkleinerte seine Macht, damit keine Rücksicht darauf genommen werde. Man apotheosirte eben so beflissen Preußen, suchte die königlichen Bedenken zu beschwichtigen, stolzirte im Scheine des Souveränitätsprincips, verschmähete dann aber auch nicht, von der stolzen Höhe herabzusteigen und für alle Fälle auf die Theorie vom Artikel XI. und die Analogie mit dem Zollvereine hinzuweisen **). Die Partei ließ es an nichts fehlen, den Preußischen Partikularismus und Ehrgeiz hervorzulocken und in das Spiel zu bringen, ihm Gelegenheit zu machen, ihn zu ermuthigen zu gewaltsamem Zugreifen, ihm an die Hand zu geben, wie er mit dem Scheine des Rechts sich umkleiden könne. So unaufhörlich und ungemessen sie Preußen erhob und anpries, fehlte doch sichtlich das Preußen dessen sie bedurfte, das zur Ausführung des Kaiserprojekts gewillte und befähigte; sie wußte daß es fehlte und nahm die weitere Mühe

*) Er bot — so in einer Reihe von Artikeln seit dem 19. Januar — seine ganze Beredtsamkeit für die Errichtung eines Deutschen Staates mit Ausschluß Oesterreichs auf, denn es gelte der strengsten Einheit, die mit letzterem nicht zu haben. Oesterreichs Glück habe zwar für den Augenblick seinen Zerfall verhindert, doch sei seine Größe nur scheinbar, Italienische Heere zu schlagen so viel als nichts, Kossuth ein verächtlicher Gegner u. s. f. Auch eine bundesstaatliche Verbindung, eine Union mit ihm sei ganz verwerflich; sein Ausscheiden könne gar nicht verhütet werden *sollen*. Die bisherige Verbindung mit ihm müsse das *Maximum* sein. Gagern, Beckerath, Beseler, Vincke steckten voll unklarer Begriffe u. s. f. Er war ohne Frage klarer und konsequenter, und es hätte alles recht schön sein mögen, nur fehlte der Nachweis, daß Deutschland ohne Oesterreich und beim Ausscheiden und der Feindschaft desselben ein selbstständiger, mächtiger, lebenskräftiger Staat sein werde und daß ein solcher Staat, und zwar ohne unverhältnißmäßige Opfer, Nachtheile und Gefahren, derzeit errichtet werden *könne*.

**) Wir erinnern uns, im April hatte Droysen geschrieben: »Wehe uns, wenn unsere ganze Erhebung auf einen politischen Zollverein reducirt werden müßte!«

über sich, so wie die öffentliche Meinung, auch Preußen zurechtzumachen nach ihrem Sinn. Sie bemühete sich — jetzt sogar Gervinus — ihren Anhang in der Meinung zu bestärken, daß Gagern der Mann sei, der »das Schiff unsers neuen Staates durch die Brandungen des Ufers in den sichern Port bringen werde,« Gagern zu bestärken in seinem: »Diese Hoffnung wird zu Schanden werden!« die National-Versammlung zu bestärken in der Souveränitätseinbildung. Gervinus erinnerte sie, daß sie es »auf sich genommen die Verfassung einzig und allein zu begründen« u. s. f. Das dritte Wort war eine Drohung mit der zweiten Revolution, Falls die Regierungen den Kaiser nicht genehm halten würden. »Wir haben ihn uns nicht ausgedacht, ein jeder vernünftige Mensch ist von selbst darauf gefallen,« sagte man (№ 16) in der Deutschen Zeitung, trotz dem, daß die ihm auch jetzt noch entgegenstehende öffentliche Meinung für ihn erst gewonnen werden mußte. Ebenso wurde alle Beredtsamkeit aufgeboten, dem Volke einzureden, es bestehe darauf ihn zu erhalten. Ueberall, im Norden wie im Süden (also doch wol namentlich auch in den größern Staaten? — Das gerade nicht, aber) in Braunschweig wie in Baden spricht so der »gesunde Instinkt« des Volks sich aus, und er wird auch in der National-Versammlung das »Vaterland zum Siege führen.« (O.-P.-A.-Ztg.). Die Kaiserpartei war äußerst thätig, wo sie es irgend vermochte Erklärungen aller Art für ihr Kaiserthum zu veranlassen und berief sich dann in Frankfurt wieder darauf, daß das »Deutsche Volk« das Erbkaiserthum fordre, immer lauter fordre. Die Centrenkorrespondenz registrirte und präkonisirte jedes kleinste Zeichen des sich kund gebenden Nationalwillens, d. h. wenn es ihren Ansichten und Wünschen günstig erschien, (und wäre es eine Adresse aus — Hanau! gewesen) bis zu der »interessanten Beobachtung« (№ 19 vom 30. Dec.) wie vielen »Frankfurter Knaben der Weihnachten Gewehr und Helm und Uniform gebracht, natürlich Preußische,« wie man ihr denn gesagt, daß in einem Laden 600 Helme verkauft worden u. s. w.

Man ließ (besonders die Deutsche) sehr, sehr viel der Vornehmheit, des Hochmuths blicken, womit die Praeceptores Germaniae in der Staatskunst auf den Haufen, auf die »langsameren Köpfe« (Dahlmann in der Neujahrsgabe) heruntersahen, welchen ihre Ansicht als die allein richtige sich nicht erschließen wollte. Der Korrespondent vom Rhein hatte ganz Recht zu sagen: »Das Volk

in Masse wird für die Beurtheilung einer solchen Frage nie reif; ich dächte, das sollte man aus der Französichen Geschichte seit so vielen Jahrzehnten gelernt haben. Am wenigsten ist es in jenen Momenten dafür reif, wo es in Noth oder Begeisterung ist. Es kassirt nach Monaten oder Jahren einstimmig was es einstimmig beschlossen hat.« So hegte Beseler, wovon Haym etwas erwähnt, die gründlichste Verachtung dagegen, wie der »gemeine Mann« über eine Verfassung denke. Trotz dem rief man mit höchster Beeiferung das Volk in Masse auf, mit zu judiciren, seine Meinung in der Presse, in Vereinen, durch Zuschriften u. s. f. kund zu geben. Man sprach so lange von dem »sanften Zwange,« der gegen die widerstrebenden Regierungen anzuwenden sei und den das Volk gegen dieselben anzuwenden habe, bis im Mai die Saat aufging. Man wiegte das Volk in schmeichelnde Hoffnungen und Träume ein und spiegelte ihm eine leichte Verwirklichung derselben vor, bildete ihm ein, daß diese nur Reden und Großsprechereien, deklamatorische Zeitungsartikel und Vereinsdemonstrationen, zum Höchsten ein wenig Krawall, allenfalls die Kleinigkeit einer zweiten Revolution erfordern werde. Es wäre die heiligste Pflicht gewesen ihm zu sagen: das sind die Hindernisse, so groß sind sie, thu die Augen auf und rüste dich besonnen zu Anstrengung jeder Kraft und hingebend zu Darbringung jedes Opfers und bleib bei Verstande, wenn das Ende nicht den schlimmsten Schaden bringen, freudige Erwartung nicht in Wehklage und Jammer verkehren soll. Davon war aber nicht die Rede. Diese Pflicht wurde nicht erfüllt. Die Edelsten, Besten und Weisesten thaten das Gegentheil. Hinter jeder Erinnerung an die wahre Lage der Dinge, jeder Hinweisung nach der Mißlichkeit der auf Preußen gesetzten Hoffnungen und allem Aehnlichen waren sie flugs hinterdrein mit Deklamationen, Rodomontaden, Spott und was sonst geeignet sein mochte die Wirkung zu vereiteln. Häufiger als je zuvor, sagte die Centrenkorrespondenz am 12. Januar, müsse man von den »Hoffnunglosen« die Erinnerung hören, daß die National-Versammlung sich über ihre Macht keine Illusionen machen möge, wie sie nur noch eine berathende sei. Sie werde, sage man, »den Gedanken eines erblichen Oberhaupts noch aussprechen — dann aber auseinandergehen, damit sie dann eine große Idee über Deutschland hingeworfen« und es werde fortan darauf ankommen, daß »das Deutsche Volk, und getrieben durch dasselbe, die einzelnen Regierungen diese

Idee aufnehmen, fortpflanzen und verwirklichen.« Allerdings war dies der unglückliche Gedanke manches Kaiserlichen, dem die Erkenntniß aufging, wohin die Wege führten, die man ging, und der sich dennoch nicht entschließen konnte, seine Lieblingsideen aufzugeben. Die Centrenkorrespondenz suchte dann jenen »Hoffnungslosen« die klarere Erkenntniß wieder zu verdunkeln. »Man kennt, sagte sie, wenn man so spricht, sehr schlecht die gegenwärtige Stimmung der Versammlung, in welcher gerade jetzt eine frische Kraft der Hoffnung sich lebendig erweist. Die Majorität der National-Versammlung, dieselbe welche bisher den Entschließungen des Parlaments die Richtung vorgezeichnet, fühlt sich neu gehoben durch die Worte des Ministerpräsidenten, welche mit großherziger Zuversicht die Verkümmerung unserer nationalen Hoffnungen zurückweisen. Man kennt, wenn man an diese Hoffnungen nicht mehr glaubt, auch die Thatsachen nicht, welche sich drängen, um die Ueberzeugung zu wecken, daß der Instinkt des Volkes, kräftig überall auflebend, der National-Versammlung täglich neue Kräfte zuführt und sie im Triumphe durch die freilich enge Pforte hindurchtragen wird, die zu dem letzten Ziele des Verfassungswerkes, zu dem Einen Schlußstein der fest organisirten Deutschen Einheit hinleitet.« Und dann folgten abermals Hinweisungen auf die Zustimmung der Kleinen, ihrer selbst nicht Mächtigen und den Ausschlag zu geben Ohnmächtigen, nebst der Erwartung, daß Preußen endlich seine Stunde erkennen und aus seiner langen leidigen resignirenden Haltung entschieden und »kühn,« d. h. zugreifend hervortreten werde. Nur kein Besinnen! Mit athemloser Hast trieben sie (worin sich besonders die ministerielle hervorthat) zum Forteilen in die Sackgasse hinein, zum schleunigsten Vollenden der Verfassung »möge daraus entstehen was da wolle.« Die National-Versammlung hatte die günstigste Zeit versäumt, von allen Verfassungsprojekten das künstlichste und schwierigste vor sich genommen, falsche Wege eingeschlagen, die richtigen verschmäht, durch viel eigne Schuld sich und das Verfassungswerk in die allermißlichste Lage gebracht, und nun sollte kommen was mochte, der Zufall die Hülfe bringen deren die mangelhafte Voraussicht und gesetzgeberische Weisheit bedürftig wurde, die Macht der Umstände und der Gang der Ereignisse Alles ausgleichen — die National-Versammlung war vorwurfsfrei, wenn sie nur ihren wankenden Bau rasch vollendete,

als ob es nur darauf ankäme, dem auf Sand gebauten Hause das Dach aufzusetzen, damit es nicht zusammenbreche!

Eine nicht eben untergeordnete Rolle spielte in dem ganzen Treiben das Mittelchen der Entstellungen oder der Verdrehung von Thatsächlichem, der Ausstreuung falscher Nachrichten, mit einem Worte der Lüge, der unabsichtlichen, aus Leidenschaft und Selbsttäuschung entspringenden, doch auch wol der bewußten, wie wenn man z. B. über erfolgte namentliche, also offenkundige und genau konstatirte Abstimmungen Unwahrheiten mit gehässigen Randbemerkungen verbreitete und sogar einfacher, auf die stenographischen Berichte gestützter Berichtigung die Aufnahme versagte *). So beutete diese Presse den dunkeln Einheitsdrang des Volkes für die Parteizwecke der Kaiserlichen aus. Es gehört zu unsern schädlichsten Eigenheiten, daß wir beim Dispüt, insbesondere beim Politisiren, so leicht in Leidenschaft, Zank, Rechthaberei gerathen. Im December fing die Stimmung im Volke an eine ruhigere zu werden. Dies Agitiren, der Ton der kaiserlichen Presse war ganz danach angethan, sie wieder aufzuregen, ja fieberisch zu erregen. Diese Agitation begann und förderte das leidenschaftliche Politisiren von Neuem.

---

*) Ich habe zu jener Zeit namhafte Mitglieder der Kaiserpartei auf das Inständigste gebeten, sie möchten wenigstens nicht absichtlich Unwahrheiten drucken lassen, verdächtigen, hetzen. Sie sagten mir, ich wäre hypochonder. Ich sagte ihnen, sie verfielen in den schlechten Ton der von ihnen bis dahin bekämpften Wühler und fingen selbst an, Wühlerei zu treiben. Sie antworteten, bei solchen Dingen gehe es nicht anders, und es schade nicht, wenn da auch etwas »Haar gelassen werde.« Ich sagte, das sei keine gute Sache und es könne nicht zum Guten führen noch gedeihen, wenn ein Ziel mit solchen Mitteln erstrebt werde, wenn man das Volk künstlich aufrege, täusche, irreleite u. s. f. Sie entgegneten, beim Entstehen aller Dinge gebe es Schmutz, so auch sei nicht alles sauber bei der Geburt eines Kindleins, bis dasselbe geputzt sei und ein Mützchen auf dem Kopfe habe u. s. f.; wenn das Reich und Kaiserthum nur erst fertig dastehe, so werde das Alles bald vergessen sein u. dgl. Und die so sprachen, gehörten wahrlich nicht zu den Schlechtesten oder Schlechten, und die D.-P.-A.-Zeitung wußte (№ 3) so gut, daß durch Lüge der Zeitungen und Parteien »wol ein vorübergehender Erfolg erzielt, eine augenblickliche Aufregung erzeugt werden« könne, daß aber »der Rückschlag um so größer sei, wenn die Wahrheit an den Tag komme, was unfehlbar geschehe.« Allein es war da die Rede von den radikalen Blättern und deren verwerflichen Mitteln.

Freilich kann eine Nation in einem Moment, einem Anlauf ein großes politisches Ziel nicht erreichen, ohne daß ihre Leidenschaften in Bewegung kommen. Wie aber, wenn das vorgesteckte Ziel ein falsches oder die Anspannung zu schwach ist?

Seitdem die Freiheit der Presse Theils gegeben, Theils genommen worden, war schwerer Mißbrauch fort und fort damit getrieben. Einzelne Blätter hoben sich sichtlich und müheten sich und kämpften wacker und verdienstlich. Ein desto größerer Theil der Zeitungspresse zeigte sich verderbt und wirkte verderblich, ganz besonders in den kritischen Momenten, z. B. bei den Berliner Novembervorgängen. Bei diesem Anlaß sprach sich ein strenger Mund, gewiß aber mit voller Wahrheit über die nichtswürdige Haltung der Mehrzahl der Deutschen Zeitungen und die arge Schwäche des Publikums gegenüber der Zeitungspresse in den Flugblättern aus *).

---

*) Es hieß da u. a.: »Wir haben über manche Verkehrtheit, manche Verirrung, welche an dem Deutschen Charakter und der Deutschen Gesinnung zweifeln läßt, zu klagen; von allen diesen traurigen Dingen ist aber der bodenlos schlechte Zustand unserer Zeitungspresse eines der traurigsten, zugleich aber leider auch eins der schädlichsten und gefährlichsten. Wir haben hier eine böse Erbschaft von der früheren Zeit her übernommen. Unsere Zeitungspresse war durch mancherlei Polizeimaßregeln mißhandelt, und die Mitwirkung daran war durch den Zustand unserer geselligen Verhältnisse in die Hände eines literarischen Proletariats gerathen, zu der das Judenthum ein erhebliches Kontingent gestellt hatte und in welchem viel Anmaßung, viel Federfertigkeit, aber wenig solide Kenntniß und von Gesinnung und Charakter keine Spur zu finden war.

»Hüte man sich hier, die Schuld, wie es bei so vielen Leiden der Gegenwart geschieht, auf die Vergangenheit und auf diejenigen, welche in der Vergangenheit unsere Schicksale leiteten, zu werfen, hüte man sich, mit einer Phrase über Censur und Fesselung der Presse die ganze Sache für erklärt zu halten. Es ist kindisch, wenn wir uns selbst für unzurechnungsfähig erklären und Unverstand und Charakterlosigkeit uns mit der Berufung auf schlechte Erziehung entschuldigen zu wollen: ein Volk, das aus seiner Schuld und seinem Leiden kein anderes Resultat zu ziehen weiß, als Haß gegen die Vergangenheit und Aufhetzung gegen seine Regierungen, ein solches Volk — wir gestehen es mit tiefem Schmerz — ist keiner wahren Freiheit fähig, und mag seine Zukunft verloren geben, die Schuld liegt an uns selbst: sie liegt an der vornehmen Theilnahmlosigkeit und Zurückhaltung unserer höheren Klassen, sie liegt an der Bildungs- und Charakterlosigkeit der Massen des Volks. Die bessern Leute haben es verschmäht, sich mit der Presse zu beschäftigen, die Masse des Volks ist aber nicht politisch gebildet, nicht gesinnungsvoll genug, um

Der Beweis wurde aus den Urtheilen und Nachrichten über die Berliner Ereignisse geführt, wie sie damals in den meisten, sogar den sonst und im Ganzen besseren Zeitungen gefunden wurden, u. a.

---

nicht mit leeren Deklamationen und extravaganten Redensarten zufrieden gestellt zu sein, um nicht da eine widersinnige Begeisterung und einen albernen Enthusiasmus zu zeigen, wo ein ernstes Urtheil und ein scharfer Tadel am Orte wäre. Möge man nicht den gewöhnlichen Einwand wiederholen, daß das Deutsche Volk durch lange Bedrückung geistig geschwächt sei und daß daher sein thörichtes Schwärmen für das Nichtige oder Verdammenswerthe komme! Bei diesem Einwande soll die Schuld auf die Bedrücker geworfen, und für den Bedrückten soll neben der geistigen Schwäche, an der er nicht Schuld ist, doch immer eine tüchtige Gesinnung, ein natürlich lebhaftes Gefühl für Recht und Unrecht in Anspruch genommen werden. Diejenigen, welche am lautesten gegen die Bedrücker schreien, rühmen zugleich den Deutschen Charakter und den Deutschen Rechtssinn am eifrigsten; gerade diesen Charakter, diesen Rechtssinn müssen wir aber jetzt der Masse des Deutschen Volks absprechen, und diese Eigenschaften könnten ihm nicht ohne seine Schuld durch die erlittene Bedrückung entzogen sein. Sein wir aufrichtig, gestehen wir, daß hier ein trüber Fleck, ein Fehler zu beklagen ist.

»Die ganze Periode seit den diesjährigen Märztagen wird in der Geschichte der Presse denkwürdig genug sein. Die Anwendung der neuen Freiheit ist der Presse wenig förderlich gewesen. Wir sehen in den Händen des Volks eine Menge kleiner Blätter, die Alles thun, seine Begriffe zu verwirren, seinen Vorurtheilen zu schmeicheln, zu Unordnungen aufzuhetzen, und eine politische Stimmung und Gesinnung zu verbreiten, aus welcher ganz gewiß keine heilvolle Zukunft des Deutschen Volks hervorgehen wird. Die größeren Blätter sind meist ganz unselbstständig und gesinnungslos. Macht in England die Gesinnung den Einfluß und das Gewicht einer Zeitung aus, so läßt sich in Deutschland sagen, daß gerade die Gesinnungslosigkeit den Einfluß der Zeitungen begründe. Ohne eine eigne, feste Ansicht trabt man in leitenden Artikeln und Korrespondenzen hinter der ganz gewöhnlichen Tagsmeinung her und gibt die politische Weisheit wieder, welche in den Volksvereinen und politischen Klubs gemacht wird. In Zeiten, wie die jetzige, gibt es keine öffentliche Meinung; die extravaganten Ideen machen sich laut, die verständigen Leute schweigen, weil jeder Thor, den man in regelmäßigen Zeiten übersieht und den jetzt die Volksmeinung zum Tageshelden erhoben hat, ihnen mit Geschrei über Reaktion den Pöbel auf den Hals hetzen kann. In den Klubs und Vereinen reißt Einer den Andern fort, und die Mehrzahl sagt sich vielleicht, daß man unverständig handle, daß man aber sich nicht ausschließen, daß man nicht anders könne. In solcher Zeit, wo der Unverstand wie eine tyrannisch herrschende Mode mitgemacht wird, wo ein viel gehässigeres Denuncir- und Anschwärzungssystem in Bewegung ge-

auch in der Deutschen, welche in jenen kritischen Wochen auch ihrerseits hinter der ordinären Tagsmeinung hertrabte und bewußtlos mittaumelte und schürte. Eine eigentliche öffentliche Meinung war auch jetzt nicht vorhanden, noch immer ging ein blinder Zug durch die Massen, die ohne Anhalt in sich zu haben, blind sich leiten und in die Irre treiben ließen. Wie viele Köpfe waren erfüllt von den falschen Vorstellungen und Begriffen, denen das Frankfurter Verfassungsprojekt großentheils seine Entstehung verdankte — wie wenn eine Verfassung, eine solche Verfassung gemacht werden könne, wie wenn das alte Reich und Kaiserthum hergestellt werde durch Errichtung dieses auf ganz entgegengesetzten Ideen beruhenden Bundesstaats mit dem Erbkaiser, wie wenn dieser Bundesstaat lebensfähig sein würde ohne eine sehr wesentliche Ermäßigung so mancher Forderungen und eine eben so wesentliche Umkehr so mancher falschen Regungen des dermaligen Volksgeistes u. s. f.

So hatte denn eine Agitation durch die Zeitungspresse leichtes Spiel, welche auf diese Zustände spekulirte, so hatte die Agitation der kaiserlichen Organe für das kaiserliche Verfassungsprojekt in der That beträchtlichen Erfolg. Andre Gründe kamen hinzu. Die Mitwirkenden genossen großen und verdienten Ansehens, boten reiche und schöne Kräfte auf, hatten zum Theil unläugbar Recht, konnten ihre Irrthümer und Verleitungen an Wahrheit, an allgemein verbreitete Ueberzeugungen leicht anhängen, denn der Anspruch des Deutschen Volkes auf eine einheitliche Verfassung, das Bedürfniß bundesstaatlicher Einigung war ja unläugbar, sogar den Gewalt-

---

setzt und alle Freiheit viel gründlicher gelähmt ist als zu der Zeit unserer sogenannten Bedrückung — zu solcher Zeit gibt es keine öffentliche Meinung, sondern nur einen blinden Zug durch die Massen, dem Alles wie im Taumel folgt, eine unbewußte dämonische Macht, die die Geister berauscht und in die Irre treibt, und der Spruch, daß Volksstimme Gottesstimme sei, läßt sich nicht anders als mit bitterer Ironie anführen. Hier sollte die Zeitungspresse den zersplitternden und zerflatternden Ideen einen Anhaltspunkt geben, sie sollte dem blinden Nachsprechen und Nachempfinden, sie sollte der Macht Kours gebender Redensarten mit Ernst und Schärfe entgegentreten. Sie sollte sich eines wichtigen Berufs bewußt sein, der ohne Besonnenheit und gewissenhafte Prüfung nicht zu erfüllen ist, sie sollte die Ideenbewegung regeln und leiten und die Gefahren des blinden Umhertaumelns zeigen. Statt dessen taumelt sie bewußtlos mit, glaubt genützt zu haben, wo sie erregt hat, und wenn sie eine Wirkung äußert, so ist es die, die allgemeine Verwirrung der Vorstellungen noch zu vergrößern.«

drohungen mochte der richtige Gedanke zum Grunde liegen oder wenigstens verwandt sein, daß die Deutschen Fürsten und Staaten um ihrer selbst und der Monarchie willen auf einen Theil ihrer Souveränität verzichten müßten. Die Spekulation der kaiserlichen Organe bei diesem Agitiren ging endlich insbesondere auch auf eine der großen Tugenden und Schwächen des Deutschen Volkes, die idealistische Richtung desselben, von welcher sie selbst bei ihrer Politik im Uebermaß beherrscht waren. Indem sie den intelligenten Klassen Verlangen nach einem Verfassungsideale und Widerwillen gegen das politisch Erreichbare einflößten, hatten sie in ähnlicher Weise leichte Mühe, wie wenn die Radikalen in ihrer Weise die Begehrlichkeit der unteren Stände aufstachelten. Allein die auf den Idealismus spekulirende Agitation wirkte gleicherweise sehr schlecht und mußte verwirrend und nachtheilig wirken, wenn man damit nicht durchdrang, was gar nicht zu erwarten war und in der That auch nicht geschah. Es gelang der Reichspartei, in einem Theile des Volks die Meinung, wie sie sie bedurfte, zurecht zu machen, nicht aber, derselben die hinlängliche Kraft und Verbreitung zu geben, um durch sie zu ihrem Ziele gelangen zu können. Es mißglückte jammervoll, durch den Nachdruck der gemachten momentanen Meinung und Aufregung, das Kaiserprojekt durchzusetzen. Die Ergebnisse dieser Agitation bestanden nicht in einer großartigen Erhebung Preußens oder der Nation; sie trug faule, viel faule Früchte.

Die Kleinstaaten hatten beim Durchdringen des strengsten Unitarismus in der Verfassung am wenigsten zu verlieren und am meisten zu gewinnen. Die Schwierigkeiten der Ausführung waren in ihnen geringer, die anderwärts vorhandenen lagen ihnen nicht dicht vor Augen. In ihnen waren die größesten Staatsveränderungen mit verhältnißmäßig leichter Mühe durchgesetzt. Fast überall standen ihren Bevölkerungen ohnmächtige haltlose Regierungen gegenüber. In ihnen war die doktrinär-konstitutionelle Partei, jene vormärzliche liberale Opposition welche sich durch Großrednereien an Selbstüberhebung, durch eine falsche Stellung und die ihr widerfahrene falsche Behandlung in die Neigung zu halbrevolutionären Wegen und in die Meinung daß die Dinge damit ausgerichtet werden könnten gewöhnt hatte — in den Kleinstaaten war die französirend-doktrinäre Richtung auf Gesetz- und Verfassungsmacherei, war die eifrig politisirende Laienschaft in der Staatskunst, welche nach vagen Vorstellungen und individuellen Wünschen

die Forderungen bemißt, am stärksten vertreten. In sie operirte natürlicher Weise die Kaiserpartei am meisten hinein und fand in ihnen den meisten Anklang. Es gelang ihr nur, vornämlich in den kleinen Staaten, überhaupt nur in einem Volkstheile die Köpfe mit ihren Ideen zu füllen. Es war viel zu wenig um diesen den Sieg zu schaffen und während der Zweck verfehlt wurde, stellte sich mehrfacher Schaden ein. Man erreichte nicht was erreichbar gewesen wäre, die Exaltation schlug in Erschlaffung um, das stolze Gebahren wandelte sich in Verdruß, man hatte sich so hoch verstiegen und der Ausgang war in Schmutz. Dem Kenner der Deutschen Geschichte braucht nicht gesagt zu werden, wie nachtheilig es für unsere staatliche Entwickelung von jeher und bis in die letzten Jahrzehende zumal in bedeutenden Momenten gewesen ist, daß einzelne Männer, Länderstriche oder Volkstheile zu weit voraus waren, zu ungeduldig vorauseilten statt mit den Anderen gleicheren Schritt zu halten, so daß die »Nation« zurückblieb, Vorschritte und Bewegungen partiell blieben und wesentlich scheiterten, doch aber sehr ungedeihliche Wirrsale anrichteten *). So ist es auch ergangen mit dem Vorauseilen der Erregten für die »Reichsverfassung« mit dem Erbkaiser. Durch dies Vorauseilen und die Agitation welche dazu trieb ist nicht wenig verdorben. Die letztere war für ihr nächstes Ziel völlig nutzlos, die Agitation für die »Reichsverfassung« führte sodann ernste Gefahren, große Unordnungen herbei, indem sie unerwünschte Theilnehmer fand und überwiegend zum Hebel der Destruktiven wurde; die Kaiserlichen fühlten sich selbst bewogen ihr (in Gotha) die schärfste Schneide zu stumpfen. Sie trösten sich mit dem Gedanken, eine Heilssaat für kommende Zeiten aufgestreut

*) Sehr gut weis't Gervinus z. B. von Hutten nach, wie dieser mit all seinem Eifer, Genie und Patriotismus aus dem oben angegebenen Grunde und sodann deshalb doch nichts ausrichtete und daß ihm Alles mißlang, weil er kein durchgebildeter politischer Mann war und ungeeigneter Weise zur Gewalt griff, während Luther Großes schaffte und die Nation wirklich weiter brachte, weil er den Fehler mied. In der Deutschen Zeitung wurde gefragt, ob denn kein Luther, kein Hutten da wäre, der den Adel Deutscher Nation anredete, den Fürsten zu Herzen spräche? Allein jene Beiden waren die Männer nicht, auch um den schönsten und scheinlichsten Sonderbund das Reich, das ganze Deutschland aufzugeben, und was insbesondere Luther betrifft, so dürfte der wieder auferstandene auch die aufwiegelnden Zeitungsschreiber »angeredet« haben, daß ihnen Sehen und Hören vergangen wäre.

zu haben, welche sicher aufgehen und Frucht tragen werde. Doch hat erst die Zukunft die Frage zu beantworten, ob die Förderung, welche durch sie die ultra-unitarische Richtung erhalten, zum Ziele führen könne und werde. Es kann sein, daß diese Richtung stark genug wird zum Durchsetzen der Verwandlung des Deutschen Staatenbundes in ein erbliches Kaiserreich. Es kann aber auch sein, daß sie zu schwach bleibt, dies zu erwirken und doch stark und eben nur stark genug, einen beträchtlichen Theil des Volkes gegen die für ihn nun völlig unbefriedigenden öffentlichen Zustände zu verstimmen, zu nützlicher verständiger und ausdauernder Theilnahme am Staat untüchtig zu machen, zu ewiger nutzloser und schädlicher Opposition und möglicherweise — wie es den Polen geschieht — zu einer vergeblichen und verderblichen gewaltsamen Erhebung nach der andern zu reizen. Die letztere Wirkung dürfte die weitaus wahrscheinlichere sein; doch erörtern wir dies hier nicht weiter. Geschichtlich ist, daß die Kaiserpartei durch ihr Agitiren die Ueberspanntheit der Einheitsforderungen in einem Volkstheile vermehrt und vergrößert hat, während sie den überspannten Freiheitsforderungen, wenn auch nicht konsequent, entgegentrat. Sie hat dadurch einen jedenfalls nicht gefahrlosen und unnachtheiligen Gährstoff in die Nation theils hineingeworfen theils genährt, zumal jene beiden Forderungen sich gegenseitig unterstützen. Sie hat dadurch das größeste, das alte Unglück Deutschlands, die Parteiungen, von Neuem heraufbeschworen, das von je seinen Grund in Ansprüchen hatte, für welche eben nur ein Volkstheil zu gewinnen war und auf welchen derselbe doch eigensinnig bestand, während ein anderer Zumuthungen darin erblickte, auf welche schlechterdings nicht einzugehen sei, wovon denn die Folge war, daß Einungen, Sonderbünde, Unionen, Liguen der feindlichen Parteien sich bildeten, in deren Streite Recht und Friede zu Grunde gingen, das Ganze unsäglich geschädigt wurde und keine der Parteien ihre Zwecke erreichte, keine überwiegenden wahren Gewinn und noch weniger echten Ruhm davon trug.

Auf unserer Seite war und blieb man überzeugt, sprach es gegen die andere auch täglich aus, daß dies und Aehnliches Ausgang und Ende der Agitation für das Kaiserprojekt sein werde *).

---

*) Ich sagte am 20. Januar in den Flugblättern: Die Agitation für das Kaiserthum bringt Alles in die heftigste Gährung, aber die neue Begei-

Wir blieben dabei, daß die Einheit aller Deutschen Lande und Stämme die Aufgabe sei von welcher nicht abgegangen werden dürfe, daß die Einigung der Erneuerung und Wiedergeburt vorgehen müsse, daß man nicht entzweien dürfe um der Form der Einheit Willen, daß die Nation auch nicht wolle, worüber sie sich nicht einige sondern in Streit und Hader gerathe, daß das Festhalten des geschichtlichen und staatsrechtlichen Bundes als das Erste alles Fortkommen bedinge. Die Agitatoren erschienen uns theils als gutmeinende und durch ihren Eifer für eine sie verlockende Idee betrogene Werkzeuge, Theils als die zungenfertigen Rhetoren und Sophisten einer neuen Sonderbündelei und einer neuen kläglichen Zeit der Parteiungen und auch wohl der Bürgerkriege. Wir sagten, man soll um einer Verfassungsform Willen am allerwenigsten zur Gewalt greifen, durch Gewaltsamkeit ist die Deutsche Einheit am wenigsten zu erreichen — sie appellirten mehr und mehr an die Gewalt, an die der Revolution oder der Preußischen Waffen. Das thaten auch manche der sonst Edelsten, Weisesten und Besten der Kaiserpartei. Viel Deutsche Art und der ganze Charakter dieser Idealisten spiegelt auf das Genaueste sich ab, im reichbegabten, hochstrebenden und schwachen — Faust *).

sterung für ein Verfassungsprojekt, das mit Hohn aufgenommen wurde als es im Siebzehnerentwurf zuerst auftauchte, ist nicht allgemein, nicht wahr, sondern gemacht. »Allein man bringt eine große Aufregung damit zuwege, man spannt die Erwartungen und Forderungen auf die höchste Höhe, man erfüllt weite Kreise mit Widerwillen und Mißachtung gegen jede andere Verfassung, als die des Erbkönigthums. Gesetzt, eine Mehrheit der National-Versammlung entscheidet sich dafür, der Beschluß wird in die Nation hineinverkündet, jene Regierungen aber, die das gewichtigste Wort zu sprechen haben, erklären, daß sie darauf sich nicht einlassen können — wie dann? Sie mögen dann vorschlagen oder bieten, was sie wollen, es wird aufgenommen mit Erbitterung und Mißbehagen, lautes Geschrei erhebt sich gegen sie, die Dynastien stehen dem Wohl des Vaterlandes allein im Wege, die Fürsten allein tragen die Schuld, daß das Volk, daß Deutschland nicht zu dem gelangen kann, was es will, bedarf, zu seinem Glück und Gedeihen erreichen muß, sie wollen uns den alten Bund wieder bringen, Reaktion! u. s. w. Mit Einem Worte, alles Odium fällt auf sie, ein volles gerütteltes Maß davon ist ihnen im Voraus bereitet! Rechnet man vielleicht auf so etwas? Das wäre gerade nicht ehrlich, und die pfiffigen Rechner möchten sich in ihrer eigenen Klugheit verfangen. Rechnet man aber nicht darauf, — der Erfolg kann kein anderer sein.«

*) Es sei vergönnt, daß ich noch einige Worte, die ich unter dem Eindruck

Uns warf man gleichzeitig Idealismus und Mangel an Idealismus vor, indem man uns einerseits beschuldigte, ganz nüchtern und grämlich zu sein und gar keinen Glauben und Aufschwung zu haben, andrerseits aber behauptete, gerade unser Ziel sei ein uner-

---

schrieb, den ihre Agitation mir machte, aus den Flugblättern (vom 20. Januar) hier abdrucken lasse. Den Schlägen folgten natürlich Gegenschläge, und sie wurden sehr empfindlich aufgenommen. Die O.-P.-A.-Zeitung hatte an der Wiener Zeitung gerügt, dieselbe habe sich blinde Angriffe und Persönlichkeiten erlaubt und zuletzt sogar noch in ziemlich kategorischer Weise eine bittere Drohung hinzugefügt. Die Wiener Zeitung hatte indeß an der »parlamentarisch-journalistischen« Agitation für Preußens Primat in Deutschland nur die Art und Weise gerügt, wie dabei Oesterreichs geringschätzig gedacht werde. Die »Persönlichkeiten,« welche ihr vorgeworfen wurden, bestanden darin, daß sie behauptet, das »Werben für Friedrich Wilhelm's Kaiserkrone« gehe von den Schleswig-Holsteinischen Professoren aus, und die »bittere« Drohung bestand in ihrem Schlußsatze: »Wir wollen hoffen, daß das Frankfurter Parlament sich auf praktischere Grundlagen stellen werde, wenigstens hat Oesterreich das Recht darauf, daß das Band der Deutschen Einheit nicht dort abgerissen werde, wo es eigentlich anzufangen hat. Oesterreich wird dies Recht zu wahren wissen, an Fähigkeit und Macht dazu wird es ihm auch nicht fehlen.« Ich glaube, daß ich Recht hatte, dem klagenden Theile Folgendes entgegenzuhalten: Hat man es denn, hat es die Zeitung selbst anders haben wollen, die hier so altklug und so tugendhaft spricht? Was kann man nach dem Tone, den man selbst in den bessern von den zu Frankfurt erscheinenden Zeitungen und selbst in dem zur Gründung der Deutschen Einheit berufenen Parlament vernehmen mußte, Anderes erwarten, als blinde Gegenangriffe und Persönlichkeiten, bittere Gegendrohungen u. dgl. Fahrt nur so fort, es wird, es muß noch besser kommen, und nicht bei den bösen Worten wird es bleiben, bis zum Messer werden wir aneinander gerathen. Ich bitte und warne, wo ich so etwas nicht für verloren achte, indem ich redliche Absicht und Meinung voraussetze — bitte und warne auf's Dringendste, eine Haltung zu ändern, die bereits viel böses Blut gemacht hat und nur Unheil anrichten kann. »Es gilt jetzt ja eine große Einigung der Deutschen. Wir möchten jetzt lieber versöhnen als anklagen,« heißt es in der Deutschen Zeitung, № 16. Es klingt wie der ärgste Hohn im Munde der unschuldigen Deutschen, die seit Anregung der Oesterreichischen Frage das Möglichste gethan im Anklagen und Zwietrachtsäen, die noch in ihrer № 15 die unüberlegte Leidenschaftlichkeit und Gehässigkeit des Herrn v. Vincke und wo möglich sich selbst überbot. »Die Raben fliegen um den Kyffhäuser; wird der Kaiser erwachen?« Er dürfte die Neigung verspüren, wieder schlafen zu gehen, wenn er erwacht und um sich herschaut. Wer dies thut, erblickt viel Hoffnung — wenigstens für die Raben. Sie werden ihre Lust und

reichbares, unser Streben ein viel zu hoch gegriffenes und gerade die wären die Praktischen, welche Oesterreich aufgäben und sich mit dem allein Möglichen begnügten, d. h. mit dem freilich gekürzten Deutschland unter dem Preußischen Kaiser — einer Schöpfung, welche sie dann doch aber selbst wieder als eine hochgegriffene idealistische bezeichneten. Mir däucht, es verhält sich damit so. Der gegen uns erhobene Vorwurf einer unpraktisch-idealistischen Richtung beruhte auf einer Verwechslung unsrer Ansichten über die Verfassung mit denen der Linken. Wir hielten allerdings unverbrüchlich an der Idee des ganzen Deutschlands fest, und darin waren wir sogar idealistischer als die Kaiserpartei. Aber unser Idealismus war dennoch kein unpraktischer, sondern mit dem richtigen Maß von Realismus verbunden, indem wir keineswegs für möglich hielten oder mit den Radikalen das Unmögliche forderten, daß Oesterreich in die Centralisation, wie sie zu Frankfurt präparirt wurde, eingehe, sondern vielmehr anriethen, daß man sich auf eine Reform der älteren Bundesverfassung beschränke. Oesterreich konnte dann Theil nehmen und eine solche Reform war nichts Unmögliches, unser Strebeziel also — ein auf der Grundlage des alten Rechtes erneuertes besser geeinigtes ganzes Deutschland — erreichbar und doch zugleich hochgegriffen, hinlänglich hochgegriffen.

Dies letztere wollte die Gegenpartei freilich nicht gelten lassen, und pflegte dann auch noch den Einwand gegen uns vorzubringen, daß das was wir wollten, des Zustandes der öffentlichen Meinung wegen unmöglich sei. Auf unsrer Seite wurde hierwider nicht in Abrede gestellt, daß eine Schwierigkeit darin liege; allein man schlug das Gewicht derselben viel geringer an, und hielt sie für nichts weniger als für unüberwindlich. Die Meinung war allerdings hochgespannt, großentheils überspannt; allein ihre Ueberspanntheit ließ sehr beträchtlich nach gerade als die Agitation für den Erbkaiser den eigentlichen Anfang nahm. Erst durch diese Agitation erhielt sie, um Neujahr, die bestimmte Richtung auf das Projekt der Kaiserpartei, und doch keineswegs überall, sondern wie gesagt nur bei

---

Genüge haben, wenn wir nicht fortan mit vollem Ernst das Wort auch bedenken und uns danach halten: es gilt jetzt eine große Einigung der Deutschen, und da muß man versöhnen, nicht erbittern, gründlich zu heilen suchen und nicht bis in's Herz verwunden. — O der ungeschickten Preußischen Werber ohne Selbstverläugnung, politischen Verstand, wahren Freiheitssinn und Patriotismus!

einem Theile des Deutschen Volkes. Freilich ging die Meinung im Ganzen genommen wider die älteren Einrichtungen, aber doch nicht so, daß man Widerspruch und nichts als Widerspruch hätte erwarten müssen, wenn ihr in einem ausgearbeiteten Entwurfe das deutliche Bild einer, wenn auch der älteren ähnelnden Föderativverfassung mit Parlament, Bundesgericht, Zoll- und Handelseinigung u. s. w. durch die National-Versammlung vorgehalten worden wäre. Und was einen etwa dabei zu erwartenden Aufschrei betrifft, so hatte die Meinung einmal, so viel man von ihr singen und sagen mag, nach allen Thatsachen weder Felsenfestigkeit noch Riesenkraft. Wozu geschah es denn, daß man sich so eifrig und systematisch bemühte, sie gegen jede der ältern ähnelnde Verfassung in Harnisch zu bringen? Wozu war man denn souverän? Sollte man sich zum Knecht der wechselnden Tagsmeinung machen? Hatte man doch keinen Anstand genommen, den verhaßten Militärstaat so beträchtlich zu erhöhen, den Dänischen Waffenstillstand zu genehmigen, in Preußen gegen die steuerverweigernde Landesversammlung und welches Geschrei all überall einzuschreiten, mit einem Worte, in Momenten der größten Aufregung und als die Regierungen noch nicht wieder erstarkt waren, so manchen Beschluß wider den augenblicklichen Strom der Meinungen zu fassen, weil man diese Beschlüsse für vernünftig, heilsam und nothwendig hielt. Aber das war es, man wollte nichts und wieder nichts als den Preußischen Kaiser und schon deshalb keine Reform auf der Grundlage der älteren Verfassung, und da man in der National-Versammlung mit der Linken die Mehrheit dawider hatte, so war eine solche hier, aber nicht überhaupt, und nur weil diese Stimmung und so lange sie sich erhielt, aber auch nicht länger und nicht an sich selbst unmöglich. Die öffentliche Meinung hat einerseits die Reichsverfassung nicht durchgesetzt, trotzdem daß sie dafür von Frankfurt aus mit allen Künsten und Kräften bearbeitet und angespannt war; sie hat sich andrerseits doch wol weit Mehres gefallen lassen, als es gewesen wäre, wenn die National-Versammlung eine gründlich und zweckmäßig reformirte Bundesverfassung beschlossen hätte, wobei obenein die Regierungen auf ihrer Seite stehen mußten. Es war daher Vorgeben und nichts als Vorgeben, daß man es mit so etwas nicht wagen dürfe. Das Kaiserprojekt war gegen die öffentliche Meinung projektirt, und um es durchzusetzen bot man Alles auf, sie für dasselbe zu stimmen und wo

dies nicht gelänge, wenigstens bei überspannten Forderungen zu erhalten und gegen alle gemäßigten Verfassungsideen einzunehmen. Man machte diesen eine Schwierigkeit und steckte sich dann, um die verhaßten Tendenzen einer rechtgemäßen Reform abzuwehren, hinter die selbstgeschaffne Schwierigkeit, die man viel größer darstellte als sie war *).

*) Eine an sich selbst gute Frucht der revolutionären Bewegung in Deutschland war die allgemeiner und lebendiger gewordene Theilnahme am Staat. Allein diese äußerte sich meisthin verkehrt und ungedeihlich, und in demselben Maße verminderte sich die Güte der Frucht. Daß sie auf eine solche Weise sich äußerte, war natürlich und (nur nicht unbedingt) zu entschuldigen. Dies läugne ich nicht, behaupte aber, daß es unweise, unlöblich und gar nicht zu entschuldigen war, daß die Weisesten, Besten und Edelsten die erwachte Volksbetheiligung bei den öffentlichen Dingen vielfach nicht mäßigten und leiteten, sondern zum Exceß trieben und verleiteten, so daß sie nur zu sehr zur Karrikatur und zum Verderben wurde.

Die ketzerische Ansicht über die Verfassungs- und insbesondere die Oberhauptsfrage.

Wie verschieden die Ansichten der Radikalen und der Reichspartei über die Verfassungs- und insbesondre die Oberhauptsfrage sein mochten: darin trafen sie zusammen, daß sie sich gegen eine Reform, der bisherigen Verfassung, alter oder höchstens, und allezeit mit Geringschätzung, verbesserter Bundestag genannt, kehrten. Es war so von Anfang gewesen, war jetzt wieder recht sichtlich, wo es, wie wir meinten, die höchste Zeit geworden, allen Ernstes zu bedenken, daß allein in einer solchen Reform die Möglichkeit einer glücklichen oder selbst nur erträglichen Lösung der Aufgabe liege. War es denn jetzt nicht handgreiflich, daß der souveräne Standpunkt sich nicht behaupten, die Umwandlung des Staatenbundes in ein Erbreich sich nicht durchsetzen ließ? Jenen Standpunkt aber einnehmen und hartnäckig auf ihm verharren ohne ihn behaupten zu können, eine solche Verwandlung projektiren und den Plan eigensinnig verfolgen ohne ihn durchführen zu können: dies erschien uns mehr und mehr als eine politische Schwindelei, eben so gefährlich und verderblich wie großthuerisch und windig. Indeß war unsere reformistische Ansicht so wenig zahlreich vertreten und so verhaßt bei den Politisch-Rechtgläubigen des Deutschen Parlaments, daß ich sie als die ketzerische bezeichnen kann. Nur in der Gesellschaft des Pariser Hofs hatte sie zu dieser Zeit eine mäßige Anzahl enger verbundener Freunde. Seitens der dominirenden Parteien wurde, was für sie gesagt werden mochte, entweder ignorirt oder entstellt. Auf eine Bestreitung

anderer Art ließ man sich nicht ein. Man begnügte sich durchgehends mit den beliebten bannalen Phrasen.

Vom 16. December bis 10. Januar brachten die Flugblätter eine Reihe von zusammenhängenden Artikeln über die Oberhauptsfrage, deren Gedankengang völlig der meinige war. Nicht aus meiner Feder, waren sie doch Ergebnisse vielfacher Ueberlegungen und Besprechungen, welche zwischen dem Verfasser und mir stattfanden. Sie wurden in den Centren übersehen, oder erregten Mißfallen und Nasenrümpfen. Ich wurde auch wol hart darüber angelassen. Sie drückten die Ansicht aus, um derer Willen wir von den Kaiserlichen politische Sonderlinge, Queerköpfe u. s. w. genannt wurden. Ich bin noch jetzt, ja ich bin jetzt noch fester überzeugt, daß diese unsre Ansicht die richtige und gesunde, die der Mehrheit die absonderliche, eine irrlichtelirende war. Die Aufsätze fanden übrigens doch auch außer dem engeren Kreise, welchem ich angehörte, bei Männern wie Radowitz z. B. welche damals freilich bei der Kaiserpartei nicht viel galten, Zustimmung. Zum Zeugniß daß die in ihnen vertretene Ansicht bei einer Fraktion der Abgeordneten zur Deutschen National-Versammlung da war und wenn auch vergeblich sich geltend zu machen suchte, lasse ich hier einen Auszug daraus folgen:

»Es liegt jetzt klar und offen vor uns, daß unsere ganze Verfassungsarbeit scheitert, wenn die Oberhauptfrage keine Lösung findet — und gestehen wir es offen, in der Gährung und Verwirrung der Ideen, der wir überall begegnen, sehen wir die Möglichkeit einer Lösung täglich mehr verschwinden. In diesem bedeutungsschweren Augenblicke ist es Schuldigkeit, die Wahrheit rein und unverholen zu sagen, und weder Tagesmeinungen im Volke, noch Vorurtheile und fixe Ideen in der National-Versammlung zu schonen. Unser schlimmster Feind ist die falsche Scham, die uns da, wo wir das Vertrauen auf die Richtigkeit unserer Bahn im Grunde schon verloren haben, hindert, ganz aufrichtig zu sein und zu gestehen, daß wir uns in einer falschen Bahn befinden. Auch diesen Feind wollen wir offen angreifen: die Flugblätter sind ja fast das einzige Blatt, in welchem, sobald es darauf ankommt, Tagesmeinungen zu opponiren, noch Preßfreiheit herrscht.

»Unsere ganze Verfassungsarbeit leidet an einem unglücklichen abstracten Charakter, und diese Abstraction wird der Grund sein, weshalb sie entweder nicht zu Stand kommt oder nicht haltbar ist.

Gleich im Anfange der Bewegung ging man über alles Maß hinaus, man erhitzte sich ungebührlich im Hasse gegen die Vergangenheit, man träumte von einer vollständig neuen Zukunft, von einem plötzlichen Schritte aus alten, ganz schlechten Zustände in neue und beglückende und merkte nicht, daß man sich damit eine kolossale Uebertreibung zu Schulden kommen ließ. Als man es am Ende aber merkte, scheute man sich den Fehler zu gestehen, und fuhr in der Uebertreibung fort, nachdem das erste Feuer der Begeisterung erloschen war. Die Spuren jenes Gefühls von Nüchternheit und Hohlheit, welches durch Uebertreibungen ohne Enthusiasmus hervorgerufen wird, hat auch nicht auf sich warten lassen. Die Fäden, welche mit der Vergangenheit, mit dem Bestehenden zusammenknüpften, riß man aber ab, und ward souverän und schloß Regierungen und Staaten aus. So klar hier das Unrecht und der politische Fehler war, so schnell man die Folgen hätte merken sollen, so machte man sich doch alles das nicht klar, man gefiel sich in der neuen Souveränität, man that, als ob Alles in der Ordnung wäre, und als ob man auf festem Boden stände, während man doch wußte, daß nicht Alles in der Ordnung, und der Boden keineswegs fest war. Man argumentirte, daß jeder Staat, der Wahlen nach Frankfurt angeordnet habe, sich die Beschlüsse der Versammlung müsse gefallen lassen, während man doch weiß, daß kein Wahlgesetz die usurpirte souveräne Stellung und eben so wenig die vielfachen Regierungsbeschlüsse der Versammlung rechtfertigt. Man weiß, daß man im Unrechte ist, und thut, als ob man Recht habe, weil für den Augenblick das Unrecht in einem Theile Deutschland's durchzusetzen ist. So hat man in einem Dunstkreis von Unwahrheit gelebt, den man wohl erkannte, aber nicht verließ, weil man die reine Atmosphäre der Klarheit und Wahrheit scheute. Bei den Fragen über Oesterreich ist endlich dieser Schleier von Selbsttäuschung zerrissen. Man hat erkannt, daß die souveräne Stellung sich gegen Oesterreich nicht behaupten läßt. Wie zu Oesterreich steht man aber zu jedem Staate der mit sich selbst fertig werden kann. Mit Preußen hat man es dahin gebracht, daß man nicht weiß, woran man ist, und ob Preußen am Ende sich von jeder Mitwirkung ausschließen läßt, und eben so steht man — wenn sich die Idee, Preußen an die Spitze zu stellen, als ein Mittel erweisen sollte, über diesen wunden Fleck hinwegzukommen — zu Baiern, Sachsen und Hannover. Denkt man selbst im Ernste

daran, Holland zu zwingen, das Verfassungswerk als rein octroyirtes für Limburg und Luxemburg anzunehmen?

»Aus dieser Unwahrheit und Selbsttäuschung muß man herausgehen und die verlorenen Anknüpfungspunkte mit den bestehenden Verhältnissen wieder gewinnen. Die Folgen treten jetzt bei der Oberhauptsfrage an den Tag. Schafft man eine Spitze des Reichs, die die Staaten nicht wollen, die den Verhältnissen, wie sie sind, nicht entspricht, so muß das ganze Werk scheitern. Nun hat man aber kein Organ für die Verbindung mit den Staaten, man weiß nicht recht wie weit man bei dieser Frage ihnen gegenüber auf dem Standpunkte des souveränen Befehlens bleiben, oder dem folgen soll, was die Staaten wollen. Der Eine denkt hier so, der Andre so, je nachdem die Souveränitätssucht oder Einbildung, oder das Vertrauen auf den Erfolg eines neuen Revolutionirens stark oder schwach, oder der Nebel, der den eignen Standpunkt einhüllt, mehr oder minder dick ist. Soll ferner die Versammlung blos die Verfassungsbestimmung über das Oberhaupt treffen, oder soll sie selbst das Oberhaupt wählen und installiren? Auch hierüber ist keine Klarheit vorhanden, und weiter als bis zu Zweifeln: ob man zu einer solchen Wahl irgend befugt sei, oder ob man damit einen Erfolg haben werde, hat man es nicht gebracht. Schon bei der Einsetzung der provisorischen Centralgewalt hat man ein kühnes Experiment gemacht, und eine auf die Länge völlig unhaltbare Stellung in der Mitte zwischen Legalität und Illegalität herausgebracht. Man wird beim Definitivum dieses Experiment nicht wiederholen wollen. Nun fehlen aber für den legalen Weg die Organe und Anknüpfungspunkte, und die Nothbehelfe, das geheime Sondiren bei einer oder der andern Regierung und was sonst geschehen mag, um einen Anschein sichern Bodens zu gewinnen, sind eben nur Nothbehelfe, welche das Falsche und Schiefe der ganzen Stellung offenbaren. Also geheimes Sondiren bei Einzelnen, statt offenen Vernehmens mit Allen! als ob nicht Alle gleich betheiligt und gleich interessirt wären! Es gehört wahrlich ein starker Glaube dazu, hierin nicht den Anfang von Sonderbündelei zu finden. Das sind die Folgen des falschen Standpunkts, den man einmal nicht verlassen kann. Man hat die Staaten ausgeschlossen, und jetzt muß man ihnen doch kommen. Aber man kommt eben nur dem Einen oder Andern, und nur die Eingeweihten wissen darum. Kein Staat, kein Fürst, der Pflichten und Rücksichten gegen seine Bundes-

genossen kennt, der mit den kühnen Griffen, wodurch die Bundesversammlung zerstört wurde, nicht auch jedes Bundesverhältniß zu seinen Deutschen Mitstaaten für zerstört hält, wird sich auf dergleichen geheime Bedingungen und Anerbietungen einlassen, keiner wird glauben, daß der souveräne Standpunkt der Versammlung die freie Wahl und Zustimmung der Deutschen Staaten ersetzen könne.

»Beim Beginne unserer ganzen Bewegung hatten wir mehr Haß gegen die Vergangenheit, mehr sanguinische Hoffnung auf die Zukunft, mehr Vertrauen auf Solche, deren früheres Schicksal Sympathien erweckte oder deren Geschwätz und Geschrei imponirte, als positive Ideen, klaren Verstand und Vermögen das wirklich Werthvolle zu erkennen. Mit dem blinden Hasse gegen die Vergangenheit wurde aber unserem Schaffen sogleich eine Fessel angelegt. Es durfte nichts geschaffen werden was dem Alten irgend ähnlich sah, was irgend als Reform oder verbesserte Auflage der Bundesverfassung gelten konnte. Hiermit wurde der freien Wirksamkeit und Wahl ein bedeutendes Feld verschlossen, und von dem was geschehen konnte, von den Elementen, die benutzt werden mußten, ein erhebliches Stück willkürlich weggeschnitten. Die neue Organisation ging nur vom Gesammtvolke und nicht von den Staaten aus: natürlich, daß sie nur eine Verfassung und keine Föderation der Staaten werden mußte.

»Es stand bei Allen fest, daß ein Bundesstaat geschaffen werden solle, und man löste den Bund der Staaten auf. Man schuf eine provisorische Centralgewalt, bei der man die Föderation unter den Staaten vergaß, in welche man wie in Provinzen hineinzuregieren versuchte. Gerade dem Umstande, daß man jene Föderation durch ein konstitutionelles Fachwerk ersetzen wollte, verdanken wir den Bruch mit Oesterreich. Mit Sicherheit können wir aber noch weitre Spaltungen und Risse voraussehen, wenn der jetzige Zustand fortdauert. Unsre Staatsmänner fühlen und gestehen auch, daß das Provisorium nicht dauern könne und daß man zum Definitivum eilen müsse. Ob sie den Grund seiner Unhaltbarkeit — der eben darin liegt, daß die vertragsweise Verbindung und enge Alliance der Staaten durch ein willkürlich über sie hingeworfenes konstitutionelles Schema nicht ersetzt wird — einsehen, wissen wir nicht; das aber wissen wir, daß das Definitivum eben so unhaltbar sein wird als das Provisorium, wenn sich derselbe

Grund der Unhaltbarkeit darin findet. Hierzu haben wir bis jetzt leider die beste Aussicht.

»Als man nach passenden Verfassungsformen für den Deutschen Bundesstaat suchte, gerieth man am einfachsten auf die Nordamerikanische Verfassung. Allein die Uebertragung derselben auf die Deutschen Verhältnisse ist unmöglich. Die konstitutionelle Monarchie bedarf schon an sich eines hohen Grades von Selbstständigkeit und ordnet sich weniger leicht einer Centralgewalt unter, als die Republik. Der Nordamerikanische Begriff vom self-government der Staaten fehlt bei uns. Eine Centralgewalt über konstitutionellen Staaten wird sich immer nur durch das Volkshaus und dadurch, daß sie im Einverständniß mit diesem die Staaten nullificirt, halten können. Die letzteren haben in Deutschland ein stärkeres abgesondertes staatliches Leben. Dieses Leben austilgen, hieße Deutschland selbst vertilgen, hieße die Macht, die wir haben, für die Erreichung einer Macht opfern, die wir möglicher Weise erreichen könnten. Deutschland ist ferner von Nachbarn umgeben, auf deren Freundschaft und guten Willen nicht allzusehr zu zählen ist. Es kommt daher vor allen Dingen auf festes Zusammenhalten, auf enges Bündniß der Staaten an. Die Festigkeit die dieses gegen das Ausland giebt, erreicht man nicht dadurch, daß man ein konstitutionelles Schema an die Stelle des gesprengten Bündnisses setzt. Möge die Folge die diese Operation bereits gehabt hat, möge die Trennung von Oesterreich eine Lehre sein umzukehren, ehe die Zersplitterung noch größer geworden ist!

»Man ist bei dem Verfassungswerke aus einem Extrem in das andere verfallen. Unsre Bundesverfassung war mehr eine völkerrechtliche Allianz als eine Verfassung, obgleich sie zu der letzteren wesentliche Anlagen in sich trägt. Jetzt will man blos eine Verfassung schaffen: daß zu einer Bundesverfassung wesentlich ein Bündniß der Staaten gehört, daß dieses auch in Nordamerika nicht fehlt, hat man übersehen, und so die entgegengesetzte Einseitigkeit begangen. Mit dem Ausbau der also nach konstitutionellem Plane begonnenen Verfassung ist man ganz in abstrakter Weise, und ohne sich um die wirklichen Verhältnisse zu bekümmern, fortgefahren. Natürlich, weil die Theile des Bundesstaates, die Staaten, keine Stimme hatten und ihre Bedürfnisse und die wirklichen Verhältnisse nicht geltend machen konnten. So entstand ein Verfassungsschema, welches wohl für irgend einen Bundesstaat **in abstracto**, aber

nicht für Deutschland paßt, und auf dessen konkrete Verhältnisse keine Rücksicht nimmt. Wo diese Verhältnisse sich aufdrängten, paßte die Sache nicht. So bei §. 2 und §. 3, die man einstweilen votirte, in der Meinung, daß sie doch nicht zur Geltung kommen sollten. So ferner bei der Oberhauptsfrage, deren Schwierigkeit unseres Erachtens darin liegt, daß zu einem bereits fertigen Verfassungsplane eine Spitze und ein Complement gesucht werden muß, wobei sich denn findet, daß das Ganze nicht angehen wird, wenn man die einzig zu jenem Plan passende Spitze, die Erbmonarchie darauf setzt. Daher tauchen alle möglichen Plane, Trias, Turnus, Wahlmonarchie, lotterieweise Ausspielung der Kaiserkrone, in bunter Reihenfolge auf: alle bestimmt, das Werk passend und namentlich für Oesterreich passend zu machen. Näher betrachtet ergiebt sich aber, daß einmal alle diese Complemente der bis auf die Spitze fertigen Verfassung nur Nothbehelfe sind und zu dieser doch nicht recht passen, dann aber, daß auch sie die Verfassung für Oesterreich nicht acceptabel machen werden, welches nur auf eine Verfassung die den Charakter der Föderation selbstständiger Staaten noch in sich trägt, nicht aber auf eine konstitutionelle Gesammtverfassung eingehen kann.

»Deshalb soll ferner nach dem Plane einer starken Partei — die Verfassung in der projektirten Weise vollendet, Preußen an die Spitze gestellt, und damit das angehe »in seine Bestandtheile aufgelöset« werden, die konstitutionelle Gesammtmonarchie soll dann die einzelnen Staaten absorbiren und durch ihren nothwendig zur Centralisation hinarbeitenden konstitutionellen Apparat vernichten, Oesterreich aber soll — da diese ganze Procedur auf dasselbe nicht anwendbar ist und es sich entschieden dagegen abgeneigt gezeigt hat — aus derselben fortgelassen werden. Es soll ohne weitere Theilnahme ein tüchtiger Bundesgenosse bleiben.

»Wir halten diesen Plan für einen durchaus unrichtigen und verfehlten. Wir glauben, daß der Preußisch-Deutsche Einheitsstaat unmöglich und der Versuch zu seiner Einführung ein Quell von Zerrüttungen ist, wir glauben ferner, daß es unklug, ungerecht und wider die einmal gestellte Aufgabe ist, Oesterreich dadurch, daß man Pläne macht, die nicht für dasselbe passen, auszuschließen, und daß sich auch Oesterreich, gestützt auf den einmal geschlossenen Bundesvertrag, nicht von der Deutschen Verfassung wird ausschließen lassen wollen.

»War das Frühere mangelhaft, so konnte man es verbessern, man konnte den Grund der Desorganisation erforschen und der gewiß noch heilkräftigen Natur hülfreich beispringen. Man konnte aus und mit den gesunden Elementen, denen die Lage zu geben war, die sie nach Anlage und Bestimmung forderten, den Neubau aufführen Statt dessen sollte alles Gewesene nichts taugen, Alles was daran nur erinnern konnte, war ausgeschlossen und es sollte etwas durchaus Neues und Fremdes geschaffen werden. Das Deutsche Volk trifft hier der Vorwurf, daß selbst die bessern Klassen in das Geschrei der Wühler und des Gesindels mit eingestimmt und diese Uebertreibung gefördert haben. So wenig aber der kranke Mensch zerlegt, ausgekocht, gereinigt und wieder zusammengesetzt werden kann, so wenig läßt sich ein Staatswesen zerschlagen und dann willkürlich nach einer bestimmten Form mittelst einer beglückenden Konstitution wieder zusammensetzen. Das ist Bücherweisheit, Doktrinarismus und politische Quacksalberei. Man zwänge nicht die Theile des Ganzen in eine Form die dieses haben soll, sondern man wähle die Form, die eben der natürlichen Anlage des Ganzen entspricht. Diese erkennt man aus der Geschichte und nicht aus der Tagesmeinung bewegter Zeiten.

»So wie die Sachen jetzt liegen, sind nur zwei sich wieder im Einzelnen modificirende Kombinationen möglich. Entweder man betrachtet Oesterreich als ausgeschieden und gründet für den Rest von Deutschland eine Gesammtverfassung, oder man hält Oesterreich gegenüber an dem Bundesvertrage fest und richtet die Verfassung so ein, daß sie auch für Oesterreich paßt. Im ersteren Fall ist die Verfassung centralisirter, und die Einheit vollständiger, im zweiten wird man sich mit einer minder centralisirten begnügen müssen. Es steht sich also der Vortheil einerseits größere Einheit in dem nicht Oesterreichischen Deutschland zu haben, und der Vortheil: Deutschland in seiner Integrität zu erhalten und Oesterreich nicht zu missen gegenüber.

»Am Natürlichsten und Einfachsten würde man sich für das Letztere entscheiden. Im ersten Falle wird die ganze Aufgabe nicht gelöset, und man substituirt ihr eine andere, für einen andern Gegenstand gegebene und für diesen — wie wir hier einstweilen annehmen wollen — lösbare Aufgabe. Im zweiten Falle wird sie minder gut gelöset, als man in den ersten sanguinischen Zeiten gehofft hatte. Wer für Deutsche Einheit auch noch so begeistert ist,

wird doch immer, ohne seine Gesinnung zu verläugnen, sagen können, er wolle lieber einen geringern Grad von Einheit, er wolle selbst nur enge und aufrichtige Einigkeit, als das Ausscheiden eines beträchtlichen Theils von Deutschland neben engerer centralisirterer Einheit des Restes. Um diesen Preis könnte solche Einheit doch zu theuer erkauft sein. Der Preis ist augenscheinlich ein hoher und schwerer. Was wir dafür bekommen, ist freilich auch werthvoll und theuer, aber eben des hohen Preises wegen werden wir es auch genau prüfen müssen, um es nicht zu überschätzen. Bedenken wir wohl, daß jetzt der Drang nach Einheit ein mächtiger ist, daß er aber — wofür sich Belege leicht finden — bis zum völligen Unverstande, zur völligen Unklarheit geht. Man übertreibe und überschätze also diesen Drang nicht, sonst fördert man die Reaktion des Partikularismus, der in Deutschland auch seine Berechtigung hat. Man scheide aus, was nöthig ist, um Deutschland im Innern einig und gegen Außen stark zu machen. Man hat das Gemeinsame, was wir bereits haben und was uns mächtig zusammenhält, zu gering angeschlagen; die Gemeinschaft unserer Sprache, Sitte, Civilisation, Kunst und Literatur ist ein starkes und bedeutungsvolles Band gewesen. Man geselle Gemeinsamkeit der materiellen Interessen, gemeinsame Gesetze, — worin man weiter gehen kann, als manche noch so sehr von Einheit Schwärmende irgend beabsichtigen — hinzu, man sehe auf gutes, gemeinsames Kriegswesen und Vertretung im Auslande, und man wird schon hiermit vernünftigen Forderungen ein wesentliches Genüge gethan haben. Haben wir Einheit in den hier angegebenen Punkten, so können wir den centralisirenden konstitutionellen Apparat für minder nothwendig halten und nur Einrichtungen wünschen, welche für die Dauer des einmal Gegebenen sorgen. Messen wir das Bedürfniß unserer Einheit nicht nach der Stärke der Aufwallung und Schwärmerei dafür, nicht nach den Grundzügen des Siebzehnerentwurfs. Trennen wir von der Einheitsidee die damit vermischte Idee des Konstitutionalismus, und seien wir wenigstens unbefangen und vorurtheilsfrei genug, zu gestehen, daß die konstitutionelle Centralisirung nicht die einzige Form des Bundesstaates, nicht die allein heilbringende Arznei ist, durch welche fester Zusammenhalt unter den Gliedern erzielt werden kann. Man lege, statt auf das Volk, auf die Staaten das Hauptgewicht, und man wird dem Richtigen und Wahren näher kommen, als auf dem jetzt eingeschlagenen umgekehrten Wege.

»Die projektirte Einheitsform wird endlich — worüber man sich doch nirgend täuschen möge — weiter führen als sie soll. Die mittleren und kleineren Staaten stehen künftig nur als Supplikanten vor dem Volkshause und der Centralgewalt, und dem Reize nun Staaten und Regierungen zu deprimiren und vom Volke Gunst und Gnade damit zu verdienen, werden diese nicht widerstehen. Es wäre Blindheit, hier auf Mäßigung und Rücksichtnahme zählen; schlimm genug ohnehin, wenn die Existenz der Staaten erst von einer Mäßigung und Rücksichtnahme abhängt, die selbst bei gutem Willen nicht leicht zu üben sein werden. Diese Einheit wäre uns zu stark; sie wäre gefährlich, weil sie Widerstand hervorriefe, an dem sie scheitern müßte. Für diese Einheit, oder im Grunde nur für das bloße Experiment ob diese Einheit möglich und durchführbar sei, möchten wir das Opfer einer Spaltung Deutschlands und des Ausscheidens Oesterreichs nicht bringen.

»Unser Verfassungsplan ist mit dem Siebzehnerentwurf im Wesentlichen gegeben, und davon zurückzukommen verbietet freilich schon die Macht der Redensarten. Mangel an Freiheit und Energie in der Versammlung kommt hinzu. Man sollte es aber nicht länger läugnen, er wurde fertig, ohne daß auf die besondern Verhältnisse der Staaten Rücksicht genommen wäre, und nun die Sache der Ausführung näher rückt, findet sich, daß er für Oesterreich, für Preußen nicht paßt und successive wird sich dies Nichtpassen auch bei Baiern u. s. w. ergeben. Auch für Preußen paßt er wenigstens nicht schlechthin und ohne daß man als selbstverstanden eine Abhülfe in Petto hätte. Sie besteht darin, daß man dem Preußischen Königshause die Kaiserkrone erblich übertragen will. Aber dadurch wird der Plan für Preußen wol annehmbar, es wird vermieden daß Preußen offen nein sagt, ausführbar aber, so daß daraus wird was die Worte sagen und was das Deutsche Volk erwartet hat, wird er doch nicht. Ein konstitutionell organisirter und so streng centralisirter Bundesstaat, wie man ihn projektirt hat, ist immer unmöglich, wenn unter einigen und dreißig Staaten aus denen er bestehen soll, einer so übermächtig ist, wie Preußen, wenn einer viermal so groß ist als der größeste der übrigen, wenn einer der Weltgeschichte angehört, die andern aber nur der Deutschen Geschichte. Ein Bundesstaat ist hier immer unmöglich, man mag einen der kleineren Staaten oder den übermächtigsten an die Spitze stellen: der Unterschied liegt nur darin, daß ersteres unausführbar und letzteres ausführbar

ist. Ein Bundesstaat wie der projektirte kommt aber auch im letzten Falle nicht heraus. Gegen die Uebermacht, die hier der centralisirenden und nivellirenden Tendenz des konstitutionellen Regiments Nachdruck verleiht, können sich die übrigen nicht schützen und werden — wie man das jetzt nennt — mediatisirt, d. h. zu Provinzen gemacht werden, oder es wird, wenn sie sich sträuben und der größere Staat durch Gerechtigkeitssinn verhindert ist, seine Uebermacht zu gebrauchen, das Ganze auseinanderfallen.

Hierauf könnten wir es indeß ankommen lassen. Wir könnten sagen die Kleinstaaterei tauge nichts, sie möge ganz untergehen. Wir könnten eingestehen, die projektirte Verfassung werde, mit einem Preußischen Kaiserthum verbunden, in der Ausführung weiter führen als man die Leute glauben gemacht und als das Volk gewollt, und könnten dabei glauben, daß dieser Erfolg, da er eine noch größere Einheit bringe, gar kein unerwünschter sei. Getäuscht wären wir dann freilich, aber der Erfolg wäre dann ein besserer als eine Restauration der alten Bundesverfassung in verbesserter Auflage, und besser als ein sonst vorauszusehendes Scheitern der ganzen Aufgabe. Schlimm genug freilich, wenn wir so etwas Anderes als den verlangten Erfolg bekämen: es wäre aber doch immer ein Erfolg. Allein auch diesen würden wir nicht haben. Die Sache würde gar nicht bis zur Ausführung kommen, oder in der Ausführung scheitern.

»Die Reichspartei rechnete darauf, daß Preußen seine Staatseinheit aufgeben werde, und das wird es nicht thun. Es will nach allen bis jetzt vorhandenen Nachrichten sodann auch die ihm zugedachte Stellung nicht annehmen. Es steht nicht, nach der in der National-Versammlung so oft mißbrauchten Phrase, auf dem »Boden der Thatsache,« wo man Recht und Pflicht für Hirngespinnste erklärt, sondern es weiß, daß trotz aller kühnen Griffe doch noch eine auf Verträgen beruhende Pflicht gegen seine Mitstaaten besteht, daß, wenn auch der Bund der Centralgewalt gewichen und statt des Staatenbundes ein Bundesstaat proklamirt ist, damit nicht im Sinne der Anhänger der Revolutionstheorie, jedes Band gesprengt, sondern daß in der Zeit der gemeinsamen Noth und Bedrängniß das Band ein engeres, die Pflicht gegen die Mitstaaten eine noch heiligere geworden ist. Die Verträge, welche die Deutschen Staaten binden, sind nicht zerrissen, — wenn sie es wären, wahrlich, die bloße gemeinsame Unterordnung unter die Centralge-

walt würde nicht lange die Staaten zusammenhalten! In jenen Verträgen ist aber die Solidarität der Staaten ausgemacht. Alle stehen für einen, einer für alle zur Bewahrung ihrer Existenz. Wohl können sie zum gemeinsamen Wohl ihre Selbstständigkeit beschränken, und das kann der Staat, der an die Spitze tritt, acceptiren. Nimmermehr aber kann dieser Staat ohne freie Zustimmung seiner Mitstaaten — und wo wäre die jetzt zu finden? — eine Stellung einnehmen, die diesen ihre Selbstständigkeit, ihre Existenz nach und nach ganz rauben muß. Das weiß man in Preußen und wir glauben der bisherigen Weigerung ein edles und achtungswürdiges Motiv, welches man nicht hinwegzureden versuchen sollte, unterlegen zu müssen. Ferner fragt sich: werden die übrigen Staaten, werden die Königreiche sich dem Plane der Deutsch=preußisch=kaiserlichen Partei fügen? Nach allen Nachrichten werden sie es nicht. Sie durch Revolutionirung zu zwingen, wäre nicht ehrenhaft, es wäre unausführbar, weil jetzt die Emeuten nicht mehr gelingen würden, es wäre unsinnig, weil die gelungene Emeute nicht zum Siege des Planes, den man durchsetzen will, sondern zum Siege ganz anderer Plane führen würde. Bürgerkriege wird man nicht anstiften wollen: dem würde Preußen auf das Ernstlichste widerstehen. Also könnte man wohl Verwirrungen und Unheil anrichten, das vorgesteckte Ziel erreichte man aber doch nicht. Eines aber möge man noch bedenken. Scheidet Oesterreich aus und der Rest wird unter Preußen gestellt, so wird das gesammete Ausland, so werden die Mächte, mit denen unsere Territorialanordnung auf dem Wiener Congresse vereinbart wurde, hierin einfach eine Vergrößerung Preußens auf Kosten der übrigen Staaten, deren Selbstständigkeit garantirt ist, erblicken. Zu dem innern Gewirr kommen dann Interventionen. Wir sind freilich Herr im eigenen Hause: bedenke man aber, daß einmal der Plan des Deutsch=preußischen Kaiserthums nicht Wille des ganzen Volkes, sondern nur Plan einer Partei ist, dem das Volk nicht überall und nicht allgemein zustimmt, und bedenke man ferner, daß, um die fremde Intervention abzuweisen, wir im Innern einig sein müssen. Das erwäge man und prüfe, ob der Plan nicht gefährlich, ob es nicht räthlicher ist, von der Einheit soviel nachzulassen, daß zunächst nur die Einigkeit gesichert und nicht diese verloren, und damit auch verfehlt wird.

»Nur freier Consens und nicht ein Machtspruch wird die

Dauer des Werks sichern. Die Verfassung wird nicht zu Stande kommen, wenn man sich nicht freilich spät, aber doch nicht zu spät entschließt, die Staaten zu betheiligen und mit ihnen zu vereinbaren. Die Verfassung soll in den Deutschen Staaten gelten, also muß man einen Anknüpfungspunkt mit den Staaten finden. Die Sachen fertig zu machen und auf gutes Glück in die Welt hinauszuwerfen wäre mehr als leichtsinnig. Mag man über die Nationalsouveränität und die eigne Souveränität denken wie man will, man muß einsehen, daß man die ganze Aufgabe faktisch und praktisch nicht erledigen kann, wenn man nicht die in den Wahlgesetzen vorgezeichnete Stellung der Vermittelung zwischen dem Deutschen Volke und den Regierungen — zwischen der Gesammtheit und den Einzelnstaaten übernimmt. Kehrt man auch jetzt noch den Staaten den Rücken, will man Namens der Gesammtheit noch immer den Staaten nur befehlen, so hängt es vom Zufall ab, ob überhaupt Etwas zu Stande kommt und die Deutsche Verfassungsarbeit nicht an dieser Thorheit, nicht an der nachwirkenden Macht solcher Redensarten, die jetzt bereits allen Cours verloren haben, scheitert.

»Man hat sich in der ersten jugendlichen Zeit zu tief in die Souveränität hineingeredet. Jetzt traut man ihr selbst nicht mehr. Man fühlt, daß man sich hat hinreißen lassen, man muß sich gestehen, daß man der linken Seite zuviel nachgegeben, und eben dadurch, daß man als letzte Instanz die Appellation an das Volk im Hinterhalt gehabt, in eine gewisse Dependenz von der Partei gerathen ist, welche die zu der praktischen Ausführung dieser Appellation diensamen weitern Konnexionen besitzt. Man sah, daß man in dieser Richtung aber doch nicht genug thun konnte und daß sich die Emeute gegen die Versammlung kehrte. Und wollte man endlich verkennen, daß der Wahn dieser Herrlichkeit und Souveränität, an die sich das ganze Hin- und Herschwanken zwischen Legalität und Illegalität knüpft, eben der Grund unserer Schwäche nach Außen, unserer Hoffnungslosigkeit im Innern ist? Unsere Einheit und Macht nach Außen, auf eine usurpirte Souveränität gebaut, ist lockerer und schwächer als je. Um ein so schwieriges Werk zu gründen, wie die Deutsche Einheit, ist vor Allem Sicherheit des Bodens, es ist die Gewißheit nöthig, daß man auf einem reinen, richtigen und zum Ziele führenden Wege gehe. Nur dann kann man das Vertrauen und den Muth haben, die bei großen Werken nöthig sind. Unser Weg ist aber nicht sicher und rein. Wenn

Jemand beim Beginn unsers Unternehmens und in feindseliger Absicht einen recht schädlichen Rath hätte geben, wenn der schlaueste Feind der Deutschen Sache uns einen Irrweg hätte zeigen wollen: er hätte wahrlich nichts Schlimmeres rathen können, als was wir gethan und keinen gefährlichern Weg zeigen können, als den, welchen wir betreten haben. Er hätte uns gesagt: um euer Einigungswerk zu Stande zu bringen, seid souverän, schließt die Theile, die ihr verbinden wollt, aus, verletzt und bedroht sie, soviel ihr könnt, vollendet euer Werk, legt es hin und erwartet, daß die öffentliche Meinung es ins Leben führt! Als letztes Mittel, Widerspenstige zu zwingen, habt ihr das Volk! Wahrlich das Ausland muß sich über die staatsmännische Weisheit in Deutschland wundern, es muß sich freudig überrascht fühlen, daß das Einigungswerk solche Chancen zu laufen hat. Jeder Gesetzgeber sieht vor allen Dingen darauf, daß seinem Werke die Geltung gesichert sei, jeder Staatsmann berechnet bei einem Unternehmen die praktischen Mittel und Wege es ins Leben zu führen und wählt davon die zuverlässigsten und besten. Ohne diese Voraussicht und Berechnung trüge das Werk den Charakter einer theoretischen Arbeit, eines Exercitiums. Für unser Deutsches Einigungswerk hat man aber blos auf die Macht der öffentlichen Meinung, eventuell auf die Erhebung des Volkes gerechnet. Hat man denn ganz vergessen, wie trügerisch und haltlos die öffentliche Meinung ist, wie sie in Extremen hin und her schwankt und wie ihr das Stetige und Nachhaltige fehlt? Freilich ist der Drang nach Einheit mehr als eine Tagesmeinung; es kündigt sich in ihm das Bedürfniß der Lösung einer historischen Aufgabe an. Aber eben deshalb hätte man mit Vorsicht und Berechnung an diese Aufgabe gehen sollen. In der öffentlichen Meinung ist viel Uebertriebenes und Unklares, sie bezeichnet das Ziel wohl im Allgemeinen, sie drängt wohl darauf hin, aber wenn die praktisch dienlichen Wege und Anknüpfungspunkte nicht gefunden werden, so kann sie nichts schaffen, sondern nur unheilvolle Eruptionen hervorrufen. Täusche sich die Nationalversammlung nicht über ihre Aufgabe und ihre Stellung zu der Stimme der Zeit! Wenn sie die praktischen Wege zur Lösung der Aufgabe *nicht* einschlägt, wenn sie ihr Werk hinlegt und dem Zufall preisgiebt, so hat sie der Stimme der Zeit *nicht* genügt und ihre Aufgabe nicht erfüllt. Das Volk mag dann reagiren, und es mögen weitere Convulsionen entstehen, die Sache liegt aber doch anders, als man

sich eingebildet hat. Die National-Versammlung hat nicht das ihrige gethan und das Volk erhebt sich nicht, um die im Unrechte befindlichen Widerspenstigen zu zwingen, sondern die National-Versammlung hat das ihrige nicht gethan, und die Nichterfüllung ihrer Aufgabe führt zu Verwirrungen, deren Ziel voraussichtlich die Deutsche Einheit nicht wäre. Das Glücklichste, was sich dann ereignen könnte, wäre, daß die größern Staaten, daß namentlich alle norddeutschen Staaten eine feste Haltung bewahrten, und daß von den Staaten an ihre Betheiligung bei der Verfassung gedacht würde, worüber freilich hin und wieder ein Geschrei der Unverständigen entstehen müßte, womit indeß die Staaten doch im Grunde nicht mehr als ihre Schuldigkeit gethan hätten. Würde aber schon jetzt eine Institution zur Geltendmachung des gewiß sehr fügsamen Willens der Staaten geschaffen, so hätte die Versammlung damit den Charakter einer konstituirenden noch keineswegs eingebüßt. Durch diesen Charakter ist nämlich eine völlige Passivität und Unthätigkeit der Regierungen, ist eine Suspension der ihnen obliegenden Pflichten nicht geboten, und hätte am Ende Diesem oder Jenem das Wort konstituirend besonders wohl gefallen, so möge er bedenken, daß sein besonderes Wohlgefallen nicht gegen das Wohl des Vaterlandes in Anschlag kommen darf.

»Man ist wirklich jetzt in dem Vertrauen auf die eigene Souveränetät nicht mehr so fest als früher *). Viele mögen nur nicht eingestehen, daß sie sich geirrt und scheuen sich vor dem offenen Hinabsteigen von einem Piedestal, auf dem sie sich eine Zeit lang gefielen. Andere glauben, ein Rückschritt sei nicht durchzusetzen, und täuschen sich damit, daß ein Vereinbaren mit so vielen Staaten nicht möglich sei, während doch ein Zwingen so vieler noch weniger möglich und namentlich bei den beiden größesten Staaten jetzt ganz augenscheinlich unmöglich ist.

»Oesterreich hat erklärt, es halte am Princip der Vereinbarung fest und beabsichtige nicht, vom Verfassungswerke auszuscheiden. Gagern's Antrag, der ein Verhandeln und Vereinbaren mit Oesterreich verlangt, braucht sich nur auf alle Staaten auszudehnen, und der Weg, auf dem eine Lösung möglich ist, liegt offen da. Zweifle

---

*) Dies war am 4. Januar geschrieben, am 5. erließ Gagern, wie wir uns erinnern, das Schreiben an den Ausschuß, worin er das »Vertrauen auf die eigne Souveränität« wieder befestigte.

man nicht am guten Willen für die gute Sache, zweifle man aber an dem Gelingen der guten Sache, wenn man ihr die richtigen Wege verschließt.

»Die Schwierigkeiten der Oesterreichischen, der Oberhauptsfrage waren immer da, wir rückten sie uns nur aus den Augen und verloren die Zeit mit Dingen, welche großentheils gar nicht einmal in unserer Aufgabe lagen. Erst jetzt kommen wir an diese hinan, und was haben wir nun den Schwierigkeiten, die wir bereits im Monat Mai hätten sehen sollen, entgegenzusetzen? Die Antwort ist niederschlagend. Nun unser Plan nicht passen will, fangen wir an zu klagen, wir stellen uns, als werfe uns Oesterreich durch Diplomatenkünste Hindernisse in den Weg und machen Tiraden gegen die noch fortwirkende Metternich'sche Politik. Wir halten an unserm Plane dabei um jeden Preis fest, und klagen, nachdem der alte Bundestag inzwischen einige Monate Ruhe im Grabe gehabt hatte, aufs neue über die Bundesverfassung, deren unfehlbares Aufleben wir von einer Betheiligung Oesterreichs, von einer Betheiligung der Staaten überhaupt voraussagen! Das Finale und letzte Expediens unserer Staatsweisen ist also nichts als ein Versuch, den so lange und bis zum Ueberdruß ausgebeuteten Widerwillen des Volkes gegen den Bundestag noch einmal auszubeuten! Das ist traurig, aber es ist so.«

Die Fortsetzung sollte positive Vorschläge zur Lösung der Oberhauptsfrage nach unsern Ansichten bringen. Sie kam jedoch nicht. Gagern's Schreiben an den Ausschuß verdarb die Lust dazu. Wir mußten erkennen, daß unsere Bemühungen für jetzt völlig vergeblich waren. Es kam hinzu, daß ich bald nach dem Erscheinen des letzten Artikels die Herausgabe der Flugblätter aufgab, in welchen ich jedoch zu allerletzt noch einen aus der Gedankenreihe dieser Aufsätze entsprungenen Vorschlag abdrucken ließ, den ich unten mittheilen werde. Gleichzeitig brachte ich auch noch verschiedene specielle Bedenken gegen das kaiserliche Oberhauptsprojekt zur Sprache (Offene Erwiederungsschreiben № 3, 4). Die vorherrschende Meinung in meinem Braunschweigischen Vaterländchen hatte demselben sich zugewendet. Die Politik mit Leidenschaft treibend, die Bedeutung des Gewichts, das man in die Wagschaale legen vermochte, weit überschätzend, angeleitet von Demagogen und Rhetoren wie der Tag sie erzeugt, eiferte man dort mit viel gutem Willen und Selbstbehagen, mit geringerer Einsicht und Umsicht für Alles, was

augenblicklich Klang hatte, jetzt für die Grundrechte und das Preußische Kaiserthum, und in Privat- und öffentlichen Zuschriften, verständig und unverständig, würdig und unwürdig, bescheiden und zudringlich gaben Vereine und Einzelne aus den höchsten wie niederen Kreisen die Meinung, den Wunsch, bezüglich den befehlshaberischen Willen an die Braunschweigischen Deputirten zu erkennen, daß dieselben für den Preußischen Erbkaiser votiren möchten. Wir hatten in Frankfurt Perioden sehr hervorstechender Charakterlosigkeit nur zu vieler Mitglieder der National-Versammlung erlebt. In eine solche traten wir jetzt wieder ein. Radikale wurden erbkaiserlich, hartgesottene Partikularisten unitarisch, Vormärzliche schwärmten und ras'ten für die Reichsverfassung, die Souveränität der National-Versammlung, sehr Gouvernementale tobten gegen etwa widerstrebende Regierungen und droheten mit Revolution und Republik — sichtlich unter dem Einfluß an sie herandringenden Geschreis von unten oder ihnen zugehender Winke von oben. Man sah unbillig viel altgewohnte Servilität im liberalen Kleide. Bitten oder Willenserklärungen, für den Erbkaiser zu stimmen, wären unnöthig bei den übrigen Braunschweigischen Abgeordneten gewesen, da diese bereits kaiserlich waren. Um so mehr schien es aufzufallen, daß ich allein einer andern Ansicht folgte. Es mochte daher natürlich sein, wenn es auch nicht in der Ordnung war, daß man aus der Heimath her moralischen Zwang gegen mich zu üben suchte. Je mehr Verachtung und Unwillen das Verhalten nicht weniger Halbmänner in der Versammlung mir einflößte, desto bestimmter erklärte ich in jenen offenen Erwiederungen: ich halte weder die Regierungs- noch die Volksmänner für unfehlbar und will beiden gegenüber frei sein und bleiben, und Ansicht, Ueberzeugung oder Rath lediglich nach bestem wohlgeprüftem Wissen und Gewissen einrichten. Wo so große und gefährliche Irrthümer plötzlich in die Köpfe fahren und eben so plötzlich wieder verschwinden, wie es auch im lieben Vaterlande geschehen, da bin ich wol mit Recht doppelt vorsichtig und bilde mir mit Recht um so selbstständiger mein Urtheil u. s. f. Es folgten Einwendungen gegen das Kaiserprojekt, die Argumente, welche von seinen Förderern vorgebracht wurden, die falschen und schlechten Mittel und Mittelchen der Agitation für dasselbe. Am Schluß wurde gesagt: Um ein sehr schwieriges Unternehmen handelt es sich doch gewiß, und es wäre der ärgste Leichtsinn, daran zu gehen, ohne die Schwierigkeiten, ohne

die Mittel der Ausführung erwogen und die vorhandenen und bereitwilligen Kräfte der Nation geprüft zu haben. Zeitungsredensarten und überhaupt große Worte thun es nicht, und am wenigsten thut es der hohle falsche Enthusiasmus, von welchem ich nicht wenig sehe, während ich daneben von der Neigung, Opfer zu bringen, kein Uebermaß, und gerade da kein Uebermaß erblicke, wo so glänzende Aussichten, wie man sie eröffnet, am ehesten geneigt dazu machen müßten, wie man doch denken sollte. Das Preußische Kaiserthum wird nicht errichtet werden können ohne Gewalt, welche muthmaßlich bei dem Könige würde anfangen müssen, den man zum Erbkaiser bestimmt. Die Kaiserpartei weiß sehr wohl, daß es ohne Widerstand der Mittelstaaten nicht abgehen wird. Sie hört deshalb nicht auf, dieselben zu schelten und anticipirt gegen sie die Anklage der Sonderbündelei. Diese aber soll man dadurch verhüten, daß man sich übertriebener Forderungen enthält. Die Sonderbündelei ist abscheulich und verderblich, aber diejenigen haben an der Sünde Theil, die durch Unbilligkeit Andere dazu veranlassen oder treiben. Und so war es von jeher in Deutschland, daß unbillige Zumuthungen und Parteisüchtigkeit und Leidenschaft den Anlaß zu der Sonderbündelei und Ausländerei gaben, deren Schuld die Anlaßgeber bei Licht besehen nicht minder trifft, als die Sünder selbst. So weit ist es nun freilich gebracht, daß man sagt und mit einem Scheine von Recht sagen kann, es gebe aber keinen andern Weg zu einem guten Ziele, und wenn dem so wäre, dann läge die Sache schon anders. Ich räume jedoch nur ein, daß andere Wege, die keineswegs fehlen, täglich schwieriger werden, weil man sich alle Mühe gibt, sie uns zu verleiden, zu versperren, zu verlegen, um uns zu zwingen, den vermeintlich allein selig machenden einzuschlagen. Und ganz unklug und höchst verderblich muß ich es, ganz gewissenlos würde ich es nennen, wenn ich nicht wüßte, daß Viele nicht wissen, was sie thun, daß die Erbkönigthumsfreunde sich nicht damit begnügen, die Verfassungsform, welche sie wollen, als die beste zu bezeichnen, sondern jede andere so herunterziehen, daß nothwendig Verachtung, Mißmuth und Erbitterung dawider entstehen muß. Ist nun etwa jene e i n e unmöglich, so ist jede andere, welche genommen werden muß, und der Grund, die Frucht derselben und der Friede unter ihr von vorn herein verdorben. Ist das Weisheit, Staatskunst, Vaterlandsliebe?!

Dies war aber Partikularismus und nüchtern und mit einem

Worte, es war Ketzerei. Einreden gegen Störungen der Eintracht und gegen Appellationen an die Gewalt — Hinweisung auf praktikable Wege das Verfassungswerk zu Stande zu bringen — Verfassungsideen, welche an das Geschichtliche und Staatsrechtliche anlehnten — Zweifel an der Allmacht und Alleinzulänglichkeit des Idealismus der Kaiserpartei und ihres Anhangs, an der Richtigkeit ihrer Voraussetzungen, daß ein haltbarer Bau gegründet werden könne beim Vorherrschen der Ideen, wonach der Staat durch parlamentarische Mehrheiten regiert werden und das Staatsleben auf den Märzerrungenschaften beruhen sollte — die Frage nach der Ausführbarkeit des Projekts der Kaiserpartei — die Behauptung, daß ihre Mittel und Kräfte nicht zureichten — die Meinung, daß man mit Parlaments= und Klubreden und Beschlüssen doch nicht allein zum Ziele gelangen oder daß man mit Geschwätz, Redensarten und Geschrei zwar Lärm machen könne, aber kein Kaiserthum: das und alles dem Aehnelnde war Ketzerei.

Die Oberhauptsverhandlungen im Verfassungsausschuß.

In der zweiten Hälfte des Decembers nahmen die Verhandlungen über den Abschnitt vom Oberhaupt im Verfassungsausschuß ihren Anfang. Sie standen in genauem, ob auch nicht ganz unmittelbarem Zusammenhange mit den Debatten der Klubs über denselben Gegenstand, mit dem ganzen Parteigetriebe, das im Ministerwechsel eklatirte und kulminirte, und mit seiner Leidenschaftlichkeit, die sich auch in den Ausschuß übertrug. Daß dieser ein erbliches Oberhaupt beschließe und den Vorschlag eines solchen in die National-Versammlung bringe, war Bedingung wenn der Plan der Preußischen Partei gelingen sollte. Und hätte man darauf nicht mit Fug rechnen können? Gegen lebhaften Widerspruch von anderer Seite waren die Erbkaiserlichen bemüht gewesen, bei den nothwendig gewordenen Ergänzungswahlen im September und besonders im November Mitglieder der, wenn auch gemäßigten, Linken hereinzubringen, und sichtlich genug suchten sie die Riesser, Zell, Reh zu gewinnen, was auch zu gelingen schien. Im Ausschuß saßen Dahlmann, wie Haym (229) sich ausdrückt, »der Vater gleichsam dieses (des erbkaiserlichen) Verfassungsgedankens«, und die Mitväter oder Geburtshelfer und Gevattern desselben. Doch fehlte es auch an zahlreichen Repräsentanten der Opposition dawider nicht. Unter diesen Umständen war es natürlich genug, ob auch noch leidiger, daß die Verhandlungen bei gereizter, für legislatorische Arbeiten gänzlich verdorbener Stimmung vor sich gingen. Sie arteten mehrfach in widerwärtiges Gezänk aus, und besonders

die um Weihnacht erfolgenden Abstimmungen waren von den heftigsten Auftritten begleitet. Sie lieferten ein wahrhaftes und trauriges Vorspiel der bei derselben Frage in der National-Versammlung erfolgenden Debatten, Abstimmungen und Begleiterscheinungen. Man sieht, Haym ist von einem kaiserlichen Ausschußmitgliede recht gut unterrichtet. Von diesem Charakteristischen sagt er indeß, und begreiflicher Weise, kein Wort. Die Lage war in mehr als einer Beziehung eine unreine. Wenn die Erbkaiserlichen ihre Ansicht gelehrt u. s. w. begründeten und ihre Argumente von anderer Seite durch Gegenargumente bekämpft wurden, so war dies zum größten Theil nur ein Spiegelfechten, denn die Durchsetzung ihrer Ansicht war Parteisache bei ihnen, im Parteizweck lagen ihre eigentlichen Gründe und ihre Gegner wußten das recht gut. Ein nicht unbedeutender Theil der Mitglieder war der Meinung oder neigte zu der Ansicht, daß die Verfassung überhaupt nicht passe oder doch um zu passen in manchen wesentlichen Punkten geändert werden müsse. Für sie kam die Oberhauptsfrage zu früh. Wie konnten sie was sie sollten, nämlich eine Entscheidung über die Form der Oberleitung abgeben, während die Voraussetzung war, daß die Bestimmungen über das Oberhaupt zu denen über das Reich und die Reichsgewalt passen müßten? Davon, ob nicht diese letzteren zu ändern wären, also von der Vorfrage, durfte nicht die Rede sein. Wer nun aber der Ueberzeugung war, daß Abänderungen der Beschlüsse erster Lesung nicht ausbleiben könnten und dürften, vermochte sein Votum über das Oberhaupt nur etwa nach dem Bilde einzurichten, das er sich von der Verfassung machte, wie sie aus der zweiten Lesung hervorgehen werde.

Bei allem auch im Ausschuß sich wiederholenden fruchtlosen Hin- und Herreden über die Vorzüge oder Mängel von dieser und der und jener Form kam es doch in einer der ersten Sitzungen zu einer ausdrücklichen Erörterung der hochwichtigen Frage nach der Ausführbarkeit des projektirten Erbkaiserthums, so oft die Debatte auch davon abspringen mochte. Die Subkommission hatte bei ihrem Vorschlage eines Erbkaisers Preußen nicht genannt. Indeß trat der Gedanke in diesen Debatten bald heraus, und eben so offen wurde jetzt davon gesprochen, daß man Oesterreich ausscheiden wolle und müsse, wogegen Andere (Welcker z. B.) nun auch eben so offen von einer Preußischen Intrigue sprachen. Der Gedanke des Preußischen Kaiserthums fand zunächst eigentlich nur bei sieben

Mitgliedern Beifall (Dahlmann, Beseler, Droysen, Soiron, Briegleb, Hergenhahn, Tellkampf), denn auch Scheller sprach Anfangs noch für einen auf Lebenszeit zu wählenden Kaiser, bei welchem er freilich nur an den König von Preußen dachte, und auch Deiters und M. Gagern mochten nur für die Erblichkeit ohne Rücksicht auf Preußen stimmen, die dann aber allerdings im Hintergrunde lag. Entgegen dem Antrage der Subkommission, tauchten die verschiedenartigsten und vielfältigsten Vorschläge auf, Direktorium von Fünfen oder Mehren, Trias, Turnus, Wahlkaiser auf Lebenszeit, auf zwölf, sechs, vier, drei Jahre, Reichsstatthalter, wozu jeder Deutsche, Reichshauptmann, wozu kein Regent wählbar sein sollte u. a. Nur die Erbkaiserlichen hatten in den Beschlüssen der ersten Lesung über die Abschnitte vom Reiche und der Reichsgewalt einen festen Anhaltspunkt.

Dahlmann erklärte, das Deutsche Volk wolle die Einheit haben und werde sie erhalten, so oder so — darauf müsse der Plan gerichtet werden. Droysen meinte, die National-Versammlung müsse das in sich Wahre, Zukunftreiche treffen, das, worin die Energie, die Hoffnung Deutschlands, eine Idee, worin die Nation sich zusammenfände, sonst werde sie scheitern. Die Einheit müsse erstehen, an Preußen die Zukunft Deutschlands hingegeben werden, wenn letzteres vor dem Heillosesten bewahrt bleiben solle; Preußen werde sich hoch erheben, sei eine historische Kraft und die höchste Gefahr liege darin, daß man die Weisungen der Geschichte verkenne; ohne Oesterreich blieben immer noch 32 Millionen zu einem kräftigen Staat. Briegleb war einer der Eiferndsten für den Preußischen Kaiser. Oesterreich hat sich abgetrennt, seine Deutschen Provinzen können einem Deutschen »Bundesstaat« nicht angehören, ein solcher ist das Minimum von dem, was Deutschland will, dieses muß sich daher ohne Oesterreich aufbauen. Heil und Rettung ist nur in einem einheitlichen erblichen Oberhaupt. Geht es damit jetzt nicht, so muß dennoch der Nation das Richtige hingestellt werden. Wir dürfen nichts Untüchtiges schaffen. Die Nation will Tüchtiges, Einheit in der Deutschen Politik, Kraftentwickelung nach Außen u. s. f. Die Sache ist auch gar nicht so schwierig. Die Besten in der Nation werden sie stützen, die demokratischen Richtungen sie fördern. Nur das übel verstandene Interesse der Dynastien steht entgegen. Willigen sie nicht ein, so werden wenige Jahre vergehen und sie sind nicht mehr. Die Nation will das von den Für-

sten zerrissene Deutschland wieder einen. Mag dies Anfangs selbst nur mit einem kleinen Kerne geschehen — auch Oesterreich wird so am Ersten wiederkommen. Soiron eben so entschieden für den Preußischen Erbkaiser. Das Deutsche Volk will zum wenigsten so viel Einheit, als im Abschnitt von der Reichsgewalt festgesetzt ist. Man muß also Oesterreich aufgeben, da es sich demselben nicht unterwerfen kann noch wird. Der zu errichtende Bundesstaat kann nur dadurch stark werden, daß der Mächtigste an die Spitze gestellt wird. Dies um so mehr, da man mit der provisorischen Centralgewalt schlechte Erfahrungen gemacht, indem die Bundesglieder als starke Renitenten sich gezeigt. Wird ein Einheitsstaat daraus, so wird die Nation nichts dawider haben. Wir dürfen uns nicht am Schlusse schwach zeigen. Sind die Dynastien entgegen, so wird das Volk für die National-Versammlung eintreten, von welcher es sich vielfach abgewendet, weil sie ihm nicht weit genug ging. Wir müssen auf der rechten Bahn bleiben, und wäre es nur für unsere Nachkommen.

Dem trat selbst Waitz jetzt noch entgegen. Freilich ist eine einheitliche Spitze, und zwar monarchischen Charakters nothwendig. Allein die oberste Leitung kann nicht bleibend einem Hause übergeben werden. So sind die Verhältnisse nicht. Es wäre das der Deutschen Art ganz zuwider. Niemand hat so etwas erreicht. Nöthig und befriedigend ist einzig und allein der Bundesstaat, und ein solcher kann nicht einen erblichen Kaiser an der Spitze haben. Oesterreich muß leisten, was der Bundesstaat erfordert, aber man darf keine Verfassung errichten, die es für immer ausschließt. Die Oberleitung werde in einer wechselnden freien Form einem Deutschen Fürsten — auf zwölf Jahre — übertragen. Aehnliche Ansichten hegten auch noch andere bald eifrige Erbkaiserliche. So Zell. Oesterreich zwar könne nicht berücksichtigt werden, da es die §§. 2 und 3 nicht annehmen könne und werde. Sollte es sie genehmigen, so würde eine Trias die geeignete Form sein. Wo nicht, so müsse Preußen erblich oder auf Zeit an die Spitze, müsse dann aber seine Landesversammlung aufgeben, sich in seine Bestandtheile auflösen, was es freilich nicht thun werde, wenn es nicht erblich an die Spitze komme. Dies aber gehe nicht an, weil ein Bundesstaat mit einem erblichen Oberhaupt unmöglich. So etwas führe zu einem Einheitsstaat, welcher der Deutschen Art zuwider, auch der Freiheit gefährlich. Aehnlicher Meinung war Reh. Ein

Kaiser — der ein absolutes Veto, das Recht über Krieg und Frieden u. s. w. erhalten solle — würde die Freiheit gefährden, könne leicht ein absoluter Herrscher werden. Auch sei die Stimmung in Süddeutschland antipreußisch, und zwar mit Grund. Ebenso wollte auch Riesser nur einen auf Lebenszeit zu wählenden Kaiser zugestehen, und im Uebrigen nichts davon wissen, daß man noch eine Thür für Oesterreich offen lasse; man könne eher gar nichts bestimmen, als bis man einig mit sich darüber sei, wie man es mit Oesterreich halten wolle. Mittermaier hätte es mit einer Vermittelung aller Systeme zu versuchen gewünscht *). Dagegen sprach aber noch Beseler für das Preußische Kaiserthum, obgleich er sich der Sache nicht völlig sicher hielt, ähnlich wie wir Gagern äußern hörten, daß er eine völlige Zuversicht zum Gelingen des Planes nicht in sich trage. Beseler sagte, Preußen wolle zwar in Deutschland aufgehen, doch nicht wie die Mark in Preußen, nicht ohne daß etwas dafür geboten werde: die Deutsche Krone. Wollen wir den Bundesstaat, so muß eine erbliche Kaiserwürde geschaffen werden. Ob dies angeht? Er will es nicht mit der Bestimmtheit bejahen womit es Waitz verneint. Allein — man muß jetzt den Versuch machen, um so mehr, da alles Andre, Trias, Turnus u. s. w. eben so schwierig ist. Die Erblichkeit ist sichrer als jeder andre Plan gegen Angriffe. Auch sonst äußerte er gegen Einwendungen, hergenommen aus der Beschaffenheit der wirklichen Verhältnisse, es verschlage nichts, wenn die Verfassung, welche man hier bilde, auch für die Gegenwart nicht ausführbar sein sollte, denn es komme vor Allem darauf an, daß die National-Versammlung ein tüchtiges abgerundetes Werk, ob auch nur für die Zukunft schaffe — ein Gedanke, dem wir also vielfältig bei den Kaiserlichen begegnen. Von unsrer Seite wurde stets dawider eingeredet. Ich entsinne mich, wider jene Aeußerung Beseler's nicht

*) Um Mittermaier's Vermittelungsvorschläge zu charakterisiren, ließ Detmold von seiner bekannten Maske, Herrn Piepmeier, den nachstehenden Verbesserungsantrag einbringen, der im Ausschuß von Hand zu Hand ging: §. 1. An der Spitze des Deutschen Reichs steht ein erblicher Papst (der Ultramontanen wegen). §. 2. Dieser wird das erste Mal auf Lebenszeit gewählt, ist aber nach Ablauf von fünf Jahren wieder wählbar. §. 3. Derselbe adoptirt als seinen Nachfolger Hecker oder Struve, zwischen welchen das Loos entscheidet. §. 4. Das Reichsoberhaupt führt den Titel: Kaiser der Professoren u. s. f.

ohne Lebhaftigkeit bemerkt zu haben, daß die Aufgabe des Ausschusses darin bestehe, eine ausführbare Vorlage zu liefern, die Aufgabe der National-Versammlung darin, etwas zu Stande zu bringen und zwar für die Gegenwart; daß wir zu nichts weniger da wären, als um Verfassungs-Experimente zu machen. — »Und wäre es auch nur für unsre Nachkommen!« So etwas selbst von dem sonst so praktischen Soiron! Freilich rührte von ihm auch das unbesonnene Einzig und Allein her, und so war er hier abermals ganz der phantasielebige nebulose Deutsche.

Es fehlte überhaupt nicht, daß die Voraussetzungen, welche dem Plane, den Argumentationen der Erbkaiserlichen zu Grunde lagen, von der anderen Seite lebhaft bestritten wurden. Dahlmann schien sich um die Ausführbarkeit am wenigsten zu kümmern, am unbedingtesten auf die vermeinte politische Nothwendigkeit der Erbkaiseridee sich zu stützen. Nicht als ob er jetzt oder je den Satz geläugnet hätte, daß es Thorheit sei, Unausführbares zu beschließen, sondern er hielt dafür, daß das politisch Nothwendige ausführbar sein, daß der Nation werden müsse, was sie erhalten wolle und daß sie die Einheit erhalten wolle, wie er sie verstand. Aber wenn dem nun nicht so war, wenn die politische Nothwendigkeit irrig vorausgesetzt wurde? Am 29. Januar 1850 sagte Dahlmann in der ersten Berliner Kammer: Man kann keine Pairie machen und darum werden wir keine haben. Geschichte und Natur lassen sich nicht foppen. Der Fürst, der sein ebenes Land in ein gebirgiges umwandeln will, wird dem Lande etwas zuthun, aber es nicht umwandeln. — — In England ist die Pairie eine überlieferte Macht. Eine Pairie anpflanzen wollen wie eine Baumschule, ein solcher Entschluß wird von keinem englischen Ministerium gefaßt, von keinem Volke, das ein Gefühl eigner Würde hat, freudig aufgenommen werden. Er könne politischen Kartenhäusern seine Zustimmung nicht geben, die der erste Sturm umstürze, Institutionen nicht gründen helfen, welche statt das Königthum und die staatliche Freiheit zu stützen, sie in ihren Fundamenten untergraben müßten u. s. f. Aehnliches wurde gegen ihn im Ausschuß, nur mit Beziehung auf das Preußische Erbkaiserthum, statt auf die Preußische Pairie gesagt. Freilich sprach hier Niemand der Partei der Doktrin die Berechtigung ab. Diese Partei befand sich hier in der überwiegendsten Mehrheit. Auch von dem, der Erbkaiseridee Widersprechenden gehörte die Mehrheit ihr an, die Re-

publikaner, und Waitz, und Reh und Riesser, Zell, Ahrens u. s. w. Sie war die große politisch-rechtgläubige Kirche, wenn auch in mehrere Konfessionen getheilt. Natürlicherweise wurde die ketzerische Ansicht ihr gegenüber vergeblich ausgesprochen. Indeß geschah es, und zwar von Mehreren. Namentlich ward eingeredet wider die manchfachen, leidig genug auch von Konservativen und Monarchisten ausgehenden Provokationen auf die revolutionäre Gewalt, welche der Freiheit nur scheinbar förderlich, das Königthum in seinem Fundament untergraben müsse.

Ich entsinne mich meiner eigenen Aeußerungen nicht mehr genau genug, weiß aber, daß ich u. a. gesagt: ihr irrt euch gänzlich sowol über die Beschaffenheit als über den Willen der Nation. So wie sie ist vermag sie das »Reich und Kaiserthum« weder herzustellen noch zu erneuern. Es ist nicht andem, daß sie die Einheit eben nach eurem Maß und eurer Form will, und zugleich einmüthig und kräftig, wie es zum Durchsetzen unbedingt nöthig wäre, will sie überhaupt nicht. Die Aufgabe ist und muß es bleiben, eine Verfassung für ganz Deutschland zu Stande zu bringen nach den vorhandenen Verhältnissen, und nicht eine regelrechte Form zu bilden um die realen Stoffe hineinzugießen. Euer Plan ist nicht reif, eben der Gang der Geschichte weist auf Begründung einer besseren Einheit durch eine Föderativ-Verfassung irgend einer Form und mit Wahrung des Rechtes hin. Gerade auch die neuesten Erfahrungen, welche wir mit Betreten des revolutionären Wegs gemacht, beweisen, daß die Kraft und Reife zur Vollziehung politischer Neugründungen solcher Art mangeln, daß auf diesem Wege nichts Heilsames zu erreichen, und die Gefahr groß ist, daß alle Begriffe von Recht, daß Sitte und Civilisation darüber zu Grunde gehen u. s. f.

So wie ich die Sache ansah, befand man sich über das, was man konnte und wollte, in der völligsten Unklarheit. Man wollte nicht revolutionär sein, und doch allenfalls mittelst Revolution durchsetzen, was man projektirte. Wie war das aber möglich bei den deutlichen Erfahrungen, die man hatte? Das zur Revolution unbedingt Nothwendige, der desperate Entschluß, das mit Tollkühnheit gepaarte Talent, die rücksichtlose Verwegenheit zeigte und hatte sich nur sporadisch und im ungenügendsten Maß gezeigt. Meisthin dachte aber auch die Kaiserpartei zum wenigsten nicht ernstlich an die eigentliche Revolution, sondern mehr nur an die revolutionäre

gerechte Mitte, die Wirksamkeit der »öffentlichen Meinung« und was so zunächst daran sich schließen mochte. Allein da mußte sie nun ihre hauptsächliche Stütze in den kleineren Staaten suchen und finden. Aber selbst hier hatte sich nicht bloß keine Partei, sondern nicht einmal eine feste Meinung für sie und ihre Politik gebildet, während die Radikalen doch einen Anhang hatten, der, um des Ausdrucks zu gebrauchen, durch Dick und Dünn mit ihnen ging, selbst hier war sie gerade in den Kreisen von ihrem Quasianhange, den intelligenten Klassen, theils geradezu im Stich gelassen, theils hatten dieselben wenigstens eine zweideutige unsichere Haltung gegen sie angenommen. Das hatten wir, um nicht weiter zurückzugreifen, bei den September- und abermals bei den Novemberereignissen erlebt. Man wußte es auch ganz gut, daß man »unpopulär« war, faßte ja z. B. eben auch deshalb die Grundrechtebeschlüsse, glaubte deshalb, »am Schlusse« (bei der Oberhauptsfrage) sich nicht schwach zeigen zu dürfen. Besonders in dem Falle, wenn es eine Partei mit einem gut disciplinirten Feinde zu thun hat, muß sie selber gute Disciplin haben, den Führern auch gut folgen. Wenden wir dies an auf die Gagern'sche oder Reichspartei, wo immer in Deutschen Landen sie ihre Anhänger haben mochte. Von Frankfurt erwartete sie zunächst die Erfüllung ihrer Wünsche. Hier gingen Gagern und dessen Anhang voran. Sie schaarte sich hinter demselben, ihre Sache war es, ihm aller Orten die möglichste moralische Unterstützung zu leihen. In dem wichtigen Septembermoment, der für die ganze Deutsche Bewegung entscheidend werden zu sollen schien, fuhr der gesammte Heerhaufen, daß ich so sage, die Garde des Centrums und Gagern's auseinander oder ging sogar in das feindliche Heerlager über. Von so vielen nur ein einziges Beispiel. Das rechte Centrum, das Reichsministerium, Gagern — waren identisch in der Waffenstillstandssache. Nirgend hatten sie, hatte insbesondere Gagern einen erklärteren Anhang als in Braunschweig. Zwei von den vier Braunschweigischen Abgeordneten, Langerfeldt und ich, gehörten dem rechten Centrum an, der dritte, Stolle, dem linken Centrum angehörig, stimmte mit uns gegen die Verwerfung, allein der vierte, Hollandt, votirte mit den Radikalen, und der ganze Central- und Gagern'sche Anhang in Braunschweig, im Ministerium, den Landständen, den konstitutionellen Vereinen u. s. w. handelte der eigenen Partei und den Führern entgegen, schwärmte und votirte für Fortsetzung des Kriegs,

ertheilte ihnen ein Mißtrauensvotum, machte in Allianz mit ihren Feinden Front gegen sie, brach ihrer moralischen Kraft ab. Man hatte große Erfahrungen gemacht, und zeigte nach kaum zehn Wochen bei den Preußischen Vorgängen ungefähr dieselbe Haltung, sei es, daß man sich abermals fortreißen oder überrumpeln ließ, oder keinen Begriff von Disciplin und deren Nothwendigkeit in diesen Dingen hatte und im Grunde doch stets nur dem eigenen Kopfe folgen mochte, so laut man auch die Souveränität der National-Versammlung proklamirt hatte und so unablässig man sie im Munde führte. Weiter erwies sich bei den Preußischen Novembervorgängen das politische Urtheil der Frankfurter Centren überaus schwach. Sie judicirten grundfalsch. Als man der Empörung und Anarchie in Berlin und in Preußen und Reußen an den Leib ging, erkannte man, daß sie weder so fürchterlich noch so kräftig war wie sie geschienen. Die Bewegung wurde verhältnißmäßig leicht bemeistert, die Meinung schlug höchst überraschend um, die Wendung erfolgte so zu sagen im Handumdrehen, das wüthige Aufbrausen ging in eine absonderliche Ernüchterung über, Beides motivirt, aber ziemlich gleich schlecht, Beides äußerst ungeeignet, überhaupt Respekt, insbesondere das Vertrauen einzuflößen, daß die Nation gegen die (größeren) Regierungen den zum Durchsetzen der Kaiser- und Reichsidee der Centren erforderlichen Willen und Nachdruck zeigen werde. Es war eben »viel Geschrei und wenig Wolle« gewesen und man erhielt nun die Beweise, daß Unzählige mitgeschrieen hatten und mitgelaufen waren, gedankenlos oder selbst aus Furcht und Scheins halber, am allerwenigsten aber, weil sie an einen Ernst dabei gedacht oder ein Herz für die Sache gehabt hätten, wirklich gewillt gewesen wären, Gut und Blut daran zu setzen. Diese Dinge nun hatte man so eben erlebt, diese Erfahrungen so eben gemacht, die Eindrücke davon waren noch ganz frisch als der Ausschuß an seine Oberhauptsberathungen ging, als wir da unsere Glaubensbekenntnisse über das Wollen und Können des Deutschen Volkes, über die Unterstützung ablegten, welche es muthmaßlich der Ausführung des Kaiserplans gegen wirklichen ernsten Widerstand leihen werde. Und so viel ich weiß, hatte jeder von uns seine speciellen Erfahrungen, ganz geeignet, wegen jenes Wollens und Könnens von anfänglichen Illusionen zurückzubringen. Welche Noth und vielfach ganz vergebliche Mühe hatte es von Anfang gemacht und machte es noch immer —

mir und den Meisten ging es so — die Centren und deren Politik selbst wider sonst Besonnene und Gemäßigte da und dort — zu vertheidigen. Wie viele und namhafte Mitglieder der Centren und des Verfassungsausschusses sagten oder seufzten wegen eigenster unmittelbarster Erfahrungen um die Zeit des Waffenstillstandssturmes und der Novembervorgänge in Preußen: es ist Alles vergebens, Väter und Söhne, Brüder und Vettern, die nächsten Freunde, die ruhigsten, die konservativsten Leute werden mit toll und empören sich gegen uns! In der That, wir in den Centren mußten uns inmitten unsers eigenen Anhangs, gegen die Klassen, auf welche wir uns allein stützen konnten, in die vertheidigende Stellung begeben. Sie ist die allerschlechteste und bietet die allerschlechtesten Aussichten zum Erobern. Was wollte denn aber die Kaiserpartei anders als erobern? Und sie wollte es mit einem solchen Heerhaufen. Freilich, unsere exaltirten Freunde in den Kleinstaaten, sie, welche zürnten und uns schalten, als wir die Dänen nicht fressen und Manteuffel oder auch den König nicht verschlingen wollten, fielen mit lautem Jubel uns zu, als wir den Kaiser auf's Tapet brachten, denn dies war etwas Hochfliegendes; allein sie mischten mit den hochfliegenden Einheits- überspannte Freiheitsideen und Forderungen, wodurch der Erfolg allein schon sehr zweifelhaft wurde, sie hatten so ziemlich noch jedes Mal, wenn es Lärm und Aufregung gab, gezeigt, daß sie sich vor dem Uebermaß nicht zu hüten wußten und die Radikalen über sich gewinnen ließen; sie hatten die wiederholtesten, stärksten, unwiderleglichsten Beweise gegeben, daß sie nicht im Stande waren, sich gebührlich zu organisiren und einer Führung zu folgen, oder selbstständig, mit Konsequenz und mit der That etwas durchzusetzen, sobald sich ihnen ein irgend erheblicher Widerstand entgegenstellte. Denn wohlzumerken, die Regierungen in den kleinen Staaten zu drangsalen, zu zwingen, dies oder das zu thun, zu tyrannisiren oder zu terrorisiren, war damals keine große Kunst oder Tapferkeit. Aber trotz dem Allen waren die Briegleb, die Hergenhahn u. s. w. der Sache ganz gewiß und bezeugten und vermaßen sich hoch und theuer, das Deutsche Volk wolle Kaiser und Reich und könne und werde seinen Willen durchsetzen, während die von der linken Seite eben so gewiß waren, das Volk wolle nur republikanische Institutionen und sei hinlänglich des Vermögens, dieselben allenfalls zu erzwingen.

Der weitere Verlauf und das Endergebniß hat die Voraussicht derer, welche anderer Meinung waren, als die richtige bewährt. Die Radikalen gediehen nur zu anarchischen vereinzelten, die Reaktion herausfordernden Aufständen und die Reichspartei brachte es nur zu stolzen voreiligen Beschlüssen, fruchtlosen unbesonnenen Betheuerungen und Angelöbnissen, mit Gut und Blut für die Reichsverfassung einstehen zu wollen u. dgl. Jene flüchteten oder zogen sich grollend zurück, diese suchte bald nur noch »unter Dach und Fach zu kommen.« **Sauve qui peut!** Das war Ausgang und Ende des falschen Doktrinarismus und Idealismus, seiner hochgegriffenen idealen Schöpfung, seines großrednerischen Anhangs.

Auch noch Andere sprachen im Ausschuß gegen die Möglichkeit der Errichtung eines Erbkaiserthums und erklärten Formen für allein praktisch, die — dem alten Bundestage ähnelten, von welchem, irre ich nicht ganz, Welcker u. a. bemerkte, er habe denn doch die Tendenz gehabt, was Deutschland gehöre, zu bewahren, so wie der Wiener Kongreß doch so patriotisch gewesen sei, alle Deutsche Länder zusammenzuhalten. Detmold äußerte sich dahin, nur eine Kollektivregierung sei ausführbar, und man werde sie bekommen, wenn nicht Alles auseinanderfalle durch die Erbkaiserschwärmerei, welche Deutschland gar leicht nicht bloß Oesterreich, sondern auch das linke Rheinufer und noch mehr kosten könne. Aehnliches sprachen Welcker und Andere aus. Lassaulx erklärte gleichfalls jede andere als eine Kollektivspitze für unmöglich; auch er läugnete, daß das Deutsche Volk die Einheit im Sinne der Erbkaiserlichen begehre, deren Einheitsidee eine historische Sentimentalität, eine rückläufige Bewegung gegen die Mannichfaltigkeit, das Naturwüchsige, und lediglich dem Boden der Literatur entsprossen sei. Wäre sie so mächtig gewesen, warum hätte denn die National-Versammlung nicht sogleich mit ihrer Verwirklichung als dem Erstnöthigen angefangen? Es sei bezeichnend und beachtenswerth, daß die Radikalen anfingen, darin einzugehen. Sie hofften, auf diesem Wege zur Beseitigung der Fürsten zu gelangen und dann auch mit dem Kaiser leichtes Spiel zu haben. Es sei nichts angemessen, nichts möglich, als eine reformirte Bundesverfassung. Die Herren möchten doch ihre Theorie nach den Thatsachen einrichten, nicht eine große politische Gründung auf dem Wege der Reflexion vollziehen, nicht die Welt nach dem Maß ihres Verstandes gestalten wollen.

Wenn die Kaiserpartei Deutschland an Preußen hinzugeben rieth, so sprach sie wie Droysen, was Preußen Alles schon sei und wie hoch es sich erheben werde u. s. f. Wenn sie aber verdrießlich war, daß Preußen trotz all ihrem Drängen, Locken und Nöthigen statt auf ihre Ideen sich einzulassen zurückhielt, so sprach sie ungefähr wie neuerdings Alex. Heinrich von Arnim in seinen gehaltenen und nicht gehaltenen Berliner Kammerreden sich ausläßt *): eine feste konsequente eigene Preußische Politik, das ist es was uns fehlt, schon lange fehlt, uns schon seit zwei Menschenaltern abhanden gekommen ist; wir haben sie nicht mehr gehabt seit Friedrich dem Großen. Das letzte Werk der Deutschen Politik des großen Königs war der Fürstenbund. Seitdem hat Preußen keine Deutsche und überhaupt keine eigne Politik mehr gehabt bis auf die neueste Zeit. Denn der Baseler Frieden verdient doch wol nicht den Namen einer Politik, am wenigsten einer Deutschen, und der Aufschwung des Jahres 1813 ist zu groß, um als Politik bezeichnet werden zu können. Alles Andre, vor- und nachher, ist nichts als Tasten, Schwanken, Unsicherheit, Abhängigkeit, Unpolitik. Mit dem 18. und noch mehr mit dem 21. März 1848 konnte eine neue echtpreußische Politik wie die des großen Königs in Deutschland beginnen. Aber jene politischen Akte sind durch die Macht der Verhältnisse und die Kleinheit der Menschen bloße Anläufe, todter Buchstabe, vereinzelte That geblieben. Man hat ihnen nicht Folge gegeben, ist bemüht gewesen sie abzuschwächen und ihres wesentlichen Inhalts zu entleeren. Die Preußische Regierung folgt freilich der Politik des 21. März, doch nur von weitem und mit zögernden Schritten; die Preußische Märzpolitik ist nie aufgegeben, ist aber allerdings nur ein blasser Abdruck und ein verbleichtes Abbild derselben u. s. f.

Nach Gelegenheit wurde dies nun freilich auch wieder in Abrede genommen, allein es war doch als zugestanden zu betrachten und wir zogen, wie ich glaube vollberechtigt den Schluß daraus: also ist das jetzige Preußen nicht geeignet, die von der Kaiserpartei ihm zugedachte Rolle zum gemeinen Besten zu übernehmen und durchzuführen. Wenn dem so war wie Arnim sagt und auch die Preußische Partei zu jener Zeit sagte, wie hätten wir etwas Anderes als Worte und eine gute aber unfruchtbare Meinung darin

*) Zur Politik der Epigonen in Preußen, S. 13 f., 22 f.

erblicken können, wenn uns gesagt wurde: Preußen wird sich hoch erheben? Zu absehen war weit eher das gerade Gegentheil. Denn die Hindernisse der Erhebung waren da, und Friedrich der Große war nicht da, Staatsmänner, befähigt zur Erneuerung seiner Politik auch nicht, sondern eben nur Epigonen der eignen Deutschen Preußischen Politik voll von Reminiscenzenstolz auf dieselbe, voll von Gelüsten nach ihr, voll Geneigtheit, die Große-Friedrichspolitik nachzumachen und Unternehmungen anzufangen die über ihr Vermögen gingen, die Sachen nur noch mehr zu verwirren und zu verderben. War dies nicht vom März, von Arnim an durch die wunderliche Politik der Epigonen in Preußen geschehen? Mit der Erkenntniß daß Preußen eine eigne und Deutsche Politik wiedererhalten müsse war eine solche denn doch noch lange nicht da; und noch schlimmer, die Erkenntniß und die damit verbundene Klage war alt und dennoch war diese Politik ausgeblieben, der Mangel mußte also sehr tiefliegende Gründe haben — und auch dies wurde ja eingestanden: Macht der Verhältnisse und Kleinheit der Menschen! Daran konnten Beschlüsse der National-Versammlung doch gewiß nicht viel ändern. Die Märzereignisse waren weckend genug gewesen und hatten dennoch keine neue eigne Deutsche Preußische Politik geweckt. Und wenn uns gesagt wurde, wie Arnim jetzt gleichfalls sagt, die Ansätze zu einer solchen sind doch vom März her nicht ohne Nachwirkung geblieben, Preußen »kann nur noch der Erste in Deutschland sein,« wir »sind gezwungen groß und mächtig zu werden« und dgl. so gedachten wir der Preußischen Denkschrift von 1822 und mit einem Worte der Preußischen Politik, die auf Gelegenheit wartete, ohne zu große Gefährde für sich ein wenig oder so viel als eben möglich zu erobern, dieser an der Stelle einer eignen und Deutschen vorhandenen Preußischen Epigonenpolitik, und mehr und mehr wurden wir besorgt, daß die März-Anläufe derselben in ein recht undeutsches und partikularistisches Verhalten Preußens zur »Deutschen Sache,« in Ausbeutung der nationalen Erhebung zum Preußischen Sondernutzen auslaufen möchten, wodurch denn Alle, ob auch am Meisten die ehrlichen — am Allermeisten vielleicht die ehrlichen Schleswig-Holsteinischen — Patrioten betrogen werden würden, die dazu halfen in der ehrlichen Meinung, Preußen werde sich hoch, so hoch erheben, daß es in Wahrheit den Deutschen Standpunkt einnehme und zum Besten Deutschlands behaupte. Das galt denn freilich für eine

nüchterne kümmerliche Anschauungsweise gegenüber der hochgegriffnen idealen unserer kaiserlichen Epigonen Friedrich's des Großen und des alten Dädalus. Wir waren nun aber einmal keines Glaubens an eine große Politik fähig, die von nichtgroßen Leuten betrieben werden wollte, waren nun einmal unfähig zu einem Aufschwunge auf wächsernen Flügeln. Wir mußten uns dafür gefallen lassen, ganz verächtlich oder mitleidig als muthlos oder engherzig u. s. w. angesehen zu werden, weil wir so höflich waren unsere stärksten Motive nur anzudeuten, was denn Jene bei hochgegriffner Meinung von sich selbst nicht verstanden und vielmehr so auslegten als hätten wir keinen Sinn für hohen Flug, während wir doch bloß glaubten, daß sie sich vermäßen zu können, was sie nicht könnten.

Das nicht-österreichische Deutschland fordert als Minimum den »Bundesstaat«, welchem sich Oesterreich nicht einordnen kann und will! Angenommen, daß dies vollkommen richtig war, so baute man doch — Briegleb, Zell und Andere — den unnatürlichsten Schluß darauf. Natürlicher Weise konnte man nur daraus folgern: es muß sich also wegen der bestehenden Verträge und Verhältnisse mit Oesterreich über die Trennung auseinandersetzen und schon deshalb ein gutes Vernehmen mit ihm suchen. Wenn gethan war was sich gehörte und Oesterreich wollte weder in den »Bundesstaat« eintreten noch die Sonderkonstituirung und Trennung zulassen, dann kam die Frage ob man die Verträge brechen, wie man den Bruch rechtfertigen, ob und wie man mit Oesterreich Krieg führen wolle, um die Abtrennung von ihm mit Gewalt durchzusetzen — eine Frage, die indeß für alle Fälle auch schon vorläufig wenigstens in Ueberlegung zu nehmen war. In beßre Ueberlegung wäre zu nehmen gewesen, ob die Rechnung nicht äußerst windig, daß ein so desperates Unternehmen so große Schwierigkeiten ganz und gar nicht bieten dürfte, indem die »Besten der Nation,« d. h. die Kaiserlichen und ihre Freunde und Anhänger es stützen — die demokratischen Richtungen es fördern würden. Freilich, Briegleb sah auch die Verkehrtheit und Windigkeit des Gedankens nicht ein, den er lange sehr lebhaft verfolgte, aus einzelnen Gebieten — namentlich Thüringischen Staaten — »Reichsland« zu schaffen, gleichsam zu einem Patrimonium Caesaris. Wenn gesagt wurde: die Fürsten haben Deutschland zerrissen, als hätten das Volk und insbesondre die Landstände gar nichts dabei gethan, so war das nicht bloß eine höchst dürftige historische Auffassung sondern geradezu

ein arger historischer Schnitzer. Dennoch durfte so etwas in dem gelehrten Ausschuß vorkommen und zwar ohne daß es von den Professoren der Geschichte berichtigt worden wäre, so viel ich mich entsinne. Es war eben eins der Schlagwörter die dem Parteizweck dienten. Daß aber dieser und daß die Parteihitze zum wenigsten nur nicht verführt hätte zu so mancherlei Unlauterkeiten und Unkorrektheiten! Was sollte man sagen zu den Erklärungen eines Beseler über die Bedeutung des Aufgehens Preußens in Deutschland! *) Und was überhaupt zu diesen Legislatoren, bei welchen weder die eigne sich doch einstellende Einsicht von der schlechten Erfahrung die man mit der selbstgeschaffnen Centralgewalt, noch die erfahrne Renitenz der Staaten, insbesondere der mittleren, noch die offenbare Macht dieser Staaten zur Renitenz, die sich verdoppeln mußte wenn man ihnen an Dasein und Leben griff, noch die Aussagen und Warnungen so kundiger und in aller Beziehung zutrauenswerther Männer wie Rothenhan etwas verfingen, wonach unfehlbar namentlich Baiern — und das zu Oesterreich so gelegen allein schon mächtig genug, doppelt stark war zum Widerstande — aufs Aeußerste widerstehen werde und wie die Errichtung eines Preußischen Kaiserthums nur zu gewiß zu Krieg und Gewalt, zu einer Spaltung Deutschlands und zu feindlichen Unionen für und wider den Kaiser führen werden — so daß, wenn dies richtig war, von Droysen's starkem Staate mit 32 Millionen eben nur Briegleb's kleiner Kern übrig blieb, d. h. der politische Zollverein, welchen Droysen mit Ach und Weh beschrieen.

Ich will es hier ohne Rückhalt aussprechen, daß ich zu dieser Zeit die vollständigste Ueberzeugung gewann von der gänzlichen Nichtbefähigung des Ausschusses zu gesetzgeberischen Arbeiten, zum »Verfassunggeben.« Was mich selbst betrifft, so habe ich mir Be-

---

*) Beseler: Allerdings soll und will Preußen in Deutschland aufgehen, allein das heißt, Preußen soll und will bleiben, was es ist und dazu die Herrschaft über Deutschland erlangen. Die politischen Epigonen in Preußen: unsere Politik ist und war freilich längst keine Deutsche mehr, aber wir sind uns selbst nicht genug, wir haben einmal so viel von Deutschland genommen und sind nun gezwungen, das Ganze zu nehmen. Duncker: Preußen hat die ärgsten Frevel am Reich begangen und zu sühnen, also muß es das ganze Reich sich unterwerfen. Aehnlich die Freunde und Herolde der Theorie von der historischen Mission, der providentiellen Aufgabe Preußens u. s. f.

fähigung dazu weder laut noch in der Stille jemals beigemessen, bin eben auch deshalb im Ausschuß so schweigsam gewesen, wogegen das endlose vordrängende Reden mehrer Mitglieder fast nur davon zeugte, daß sie auch nicht einmal den schwächsten Begriff von dem hatten worauf es ankam. Schon dadurch waren nicht Wenige geradezu schädlich, und selbst Männer von gediegenen Kenntnissen, unbezweifeltem Wohlmeinen, Geist und Redegaben wie Riesser oder Reh mit ihrer Freiheitsprincip-Reiterei und ganz schwachen Beurtheilung der in Betracht kommenden politischen Zustände, oder auch Droysen, Waitz und Andere sonst gar nicht Untüchtige gehörten zu den Staatsphilosophen, von welchen Friedrich der Große sagte, daß er ein Land durch sie regieren lassen würde, wenn er es zu Grunde richten wollte. Sie waren mehr oder minder nicht Politiker sondern politisirende Schulmeister, und ihre Kunst und Weißheit bestand darin, daß sie einen Schulbegriff an die Spitze stellten, logische Konsequenzen daraus zogen, auf diese Weise ein Schema machten und was dazu nicht paßte abschnitten. Meine hohe Meinung von Dahlmann's Befähigung zu Leistungen, wie sie hier erfordert wurden, war durch sein Kaiserprojekt und sein eigensinniges Verhalten dabei, so wie in den Händeln über den Dänischen Waffenstillstand zusammengeschwunden. Beseler zeigte eine nicht geringe gesetzgeberische Anlage und Fähigkeit, sofern es sich um das Redigiren eines Gesetzentwurfs handelt. Größer war sein Talent im Einleiten und Fortführen einer politischen Intrigue, was gerade in der zweiten Hälfte des December so deutlich wurde, wo er vielleicht das Meiste that zur Austreibung der Oesterreichischen Mitglieder aus dem Reichsministerium und zur Einsetzung Gagern's, als dessen ominöser Genius er seit dieser Zeit Manchen erschien *). Allein es scheint, er vertraute der Kraft der Intrigue bei diesen Staatsreformen und

*) Es war ein durchsichtiges oder was man so ein offenkundiges Geheimniß nennt, und die Sache konnte nicht anders sein, da sich nicht machen wollte, daß Beseler als Minister des Innern zu Gagern als Minister des Aeußern in das Reichsministerium eintrat. Auch an der Besetzung der Reichsministerien schon vom ersten Anfange an, dies beiläufig zu bemerken, würde sich zeigen lassen, in welchen falschen Ideen man lebte, in welch eine schiefe Lage man sich hineinbrachte, wie da die Zertheilung der Abgeordneten in Fraktionen, das Klubwesen und Unwesen einwirkte u. s. f. Da ich indeß bei der Erzählung der Ereignisse im Sommer an diesen Dingen vorübergegangen bin, so will ich mich auch hier auf eine bloße Andeutung beschränken.

Aktionen doch viel zu viel, und auch er war tief verstrickt in die Zeitvorurtheile, die im Ausschuß vorherrschten, wonach man glaubte ein parlamentarisch, nach Mehrheiten zu regierendes monarchisches Reich auf solchen Grundlagen wie man sie legte errichten zu können, wonach im Verfassungmachen das Heil gesucht wurde, im Verfassungmachen nach Principien oder Systemen ohne gehörige Erkenntniß und Würdigung des Lebendigen und Wirklichen, und mit desto mehr Verkennung des geschichtlich Gegebenen als des Stoffes, der das Gesetz in sich trägt, das der Gesetzgeber nur finden und dem er nur den entsprechenden Ausdruck geben soll, mit desto mehr Ueberschätzung der gesetzgeberischen Willkür. Dies Alles erklärt sich freilich aus unserer geschichtlichen Entwickelung, daraus insbesondere, daß uns die politische Unweisheit und die Schlaffheit und Selbstsucht derer, welche Deutschland in den letzten Jahrzehenden regiert, gerade zur ganz unrechten Zeit in einem solchem Maß in eine so überwiegend literarische Eeistenz zurückgedrängt hatten, und dadurch ermäßigt sich die Strenge des motivirten Urtheils, das ich ungern hier ausgesprochen. Allein ich konnte nicht anders, weil ich die Sache nicht anders anzusehen vermag und weil ich überzeugt bin, daß es sich dabei um einen allgemeineren Mangel handelt, der uns bereits so verderblich geworden ist, uns grundverderblich zu werden droht, und den man daher lieber zu scharf kennzeichnen als vertuschen soll. Merkwürdig war es, daß gerade die Professoren der Geschichte im Ausschuß die Bedeutung der letzteren im Staatswesen fast am meisten verkannten. Für alles das, was sie nicht würdigten, hatten ein paar Andere bei Weitem mehr Blick, z. B. Welcker, der doch gleich zu Anfange auf die richtigen Wege gewiesen, und daß ich noch einen Zweiten nenne — Detmold.

Haym sagt (231) es sei ein eigenes Schicksal gewesen, daß Detmold an einer Verfassung habe schaffen helfen sollen, an die er nicht geglaubt und an der er eigentlich nur das Interesse gehabt, daß nichts aus ihr werde. Hieran ist jedoch nur das richtig, daß Detmold an die Verfassung, wie sie gegen seine Rathschläge beschlossen wurde nicht glaubte, was aber weit nicht allein bei ihm der Fall war, und ist es nicht ein noch viel eigneres Schicksal, daß die Urheber des Kaiserprojekts nebst ihrem Anhange eine Verfassung schaffen sollten, an welche sie zwar glaubten, aus der aber nichts werden konnte und wurde? *)

*) Es ist ganz richtig, wenn Haym sagt, Detmold glaubte nicht »an eine

Das Ergebniß der Oberhauptsverhandlungen im Verfassungsausschuß bestand darin, daß derselbe sich nicht einigen konnte, indem für keinen einzigen Vorschlag eine Mehrheit zu erlangen war. Die Stimmen zersplitterten sich. Wenn mein Gedächtniß mich nicht trügt, so votirten zuerst Neun, dann Zehn für einen Erbkaiser, Acht für ein Direktorium, Dreizehn für einen Wahlkaiser, darunter Vier, Sechs, Zehn für Wahl auf Lebzeit, auf zwölf, auf sechs Jahre u. s. f. Da die Erb- und die Wahlkaiserlichen darin übereinstimmten, hatte man ziemlich viele Stimmen für die Bejahung der Frage: ob eine einheitliche monarchische Obergewalt? Doch stimmten hierfür wieder die Direktorialisten nicht, die nur eventuell einem Wahlkaiser die Zustimmung gegeben. Ich meine, dafür waren Dreizehn, dawider Elf. In dieser Resultatlosigkeit lag ein böses Vorzeichen für den Verlauf und Ausgang der Debatten in der National-Versammlung selbst, ein um so böseres Vorzeichen, da es bei den Abstimmungen nicht wie sonst und wie es in einem Ausschusse sich gehört, zugegangen war, sondern vielmehr unter strengster Anwendung der Formen, nicht einmal feststehender Formen,

---

hochgegriffene und ideale Schöpfung,« nur muß man bei dieser, wie auch Haym thut, an die der Kaiserlichen denken, die er »mit Roland's Stute verglich,« welche alle Schönheiten und Vorzüge hatte, aber unglücklicher Weise todt war. Falsch ist, wenn hinzugesetzt wird: »die ihm als solche verhaßt sein mußte.« Nicht als solche, sondern um in dem Gleichniß zu bleiben — als todte Stute, wo es auf etwas Lebendiges ankam. Falsch ist, wenn gesagt wird, der ganze Gedanke der Deutschen Einheit sei ihm eine Chimäre gewesen. Nicht doch, nur die Kaiseridee däuchte ihm chimärisch, und ganz eng und befangen ist die Anschauung der Kaiserpartei, die sich die Deutsche Einheit nur in einer einzigen Form denken konnte. »Den Drang der Nation nach dieser Einheit (der kaiserlichen) negirt er, er läugnet, was er nicht kennt und spricht davon nach der Kümmerlichkeit seiner eigenen Anschauungsweise.« Nun, er läugnete, was doch wirklich nicht da war, denn wenn es (in gehöriger Klarheit und Kraft) da gewesen wäre, so müßte die hochgegriffene ideale Schöpfung doch wol in's Leben getreten sein. Die Eingenommenheit von sich selbst und die selbsteigene Vergötterung ihres Werks richtet bei den Herren die heilloseste Begriffsgewinnung an. So macht Haym den halsbrechenden logischen Sprung: Detmold glaubt nicht an unser Verfassungsprojekt — folglich »wird er jeden Glauben an ein großes Werk verspotten.« Sie können sich schlechterdings das ganz Einfache und Naheliegende nicht denken, daß Jemand Sinn für ein großes Werk haben kann, der keinen Sinn für *ihr* Werk hat und dasselbe eben für *kein* großes hält.

und mit Aufbietung aller Parteikräfte und Künste, indem z. B. die Partei, die das Präsidium in Händen hatte, durch Anordnung der Reihefolge der Abstimmungen für sich zu gewinnen suchte u. s. f. In den letzten Jahrestagen legte die Subkommission die ihr aufgetragene Schlußredaktion vor und nun entspann sich sofort noch das allerärgerlichste und verwickeltste Gezänk, und zwar über die Bestimmung, wonach das Reichsoberhaupt den Titel »Kaiser der Deutschen« führen sollte. Dem ganzen Hergange und Zusammenhange nach war und konnte dieselbe von Mehreren, welche sie nun aber definitiv genehmigt haben sollten, nur eventuell angenommen sein, worauf besonders Welcker hartnäckig bestand. Es ging sichtlich bei diesem Getreibe nicht mehr mit voller Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit zu. Auch hier im Ausschuß tobte die Leidenschaft und hielt Mittel und Mittelchen für gerecht, die handgreiflich ungerecht oder doch unbillig oder zweideutig waren. Der Streit um des Kaisers Titel, wenn nicht um des Kaisers Bart, währte lange, die Stimmen schienen sich die Waage zu halten. Die Erbkaiserlichen waren nicht die Heftigsten, ob auch nicht weniger giftig und boshaft, und dieses wol mehr; sie waren die Ursächer des Zanks, durch ihr Verfahren war die Reizung zu Zorn und Bitterkeit erfolgt; sie waren die Hartnäckigsten und trugen dadurch den Sieg davon. Es wurde mir zu viel. Ich entsinne mich, daß ich, um dem abscheulichen Auftritt nur ein Ende zu machen, gegen mein ganz ruhig abgegebenes Votum mit ihnen stimmte und dadurch den Ausschlag für die Gegenpartei gab, ihren Gewinn und Triumph nicht beneidend.

Wenn die Sache in dieser Weise fortging, so hatten die Kaiserlichen in der National-Versammlung höchstens eine geringe Mehrheit neben einer gegenseitigen Erbitterung zu erwarten, die der Versammlung jede fernere gedeihliche Verhandlung unmöglich machen mußte. War so der Kaiser beschlossen, wie ließ sich denken, daß der König, dem die Kaiserkrone bestimmt war, dieselbe annehmen werde? Es war eine Täuschung der Centren gewesen, wenn sie geglaubt hatten, man könne in Frankfurt über die Verfassung souverän entscheiden und zugleich die Staaten konserviren. Was im Sommer 1848 möglich gewesen sein dürfte, war jetzt außer Frage. Jetzt konnte ohne den Willen der Staaten nichts mehr geschehen. Dennoch verfuhr man so, als hätten sie keinen Willen und die dabei auf Preußen gestellte Rechnung war die

trüglichste von der Welt. Es war in der That gar nichts mehr ausführbar, als daß man von den ultraunitarischen Ideen und Plänen zurückkam und auf Einrichtungen dachte, durch welche die größeren Staaten nicht verletzt und zum Widerspruch herausgefordert und die wohlbegründeten, nur freilich nicht die überspannten Ansprüche und bloß vorgeblichen Bedürfnisse des Deutschen Volkes, nach Möglichkeit befriedigt wurden. Man mußte die Kraft der Einheit Deutschlands in der Volksvertretung, in der Handelseinigung und im Reichsgericht suchen, um das Nothwendige in der Gegenwart und für das Ideale der Zukunft freies Feld zur Entwickelung zu gewinnen. Es war die höchste Zeit hierauf zu denken und alle Kraft daran zu setzen, damit man nicht auch des Erreichbaren verlustig gehe und zur Freude und zum Hohn der Feinde lediglich mit einem Deutschland zerreißenden und zerfleischenden Hader über Phantasiegebilde ende. Das war unsre, der Partikularisten ketzerische Meinung. In einem ähnlichen Sinne sprach sich Schmerling aus: das Oesterreichische Kabinet müsse die Nationalvertretung zulassen, die National-Versammlung aber die auf Errichtung eines Einheitsstaates berechneten Paragraphen der Verfassung und vor allen Dingen den Preußischen Erbkaiser aufgeben. Die Oberhauptsfrage könne beim gegenwärtigen Zustande definitiv überhaupt gar nicht entschieden werden, man werde bei einem Reichsverweser vorerst verbleiben müssen. Ueber die Erklärungen der Regierungen und Ständeversammlungen der kleineren Staaten für die Oberhauptserblichkeit, welche um diese Zeit einliefen, bemerkte er, es seien dieselben Stimmen, die die Annullirung des Waffenstillstandes von Malmö verlangt, und das Verfahren Preußens als verrätherisch bezeichnet u. s. w. Dies war auch ganz richtig.

Verschiedene Vorschläge zur Erledigung der Oberhauptsfrage.

Der Verfassungsausschuß hatte seinen Entwurf über die Abschnitte vom Reichsoberhaupte und vom Reichsrathe am 10. Januar eingebracht, unmittelbar vor den Verhandlungen über das ministerielle Programm. Die Verhandlungen darüber nahmen am 15. Januar in der National-Versammlung ihren Anfang. Bevor es geschah, wurde noch ein Versuch gemacht, auf den Weg hinzulenken, von welchem wir glaubten, daß er am gewissesten, wenn nicht allein geeignet sei, aus dem Wirrsal herauszuführen und abzuwenden was uns Verderben däuchte. Künßberg wagte auf eigne Hand den nachstehenden präjudiciellen Antrag:

»In Betracht, daß 1) die vom Verfassungsausschusse bisher nach und nach im Entwurfe vorgelegten, daher von der National-Versammlung ohne die Möglichkeit eines Totalüberblicks berathenen einzelnen Abschnitte der Reichsverfassung von der Art sind, daß sie den Begriff eines Bundesstaats schlechterdings ausschließen und in vielen Beziehungen nicht nur für Oesterreich, sondern auch für jeden anderen Deutschen Staat unannehmbar sind, der weder an die Spitze des projektirten Gesammtstaats berufen wird, noch in der Lage ist, sich einer auf absolute Unterdrückung und Vernichtung der Deutschen Einzelstaaten berechneten Gewalt auf Gnade und Ungnade ergeben zu müssen; 2) daß der bundesstaatswidrige Charakter des nun vorliegenden Gesammtentwurfs ganz besonders dem Abschnitte über das Reichsoberhaupt innewohnt; 3) daß demnach alle bisherigen Verfassungsarbeiten einer so durchgreifenden

Revision bedürfen, daß dieses Geschäft dem bisherigen Verfassungs-Ausschusse nicht füglich zugemuthet werden kann, aus diesen Gründen stelle ich den Antrag: Die hohe Versammlung wolle beschließen: 1) es sei durch die Abtheilungen ein Ausschuß von 15 Personen zu wählen, welcher, — abgesehen von dem bereits publicirten Theile der Grundrechte, — alle von dem bisherigen Verfassungsausschusse vorgelegten Abschnitte eines Verfassungs-Entwurfs zu revidiren, und über das Ergebniß unter Vorlegung eines neuen Gesammtentwurfs Bericht zu erstatten hat; 2) bis Letzteres geschehen ist, sei die Berathung der Versammlung über das Verfassungswerk auszusetzen.«

Wenn die große Mehrheit der National-Versammlung ihres bisherigen Sinnes blieb, so würde freilich auch von der Wahl eines neuen Verfassungsausschusses nichts weniger als alles Heil zu erwarten gewesen sein. Indeß hätte die Annahme des Antrags schon an sich selbst die Bedeutung einer Sinnesänderung gehabt und jedenfalls den Gewinn gebracht, daß das ganze Verfassungsprojekt einer neuen Prüfung, einer Prüfung von solchen Individuen unterworfen wäre, die nicht wie die Mitglieder des bestehenden Verfassungsausschusses ihr eigenes Werk zu revidiren hatten. Allein »Revision« des »eignen« Verfassungswerkes galt für »Selbstmord«, wie wir unten hören werden. Die Versammlung wurde bei der Verlesung des Antrags so unruhig, daß sich der Vorsitzende (Simson) kaum zu der Frage Gehör verschaffen konnte, ob man dem Antragsteller das zur Begründung erbetene Wort ertheilen wolle, was nur anging, wenn dem Antrage die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Vergebens schallte der Zuruf durch den Lärm, der Antrag sei ja ein präjudicieller und demnach als ein dringlicher zu behandeln. Künßberg erhielt das Wort nicht. Man verwies den gar nicht dringlichen Antrag an einen Ausschuß. Als Künßberg nach einigen Tagen zum zweiten Male daran erinnerte, vernahm man der Antrag sei von dem Petitionsausschusse an den Verfassungsausschuß gelangt. Künßberg forderte vergebens, daß er an den ersteren zurückgewiesen werde. Er wurde bis zum 16. Februar verschleppt. Wir kommen darauf zurück.

In dem Entwurfe über das Reichsoberhaupt lautete der erste Satz: »Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden Deutschen Fürsten übertragen.« Doch war dazu eine große Anzahl Minoritätserachten gestellt, die freilich auch noch nicht den vollständigen Ausdruck der im Ausschuß kund gegebenen vielfältigen

Ansichten enthielten. Berichterstatter war Beseler. Er sagte in seinem Bericht, das allmälige Vorrücken von der allgemeinen Grundlage bis zur höchsten Spitze der Verfassung, an welchem der Ausschuß in seiner Arbeit festgehalten, habe (eigentlich aber nur Einzelnen) die Möglichkeit dargeboten, ohne die Vorlagen zu lange zurückzuhalten, das Verfassungswerk als ein Ganzes in seinem innern Zusammenhange zu erfassen und zu konstruiren. Freilich seien bei diesem Abschnitt ganz besondere Schwierigkeiten hinzugekommen, welche die größte Vorsicht bei Lösung der Frage nothwendig gemacht hätten. Hierauf wurde zugestanden, daß man von den vorhandenen Verhältnissen einen sehr weiten Umgang genommen, die Kontinuität mit den früheren Zuständen und Einrichtungen zwar »nicht ganz« aufgegeben, aber doch dem »gegebenen Stoff gegenüber« sich »schöpferisch« verhalten habe. Gerade wo es sich um die höchste Spitze der Reichsgewalt handle, hätten nun die Gegensätze mit besonderer Heftigkeit sich geltend machen müssen. Denn jetzt, wo das ganze Werk sich seiner Vollendung nahe und die praktische Bedeutung desselben scharf hervortrete, werde es erst recht klar, welche große Neuerung gemacht werden solle, welche Opfer zu bringen seien — und nun trete der Partikularismus mächtiger wieder auf, und wer nicht tiefer zu blicken wisse, könnte zu dem Glauben verleitet werden, der Drang nach Einheit und Macht, der Nothschrei des Volkes sei ohne Wahrheit und tiefere Begründung gewesen und ein reformirter Staatenbund werde seine Bedürfnisse befriedigen. — Es war und blieb indeß die Frage, ob nicht gerade in der Tiefe viel berechtigter Partikularismus lag, den der Berichterstatter nicht sah, und ob er nicht jenen Drang auf der Oberfläche für viel stärker hielt als er war. Ob die Mittel vorhanden, diesen Drang, so stark er sein mochte, sofort zu befriedigen: davon sprach der Berichterstatter gar nicht. — Der Einfluß dieser Bewegung, fuhr er fort, habe sich auch im Ausschuß gerade bei der Berathung dieses Abschnitts besonders kund gegeben, weshalb eine absolute Mehrheit nicht zu erlangen gewesen sei, so daß die Verhandlungen der National-Versammlung an die verschiedenen Minoritätserachten sich würden anlehnen müssen. Indeß wären zwei wichtige Principien aufgestellt worden (was jedoch im Grunde nur für halb wahr gelten konnte), das Princip der Einheit in der Person des Reichsoberhauptes und daß die einheitliche Spitze eine monarchische sein solle. Die Gründe, welche den Ausschuß, d. h.

dreizehn gegen elf Mitglieder desselben, bewogen, sich für eine einheitliche Spitze zu erklären, liefen darauf hinaus, daß es einer Verfassung für einen einheitlichen, parlamentarisch zu regierenden Staat gelte. — Mit dieser Voraussetzung stand und fiel die ganze Darlegung.

Der Bericht enthielt sodann auch mehrere kürzere und ausführlichere Motivirungen der Minoritätserachten. Es wäre nicht zu rechtfertigen gewesen, von aller ferneren Theilnahme abzustehen. Nachdem jedoch der Künßberg'sche Antrag beiseit gelegt war, blieb allerdings für unsere Ansicht nur der mühsame und wenig Erfolg versprechende Weg übrig, den Versuch der Durchsetzung einer Kollektivregierung zu machen, welche freilich als durchaus passende Vollendung des nur für eine einheitliche Spitze angelegten Gebäudes nicht gelten konnte, wenn letzteres keine Aenderungen mehr erhielt. Ich zweifelte indeß seit den Vorgängen der zweiten Decemberhälfte durchaus nicht mehr, daß die National-Versammlung an ihrer Aufgabe durch den Eigensinn der Doktrinärs der rechten und linken Seite scheitern werde, und bekenne, daß ich ohne sonderliches Interesse mit Schreiner, Welcker, Sommaruga und Detmold die Motivirung des Minoritätserachtens unterschrieb, worin ein Direktorium vorgeschlagen wurde *). Wir verhehlten uns die der Direktorialform entgegenstehenden Bedenken keineswegs, glaubten indeß, dabei stehen bleiben zu müssen, daß die Gestaltung des Regiments, welche von einer Partei und einem Volkstheile gefordert wurde und für welche man schwärmte, für jetzt nicht zu erlangen, nicht einmal durch Gewaltsamkeit zu erlangen sei, die wir schlechterdings aus dem Spiel gelassen wissen wollten, daß man bei der dermaligen Lage der Dinge zum Einfach-

---

*) Sie lautete:

Zu Gunsten dieses Antrages sprechen:

1) Alle Bedenklichkeiten, welche in einem aus monarchischen Staaten gebildeten Bundesstaate, und welche insbesondere in unseren Deutschen Verhältnissen einem erblichen Oberhaupte entgegenstehen;

2) ebenso alle Bedenklichkeiten gegen einen Wahlfürsten;

3) es entspricht dieser Antrag am vollkommensten der Natur eines aus monarchischen Staaten zusammengesetzten Bundesstaates und der größtmöglichen Bereitwilligkeit der Regierungen, alle Beschlüsse der Bundesregierung einmüthig zu vollziehen;

4) endlich beseitigt dieser Vorschlag am Besten die Schwierigkeiten in Beziehung auf Oesterreich.

sten und Natürlichsten, zu dem, was den wesentlichen von verschiedenen Seiten aufgestellten Forderungen genügte, greifen müsse und daß dieses darin bestehe, daß man bei der Oberleitung diejenigen verhältnißmäßig betheilige, welche Macht zur Verfügung stellten. Am eifrigsten und anhaltendsten von uns Allen nahm sich Rotenhan der Sache an. Er arbeitete einen Antrag auf ein Direktorium nebst einer ausführlichen Motivirung aus. Auch das Einreichen der Minoritätserachten war mit Hast betrieben. Er war zur rechten Zeit nicht fertig geworden. Dann mußte der Druck beeilt werden. So kam es, daß der Rotenhan'sche Vorschlag unter den vom Verfassungsausschuß eingebrachten Minderheitsanträgen sich nicht fand und nur von zwei Ausschußmitgliedern, Detmold und mir, unterschrieben ist. Er hatte indeß die Billigung der meisten »Direktorialisten« als ein Versuch vielleicht auch auf dem nun einmal eingeschlagenen Wege, in der »Sackgasse,« nach ihrem Sinne zum Ziel zu gelangen. Ich lasse den meist nur wegwerfend behandelten, sehr wenig wirklich erörterten Antrag (Rotenhan gelangte nicht zum Wort) nebst den wesentlichsten Gedanken der Motivirung hier folgen, um zu zeigen, von welchen Gesichtspunkten die Direktorialisten bei der Frage ausgingen, daß sie doch wirklich Gründe hatten und daß man ihnen deshalb auch wol Ueberzeugungen hätte zutrauen können und sollen; daß sie denen, welche Preußen an die Spitze bringen wollten oder die auf einen engeren Bundesstaat zielten, sich möglichst zu nähern bemüht waren, damit wenigstens irgend etwas zu Stande komme, und wie leer die immerfort wiederholte Anschuldigung, daß sie nur verneinten und nichts Positives aufzustellen wüßten. Der Antrag lautete: »An die Stelle der §§. 1 und 2 des Ausschuß-Entwurfes mögen folgende 6 Paragraphen treten: §. 1. Die Regierungsgewalt im Deutschen Reiche steht den Regierungen der Staaten, welche den Deutschen Bundesstaat bilden, zu; sie wird aus Auftrag derselben im Namen des Deutschen Bundesstaates geübt vom einem Reichsdirektorium. §. 2. Das Reichsdirektorium besteht aus dem Kaiser von Oesterreich, den Königen von Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover und Würtemberg. §. 3. Die Mitglieder des Reichsdirektoriums können sich durch ihnen verantwortliche Bevollmächtigte, welche sie jederzeit zurück zu berufen berechtigt sind, vertreten lassen. §. 4. An der Spitze des Reichsdirektoriums steht von 4 zu 4 Jahren abwechselnd der Kaiser von Oesterreich und der König

von Preußen als Reichsvorstand *). §. 5. Der Reichsvorstand führt den Vorsitz und die Geschäftsleitung in dem Reichsdirektorium. Er übt die Repräsentation im Innern des Bundesstaates und gegen das Ausland, beglaubigt die eigenen und empfängt die fremden Gesandten. Der Reichsvorstand ist in Ausübung aller der Reichsregierung verfassungsmäßig zustehenden Regierungsrechte an die Zustimmung des Direktoriums gebunden. In dem Reichsdirektorium werden die Beschlüsse durch Stimmenmehrheit gefaßt. — Weder die Abwesenheit einzelner Mitglieder des Reichsdirektoriums oder ihrer Vertreter, noch der Mangel an Instruktion für die Letzteren darf eine Beschlußfassung hindern. Wenn eine Stimmenmehrheit in dem Reichsdirektorium nicht erzielt wird, entscheidet der Reichsvorstand. §. 6. Alle Erlasse des Reichsdirektoriums werden in dessen Namen von dem Reichsvorstand vollzogen. §. 7 (statt §. 3 des Entwurfes). Der Reichsvorstand wird während der Dauer des Reichstages in der Regel am Sitze der Reichsregierung residiren. So oft sich derselbe nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichs-Minister in seiner unmittelbaren Umgebung sein. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichsregierung werden einem Reichsgesetze vorbehalten. (§. 4 des Entwurfs »der Kaiser bezieht eine Civilliste« fällt weg). §. 8 (anstatt §. 5 des Entwurfs.) Das Reichsdirektorium ist unverletzlich. Es übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus. §. 9. Die §§. 9 bis 19 (statt 6 bis 16) bleiben gleichlautend mit dem Entwurfe der Majorität des Verfassungs-Ausschusses mit alleiniger Substituirung des Wortes Reichsdirektorium an die Stelle des Wortes Kaiser.«

Die Gedankenreihe der Motivirung war die folgende. Inhalt der Aufgabe: eine Verfassung für sämmtliche Deutsche Bundesstaaten zu Stande zu bringen. Man hat sie fast unlösbar gemacht durch die Art und Weise wie man sie zu lösen versucht. Je unitarischer man die Verfassung eingerichtet, desto mehr hat man die Zustimmung zur Form des Erboberhaupts denen erschwert, die in der föderativen Einheit wirklich und dauernd das Bessere, und in der Entfaltung Deutschen Volksthums und Deutscher Freiheit un-

*) In dem Falle und in so lange, daß Oesterreich in den Bundesstaat nicht eintreten sollte, übt der König von Preußen die Reichsvorstandschaft.

ter dieser politischen Form die große Mission unseres Volkes erkennen. Die Errichtung eines unitarisch-parlamentarischen s. g. Bundesstaats mit einem erblichen Oberhaupt ist für jetzt unausführbar. Wahlkaiserthum und Turnus unterliegen den erheblichsten Einwendungen. Diese Betrachtungen führen zu der Nothwendigkeit, nach einem Collectivregiment zu greifen, und unter den verschiedenen sich darbietenden Formen jene zu wählen, welche dem System des Bundesstaates am besten entspricht, und dabei die Mängel des Bundestages vermeidend, eine möglichst einheitliche und kräftige Regierung gewährt. Der vorliegende Entwurf ist aus dem redlichen Streben hervorgegangen, eine Form zu finden, deren Ausführung unter den gegebenen Umständen zunächst möglich ist, eine Form, welche sich auf die Grundlage des Bundesstaates von constitutionellen Monarchien und mit denjenigen Befugnissen der Centralgewalt, die das vorläufig beschlossene Kapitel über die Reichsgewalt dieser gewährt, konsequent aufzubauen vermag, eine Form, mit der die Einzelstaaten lebensfähig fortbestehen können, — biegsam genug um Oesterreich ungeachtet seiner besonderen Verhältnisse in innigster Verbindung mit dem Gesammtvaterlande zu erhalten, — eine Form endlich, bei der die Einzelstaaten und insbesondere die größeren Mächte die Opfer, welche sie der Neugestaltung des Vaterlandes zu bringen haben, auch wirklich bringen können, und die der Gesammtheit dabei eine einheitliche und starke Regierung gewähren wird.« Weder die Trias noch das vorgeschlagene Direktorium von fünf Gliedern kann diesen Anforderungen genügen. Nach unserm Vorschlage bleibt der Grundsatz, der aus der Natur eines aus konstitutionellen Monarchien zusammengesetzten Bundesstaates konsequent hervorgeht, nach welchem die Regierungsgewalt den Regierungen der Staaten, welche den Bundesstaat bilden, zusteht, nicht blos theoretisch an die Spitze gestellt, vielmehr sind es wirklich die Könige Deutschlands selbst, welche gemeinschaftlich die Functionen des Reichsregiments üben und denen die übrigen regierenden Fürsten der Einzelstaaten im Reichsstaatsrathe berathend zur Seite stehen. Wenn auch die Beschlüsse der Reichsregierung in der Regel durch Vertreter der Mitglieder des Direktoriums werden gefaßt werden, so geschieht es doch im Namen und Auftrag der wirklich regierenden Monarchen. Ihre unmittelbare Einwirkung ist gewahrt, einmal durch das Recht, jederzeit selbst und persönlich in dem

Königskollegium ihren Platz einzunehmen, und dann durch das Recht, die Bevollmächtigten jederzeit zurückzuberufen und durch Andere zu ersetzen. Nach unserm Vorschlage wird die aktive Theilnahme der Regierungen je nach der Bedeutung der Staaten welchen sie vorstehen bemessen. Dem Bedürfniß eines einheitlichen sichtlichen Oberhauptes suchen wir möglichst durch die Stellung zu genügen, welche dem Vorsitzenden des Königskollegiums durch unsern Vorschlag angewiesen wird. Der letztere wird sicher bei der Gesammtheit der Regierungen weniger Anstände finden als die Einführung der Kaiserwürde. Er stellt einen raschen und friedlichen Uebergang in das Definitivum in Aussicht. Er genügt dem Bedürfniß des Deutschen Volkes. Nur absichtliche Verkennung würde behaupten können, ein Direktorium wie das proponirte, so zusammengesetzt und ausgestattet und neben einer mächtigen Volksvertretung führten nur zu den Ergebnissen des alten Bundestags zurück. Wir verkennen nicht, daß das Bedenken sehr nahe liegt, ob bei dieser Collektivregierung die erforderliche Einheit und Consequenz im System und in der Durchführung erwartet werden darf. Hier muß nun vor Allem in Anschlag gebracht werden, daß auch ein einheitliches Oberhaupt in einem Bundesstaate nicht unabhängig von den Rücksichten ist, die ihm die abweichenden, oft auseinandergehenden Interessen der Einzelstaaten auferlegen. Es kann und wird sich vielleicht das einheitliche Oberhaupt häufig noch weit mehr durch diese Rücksichten gebunden sehen, wenn seine Beschlüsse ohne Mitwirkung der anderen Staaten gefaßt werden müssen, als wenn Letzteres der Fall ist. Nicht in der Construirung des Reichsoberhauptes, sondern in dem Wesen des Bundesstaates wird der Grund vorzugsweise gesucht werden müssen, wenn das Deutsche Reich auch künftighin seine Kraft weniger kühn und rücksichtslos auf eine oder die andere Regierungsmaßregel koncentriren kann, als es in den großen centralisirten Einheitsstaaten thunlich ist; es ist aber das ein Nachtheil, der mit den überwiegenden Vortheilen des Bundesstaates hingenommen werden muß. Einer der wesentlichen Vorzüge des Bundesstaates liegt ja gerade darin, daß jedem Theile des großen Ganzen weit mehr die Berücksichtigung seiner eigenen individuellen Entwickelung und seines besonderen Wohl und Wehe gesichert bleibt, als dies wohl bezüglich der Provinzen eines umfangreichen centralisirten Staates der Fall ist. Es würde die Regierung des Erbkaisers sehr bald die unüberwindlichste Opposition

finden, wenn sie nicht mit aller Sorgfalt und Umsicht diese Rücksichten nimmt. Verfolgt man diesen Gesichtspunkt, so wird man zu dem Resultate geführt, daß in einem Bundesstaat die Koncentrirung der Regierung in einem einheitlichen Oberhaupte lange nicht die Bedeutung und Wichtigkeit hat, wie in dem Einheitsstaate, besonders dann nicht, wenn dieses Oberhaupt nicht unparteiisch über dem dieser Staatsform nothwendig inwohnenden Partikularismus steht, sondern gleichzeitig der Regent, und zwar des mächtigsten Sonderstaats ist. Die Einheit und Konsequenz der Regierungssysteme werden ihre Verbürgung vorzugsweise in dem Parlamente (namentlich dem Volkshause) und in einem verantwortlichen Ministerium, weit weniger in dem Oberhaupte finden. Die Bildung der von uns vorgeschlagenen Kollectiv-Regierungen wird vergleichsweise gegen ein einheitliches erbliches Oberhaupt um so weniger als ein die Einheit und Konsequenz störendes Element betrachtet werden dürfen, weil das Regierungssystem im Bundesstaate unter allen Umständen auf einer gerechten Berücksichtigung aller Theile des großen Ganzen beruhen muß, und dafür eine größere Bürgschaft gegeben ist, wenn auch in der Spitze des Organismus diese Theile ihre natürliche Vertretung finden, u. s. f.

Weiter wurde ausgeführt, daß gerade unser Vorschlag die Forderung eines starken mit Nachdruck zu führenden Regiments weit mehr verbürge als das projektirte Erbkaiserthum, welches Gegensätze und Kämpfe hervorrufen müsse, die unser Direktorium von vorn herein mäßigen und beseitigen würde. Es trage die Fähigkeit weiterer Ausbildung nach Maßgabe der Erfahrungen und Bedürfnisse in sich. »Selbst Diejenigen, welche sich der Regierungsform der erblichen Kaiserwürde zuwenden, und zu gleicher Zeit den Bundesstaat in Wahrheit dauernd und nicht bloß als Uebergang schaffen wollen, werden in dieser Stellung des Reichsvorstandes den Gedanken wiederfinden, der sie geleitet hat, und zwar wenn auch nur annähernd, doch vielleicht mit weit größerer Aussicht auf Verwirklichung.«

Die Ideen, welche dem Vorschlage zu Grunde lagen, wurden noch näher auseinandergesetzt und gegen mancherlei Einwendungen vertheidigt. Als selbstverständlich wurde bemerkt, daß die Annahme desselben eine wesentliche Veränderung des Reichsraths-Instituts bedingen würde, worauf die Motivirung in nochmaliger kurzer Zusammenfassung schloß: »In Erwägung aller der hier vorgetrage-

nen Gründe sind wir zu der Ueberzeugung geführt worden, daß unser Vorschlag nicht allein theoretisch dem System des Deutschen Bundesstaates konsequent sich anpaßt, sondern nach seiner praktischen Seite für die gegebenen Verhältnisse das relativ Beste, mithin das politisch Richtige darbietet. Er verbürgt die Gleichberechtigung der im Bundesstaate vereinigten Staaten, soweit solche bei der Verschiedenheit derselben an Größe, Macht und geschichtlicher Stellung möglich und gerechtfertigt ist. Er entspricht dem Princip der konstitutionellen Monarchie, indem er das Ansehen der Regenten der Einzelstaaten aufrecht erhält, und zugleich dem Bedürfnisse nach einem monarchischen Oberhaupte des gemeinsamen Ganzen in der Stellung des Reichsvorstandes entspricht. Nach der praktischen Seite gewährt er die Aussicht auf willige Annahme und auf einen friedlichen und raschen Uebergang aus dem provisorischen in einen definitiven Zustand; er gewährt die Bürgschaft (nach unserer Ansicht mehr, wenigstens aber nicht weniger, wie jeder andere) dafür, daß die Regierung des Reichs mächtig genug ist, den Partikularismus in seiner dem Gemeinwesen schädlichen Gestalt niederzuhalten, ohne ihn in der dem Bundesstaate mit Berechtigung inwohnenden Form zu vernichten. Er gewährt (abermals nach unserer Ansicht mehr, mindestens nicht weniger, wie jeder andere) Bürgschaft für jene Einheit des Systems und für die Bereitschaft der effektiven materiellen Kräfte, welche der Mittelpunkt des Deutschen Reiches bedarf, damit dasselbe sich einig im Innern, mächtig und groß gegen Außen behaupten kann. Er ist endlich biegsam und gestaltungsfähig, ein Vorzug von unermeßlicher Bedeutung bei einer politischen Umgestaltung, wie die gegenwärtige unseres Vaterlandes, wo jeder Mißgriff sich um so furchtbarer strafen muß, je mehr er schroff und sprungweise gemacht wird, ein Vorzug, wichtig vor Allem bei dem unabweisbaren Bedürfnisse, eine solche Verfassung für Deutschland zu begründen, welche den Deutsch-Oesterreichischen Landen unter allen Umständen einen angemessenen Raum innerhalb derselben gewährt, möge nun Deutsch-Oesterreich in Verfolg seines Entwicklungsprozesses dereinst als wirkliches Glied des Bundesstaates, oder vermöge einer besonderen, noch zu vereinbarenden Stellung einen Theil des Deutschen Reiches bilden, der es unter allen Umständen bleiben muß.«

Am 20. März sagte Gagern auf der Tribüne der National-Versammlung: er habe die Oberhauptsfrage stets als in Verbindung stehend mit der Frage erachtet, ob Oesterreich im Bundes-

staat sei oder nicht? In ersterm Falle »so war das Direktorium geboten, so mußten wir verzichten auf den Grad der Einheit den wir erstreben. War Oesterreich nicht im Bunde, dann konnten wir diese Einheit anstreben.« Wenn nun Zweifel darüber stattgefunden so bestanden sie jetzt nicht mehr: Oesterreich wollte im Bunde sein und man konnte es ihm nicht wehren. Nach Gagern's eignen Voraussetzungen mußte man also auf ein Direktorium kommen. Hiergegen läßt sich indeß einwenden: er glaubte nicht daran, daß Oesterreich in den »Bundesstaat« eintreten werde. Ja und noch mehr, er hatte Recht darin, indem er das Frankfurter Projekt im Sinne hatte. Allein damit wurde die Sache geradezu herumgedreht. Es war zugestanden, daß das Maß der zu erstrebenden Einheit von der Frage abhängen müsse, ob Oesterreich im Bunde sei? Statt dessen sollte nun aber die Lösung dieser Frage davon abhängen, ob Oesterreich in den Grad der Einheit eingehe, den die Kaiserpartei erstrebte. Es sollte ausgeschlossen werden aus dem Bundesstaat, weil es, wie man ganz richtig voraussetzte, in denselben nicht eingehen werde und dem sollte durch den Beschluß eines erblichen Oberhaupts das Siegel aufgedrückt werden. Dieser Beschluß sollte erfolgen vor Beantwortung der in jedem Falle noch bestehenden Frage, ob Oesterreich im Bunde sein werde. Von den Gagern'schen Prämissen konnte man also höchstens zu der Forderung gelangen, daß kein Direktorium, nicht aber zu der, daß ein erbliches Oberhaupt beschlossen werden möge. Mit anderen Worten: die Frage mußte bis nach Regulirung des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland offen bleiben, wenn man in reiner Lage sein wollte. Ganz ungehörig war es aber, über dieses Verhältniß unterhandeln wollen, seine Regulirung beginnen, und vorab gegen Oesterreichs Verbleiben im Bunde durch Votirung der Oberhauptserblichkeit entscheiden. Sollte indeß schlechterdings ein Entscheid über die Oberhauptsfrage gegeben werden, so präjudicirte offenbar der Beschluß eines Direktoriums viel weniger. Wie schon gesagt, näherten sich die Direktorialisten den Erbkaiserlichen nach Möglichkeit. Wären nun diese uns gleichfalls entgegengekommen durch Verzicht auf die Erboberhauptsform, so würden wir ihnen geholfen haben, die Verfassung im konservativen Sinne zu vollenden, wozu sie und wir vereint ausreichend stark waren, ihr Paktum mit der Linken und der Verderb der Verfassung wäre vermieden, die National-Versammlung wäre wol nicht gescheitert.

Auf dem Wiener Kongreß wollten selbst so weitfliegende Häupter, so große Herzen wie Stein sich begnügen, wenn es nur zu einer Deutschen Verfassung käme, als deren exekutive Spitze die vier Staaten Oesterreich, Preußen, Baiern und Hannover in einem Direktorium hergestellt würden. Stein, der doch als den innigsten Wunsch seines Herzens gern eine Verfassung wieder gehabt hätte, wie sie unter den Fränkischen und Sächsischen Kaisern gewesen, mit einem Fürstenrathe, erklärte zuletzt: das wahrhaft Staatsmännische bestehe darin, das Mögliche zu wollen und zu schaffen. (Vergl. Pertz, Denkschriften des Ministers Frhrn. von Stein S. 16.) Wie gern beriefen sich unsre Gegner auf Männer wie Stein, dessen Ideen wir jetzt adoptirten. Auch das half uns nichts. Man wies uns trotz dieser Autorität mit Spott, Schelten oder Hohn zurück, als wenn wir die ausgemachtesten Idioten und Verräther an der Deutschen Sache und Deutschen Einheit wären. Ohne Aufhören wurde behauptet, bei dem Direktorium müsse man auf eine Deutsche Politik, ein Deutsches Heer, eine Deutsche Marine verzichten u. s. f. Statt Beweises beutete man das fort und fort unterhaltene Mißtrauen gegen Wiederkehr des alten Bundestags und die unablässig gehegte und gepflegte Abneigung gegen jede der älteren ähnelnde Verfassungsform aus. Umgekehrt ließ man sich in dem Glauben, daß mit dem Preußischen Kaiser schon alles Erwünschte gegeben sei durch die Erkenntniß und das Eingeständniß nicht beirren, daß man in Preußen einen Erbkönig und doch keine eigne, keine einheitliche, keine Deutsche, ja nicht einmal eine Preußische Politik habe. Wenn ein Bundesstaat im Sinne der Kaiserlichen möglich sein sollte, so durfte sich in demselben keine Großmacht befinden, die als solche ihre Selbstständigkeit behauptete. Daß Preußen die seinige aufgeben werde, war die anfängliche Voraussetzung der Gagern'schen Partei gewesen. Sie erkannte zu dieser Zeit und ergab sich darin, daß Preußen selbstständig bleibe, so daß also, wenn es an die Spitze gestellt wurde, das Ergebniß Preußische Hegemonie oder Oberherrschaft sein mußte, ein Bundesstaat nicht sein konnte. Dem Zustandekommen der Hegemonie oder Oberherrschaft Preußens war entgegen, daß sich die Mittelstaaten und Oesterreich entschieden widersetzten und Preußen selbst nicht wollte, zum wenigsten nicht entschlossen wollte. Nicht einmal die Preußische Hegemonie war möglich ohne Gewalt und Krieg, der Erfolg hiervon zweifelhaft, und noch einmal, Preußen selbst dazu nicht willig.

Dennoch blieben die Kaiserlichen dabei, daß es sich bei ihrem Projekt um Errichtung eines Bundesstaats handle und hörten auf nichts weniger als auf die Einrede gegen dessen Unausführbarkeit. Sie hatten Recht, wenn sie sagten, der Bundesstaat mit unserm Direktorium sei gleichfalls eine Unmöglichkeit, sofern sie damit sagen wollten, daß die Verwandlung des Deutschen Staatenbundes in einen parlamentarisch zu regierenden unitarischen Staat, mit andern Worten die Aufrichtung einer über allen Deutschen Regierungen, namentlich über Preußen und Oesterreich stehenden Centralgewalt auch bei einem Kollektiv-Regiment unmöglich sei. Indeß waren wir so klug auch. Wir sagten es in der Motivirung deutlich genug, daß wir uns versuchsweise auf den Boden der nun einmal gefaßten Beschlüsse stellten, um von diesem Punkte aus wo möglich zum Ziele zu gelangen. Unsre Gegner irrten darin, daß sie die Errichtung eines Staates ihrer Idee für nothwendig und — möglich hielten, daß sie glaubten, zu Gunsten ihres Projekts über die Staaten, die Großstaaten, verfügen zu dürfen und zu können. Unter den Direktorialisten fehlte es jedoch auch nicht gänzlich an Solchen, welche sich in einem ähnlichen Irrthume befanden. Sie waren gleichfalls in den unitarischen Verfassungsideen befangen genug, um zu wähnen, ein theoriegerechter parlamentarisch zu regierender Bundesstaat mit Oesterreich und Preußen werde sich durchsetzen lassen, wenn man nur die Oberleitung kollegialisch organisire.

Am 19. Januar reichten wir aus den Pariser Hofe noch ein Unteramendement zu dem Rotenhan'schen Antrage ein, in welchem namentlich der zu §. 5 vorgeschlagene Zusatz dahin zielte, denen die eine möglichst einheitliche Vollziehungsgewalt haben wollten, möglichst entgegenzukommen *). Wir verhehlten uns nicht im Min-

---

*) §. 1 möge lauten:

»Die Regierungsgewalt im Deutschen Reiche wird im Namen des Deutschen Bundesstaats durch ein Reichsdirektorium ausgeübt.«

§. 2 möge lauten:

»Das Reichsdirektorium besteht aus dem Kaiser von Oesterreich, den Königen von Preußen, Baiern, Sachsen, Hannover und Würtemberg, und einem von den Regierungen der übrigen Einzelstaaten zu wählenden Fürsten.«

§. 4 möge lauten:

»An der Spitze des Reichsdirektoriums stehen abwechselnd von vier

desten, daß der Direktorialvorschlag nur eine sehr schwache Aussicht auf Erfolg habe. Wir nahmen jedoch die in erster Lesung beschlossene Verfassung als eine vorläufige Thatsache und ließen selbst den so hartnäckig daran festhaltenden Eigensinn als eine Thatsache gelten, als an welche wir zunächst anknüpften. Wir gingen eben nicht darauf hinaus, jene Verfassung zu vereiteln, wir wollten sie vielmehr möglich machen. Wir glaubten, daß sie zum Höchsten mit dem Direktorium praktisch, wenigstens insofern praktisch werden könne, daß sie zur Grundlage einer Verständigung mit den Regierungen sich eigne. Ich für meine Person gehörte zu denen, welche in dieser Beziehung am wenigsten trauten. Um das Meinige beizutragen, damit die National-Versammlung nur überhaupt irgend etwas zu Stande bringe, that ich was ich vermochte dem Rotenhan'schen Antrage Eingang zu verschaffen. Freilich hielt ich es, von andern Bedenken abgesehen, in jedem Falle für »zu spät,« auch nur ihn wirklich in das Leben hineinzuführen. Ich glaubte, wenn man in Wahrheit etwas schaffen wolle, so werde man noch weiter von den Frankfurter Ideen zurückgehen müssen, oder man werde, je weniger man es thue, desto weiter zurückgedrängt werden. Hiermit war indeß auch ein Theil selbst der nächststehenden Freunde nicht einverstanden. Daher um so mehr die Form, welche ich für die Veröffentlichung eines weiteren Vorschlags wählte, über welchen aber selbst Welcker lachte, wie denn auch in unserm engeren Kreise die »überspannt« unitarischen Ideen eine gewisse Wirkung übten, obwol sie gemäßigter erschienen. Er wurde in der Nummer 5 der Flugblätter vom 17. Januar abgedruckt, am Schlusse eines von mir herrührenden Aufsatzes zur Kritik der Projekte der Kaiserlichen. Er folgt hier mit der Einleitung:

Ich habe einen Vorschlag mit unterschrieben, der vom Freiherrn von Rotenhan ausgeht, und den ich dieser Nr. der Flugblätter beilegen lassen werde. Nicht, daß ich ihn für unangreifbar hielte, daß sich nicht in mir selbst mancherlei Einwendungen dawider erhöben. Allein, man muß auch den Stimmungen »Rechnung

---

zu vier Jahren die Regenten der beiden Einzelstaaten, welche die größte Volkszahl haben.«

In §. 5 möge nach den Worten: »und empfängt die fremden Gesandten« beigefügt werden: »Derselbe verkündet und vollzieht die Reichsgesetze; er ernennt die Reichsbeamten.«

tragen,« welche an der Stelle herrschen, wo man durchzudringen wünscht. Der Vorschlag erscheint mir unter den vorliegenden als der relativ passendste. Er mag freilich leicht als unannehmbar oder unausführbar erscheinen, wenn man davon ausgeht, daß die in erster Lesung beliebten Abschnitte der Verfassung unverändert bleiben müssen, wie sie sind. Ist dies der Fall, dann paßt an der Spitze einzig und allein das Erbkönigthum. Doch, wohl zu merken, das und nur das Erbkönigthum, in oder neben welchem keine Einzelstaaten bestehen. Man täusche sich darüber nicht: folgerichtig und wissend, was sie thun, verfahren lediglich die, welche auf Vernichtung der letztern hinauswollen. Man kann sagen, ein Direktorium, wie es nach jenem Vorschlage gewünscht wird, sei unmöglich oder doch schwer in Stand und Wesen zu bringen und zu erhalten, wenn daneben Volks- und Staatenhaus, verantwortliches Ministerium und mit einem Worte der ganze konstitutionelle Mechanismus steht. Aber dasselbe gilt vollkommen von dem Bundesstaate mit einem Erbkönig, vom Erbkönigthum bei Konservirung des Preußischen Staates und der übrigen Staaten *).

Neben der Weisheit hat auch die Thorheit gern ihren Raum, welchen ich denn auch dem nachstehenden närrischen Entwurf gönnen will. Man wolle nicht schaudern: »der alte Bund!« Man wolle den Ausruf: »Reaktion!« ersparen. Es ist ja nicht böse, ich will sagen, ernstlich gemeint. Der mitzutheilende Entwurf ist ein bloßes unschuldiges Phantasiespiel, unwerth, daß Senatoren ernstlich damit sich beschäftigen. Er ruht auf dem Gedanken einer Reform und der Begnügsamkeit mit einer Reform der bisherigen Verfassung. Es wird Niemandem zugemuthet, so thöricht zu sein, daß er sein Streben auf eine bloße Reformation beschränke, oder daß er nicht glaube, die Nation habe eine Revolution gemacht und müsse nun auch eine ganz neue Gestalt haben, oder daß er — Falls sich zeigen sollte, daß die zu einer ganz neuen Gestalt führende Revolution eigentlich noch nicht gemacht sei — daß er von dem Versuch abstehe, sie nunmehr zu machen. Ich würde aber doch davon abgestanden haben, den Entwurf mitzutheilen, weil er dem Vorwurfe, dem Halalo: »Der alte Bund!« so sehr ausgesetzt ist — wenn es

*) Das Erbkönigthum gilt mir gleich mit einer Zerstückelung Deutschlands. Sollte die National-Versammlung das Direktorium belieben, so dürfte sie die ganze Sache in der Hand behalten, wo nicht, nicht.

nicht doch Alles einerlei wäre. Ich habe auch einmal den Vorschlag des Hrn. v. Rotenhan unterschrieben, und das ist auch der alte Bund, und Alles ist der alte Bund, was nicht der centralisirte Einheitsstaat ist.

Folgt hiernach der scherzhafte Entwurf.

1) Die Reichsregierung ist einem Reichsrathe und einem Direktorium anvertraut. 2) Das Direktotium besteht aus 5 Mitgliedern. Von diesen ernennen Preußen, Oesterreich und Baiern je ein Mitglied. Die übrigen beiden Mitglieder werden von den übrigen Staaten, die dabei die im Plenum der vormaligen Bundesversammlung zuständigen Stimmen führen, ernannt. 3) Das von Oesterreich ernannte Mitglied führt den Vorsitz im Directorium, das von Preußen ernannte im Reichsrathe. 4) Der Reichsrath besteht aus 69 Mitgliedern, von denen Oesterreich, Preußen, Sachsen, Baiern, Hannover und Würtemberg je 4, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Holstein, Luxemburg und Limburg je 3, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Nassau je 2, und von den übrigen Staaten jeder eines ernennt. 5) Das Direktorium faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Es ist in allen Fällen befugt, über die zu treffenden Entscheidungen das Gutachten des Reichsrathes zu fordern. Es ist verpflichtet, mit dem Reichsrathe gemeinschaftlich zu berathen: 1) über alle Gegenstände, die keine sofortige Erledigung dringend fordern; 2) über alle zur Ausführung von Reichsgesetzen zu erlassenden Verordnungen; 3) über alle Gegenstände, deren Ausführung eine Abänderung der in den Staaten bestehenden Einrichtungen nöthig macht; 4) über alle von den Staaten nach der Matrikel zu fordernden Geldbeiträge. Es ist an die Zustimmung des Reichsraths gebunden: 1) bei Entscheidungen und Verhandlungen über Krieg und Frieden; 2) bei Abschluß von Staatsverträgen; 3) sobald es sich darum handelt, den Staaten oder einem Staate Verpflichtungen aufzulegen, welche nicht bereits gesetzlich begründet sind; 4) bei Ernennung und Abberufung eines Oberbefehlshabers der Landmacht oder Seemacht; 5) bei der Verfügung von Exekutionen und Zwangsmaßregeln gegen Bundesmitglieder; 6) in allen Fällen, in welchen die Reichsregierung der Zustimmung des Volkshauses bedarf, und sobald es auf Ausführung eines von diesem gefaßten Beschlusses ankommt. 6) In dem in Nr. 5 sub 6 erwähnten Falle fungirt der Reichsrath als Staatenhaus und seine Verhandlungen sind öffentlich. 7) Die

Beschlüsse des Reichsraths erfolgen nach Stimmenmehrheit. Wegen fehlender Instruktion kann kein Aufschub einer Abstimmung verlangt werden. 8) Der Reichsrath kann nach den verschiedenen Geschäftszweigen in verschiedene Sektionen getheilt werden, in welchen die Gegenstände zur Entscheidung vorzubereiten sind. Ob in diesen Sektionen auch Entscheidungen getroffen werden können, hängt von einer durch Beschluß des Reichsraths zu ertheilenden Ermächtigung ab. 9) Das Direktorium kann für einzelne Geschäftszweige aus einer Kandidatenliste der Staaten besondere Minister ernennen, welche als Vorstände der Sektionen des Reichsraths fungiren, aus diesen ihre Hülfsarbeiter wählen und befugt sind, den Mitgliedern einzelne Geschäfte zur Bearbeitung und zum Vortrage zuzuweisen.

Motive. Es ist davon auszugehen, daß 1) die Verfassung so anzulegen ist, daß sie auch für Oesterreich paßt, indem andern Falls die ganze Aufgabe ungelöst bleiben würde. Das Hinderniß hinsichtlich Oesterreichs liegt nicht in §. 2 und 3, sondern in dem ganzen Zuschnitt der augenscheinlich auf einen Einheitsstaat berechneten, und durch die Tendenz der konstitutionellen Regierungsform zu diesem hinarbeitenden Verfassung. 2) Es gilt einer Emendation aber einer sehr wesentlichen, für den Augenblick genügenden Emendation der alten Bundesverfassung, einer Besserung, für welche wir alle Ursache dem Himmel zu danken hätten, wenn wir sie nur hätten. 3) Das jetzt ganz fehlende föderative Element, welches durch die konstitutionelle Form nicht ersetzt wird, ist wieder hineinzubringen. Was in dieser Beziehung nöthig ist, kann indeß nur von den Staaten geschehen. 4) Eine dem Nordamerikanischen Muster schlechthin entsprechende Form paßt nicht auf konstitutionelle Monarchien. Eine Obermonarchie mit Untermonarchien ist mindestens ein gewagtes Experiment und kann keine Dauer haben. Der alte Verlauf wird sich — zumal bei dem jetzigen tieferen Eingreifen der ausgebildeteren Staatsorganisation — wiederholen: entweder wird die Spitze fallen und unmächtig werden, oder es werden die Theile zu Provinzen herabgedrückt werden. Letzteres ist nach den jetzigen Zeitumständen, sofern nicht das Ganze schon in der ersten Zeit seiner Anwendung scheitert, mit Sicherheit vorauszusehen. Von dem komplet, mit Ministerien für alle Zweige, organisirten Verfassungssystem ist also in einigen Beziehungen allerdings abzugehen. Ein Finanzminister ist, da es kein eigentliches Reichsbudget, sondern nur eine Verwendung von Beiträgen der Staaten geben kann,

eben so wenig am Orte als eine Bewilligung des Budgets durch das Volkshaus. Ebensowenig paßt ein Reichsjustizminister. Wo Behörden eigentlich überflüssig sind und nichts zu thun haben, da schaffen sie sich eine Thätigkeit, die eingreift und übergreift wo sie es nicht sollte. Das ist sogar gefährlich. Ein Budget ist bekanntlich ein sehr passendes Mittel in Detailverhältnisse hineinzuregieren und Dinge an das Centrum zu ziehen, die nicht dahin gehören. Die schon jetzt gemachte Erfahrung — wo die National-Versammlung Gelder zu ganz speciellen Regierungsmaßregeln aus den Kassen der Staaten (nicht der Unterthanen) bewilligt und somit die Maßregeln selbst anordnet — liefert den sprechendsten Beweis davon. 5) Es ist, um diesen Rücksichten zu genügen, als Organ der Centralregierung ein Reichsrath und ein Direktorium vorgeschlagen. — Der Reichsrath hat zugleich die Funktionen des Staatenhauses, und demnach modificirt sich der Abschnitt des Verfassungsentwurfs vom Reichstage *).

---

*) Stahl in seiner Schrift: Die Deutsche Reichsverfassung, geschrieben im Juni 1849, Berlin 1849, führt aus (S. 29) daß nach den Deutschen Verhältnissen nur ein Fürsten- (nicht bloßes Staaten-) und Volkshaus angemessen sei. Die »Herstellung dieser natürlichen Elemente gegen die künstlichen des Staaten- und Volkshauses« erscheint ihm als der »einzige Weg zur Lösung jenes Problems, wenn es überhaupt lösbar, daß die einheitliche Deutsche Volksvertretung eine Wahrheit werde und dennoch Landesfürsten und Landeskammern nicht zum bloßen Schatten werden.« Ich begnüge mich einfach mit dieser Anführung. Die Kaiserlichen glaubten und sagten unter steten Anzüglichkeiten gegen uns Ketzer, Diejenigen allein, welche ihren Verfassungsideen anhingen, träfen das Richtige und dem Vaterlande Heilsame. Aber die Nebel verziehen sich mehr und mehr, und wenn sie dem hellen Tage gewichen sind, bereuen es unsre Gegner vielleicht noch schwer, uns und unsre Vorschläge verworfen zu haben.

Die Verhandlungen über die Einheitlichkeit des Oberhaupts.

Die Verhandlungen der National-Versammlung über den Verfassungsabschnitt vom Oberhaupt währten vom 15. bis 23. Januar. Ich werde mich um so mehr darauf beschränken können, aus den Debatten Einzelnes hervorzuheben, da von dem was gesagt wurde das Meiste nur Wiederholung, und Anderes Vertretung von Ansichten und Vorschlägen war, welche praktisch gar nicht in Betracht kommen konnten. Außerdem hatte kaum irgend etwas von allem was vorgebracht wurde, Wirkung. Das Ergebniß stand von Anfang schon so ziemlich fest. Man wußte, daß die Oberhauptsfrage viel weniger in öffentlichen Sitzungen der National-Versammlung als in den Vorversammlungen entschieden werde, oder glaubte überhaupt an die Wirksamkeit der Frankfurter Beschlüsse in derselben nicht mehr. Die große Mehrheit der Mitglieder befand sich in höchster Spannung, doch war diese fast gänzlich auf die Abstimmungen gerichtet. Fast Alle hatten bereits ihre Meinung und abzugebende Vota festgestellt. Die einander Entgegenstehenden gingen von Voraussetzungen aus, nach welchen sie mehr oder weniger Recht hatten, die aber vom Widerpart nicht zugestanden wurden. So wurde denn in den Debatten unendlich viel hin und her gefochten und nur in die Luft gehauen. Sie bestanden zu einem nicht unbeträchtlichen Theile aus den Klopffechtereien und Spielen des Witzes, worin sich allezeit die Bassermann und Vincke und Voigt, und dieses Mal auch Andere wie Beda Weber groß zeigten und wobei doch

nichts herauskam. Pertinentes wurde verhältnißmäßig nicht zu viel vorgebracht. Von den Mitteln und Wegen der Ausführung der großen Projekte eines unitarischen Staates mit einem Kaiser, einem republikanischen Präsidenten an der Spitze, kam wenig vor; es war nicht daran zu denken, die Linke und die Kaiserpartei zu überzeugen, daß sie sich um unausführbare Dinge bemüheten und ereiferten. Unsre Ansicht war mit dem Künßberg'schen Antrage verworfen. Die Direktorialform, wofür wir eintraten, war nur ein Stück oder vielmehr ein Surrogat derselben. Die Kaiserpartei sagte (z. B. in der Deutschen Zeitung) die Redner oder doch die meisten Redner der Linken hätten sich als ausgemachte Doktrinärs gezeigt. Es war vollkommen wahr, aber auch von den Rednern der Kaiserpartei. Aus allen diesen Gründen waren die Debatten im Ganzen genommen ohne erhebliches Interesse, und fanden auch wenig Theilnahme beim höhern und niedern Publikum der sehr schwach besetzten Gallerien.

Schüler aus Jena (republikanische Linke) eröffnete das Feuer, und lieferte sogleich zu allem Ueberfluß den Beweis, daß die ganze staatsmännische Nichtbefähigung und Impotenz seiner Partei vor wie nach vorhanden sei. Es war, die Lage der Dinge erwogen, nichts als Reiterei auf einem dürren Principe, ja reine Abgeschmacktheit, zu befürworten, daß »jeder Deutsche« Reichsstatthalter sollte sein können. Die republikanische Partei taxirte die Kraft der ihr zu Gebote stehenden Menge und Stimmung genau so falsch, wie die Centren die der Mittelstände falsch beurtheilten. Nur in sofern war ihr Kalkül um etwas richtiger wie der der Kaiserlichen, als sie die, ihren Tendenzen die Wege bahnende Kurzsichtigkeit und hitzige Unvorsichtigkeit der letztern bei demselben mit einrechnen durfte. Schüler erklärte sich sowol gegen den Erbkaiser wie gegen das »republikanische« Direktorium. Der zweite Redner (für den Erbkaiser), Falk, verwarf letzteres gleichfalls und zwar als eine Form des Partikularismus, durch welche man »uns die Einheit hinwegeskamotiren« wolle, die nicht lebensfähig sei, für die sich Niemand »begeistern« könne, für welche einzig und allein »praktische« Gründe sprächen und damit allein schon war ihr freilich in der Frankfurter Versammlung das Urtheil gesprochen.

Biedermann ging davon aus, die Mehrheit der Versammlung und die ungeheure Mehrheit der Nation sei darin einverstanden, daß sie zum alten Staatenbunde nicht zurückkehren wolle.

Dadurch erledigten sich für ihn die Vorschläge, wonach ein Direktorium an die Spitze gestellt werden solle und alle ähnliche, die keinen »festen Bestand des Oberhaupts« wollten. Er freue sich des Vorschlags von Rotenhan, weil derselbe offen und ehrlich ausspreche, daß ihm das Princip des Staatenbundes zum Grunde liege. Hier aber solle ein Bundesstaat geschaffen werden, eine Einheit, eine Gesammtregierung und Vertretung, die unmittelbar hervorgehe aus der Gesammtheit der Nation. Für ihn (den Redner) blieben daher nur zwei Vorschläge übrig, die republikanische Spitze und das Kaiserthum. Für letzteres erklärte er sich. Sehr interessant ist es, mit diesen seinen Aeußerungen eine kleine Schrift zu vergleichen, welche er im März 1848 hatte erscheinen lassen, und worin er darlegte, wie die beabsichtigte Bundesreform nach seiner persönlichen Ansicht, gemäß dem Bedürfniß der Gegenwart, im Geiste der Zeit und nach den Wünschen des Volkes zu bewerkstelligen sein würde *).

---

*) Das Deutsche Parlament, ein Entwurf, der am 30. März in Frankfurt a. M. zusammentretenden Versammlung Deutscher Männer gewidmet. Der Gedankengang dieser Schrift ist der folgende: Die Idee einer Vertretung der Deutschen Völker beim Bundestage, eines Deutschen Parlaments und einer demgemäß vorzunehmenden Reform der Bundesverfassung ist die Losung geworden. Der Deutsche Bund ist ein unglückliches Mittelding zwischen einem Bundesstaate und einem bloßen Staatenbunde. Die Bundeseinheit, die Centralgewalt muß gestärkt und zugleich volksthümlicher gestaltet werden. Das ist derzeit der nationale Gedanke. Das Volk will, sich selbst regierend, an der Leitung seiner Bundesangelegenheiten Theil nehmen, dem Auslande als ein selbstständiges, selbstbewußtes Volk gegenübertreten. Soll jener Gedanke zur That und Wirklichkeit werden, so bedarf es einer ruhigen klaren Abwägung der Voraussetzungen, Bedingungen und Schwierigkeiten, welche bei seiner Verwirklichung in Frage kommen; die kühne Begeisterung, welche das seelenbeflügelnde Wort ausspricht, muß sich mit der nüchternen Prüfung verbinden, um der That den sichern Weg zu bereiten. Es soll in Betreff der Bundesreform etwas Bleibendes, Dauerndes gestaltet, nicht bloß Etwas im Drange des Augenblicks geschaffen werden. Also: Der Bund darf nicht bloßer Fürstenbund bleiben, er muß aus Staaten mit wahrer Volksvertretung bestehen, in der Bundesverfassung selbst muß die Garantie dafür gegeben sein, daß die in den Landesverfassungen zur Geltung gelangten freien Grundsätze nicht abermals durch den Bund geschwächt oder unterdrückt werden. Die einzig sichere Garantie besteht in einer unmittelbaren Vertretung der Völker am Sitze der Bundesgewalt, neben der mittelbaren durch die Regierungen. Doch kann eine bloße Volksvertretung die Bundeseinheit nicht bilden, was dem Charak-

Das Rotenhan'sche Direktorium ging noch einen guten Schritt weiter und stand dem Princip des Bundesstaats näher als die Biedermann'schen Vorschläge aus der Mitte der Märzbewegung. Es leidet wol keinen Zweifel, wenn die Siebzehner Vorschläge dieser Art gemacht hätten und wenn die National-Versammlung rasch darauf eingegangen wäre, so würde man die Reform nach den »Wünschen des Volkes« haben bewerkstelligen können. Statt dessen überspannten die Gesetzgeber selbst die Ideen und Erwartungen, die Agitation für diese war zu unkräftig die Mehrheit der Nation dafür zu entflammen, nur eine schwache zweifelhafte Mehrheit des Parlaments wurde dafür gewonnen und nur das wurde erreicht, daß diese in die grundlose jetzt aber zur parlamentarischen Rechtgläubigkeit gehörende Einbildung gerieth, die »ungeheure« Mehrheit der Nation hinter sich zu haben. Wir hörten schon Biedermann's Klage über die entsetzliche Erfahrung vom Frühjahr 1849, wie das Volk seine Vertreter im Stich gelassen. Im Uebrigen behauptete er, der König von Sachsen sei zu jedem Opfer bereit. Nicht recht vorsichtig war es, daß er einfließen ließ, auch wären die protestantischen Neigungen Sachsens einem Preußischen Kaiserthume günstiger, als sie es der Hegemonie einer katholischen oder gar als ultramontan verrufenen Macht sein könnten. Er schloß unter großem Beifall mit dem großen Worte, wenn die National-Versammlung den mächtigsten Fürsten an die Spitze stelle, so habe sie die

---

ter eines Bundes von monarchischen Staaten widerstreitet. Die Fürsten müssen im Bunde so gut vertreten sein wie die Völker. Auch muß in der Vertretung ebensowol die Einheit der ganzen Deutschen Nation als die Besonderheit der einzelnen Staaten zur Geltung kommen. Auch das spricht für die Beibehaltung des Bundestages neben der Volksvertretung, daß der Bund auch ein vollziehendes und verwaltendes Organ haben muß. Das Deutsche Parlament würde demnach aus zwei Abtheilungen bestehen, dem jetzigen Bundestage als dem Oberhause oder Senate und einem Volkshause. Im ersteren würde jeder Bundesstaat durch einen Abgeordneten vertreten sein und eine Stimme führen, oder man behielte das Stimmenverhältniß wie im Plenum des Bundestags bei. Beiden Häusern würde das Recht des Gesetzvorschlages zustehen. Dem Senat stände daneben die Leitung der gesammten Bundesangelegenheiten und die Vollziehung der gemeinsamen Parlamentsbeschlüsse zu. Die oberste Leitung aller Geschäfte und die Vertretung des Bundes nach Außen läge einem Bundespräsidenten ob, welches Amt alle Mal auf drei Jahre einem der Bundesfürsten durch Wahl des Senats übertragen würde. Selbstverständig gehörte Oesterreich in den Bund hinein u. s. f.

Macht Deutschlands begründet, die Einheit gewonnen und damit die Freiheit begründet — in der That viel durch einen Beschluß.

Nach ihm widersprach Hagen der Erblichkeit aus geschichtlichen Gründen und weil Preußen bisher alle Hoffnungen Deutschlands scheitern gemacht, die sich auf dasselbe gerichtet, um von ihm die Wiedergeburt des Vaterlands zu erwarten.

Phillips, der erste Redner in der zweiten der Frage gewidmeten Sitzung, bemerkte, »die Grundlagen sind zerstört, auf welchen das Kaiserthum beruhte, wir müßten erst neue schaffen, und die wir jetzt zu legen vermögen, sind nicht stark genug das Kaiserthum zu tragen und zu stützen.« Die Herstellung desselben wäre 1815 vielleicht noch möglich gewesen, zu jener Zeit sei die Begeisterung eines Görres dafür nicht ohne Boden, ihr Gegenstand aber kein vergrößertes Preußen und verkleinertes Deutschland gewesen. In einem solchen werde der Norden im Uebermaß vorwiegen, wodurch Baiern am meisten leiden würde, dessen Gefühle und Interessen gleich denen anderer Volksstämme unter der Preußischen Hegemonie schwer leiden würden. Kein Mann in Deutschland berücksichtige die Gefühle der anderen Stämme so sehr als der König von Preußen selbst, indem er sich gegen die Annahme der Krone unter den gegebenen Verhältnissen entschieden erklärt habe. Man möge ihn (den Redner) des Bairischen Partikularismus zeihen — derselbe sei indeß eine Nothwehr gegen einen andern und größern, der das ganze übrige Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs partikularisiren wolle. Man habe so eben erst beschlossen, mit Oesterreich unterhandeln zu wollen, freilich auf das Ziel hin, daß Oesterreich ausscheide; allein die Unterhandlungen könnten doch auch ein anderes Resultat ergeben — und jetzt wolle man vor dem Ausfall so entscheiden, als wenn derselbe bereits nach Wunsch vorhanden wäre. Er erklärte sich für das von Rotenhan vorgeschlagene Direktorium, das sich wesentlich vom Bundestage unterscheide, die Einheit durch den Reichsvorstand wahre, viel besser als der mechanische Einheitsstaat zur Deutschen Natur und für den Bundesstaat allein passe, den — die s. g. Bundesstaatspartei, die Anhänger des Kaiserthums escamotiren wollten. Gerade das vielbegehrte mechanische Kaiserthum sei nicht lebensfähig, er würde dafür unter den gegebenen Umständen stimmen, wenn er ein verkappter Republikaner wäre.

Stahl suchte vom Baierischen Standpunkte auf das entge-

gengesetzte Ergebniß zu kommen. Das Staatenhaus werde die Baierischen Interessen hinlänglich schützen. Baiern werde erst rechten Einfluß gewinnen, wenn es — unter dem Preußischen Kaiser stehe. Die Abneigung in Baiern gegen Preußen sei nur eine künstlich erregte. — Die Rede war auch im weiteren Verlaufe wirklich sehr schwach, mundete aber den Kaiserlichen sehr, weil sie von einem Baier kam, und wurde von ihnen daher bis in den Himmel erhoben.

Nach ihm Venedey gegen den Erbkaiser. Dann Bassermann: Die Stärke müsse gegen das was bisher am meisten geschadet, gegen den Partikularismus, gerichtet werden; vertreten in einem Direktorium würde er seine Stärke behalten, also sei der Gedanke an ein solches von vorn herein zu verwerfen. Es folgten viele sehr gute Pointen gegen dies und das was Schüler, Venedey und Andere gesagt und brillirende Bilder und Hinweisungen auf den Kölner Dom, auf Belgien, das den Gebrauch von seiner Souveränität gemacht, daß es eine feste Monarchie begründet habe, und unglaublich zu sagen auf Frankreich und — England, das er als Muster hinstellte, während er eine Verfassungsmacherei empfahl, welche Frankreich — wovor er warnte — erwählt und wovor England sich gehütet. »Wir wollen eine Verfassung wie die Englische beschließen!« (!!) Es zeugte vom besten Willen, klang in seinem Munde aber sonderbar, wenn er mit großem Nachdruck daran erinnerte, daß man die Dinge und die Menschen nehmen müsse wie sie sind. Die ministerielle Zeitung predigte, man möge nur das Beste beschließen, möge daraus werden was da wolle — er behauptete gegen Schüler ganz richtig, sie habe etwas Anderes zu thun als Vermächtnisse zu hinterlassen. Die ministerielle Zeitung posaunte täglich die Zeichen aus, welche sich aus dem Volk für das Erbkaiserthum kund gäben — er bewies gegen Schüler die Wandelbarkeit der Volksneigungen und Ideen. Auch die (d. h. einige) Ständekammern haben sich für den Erbkaiser ausgesprochen, also garantirt dieser den Fortbestand der Staaten, des Bundes= statt des Einheitsstaates. Eine andere Deduktion lief auf eine ähnliche Logik hinaus: von einem Hinausdrängen Oesterreichs zu sprechen sei Wahnsinn; Oesterreich sei eingeladen und komme immer nicht und behalte sich vor, ob es kommen wolle; es komme auch gewiß, allein man könne nicht warten, und richte man sich nun so ein, daß man ihm die Thür verschließe, wie könnte dann in aller Welt gesagt werden, man habe ihm die Thür verschlossen! Man sollte hier doch wissen, daß man vor vernünftigen Männern

spreche. — Es war die Höhe der Sophistik. Die Kaiserpartei rief: »Sehr gut!« — Es werde aber mit der Durchführung seine Schwierigkeiten haben. Nun, man dürfe nicht verzweifeln, weil nicht Alles gelinge was man sich vor zehn Monaten vorgesetzt. (Das war sehr verständig.) Wir haben beschlossen, wir machen die Verfassung einzig und allein (das war nicht einmal wahr) und ich glaube, wir können den Satz durchführen — bis ans Oberhaupt, und wenn wir die Spitze nicht bauen können und Andere können und thun es, so ist mir die Einheit Deutschlands lieber als ein Princip, diese Spitze lieber als gar keine. — Das war wieder »sehr gut«, allein die richtige Schlußfolgerung blieb gänzlich aus. In jedem Falle sollte es doch der Erbkaiser sein. Er erinnerte daran, daß im März 1848 seine Absolutisten den Deutschen Monarchen gerathen, die Versammlungen nur machen zu lassen, sie würden in Excesse verfallen und so die Mittel bieten ihrer los zu werden, und daß zu derselben Zeit von anderer Seite den Versammlungen gerathen sei, innerhalb der gesetzlichen Schranken zu bleiben. Er sagte der Linken: Das Beispiel der Reichstage in Wien und Berlin beweise, daß der letztere Rath der bessere gewesen, und daß die rechte Seite des Hauses Recht gehabt, dem Drängen der Linken zu Excessen Widerstand entgegenzusetzen, daß es ihr Verdienst sei, wenn der Glaube an die wohlthätige Wirksamkeit der konstituirenden Versammlungen in Deutschland sich noch erhalten habe. Es kam ihm nicht in den Sinn, daß die Frankfurter Versammlung den klügeren Rath nur halb befolgt und deshalb böse Erfahrungen gemacht habe, daß sie im Begriff war, dem schlechteren zu folgen, daß er selbst in erster Linie zu den Excessen rieth und trieb, auf welche die Absolutisten warteten und die den letzten Rest des Ruhms der konstituirenden Versammlungen in Deutschland zerstören sollten. — Endlich: die Linke sage, ihr werdet das Werk nicht hinausführen, die Thatkräftigen werden euch fehlen! Wenn aber die Thatkräftigen die gewesen, die am 18. September gehandelt hätten, so »möchte ich freilich für die Ausführung unseres Werkes ihre Hülfe nicht wünschen, allein meine Hoffnung beruht auf einem anderen Theile des Deutschen Volkes«. Jetzt, wo es um die schwierige Gründung der Einheit sich handle, habe man nichts von der Linken zu hoffen, nicht auf die Märzvereine könne da das Vaterland sich stützen, sondern die Konservativen in den Kammern, die konstitutionellen Vereine, die würden helfen, den letzten Ruck zu thun, das Ersehnte zu erobern. Das war ver-

nünftig, ob auch widersprechend, daß er die Hülfe der Radikalen ablehnte. Allein wenn er nun ohne sie den revolutionären Plan durchzuführen dachte, so ersieht man, welch eine Verblendung dieser Leute mehr und mehr sich bemeisterte. So unglaublich es scheinen mag, ich weiß es, sie glaubten in manchen Momenten ganz ehrlich mit dem Deutschen Mittelstande allenfalls auch ihre zweite Revolution machen zu können, und die radikale Hülfe nahmen sie zuletzt gegen ihren eignen Willen, aber freilich nach der Natur der Verhältnisse an, wie es ihnen stets vorhergesagt war. Am Schluß brachte er einen damals beliebten Drucker an: die Feinde Deutschlands (Dänen u. s. w.) freuten sich bereits der Wahrscheinlichkeit, daß aus dem Deutschen Einigungswerke nichts werde. Die Feinde Deutschlands verließen sich dabei aber doch wol vornämlich auf die Uebertreibungen, insbesondere die der Kaiserpartei.

Venedey erhielt das Wort zu einigen berichtigenden und für das Mal treffenden Bemerkungen, z. B. er wünsche vor Allem, daß man nicht mit illoyalen Waffen kämpfe. Man stelle die Gegensätze so: wir wollen die Einheit, Ihr wollt sie nicht! Das sei kein redlicher Kampf, denn die andere Seite wolle die Einheit so fest wie Einer, sie wolle sie nur nicht eben wie die Erbkaiserlichen, so daß sie mit der Theilung Deutschlands anfange.

Aus Reichensperger's Vortrage ist bereits mitgetheilt, was er über die Einwirkung des konfessionellen Moments bei den katholischen Gegen-Kaiserlichen sagte. Er begann mit einer allgemeinen Bemerkung: »So groß auch das Gewicht ist, welches ich, trotz aller der gegentheiligen Versicherungen auf dieser Seite (zur Linken gewandt), auf diese hohe Versammlung lege, so kann ich ihm doch unmöglich die Macht zutrauen, den Thatsachen und Verhältnissen zum Trotz etwas zu schaffen. Wo der lebendige Keim nicht vorhanden ist, da hilft alle Kunst des Gärtners nichts. Wie ich glaube, daß man durch ein bloßes Dekret die Freiheit einem Volke nicht schenken kann, welches dieselbe, oder wenigstens ihre Elemente nicht bereits in sich trägt, so glaube ich auch, daß man einen Souverän, geschweige denn eine Dynastie, einem Volke nicht geben kann, wenn dieselbe nicht gleichsam naturgemäß aus dem Volke herausgeboren worden. Nein, nie und nimmer glaube ich es, daß ein Souverän durch eine Majorität von ein paar Dutzend Stimmen improvisirt werden kann. Eine solche Improvisation würde gleich einer Seifenblase eine Weile vielleicht lustig schil-

lern, dann aber platzen und in die Luft aufgehen, woher sie stammte. Warum befindet sich jenes England, auf welches Herr Bassermann uns so eben verwiesen hat, seit vielen Generationen im gedeihlichsten Wachsen? Weil seine »glorreiche« Revolution von 1688, wie deren neuester Geschichtschreiber Macaulay sagt, eine konservative und nicht eine subversive Revolution war, weil sie gewissenhaft an die unmittelbare Vergangenheit anknüpfte und nur das ganz Unerträgliche beseitigte; weil seine Verfassung nicht aus der Studierstube stammt, sondern gewachsen ist mitten im Leben; weil dort der Gemeingeist fort und fort in natürlicher Triebkraft die Institutionen aus sich herausgebiert, von welchen die wichtigsten zum Theil nicht einmal schriftlich formulirt sind, die aber so sehr als ein Ergebniß des jedesmaligen Bedürfnisses erscheinen, daß man in Bezug auf viele kaum sagen kann, ob sie die Regel, ob sie die Ausnahme bilden. Wie in der physischen Welt der einzelne Mensch nur ein Faktor, und zwar nicht eben ein sehr bedeutender ist, so oder mehr noch in der socialen Ordnung; er möge sich nicht vermessen, in derselben als Schöpfer, als Urheber auftreten zu wollen; im besten Falle vermag er dann für das bereits wesenhaft Vorhandene nur den adäquaten Ausdruck zu finden. Ich knüpfe an diese Betrachtung die Behauptung, daß der erbliche Kaiser, so viel auch davon geredet werden mag, ein Bedürfniß des Deutschen Volkes nicht ist, wenigstens noch nicht ist, daß er noch nicht in dessen Bewußtsein als eine Nothwendigkeit lebt. Schütteln Sie aber ja nicht am Baume der Geschichte, bevor die Frucht reif geworden; an der Erde liegend würde sie nimmer reifen. Ja, wenn wir insgesammt, die wir hier als Repräsentanten des Deutschen Volkes versammelt sind, den uns vorgeschlagenen erblichen Kaiser auf das Schild erhöben, dann will auch ich rufen: es lebe der Deutsche Kaiser! mit einer knappen Mehrheit von einigen Stimmen ihn auszurufen und dazu noch ausgestattet mit einem Suspensiv-Veto, das scheint mir sehr gewagt, mehr als gewagt!« Zum Konkreten übergehend, kam er darauf, wie die Vertheidiger des Preußischen Kaiserthums noch immer davon sprächen, daß Preußen allerdings seine Einheit aufgeben müsse, wenn die Deutsche Einheit aus ihr erstehen solle, wie aber daran im Ernst nicht gedacht werden könne noch dürfe. Wenn man sage, ein Direktorium führe gerades Wegs zum alten Bundestage zurück, die Wahlmonarchie habe Deutschland schon einmal zerrissen u. s. f., so be-

diene man sich nur des ordinären dialektischen Kunstgriffs, daß man die Gründe des Gegners künstlich und gewaltsam auf die Spitze treibe, um sie dann desto leichter abbrechen zu können. »Mit einem Direktorium soll also der alte Bundestag wieder erstehen, dieser achtunddreißigköpfige Bundestag, worin jeder Kopf sein Veto zu üben hatte. Ich begreife eben so wenig, wie man hier noch einmal diese so oft schon zur Erde bestattete Leiche uns hier vorführen kann, wie man vergessen kann, was wir selbst hier mittlerweile Alles geschaffen haben, was, so Gott will, im Wesentlichsten wenigstens uns erhalten bleiben wird, wie man übersehen kann, daß neben dem Direktorium, wenn es geschaffen werden sollte, ein Reichsrath, ein Staatenhaus, ein Volkshaus, ein Reichsgericht und noch manche andere Garantie für die Einheit und Freiheit Deutschlands bestehen würde! Kann man da wirklich noch im Ernste ein Auferstehen des Bundestages in seiner alten Form befürchten? Aehnelt dieses Direktorium auch nur dem alten Bundestage? Nein, es ähnelt ihm nicht, und eben deshalb, behaupte ich, würde es auch nicht »zu Schanden werden.« Auch ich will den Bundesstaat. Das Wesen des Bundesstaates aber ist meiner Ueberzeugung nach gerettet, wenn eine koncentrirte Gewalt ihm vorsteht, wenn das Veto einer einzelnen Regierung diese Gewalt nicht hemmen kann und wenn neben ihr feste Institutionen zur Sicherung der Volksrechte bestehen. Im Uebrigen ist der Bundesstaat, wie uns Herr Dahlmann in seinem Neujahrswunsche gesagt hat, »ein Staatswesen von der mannigfaltigsten Dehnbarkeit.« Nun wohl, dehnen wir ihn so, daß alle Deutschen Stämme sich in demselben behaglich fühlen und vor allem auch Oesterreich Platz darin finden kann! Herr Bassermann hat gesagt, wenn es nach den neuesten Beschlüssen und dem, was bei der gegenwärtigen Sachlage zu erwarten steht, auch scheine, daß Oesterreich zur Zeit nicht eintreten werde, so sei ihm doch darum die Thüre nicht verschlossen. Machen Sie sich oder uns darüber keine Illusion: wenn wir das jetzt vorgeschlagene System annehmen, so ist die Thüre verschlossen, der Preußische Erbkaiser schließt für Oesterreich unwiderruflich und auf immer zu!«

Man spreche so, als sei nur da Einheit, wo ein Oberhaupt, und als sei jene außer der Erbmonarchie auf das allerbedenklichste bedroht, ohne Einheit aber gebe es keine Freiheit. »Vor allem muß ich hier bemerken, daß Einheit in politischen Verhältnissen ein

gar relativer Begriff ist. Der Bundesstaat ist doch wahrlich auch keine Einheit! Hat die Einheit einen so absoluten, unbedingten Werth, so begreife ich nicht, warum der Verfassungsausschuß, wie es ihm ja so oft angerathen worden ist, nicht **tabula rasa à la française** gemacht hat, warum er nicht ganz Deutschland in Eine Hauptstadt concentrirt hat, von der aus alles dirigirt würde, wie von Paris aus ganz Frankreich! Man muß daher wohl immer die Frage stellen, inwieweit die Deutschen Verhältnisse mit den Verhältnissen solcher einheitlich gestalteten Länder übereinstimmen, wie weit man nach diesen Verhältnissen eine Forderung der Einheit wie der Freiheit nachgeben kann, damit das Einzelne neben dem Ganzen zu bestehen und gedeihlich sich zu entwickeln vermag. Mit dem bloßen Worte Einheit ist daher eben so wenig entschieden, als mit dem Worte Freiheit Alles über den Haufen geworfen werden kann, was dieselbe in irgend einer Weise beschränkt. Es giebt auch in der Einheit Stufen. Ueberspringen wir deren mehrere, so könnten wir gar leicht zu Falle kommen!« Man werde nach der ersten Lesung das darin Beschloßne den Regierungen vorzulegen haben, als den Repräsentanten der betreffenden Volksstämme, ihre Ansichten und Wünsche zu hören und nach Möglichkeit zu berücksichtigen; je breiter aber die Basis des Projekts, desto eher könne eine Einigung unter den Regierungen sowohl als unter den von ihnen vertretenen Stämmen stattfinden. Sprächen sich die bedeutendsten für einen Erbkaiser aus, so könne man vom Direktorium leichter zu ihm hinauf, als von ihm herab zum letzteren steigen. Er schloß: »Lassen Sie sich frühere Vorgänge zur Warnung in dieser Beziehung gereichen. Als wir hier über die §§. 2 und 3 verhandelten, sagte man uns von allen Seiten, es wäre das nur ein Projekt; der Berichterstatter des Ausschusses erklärte uns nicht ein- und zweimal, sondern fünfmal, in mehr oder weniger direkten Ausdrücken, daß diese Paragraphen nur die Grundlage zur Unterhandlung mit Oesterreich bilden sollten, und nun, nachdem dieselben votirt sind, was ergiebt sich nun? In alle Welt redet und schreibt man hinaus, ja sogar in officiellen Aktenstücken aus der höchsten Sphäre des Reiches wird behauptet, es sei durchaus nicht anzunehmen, daß die Versammlung von den §§. 2 und 3 lassen werde, das könne man uns unmöglich zumuthen. Kurz diese §§. 2 und 3 werden bereits wie eine Art von Dogma behandelt, ganz so, als ob die zweite Lesung eine reine Formalität sei; man giebt sie

gewissermaßen als Grundsteine des Verfassungswerkes aus und baut darauf richtig weiter. Sie sind Einmal in diese Falle gegangen, nehmen Sie sich in Acht, daß es nicht zum zweiten Male geschieht. Ueberhaupt scheint es mir, als ob der Verfassungsausschuß — mit aller Hochachtung im Uebrigen von den gelehrten Herren, die ihn bilden, gesprochen! — seine Mission zum Theil verfehlt habe. Statt sein Werk möglichst dem Thatsächlichen, wie es einmal vorliegt, den Verhältnissen des Landes anzupassen, hat er sich wie ein orthopädisches Institut constituirt, er hat sich an's Ziehen, an's Recken, an's Strecken und an's Foltern gemacht, damit um den schönen idealen Leib ein kunstgerechtes Gewand sich werfen lasse; aber der Verfassungsausschuß hat dabei vergessen, daß derartige Kuren in einem gewissen Alter und bei einer gewissen Constitution des Patienten gefährlich, ja sogar lebensgefährlich sind. Noch ist es Zeit, umzukehren; thun Sie es, selbst auf die Gefahr hin, nicht blos zwei, sondern zwanzig Paragraphen und noch mehr von unserm Verfassungswerk auszuschneiden oder umzubilden; andernfalls bin ich sehr bange, daß wenn wir nach Hause kommen, wir allerdings etwas recht schönes Schwarz auf Weiß mitbringen, daß es damit aber auch geradezu sein Bewenden hat. Insbesondere aber sehen Sie zu, ob die Massen recht homogen und im Flusse sind, aus denen Sie Ihr Kaiserbild gießen wollen. Sind sie nicht homogen und flüssig genug, und ich bezweifle dies, so möchte es sich leicht ergeben, daß über dem Gusse die Form zerplatzt und das flüssige Metall sich über das Vaterland ergießt. Ich aber rufe: Gott bewahr' das Haus!«

Die dritte Sitzung (Jan. 18.) eröffnete Barth aus Kaufbeuern mit einer phrasenreichen und inhaltleeren Rede für den Erbkaiser. Ihm folgte Eisenstuck, welcher meinte, es bleibe nur übrig, nach Mayfeld's Antrage das Volk selbst über die Oberhauptsfrage abstimmen zu lassen. Treffend war manche Bemerkung gegen Stahl über die handelspolitische Seite der Frage. Sachsen sei gut protestantisch und für die Einheit, aber dennoch trotz Biedermann nicht kaiserlich.

Der eifrigste unter uns gegen das Erbkaiserthum — er hatte es im Verfassungsausschuß wol das Rips-Raps-Kaiserthum genannt — war Welcker. Wer diese Verhandlungen und die sie begleitenden Stimmungen mit denen des Anfangs der Versammlung vergleiche, wo Alle doch in der Hauptsache einig gewesen, in

dem Gedanken der Begründung eines einigen und ganzen Deutschen Vaterlandes, nicht aber der erlogenen Einheit eines zerstückelten Deutschlands — der müsse von den schmerzlichsten Gefühlen ergriffen werden. »Noch ehe etwa fremde Feinde uns bedrängten oder besiegten, verhandeln wir über die Zerstückelung unseres Vaterlandes!« Darüber sei der leidenschaftliche Gegensatz zwischen Deutschen Bruderstämmen entbrannt und verkünde die Wiederkehr der unglücklichsten Zeiten Deutschlands. Das komme davon, daß man das Recht nicht geachtet und eine ganz falsche Stellung eingenommen. Sein höchstes Verfassungsprincip sei, daß keine der beiden Deutschen Großmächte ausgeschlossen werden dürfe. Er erinnerte an das was er früherhin schon gesagt, daß die Natur der Dinge nicht zu ändern, alle Eifersucht der Menschen und Volkstämme nicht aufzuheben sei. Er und manche Andre würden eher für den Reichsstatthalter der Linken als für den Erbkaiser stimmen. Er sprach, nicht zum ersten Male bei seinem Reden, sehr heftig, und das wurde ihm schonungslos vorgeworfen, wogegen man gern davon schwieg, daß er wirklich auf die Sache einging und auch seinerseits den Kaiserlichen so nahe als möglich kam. Man bezweifle daß Oesterreich eintreten könne und nach seinem Vorschlage solle Preußen die nächsten sechs Jahre an der Spitze stehen: bestätige sich dann das Erstere, so werde sich die Sache ja wie von selbst machen, Preußen erhalte die Krone und sie bleibe ihm friedlich; die Versammlung begehe keine leidenschaftliche Uebereilung und erhalte sich frei von der Schuld, Preußen und Oesterreich zu entzweien, Deutschland in Zerrüttung zu stürzen. Entsetzlich wäre es doch, wenn gerade die National-Versammlung ein solches Unglück herbeiführte. »Es ist eine ganz einseitige Vorliebe, aus Jugendideen und dem norddeutsch-protestantischen Standpunkte herstammend, welche bei den Kaiserlichen zur Leidenschaft geworden, mit welcher sich Selbsttäuschung und Täuschung Anderer verbunden hat. Von der Verblendung sind sie auf falsche Wege gerathen.« Wenn man nur ehrlich einen Bundesstaat wolle, so finde Oesterreich so gut seine Stelle darin wie Preußen, man habe aber für jenes und dieses eine andere Logik. Die Personalunion, worauf man bestehe, das Mittel zur Verwirklichung jenes Ideals, jener Vorliebe, verderbe Alles; dies sei der Punkt von welchem aus die Leidenschaften angefacht worden, die einfache Frage mit Nebeln umhüllt und das Deutsche Volk tagtäglich mit Täuschungen überhäuft

werde. Falsch sei es, daß Oesterreich nicht sollte seinen kriegerischen Beistand eben so gut leisten können, wenn man ihm auch Modifikationen im Heerwesen zugestehe. Man fürchte eine doppelte Oesterreichische Diplomatie, aber wenn Oesterreich von Deutschland abgetrennt sei, so würden seine Gesandten dem letztern doch wol nicht weniger zu schaden im Stande sein. Eine Träumerei und völlige Unmöglichkeit sei es, wenn man sage, daß Oesterreich einen innigen Bund mit Deutschland schließen werde, aus welchem es hinausgedrängt sei. Krieg sei gewesen seit das westliche Frankreich von Deutschland geschieden worden. »Als man auf dem Wiener Congresse in Deutscher Gutmüthigkeit sich das schöne burgundische Land, das ehemalige Deutsche Land zu Gunsten Hollands absprechen ließ, da machte man ein schönes Argument. Es war ein hoher Staatsmann auf dem Congresse, der sagte: Oh, das bundesverwandte Holland wird als bundesverwandt näher verbunden sein mit Deutschland, als wenn wir die Provinzen selbst mit uns verbinden. Dreißig Jahre hat dasselbe Holland unseren Hauptstrom gesperrt, und als Thiers Deutschland mit Krieg bedrohte, war Holland es, das zuerst gegen Deutschland mit Frankreich zusammenhielt. Und nun glaubt der Herr Präsident des Ministeriums, er nehme es mir nicht übel, als Minimum den alten Bundesstaat mit Oesterreich fortzusetzen. Er will uns darauf vertrösten, dieses noch sehr zu vergrößernde Minimum sei ein Gegengewicht gegen den gesetzlichen Verlust. — — Der Wechsel der Politik und der nothwendige Gegensatz, die Hülfe, die Oesterreich gegen uns suchen muß, und die Hülfe, die wir suchen müssen bei den völlig schutzlosen Grenzen, die werden uns nicht in den Bund, sondern in den Brüderkrieg führen. Was wird das Loosungswort sein? Wir werden getrennt sein auf gegenseitiges Wiedererobern; dazwischen aber liegt die Einmischung der Fremden.« Es sei eine dritte Täuschung, daß man dem Deutschen Volke sage, Oesterreich könne und wolle nicht in den Bund treten, während man Alles gethan, seinen Austritt zu erwirken. Aber es wolle und werde nicht ausscheiden, so gewiß nicht als es — der Staat, die Krone, die Deutsch-Oesterreicher — der staatlichen Verbindung mit Deutschland unumgänglich bedürften. Gleich falsch sei es, wenn man sage, die Oesterreichische Politik werde bei einer staatlichen Verbindung Deutschland in's Schlepptau nehmen und in die alten Verderbnisse führen. Preußen habe in der Reaktions-Politik Oesterreich nichts nachgegeben; er fürchte

jedoch die eine so wenig wie die andere. Der alten Sünden werde besser nicht mehr gedacht. »Man hätte übrigens doch von der Oesterreichischen Politik einiges Gute sagen können, so z. B., daß der Oesterreichische Kaiser die Deutschen Landstände vor der Unterdrückung schützte, so in Würtemberg und Mecklenburg, daß Kaiser Leopold I. auf dem Reichstage bei der Vereinigung aller Deutschen Fürsten und Reichsstände, daß in Zukunft die Unterthanen von ihnen nach Belieben besteuert werden könnten, sein Veto einlegte, und dadurch, wie Pitt sagt, die Deutsche Freiheit rettete; das sind auch einige Züge Oesterreichischer Politik. Oesterreich hat uns noch nicht im Unglück verlassen, hat uns kein Land weggenommen. Sogar der von der Bühne abgetretene Metternich muß sich zu viel nachsagen lassen in dieser unglücklichen Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung, bei deren beständigen und ungerechten einseitigen Angriffen gegen Oesterreich. Ich bedauere, daß das Ministerium seine Aktenstücke hineinlegen mag.« Man spreche bei dem Vorschlage jeder andern Form als der des Erbkaiserthums stets von Erneuerung des alten Bundestags; es sei das so viel als Gespensterfurcht hegen oder verbreiten, Zeichen eines unredlichen Willens oder eines schwachen Geistes. Das Schlimmste (beim Ausschluß Oesterreichs) bestehe darin, daß das ganze organische Leben der Deutschen Nation zerrissen, das »Gleichgewicht« aufgehoben werde zwischen Nord und Süd, Katholicismus und Protestantismus u. s. f. woraus Unfriede und mannichfaltiges Unheil hervorgehen müsse. In den Blättern beginne das unselige Spiel schon. »Ich citire Ihnen als ein Beispiel die Berliner Voß'sche Zeitung vom 4. Januar. Was steht darin? Es steht als Argument für das Preußische Erbkaiserthum darin: Der Preußische protestantische Geist sei der ursprünglich Deutsche Geist. Dieser Deutsche Geist habe freilich allerdings eine Zeitlang im Mittelalter die römisch-katholische Krücke zu Hülfe genommen, aber diese sei nun überflüssig und mit dem großen Kurfürsten und Friedrich dem Großen wäre dieser Preußische Deutsche Geist zur Herrschaft gekommen, man müsse nun die Krücke wegwerfen. Das sei die eigentliche Aufgabe, der Sinn des Aufgehens Preußens in Deutschland, diesen eigentlich Deutschen Geist, diesen protestantisch-preußischen Geist dem gesammten Deutschland aufzubringen. Und damit dem Ganzen das Salz nicht fehle, fragt man: wer sind die Widerbeller? Das sind Baiern, das sind keine Deutsche, das sind Kelten und die eigentlichen Anhänger der Jesuiten. Das

steht in der Voß'schen Zeitung. Meinen Sie, das würde nicht gelesen? Meinen Sie, das reizt nicht?« Auch wegen des Schutzes und des Gleichgewichts der materiellen Interessen müsse die Einheit und Gesundheit des Vaterlands bleiben, wie es Gott in einem Jahrtausend zusammenwachsen lassen. Daß man mit dem Preußischen Kaiserthum zu einem wahren Bundesstaate gelange, sei um so weniger zu erwarten, da die Rechtlichkeit in dieser Zeit, der die alte Deutsche Achtung vor den Gesetzen so sehr fehle, in dieser Versammlung sich nicht überwiegend finde, in welcher man die Volksstämme und Regierungen in ihren wichtigsten Rechtsverhältnissen stumm mache. Man sei im Begriff ein verkleinertes Deutschland mit allen Keimen des Bürgerkriegs zu schaffen, und die größte Täuschung bestehe darin, daß man einen starken Staat zu errichten glaube.

Er vertheidigte hierauf noch speciell seinen Vorschlag eines Turnus, erklärte aber, daß er eventuell auch für ein Direktorium oder einen Wahlkaiser stimmen werde, »wenn nur abzuwenden ist der Preußische Erbkaiser.« Am Schluß erklärte er sich noch gegen Bassermann's Aeußerung, wenn die Versammlung es schlecht mache, so würden es die Fürsten wieder gut machen und das sei dann eine Wohlthat. »Ich schlage den Ruhm und Sieg unsers Werkes höher an, als daß ich gleichgültig eines solchen Unglückes gedenken könnte.« Auch die »Appellationen an die Masse« wollten ihm nicht behagen. »Ich erinnerte den Ministerpräsidenten wie viel er durch seine verschiedenen Erklärungen über das Souveränitätsprincip verschuldet, und beschwor ihn, um so mehr seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß die Versammlung die Verständigung mit den Regierungen, welche gewiß bald werde in Anspruch genommen werden, nicht zurückweise, Gerechtigkeit übe, indem sie frei sein wolle.«

Wernher von Nierstein hatte Recht in seinem Sinne, allein auch seiner Rede lag die falsche Argumentation zum Grunde: Oesterreich wird sich auf den von uns projektirten Bundesstaat, auf die Einheitsformen wie wir Kaiserlichen sie nun einmal wollen und für wesentlich und nothwendig halten, nicht einlassen, also —! Auch aus dem Standpunkte seiner Provinz hatte er Recht, wenn er geltend machte, daß die dortige Bevölkerung monarchisch gesinnt sei, aber nach ihrer ganzen neueren Geschichte und Entwickelung

eine große einige starke Monarchie (und zwar meist nach den Französischen Staatsideen) wolle.

Lassaulx sprach ähnlich wie Phillips gegen die Idee der Wiederherstellung von Kaiser und Reich. Man sage, Oesterreich könne wegen seiner verschiedenartigen Bestandtheile mit Deutschland nicht vereinigt sein. »Die Engländer würden denjenigen, der ihnen zumuthen wollte, Irland, Malta, Corfu, Ostindien von sich zu lassen wegen ihrer fremden Nationalität für einen Narren halten; und die Franzosen würden über denjenigen lachen, der ihnen ähnliches zumuthen wollte wegen des Elsasses oder Algeriens. Wir Deutsche allein in der langen Verkümmerung unseres politischen Lebens, zur Schulmeisterei verdammt und darin kindisch geworden, lassen uns andemonstriren, statt an das Leben, an den Begriff uns zu halten, und nicht allein nichts Neues zu erobern, sondern was unsere Väter mit Schweiß und Blut erkauft haben, wie Tölpel für eine Phrase hinzugeben. Ich wünschte gerade das Gegentheil, daß wir nicht allein nichts hergeben von dem, was wir besitzen, sondern der Nationalität zum Trotze noch Anderes dazu eroberten, wie die untern Donauländer und die Provinzen des zerfallenden Türkenreichs. Der Einwand, daß, wenn ganz Oesterreich zu Deutschland träte, wir möglicherweise im gemeinsamen Reichstage von Nichtdeutschen überstimmt würden, fällt weg, wie das Zahlenverhältniß der Nationalitäten beweißt, und der andere Einwand, daß wir dadurch möglicherweise zu Gunsten nichtdeutscher Interessen Krieg führen müßten mit Deutschen Kräften, ist vollkommen albern, denn wir hätten dagegen den Vortheil, daß jene nichtdeutschen Kräfte auch für unsere Zwecke uns helfen würden. Herr Beseler meint zwar, ein so gewaltiges Reich von 70 Millionen im Herzen Europas, wie das vereinte Deutschland und Oesterreich wären, würde Europa nicht zugeben. Ich habe nicht im Rathe Europas gesessen, aber ich glaube, daß, wenn wir mit Oesterreich vereint wären, wir nicht in der Lage sein würden, um Erlaubniß fragen zu müssen, das zu sein, was wir dann in Wahrheit wären. Aber die Grundrechte, meint Herr Beseler, könnten doch unmöglich gleichmäßig zur Geltung kommen in allen seinen Ländern, die so verschieden sind in ihrer Bildungsstufe. Auch darüber würde ich mich zu trösten wissen. Von den Grundrechten möchte ein Jeder so viel sich nehmen, als ihm lieb und nützlich ist, und wer mit weniger auskommt, kann auch, glaube ich, selig werden und ein

guter Reichsbürger sein« u. s. f. »Ich würde darum, wenn es wahr ist, daß die Nationalsouveränität wesentlich ein Machtbegriff ist, vor allem suchen, die wirkliche Macht zu gründen, und würde die ganze Theorie von dem Bundesstaate und ein Dutzend schön stylisirter Paragraphen unserer Reichs-Verfassung freudig in den Kauf geben, wenn es uns gelänge, ein großes mächtiges herrschendes Reich zu werden, und statt des verwünschten Kleindeutschlandes mit dem Könige von Preußen an der Spitze, in Wahrheit ein Groß-Deutschland zu gründen mit dem jugendlichen Kaiser von Oesterreich an der Spitze, und den großen Feldherrn, die ihn umgeben und also das alte Reich Deutscher Nation im Herzen Europa's wiederherzustellen. Daß aber wir jetzt diesen Gedanken verwirklichen könnten, wage ich nicht zu behaupten; bei den unfertigen, gährenden Zuständen, in denen wir uns befinden, mitten in der großen Bewegung des europäischen Lebens, deren Ziel und Endresultat Niemand vorhersehen kann, wird uns, glaube ich, nichts anderes übrig bleiben als an die Spitze der Gesammtverfassung eine Gewalt zu setzen, die erstlich unter den gegebenen Verhältnissen realisirbar und zweitens so bildungsfähig ist, daß aus ihr, je nach dem wirklichen Entwickelungsgang des Deutschen Lebens, entweder eine republikanische oder eine monarchische Spitze heraus sich entwickeln könnte, entweder ein Präsident oder ein Kaiser. Eine solche Form scheint mir, nennen Sie dieselbe, wie Sie wollen, ein Bundesdirektorium zu sein, ähnlich demjenigen, welches Herr v. Rotenhan uns vorgeschlagen hat. — — Wie die Dinge wirklich sind und wir sie nicht ändern können, scheint es mir besser, das mögliche leidlich Gute zu verwirklichen, als dem Unmöglichen nachzustreben, wie ein Jeder sich's denkt, um am Ende nichts zu erreichen.«

In der vierten Sitzung (19. Jan.) sagte Zimmermann von Stuttgart nach seinem Standpunkte ganz vernünftig und für die Kaiserlichen sehr beherzigenswerth: der Mehrheit des Volkes sind die Staatsformen gleichgültig. Bei ihrer Anwendung kommt es an auf die wahren und bleibenden Bedürfnisse der Nation. Dem was vorübergeht darf man die ganze große Zukunft wegen augenblicklicher Verlegenheiten u. s. w. nicht opfern. Der Ausschuß-Kaiser wird entweder ein absolutistischer oder ein konstitutioneller, und beide taugen nichts, das Volk im Süden wird sie nicht durchführen helfen. Er läßt sich nur durchführen durch Bürgerkrieg, und kommt dieser, so wird ihn das Volk nur führen

um zur Republik zu gelangen. Man sagt freilich, das Preußische Kaiserthum liege fertig da, wir brauchten das Werk der Geschichte nur anzuerkennen. Der Historiker aber, der uns das sagt, ist derselbe, der uns Wilhelm den Oranier als den Stifter der Englischen Freiheit vorphantasirte. Er wird mich, als seiner Ansicht entgegen, den langsamen Köpfen zuzählen, ich will es mir indeß lieber gefallen lassen, als einen verdrehten zwischen den Schultern tragen. Ihr irrt, das Volk ist für das Kaiserthum nicht. Macht nur den unvolksthümlichen Kaiser — er wird nur der Vorläufer des kommenden Volksheilandes sein, der mit Blut und Feuer taufen wird. Ich will keine Revolution, eine friedliche Entwickelung wäre auch mir das Liebste, und große Staatsveränderungen, was die Staatsformen betrifft, gingen noch nie anders vor sich, als in Folge großer Revolutionen oder Kriege. Schafft etwas, was den Dingen, wie sie liegen, gemäß ist. Thut jetzt keinen Griff nach einem Kaiser — es wäre ein vielfacher Mißgriff, es wäre gefährlich!

Mittermaier: Das Deutsche Volk wollte Anfangs einen Bundesstaat, und dachte dabei an kein erbliches Oberhaupt. Allein die Noth mehrte sich, der Verkehr wurde gelähmt — so kam das Gefühl: wir müssen mächtig werden, woran der Gedanke sich reihte: wir müssen eine Form schaffen, die im Auslande geachtet wird, die Ehrfurcht einflößt, Vertrauen gründet. So entstand die Umwandelung der Ansichten — wie bei einem Kranken, der auf seinem Schmerzenlager sich herumwälzt und jede Arznei einnimmt, wenn er nur einige Hoffnung hat, daß sie ihn heile. So entstand der Glaube: wir bedürfen eines erblichen Oberhaupts, weil sonst kein Vertrauen entstehen kann, Belebung des Verkehrs unmöglich ist. (Dies war vollkommen richtig, so unbeholfen der Ausdruck sein mochte für ein freilich lächerliches Ding. In einem nicht geringen Theile des Publikums verbreitete sich zu dieser Zeit jener, an ein Stück falsch angewendeter Wahrheit sich anheftende, kindische und trügerische Glaube, Dank der Weisheit und Betriebsamkeit der kaiserlichen Agitation und der Urtheilsunfähigkeit nur zu Vieler.) Es muß etwas für das materielle Wohl geschehen, und auch ich bin überzeugt, daß wir ein erbliches Oberhaupt erlangen und ein Direktorium vermeiden müssen, denn es läßt sich nie denken, daß durch dasselbe der Verkehr dauernd gehoben würde. Aber — die Oberhauptserblichkeit ist mit dem Wesen des Bundesstaates nicht

verträglich, sie ist jetzt im Jahr 1849 bei dieser ersten Lesung nicht auszusprechen, wir müssen ein Oberhaupt beschließen zu wählen auf Lebenszeit.

Beseler als Berichterstatter: Was nicht unmittelbar mit der Verfassungsfrage verbunden ist, ihre Lösung nicht bedingt, bleibe bei Seite. Wir haben es hier zunächst nur mit der Form zu thun, und wenn diese auch ohne die thatsächlichen Verhältnisse nicht allein entscheidet, so ist sie doch etwas Großes, und die Regierungsform, die wir zu bestimmen haben, ist es zunächst, um was es sich handelt. Will man den Deutschen Bundesstaat vollenden, so darf man das Direktorium nicht wählen. Noch untauglicher ist der Turnus, der republikanische Präsident. Die Gesinnung des Deutschen Volkes (das gegen die widerstrebenden Fürsten zur Gewalt, zum moralischen Zugrundrichten der Monarchie aufgeboten werden sollte und bereits aufgehetzt wurde) ist monarchisch. Die Fürsten unter einen Privatmann stellen ist unmöglich. Mag ein großer Mann, an die Spitze gestellt, die Autorität behaupten können: wir dürfen nicht Institutionen bilden für große Zeiten und große Männer. (Dies war ganz richtig wider den republikanischen Präsidenten — und ebenso richtig gegen den Erbkaiser.) Ich spreche für §. 1 des Entwurfs. Wir müssen beschließen, daß ein regierender Fürst an die Spitze gestellt wird. Es wird kein andrer sein dürfen als der König von Preußen und er muß Erbkaiser werden — allein darauf einzugehen und die Einwendungen zu widerlegen ist jetzt nicht an der Zeit. Haben wir nur erst den §. 1, so wird sich alles Uebrige schon finden. (Dies der Sinn einer der konfusesten und seltsamsten aller Deduktionen.) Es kommt darauf an, daß wir die Form finden, welche uns die Einheit der Gewalt gibt und die Macht der Vollziehung, daß dafür eine Form gefunden werde, welche den Deutschen Verhältnissen angemessen ist. (Das war eben unsre Grundansicht, unser Grund gegen die Oberhauptserblichkeit.) Nehmt die vom Ausschuß gebotene Form. Was auch gegen sie gesagt wird, für die andern kann nichts gesagt werden.

Wir meinten doch Manches für eine andere gesagt zu haben, es war aber freilich nichts, wo solche Vornehmheit, Selbstgenügsamkeit und Ausschließlichkeit waltete. Vollkommen richtig war es indeß, sofern der Berichterstatter das letzte Wort hatte. Natürlich pries die Deutsche Zeitung (№ 20) die Rede desselben, eines ihrer Pro-

tektoren und warf verächtliche Seitenblicke nach den Rednern von zu langsamem Kopfe, um die Alleinrichtigkeit ihrer Ansicht zu begreifen.

Man kann der Deutschen Zeitung Glauben schenken, wenn sie sagte: »Mit Absicht zog die Mehrheit — sie meinte die Kaiserpartei — die Verhandlungen in die Länge; sie hoffte vielleicht, durch irgend ein äußeres Ereigniß, durch die Erklärungen der Fürsten und Stände für den König von Preußen, durch die Mittheilungen, die Camphausen von Berlin bringen sollte, manches noch schwankende Gemüth zu sich hinübergezogen zu sehen; sie setzte sogar, wahrscheinlich um Camphausen zu erwarten, die Verhandlungen einen Tag aus; zuletzt mußte sie auch ohne seine Ankunft zur Abstimmung schreiten.«

Hierüber sind an dieser Stelle ein paar Worte zu sagen. Um die Zeit der Verhandlungen über das Gagern'sche Programm hatte sich der Preußische Bevollmächtigte, Camphausen, nach Berlin begeben, um, wie er sagte, mit seiner Regierung in persönlichen Verkehr zu treten, was von Zeit zu Zeit nöthig sei. Während die Kaiserpartei sich anstellte, als wolle sie mit Oesterreich wegen seiner Stellung zu Deutschland, speciell zur projektirten Verfassung oder zum Deutschen Bundesstaat verhandeln und Alles aufbot, die Ermächtigung dazu für Gagern und diesen im Reichsministerium zu erhalten, hatte sie eigentlich, wie zunächst geflüstert, sodann auch ziemlich offen gesagt wurde, Camphausen zu jener Reise bestimmt, damit er persönlich dahin wirke, daß der König zur Uebernahme der Deutschen Krone sich bereit erkläre. Dadurch sollte nunmehr, nachdem ähnliche Versuche mißlungen waren, der Krisis ein rasches Ende gemacht und die Frage über das Erbkaiserthum — und den Ausschluß Oesterreichs — mit einem Schlage entschieden werde. Daß die Sache sich so verhielt, beweisen mehrfache Aeußerungen der Organe der Kaiserpartei, auf welche wir noch kommen werden, und auch Haym's Andeutungen sind deutlich genug. Er sagt (S. 258), »seine (Camphausen's) Anwesenheit in Berlin zu der Zeit, in welcher im Parlamente die Frage des Gagern'schen Programms verhandelt wurde, konnte keine andere Absicht haben, als die Ansichten des dortigen Kabinets in die Richtung der von uns eingeschlagenen Politik zu lenken, den König zu

einer Entschließung über seine Stellung zu der Verfassungsfrage vorzubereiten.« Mitglieder der Kaiserpartei erklärten in diesen Tagen sehr bestimmt, an dem Erfolge der Camphausen'schen Mission sei gar nicht zu zweifeln. Es geschah, um noch Manchen gewisse Bedenken auszureden. Die Partei suchte die Sache hinzuhalten, indem sie hoffte, daß der Preußische Bevollmächtigte Erklärungen mitbringen werde, wodurch noch in ihrem Sinne auf die Abstimmungen eingewirkt werden würde. Sie gab sich viel Mühe, diese Hoffnung auch bei Andern zu wecken. Die National-Versammlung möge deshalb nur »getrosten Muthes das Verfassungswerk vollenden,« hieß es in der Centrenkorrespondenz.

Bei der Abstimmung (19. Januar) waren es im Wesentlichen drei Vorschläge, worüber man zu entscheiden hatte: der einer republikanisch-einheitlichen, der einer fürstlich-einheitlichen und der einer vielheitlich-fürstlichen Spitze. Der Ausfall hing in hohem Maß von der Fragstellung ab. Man wußte, daß die Erbkaiserpartei dahin operiren werde, daß ihr Antrag zuletzt komme. Ein Korrespondent der Deutschen Zeitung (№ 18) sagte: »Ueber das Resultat der Ende dieser Woche bevorstehenden Abstimmung bezüglich §. 1 der Oberhauptsfrage läßt sich bereits jetzt mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit ein Urtheil abgeben. Die Frage des einheitlichen Oberhaupts wird bejaht werden, wenn nämlich in der Fragstellung in der Weise vorgegangen wird, daß zunächst gefragt wird: soll Einer oder sollen Mehrere die Spitze bilden? Es läßt sich das schon aus der einfachen Wahrnehmung schließen, daß der größere Theil der Redner der Linken für die einheitliche Spitze gesprochen, aber natürlich für einen Präsidenten.« Kam der Antrag der Partei zuletzt, so konnte sie »Einige gewinnen, die vielleicht in zweiter Linie für ihren Antrag stimmten.« Sie wußte, daß dies mehrere Anhänger des Direktoriums thun würden, während sie selbst entschlossen war, auch in zweiter Linie für das Direktorium nicht zu stimmen. Die Anhänger des letzteren hatten die mindeste Aussicht auf Erfolg, weil ein Theil der Linken, die nur um des Princips Willen an ihrem Vorschlage festhielt, für das Direktorium zwar zu stimmen geneigt war, aber erst, wenn ihr nichts Anderes übrig blieb, d. h. wenn das Direktorium nach der Einheitlichkeit zur Abstimmung kam. Die Kaiserpartei war auch dadurch im Vortheil, daß sie das die Fragstellung vorbereitende Präsidium auf ihrer Seite hatte. Nach dem Gebrauche des Hauses hätte das Entschei-

bendste zuerst kommen müssen, also nach der eigenen Ansicht der Partei die Einheitlichkeit. Das Präsidium schlug vor, mit dem Direktorium anzufangen und der Vorschlag wurde nach einigem Streite angenommen, trotz Allem, was Schmerling und Gombart dawiderein gewendet. Das Direktorium wurde nunmehr mit 361 gegen 97, sodann in gewöhnlicher Abstimmung ein dem Rotenhan'schen ähnlicher Antrag von Haubenschmidt, sodann Welcker's Turnus mit 377 gegen 80, der republikanische Präsident mit 339 gegen 122 Stimmen (allein der Linken) verworfen und zuletzt der Ausschußantrag auf ein einheitliches fürstliches Oberhaupt mit 258 gegen 211 Stimmen angenommen. In der nächstfolgenden Sitzung brachte Arndts einige kleine Irrungen zur Sprache, so daß das Ergebniß genauer ein etwas anderes gewesen war, nämlich 252 gegen 214 und nicht 47, sondern nur 38 Majorität.

»Ein großes, fürwahr, und bedeutsames Resultat! Das Deutsche Volk hatte durch seine Vertreter erklärt, daß es die Einheit, und zwar eine monarchische Einheit wolle, und dieses Resultat hatte sich gleichmäßig durch die republikanischen wie durch die partikularischen Tendenzen Bahn gebrochen. Wohl verdiente dieser Moment, durch lauten und anhaltenden Beifallsjubel gefeiert zu werden.« So schreibt Haym, so sprach die Kaiserpartei damals. Sie kannte ihren Tendenzen gegenüber nur so oder anders verwerfliche; nur »malkontentes Widerstreben, theils republikanischer, theils partikularistischer Art« liege denen der Gegner zum Grunde. Sie erneuerte ihre Anklagen gegen die »Koalition,« die — Raumer schrieb das auch nach Berlin — lieber wollte, daß gar nichts beschlossen werde und die Versammlung ihren Bankerott an politischer Einsicht und Charakterkraft offen an den Tag lege, als daß sie um Deutschlands Willen ihren Vorurtheilen und Leidenschaften entsage. Nur die Kaiserpartei hatte Patriotismus, Ueberzeugungen und Besonnenheit. Leidig wahr ist es, daß von jetzt an nur zu Viele lieber gar keinen Beschluß zu Stande kommen als von ihrer Meinung lassen wollten. Wir werden indeß mehr und mehr Beweise erhalten, daß gerade die Kaiserpartei, die am lautesten darüber klagte, am meisten darin voranstand. Die Centrenkorrespondenz läutete das Unwesen schon am 17. ein. Sie rühmte, die Vertheidiger des erblichen Kaiserthums hätten mit entschieden siegreichen Waffen gefochten; die Argumentationen der Gegner wären ohne innern Zusammenhang gewesen u. s. f., so daß, wenn das

erbliche Kaiserthum, wie sie übrigens nicht fürchte, bei der ersten Lesung noch keine Mehrheit erlangen sollte, sich »ganz gewiß auch für keins der übrigen Projekte eine große Anzahl von Stimmen finden werde.« Das Rotenhan'sche insbesondere sei viel zu schwach, als daß es viel Aussicht auf Beifall haben könnte. Sie gab über eine angebliche Verbreitung desselben nach Baiern hin eine falsche Nachricht in den Kauf, die sie in einer der nächsten Nummern widerrufen mußte.

In unserm Direktorialvorschlage sah die Linke so gut wie die Kaiserpartei nur den alten Bundestag. Er war darauf berechnet, eine Brücke zur Vereinbarung zu bilden, und die Linke so gut wie die Kaiserpartei wollte souverän, die letztere wenigstens — sofern sie die Rechnung auf Preußen stellte — scheinsouverän entscheiden. Er war und konnte nicht darauf berechnet sein, die erstere zu gewinnen, mit der wir auch nicht die entfernteste Verbindung hatten oder suchten. Wir waren gleich ihr, aber durch selbstständige Motive bestimmt, gegen das einheitliche fürstliche Oberhaupt, aus welchem auf der nächsten Stuffe der Erbkaiser werden sollte, und stimmten deshalb dawider gleich ihr. Dies der Anlaß, daß sofort abermals der Lärmruf gegen die Koalition, und zwar in derselben Nummer ertönte, in welcher angekündigt wurde: wir werden uns heute Abend im Weidenbusch vereinigen, »um wo möglich für alle folgenden Abstimmungen eine kompakte Einheit zu bilden« — eine Einheit, welche immer fremdartigere Bestandtheile in sich aufnehmen sollte und deren bereits sehr unharmonische enthielt; denn abgesehen von den der linken Seite Abgewonnenen, wie verschieden waren die Motive und Tendenzen der einen Hälfte der Kaiserpartei, welche Preußen unter das Reich und der andern, welche Deutschland unter Preußen bringen wollte. Die Linke hatte mit uns freilich nicht gestimmt — da waren wir »von unsern republikanischen Freunden verlassen,« hatten uns dann aber nicht »gescheut,« mit ihnen, die sich so eben treulos gegen uns bewiesen, »gemeinschaftliche Sache« zu machen, um in solcher belle-alliance lieber »Alles vernichten,« die Oberhauptsfrage zum »Gespött« machen, das Deutsche Volk um das Einheitswerk völlig »betrügen,« als die festgewurzelten Sonderinteressen aufgeben zu wollen. Wir waren den Kaiserlichen und deren, ein Extrem enthaltenden Plane, durch unsern Vorschlag so weit entgegengekommen, als es mit unserer Ueberzeugung sich irgend vertrug. Wir glaubten, daß die

Kaiserpartei eher mit uns sich vereinigen, als daß wir uns ihr völlig anschließen könnten. Darüber ließ sich indeß streiten. Aber wir hatten unsere Ansicht begründet, durch andere und bessere Motive, als die uns untergeschoben wurden, wir hatten das Recht, zu fordern, daß man uns eine ehrliche und patriotische Ueberzeugung nicht abstreite. Was die Partei über uns sagte, war eben so ungerecht und beleidigend als unredlich. In jedem Falle durfte sie nicht selbst sich vornehmen und thun, was sie an uns verdammte. Sie war es, die den Satz aufstellte: wer, nachdem sein Vorschlag verworfen ist, dem der andern Partei nicht zustimmt, geht darauf aus, Alles zu vereiteln. Durch die eigene Behauptung verurtheilte sie sich selbst.

Die D.=P.=A.=Zeitung überhäufte uns wiederholt mit denselben Beschuldigungen; so am 19. und am 20. wo auch sie — ich hatte mich in den Flugblättern des Ausdrucks bedient, unter Nachweis daß er zutreffe — die »Seeschlange« der Koalition der »äußersten Linken, der Oesterreichischen Partei, der Ultramontanen und Partikularisten« wieder auftauchen ließ, den Oesterreichern wie Somaruga, dem Oesterreichischen Bevollmächtigten, Schmerling, ein schweres Verbrechen daraus machte, daß sie dem Beschlusse eines Preußischen Kaiserthums entgegenstrebten, und sich dann weiter ausließ wie folgt: »Wenn diejenigen, welche die Nationalversammlung discreditiren wollen, mögen sie rechts oder links sitzen, auch den Vorschlag des Verfassungsausschusses verneinen wollten, nachdem die übrigen Vorschläge gefallen waren, so begreift sich das. Aber schwer begreift man, wie Männer, die dem Centrum angehören, es mit ihrer sonstigen Haltung vereinbarlich fanden, dahin zu wirken, daß die Versammlung faktisch erklären sollte: in der wichtigsten Verfassungsfrage wissen wir zu einem Beschlusse nicht zu gelangen. Wir meinen die HH. Müller aus Würzburg, Quante, Reichensperger, Siemens, Eckardt, Edel, Hugo, Künßberg, Neumayr und Jürgens. Dieselben würden gewiß wohlthun, darauf, etwa in den Flugblättern, zu antworten. Wenn dergleichen Niederschlagendes im Centrum vorkömmt, so muß es dagegen erheben und aufrichten, daß von der gemäßigten Linken viele anders handelten, nämlich für das Bessere stimmten, nachdem das ihrer Meinung nach Beste nicht durchgegangen war; so die HH. Fallmerayer, Leue, Löwe und Jucho. Möchten die Freunde dieser Herren bei der bevorstehenden Debatte über §. 1 a bedenken, daß

nichts entschiedener dahin wirken kann, die Regierung Oesterreichs aus ihrer Zauderstellung herauszudrängen und vor der zweiten Lesung des Abschnitts vom Oberhaupt zu positiven Vorschlägen zu bringen, als die Annahme des Princips der Erblichkeit bei der ersten Lesung.« Das war Bassermann's superkluges Lieblingsargument. Und dann kam die Frage: »Warum einigen sich die Oesterreicher nicht im Positiven?« wozu es keine Landsmannschaft brachte, und die Beschuldigung, daß sie nur negirten, denn ein Direktorialregiment war nichts Positives und wer nicht grade für den Erbkaiser stimmte, der negirte Alles. Im Vertrauen, daß das Publikum zuletzt Alles glaube, wenn dieselbe Unwahrheit nur immerfort dreist wiederholt wird, ertönte fort und fort der Refrain: die Oesterreicher gehen darauf aus, das Zustandekommen jedes positiven Resultats zu hindern. Es war ihnen freilich nahe genug gelegt, indeß suchten sie nur den Beschluß eines Preußischen Erbkaiserthums zu hindern, was ihnen nicht zu verdenken war und gingen mehr als zu viel auf das Frankfurter Verfassungsprojekt ein. Es wäre noch ein Anderes, hieß es am 25. in der ministeriellen Zeitung, wenn die Oesterreicher sich bemüheten, die für Oesterreichs Stellung passende Norm aufzufinden. Sie waren offenkundig fort und fort damit bemüht, obschon vergeblich, da eben die, von welchen jene Rede ausging, nur den Preußischen Kaiser erlangen, sonst nichts zulassen wollten und oft und laut genug erklärten, daß Oesterreich in keiner Weise eintreten könne und solle. Nach dem sie charakterisirenden seltsamen Gemisch von Gerade und Krumm und Gegensätzen aller Art brachte die ministerielle Zeitung in der Nummer 19. einen Artikel, der im Eingange und am Schlusse etwas sehr Wahres, gute jedoch vergebliche Fingerzeige für die Kaiserpartei selbst und beiläufig ein Zeugniß dafür enthielt, daß wir ganz Recht hatten, ein paar Tage später zu fordern, daß die vom Oberhaupt handelnden Paragraphen an den Ausschuß zurückgewiesen würden und daß man in dem Abschnitte vorläufig nicht fortfahre. Die Physiognomie der Versammlung in den letzten Tagen gebe dem Beschauer viel Stoff zum Nachdenken, aber keinen zur Freude. Sie habe einen hippokratischen Zug. Man spreche die Vermuthung aus, daß, wenn auch der §. 1. angenommen werde für die Fragen, ob das eine fürstliche Oberhaupt erblich oder wählbar sein solle, keine Mehrheit erzielt werden könne, und das würde denn die berühmte Geschichte von dem Messer ohne Klinge sein, an dem der Stiel fehle u. s. f. Aber

wie lebhaft protestirte die Centrenkorrespondenz. Das sei hypochondrische Laune. Nie sei die Hoffnung einer nochmaligen allgemeinen Erhebung des Hauses größer gewesen, das wiederum von dem Mai- und Junigeiste angeweht werde. Beide Theile hatten gewissermaßen Recht. Die Versammlung befand sich wirklich im Hinsterben und war doch sehr belebt und erregt. Aber ihre Lebenszeichen fingen wenigstens schon an Todeskrämpfe zu sein, gleichsam galvanische Zuckungen, durch Leidenschaft hervorgebracht, oder Fieberparoxismen. Die Korrespondenz erklärte weiter, daß die vorhinnigen Parteiprogramme und Gruppirungen überlebt wären, daß neue Parteibildungen in der veränderten Lage begründet, nothwendig oder doch natürlich geworden und daß es daher gar nicht verdammlich sondern ganz in der Ordnung sei, wenn die Kaiserlichen sich alle ersinnliche Mühe gäben, zur Erlangung der Majorität für die Erblichkeit eine Koalition aus den Zuneigenden aller Fraktionen zu Stande zu bringen. Und damit die Zuneigenden um so geneigter würden, sagte sie ihnen, von wenigstens scheinbaren Gründen gegen die Erblichkeit sei ihr nur der eine begegnet, daß man behaupte, die Kaiserkrone schon jetzt mit der Dynastie Hohenzollern erblich verbinden, sei ungerechtfertigt, so lange die Verhandlung mit Oesterreich noch nicht zu Ende geführt worden, und man dieselbe nicht für eine bloße Formalität und Komödie halte; allein es handle sich ja nur darum, Oesterreich anzuspornen; nur um einen Beschluß in erster Lesung! Man wußte freilich aus hinreichender Erfahrung, wie es mit den Versicherungen dieser Art stand, wie die Partei nur Beschlüsse erster Lesung als problematische zu gewinnen trachtete, die ja wieder abgeändert werden könnten, und sobald sie dieselben hatte, mit der Behauptung hervortrat, sie wären Grundsäulen, von denen in keiner Weise wieder abgegangen werden dürfe. Damit es übrigens Oesterreich nicht etwa einfalle dem Sporn zu folgen und zu kommen, wurde von der täglich mehr hervortretenden Entschiedenheit, womit das ganze Deutsche Volk den Preußischen Erbkaiser fordere, so gesprochen, als ob an eine andere Form gar nicht zu denken sei, so daß die Oesterreicher, wenn sie sich widersetzten vom übrigen Deutschland nur als Feinde und Störer Deutscher Größe und Einheit angesehen werden würden und daß die öffentliche Meinung nur um so erbitterter dem Oesterreichischen Interesse sich entgegenkehren werde, wenn Andre fortführen, dasselbe rücksichtsvoll im Auge zu behalten. In der ministeriellen Zeitung wurde gesagt

(№ 19) die National-Versammlung habe durch ihren Beschluß vom 13. daß mit Oesterreich unterhandelt werden solle, gegen dasselbe genug gethan. Wir erinnern uns, daß sie daneben zum rascheßten Vollenden der Verfassung durch Beschließen des Preußischen Kaiserthums trieb. In ihrer Nummer 20 wurde zugestanden, daß, weil er auf sittlicher Grundlage beruhe, der Einwand Gewicht habe, es würde illoyal sein, die Verfassung jetzt abzuschließen, da Oesterreich noch nicht Zeit gehabt, in die angebotene Unterhandlung einzutreten. (Sie war noch nicht einmal eingeleitet). Allein das Zugeständniß war nur gemacht um einer Lockrede Eingang zu verschaffen, der ganz ähnlich, welche wir so eben aus dem Munde der Centrenkorrespondenz vernahmen. Es hieß weiter in der Zeitung, welche fort und fort das Preußische Kaiserthum als das allein Heilsame und Nothwendige predigte und worin erst vor zwei Tagen ein Mitwirkender gesagt hatte, man möge es ihm wegen der Nothwendigkeit der Sache nicht mißdeuten, daß er trotz seiner zärtlichen Sympathien für das freilich sündige Oesterreich dasselbe ausgeschlossen wissen wolle — es hieß weiter: die erste Lesung schließt ja noch nicht definitiv ab, und je nach dem Verhalten Oesterreichs kann ja die Bestimmung, wonach ein erbliches Oberhaupt an die Spitze kommen soll, auch zu Gunsten des Hauses Habsburg entschieden werden! Ueber solche Pfiffigkeit hatte Welcker gespottet. Man kam darauf, hütete sich aber vor dem Versuch, das Begründete in seiner Gegenrede zu widerlegen, warf ihm statt dessen ein paar hämische Bemerkungen an den Kopf, und reichte gelegentlich der Linken die Bruderhand, indem man in dem Sinne, wie es auch die Deutsche Zeitung schon gethan, von der »ungesühnten Nichtachtung« der Beschlüsse der National-Versammlung sprach, welche »in der Brigittenau auf den Gipfel getrieben« worden *).

---

*) Noch eine Wiederholung jener an uns geübten Pfiffigkeit erfolgte unter Streicheln und Kratzen nachdem über die Erblichkeit abgestimmt war. Am 26. bekamen wir in der O.-P.-A.-Zeitung die nachstehende seltsam deducirende Auslassung zu lesen: manche redliche Freunde der Deutschen Einheit sind gerade aus Besorgniß für deren Erhaltung an der Frage »gescheitert«, ob ein erbliches Oberhaupt gegenwärtig durchzusetzen sei, ohne Deutschland zu zerreißen, und ob es darum nicht besser gethan sei, mit einer weniger starken und innigen Verbindung der Deutschen Staaten, welche doch immer mehr Vortheile darbiete als die Bundesakte, vorlieb zu nehmen. Allein was sie eben deshalb vorgeschlagen hatten,

Die Mittel der Agitation für den Preußischen Erbkaiser und insbesondere der Einwirkung auf die Abstimmungen über die Oberhauptsfrage waren in der ministeriellen Zeitung dieselben wie in den anderen Organen der Preußischen Partei. So theilte sie am 17. eine »Ansprache« mit, worin sie die der Reihe nach eintreffenden Zustimmungen der kleineren Staaten rühmte. Wie es denn mehr und mehr durch die Nummern ging: jetzt haben zehn, jetzt sechszehn, jetzt so und so viel Staaten sich erklärt. Freilich waren es nur die kleinen; allein dafür waren deren Erklärungen auch so »freiwillig.« Freilich waren die Mittelstaaten entgegen, doch — sie werden das »Opfer« ihres Widerstandes sein — es ist keine andere Wahl: entweder die »Einheit,« der Bundesstaat ohne Oesterreich oder Rückkehr zum alten Bundestage, und an der »Einheit« hält die »Nation« und wird sie festhalten, »mögen die Fürsten wollen oder nicht« (№ 19).

Wir hörten nicht auf, zu warnen vor übereiltem einseitigem den Kabinetten die ganze Verfassungsangelegenheit zuspielenden Vollenden und daran zu erinnern, daß nach sichern, fort und fort sich wiederholenden Nachrichten der König ohne Einverständniß mit Oesterreich die Kaiserkrone nicht anzunehmen gewillt sei. Was das Einmischen der Kabinette und das »Vollenden« durch sie betraf, so hatte Bassermann, ein Kaiserlicher, Schamade geschlagen, und Welcker, einer der Unsern, sich gegen den Gedanken entrüstet, daß die Verfassungssache der National-Versammlung aus den Händen genommen werden möchte. Die Centrenkorrespondenz legte unsere Warnungen (№ 37) aus, als sei es unser »Trost« bei der Verwerfung des Direktoriums, daß die Kabinette entscheiden würden und fügte hinzu, so eifrig jene Nachricht verbreitet werde, scheine sie doch Niemanden »irre gemacht« zu haben.

---

war doch nun ein für alle Mal nichts als die alte Bundesakte. Wie nun? Der beste Weg, um über jene Frage ins Klare zu kommen, wäre ein Beschluß für die Erblichkeit bei der ersten Lesung gewesen; bis zur zweiten Lesung hätten sich dann die Dinge so gestaltet, daß — die Erblichkeit abermals durchgegangen wäre. Wir hätten also nur ja für dieselben stimmen sollen! — wir, die »neue« Koalition (jetzt war es wieder eine neue) des Donnersbergs, Pariser Hofs u. s. w. eine Zusammenstellung von welcher man genau wußte, daß sie eine unbedingt lügenhafte Beschuldigung enthielt, und die nur den Zweck haben konnte, uns in ein mißliebiges Licht zu stellen, wenn sie nicht lediglich ein sinnloser Ausbruch des Aergers und Ingrimms war.

Die selbst von Berlin her zu erwartenden Hindernisse machten indeß der D.-P.-A.-Zeitung fortwährend viel Kreuz, ihr wohl am meisten. Ihre Korrespondenten suchten den König aus seinen Bedenken herauszuschmeicheln und wendeten die Mittel der Sophistik nach besten Kräften an: was ihm als Usurpation erscheine, sei patriotische Pflicht u. s. f. So lange als möglich stellten sie auch jetzt sich an, als glaubten sie den Nachrichten über seine Weigerung nicht und bestritten die Richtigkeit derselben. Indeß drang die Wahrheit in den Dingen sich ihnen trotz dem, daß sie nicht daran glauben wollten, immer wieder auf. Sie gestanden dann wohl, daß man in Berlin einen Weg gehe, der dem der Frankfurter Versammlung entgegenlaufe. Nun hieß es aber wieder und wieder, diese sei jetzt durch die Oberhauptsfrage an dem Punkte angelangt, wo man eine bestimmte klare und offene Entscheidung der Preußischen Regierung fordern müsse, »wenn man nicht an Kräfte appelliren soll, die Alles wieder in Frage stellen würden.« Und immerfort wechselten die süßen Worte mit offenen oder versteckten Revolutionsdrohungen.

Am 20. Januar bekam man das Nachstehende zu lesen: »Der Beschluß der Reichsversammlung vom 19. d. M. scheint uns von großer, wir möchten sagen von entscheidender Wichtigkeit. Dadurch erst wird die Einheit Deutschlands hergestellt, die bis dahin zweifelhaft erscheinen mußte. Die Annahme irgend eines andern der vermittelnden Anträge wäre gleichbedeutend gewesen mit der Zurücknahme aller seither von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse. Ohne ein einheitliches Oberhaupt war kein Staatenhaus, ohne dieses kein Volkshaus denkbar. Die Reichsversammlung hätte alsdann mit der Revision ihres eigenen Verfassungswerkes beginnen und Stück für Stück das so mühsam Aufgebaute wieder zerstören müssen. Unbegreiflich scheint es, wie man der Reichsversammlung einen solchen Selbstmord ansinnen konnte.« Es war kein Wunder, daß wir nicht durchdrangen, wo es der herrschenden Meinung dem Selbstmorde gleich galt, den Verfassungsentwurf, als er sich offenbar unpraktisch zeigte, gründlich zu revidiren, und als man auf so große Anstände stieß, sich einmal zu besinnen und den Weg, den man wandelte, zu prüfen, ob er praktikabel genug sei, um auf ihm zum Ziele zu gelangen.

Die Verhandlungen über die Oberhauptserblichkeit und den Kaisertitel.

Es handelte sich nach der Abstimmung vom 19. Januar vornämlich noch darum, ob das beschlossene einheitliche fürstliche Oberhaupt ein erbliches oder gewähltes sein solle, gewählt auf Lebenszeit, auf zwölf, oder sechs oder drei Jahre. Die Verhandlungen boten um so weniger Interesse, da die Frage vielfach schon in den bisherigen Debatten hereingezogen worden war, und da es immer deutlicher wurde, auch erkannt wurde, daß — wie Raumer am 19. schrieb — ohne große Majoritäten alles Beschließen erfolglos sei. Erst vor ein paar Tagen, am 13. hatte Gagern namentlich eine starke Mehrheit als Voraussetzung des Gelingens des ganzen Kaiserplans bezeichnet. Selbst die Deutsche Zeitung schrieb noch am 10. Februar, mit diesen schwankenden Majoritäten, an denen zudem Klauseln und Verwahrungen in Menge hingen, werde man doch den wichtigsten Akt des Deutschen Verfassungswerkes nicht vollenden wollen. Eine einigermaßen beträchtliche Mehrheit wäre aber nur davon zu erwarten gewesen, daß die gesprengte konservative Partei wieder zusammentrat, sie war undenkbar, so lange die Kaiserlichen ihr Projekt verfolgten, und sie konnten sogar mit Wahrscheinlichkeit auch nicht einmal auf die allergeringste Majorität rechnen. Aber gerade als ob Alles und Alles von Frankfurter, ob auch noch so kleinen Mehrheiten abhinge, boten sie jede Kraft und jedes Mittel auf, einen Beschluß nach ihrem Sinne zu erlangen, und wäre es nur durch ein paar Stimmen gewesen. Haym sagt (246), »auch

diese Bestimmung (über die Erblichkeit des Oberhaupts) wo möglich gleich bei der ersten Lesung durchzusetzen, dahin richteten sich nunmehr alle unsere Wünsche, unsere Anstrengungen. Wir benutzten die Zwischenzeit bis zu der neuen Abstimmung, um in wiederholten Gesammtberathungen im Weidenbusch uns in der eigenen Ueberzeugung zu befestigen, durch kompaktes Zusammenhalten auf die Schwankenden Anziehungskraft auszuüben, auch durch taktische Mittel unsere Position zu verbessern. Wir machten uns nichtsdestoweniger über die Unwahrscheinlichkeit des Erfolgs keine Täuschung.«

Zu den »taktischen Mitteln« gehörte die Abrede, dahin wirken zu wollen, daß die Debatten bald abgeschnitten würden, was auch geschah. Bevor sie am 22. ihren Anfang nahmen, brachte M. Mohl eine »Ordnungsfrage« zur Sprache. »Wie ich höre, hat eine bedeutende Fraktion der Versammlung zum Voraus beschlossen, über den Gegenstand nach kurzer Diskussion das Wort abzuschneiden; man will die Frage mit einem Bajonettangriff wegnehmen; ich appellire an Ihre Loyalität; ich glaube, wenn es sich um die Geschicke Deutschlands handelt, daß es wol der Mühe werth, den Gegenstand zu erschöpfen und ich ersuche Sie, diesem vorläufigen Beschlusse kein Folge zu geben.« Raumer schrieb: »während man über unbedeutende Dinge Tage lang geschwatzt hat, will man über wichtige sich nicht unterrichten.« Die Sache hatte indeß auch den oder vornämlich den speciellen Grund, daß Camphausen in Frankfurt wieder eingetroffen, und den allgemeineren, daß das Klubunwesen in seine Blüte getreten war, wonach über die wichtigsten Fragen in den Klubs oder größern Versammlungen vor den öffentlichen Sitzungen und Berathungen entschieden wurde, aus der Parteiansicht und dem mit jedem Tage sich verschlimmernden Parteitreiben heraus.

Das erste Wort hatte Ahrens. Er sprach für Wahl auf sechs Jahre. Nach ihm Beda Weber: Das Verfassungswerk liegt jetzt in seiner Klarheit vor uns. Der erbliche Preußische Kaiser liegt darin beschlossen und fast hat es mir scheinen wollen, wir seien hier nur zusammengekommen um ihn zu machen. Aus den dafür angeführten Gründen habe ich nicht viel mehr gelernt, als daß man Oesterreich deshalb nicht in Deutschland leiden will, weil man eben einen Preußischen Erbkaiser will. Bassermann legt viel Gewicht auf die Zeichen der Volksstimme, Adressen u. s. w. für denselben — erst noch vor Kurzem, bei den Berliner Vor-

gängen, wollte er den Adressen sehr wenig Werth beigelegt wissen. Er und Beseler sagen uns, wir müßten jetzt etwas Großes machen — wir sind jetzt daran etwas sehr Kleines zu machen. Er hat der Linken vorgeworfen, sie suche das Zustandekommen der Deutschen Einheit zu verhindern, allein sie sucht nur zu verhindern, daß eine Preußische Einheit herauskomme. Er spricht hier wie es in der ministeriellen Zeitung geschieht, davon, daß der Preußische Kaiser eine politische Nothwendigkeit sei, weil die Oesterreichische Monarchie ohnehin zerfallen müsse. Ist dergleichen geeignet, in Oesterreich einen guten Eindruck zu machen und die Unterhandlungen zu fördern, die man zu beginnen die Genehmigung sich hat ertheilen lassen! Er (der Redner) wolle ein ganzes Deutschland, und da ein Oesterreichischer Kaiser unmöglich sei, auch keinen Preußischen, sondern einen Präsidenten. Freilich trat er damit auf die linke Seite, und doch mußte man den originellen unbefangenen Tyroler Naturmann mißverstehen wollen, um ihn mit den Republikanern oder Anarchisten zusammenzuwerfen.

Rümelin gestand, daß der Preußische Kaiser in Würtemberg große Hindernisse finden werde, meinte aber, sie seien nicht unüberwindlich und derselbe auch für Würtemberg Bedürfniß. Er wolle den Preußischen Erbkaiser, eben um nicht Preußisch zu werden. Alles Andre sei nur Provisorium. Es war fast ein **ne plus ultra** der Richtung auf Verfassungmacherei, wenn er hinzufügte: aber nicht die Zukunft soll die Verfassung Deutschlands, sondern die Verfassung die Deutsche Zukunft machen.

Uhland gegen die Erblichkeit. Er sei schon Widersacher des doktrinären Erbkaisers gewesen, als derselbe noch in der Wiege bei den Siebzehnern gelegen — ein Jüngling mit grauen Haaren. — Uhland's Rede war sehr poetisch und wenig staatsmännisch gewesen. Die Deutsche Zeitung sagte in diesen Tagen, fast nur **Dii minorum gentium** träten auf, die Andern hielten sich weislich (?) zurück. Sie traten nun hervor, die großen Männer der Deutschen Zeitung. Dahlmann sprach doch nicht eben geschickt. Er begann sogleich im schulmeisterlichen, d. h. verletzenden Tone. Er wolle das, die Erblichkeit beantragende Minderheitserachten bevorworten, allein sein Geschäft komme ihm vor, als hätte er übernommen, eine Lobrede auf das Einmaleins zu halten. Es folgte eine Lobrede auf das Erbrecht in der Familie und im Staat, die an sich gelungen, allein kaum pertinent war; zum wenigsten wurde

das Alles auf unsrer Seite gar nicht geläugnet. Sodann verdarb sich der Redner den etwa hervorgebrachten Eindruck selbst durch eine hinzugefügte Erläuterung, die zum Gespräch werdende Geschichte vom alten Esel. Das Weitere war eine Variation des Themas vom Neujahr, wobei man indeß noch bemerkenswerthes hörte. Er — Dahlmann — sei Unitarier nicht aus Schultheorien geworden, sondern durch bittre Erfahrungen in einem langen Leben, das in einem Winkel Norddeutschlands begonnen, in dem damals Schwedischen Wismar. Aber dürfen so individuelle Erfahrungen in solchem Maß entscheiden, und gerieth er dabei nicht durch seinen eignen Ausspruch vom ungeschickten Fechter ins Gedränge? Es verstärkte nur die Bedenken, welche von uns gegen das Preußische Erbkaiserthum gehegt wurden, daß er darauf kam, wie nicht wenige und einflußreiche Männer in Preußen der Meinung seien, daß letzteres nicht wohl thue, seine sichere Größe, seinen festen Bestand an eine unsichere Deutsche Zukunft zu geben. Dagegen waren wir geneigt, großes Gewicht darauf zu legen, wenn er auseinandersetzte, daß die Anarchie kein Ende nehmen werde, wenn man nicht eine kraftvolle Einheit einsetze und durch sie die Bahn der Macht für die Deutsche Volkskraft eröffne, die zur Macht führe. Allein wenn nun wieder die Meinung dahin ging, daß und daß allein das Preußische Erbkaiserthum eine solche Einheit bilden könne und werde, so mangelte es gänzlich an Widerlegung unsrer Zweifelsgründe.

Vincke sagte in seiner, wie Haym sie nennt, eminenten Rede viel Gutes, jedoch nichts Neues mehr für die Erblichkeit. Allgemeinheiten, z. B. gegen ein Wahlreich, konnten nicht zum Ziele treffen, Ausfälle nach Rechts und Links nichts entscheiden. Andererseits schoß er gar zu weit über das Ziel hinaus, z. B. wenn er — so ominös es sein mochte — der Linken einreden wollte, daß sie im demokratischen Interesse für den Erbkaiser stimmen müsse, oder allen Gegnern des Preußischen Kaisers, wenn die Erblichkeit beschlossen werde, so sei noch gar nichts über die Frage entschieden, ob Oesterreich oder Preußen an die Spitze komme. Es war doch nichts als eine Tirade, und die obenein unedel lautete wenn er — der bei den Debatten über das ministerielle Programm verletzender und giftiger als irgend ein Andrer den Oesterreichern gegenüber sich ausgesprochen und dem der Preußische Ehrgeiz so sehr deutlich unter dem Deutschen Mantel hervorschaute — wenn er bei dieser Gelegen-

heit sagte, er sei nicht wie andere Leute, er würde es weit lieber sehen, daß das Haus Oesterreich, sofern Oesterreich die Bedingungen erfülle in Deutschland eintreten zu können, erblich an die Spitze komme und Preußen sich ihm unterordne, »als wenn Ihre Trias oder Ihr Direktorium und aller andere Kohl eintreten sollte.« So war aber der Ton, das waren die Argumente der Kaiserlichen gegen unsere Ideen. An einer nur halbwegs eingehenden Prüfung unsers Vorschlags und der Motive desselben ließen sie es gänzlich fehlen, sei es, daß er auf Gründen ruhete, welche sie nicht widerlegen konnten oder daß er eingehender Gegenrede so großer Geister nicht werth war. Die Folge war nothwendiger Weise, daß wir von ihnen nicht überzeugt wurden, und es war dann wieder merkwürdig, uns so sehr zu verübeln, daß wir nicht mit ihnen stimmten. Sie gaben sich die unglaublichste Mühe, für den Erbkaiser Stimmen wahrhaft zu pressen, so daß man sah, es war ihnen eben nur an einem Siege durch irgend eine Mehrheit gelegen, wenn auch die willige Zustimmung fehle. Indeß gewinnt man auch Stimmen durch Gründe, durch eine anständige Behandlung der Meinungsgegner. Daran dachten sie nicht und es ist doch möglich, daß sie mehr Stimmen gewonnen hätten, wenn sie daran gedacht hätten. Sie nahmen aber einmal keine Rücksichten, weil tief in ihnen steckte, daß sie allein Recht hätten und haben müßten, allein kein anderes Interesse als das Beste, die Zukunft Deutschlands hätten, allein die Einheit Deutschlands erstrebten. Dahlmann hatte so geschlossen, daß es nicht undeutlich klang als wären die als Verräther bezeichnet die nicht stimmen würden wie er; Vincke schloß mit einer seiner beleidigendsten Uebermüthigkeiten: »die Geschichte wird unsre Namen auf die Seite Derer stellen, die ein einiges Deutschland wollten, unsre Gegner wird man in allen Winkeln Deutschlands suchen müssen, da, wo man die Republik will und nur jetzt noch nicht ausführen kann, wo man gegen uns stimmt, weil unser König Protestant ist, wo man nur gegen den Erbkaiser ist, weil es nicht der Oesterreichische ist — zu einer solchen Ansicht werden wir Preußen uns niemals herablassen!« — Wieder, doch wieder, immer wieder war sie da, die unehrliche Kampfart, und sie hat nicht wenig verböset.

Am 23. Januar kam zuerst Edel an die Reihe, und sehr natürlich sprach Entrüstung über so manchen verächtlichen Fechterstreich aus ihm. Im Eingange sagte er: »Sie haben jetzt zu entscheiden,

ob wir das Haupt so machen sollen, wie es für den Körper paßt, wie er nun einmal nach unserer Nationalität und nach der Geschichte vorhanden ist, oder ob wir den Körper zustutzen sollen, um demselben ein ideales Haupt anzupassen. Unsere Gelehrten und Staatskünstler haben die Entdeckung gemacht, daß in der Deutschen Einheit zwei Großmächte neben einander nicht Raum hätten und sie haben sich die Frage leicht beantwortet, welche von unsern beiden Großmächten auszuscheiden habe; zuerst hat man gesagt, Oesterreich will ja nicht, dann sagte man, Oesterreich kann nicht, und es ist nur noch ein Schritt zu dem: Oesterreich darf nicht, weil wir es nicht brauchen können; indeß ich hoffe, Oesterreich wird wollen, es wird können und es wird sagen, das dürfen darf mir Niemand verwehren; ich hoffe, Oesterreich wird die Opfer bringen, die es der Deutschen Einheit schuldig ist, Deutschland wird diese Opfer anerkennen und, so weit es nöthig ist, entgegenkommen.« Die Akten in der Sache seien indeß noch so wenig geschlossen, daß man das letzte Wort noch gar nicht sprechen könne. So lange Oesterreichs Zutritt noch zweifelhaft, dürfe nichts geschehen, was denselben erschweren oder gar unmöglich machen müsse. Gerade in dem Falle, daß Oesterreich nicht beitrete, sei ein Preußisches Kaiserthum das Gefährlichste, weil gerade dann die Einzelstaaten und Stammeseigenthümlichkeiten schutzlos werden würden. »Die Hauptgründe der Anhänger desselben sind immer und immer die Einheit, die Größe, die Macht und die Unabhängigkeit Deutschlands. Sie sind der Ansicht, diese Einheit könne nicht begründet werden, wenn wir nicht einen Großstaat an die Einheitsinteressen anknüpfen, wenn wir ihn nicht in Deutschland aufgehen lassen und seine Hausmacht gewissermaßen als das Anlagekapital der Deutschen Einheit betrachten. Wir, auf der andern Seite des Hauses, die wir in dieser Beziehung eine verschiedene Richtung einschlagen, wir wünschen die Macht, wir wünschen die Unabhängigkeit, die Größe Deutschlands ebenso, wie Sie, trotz des veränderten Sprachgebrauches, der sich in neuester Zeit eingestellt hat. Wir wünschen, daß Deutschland stark, daß Deutschland einig sei und eben deswegen müssen wir ein Mittel von uns stoßen, das nach unserer Ueberzeugung die Einheit, die Stärke Deutschlands vernichtet, statt sie zu kräftigen. So weit die Geschichte reicht, sind Staatstheilungen nie Völkern und Staaten zuträglich gewesen. So wenig das Römerreich eine Spaltung in ein West- und ein Ostreich vertragen

konnte, so wenig kann das Germanenreich zweien Reichen Stoff geben, einem westgermanischen und einem ostgermanischen Reiche« u. s. f. Man male den Teufel der Anarchie recht schwarz oder vielmehr recht roth an die Wand, um die Kleinstaaten unter die Flügel des Preußischen Adlers zu schrecken. Man möge sich aber wohl vorsehen, was man thue. Möchten die widerstands- und lebensunkräftigen Staaten zu größeren Ganzen nach ihrer Stammesnatur sich zusammenschließen, sie würden sich besser dabei stehen, als wenn sie unter Preußische Oberhoheit kämen. »Jede Hegemonie ist nach dem Zeugnisse der Geschichte verderblich, die Hegemonie erzeugt Uebermuth des bevorzugten Stammes, Unmuth bei den Unterdrückten und entweder Abschüttelung des Joches oder völlige Unterdrückung. Das ist die Geschichte der Hegemonie von Sparta und Athen, das ist die Geschichte der Hegemonie von Rom über den Völkerbund der Latiner. Man hat gestern gesagt: es handle sich eigentlich nicht um die Hegemonie Preußens, sondern es handle sich nur darum, das regierende Stammhaus von Preußen an die Spitze von Deutschland zu stellen. Allein ich frage Sie: erklären Sie nicht Alle, die für das Preußische Erbkaiserthum stimmen, die Frage als Machtfrage?! Wollen Sie den König von Preußen an die Spitze von Deutschland stellen deswegen, weil er Friedrich Wilhelm heißt und seine Vorfahren eine Burg Hohenzollern in Schwaben besessen? — deswegen doch wol nicht, sondern weil die ganze Macht Preußens hinter ihm steht, weil er zugleich der Regent Preußens ist. Was ist das anderes, als Hegemonie? Sie geben die Reichsgewalt nicht der Familie, sondern der Krone, dem Lande Preußen! Wollen Sie wirklich den Centralstaat, o! so machen Sie ihn lieber bald und ersparen Sie dem Deutschen Vaterlande Zuckungen, die vielleicht blutige Zuckungen sein können. Nach dem Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland wäre Süddeutschland aus allen Zweigen der Gewalt verdrängt, überall in eine absolute Minorität gestellt. Es würde sich dann besser befinden als Provinz eines größeren Staates, als in dem Komplexe von einzelnen Staaten, die sich auf dem Wege der Opposition ihre Rechte erringen müssen. Die Interessen entlegener Provinzen werden in größeren Staaten aus eigenem Interesse geschont, mit Einzelstaaten, denen man gegenübersteht und welche ihre Interessen im Oppositionswege verfechten, hat man kein Erbarmen. Ich gebe zu, daß das nicht mit Ihrem Willen geschehen wird, aber es wird gegen Ihren Wil-

len geschehen, durch die Macht der Verhältnisse wird es so werden. In Herrschafts= und Machtfragen wird man sich mit den kleineren Einzelstaaten Norddeutschlands vielleicht einigen können, in Interessenfragen wird dies aber nie der Fall sein; denn in Interessenfragen haben die Völkerschaften wie die Staaten keine Barmherzigkeit und keine Großmuth gegen einander. Meine Ueberzeugung geht daher dahin: diese Frage ist für Süddeutschland eine Existenzfrage. Ich habe die Ueberzeugung, daß wir ohne Oesterreich unter dem Preußischen Erbkaiserthum verloren sind. Es hat uns zwar die Großmuth des Ausschusses ein Auskunftsmittel dargeboten, es soll nämlich eine Vermehrung der Stimmenzahl im Staatenhause zum Besten Süddeutschlands künftig vorgeschlagen werden. Dieses Auskunftsmittel erscheint mir wahrhaftig als ein homöopathisches Mittel! denn es wird dann der norddeutschen Majorität, die dann noch immer auf drei Viertheile der Stimmen rechnen kann, immer nur eine Minorität entgegenstehen, die dann höchstens zehn oder zwölf Stimmen mehr zählt. Wir sind hierher gekommen, um mit gleicher Liebe für den Norden und Süden ohne Rücksicht auf Bevorzugung des einen oder des anderen Theiles unser Werk zu gründen. Schließen Sie Ihre Augen nicht vor den Gegensätzen, die wirklich bestehen, legen Sie nicht die Centralgewalt für immer und für ewig auf die eine Seite der Gegensätze, so daß die andere Seite sich ewig beeinträchtigt glaubt, selbst wenn dies nur ein irriger Glaube sein sollte. Kommen Sie bis zur künftigen Lesung der Sache auf ein Mittleres zusammen, mit dem sich alle Interessen verständigen können! Nach meiner innigen Ueberzeugung würde das erbliche Kaiserthum jetzt nicht die Einigung bringen, sondern den Unfrieden und den Zwist zwischen den einzelnen Stämmen und zwischen den Regenten und der gegenwärtigen Versammlung. Wir hätten einen neuen Zankapfel in Deutschland hineingeworfen, und wir könnten nicht wissen, welche Früchte dies in Zukunft tragen wird. Wäre es möglich, daß die Macht dieses Kaisers sich aufrecht hielte? — Nur durch Belagerungszustand dürfte sie in einem großen Theile von Deutschland aufrecht erhalten werden können. Und was hätten Sie dann für die Kräftigung der Einheit Deutschlands dadurch gewonnen?« Für Preußen selbst dürfte die Kaiserkrone ein sehr zweideutiger Gewinn und der Schaden allgemein sein, wenn es wirklich zur Aufhebung der Preußischen Selbstständigkeit kommen sollte u. s. f.

Stahl's Rede war von den Kaiserlichen ohne Zweifel eben deshalb so sehr gepriesen worden, weil sie so gut wußten, wie stark der »Partikularismus« gerade in Baiern und welch ein mächtiges Hinderniß des Kaiserplans deshalb eben Baiern war. Es war so recht eine Zeit der Täuschungen und Selbstbelügungen. Sie hatten sich der Rede Stahl's als eines Motivs gefreut, sich selber einreden und aller Welt sagen zu können, auch Baiern sei »Deutsch« und ganz und gar kein Stein des Anstoßes. Dies und das Verhalten Stahl's hatten Edel's Zorn erregt. Stahl hatte sich angeblich auf den Bairischen Partikularstandpunkt gestellt und die Aussagen anderer Abgeordneten aus Baiern aus dem Grunde verworfen, weil sie nicht in Baiern geboren. Es hat seinen natürlichen Grund, aber die Juden sind nun einmal sehr häufig weniger Patrioten als Kosmopoliten und überwiegend negirende verbitterte Politiker. Sie haben in unverhältnißmäßiger Zahl in der Deutschen Revolution neben den Polen eine größere und verderblichere Rolle gespielt als die Philosophie unzähliger guten Deutschen sich träumen läßt. Das jüdische Geblüt mag Alles können, aber völlig Deutsch, oder gar Bairisch, Sächsisch u. s. w. fühlen kann es so leicht nicht; Zeugniß über Stammesempfindungen abzulegen, sollte es sich enthalten. Zum wenigsten der ordinaire tapfer thuende und doch nicht selten feige, aus »Furcht vor den Juden« weit mehr Liberalismus als er hat erheuchelnde Liberalismus war nicht sonderlich berechtigt zum Naserümpfen, als Edel sagte: er wolle Stahl's besondere Qualifikation zu Vertretung des Bairischen Stammes wegen des in seinen Adern fließenden Bluts nicht untersuchen. Gewiß war *sein* Zeugniß das Richtige, wenn er fortfuhr: »Ich kann dem Abgeordneten Stahl nur das sagen, daß seine Beobachtungen über die Ansichten des Bairischen Volkes unrichtig sind, und daß er die Gefühle, welche in der großen Majorität des Bairischen Volkes jetzt herrschen, nicht mitempfunden hat. In Bezug auf zwei Fragen, nämlich das entschiedene Verbleiben Oesterreichs bei Deutschlands, sowie auf die entschiedene Abneigung gegen das Preußische Erbkaiserthum, besteht in Baiern vom Palast bis zur Hütte unter der großen Majorität der Bewohner beinahe nur eine Meinung. Die Kreise, in welchen die vom Herrn Abgeordneten Stahl vertretene Meinung herrschen könnte, sind sehr dünn gesäet« u. s. f. Er wies dies und die natürlichen Gründe davon genauer nach, so wie den sich daran schließenden Satz, wenn man

einen Schnitt an einem lebendigen Körper vornehme, so fühle derjenige Theil den Schmerz und die Blutung am stärksten, an welchem er unmittelbar gemacht werde, in welcher Lage Baiern eben sei. Da von erbkaiserlicher Seite in der That nach Baiern hin und so offenbar gegen die Bairische Natur so künstlich und beflissen agitirt wurde, da »der größte Theil der Presse so belebt war, um den Preußischen Erbkaiser nach allen Seiten mundgerecht zu machen, um ihm den Thron zu bereiten,« so war es Edel eben deshalb doch gar zu viel, daß man sagen könne, die Abneigung gegen das Preußische Kaiserthum in Baiern sei ein Erzeugniß künstlicher Aufregung. Er kam am Schluß auf die Gründe, welche für das Preußische Erbkaiserthum vom Standpunkte der Handelspolitik aus geltend gemacht worden, sodann auf Baierns Geschichte, über welche Stahl auf eine, »die Sympathien fast eines jeden Baiern verletzende Weise« abgesprochen habe. Baiern habe das Schicksal Deutschlands als echter Deutscher Stamm in gutem und schlechtem Sinne getheilt und nehme keinen unrühmlichen Platz in Deutschlands Geschichte ein. Der Baier fühle sich trotz aller vormaligen Kämpfe und Gehässigkeiten bei dem Oesterreicher heimisch und stammverwandt. »Baiern hat sich Jahrhunderte lang gegen die Umarmung Oesterreichs gewahrt, es wird sich gegen jede andere Umarmung verwahren, wenn sie ihm eine partikularistische erscheint. In Deutschland will es aufgehen, aber so lange es noch der Meinung ist, daß man einen Partikularismus gegen einen andern vertauschen solle, wird es sich das nicht gefallen lassen wollen. Umfassen Sie alle Deutschen Volksstämme mit gleicher Liebe, richten Sie kein Götzenbild auf, das eine Scheidewand in Deutschland aufstellt, das Deutschland zersplittert, gehen Sie auf keine Begründung des Reichsregiments ein, welche alle übrigen Deutschen Stämme bleibend und für immer von der Theilnahme an der Reichsregierung ausschließt, erhalten Sie jetzt dem Volke sein uraltes Recht der Wahl, und stimmen Sie für eine Wahlperiode, die dieses Wahlrecht nicht zu selten wieder eintreten läßt.«

Es war nicht bloß zulässig, es war nützlich, ja unumgänglich und nothwendig, daß die Frage aus den besonderen Standpunkten der Staaten und Stämme beleuchtet, daß bei einem Entscheide, der Alle treffen sollte, die besondern Verhältnisse Aller zur Sprache gebracht wurden. Aus dem richtigen Erkennen und Abwägen der

verschiedenen in Betracht kommenden Verhältnisse, Zustände und Anliegen konnte erst die Erkenntniß des Gesammtinteresses hervorgehen, weil sonst letzteres, oder eben der »Deutsche Standpunkt,« eine unbenannte Größe, von Jedem beliebig so oder anders gedacht oder eine bloße Phrase war. Edel hatte sehr deutlich und richtig seinen Standpunkt bezeichnet, er hatte vollkommen »Deutsch« gesprochen, indem er das besondere Interesse geltend gemacht, aber dem des Ganzen untergeordnet. Nach seiner Behauptung verfuhren eben die Anhänger des Preußischen Kaiserthums partikularistisch und gerade dawider erklärte er sich. Er hatte allerdings die Bairischen Verhältnisse und Stimmungen zur Sprache gebracht und ihr Gewicht in die Wagschaale gegen das Preußische Kaiserthum gelegt. Aehnliches hatten jedoch auch Andre gethan, z. B. Rümelin, der aus dem würtembergischen Standpunkte für dasselbe gesprochen. Deshalb ließ der erbkaiserliche Grumbrecht nun auch diese Andern frei passiren und stach Edel an, und rettete nach Edel's »schamlosen Bavarismen,« wie Haym (244) sagt, die Ehre der Paulskirche, indem er deren Tribüne ausschließlich dem allgemein Deutschen Standpunkte vindicirte. Er begann mit feierlicher Erklärung, daß er nicht, wie Edel im Namen Baierns, im Namen Hannovers, sondern im Namen Deutschlands spreche. »Das ist der einzige Standpunkt, den Jeder einzunehmen hat, der hier zu sprechen berufen ist!« Es erfolgte mächtiger Beifall der unseligen Gesetzgeber der Paulskirche die beim Gesetzgeben von der Abstraktion statt von den gegebenen Verhältnissen ausgingen, und als sich diese endlich in den Weg stellten, sie nach der Abstraktion zuschneiden und allenfalls mit Gewalt überrennen wollten. Grumbrecht also sprach im Namen Deutschlands, Deutschlands natürlich in seinem Sinne, und dies Deutschland existirte nicht, war ein Abstraktum, eine Redensart, und er machte im Namen derselben noch viele andere Phrasen. Und dann, während er sich einbildete nur im Namen Deutschlands als reiner abstrakter Deutscher, »nicht als Hannoveraner« zu sprechen, sprach er doch wieder als Hannoveraner, ganz und fast mit Dahlmann's Worten aus der Empfindung und Erfahrung und Stimmung eines als Kleinstaatler sich Fühlenden, der »nicht so fortzuexistiren wünschte,« und appellirte an den Partikularismus, indem er den Süddeutschen einzureden suchte, daß ihre besondern materiellen Interessen sie zum Erbkaiser führen müßten u. s. f. Daneben kam dann noch man-

cherlei Wunderliches vor, dessen ich nur erwähne, um an einem Beispiele zu zeigen, mit was für Dingen bei diesen Debatten die Zeit großentheils hingebracht wurde. So radotirte der Redner: es habe ihn sehr geschmerzt, von einer »Professoren-« oder »Preußischen« Intrigue reden zu hören. »Ich erkläre auf das Bestimmteste, daß ich weder von dem Einen noch von dem Andern etwas bemerkt habe und daß ich durchaus nicht daran glaube.« Die Professoren hätten ihre Meinung immer (?) offen ausgesprochen; viele specifisch gesinnte Preußen hätten ihm, wenn er für das Preußische Kaiserthum sich erklärt widersprochen; einige freilich schienen letzteres im Herzen gewünscht zu haben, allein das wären solche gewesen, die er als »Deutsche« kennen gelernt, und jetzt stimmten für dasselbe allerdings auch die dem specifischen Preußenthume ergebenen Preußen, so daß also von einer Intrigue keine Spur zu finden sei u. s. f. Er warf einen Blick nach Nordamerika, wo man es eben ganz anders gemacht, insbesondere die widerstrebenden Einzelstaaten nicht behandelt hatte, wie man sie von Frankfurt aus zu behandeln liebte und noch mehr behandeln zu wollen drohete. Wenn man den König von Preußen an die Spitze stelle, so sei derselbe auch ein gewählter Herrscher und die Verhältnisse wären dann ganz dieselben wie in — Belgien. Die Republikaner hätten weit mehr Aussicht, wenn sie ihre Bestrebungen gegen die einheitliche Spitze Deutschlands, als wenn sie dieselben gegen die einzelnen Staaten richteten, in welchem Falle es nur zu vereinzelten republikanischen Schilderhebungen kommen würde. Suchte er auf diese ungeschickte Weise, die nach Vincke nicht einmal mehr neu war, die Linke für den Erbkaiser zu ködern, so ging es uns mit seinen Einwendungen gegen unsere Vorschläge genau so wie ihm mit den Einwendungen gegen die Oberhauptserblichkeit — wir fanden sie sehr schwach. Wir wurden um so weniger bewogen uns für »kurzsichtig« zu halten und diesen Politikern zu glauben, wenn sie wie Grumbrecht that, der Thorheit sich rühmten, für alle Anträge gestimmt zu haben, welche dahin gezielt hätten, Preußen als Staatskörper zu vernichten. Das Erbkaiserthum, so schloß er, sei nun ein anderes Mittel zum Ziele, und die Linke möchte es doch nicht verwerfen, bloß um nicht zum Ziele zu gelangen mit Hülfe derer die ganz andere Zwecke verfolgten, durchaus nicht das wollten was sie wolle. So wohlfeil die »Deutschen« Bravaden des ehrlichen Hannoveraners sein mochten, sie wurden von der Preußischen Partei bestens

acceptirt und stiegen im Werthe, je näher die Stunde des Preußischen Partikularismus kam, je deutlicher er hervortrat und je mehr daran gelegen war, daß er »Deutsch« erscheine. Die Kaiserlichen lohnten Grumbrecht mit stürmischem anhaltendem Beifall. Es kam ein Antrag auf Schluß der Debatte und er wurde angenommen. Die Deutsche Zeitung sagte (№ 24), wie Grumbrecht's Deutscher Standpunkt über dem partikularistisch Baierischen und Sächsischen stehe, so stehe seine schlichte Geradheit über jenem Geist der Intrigue, der die Verbindung der widerstrebendsten Parteien nicht scheue, um sein Ziel zu erreichen. »Wer es ehrlich und aufrichtig meint, der müßte doch irre werden, wenn er sieht daß er mit denen zusammengeht, die ganz andere Zwecke verfolgen, nach durchaus anderen Richtungen streben.« Wir werden bald sehen. Sie sprach so am Schluß einer glänzenden Lobrede auf Grumbrecht, nachdem sie darin Edel als »Bairischen Ministerkandidaten« verdächtigt. Bald wurde auch viel von dessen Reise nach München und von dortigen Unterhandlungen mit ihm wegen Uebernahme eines Portefeuilles gemeldet, während solche Unterhandlungen nie und nirgend stattgefunden und Edel, Frankfurt gar nicht verlassen. Edel hatte gewarnt, man möge nicht ein Deutschland ohne Oesterreich, vielleicht auch ohne Baiern machen. Das verschlug der Partei der Deutschen Zeitung nichts. »Trete nur immerhin jeder Staat zurück der sich durch ein Preußisches Kaiserthum gefährdet glaubt, die Zukunft wird zeigen, ob es mehr dieser Staaten oder Preußens Vortheil war, was wir vertraten.« Das war damals die tägliche Rede, entweder: die Widerstrebenden werden gezwungen, oder: mögen sie draußen bleiben, Oesterreich, Baiern, immerhin ganz Süddeutschland — das Preußische Erbkaiserthum soll es sein! Und daneben waren sie die alleinigen Vertreter der Deutschen Einheit. Ein ähnlicher Selbstwiderspruch war es, wenn die Deutsche Zeitung, die sich täglich auf die Volksstimme, die Zustimmungen und Adressen der Stände, Volksversammlungen und Vereine für ihre Ansicht berief, in der Lobrede auf den kaiserlichen Grumbrecht, der in den Augen ihrer gelehrten Gönner und Korrespondenten sonst so unendlich tief stand, sagte: Edel's und Stahl's Angaben über die Stimmung in Baiern stehen einander entgegen; der Einzelne kann über dergleichen Dinge nie entscheiden, und wäre es so, wie Edel sagt, »so dürfte auch das den Staatsmann nicht bewegen, denn der soll weiter blicken als die Menge.«

Keine der verschiedenen Ansichten hatte für sich eine Mehrheit und es kam daher abermals auf die Reihefolge der Anträge bei der (am 23. erfolgenden) Abstimmung an. Wenn die Erblichkeit zuletzt nach Verwerfung aller anderen Anträge zur Abstimmung gebracht wurde, so konnten die Erbkaiserlichen hoffen, daß sich eine Mehrheit dafür vereinige. Die unparteiische Gerechtigkeit Simson's, des Vorsitzenden, welchen seine Partei zu einem Könige Salomo machen möchte, hing wenigstens sehr innig mit seiner Schlauheit zusammen. Wo es einen grand coup zu machen galt, drückte er ganz ungenirt ein Auge zu. Es geschah sehr auffallend bei der Fragstellung im vorliegenden Falle, wo dieselbe von entscheidender Wichtigkeit war, so schlimm es um ein Kaiserthum stehen mochte, dessen Werden oder Nichtwerden von dem Einwirken solcher Formalien und Zufälligkeiten abhing. Simson's Aufstellung war handgreiflich verkehrt und in sich selbst widersprechend. Sie war so geschickt berechnet als die Umstände zulassen mochten; sie war sammt dem Operationsplane zu ihrer Durchsetzung mit der Partei verabredet: allein der Plan gelang dennoch nicht. Welcker that zuerst Einsprache, nachweisend daß die Kaiserlichen nur eine künstliche Mehrheit zu erlangen suchten, und auf ein Verfahren dringend, durch welches eine wahrhafte sich herausstelle *). Rödinger unterstützte Welcker's

*) »Ich muß mich gegen den gemachten Vorschlag erklären, in Beziehung auf die Dauer anzufangen mit einem Jahr und zu schließen mit der Erblichkeit. Ich mache gerade den umgekehrten Vorschlag; ich schlage vor, mit der Erblichkeit anzufangen, mit der Lebenslänglichkeit fortzufahren und so bis zu einem Jahr herunter zu gehen. Dafür spricht nicht bloß der bekannte Grundsatz, daß man die am weitestgehenden Vorschläge zuerst nimmt: hier ist von der Dauer die Rede; die längste Dauer ist die Erblichkeit — aber es ist ein ganz anderer Grund, der hier durchschlägt. Es handelt sich bei dieser Frage keineswegs bloß um die Dauer, sondern es ist ein völliger Gegensatz zwischen zwei Hauptgrundsätzen, ein generischer Gegensatz. Wir haben beschlossen: die sämmtlichen regierenden Deutschen Fürsten sind berechtigt oder die Kandidaten für die Oberhauptswürde. Die Erblichkeit schließt für alle Zeiten alle Anderen aus, jede Art von anderer Wahl läßt den anderen Fürstenhäuptern noch die Aussicht, Theil zu nehmen an der Regierung früher oder später. Die Erblichkeit ist ein totaler Gegensatz gegen die andern Bestimmungen und, meine Herren, der letzte und schlagendste Grund für diese Art der Abstimmung ist der, ein redliches ehrliches Resultat zu erzielen. Wenn Sie die sämmtlichen andern Vorschläge über eine kürzere Dauer vorangehen lassen wollen, so müssen Sie sie erst zusammenfassen unter einen gemeinschaftlichen Charakter, der der

Vorschlag durch Hinweisung auf die Uebung des Hauses. Plathner begann mit einem Seitenblicke auf die wunderbare Allianz eines Theils der Rechten mit einem Theile der Linken und sprach dann gegen Welcker und Rödinger, was nach ihm auch Vincke that. Letzterer argumentirte: man habe stets mit der Abstimmung angefangen, die die Freiheit am meisten beschränke, das Princip der Erblichkeit sei aber der Volksfreiheit am günstigsten — und die sich am weitesten von der Bestehenden entferne, und im größesten Theile von Deutschland stehe die Erblichkeit an der Spitze. Arndts und Reichensperger wiesen mit leichter Mühe nach, daß Alles was Jene vorgebracht »pure Sophistik« sei. Arndts fragte bei Gelegenheit: wer für den Erbkaiser stimmen will und sein Princip nicht zum Siege bringen kann, wird er wie Plathner behauptet sich in der Unmöglichkeit befinden für einen lebenslänglichen Kaiser zu stimmen? Man rief ihm zu: Gewiß! Er fuhr fort: Sind denn die Herren, die einen erblichen Kaiser wollen, so verrannt in ihr Princip, daß sie, wenn sie den erblichen Kaiser nicht bekommen können, lieber gar keinen Kaiser wollen? »Ja, lieber den alten Bundestag,« wurde ihm von derselben Seite zugerufen, die darauf rechnete, daß Manche, die einen Wahlkaiser oder ein Direktorium wollten, wenn sie dazu nicht gelangen könnten, sich mit ihr vereinigen würden und die den Gegnern einen schweren Vorwurf daraus machte, wenn dieselben ihr, der Kaiserpartei, Verfahren beobachteten. Reichensperger trat insbesondere auch der unehrlichen Kampfweise Vinckes protestirend und rügend entgegen *).

---

entgegengesetzte ist von dem der Erblichkeit; Sie müssen sagen: Wollt Ihr eine erbliche, oder wenn Sie lieber wollen: Wollt Ihr keine erbliche Regierung? Wenn Sie das nicht thun, so ist es ganz natürlich: Die Anhänger der verschiedenen nicht erblichen Regierungen würden sich vertheilen in die verschiedenen Vorschläge; der Eine zieht das vor, der Andere zieht jenes vor und es wird vielleicht eine Schein=Majorität für die Erblichkeit herauskommen, um doch Etwas zu haben, die keine wahre Majorität ist. Meine Herren, wir haben lange ehrlich gestritten um diese große Frage. Ich fordere von den Freunden der Erblichkeit zumal, daß sie diese Sache rein und klar in das Deutsche Volk heraustreten lassen, nicht mit dem Makel behaftet, daß hier eine Majorität sei, die keine wahre Majorität ist.«

*) »Ich dächte, wir sollten doch wenigstens den Schein der Konsequenz retten; wir treten aber auch diesen Schein mit Füßen, wenn wir auf denjenigen Antrag eingehen wollten, welchen das ehrenwerthe Mitglied für Hagen vertheidigt hat. Die Wände umher hallen noch von dem Grund=

Der Vorschlag, bei der Abstimmung mit einem Jahre zu beginnen und bis zur Erblichkeit aufzusteigen, wurde mit 270 gegen 216 Stimmen verworfen; man mußte daher den umgekehrten Weg gehen und mit der Erblichkeit anfangen. Das Ergebniß bestand darin, daß sie mit 263 gegen 211 Stimmen abgelehnt wurde*). Abgelehnt wurden gleichfalls die Anträge auf eine lebenslängliche Kaiserwürde (413 gegen 39), auf eine zwölfjährige Wahl (442 gegen 14) auf eine sechsjährige (264 gegen 196), auf eine dreijährige (305 gegen 120). Man hatte also gar kein Resultat erlangt. Schoder beantragte deshalb, den Gegenstand an den Verfassungsausschuß zurückzugeben, um über eine neue Vorlage zu berathen. Beseler widersprach: der Verfassungsausschuß habe den ganzen Abschnitt bis zu Ende berathen, selbst

---

satze wieder, daß der am weitesten gehende, daß der stärkste Antrag immer zuerst zur Abstimmung kommen soll. Nun aber, glaube ich, daß alle Dialektik, die wir so sehr am genannten Deputirten zu bewundern gewohnt sind, doch nicht hinreicht, um Sie zu überzeugen, daß hier eine Wahlzeit von zwei, drei, sechs oder zwölf Jahren weiter geht, als eine Wahl in perpetuum für alle Nachkommen. Mich dünkt, es ist das so einfach, daß, wenn man viel darüber redet, man Gefahr läuft, die Sache nur verwickelter zu machen; aus einer solchen Verwirrung aber wird die Wahrheit am wenigsten hervorgehen. Ich glaube aber auch, daß der geehrte Abgeordnete von Hagen, dem gegenüber in die Schranken zu treten in der Regel eine sehr schwierige Aufgabe ist, den Widerspruch diesmal sehr leicht gemacht hat, indem er sich selbst geschlagen hat. Er sagte nämlich, daß wir bei einer früheren Abstimmung das absolute Veto vorangestellt hätten und daß dieses der Erblichkeit am nächsten käme. Ich bin mit dem Vordersatze ganz einverstanden, es ergibt sich aber, glaube ich, für unsere Frage ein anderer Nachsatz daraus, als der, welchen der Abgeordnete für Hagen daran geknüpft hat, nämlich der gerade entgegengesetzte. Endlich halte ich noch dafür, daß der Herr Vorredner so wie einige andere sehr unrecht daran gethan haben, diese rein formelle Frage in das materielle herüber zu ziehen; namentlich hat der Herr Abgeordnete für Hagen sehr mit Unrecht uns entgegen geworfen, eine Wahl auf zwölf Jahre oder auf noch kürzere Zeit werde in Deutschland die Anarchie hervorrufen, oder hege das Princip der Anarchie in sich. Wenn das wahr wäre, so brauchten wir uns nicht länger herumzustreiten; denn wir bedürften weder der Fragstellung noch der Abstimmung insofern, als wir wol Alle darin einig sind, daß wir keine Anarchie wollen und nur über die Mittel, derselben vorzubeugen, verschieden denken; ein solcher Vorwurf und solche Argumente hätten auf diese Stelle wahrlich nicht hingehört.«

*) Waitz und Zachariä aus Göttingen enthielten sich bei diesem ersten Entscheide über die Erblichkeit der Abstimmung.

ohne den §. 1 so präcis vor sich zu haben, wie das Haus ihn jetzt habe. Stände nicht eine zweite Lesung bevor, so würde man sich allerdings nach Mitteln umsehen müssen, um einen bestimmten Inhalt für diesen Punkt zu erhalten; die weitere Berathung könne sich an §. 1 anlehnen. Es war den Erbkaiserlichen im Ausschuß vortheilhaft gewesen, jedoch nicht ohne daß die erwähnten großen Aergernisse dabei vorgekommen waren — es sollte also in der Versammlung eben so gehen. Wigard bemerkte: »Ich muß den Antrag des Abgeordneten Schoder unterstützen, und zwar auf den Grund derjenigen Vorgänge, die wir im Verfassungs-Ausschuß erlebt haben. Es ist eigentlich gegenwärtig eine Bestimmung darüber nicht getroffen, ob ein Direktorium, oder eine einheitliche Spitze das Reichsoberhaupt bilden soll. Denn ist auch vorläufig §. 1 nach dem Entwurfe der Majorität des Verfassungs-Ausschusses angenommen, und wäre danach anzunehmen, daß man auf ein Direktorium, nicht zurückkommen könne, so ist doch die Bestimmung des §. 1 durch die Verwerfung aller Vorschläge unter §. 1 a. so illusorisch gemacht und gleichsam ohne Bedeutung, daß es sich wohl fragen kann, ob man nicht doch bei der zweiten Lesung auf den Vorschlag bezüglich des Direktoriums zurückkommen müsse. Alle folgenden Paragraphen setzen aber die einheitliche Spitze voraus, und die eine Klasse von Vorschlägen basirt auf der Idee der Wahl, die andere auf der der Erblichkeit, so daß es mir weder in der einen, noch in der anderen Beziehung thunlich erscheint, über Sätze abzustimmen, welche eine Prämisse voraussetzen, die doch gar nicht vorhanden ist. Die Folge also wird sein, daß die eine oder andere Seite des Hauses kaptivirt werden wird. Ich glaube, daß wir nicht weiter fortberathen sollten, sondern besser thun würden, wenn wir die Sache noch einmal an den Verfassungs-Ausschuß verwiesen.« Künßberg erinnerte an seinen präjudiciellen Antrag ohne Antwort zu erhalten. Es wurde noch vorgeschlagen, einen neuen Ausschuß niederzusetzen, um einen neuen Entwurf über die Oberhauptsfrage vorzulegen. Der Vorsitzende erklärte, es bedürfe einer Abstimmung nicht, die Gründe für den Fortgang der Berathung über den vorliegenden Entwurf seien klar. Man beschloß, daß die nächstfolgende Sitzung am 25. Januar stattfinden solle.

Es handelte sich jetzt noch um den §. 2, den Kaisertitel. Vor dem Beginn der Verhandlungen brachten wir aus dem Pariser Hofe den nachstehenden präjudiciellen Antrag ein: »In Erwägung, daß über §. 1 a des vorliegenden Entwurfes in der Sitzung vom 23. d. M. kein Beschluß zu Stande gekommen, mithin auch noch kein Reichsoberhaupt in einer bestimmten Beschaffenheit, nämlich, ob erblich, lebenslänglich oder von periodischer Dauer geschaffen ist, und der Titel Kaiser nicht für jedes Reichsoberhaupt nach den verschiedenen Vorschlägen passend zu sein scheint, wolle die hohe National-Versammlung beschließen: daß der §. 2 des Reichsoberhauptes, als mit dem §. 1 a im wesentlichen Zusammenhange stehend, der zweiten Berathung vorzubehalten sei, und daß mit der heutigen Berathung sogleich auf den §. 3 übergegangen, demzufolge aber auch vor der Hand bei allen späteren Paragraphen statt des Titels Kaiser — Reichsoberhaupt gesetzt werde.«

Arndts hatte sich für den Antrag zum Wort gemeldet, das man ihm von kaiserlicher Seite abzuschneiden sich bemühete; doch gab der Vorsitzende dem Rechte und der Ordnung die Ehre. Die Gründe, weshalb man Arndts lieber nicht hätte zum Wort kommen lassen, ergeben sich aus dem, was er vortrug, von selbst. »Durch den Beschluß der hohen Versammlung über §. 1 ist zwar vorläufig im Allgemeinen ausgesprochen worden, daß die Würde des Reichs-Oberhauptes einem der regierenden Fürsten Deutschlands übertragen werden soll; durch die Erfolglosigkeit der Abstimmung über §. 1 a ist aber der Inhalt dieses angenommenen §. 1 in der That wieder ganz in Frage gestellt. Als ich neulich von dieser Tribüne herab bemerkte, diejenigen, welche ein erbliches Kaiserthum wollten, müßten oder könnten doch wenigstens konsequent, wenn sie dieses nicht erreichten, für ein lebenslängliches oder für ein zwölfjähriges Oberhaupt und so weiter stimmen, — da wurde mir aus dem Centrum entgegengerufen: »Nein! dann wollen wir lieber einen Staatenbund oder einen Bundestag!« Nach der jetzt von gewisser Seite in Schwung gebrachten, meines Erachtens aber freilich die Begriffe verwirrenden Terminologie denke ich mir, daß man damit habe ein Reichsdirektorium bezeichnen wollen, und es würde also, nach diesen Aeußerungen wenigstens, noch die Möglichkeit gegeben sein, daß selbst die ansehnliche Minorität, welche neulich für die Erblichkeit gestimmt hat, eventuell in Zukunft, wenn diese durchaus nicht zu erreichen wäre, noch zu uns herübertreten könnte, die wir von

Anfang an principaliter ein Reichsdirektorium wollten. Es ist also jetzt vorläufig der §. 1 völlig wieder in Frage gestellt. Nun wird aber wohl Jedermann zugeben, daß man bei dieser Lage der Sache, bei dieser völligen Unbestimmtheit jetzt darüber, welche Benennung man dem Reichsoberhaupte beilegen soll, keinen Beschluß fassen kann. Ich fürchte, — von dem Standpunkte aus, welchen ich vertrete, kommt nichts darauf an — ich fürchte sehr, die hohe Versammlung möchte sich lächerlich machen, wenn sie unter solchen Umständen dem Oberhaupte den Titel »Kaiser« beilegt. Meine Herren, eine Zeitung, welche allgemein für das Organ des Reichsministeriums erklärt wird, hat neulich den §. 1, falls man nicht zu §. 1 a einen Beschluß erziele, einem Messer ohne Klinge verglichen, an welchem der Stiel fehlt. Meine Herren, wenn nun etwa eine ehrbare Zunft der Messerschmiede sich zu einer ernsthaften Berathung versammeln wollte darüber, ob man ein Messer ohne Klinge, an welchem das Heft fehlt, ein Federmesser, Rasiermesser oder wie sonst nennen solle, würden Sie das nicht lächerlich finden? Ich empfehle Ihnen daher den §. 2 von der Tagesordnung einstweilen völlig zu streichen, sowie in den folgenden Paragraphen statt des Wortes »Kaiser« den früher schon öfter gebrauchten Ausdruck: »Reichsoberhaupt« zu setzen und so die Diskussion über den §. 2 gänzlich abzuschneiden. Mit einem Worte, ich empfehle Ihnen den Antrag, welchen Herr Grundner gestellt hat.«

Ihm widersprach jedoch Waitz. Jedes Ding müsse einen Namen haben. Der §. 1 scheine für viele Mitglieder zu viel Inhalt zu haben, und den werde man sich nicht wieder entwenden lassen u. s. f.

Der Antrag des Pariser Hofes (Grundner) wurde verworfen, die Discussion über den §. 2 nicht beliebt und der Kaisertitel mit 214 gegen 205 Stimmen angenommen. Es fehlte eine große Anzahl von Mitgliedern. Unter den 214 befanden sich mehr als 30 von denen, welche gegen die Erblichkeit gestimmt hatten.

Als die Erblichkeit fiel, zeigten nicht Wenige von den Kaiserlichen in der That die knabenhafte Ungebärdigkeit, wie Bauer (146) sie beschreibt, als wenn der schönste und weiseste Plan, die richtigste Berechnung vereitelt, Deutschland verloren und kein Vorwurf gegen das Geschick und die Parteiwidersacher zu hart wäre. In der Sitzung am 23. offenbarte sich das Parteitreiben zuerst in der

ganzen Häßlichkeit und Bösartigkeit, welche ihm seitdem verblieb. Selbsterkenntniß, Unbefangenheit und Billigkeit schienen fortan so gut wie verschwunden, die Verblendung und Unredlichkeit, welche in den eignen Fehler Tugenden sieht und nur den Gegner beschuldigt und auch falsch beschuldigt, die Parteiwuth der die Wahrheit nur das Untergeordnete, Hemmende, Zweckwidrige, welche gleichgültig gegen die Beschaffenheit der »taktischen Mittel« ist, nahm zu über alles entschuldbare Maß. Der gegen die Signatura temporis aufgetretene Anonymus *) erörtert, um den Vorwurf abzuwenden, daß die Ausbrüche der Wuth und Raserei am 17. und 18. März zu Berlin sämmtlich gemacht gewesen, wie vielmehr die »hellsten Köpfe in Wahnsinn verfallen« seien (S. 120 ff.). In dem Waldeck'schen Proceß sagte ein über die s. g. Majorsnacht vernommener Zeuge, auf Widersprüche aufmerksam gemacht: »mir kann leicht etwas entgangen sein: wir waren Alle damals geistig und physisch krank.« Beobachter und besonders denkende Aerzte haben mehrfach von geistiger und physischer »Krankheit« als wirksam in den Bewegungen des Jahres 1848 gesprochen. Ein solcher gab in die Flugblätter (№ 49. »Der politische Fanatismus — ein epidemischer Wahnsinn unserer Tage«) einen schätzbaren Beitrag über die nicht genug gewürdigte Erscheinung. Ohne Zweifel liegt eine arge Uebertreibung oder ein bloßes Paradoxon der Behauptung des Berliner Doktoranden Groddeck zum Grunde, daß die Demokratie, wie sie jüngst zur Erscheinung gekommen, eine physische und psychische Krankheit, eine neue Art des Wahnsinns sei. Richtig ist aber, daß im Jahre 1848 die politische Leidenschaft bei nicht Wenigen zur Krankhaftigkeit sich steigerte und kontagiös wirkte. Bis um diese Zeit hatte man in Frankfurt das Leiden nur bei einzelnen ultraradikalen Mitgliedern wahrnehmen können. Jetzt wurde die Kaiserpartei von ihm ergriffen, so daß wirklich ein Theil ihrer Mitglieder psychisch und physisch erkrankte. Wir werden den zunehmenden Symptomen mehrfach begegnen. Der Bekehrungseifer der Kaiserlichen trat in seine Blüthe, ihre Unduldsamkeit stieg höher und höher, der Terrorismus den sie zu üben suchten zeigte sich immer ärger und widriger. Hatten sie vergeblich schmeichelnd eine Stimme zu gewinnen sich bemüht, so wurden sie ungezogen. Wer nicht mit ihnen gehen wollte, wurde mit Verachtung oder Haß

*) Gegen die Signatura temporis. Berlin, Reimer, 1849.

behandelt. Anderer Meinung sein nahmen sie wie persönliche Beleidigung oder wie Verrath am Vaterlande auf. Es war um so anerkennenswerther, wenn Andere wie z. B. Gagern selbst sich frei erhielten von einem eben so fanatischen als unloyalen Verhalten. Aber zwischen den Bänken der Paulskirche, in den Zugängen, oft so daß es dem Publikum nicht entgehen konnte fielen, durch die weniger edeln oder festen Naturen veranlaßt, die ärgerlichsten Auftritte vor. Den wüthigen Blicken, den giftigen Aeußerungen, am wüthigsten und giftigsten gegen die, welche sonst Freunde gewesen oder es noch waren, konnte man nicht entgehen; schwer war es einen Platz auf den einsamsten Bänken zu finden, wo man nicht dennoch verfolgt und belästigt wurde bald durch einen wohlmeinenden zudringlichen Bekehrer, bald durch einen Grobian mit bannalen oder brutalen Worten, von welchem Allen sich nur zu viele charakteristische Züge erzählen ließen. Es war ein wahrer Jammer, Freunde, Wackre, sonst Gescheidte dermaßen von einem Wahne beherrscht und mit so trefflichen Absichten und Gesinnungen, mit solchen Kräften und Anstrengungen kämpfen und sich abarbeiten zu sehen, um nichts zu erreichen, ja um zu verderben was noch zu verderben war.

Camphausen verhielt sich nach seiner Rückkehr (am 20. oder 21.) schweigsam wie immer. Die Partei wußte in diesen Tagen von dem, was er mitgebracht, nichts, er hatte nicht mitgebracht, was sie wünschte, und sie konnte deshalb mit Wahrheit nicht behaupten, daß es geschehen sei. Gagern äußerte sich vor der Abstimmung über die Erblichkeit hierhin und dahin, über eine vorhandene oder zu erwartende Preußische Note und ihren vermeintlich günstigen Inhalt so, daß eine große Enttäuschung erfolgte, als das Schriftstück bekannt wurde. Man sah nun, daß auch er nichts Genaues darüber gewußt oder das Vernommene unrichtig aufgefaßt hatte. Man stritt um so mehr hin und her, weil man eine faktische Grundlage für die Behauptungen oder Vermuthungen nicht hatte, welche man aufstellte. Nach aller vernommenen Kunde von den Ansichten des Königs von Preußen konnten wir nicht glauben, daß man sich von Berlin aus so äußern werde oder geäußert habe, wie die Kaiserlichen wünschten und sagten; jedenfalls wollten wir nichts glauben, wofür wir keinen Beweis hatten. Anders die Partei, welche durch Aeußerungen, wie die nachstehende, auf die Abstimmungen einzuwirken ein Interesse hatte. Die Cen=

trenkorrespondenz schloß ihre Herzensergießungen vom 21. Januar: »Wenn aber noch irgend ein Impuls nöthig wäre, um die Bedenklichen auf unsere Seite zu treiben, so läge ein solcher in den Nachrichten, welche Herr Camphausen von Berlin zurückgebracht hat. Man verbreitet geflissentlich, daß diese Nachrichten ungünstig lauteten; aber wir können das Gegentheil mit Bestimmtheit versichern. Das Deutsche Volk hat auf einen zustimmenden Entschluß des Preußischen Königs zu rechnen, wenn sein Parlament nach dem Vorgange der meisten seiner Fürsten demselben die Kaiserkrone antragen wird. Wir hören sogar von der Absicht einer darauf bezüglichen Erklärung des Berliner Kabinets an das Reichsministerium und wenn unter diesen Umständen das Aussprechen der Erblichkeit der Oberhauptswürde ein neues Motiv erhält, so wird es zugleich zur unerläßlichen Pflicht. Denn es liegt auf der Hand, daß die Erblichkeit allein diejenigen Garantien bietet, unter denen Preußen das Opfer seiner Selbstständigkeit bringen, unter deren Deutschland dies Opfer fordern darf und die Früchte desselben genießen kann.« Am 23. sagte sie, »aus zuverlässiger Quelle erfahren wir so eben, daß das Ultimatum, welches Camphausen bezüglich der Publikation der Grundrechte und der Oberhauptsfrage in Berlin gestellt hatte, vom Könige auf Vermittelung Bunsen's pure angenommen ist.« Die Nachricht war falsch. Man verbreitete sie beflissen in der Paulskirche noch vor und während der Abstimmung. Von unserer Seite wurde gesagt: ihr behauptet oder schmeichelt euch vergeblich damit, daß der König die Kaiserkrone mit Zustimmung bloß der meisten, d. h. der kleineren Fürsten annehmen werde; auf Oesterreich und die übrigen Königreiche kommt ungleich mehr an, ihre Zustimmung wird nicht erfolgen und was dann? Die Kaiserlichen wußten indeß alten und neuen Rath dafür. Der König von Preußen wurde gezwungen, mußte allenfalls abdanken. Einer meiner erbkaiserlichen Freunde entgegnete auf die Frage, ob man denn z. B. auch wohl an den Widerspruch Baierns denke? leichten Muthes: »Baiern machen wir einen Bierkrawall.« Die Stimmung der Bevölkerungen in den Königreichen sei wenigstens zum Theil schon erbkaiserlich, sagte die Centrenkorrespondenz, und führte in dem Kauderwälsch jener Tage Beispiele an, wie jüngst zwei »entschieden Deutsch gesinnte« Landtagskandidaten über den Minister Stüve den Sieg davon getragen, wie

denn im Lager der Kaiserpartei stets großer Jubel war, wenn sie an irgend einem Zeichen wahrzunehmen glaubte, daß die Feuerbrände zündeten, welche in das Hannoversche Land hineingeworfen worden, oder wenn in irgend einem Falle die »Gesinnungstüchtigen« über den Werktüchtigen, die schwatzenden Politiker und Patrioten von gestern über den Bewährten den Sieg davontrugen. Im Uebrigen versöhnte die Nummer der Centrenkorrespondenz für die Zutäppigkeit, womit in ihr ein Schüler auch sonst noch über Stüve und dessen in diesen Tagen bekannt gewordenes Sendschreiben an die Osnabrückischen Wähler absprach, durch dankenswerthe Geständnisse, wie man selbst längst beschlossen, dessen man Andere bezüchtigte, »Alles vernichten zu wollen,« und wie es Andere gab, welche nicht so exklusiv waren, und es gab deren noch mehre unter den Nichtkaiserlichen. »Aus der vorgestrigen Versammlung der »Kaiserlichen« im Weidenbusch ist noch nachzutragen, daß bei förmlicher Abstimmung über die Frage: ob man eventuell, wenn der Antrag auf Erblichkeit nicht durchginge, für einen der andern Vorschläge stimmen wolle? die sämmtlichen Anwesenden (es mochten gegen 200 sein) einmüthig mit Nein! antworteten. Von allen Seiten sprach sich die Ueberzeugung aus, »lieber gar Nichts, als etwas Halbes!« Bei der zweiten Lesung wird dann doch das Rechte und allein Praktische durchdringen; die öffentliche Meinung wird ihm bis dahin Bahn brechen! Schwerlich wird übrigens jener angenommene eventuelle Fall eintreten, da die Abstimmung naturgemäß und logisch von der Wahl auf Zeit beginnen und durch die Lebenslänglichkeit zur Erblichkeit fortgehen muß. — Ferner erklärte ein Abgeordneter aus Baiern für sich und mehrere Gesinnungsgenossen: daß sie, obschon ursprünglich der Wahl des Oberhauptes auf Lebenszeit geneigt, dennoch eventuell für die Erblichkeit stimmen, ja daß sie dies auch dann sofort thun würden, wenn die Erblichkeit wider Erwarten zuerst zur Frage gestellt werden sollte, eine Erklärung, welche natürlich mit großer Befriedigung aufgenommen ward, da sie die Mehrheit, welche man für die Erblichkeit zu erlangen hofft, noch unzweifelhafter macht.«

Aehnlich lautete es am 23. Januar, man habe am vorhergehenden Abend im Weidenbusch verabredet, den Schluß der Debatte bald zu beantragen, damit die Abstimmung noch vor sich gehen könne; sollte für die Erblichkeit keine Mehrheit gewonnen werden, so »wird doch hoffentlich auch keine andere Ansicht die Mehrheit

gewinnen«; bis zur zweiten Lesung dürfte die richtige Einsicht überall sich verbreitet haben. Daneben wurde noch ein anderes Bekenntniß abgelegt, das durch Vorstellungen über das Verhalten der Centrenkorrespondenz und insbesondere dessen Unklugheit veranlaßt sein mochte, ein Bekenntniß, dessen Werth sich freilich durch Zurückfallen in die alte Unart und durch seine Art und Weise gar sehr verminderte. Man konnte vom hochmüthigen schulmeisternden Tone nicht lassen, und hörte nicht auf, uns im Pariser Hofe, weil man diesen als den Mittelpunkt des Widerspruchs gegen den Bundesstaat mit dem Erbkaiser anzusehen zu müssen glaubte, anzurechnen, was Abgeordnete wirklich oder angeblich verfehlt, mit welchen wir in keinerlei Verbindung standen. »Wir können auch die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die Leidenschaft der Parteien, die traurige landsmannschaftliche Absonderung noch schwinden wird vor dem Abschluß unsers Verfassungswerkes, daß noch einmal ein patriotischer Aufschwung die Herzen der Vertreter des Deutschen Volkes durchdringen werde, wie er sie bei der Erwählung des Reichsverwesers durchdrang. Im jetzigen Augenblick ist freilich die leidenschaftliche Erbitterung der Parteien noch ziemlich stark und nach dem alten Satz: **peccatur extra et intra muros** hat au chin unsere Parlamentskorrespondenz diese Leidenschaftlichkeit in der letzten Zeit hie und da Eingang gefunden; man hat manchen Ehrenmännern, welche, vielleicht aus übertriebener Gewissenhaftigkeit oder befangen von doktrinären Ansichten bezüglich der historischen Entwicklung Deutschlands, für das Direktorium stimmten, offenbar Unrecht gethan, wenn man sie eines Bündnisses mit der Linken anklagte; es werden derartige verletzende Angriffe sich nicht wiederholen können, wenn es auch etwas widerlich klingt, wenn Herr Philipps den Herrn Simon von Trier und dieser wiederum Herrn Lassaulx lobt, wenn Herr Beda Weber die Linke als »unabhängige Männer« und Herrn Vogt als ein begeistertes Herz preis't und den Beifall von Leuten sucht, welche er in seiner letzten Rede über die Wiener Ereignisse fast mit Verbrechern in eine Klasse zu stellen suchte. Derartige merkwürdige Erscheinungen sind nur zu geeignet, um das unbefangene Urtheil über unsere Gegner zu trüben, um zu ungerechten Aeußerungen und Verurtheilungen in Bausch und Bogen zu verleiten.« Was aber Philipps und Weber gethan, ging uns nichts an, und was das Karessiren der Linken betrifft, so hatte es Gagern und nicht Schmerling angefangen, kaiserliche Red=

ner hatten es weit mehr gethan als antikaiserliche und von uns keiner. Und wie bald waren die guten Vorsätze vergessen! Schon am 24., als die Centrenkorrespondenz über die Abstimmung vom 23. berichtete, sagte sie mit dürren Worten, die Partei des Pariser Hofes trage die Schuld des Unglücks. Der Beifall der »alliirten Linken« habe aber einen peinlichen Eindruck bei den Beklatschten gemacht. Daneben wiederholte sie das Geständniß: »die Centren waren übereingekommen, gegen alle anderen Vorschläge zu stimmen, wenn die Erblichkeit in der Minderheit bliebe. Man will etwas Ganzes, und hält es für besser, daß für jetzt gar kein Beschluß gefaßt, als daß die wichtigste Frage durch ein Auskunftsmittel verdorben werde.« Für uns hatten im ähnlichen Falle ähnliche Motive nicht gegolten. Es sollte ein absonderliches Verbrechen sein, daß man sich von unserer Seite bemüht hatte, zu bewirken, daß über die Erblichkeit zuerst abgestimmt werde. In den Flugblättern, die um diese Zeit in andere Hände übergingen, hatte man Beschuldigungen gegen das Verhalten des »schwarzweißen« Präsidiums und Büreaus bei den Abstimmungen geäußert und in Simson's Frage-Aufstellung etwas von einem »Spiele hinter den Koulissen« finden wollen. In der O.-P.-A.-Zeitung hieß es bei dieser Veranlassung, man könne es keiner Partei verargen, wenn sie diejenige Reihefolge der Abstimmungen durchzubringen suche, welche ihr die für sie vortheilhafte zu sein scheine. Dieses Zugeständnisses hätten wir uns getrösten mögen; unsere etwaige Freude wurde jedoch wiederum verdorben, indem man uns so despektirlich als bestimmt sagte, unser Direktorialvorschlag sei einzig gefallen durch seinen Unwerth, die Erblichkeit aber bloß durch die Reihefolge der Abstimmungen; denn dadurch, fügte durch ihr Organ die Kaiserpartei hinzu, sei ihr »eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stimmen derer entgangen, welche eventuell für sie gestimmt hätten, wenn Lebenslänglichkeit und Zwölfjährigkeit verworfen gewesen wären,« also die Stimmen der Nachgiebigeren, welche nicht nach dem Kanon der Kaiserlichen: entweder unser Vorschlag oder keiner! verfahren mochten. Und wie wir ihnen denn ganz und gar nichts recht machen konnten, so wurde uns nun auch mißdeutet, was wir gut im Sinne gehabt und worüber wir sonst gescholten wurden als hätten wir es nicht und daß wir es nicht gethan — nämlich daß wir uns von dem Wunsche hatten leiten lassen, es möge doch irgend etwas beschlossen und Unglimpf von der National-Versammlung abgewendet werden. »Mit nur

der Hälfte dieser eventuellen Stimmen hätte die Erblichkeit gestern schon die Mehrheit erhalten. Denn trotz aller Allianzen zwischen den einander fremdartigsten Meinungen des Hauses blieb die Minorität für die Erblichkeit die stärkste und war also, da Alles verworfen wurde, die relative Majorität. Um dies zu verhindern, vereinigte sich von den Gegnern Alles auf die Sechsjährigkeit, Republikaner und partikularistische Monarchisten« u. s. f. Die Sache war die, daß Viele von uns, indem sie freilich für die Erblichkeit nicht stimmen konnten, weil es Verläugnung ihrer festesten Ueberzeugungen gewesen wäre, doch für die Lebenslänglichkeit, die Zwölfjährigkeit, und besonders — weil diese am Ersten Aussicht zu haben schien — die Sechsjährigkeit stimmten, was ihnen dann abermals schief ausgelegt wurde *). Die Centrenkorrespondenz fügte hinzu, für die zweite Lesung stehe unter solcher »Festigkeit« des Centrums die Annahme der Erblichkeit nicht zu bezweifeln. Jene »Festigkeit« konnte aber doch immer nur Erfolg haben, wenn ein beträchtlicher Theil der andern Seite minder »fest« war, d. h. nachgab. Sie bestand darin, daß die Kaiserlichen mit der Linken gegen Direktorium, Turnus u. s. f. gestimmt hatten. Demungeachtet und ungeachtet aller guten Vorsätze sagten sie am 27. in ihrer Centrenkorrespondenz: »Trotz allen Koalitionen und Negationen, trotz des sichtbaren Strebens, alle Beschlüsse zu hintertreiben, ist gegen die Centren dennoch nichts erreicht worden als jener glorreiche Fall der Erblichkeit des Kaiserthums mit den 211 Stimmen. Wir haben es nachträglich der Gegenpartei zu danken, daß sie die Erblichkeit zuerst zur Abstimmung brachten und dadurch Deutschland zeigten, daß 211 Männer entschlossen seien, unter allen Umständen und von vorn herein dafür zu stimmen und

*) Wuttke (Der Stand der Deutschen Verfassungsfrage) sagt S. 82, wenn das Ränkespiel der Preußischen Partei auch beim Ablauf des Jahrs 1846 schon hätte durchschaut werden können, so wären die Reichstagsmitglieder (bei diesen Abstimmungen) vom Getöse des ganzen Ganges doch so betäubt, und von den Ereignissen, welche jeder Tag gebracht, so vollauf beschäftigt gewesen, daß sie lange gar nicht gewahrt hätten, was im Stillen vorgegangen. »Meinen angestrengten Bemühungen gelang nicht mehr als die Zusammenkunft im Braunfels herbeizuführen, in Folge deren die völlige Zersplitterung der Gegner des Erbkaiserthums verhütet und eine bedeutende Stimmenzahl auf den sechsjährigen Wahlkaiser vereinigt wurde.« Ich habe von jener Zusammenkunft nicht gewußt und weiß auch heute noch nicht mehr davon zu sagen.

dabei zu bleiben. 211 von einem und dem allein richtigen Gedanken geleitete Stimmen haben eine Zukunft, was wollen dagegen 196 für das 6jährige Kaiserthum sagen, die von allen Enden zusammen gewürfelt waren, Republikaner, Oesterreicher, Partikularisten u. s. w.«

Schoder hatte nicht Unrecht, als die Sechsjährigkeit verworfen war, das Verhalten der Erbkaiserlichen ein wenig zu parodiren: »Nachdem der Antrag auf ein auf sechs Jahre zu wählendes Oberhaupt in Folge einer heute wunderbarer Weise ersichtlich gewordenen Koalition zwischen der erbkaiserlichen Partei, einem Theile der äußersten Linken, einem Theile der specifisch linken und ultramontanen Partei durchgefallen ist, stelle ich den Antrag, daß nunmehr dieser Gegenstand an den Verfassungs-Ausschuß zurückgegeben werde, um über eine neue Vorlage zu berathen.« Es war schlimm genug, daß sich 211 in den »allein richtigen« obwohl unausführbaren Erbkaisergedanken verrannt hatten, und noch immer Mehre wurden in die wunderbare Koalition für denselben mit Aufbietung jedes Mittels hineingezogen. Abermals trieb jetzt die Centrenkorrespondenz zum Forteilen unter Wiederholung falscher Nachrichten aus Berlin: man sei dort entschlossen, auch ohne Oesterreichs Beistimmung zuzugreifen. Oder sie wollte »charakteristische Winke« geben über das »Verdienst,« das »Resultat« vereitelt zu haben und berichtete: »auf der Diplomatentribüne befand sich am 23. d. auch der Dänische, der Französische und der Englische Gesandte. Baron Dirkink-Holmfeld vergaß den Diplomaten bis zu dem Grade, daß er sich in rein Dänischer Freude über das Resultat der Abstimmung ausließ. Hinter glücklicheren Formen wußte der Gesandte der jungen Republik seine Freude zu verbergen; aber mit ernstem Wort beklagte Lord Cowley den traurigen Ausgang des Tages.« Allein der Dänische Gesandte war gar nicht anwesend gewesen, er reklamirte und sie mußte wiederrufen. Herrn Tallenay habe ich wenigstens nie feindselig gegen Deutschlands Einigung gefunden. Allein den Erbkaiserplan hielt er allerdings für verfehlt und veruneinigend, und es ist daher sehr möglich, daß er über die Erfolge der Kaiserlichen gelächelt, und daß es mit diesem historischen Lächeln des französischen Gesandten seine Richtigkeit hat. Was den Englischen Gesandten betrifft, so bemerkt die Deutsche Zeitung, ohne die Identität der Englischen und Deutschen Interessen nachzuweisen, England habe freilich in Berlin und Frankfurt für das Preußische

Kaiserthum gewirkt und — mache stets seine Interessen zur Richtschnur seiner Politik. Am 23. brachte sie ein Gedicht, überschrieben »Entschließe dich! Germania an Borussia,« und unterzeichnet A. Die Centrenkorrespondenz trompetete: Prinz Albert sei der Verfasser; auch aus einem Königsschlosse dringe der Ruf herüber u. s. f. und Prinz Albert hatte, wie von Koburg her geschrieben wurde, »an die Märztage die schönsten Hoffnungen geknüpft,« hatte die »großartige Bewegung der Deutschen Union freudig begrüßt« und war sammt dem ganzen Englischen Hofe und Kabinet für das Preußische Kaiserthum und ein Krönlein auf das Haupt des Prinzen Alfred ganz Theilnahme und Sympathie. Also wurde auch die Poesie aufgeboten für das Preußische Kaiserthum und — das Koburgische Fürstenhaus. Die Kaiserpartei, sonst stark im Wittern von Partikularismus und dynastischen Interessen sah in dem Allen lediglich Begeisterung für die Deutsche Einheit *).

Am 25. Januar feierte die Centrenkorrespondenz die Abstimmung über den Kaisertitel als einen höchst bedeutenden Sieg, denn ein Kaiserthum bedeute so viel als ein Oberkönigthum über Unterkönige, man habe also den Anfang einer »einheitlichen Monarchie«

---

*) Aehnliches wie mit dem Dänischen Gesandten widerfuhr der kannegießernden Korrespondenz nicht selten, nur daß sie freilich ihre kleinen Ungenauigkeiten nicht immer berichtigte. Am 3. Februar hatte sie gemeldet — und man that überhaupt unsäglich groß mit dem Ereigniß, zum Zeichen wie sehr wenig Trost aus Baiern kam, wie sehr Edel in seinen Aeußerungen über die Stimmung in Baiern Recht, wie sehr Stahl Unrecht gehabt hatte — aus Baiern mehrten sich die Adressen, welche die einheitliche Regierung auf Preußen zu übertragen verlangten; die letzte derselben sei dem Dekan Bauer von seinen Wählern in Bamberg zugegangen. Man fand das doch gar zu dreist von Seite Derer, welche genauer Bescheid wußten, und sie wurde genöthigt, am 5. zu erklären:

»In der letzten Parlaments-Korrespondenz ist unrichtig: 1) daß sich die Adressen aus Baiern für ein Preußisches Kaiserthum mehren; 2) daß die letzte der Abgeordnete Bauer von seinen Wählern in Bamberg erhalten habe.

Richtig ist dagegen: 1) daß eine eigentliche Adresse bis jetzt aus Baiern gar nicht eingelaufen ist; 2) daß aber der Nürnberger Bürgerverein für Freiheit und Ordnung in einer Versammlung sich für das Erbkaiserthum ausgesprochen hat; 3) daß der Abgeordnete Bauer von einem seiner Wähler als Ausdruck der Gesinnung seines Wahlbezirks ein Schreiben in diesem Sinne erhalten hat; 4) daß aber endlich die Wähler Bauer's nicht in Bamberg, sondern in Windsheim sind.«

und das Deutsche Volk rufe immer lauter: **aut Caesar aut nihil!** Auch das Deutsche Volk sollte lieber die allgemeine Verwirrung und Auflösung hereinbrechen lassen als von der Kaiseridee abgehen, sofern es davon ergriffen war und sollte ja nicht zur Besinnung kommen. Deshalb wurden auch die seit den Abstimmungen am 23. (sehr natürlich) »hier und da auftauchenden Zweifel, ob sich die Idee einer erblichen Kaiserherrschaft wirklich praktischen Erfolg erkämpfen werde«, und jener Theil der Presse, der sich »die größte Mühe gebe die Kaiseridee als todtgebornes Kindlein zu verschreien,« und diejenigen mit allen Kräften bestritten, die fort und fort das ganze Deutschland zu ihrem »trügerischen Schiboleth« machten und im Grunde nichts als den »alten Staatenbund« wollten. Aber deren Vorschläge seien doch gleichfalls als Embryone gestorben und um ein Ausscheiden Oesterreichs handle es sich gar nicht, sondern um die Gründung eines Bundesstaates (nun war es wieder ein Bundesstaat, nachdem es soeben erst eine einheitliche Monarchie gewesen) in Deutschland, durch welchen »das Fortbestehen des früheren Deutschen Bundes in keiner Weise beeinträchtigt werde.« Diese Halbheiten und Winkelzüge, diese Selbstbelügungen und Verdrehungen! Daher vornämlich so grenzenlose Konfusion. Man hätte auf unserer Seite nicht zustimmen können, aber doch die Folgerichtigkeit, Klarheit und Ehrlichkeit anerkannt und Jeder hätte gewußt woran er war, wenn die Kaiserpartei geradezu allezeit gesagt hätte: Deutschland soll und muß ein unitarischer Staat werden, und zwar sofort, vermöge der jetzt zu gründenden Institutionen, dabei bleiben wir; Oesterreich kann und darf also nicht Theil nehmen, es muß aus Deutschland ausscheiden; es will und wird sich unsere Aufstellung nicht gefallen lassen, wir werden um die Errichtung unseres Staats Krieg mit ihm führen müssen — wir wollen ihn führen! Das war die Sache, darum handelte es sich und handelt es sich noch beim »Bundesstaat.« Welcker hatte nur zu sehr darin Recht, daß Alles aufgeboten werde, das Deutsche Volk in Täuschungen aller Art einzuwiegen.

Die Deutsche Zeitung wetteiferte mit der Centrenkorrespondenz. Sie bemühete sich gleichfalls unaufhörlich und nach Kräften die wahre Lage der Dinge zu verhüllen, falsche Vorstellungen über das von Berlin zu erwartende zu verbreiten. Sie hatte den herbsten Tadel für die »traurige Konsequenz« der Rotenhan, Detmold,

Schmerling, Welcker, auch dann noch gegen die Einheitlichkeit des Oberhaupts zu stimmen, als das Direktorium vorangebracht und verworfen sei. Als die Erblichkeit vorangebracht und verworfen war, pries sie mit vollen Backen die löbliche Konsequenz der Kaiserlichen. Wenn Mitglieder der Linken so wie wir gestimmt, so hatte das uns einen peinlichen Eindruck machen müssen. Bei den Kaiserlichen war aber so etwas nicht der Fall. Mit den größesten Worten verkündete die Deutsche Zeitung, welch ein Jubelruf der Versammlung und der Gallerie, tausendfältiges Echo durch ganz Deutschland tragend, ertönt sei, wenn ein Mitglied der Linken sein »Ja« für die Erblichkeit abgegeben, und dieß war dann edle patriotische Selbstverläugnung, und die Schaar der Kaiserlichen war wegen der ihr zufallenden Stimmen von der Linken keine »zusammengewürfelte.« Welch ein Wink, sagte auch die O.-P.-A.-Zeitung, sollte für diese Männer (Welcker, Lassaulx) die Zustimmung der Linken sein! Ihre Unklarheit sei doch nun völlig klar, da Leute wie Eisenstuck mit ihnen gestimmt. Am 22. Januar las man in der Deutschen Zeitung einen Frankfurter Korrespondenzartikel vom 21. Januar. »In der gestrigen Versammlung im Weidenbusch erklärte ein Baier für sich und mehre Gleichgesinnte, sie hätten zwar erhebliche Gründe gegen die Erblichkeit, würden jedoch eventuell dafür stimmen. Mit eben so großem Beifall wurde die Erklärung Anderer aufgenommen, daß sie nur für die Erblichkeit und gegen alles Andere stimmen würden. Bei förmlicher Abstimmung hierüber erklärte sich die ganze Versammlung einmüthig im gleichen Sinne. Die Versammlung war von Mitgliedern aller Fraktionen von der äußersten Rechten an bis zur Westendhall (mit alleiniger Ausnahme des Pariser Hofes) zahlreich besucht und von einem Mitgliede des Würtemberger Hofes, Abgeordneten Grumbrecht, präsidirt.« — Die Kaiserlichen machten also sehr offen »Propaganda« und »Koalition« mit der Linken. Sie hatten die linken Fraktionen förmlich eingeladen zu einer »Verständigung,« welche nicht zu Stande kam, weil Jene »leider« zum Theil nicht erschienen, zum Theil nicht zu bewegen waren ihre Bedenken auszusprechen. Sie karessirten die Linke so auffällig, daß sie ihre Versammlung durch ein Mitglied derselben präsidiren ließen. In derselben Nummer, nur getrennt durch einen nicht hieher gehörenden Korrespondenzartikel folgte ein zweiter Frankfurter vom 22., in welchem man den Direktorialisten

abermals im tugendhaftesten Tone vorwarf, daß sie »gegen alles Andere« gestimmt hätten *). Zwei Tage darauf las man auf derselben Seite zwei Korrespondenzartikel, welche ein bewunderungswürdiges und doch verächtliches Raffinement in dieser Art von Zeitungsschreiberei darthaten. Man brachte mich mit Vogt als Riesen in Verbindung und prophezeite mir, was dabei herauskommen werde, nämlich Vogt werde lachend davon gehen und ich den Schaden behalten. Was das nun betrifft, so hielt ich Vogt freilich für keinen Riesen, wußte aber sehr genau, daß es so kommen würde, wenn ich mich mit ihm verbände und that dies darum nicht, was

---

*) »Es ist eine eigene Sache um das politische Gewissen selbst bei sonst charakterfesten Männern. Den schlagendsten Beweis für die Wandelbarkeit desselben gaben die Abstimmungen in der Oesterreichischen und der Oberhauptsfrage. Es finden sich darin Inkonsequenzen, die vor keiner Logik bestehen können und die vor Allem am Prüfstein unbeschränkter Vaterlandsliebe nicht bestehen würden. Von den 97 Männern, die für das Direktorium stimmten, gehört der bei weitem größte Theil der Rechten an und steht auf dem Boden der Monarchie. Dennoch, und obwol sie mit der Idee des Direktoriums in einer ungeheuren Minorität geblieben waren, stimmten sie gegen ein einheitliches Oberhaupt bei dem betreffenden Verfassungsparagraphen. Es ist offenbar, daß der rein partikularistische Standpunkt ihren politischen verrückt hatte; da der Eine nicht ihr König war, so durfte es überhaupt keiner sein. Dieselben Männer gehen aber weiter. Sie beabsichtigen gegen Alles zu stimmen, was weiter über die Oberhauptsfrage zur Abstimmung kommt und aus allen Kräften dahin zu wirken, daß die Majoritäten für das Beschlossene nur geringe seien. Betrachtet man unbefangen dies Bestreben, so muß man gestehen, daß es eine große Weite des Gewissens verräth wenn man, von der Nation zum Zustandebringen der Verfassung berufen, sein Mandat zum Hintertreiben derselben benutzt und Dasjenige zur Wahrheit zu machen bestrebt ist, worüber Herr Voigt als endliches Resultat bereits frohlockte, »daß Nichts zu Stande kommt.« Es war Princip der Linken, gegen die Beschlüsse der Majorität an die Massen zu appelliren, um ihnen die Autorität zu rauben. Es scheint Princip gewisser Männer der Rechten werden zu sollen, grundsätzlich durch entgegengesetztes Abstimmen die Majorität zu schwächen, um ihrem Ausdrucke die Bedeutung zu rauben. Ein Enthalten von der Abstimmung wäre zu rechtfertigen, denn das verriethe bloß die Absicht, nicht mehr am gemeinsamen Werke Theil zu nehmen, welches dem Partikularismus zu große Opfer auferlegt, sondern diesen zu retten. Ein Entgegenstimmen ist aber eine feindselige Operation gegen den Theil des Deutschen Volkes, welcher diesen Partikularismus wirklich zum Opfer bringt.«

Jedermann wußte. Ich hatte mich eben auch deshalb vom Centrum getrennt, weil dessen Politik nothwendig zu einer Verbindung mit den Radikalen führen mußte. Die Partei der Deutschen Zeitung wußte nicht oder nicht mehr was bei Verbündungen dieser Art herauskommen müsse, als sie sich nach einigen kurzen Wochen wirklich und förmlich mit Vogt, H. Simon u. s. w. verband *).

---

*) Die beiden Korrespondenzartikel folgen hier.

*** Frankfurt, 23. Jan. Erlauben Sie mir, daß ich einige Momente der heutigen Abstimmung der National-Versammlung, welche schwer im Gedächtniß aller wahren Vaterlandsfreunde haften wird, bespreche. Mit der Ablehnung des ersten Minoritätserachtens, das das erbliche Reichsoberhaupt beantragt, mußten alle Anträge auf eine Wahlperiode fallen, da man den Erbkaiserlichen — um mich dieses Ausdrucks zu bedienen — und auch den Radikaldemokraten die Aufrechthaltung ihres Prinzips zutrauen durfte. Herr Schoder hatte deshalb Unrecht, wenn er von einer Koalition und gar einer monströsen spricht, welcher die sechsjährige Wahlperiode zum Opfer geworden sei. Die Linke war für die sechsjährige Wahlperiode in die Schranken getreten, weil sie die Konsequenzen befürchtete, welche sich von selbst gestalten werden, wenn, wie es nun geschehen, gar kein Beschluß zu Stande komme. Die Linke konnte aber nicht den entschiedensten Theil des »Donnersberg« bestimmen, von seinem Prinzip abzugehen, und die Entschuldigungserklärung der Linken konnte diesen Theil des Donnersberg nicht versöhnen. — Darf aber auch zugestanden werden, daß die Erblichkeit des Reichsoberhaupts im Deutschen Volke manchen Gegner gefunden, so wird das peinliche Gefühl, das uns Alle überkommen muß, weil gar kein Beschluß zu Stande gekommen, die Bedenken gegen die Erblichkeit weit überwiegen.

§ Frankfurt, 24. Jan. Wenn man die Richtung der Partei, welche im Hause gegen die Erblichkeit des Oberhauptes gestimmt hat, in einen Ausdruck zusammenfassen will, so kann man diese nicht anders nennen, als die Partei der Zwietracht. Ihr Ziel ist nicht Erbauen, sondern Zerstören, in sich aber ist sie so uneinig, daß sie nach dem Siege, wenn sie ihn wirklich erränge, sich selbst zerfleischen würde. Man hat wohl auch anderwärts Koalitionen entgegengesetzter politischer Parteien gesehen, um ein allgemein verhaßtes System zu stürzen; aber hier ist das verhaßte System die Einheit des Vaterlandes! Man sagt, die Abstimmung sei gegen den König von Preußen gerichtet gewesen, aber von der Person handelt es sich ja noch gar nicht, und wenn die der Preußischen Krone Abgeneigten annehmen, daß unter den obwaltenden Umständen keine andere Wahl zu erwarten sei, so weisen sie damit nur selbst auf die Nothwendigkeit dieser Wahl hin, geben aber zu erkennen, daß es ihnen an Vaterlandsliebe fehlt, um dies Opfer zu bringen. Man wollte seit dem März in erster Linie Deutschland konstituiren und in zweiter die einzelnen

Neue Wunderdinge brachte die Nummer 25. Gar kein Beschluß! »Die National-Versammlung in ihrer jetzigen Gestalt scheint unfähig, dem Vaterlande zu schaffen, wonach es lechzt.« Wer war denn aber Schuld daran, daß gar kein Beschluß erzielt war? Sodann: »Mit tiefem Schmerz sehen wir auch in dieser Frage Deutschland nach der Mainlinie getheilt; was südwärts liegt, die 88 Oesterreicher abgerechnet, hat nur 17 gegen 90 Stimmen für die Erblichkeit gehabt — und die Demarkationslinie von 1795 hätte doch jene Südwestecke erinnern sollen, was es heißt, nicht durch eine starke einheitliche Macht Deutschlands, sondern durch Oesterreich geschützt zu sein. Im Norden der Mainlinie ergaben sich 192 Stimmen für die Erblichkeit, 82 gegen dieselbe. Freilich Sachsen hatte nur 2 Stimmen für dieselbe gegen 16, Preußen 131 gegen 37; die übrigen Staaten Norddeutschlands, wahrlich nicht aus Vorliebe für Preußen, sondern in würdiger Erkenntniß des Nothwendigen, 59 Stimmen für die Erblichkeit, 29 gegen dieselbe. Es liegen in diesen Zahlen für den Beobachter wichtige Lehren.« Ganz richtig. Es lag die Lehre darin, die der Verfasser des Artikels sammt seiner Partei aber nicht entdeckte, daß bei weiterer Verfolgung des Erbkaiserplans eine Spaltung Deutschlands bevorstehe. Und noch mehr, die Zeitung predigte ja selbst, mag Baiern draußen bleiben und wer sonst will. Der Verfasser ließ Warnungen folgen, das Volk möge sich doch nicht länger von dieser principuntreuen Linken vertreten glauben. Aber diese Linke wurde von seiner Partei in den Weidenbusch zur Koalition feierlichst eingeladen *). Sodann

---

Staaten und die Fürstenhäuser erhalten; haben wohl die 263, welche gegen die Erblichkeit gestimmt haben, dies festgehalten? Zwar Herr Wydenbrugk soll einen kühnen Schritt beabsichtigen; er will — si fabula vera! — mit den §§. 2 und 3 in der Hand, für Deutschland die Deutsch-Oesterreichischen Lande fordern und im Falle des Widerspruchs Oesterreich den Krieg erklären. Ob wohl die Oesterreicher, die mit ihm gestimmt haben, auch diesen Heldenmuth theilen? Und wie werden sich nach dem Siege Herr Vogt und Herr Jürgens verständigen? Eine solche Verbindung erinnert an den Riesen und den Zwerg, die mit einander auf Abenteuer zogen. Denn mag ihren gemeinschaftlichen Bemühungen die Deutsche Einheit erliegen oder mag sie siegen, und das wird sie zuletzt gewiß, so wird Herr Vogt lachend davongehen, und Herr Jürgens wird den Schaden behalten.

*) Am 16. meldete die Deutsche Zeitung wahrhaft Empörendes über die Grundsätze der Republikaner in der Pfalz und die Art und Weise, wie

gab er den Oesterreichern alle Schuld, deren Mitstimmen freilich der Partei das Spiel verdarb, die von der Aufgabe der National-Versammlung abgesprungen war und dem Berufe derselben, eine Verfassung für alle Deutsche Staaten zu Stande zu bringen, das Betreiben eines kleindeutschen Sonderbundes unterzuschieben suchte. »Ohne die 88 Stimmen Oesterreicher wäre die Zukunft Deutschlands schon heute gesichert, wäre Deutschland heute eine Macht, die fünfte Großmacht Europas.«

Wenn ich nicht irre, so war es zu dieser Zeit, daß der Ausdruck »Kaisermacherei« aufkam. Es lag ein Unglimpf darin, der jedoch nicht unverdient war, wo eine Partei auf solche Weise nur zu Mehrheiten zu gelangen suchte, um von deren Beschlüssen in eben so beschränkter als hochmüthiger Anschauung Ergebnisse von so gewaltigen Dimensionen zu erwarten, wo diese Partei eine neue imposante politische Schöpfung durch so kleine Mittel, so kleine Künste in's Leben zu rufen trachtete, so großen Mangel an jenem zu einem solchen Unternehmen erforderlichen Weltverstande und so großen Ueberfluß an leidiger eitler Selbstüberhebung zeigte.

Ich gab damals die Flugblätter auf. Was oben S. 320 angeführt ist, war mein letztes Wort darin. Sie hatten von Anfang bis zuletzt ruhig erörternde Aufsätze gebracht. So etwas zeigte sich jetzt als völlig fruchtlos und verloren. Mit wenigen Ausnahmen ergriffen Alle, und zwar so zornwüthig Partei, daß sich mit ihnen über die Sachen nicht mehr reden ließ, weder im persönlichen Ver-

---

sie dieselben verbreiteten, und jede Zeitung mußte damals auf Dergleichen kommen. Am 25. brachte sie einen Aufsatz: »Die rothe Republik und ihre Folgen«, der mit den mahnenden Worten schloß: »darum rufe ich zum vierten und fünften Male: Krieg mit den Rothen und hüte dich, Deutschland!« Man kannte also die Gefahr, hütete sich aber sehr schlecht und machte den Rothen nicht Krieg, sondern eine Gasse. Baiern war bis dahin von dem anarchischen Geiste verhältnißmäßig wenig berührt und vor Ordnungsstörungen glücklich bewahrt geblieben. Es war bekannt, daß die Märzvereine seit dieser Zeit ihre ganze Kraft auf Baiern warfen und die Kaiserpartei half durch ihre Agitation sehr beflissen dasselbe zu unterwühlen und demnächst zu revolutioniren, um sagen zu können, es sei kein lebensfähiger Staat und der allgemeine Zug der Volksmeinung fordere und gebiete die Reichsverfassung und den Erbkaiser.

kehr noch durch die Presse. Meine Ansicht lief — auf den alten Bundestag hinaus. Sie war zumal seit Gagern's geharnischter Erklärung verfehmt. Ein zweiter Bestandtheil der Flugblätter war Polemik, eine scharfe Polemik gewesen. Allein sie hatte vom Standpunkte der Centren aus der anarchischen Partei gegolten und so war ihre Zeit gleichfalls vorüber. Die Mehrzahl der früheren Konservativen war erbkaiserlich geworden, buhlte mit der Linken und sprach selbst kaum noch anders als im Sinne der Revolutionärs von Gewalt, zweiter Revolution u. dgl. falls ihre Pläne und Beschlüsse Widerstand fänden. Freilich gibt man in einer solchen Situation ein eigenes Blatt nicht gern aus den Händen und der Parteimann vom reinsten Wasser thut es bestimmt nicht. Allein was mich betrifft, so hätte ich auf die Weise, wie die Kaiserpartei ihren Kampf in der Presse führte, mich nicht einlassen mögen und können. Sie erregte mir den äußersten Widerwillen gegen das ganze Treiben, das mir mehr und mehr als nichtig und nur hinführend zum völligen Scheitern der Aufgabe erschien. Das für mich am meisten Entscheidende war indeß Folgendes. Nahm ich den Handschuh auf — wir sahen, es fehlte auch nicht an Herausforderung in den Flugblättern zu antworten — so wäre das so viel gewesen als mich einlassen in überaus widerwärtige Streitigkeiten, in einen Hader mit alten politischen und persönlichen Freunden. Ich hätte nicht umhin können, deren Blößen aufzudecken und wollte den Radikalen die Freude nicht gönnen, zu schauen, wie vor ihnen die Konservativen einander rauften. Dazu gerieth ich in ein böses Dilemma. Einige meiner dermaligen politischen Freunde waren ein gutes Theil empfindlicher und erbos'ter als ich über die Angriffe, welche täglich gegen uns wiederholt wurden. Sie sagten: wir haben hier kein einziges Organ in der Presse und die Gegner haben ein wahres System von Lüge und Täuschung des Publikums organisirt; willst du nicht, so gib die Spalten deines Blattes wenigstens uns zur Abwehr her. Man wird einräumen, daß ich diesem Ansinnen mich nicht wol hätte entziehen können, allein es wäre dann, ich mochte es anstellen wie ich wollte, ein Zank erfolgt, zu welchem ich entschlossen war, das Feld nicht herzugeben. Ich ergriff daher die Gelegenheit, von dem Dinge loszukommen, welche sich mir darbot, indem ein mir Empfohlener (Herr Obermüller) Geneigtheit zur Uebernahme der Flugblätter erklärte. Ich glaubte der

letztern der mit ihm getroffenen Abrede zufolge gelegentlich nach wie vor zur Vertretung meiner Ansichten mich bedienen zu können und sagte der neuen Redaktion meine Mitwirkung zu (№ 7, Januar 26.) Allein es hatte ein Mißverständniß stattgefunden. Schon die № 8 schlug eben den heftigen Ton an, der mir an den kaiserlichen Organen mißhagte und ich zog daher die Zusage meiner ferneren Mitwirkung durch öffentliche Erklärung in der nächstfolgenden Nummer zurück. Es mußte der neuen Redaktion sehr unwillkommen sein. Kaiserliche Freunde sprachen Anerkennung aus und nahmen mich dann doch noch wiederholt wegen der Verbrechen in Anspruch, welche die Flugblätter begingen, gerade als wenn ihnen völlig unbekannt wäre, daß ich mich von denselben losgesagt, in welchen nun die Koalition ein Organ gewonnen haben sollte. Jene waren bös auf mich, daß ich das Blatt »in solche Hände« gegeben, waren aber durch ihr unleidliches Verhalten, das trotz aller Vorstellungen und Bitten sich nicht änderte, selbst Schuld daran. Was wollten sie? Daß ich die Flugblätter einem ihrer Parteigänger gegeben, oder irgend Jemandem, der ohne Schärfe gegen sie geschrieben hätte? Aber wie konnten sie das verlangen und wo waren solche Leute? Sie beklagten sich sofort bitterlich, allein ihre Klage hatte nur den Grund, daß ihnen mit ähnlicher Münze gezahlt wurde. Sie hatten es so haben wollen. Sie erkannten sofort, wie häßlich und wie verletzend ein Auftreten in der Presse, wie das ihrige, war, als es gegen sie angewendet wurde — an Andern. Denn sie trachteten nicht zu bessern durch Aenderung ihrer Art und Weise, die vielmehr dieselbe blieb, ja sich noch verschlimmerte. Sie nahmen sofort die ersten Artikel der Obermüller'schen Flugblätter als große greifbare Sünden durch. Absonderlich nahmen sie eine Aeußerung, welche traf und weil sie nur zu gut traf, sehr übel: »Fahrt fort, zu wühlen, zu reizen« u. s. f. Sie thaten, was nicht recht war und gebärdeten sich auf's Ungebärdigste, wenn es ihnen vorgehalten wurde. Die neuen Flugblätter (bald darauf Frankfurter Zeitung) waren bei weitem nicht so schlimm als ihre Organe, hielten ihnen aber einen Spiegel vor und mußten nun freilich Unrecht haben, denn sonst hätte der Spiegel Recht gehabt.

Gerade am Schluß der Oberhauptsverhandlungen begann das Einschlagen der Fäden der Diplomatie in das Verfassungswerk, die ganz eigentliche Einmischung der Kabinette. Durch das, was

darüber zu sagen ist, wird noch einiges Licht auf jene Debatten und deren Ergebnisse fallen. Doch dürfte es zweckmäßig sein, bevor ich darauf komme, von den Verhandlungen über die Verfassung bis zum Ende der ersten Lesung Bericht zu geben. Sie fanden unter den Eindrücken der diplomatischen Einwirkungen Statt, jedoch ohne daß diese einen wesentlichen Einfluß darauf geübt hätten.

Die Verhandlungen über den Reichsrath, die Gewähr der Verfassung und die zurückgestellten Paragraphen der Grundrechte.

Die National-Versammlung beschäftigte sich noch in derselben Sitzung, in welcher sie den Kaisertitel beschlossen, mit den weiteren Paragraphen des Abschnitts vom Reichsoberhaupt, und nahm insbesondere die beiden, in welchen bestimmt war, daß der Kaiser eine Civilliste beziehen solle und daß er Krieg erkläre und Frieden schließe, den letzteren durch namentliche Abstimmung an. Die große Mehrzahl der Mitglieder des Pariser Hofs stimmte nicht mit der Linken gegen, sondern mit den Kaiserlichen für diese Paragraphen. Bei der namentlichen Abstimmung verneinten acht, und doch hätte man es uns Allen mit Recht nicht verübeln können, wenn wir dem Kaiser, den wir nicht wollten und der durch den Titel hereingeschmuggelt werden sollte, keine Attribute votirt, sondern gegen die sämmtlichen weiteren Paragraphen eines Abschnitts gestimmt hätten, der uns, wie er vorlag, unstatthaft und undiskutirbar erscheinen mußte. Daß wir es nicht thaten hatte seinen Grund darin, daß wir nicht verderben, nicht mit der Linken gehen wollten; es war indeß keine rechte Konsequenz.

Am 26. Januar wurde über den Reichsrath verhandelt. Der Vorschlag, den der Verfassungsausschuß über dieses Institut eingebracht, fand sehr wenig Beifall und wurde von den Verschiedensten lebhaft angefochten, auch von vielen, wenn nicht den meisten Kaiserlichen selbst, die auch großentheils dawider stimmten, trotz eigenen Klubbeschlüssen, trotz dem daß sie die Miene annahmen, als

liege in dem Stimmen für oder wider den Reichsrath ein Wahrzeichen monarchischen oder antimonarchischen Sinnes. »Die Besorgniß, schreibt Raumer (II., 191) es möchten die Fürsten und Regierungen gegen den Frankfurter Verfassungsentwurf erhebliche Schwierigkeiten erheben, hat (wie gesagt) nicht zu einer offenen Mitberathung geführt, wohl aber hat man (meist um sie zu beschwichtigen) in den Verfassungsentwurf ein Kapitel aufgenommen, betitelt: der Reichsrath. Als ich gestern dagegen stimmte, haben die, welche mich zu ihrer Partei zählen, theils mit Achselzucken ihren Unwillen zu erkennen gegeben, theils mit lauten Vorwürfen. Der Eine sagte: Sie haben den Kaiser zu Grunde gerichtet; der Andere, es fehlt an aller Disciplin, der Dritte, was die Linke befürwortet, muß man jedesmal verwerfen« u. s. w. Noch viel weniger wurde gegen die »Großdeutschen,« welche bei dieser ersten oder bei der zweiten Lesung wider den Reichsrath stimmten, der Vorwurf gespart, daß sie darauf ausgingen den Kaiser und Alles Andere zu Grunde zu richten. Bei ihnen kam noch viel weniger in Betracht, daß sie so gut wie Raumer sagen konnten, wir haben die und die Gründe gegen den Reichsrath, mit welchem das »Scheingeschäft« auf die Voraussetzung hinausläuft, daß die Fürsten eben so dumm sein würden wie die Hunde, von welchen man sagt, daß sie geduldig trocken Brod fräßen, wenn man ihnen Butter auf die Nase schmiere. Dies ist gleichfalls eine Aeußerung Raumer's, der ferner mit vollem Recht bemerkt, die Sache stehe jedenfalls so, daß Jedem frei bleiben müsse, seiner Ueberzeugung zu folgen. Simson äußerte, wenn es ihm als Präsident erlaubt gewesen wäre, so würde er auch dagegen gestimmt haben. Römer und mehre Mitglieder der Rechten theilten ganz Raumer's Meinung und drückten die Hoffnung aus, daß der Reichsrath wenigstens bei der zweiten Lesung fallen werde. Einer der Mitarbeiter am Entwurf stimmte dafür, wie er freilich wol wußte, ging hinaus, erkundigte sich dann nach dem Ausfall der Abstimmung, und bemerkte: so ist das »Beest« dennoch durchgekommen! Die Verhandlungen erweckten so wenig Theilnahme, daß nahe an hundert Mitglieder fehlten. Die Linke (Wigard) beantragte, das Institut in die Verfassung gar nicht aufzunehmen. Ueber diesen Antrag wurde zuerst abgestimmt. Er wurde gegen 200 mit 211 Stimmen verworfen, unter denen sich 29 der Unsern aus dem Pariser Hofe befanden und also eine gute Anzahl kaiserlicher Stimmen nicht befanden, denn 210 Stimmen

zählte die Kaiserpartei. Mehrere Mitglieder unseres Vereins waren nicht anwesend, nur sechs hatten gleich andere Konservativen, ja Kaiserlichen (Deiters z. B.) dafür gestimmt. *) Wir also hatten dem »Beest« des Verfassungsausschusses und der Kaiserpartei durchgeholfen. Wir mußten indeß trotzdem abermals Alles verdorben haben. Haym (S. 249) gesteht freilich, daß Angriffe von den verschiedensten Seiten und aus den verschiedensten Rücksichten gegen den Reichsrath erhoben worden; die geringe Mehrheit welche denselben gerettet, sei wesentlich anders gebildet gewesen, als die welche den Kaiser geschaffen. Daß unsere Stimmen dabei gewesen sagt er nicht, wenn es nicht darin liegen soll, daß er weiter bemerkt, nicht alle Kaiserliche hätten »stark genug die Verpflichtung gefühlt, dem Partikularismus eine gerechte Entschädigung zu bieten,« und da hätten denn die Stimmen der »Partikularisten den Abgang mancher aus dem Kaiserlager ersetzen« müssen, wobei im Uebrigen das ein »auffälliges Symptom« gewesen, daß von den anticentralistischen Oesterreichern nicht Wenige auch gegen den Reichsrath ihre verneinende Haltung behauptet. Indeß waren es doch nur Wenige, sehr Wenige, und der weitaus größte Theil derer, welche unserer Verbindung angehörten, was sie betrifft, hatte theils gar nicht theils für den Reichsrath gestimmt. »War aber der Reichsrath erhalten, so wurde er durch eine Ungeschicklichkeit der Welcker-schen Partei nachträglich entstellt; die Symmetrie des Bundesstaats auch hier festzuhalten und durchzuführen, hatte der Verfassungsausschuß vorgeschlagen, daß jeder im Staatenhaus vertretene Staat oder Staatenverband ein Mitglied des Reichsraths zu ernennen habe. Anders wollte es der Pariser Hof. Um die Zahl 19 auf 12 herabzusetzen, schlug ein Antrag dieser Fraktion andere und zwar die willkürlichsten Staatencomplexe vor. Die Folge war, daß der eine wie der andere Antrag verworfen wurde, und daß nunmehr der Reichsrath aus 38 Mitgliedern bestand — ein Resultat, welches an sich unverständig und höchstens derjenigen Seite des Hau-

*) Eine beträchtliche Anzahl Kaiserliche, Hans Raumer', Droysen u. s. w. gaben die Erklärung ein, daß sie nur unter der Voraussetzung dafür gestimmt hätten, daß bei der zweiten Lesung die Erblichkeit des Oberhaupts beschlossen werde. Sie wollten also, Falls ein Direktorium beschlossen würde, den in diesem nicht vertretenen Fürsten ganz und gar keinen Antheil an der Legislation gönnen, sie wollten »Alles verderben« wenn es nicht nach ihrem Willen ginge.

ses genehm war, welche das ganze Institut zu diskreditiren wünschte« (Haym 250). Wir werden sogleich sehen, daß dies jedenfalls die Absicht unserer unglücklichen Antragsteller nicht war. Die Sache verhielt sich folgendermaßen.

Nach dem ganzen Verfassungsprojekt wurden die Fürsten nicht bloß von der ausübenden, sondern auch von der gesetzgebenden Gewalt ausgeschlossen und zu erblichen Verwaltungsbeamten gemacht, trotz ihrer Theilnahme an der Beschickung des Staatenhauses, worauf die Kaiserlichen sich zu berufen pflegten. Auch durch den Reichsrath des Entwurfs, der nur ein berathendes Kollegium war, erhielten sie keinen unmittelbaren Antheil an der Legislative, welche man gern mit ihrer neu aufgekommenen Souveränität verwechselte, um sagen zu können, daß ihnen nur ein Raub oder ein vom fremden Eroberer entnommenes Geschenk wieder abgenommen werde. An der gesetzgebenden Gewalt hatten sie im alten Reiche ihren Antheil stets besessen, und er macht das Wesen ihrer fürstlichen Stellung aus. Der Reichsrath des Entwurfs genügte daher uns nicht, die wir in Wahrheit am Reiche Deutscher Nation festhielten, indem wir dessen Erneuerung in zeitgemäßer Form aber in seinem Wesen als »göttliche Schirmherrschaft, Jeden zu schützen bei dem Seinen« erstrebten. Indeß war ein Mehreres als ein bloß berathender Reichsrath bei der herrschenden Stimmung auf keine Weise zu erlangen. Schon die Verhandlungen im Verfassungsausschusse hatten davon überzeugen müssen. Manche von uns sagten nun freilich, lieber kein Reichsrath als ein so ungenügender, besser gar kein Beschluß für jetzt, damit man auf Genügenderes in der zweiten Lesung komme, woran es nicht wol fehlen kann. Allein den Meisten erschien dies als eine zu unsichere Rechnung. Auch war bei dem Rotenhan'schen Direktorialvorschlage, der den Mittelstaaten vollen Antheil an der Legislative zu erhalten suchte, auf den Reichsrath Bezug genommen, als durch welchen auch den Fürsten der Kleinstaaten so viel Antheil an der gesetzgebenden Gewalt neben dem Direktorium gesichert werden sollte, als man bei der herrschenden Stimmung für sie gewinnen zu können glaubte. *) Dagegen

*) Welcker und Andere forderten die Theilnahme auch der kleineren Fürsten am Direktorium durch eine Kollektivstimme. Es war das Folgerichtigere und Gerechtere. Die Gründe weshalb Rotenhan bei seinem Vorschlage davon abstrahirt hatte finden sich in den Motiven zum letzteren.

war nun aber selbst der bloß berathende Reichsrath nicht Wenigen der Kaiserlichen zu viel, die auch das alte gute Recht der Fürsten auf unmittelbaren Antheil an der gesetzgebenden Gewalt und das Verlangen desselben nicht beraubt zu werden, als Partikularismus verschrieen, Kaiser und Reich im Munde führten, sich gebahrten als die Wiederhersteller des altehrwürdigen Reichs und Kaiserthums, und eine Verfassung projektirten, durch deren Verwirklichung das gerade Gegentheil desselben hätte herauskommen müssen. Sie hatten ein größeres Interesse als die Direktorialisten, daß ein Reichsrath beschlossen würde. Geschah es nicht und wurde ein Erbkaiser beliebt, so war um so mehr der äußerste Widerstand der Mittelstaaten zu besorgen, die bei dem Direktorialvorschlage hinreichend bedacht waren. Völlig konsequenter Weise hätte man unserer Seits das Erbkaiserprojekt zu vereiteln und etwa auch dadurch zu vereiteln suchen müssen, daß man es so unausführbar als möglich machte, im vorliegenden Falle also auch den Reichsrath verwarf. Allein nur sehr Wenige unter uns redeten dieser Konsequenz das Wort. Nun hatte Welcker zur ersten Hälfte des zweiten Alinea von §. 1. des Reichsrathsentwurfs *) mit zwei Kaiserlichen des Verfassungsausschusses, Ahrens und Waitz, wovon Haym nichts sagt, ein Minderheitserachten gestellt, für welches er auch im Pariser Hofe eiferte und nahe an zwanzig Mitglieder (Arndts, Edel, Kleinschrod u. s. w.) desselben gewann. Es wurde mit einer unbedeutenden Abänderung nochmals als Minderheitserachten eingebracht. Ihm zufolge sollte der Reichsrath aus zwölf Mitgliedern bestehen, die größeren Staaten sollten jeder ein Mitglied ernennen, die fünf andern Mitglieder von Staatenverbänden (z. B. eins von den drei Hessen) ernannt werden. Welcker sagte zu Gunsten des Reichsraths im Wesentlichen dasselbe, nur noch viel nachdrücklicher, was Haym (S. 249) dafür beibringt. Er machte in der Debatte geltend, daß man es mit einem Bundesstaate zu thun habe, und wies von diesem Standpunkte aus die von der Natur des einzelnen Staats gegen das Institut hergenommenen Einwürfe des Republikaners Schütz zurück. Der Reichsrath sei keineswegs verwerflich, weil er allerdings in einem gewissen Sinne fürstlich und monarchisch, obwol der edle Fürst im Bundesstaate zunächst nicht sein dynastisches Interesse,

*) Jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ernennt zum Reichsrath ein Mitglied.

sondern das Wohl des ihm anvertrauten Stammes oder Staates vertrete. Auch ein Theil der Kaiserlichen zeigte hier wie sonst, daß man vom Bundesstaat nur spreche und einen Einheitsstaat meine; sie wollten, wie wir hörten, den Einzelfürsten (dem »Partikularismus«) die gerechte Entschädigung des Reichsraths nicht bieten, d. h. sie in Ansehen und Wirksamkeit tiefer heruntersetzen als geschehen durfte, wenn ihnen davon noch etwas Werthvolles bleiben sollte. Die Deutsche Zeitung sagte daher (№ 28) mit offenbarem Unrecht, es habe nicht hierher gepaßt, wo gerade den bestehenden Monarchien neue Bürgschaften hätten gegeben werden sollen, daß Welcker »gegen das mit Füßen treten der Monarchien« geeifert. Eben weil ein Theil der Kaiserlichen mit den Republikanern der Monarchie diese Bürgschaften nicht zu geben entschlossen war, war sein Eifern ganz passend und nicht »unlogisch« sondern ganz logisch, so unbequem den Unitariern hinter der Bundesstaatsmaske manche seiner sehr treffenden Aeußerungen allerdings sein mußten.

Der Antrag des Verfassungsausschusses, wonach jeder im Staatenhaus vertretene Staat oder Staatenverband ein Mitglied zum Reichsrath ernennen sollte, kam nächst dem Antrage der Linken zur Abstimmung und fiel durch 220 gegen 175 Stimmen. Mehrere »Partikularisten« (wie Detmold), konservative Oesterreicher (Edlauer u. s. w.), Mitglieder des Pariser Hofes (Jordan u. s. w.) hatten dafür gestimmt, was demnach nicht einmal von 175 der Kaiserpartei geschehen war, die also ihrerseits das von ihr bevorwortete Institut preisgegeben hatte. Sie wollte den Reichsrath weder so, wie der Ausschuß, noch so wie die »Welcker'sche Partei« seine Bildung vorgeschlagen. Das principiell nicht verschiedene Minoritätserachten von Welcker-Arndts wurde durch 206 gegen 204 Stimmen verworfen. Mit der Linken hatten auch viele Kaiserliche dagegengestimmt. Hiernach blieb nur noch der dritte Absatz des Ausschußantrags übrig, daß die Ernennung der Mitglieder durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatenverbände geschehen solle, und da einmal kein besserer Antrag vorlag und da wir doch nicht gern Alles verderben wollten und am Bundesstaat unsererseits festhielten, so halfen wir dem »Beest« durch. Verdorben hatten wir offenbar nichts, denn die Verwerfung jenes ersten Ausschußantrags war nicht unsere Schuld, sondern die der Kaiserpartei *),

*) Ihre sämmtlichen Stimmen mit den unsrigen (sieben oder acht) und

und unser nach demselben zur Abstimmung gelangender und beseitigter Antrag war ganz wirkungslos. Die Deutsche Zeitung sagte: »Es blieb nun unentschieden, wie der Reichsrath zusammengesetzt sein sollte. Der Reichsrath und der Deutsche Kaiser sind also bis jetzt schöne Statuen, welche noch keine Füße haben, auf denen sie stehen können.« Freilich, aber warum ließen die Kaiserlichen den Ausschußantrag fallen, warum stimmten sie nicht für unsern Antrag, nachdem jener verworfen war? Man hätte dann doch eine Entscheidung über die Zusammensetzung des Reichsraths gehabt. Die Deutsche Zeitung lobte es daher auch, daß ein Theil der Kaiserlichen für unsern Antrag gestimmt habe, »in dem Gefühle, daß es besser sei, eine thatsächliche Abweichung von dem zu gestatten, was ihnen das Beste geschienen, als zu keinem Beschluß überhaupt zu kommen.« Man verschwieg, daß ein anderer Theil der Kaiserlichen mit der Linken das »Beste,« den ersten Ausschußantrag, verworfen hatte und dann so eigensinnig gewesen war, lieber keinen Beschluß zu Stande kommen zu lassen, als für unsern Vorschlag zu stimmen. Nur zu wahr hieß es in der Zeitung im Eingange der Kritik: »Als Gott die Götzen des Königs Ninus umstieß und die Sprachen verwirrte, konnte keine größere Uneinigkeit entstehen, als jetzt im Parlamente herrscht, wo die alten Parteien sich aufgelös't, neue sich noch nicht gebildet haben, und die Einen aus entgegengesetzten Beweggründen dasselbe, die Andern aus denselben Beweggründen Entgegengesetztes thun.«

Die parlamentarische Korrespondenz nahm am 26. Januar den Reichsrath gegen seine »unter fast allen Parteien zerstreuten« Widersacher in Schutz. Sie hätte die ungetreuen Kaiserlichen schelten sollen, begnügte sich indeß mit einem tendenziösen Lobe der Bairischen Deputirten, die »in der letzten Zeit mit der Opposition sich geeinigt hatten,« deren Koalition mit der Linken also abermals nicht festgehalten, sondern die Eigenschaft gezeigt hatte, daß die Verbündeten mehr wider als miteinander stimmten. Am folgenden Tage ging die Korrespondenz mit leichten Vorwürfen über das Verhalten eines Theils der Mitglieder ihrer Partei hinweg, und ließ sodann ihre üble Laune an uns aus, die Sache genau so falsch darstellend wie es Haym in seinem Buche thut. Der erste Aus-

---

denen der Partikularisten, Detmold, Gombart u. s. w. hätten eine beträchtliche Mehrheit gebracht.

schußvorschlag sei »durch die besondere Weisheit des Pariser Hofs« gefallen, dessen Antrag aber auch verworfen sei, trotz dem, daß die Mehrzahl der Centren sich entschlossen, dafür zu stimmen, und so habe man vorläufig dem Pariser Hofe 38 Mitglieder des Reichsraths zu verdanken. Die Abstimmungen und Stimmlisten ergeben, daß mehr konservative Kaiserliche als Oesterreicher den Reichsrath im Stich gelassen. Die doppelte Elle wurde abermals geführt, indem die Korrespondenz hinzufügte: »Einen überraschenden Eindruck hätte es bei diesen Abstimmungen über den Reichsrath machen müssen, die bei weitem größte Zahl der konservativen Oesterreicher, unter diesen Männern wie von Mühlfeldt, die stets gegen die straffe Centralisation angekämpft haben, gegen dieses Institut stimmen zu hören, wenn uns die letzten Wochen nicht bereits mit der durchgehend verneinenden Tendenz von dieser Seite her vertraut gemacht hätte.« Die Behauptung von der »bei weitem größten« Zahl war geradezu unwahr, und da die, das Gegentheil bekundenden Thatsachen so offen vorlagen, so konnte dieselbe nur entweder auf der Absicht, die Unwahrheit über die Oesterreicher zu sagen, oder auf Idiosynkrasie, die man uns Nichtkaiserlichen bisweilen vorwarf, auf einer bei den Kaiserlichen fix gewordenen Idee beruhen, daß die Oesterreicher verneinenden Tendenzen folgten.

Manche der bei diesen Abstimmungen, von der über den Kaisertitel an, leicht wahrzunehmenden Inkonsequenzen und Seltsamkeiten erklärt sich nur daraus, daß nach dem Fall der Erblichkeit ein starker Rückschlag in der Stimmung der Kaiserpartei eingetreten war und daß des größten Theils der zerfahrenen Versammlung eine Mattigkeit und Indifferenz sich bemächtigt hatte, in welcher eine schlimme Weissagung für den Ausgang lag.

Wie gänzlich grundlos die Beschuldigungen waren, welche gegen uns nach wie vor täglich wiederholt wurden, sollte sich bei den nächstfolgenden Verhandlungen recht deutlich zeigen. Man kam an den Abschnitt über die Gewähr der Verfassung, worüber vom 30. Januar bis zum 3. Februar debattirt wurde. Haym sagt (S. 251), bei der so schwierigen Materie, deren glückliche Bewältigung andere Erfahrungen als die einer langen systematischen Unfreiheit und die einer regellos und überschwenglich hereingebrochenen Freiheit voraussetzte, sei der National-Versammlung das »Leid-

liche« gelungen. Er rühmt, mit der unverkennbaren Tendenz das Lob seiner Partei zuzuwenden, die Haltung derselben, nach welcher sie auf die richtige Weise dem Umsturz und der Anarchie den Eingang in die Verfassung ernstlich verwehren, aber auch gezeigt habe, daß sie die Mittel der rettenden Gewalt anschaffen wollen. Er erwähnt nicht, was zu erwähnen ist, daß die Sache durch die Grundrechte und deren Einführung schon verdorben war. Hierdurch war ein gutes Stück anarchischer Freiheit sogar in den gesetzlichen Zustand hereingebracht. Das Anarchische in den Ideen und Tendenzen der Linken trat bei diesem Anlaß auf's Neue scharf und nackt hervor. Sie trachtete, bei diesem Kapitel nachzuholen, was ihr bei den Grundrechten noch entgangen war. Wie stark hatte überall der Sinn für ungesetzliche, wie schwach der Sinn für gesetzliche Freiheit sich gezeigt. Wie hätte man hoffen können, daß mit Verkündigung der Verfassung sofort ein ordnungsmäßiger Zustand eintreten werde, daß starke Regungen des anarchischen Geistes ausbleiben würden! Auch in den höhern und Mittelständen, auch bei den Konservativen der National-Versammlung zeigte sich weder die Klugheit noch der Zusammenhalt, welche ihm gegenüber nothwendig. Man mußte aus diesen Gründen um so bereitwilliger die »Mittel der rettenden Gewalt« anschaffen, und durfte sich nicht scheuen vor dem Scheine oder dem Vorwurfe, die »Sicherheitsvorrichtungen« zu »gröblich« zu machen. Alle andern Parteiinteressen mußten zurücktreten hinter dem großen ersten Interesse der Ordnung und des Bestandes. Das regellose und überschwengliche Herrschgelüst war nicht völlig überwunden, seine »Reaktion« allerdings zu befürchten. Aber durch Anarchie konnte es nicht überwunden, sondern nur gestärkt werden und von den beiden Feindinnen der gesetzlichen Freiheit ist — und war in jedem Falle damals und bei uns — die Empörungs- und Krawallsucht die mehr, die Herrschbegier die minder gefährliche. Das Bedürfniß der besondern Lage, worin man sich befand und selbst die richtig verstandene Grundsätzlichkeit forderte die schleunigste Regelung der proklamirten, der eingetretenen Freiheiten, forderte zu allererst starke, gesetzlich starke Regierungen, Zügelung, gesetzliche Zügelung der Zuchtlosigkeit gegenüber den gesetzlichen Gewalten. Die Regierungen der größeren Staaten waren schon wieder mächtig genug, um der kecken und renommirenden, aber innerlich ihnen, wenn sie sich zusammennahmen, doch nicht gewachsenen Revolution zu stehen, die nicht auf-

hörte, sich auf die Volkskraft zu berufen und mit dem Volke hinter ihr zu drohen, und es nicht hinter sich hatte. Allein je leichter sie hervorkommen konnte und je mehr die gesetzlichen Mittel gegen sie mangelten, desto unfehlbarer erhielt die nackte Gewalt Anlässe, Vorwände und guten Schein, sich und allen Mißbrauch geltend zu machen. In Preußen und den meisten Einzelstaaten waren aus Schwäche und gesetzgeberischer Verkehrtheit übergroße Freiheiten gegeben, ohne daß gleichzeitig auf deren Regelung und die Zügelung des Mißbrauchs Bedacht genommen worden wäre. Diesen groben Fehler, um nicht zu sagen diese arge Versündigung an Staat und Gesellschaft hatte die National-Versammlung durch ihre Grundrechte nach großem Maßstabe fortgesetzt, hatte dem Fehler und der Schuld durch die Separatverkündigung der Grundrechte das Siegel aufgedrückt — jener Grundrechte, welche »durchweg die gegliederten Verhältnisse, die stetigen Bande und Schranken aufhoben zu Gunsten willkürlicher Verfügung und völliger Gleichheit der Einzelnen,« welche »die Festigkeit der gesetzlichen Ordnung lockerten zu Gunsten der Willkür,« welche die »feierliche Lossagung der Nation und des Staates vom christlichen Glauben enthielten« *). Was bei den Grundrechten schwer gefehlt war, mußte bei der Gewähr der Verfassung nach Thunlichkeit eingebessert, hier mußte gesorgt werden für Gewährleistung der Autorität, für Bürgschaften der Ordnung und des Bestandes, und Alles aufzubieten, daß dies geschehe, war eine heilige Pflicht der National-Versammlung. Dies war u n s e r Standpunkt, wogegen die Centren, wie immer, doktrinär (und obenein sogar theoretisch falsch) zu Werke gingen, es nach keiner Seite und beileibe auch nicht mit der Linken verderben wollten, und die Mittel der rettenden Gewalt daher, wie Haym sagt, »nur widerwillig anschafften.«

Der erste Hauptpunkt, um welchen es sich handelte, lag in dem Satze des §. 5: »Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelstaate kann nur mit Zustimmung der Reichsgewalt erfolgen.« Die Linke wollte, daß es dem souveränen Volke in den Einzelstaaten unverwehrt sein solle, es allenfalls auch mit der Republik zu probiren. Es hatte in den Kleinstaaten die Grundrechte, hier und da auch die Bedingtheit des Veto u. s. f. Die Republikanisirung des ganzen Körpers und des Hauptes war nicht durchgesetzt,

---

*) Stahl, Die deutsche Reichsverfassung, Berlin, 1849, S. 64 ff.

sie konnte auch durch Anfangen bei den Gliedern gewonnen werden. Besonders Gombart, Bassermann, Vincke wiesen die wühlerischen Tendenzen und deren Gönner beredt und nachdrücklich zurück. Der Satz wurde mit 294 gegen 137 Stimmen angenommen. Unter den Verwerfenden befanden sich vier Mitglieder des Pariser Hofs *) und noch zwei von den konservativen Oesterreichern, aber auch etwa die gleiche Zahl Erbkaiserliche, wie gewöhnlich bei Punkten dieser Art und ähnlich wie beim Reichsrath Biedermann, Wurm u. s. w.

Aehnlich ging es bei dem Paragraphen, wonach die Zustimmung der Reichsgewalt zu Aenderungen der Regierungsform in einem Einzelstaate in den für Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschriebenen Formen sollte erfolgen müssen. Er wurde mit 237 gegen 189 Stimmen angenommen, unter welchen letztern sich abermals vier (oder zwei) aus dem Pariser Hofe und eine viel größere Anzahl von den Kaiserlichen befanden, darunter Biedermann, Wurm, Zell u. s. f. Die Mehrheit kam von den konservativen Oesterreichern (wie Deym, Arneth, Coronini, Edlauer u. s. w.), Ultramontanen wie Döllinger, und Partikularisten wie Arndts. Ich habe ihrer bis zum Buchstaben R. schon funfzig gezählt.

Beim §. 6 handelte es sich abermals um eine erschwerende Bedingung, das absolute Veto. Abänderungen in der Reichsverfassung sollten nur durch einen Beschluß beider Häuser und mit Zustimmung des Reichsoberhaupts erfolgen können. Es wurde mit 259 gegen 196 genehmigt. Aus dem Pariser Hofe hatte nur ein einziges Mitglied dawidergestimmt, wogegen sich eine lange Reihe von Kaiserlichen unter den Verneinenden befanden, Reh, Grumbrecht u. s. w. Unter den Bejahenden zeigt die Stimmliste achtzig oder nahe an achtzig Stimmen der konservativen Oesterreicher, Ultramontanen und Partikularisten, so daß sie es waren, die auch diesen Satz durchgebracht, während die Kaiserlichen ihn preisgegeben hatten. Die Unsern erhoben sich gleichfalls Mann für Mann, als durch Aufstehen beschlossen wurde, daß es zu einem solchen Beschlusse in jedem der beiden Häuser der Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln der Mitglieder und zweier Abstimmungen bedürfen sollte, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen

*) Oder eigentlich nur zwei, denn Künßberg war wenn ich nicht ganz irre in diesen Tagen wieder aus- und Lindner noch nicht eingetreten.

liegen müsse. Vincke hatte vorher gefordert: »in zwei verschiedenen Sitzungsperioden.« Auch dafür hatten wir gestimmt. Der Verbesserungsantrag fiel, weil die Kaiserlichen ihn fallen ließen.

Es galt nun speciell, den Schaden der Grundrechte zu heilen. Der Berichterstatter (Waitz) ging in seinen betreffenden Aeußerungen davon aus, daß Zeiten kommen und Umstände eintreten könnten, wo vielleicht das Ganze (des dem Deutschen Volke durch die Grundrechte gegebenen reichen Freiheitsmaßes) gefährdet sei, wenn nicht ein Theil davon einer weisen Beschränkung unterworfen werde, weshalb denn alle Völker der Erde Ausnahmsmaßregeln für nöthig erachtet. »Aber die Schwierigkeiten waren hier ungleich größer, als anderswo. Die Freiheiten sind dem Volke schnell nach langer Entbehrung gegeben; es wird eine Zeit dauern, bis es sich in dieselben so hineinlebt, daß die gewaltsamen Krisen und Erschütterungen von Oben und Unten aufhören, und einer ruhigen Bewegung in den neu eröffneten Bahnen Raum machen« u. s. w. »Welche Grundrechte sollen nun zeitweise außer Kraft gesetzt werden können, welche Garantien dabei zum Schutze der Freiheit bestehen? Die Ausschußmehrheit schlägt vor, die Suspension der Bestimmungen über Verhaftungen, Haussuchungen und Versammlungsrecht zuzulassen. Die Suspension der Preßfreiheit ist durch §. 13 der Grundrechte verwehrt. Die Minderheit will, daß eine zeitweise Beschränkung jener Rechte nur durch ein Gesetz solle geschehen können. Aber es gibt Eil- und Nothfälle, in welchen der Zweck vereitelt werden würde, wenn jeder Suspension eine Zusammenberufung des gesetzgebenden Körpers vorhergehen müßte. Indeß darf der Willkür auch nicht zu viel überlassen werden. Die Mehrheit schlägt deshalb (die in ihrem Erachten benannten) Garantien vor. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen müssen die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft bleiben (sogar dies war sehr lebhaft angefochten). Ein Theil des Ausschusses ist der Ueberzeugung, daß Fälle eintreten können, wo selbst eine Suspension der vorher aufgeführten Rechte nicht genügt. Wenn das Vaterland sich wahrhaft in Gefahr befindet, wenn es die Rettung des Staates aus drohendem Verderben gilt, dann sind auch außerordentliche Maßregeln an ihrem Platze. Und es scheint zu wünschen, daß sich diese dann nicht bloß durch die Gewalt der Thatsachen Raum verschaffen, sondern daß auch für solche Fälle die Verfassung selbst Vorsorge getroffen hat. Mehrere Deutsche

und außerdeutsche Staaten kennen die Verkündigung des Kriegsrechts als ein Mittel, das Recht dadurch zu schützen, daß man zeitweise der gewöhnlichen Anwendung desselben entsagt. Wenn im Ausschuß vorgeschlagen wurde, die Zulässigkeit dieses Kriegsrechtes in bestimmten Fällen unter besonderen Garantieen auszusprechen, so war am wenigsten die Absicht, den Mißbrauch zu sanktioniren, der in neuester Zeit mit der Ausdehnung des Belagerungszustandes und der Anwendung des Standrechts getrieben worden ist; es schien vielmehr nur im Interesse der Freiheit und Humanität zu sein, wenn gerade hierfür besondere Bedingungen erfordert würden: der Reichstag oder die gesetzgebenden Körper des Einzelstaates, wenn sie versammelt sind, sollen ihre Zustimmung im Voraus geben, und wenn sie gerade keine Sitzungen halten, so soll ihre sofortige Einberufung erfolgen. Dem entgegen wurde aber behauptet, daß die vorher getroffenen Bestimmungen vollkommen genügten, um Recht und Gesetz unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, daß man weitere Beschränkungen der Grundrechte nicht zugeben könne, namentlich keine Uebertragung der Gerichtsbarkeit über andere, als Militärpersonen, an die Militärgerichte, daß außerdem der Begriff und der Umfang des Kriegsrechtes ein zu unbestimmter, in verschiedenen Staaten zu verschiedener sei, als daß man hier darauf eingehen könne. Die entgegengesetzten Ansichten blieben mit gleichen Stimmen sich gegenüber, und ein Vorschlag, der die Verkündigung des Kriegsrechtes betrifft, ist nur als Minoritäts-Gutachten beigefügt worden. Andere Vorschläge noch weiterer Garantie blieben in der Minderheit.«

Ich lasse die Vorschläge des Ausschusses unter den Text stellen, den der Mehrheit und die von zwei Minderheiten, deren einem auch ich mich angeschlossen, ohne daß er mir genügt hätte. Der heftigen Fürsorge für die Freiheit, sowol die gesetzliche als die anarchische, ließ sich im Ausschuß für die Ordnung nicht gar zu viel abgewinnen *). In die National-Versammlung wurden dann

*) Im Fall des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden; jedoch nur unter folgenden Bedingungen: 1) die Verfügung muß in jedem einzelnen Fall von dem Gesammtministerium des Reichs oder Einzelstaates ausgehen; 2) das Ministerium des Reiches hat die Zustimmung des Reichstages, das Mini-

aber noch mehre Verbesserungsanträge gebracht. Seitens der Linken forderte man, daß kein Ort oder Bezirk in Veranlassung eines Aufruhrs in Belagerungszustand versetzt, daß nur im Kriegsfall

---

sterium des Einzelstaates die des Landtages, wenn dieselben zur Zeit versammelt sind, sofort einzuholen. Wenn dieselben nicht versammelt sind, so darf die Verfügung nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß dieselben zusammenberufen, und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden.

Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetz vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.

Minoritäts-Erachten I: Diesem Paragraph möge folgende Fassung gegeben werden: Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht nur von dem Gesammt-Ministerium des Reiches oder des Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise außer Kraft gesetzt werden. In einem solchen Fall ist die Zustimmung des Reichstages oder gesetzgebenden Körpers des Einzelstaates ohne Verzug einzuholen. Erfolgt diese Zustimmung nicht, so ist die verhängte Maßregel aufzuheben. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszustandes in Festungen bleiben bis zur Erlassung dieses Gesetzes die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft. (H. Simon; Zell; Wigard; Schüler; Gülich; Römer; Tellkampf; Riesser; Ahrens; Mittermaier; Schreiner.)

Minoritäts-Erachten II. Zusatz §. 7a: Bei dringender Gefahr im Falle eines Krieges oder Aufruhrs, wenn die regelmäßige Wirksamkeit der obrigkeitlichen Gewalten oder der Gerichte thatsächlich gehemmt ist, darf das Kriegsrecht für bestimmte Bezirke verkündigt werden. Die Verkündigung des Kriegsrechts geht von dem Gesammtministerium des Reichs oder des Einzelstaates aus. Sie bedarf der Genehmigung des Reichstags, beziehungsweise Landtags. Ist der Reichstag, beziehungsweise Landtag nicht versammelt, so muß die Berufung desselben zu sofortigem Zusammentreten zugleich mit der Verkündigung des Kriegsrechts erfolgen. Die Verkündigung des Kriegsrechts gewährt der in dem betreffenden Bezirke fungirenden höchsten Militair-Behörde innerhalb dieses Bezirkes: 1) die gesammte Executivgewalt; 2) das Recht, den gesetzlichen Gerichtsstand zu bestimmen; 3) das Recht, den Gerichten die Befugniß, Todesurtheile zu fällen, einzuräumen; 4) das Recht, die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht außer Kraft zu setzen. Die Dauer des kriegsrechtlichen Zustandes hängt von den durch den Reichstag, beziehungsweise Landtag, genehmigten Bestimmungen der Reichs- oder Landes-Regierung ab. Bestimmungen über die Formen der Verkündigung des Kriegsrechts und über das gerichtliche Verfahren bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten.

oder höchstens bei bewaffnetem Aufruhr, ja nicht bei bloßen Krawallen und auch nicht in den ganz kleinen Staaten und nur nach Maßgabe eines Reichsgesetzes die Bestimmungen über Haussuchung und Versammlungsrecht sollten suspendirt werden können, d. h. gesetzlich, damit wir ja die volle und ganze Revolution hätten, das will sagen, die mit dem Rückschlage der Gewaltherrschaft.

Also im Falle des Kriegs, des gefährlichsten Aufruhrs, wenn feindliche Horden in das Land einfielen, entfernt von dem Sitze der Regierung u. s. f., mit einem Worte, auch in Fällen der höchsten Staatsgefahr sollte der kommandirende General, die provinzielle höchste Civilbehörde auch jene ausdrücklich benannten Bestimmungen der Grundrechte, und selbst das Gesammtministerium sollte nur sie, nicht also die über Briefgeheimniß, Preßfreiheit, Klubs oder Vereine suspendiren, d. h. die diskretionären Mittel nicht anwenden dürfen, an deren Unentbehrlichkeit für jene Ausnahmsfälle bis dahin noch kein in Staatssachen Erfahrner gezweifelt hatte. In den Grundrechten waren den Rothen die Mittel gegeben, den Staat zu unterwühlen, und sie sollten ihnen bleiben als Mittel zum Kehrausmachen auch in den gefährlichsten Krisen. So sollte es sein auch nach den Ausschußvorschlägen, so sollte es bleiben trotz der vorhandenen bessern Ueberzeugung der Ausschußmehrheit. Eher sollte der Staat geschädigt, zerrüttet werden, zu Grunde gehen in Krieg oder Aufruhr, ehe man einige Paragraphen der Verfassung gefährdete oder preisgäbe, ehe man sich die Blöße gäbe, nach voreilig verkündeten Grundrechten einen Schritt rückwärts zu thun, ehe man es mit der Demokratie, mit der Linken verdürbe. **Wir** gedachten mehr der Sache und waren freier von Paragraphenvergötterung; unsere Lage und unser Gewissen war freier — wir hatten keinen Theil an den extremen Beschlüssen über Grundrechte und deren Separatverkündigung; wir hatten, wir suchten, wir wollten keine Verbündung mit den Radikalen, keinen Nutzen von ihrer Freundschaft, machten mit Rücksichten auf sie kein Federlesens. Der Pariser Hof brachte einen von noch Mehreren, namentlich konservativen Oesterreichern unterstützten Antrag Schmerling's, die Rechte einen andern von Vincke und Ge-

---

Bis zum Erlaß dieser Gesetze bleiben die geltenden Vorschriften in Kraft. (Beseler; v. Soiron; Briegleb; Droysen; Waitz; Dahlmann; Deiters; Jürgens.)

nossen, das Kasino einen dritten von Thielau und Genossen *). Vincke und Schmerling bevorworteten, jeder in seiner Weise, ihre Anträge äußerst nachdrücklich. Schmerling sagte u. a., sehr unbekümmert darum, ob es die Koalition fester kitten und die Linke

---

*) Schmerling's Antrag:

»Der §. 7 soll lauten: Bei dringender Gefahr im Fall eines Krieges oder Aufruhrs, wenn die regelmäßige Wirksamkeit der obrigkeitlichen Gewalten oder der Gerichte thatsächlich gehemmt ist, darf das Kriegsrecht für bestimmte Bezirke verkündet werden. Die Verkündigung des Kriegsrechtes gewährt der in dem betreffenden Bezirke fungirenden höchsten Militair-Behörde innerhalb dieses Bezirkes: 1) »die gesammte Executivgewalt; 2) das Recht, den gesetzlichen Gerichtsstand zu bestimmen; 3) das Recht, den Gerichten die Befugniß, Todesurtheile zu fällen, einzuräumen; 4) das Recht, die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung, freie Presse, Vereins- und Versammlungsrecht außer Kraft zu setzen. Bestimmungen über die Formen der Verkündigung des Kriegsrechtes und über das gerichtliche Verfahren bleiben der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Bis zum Erlaß dieser Gesetze bleiben die geltenden Vorschriften in Kraft.«

Vincke's Antrag:

»Statt der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung: »Im Falle des Krieges oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung, Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise, unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gesammt-Ministeriums gegen den Reichstag, beziehungsweise Landtag, außer Kraft gesetzt werden. Weitere Bestimmungen bleiben einem Reichsgesetze vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungs-Zustandes in Festungen bleiben die bestehenden gesetzlichen Vorschriften in Kraft.«

Thielau's Antrag.

»Bei dringender Gefahr im Falle eines Krieges oder Aufruhrs, wenn die regelmäßige Wirksamkeit der obrigkeitlichen Gewalten oder der Gerichte thatsächlich gehemmt ist, darf von dem Gesammtministerio des Reichs oder des Einzelstaates außer den im §. 7 gestatteten Maßregeln, das Kriegsrecht für bestimmte Bezirke mit der Wirkung angekündigt werden, daß die in den Bestimmungen der Grundrechte §. 9 und §. 43 über die Zulässigkeit der Todesstrafe und der Militärgerichtsbarkeit vorgesehenen Ausnahmen eintreten. Sowohl die Verkündigung, als die Dauer des Kriegsrechts bedarf der Genehmigung des Reichstags, beziehungsweise Landtags. Ist der Reichstag oder Landtag nicht versammelt, so muß die Berufung desselben zum sofortigen Zusammentreten zugleich mit der Verkündigung des Kriegsrechts erfolgen. Die näheren Bestimmungen über das Kriegsrecht werden der Reichsgesetzgebung vorbehalten. Bis zum Erlaß dieser Gesetze bleiben die geltenden Vorschriften in Kraft.«

geneigt erhalten werde oder nicht, ihm bei seinem Höllenplane Alles zu verderben weitere Hülfe zu leisten u. a. »Wir haben, man mag von manchen Seiten des Volkes immerhin das Geschenk als ein verkümmertes erklären, denn doch in unsern Grundrechten dem Deutschen Volke ein sehr bedeutendes Geschenk der Freiheit gegeben, so bedeutend, daß wir nur sehr wünschen mögen, es möge nicht zu beträchtlich ausgefallen sein. Wenn wir auf der einen Seite, wenigstens nach meiner innern Ueberzeugung, ein sehr bedeutendes Geschenk der Freiheit gegeben, wenn wir die Freiheit, die bisher verkümmert und geknechtet war, dem Volke gegeben, so müssen wir, soll nicht das Gleichgewicht in jedem Staate verringert werden, dieser Freiheit auch eine angemessene Macht entgegensetzen. Bisher waren die Verhältnisse in Deutschland die, daß die Macht bedeutend, die Freiheit beinahe null war; lassen wir uns nicht verleiten, dem entgegengesetzten Extrem zu sehr zu huldigen und nur die Freiheit zu schaffen, aber jede Macht herabzudrücken; wir werden, wenn wir diese beiden Potenzen eines gesunden Staatsorganismus: Freiheit des Volkes und Macht der Regierung, nicht in ein Gleichgewicht setzen, einen Kampf hervorrufen, der zum Nachtheil der Freiheit ausschlagen wird, dessen bin ich gewiß. Wenn ich daher einer kräftigen Macht der Regierung das Wort spreche, so geschieht es im wohlverstandenen Interesse der wahren Freiheit. — — Ich wage es, mich zu denjenigen zu bekennen, die vor einer exceptionellen Maßregel und vor einer strengen Maßregel, mag sie momentan auch als sehr verletzend erscheinen, nicht zurückbeben, weil ich glaube, daß damit einem größern Uebel wirksam gesteuert werden kann, und ich bin sogar der Meinung, und spreche es unverholen aus, daß einige wenige Opfer, die zur rechten Zeit als Sühne den Gesetzen fallen, ein bedeutendes Blutvergießen in den allermeisten Fällen verhindert haben. (Unruhe auf der Linken; Stimmen daselbst: Metternich'sche Politik!) Das ist gar keine Metternich'sche Politik; denn ich wüßte nicht, daß unter Metternich je der Belagerungszustand verhängt worden wäre. (Heiterkeit auf der Rechten. — Unruhe auf der Linken; Stimmen daselbst: Noch schlimmer als Metternich'sche Politik!) Ich glaube daher, daß gerade, um mit einer exceptionellen raschen Maßregel größerem Unheile vorzubeugen, es auch der einzelnen Exekutivbehörde überlassen sein muß, sie in's Leben treten zu lassen, und daß gerade dann ein Aufruhr wirksam und rasch unterdrückt werden

kann, wenn man sofort, wo die gewöhnlichen gesetzlichen Gewalten gelähmt sind, zu diesen außerordentlichen Verfügungen seine Zuflucht nehmen darf. Eine solche Maßregel würde aber durchaus nicht eintreten können, wenn — besonders in größeren Staaten tritt das sehr grell hervor — erst die Genehmigung des Gesammtministeriums eingeholt werden müßte, noch weniger aber könnte ich es billigen, daß eine legislative Gewalt von vornherein berufen werde, sich an einer Exekutivmaßregel zu betheiligen« u. s. f.

Spricht man so, so ganz entgegen den An- und Absichten, den Wünschen und Affekten Jemands, mit welchem man verbündet ist oder sich verbünden oder dessen gelegentlichen Beistands man sich auch nur versichern möchte und den man deshalb in soweit schont und schonen muß, daß man ihn allerwenigstens nicht ohne große Noth aufbringt? Schmerling konnte und wir konnten mit ihm sagen: ein Antrag wie der unsere hat bei der schwankenden Haltung der Centren, dieser Centren die in Sachen der Grundrechte sich so weit avancirt, keinerlei Aussicht: weshalb nutzlos die linke Seite des Hauses herausfordern? Wir sagten: es ist doch möglich wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß die Centren sich besinnen; die Desorganisation und die höchste Gefahr ist da, ist eben mit den Grundrechten gegeben; lassen wir es an keiner Bemühung fehlen, den Regierungen zu schaffen was sie bedürfen und dessen auch die Freiheit bedarf: Kraft. Um die Linke kümmerten wir uns nicht, wir suchten Einigung mit den Konservativen, sie mochten wollen oder nicht, mochten sich noch so sehr gegen uns verfehlt haben und noch verfehlen. Schmerling stand hoch über der ihm Schuld gegebenen Persönlichen-Gereiztheit-Politik. Er war von der Linken unablässig und ingrimmig unterbrochen. Sie warf neuen Haß auf ihn und seine Parteigenossen. In der folgenden Sitzung verlangte Venedey, daß seine Rede zu Protokoll gegeben werde, denn er habe darin das System vertheidigt, wonach der Reichstagsabgeordnete Blum erschossen worden sei; wenn ein Mann wie Schmerling so etwas vorschlage und vertheidige, so habe das eine ganz andere Bedeutung, als wenn so etwas von Professoren geschehe u. s. f. Freilich wurde der Reklamation keine Folge gegeben, allein sie konstatirte die tiefe Erbitterung, die Schmerling's Vortrag und Vorschlag bei den Radikalen hervorgebracht und als einen Stachel zurückgelassen *).

*) Schmerling's Verhalten und dessen Motive lagen vollkommen offen

Vincke zeigte sich, wie Haym mit Recht rühmt, im »Waffenschmuck der ritterlichsten Beredtsamkeit« für seine und unsere unpopuläre Sache. Es war in der letzten Zeit die er in Frankfurt zubrachte, kurz vor seinem Abgange nach Berlin, wo er abermals und vergebens seine Beredtsamkeit aufbot, den Ideen der Frankfurter Reichspartei dermaßen die Oberhand zu verschaffen, daß Preußen mit seinem ganzen Gewicht dafür eingetreten wäre, sei es daß er in erregtem Gefühl für Deutschlands Wiedergeburt oder für Preußens Verherrlichung handelte. In Frankfurt goß er »noch eine volle Zornesschaale über die Häupter der Gegner, während er zugleich seinen neugewonnenen Freunden (den Centren) ein anerkennendes Wort des Abschieds zurückließ.« Allein während er von uns unterstützt wurde, ließen ihn seine neugewonnenen Freunde im Stich. Sein Antrag, über welchen zuerst abgestimmt wurde, fiel. Ebenso ein Verbesserungsantrag Widenmann's *), mit 261 gegen 188 Stimmen. Wir hatten dafür, viel Kaiserliche dawider gestimmt. Hierauf kam der Ausschußantrag an die Reihe, doch so daß die Abstimmung über einen Zusatz von M. Simon vorbehalten blieb. Der Antrag wurde mit 242 gegen 206 genehmigt, unter welchen letztern sich eine ziemliche Anzahl von Kaiserlichen (Riesser, Vincke u. s. w.) befanden, während wir mit Ausnahme eines Einzigen und

---

vor Augen. Die Kaiserpartei bemerkte, wie sehr er seine Stellung in der National-Versammlung erschwert, wie er sich erneuten Anfechtungen bloßgestellt habe, und zwar ohne alle Noth ihrer Meinung nach. Das gute Vernehmen zwischen der österreichischen Partei und der Linken konnte doch unmöglich durch dieses Verhalten gefördert werden, also — mußte diesem eine feine unerrathbare Politik zum Grunde liegen. Auf solche Thorheiten gerieth die Partei, weil sie sich die Koalition der Oesterreicher und der Linken in den Kopf gesetzt hatte. Die Fabel dieser Koalition und das Reden davon war ihr so nützlich, sie redete sich daher auch selbst immer wieder mit hinein, und hierin lag der Grund, daß sie Manchen und Mancherlei so ganz verkehrt beurtheilte. Das sind die Folgen der Wahngebilde und Lügenkünste erhitzter Parteien, daß diese selber dadurch verwickelt und bestraft werden, wofür sie zunächst bei ihren Rhetoren und Zungendreschern sich zu bedanken haben.

*) »Im Fall des Kriegs oder Aufruhrs können die Bestimmungen der Grundrechte über Verhaftung, Haussuchung, Vereins- und Versammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelstaates für einzelne Bezirke zeitweise, unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gesammtministeriums gegen den Reichstag, beziehungsweise Landtag, außer Kraft gesetzt werden.«

mit uns fort und fort die große Mehrzahl der konservativen Oesterreicher bejaht hatten. Hierauf wurde abgestimmt über den Zusatz: »Die Einberufung muß in diesem Falle sofort geschehen, so daß der Zusammentritt spätestens am 21. Tage, von Verkündigung der Ausnahmemaßregeln an gerechnet, stattfindet, widrigenfalls derselbe ohne Berufung erfolgt.« Mehrere Kaiserliche (Grumbrecht, Rüder, Wurm u. s. w.) stimmten dafür, von uns Keiner. Er wurde mit 265 gegen 163 abgelehnt. Für Schmerling's Antrag erklärten sich 336 gegen 66 Stimmen. Nur konservative Oesterreicher und Mitglieder der Rechten stimmten mit uns, Blömer, Boddien, Carl, Graf Deym, Egger, Flottwell, Gombart, Merk, Radowitz, Rotenhan, Vincke u. s. w. Das zweite Minoritätserachten des Ausschusses wurde zurückgezogen. Die Antragsteller vereinigten sich mit dem Thielau'schen Antrage, der mit 222 gegen 206 Stimmen gleichfalls abgelehnt wurde. Unsere Stimmen hatten bejaht, mit Ausnahme von dreien (Jordan, Lienbacher, Osterrath) oder vieren, wenn Polatzeck uns damals schon angehörte. Funfzehn bis zwanzig Kaiserliche (unter ihnen Riesser, Wurm, Raumer von Dinkelsbühl) hatten verneint. Der Antrag — der letzte über welchen abgestimmt wurde — war also durch ihre Schuld gefallen. Haym legt wenigstens ein theilweises Geständniß ab *).

Die Linke tobte und hatte entsetzlich getobt bei den Verhandlungen und Abstimmungen, während sie doch einen halben Sieg errang. Wie sie diese Dinge auffaßte und wie schwach ihr Urtheil und trotz allem Lärm ihr Verhalten war, gab sie am Schluß auch noch durch protokollarische Erklärungen zu erkennen. In der einen hieß es, die Deutsche Nation sei durch die gefaßten Beschlüsse aus-

*) »Die Versammlung folgte nur halb dem Rath, den erfahrene Klugheit und den das Beispiel solcher Völker ertheilte, welche Freiheit nicht nur zu genießen, sondern auch zu bewahren verstehen. Nachdem durch die Grundrechte die Suspension der Preßfreiheit ausgeschlossen war, war es freilich so gut wie unmöglich, in die »Gewähr der Verfassung« eine derartige Bestimmung wieder einzuführen, aber es hieß offenbar die Sicherheit der Freiheit selbst wieder unsicher machen, es hieß den eigenen verfassungsmäßigen Gewalten mißtrauen, wenn man ablehnte, daß in den Nothfällen des Krieges und Aufruhrs die Ausnahmemaßregeln auf alleinige Verantwortlichkeit des Gesammtministeriums sollten verhängt werden dürfen, wenn man mit dem Verfassungsausschuß das oft Unmögliche, die jedesmalige Zusammenberufung der Volksvertretung bei mehr als vierzehntägiger Dauer des Ausnahmezustands verlangte.«

geschlossen aus der Reihe derjenigen civilisirten Völker, welche eines unter allen Umständen gesicherten Rechtszustandes sich erfreuten, fortan dürfe Gewalt für Recht ergehen u. s. f. Eine zweite Erklärung lautete: »Die Unterzeichneten sind es sich, ihrer Nation und der europäischen Civilisation schuldig, ihrem verneinend abgegebenen Votum noch die Erklärung beizufügen, daß sie recht wohl es vermocht haben, diesen Beschluß in seiner ganzen Bedeutung, wie in seinen möglichen und nothwendigen Folgen zu ermessen. — Sie legen hiermit feierlichst Verwahrung gegen denselben ein.« In diesem Extreme befanden sich die Centren freilich nicht, doch liefen von der Herrschaft der falschen Freiheitsbegriffe und Tendenzen die Radien mitten in sie hinein. Sie hatten radikale Elemente in sich aufgenommen. Ihre ohnehin nicht gar zu starke Grundsätzlichkeit begann mehr und mehr zu wanken.

Die Deutsche Zeitung (№ 34) sprach von Schmerling's Sophismen, welche Vogt »mit leichter Mühe widerlegt habe.« Die Centrenkorrespondenz bemerkte am 1. Februar, die Freiheit werde durch Suspension nicht geschädigt sondern geschützt, und es habe Schmerling, dessen Verdienst hierin man nie vergessen werde, wohl zugestanden, dies Argument für sich in Anspruch zu nehmen, so sehr auch die Linke bemüht gewesen sei, durch Unterbrechungen ihre abweichende Meinung zu erkennen zu geben. Am 2. Februar folgte indeß eine Verdächtigung, die auf Schmerling bezogen werden mußte. Es war die Rede von »verdoppelten Anstrengungen das schon Werdende von Neuem in Dunst aufzulösen,« oder das Parlament zu sprengen, wie eine »hervorragende Persönlichkeit« geäußert haben solle, der man Schuld gebe, »seit dem 28. December die Contreminen gelegt zu haben.« In derselben Nummer wurde geheimnißvoll von dem eingelaufenen Schreiben eines bedeutenden Staatsmannes gesprochen, worin die »erstaunenswerthe« Haltung der National-Versammlung in den letzten Wochen gepriesen werde, die auch dem Widerwilligsten Anerkennung ihrer politischen Tüchtigkeit abnöthige. Indeß war nicht die National-Versammlung sondern blos die Erbkaiserpartei und deren Haltung gemeint, die Partei welche in denselben Tagen, wo sie den gesetzlichen Gewalten die nöthige Kraft weigerte und die Verfassung dadurch unannehmbar machte, Andere der Störung des Werdenden beschuldigte. Der bedeutende Staatsmann hatte weiter geschrieben, der Widerwilligen seien viel und sie triumphirten seit dem Votum über die Erblichkeit;

der Erbkaiserlichen Schuld sei es aber nicht, wenn das große Werk unvollendet seinem Untergange entgegengehe, und diese Ansicht »ist hier und an anderen Orten vorherrschend und maßgebend.« Die Centrenkorrespondenz setzte hinzu: »Wie richtig letzterer Ausdruck die Sachlage bezeichnet, ist uns namentlich in den letzten Tagen mannigfach Gelegenheit gegeben zu beobachten, denn es handelt sich für uns darum solche Formen zu schaffen, welche dem Werk das wir gründen Stärke und Dauer verleihen und den Wünschen derer den Weg zu verlegen, welche den Werth einer Verfassung nur nach ihrer Veränderlichkeit und nach den Perspektiven, welche sie einer waghalsigen Minorität eröffnen, beurtheilen. Mit einem gewissen Recht immerhin, wenn anders es nöthig ist, für das abgeschaffte Lotto- und Hazardspiel eine Art Ersatz in die Politik zu schaffen; die Majorität der Versammlung zeigt sich Derartigem wenig geneigt; ihre jüngsten Beschlüsse zeigen, daß sie die Consolidirung des Vaterlandes, die Begründung eines in sich selber getragenen Rechtszustandes will. Den großen Erscheinungen reiht sich die gestrige, nach der zur Veränderung in der Verfassung die Beistimmung des Oberhauptes gefordert, d. h. das absolute Veto festgehalten ist, würdig an.« Davon war nicht die Rede, daß wir, daß die Oesterreicher, Partikularisten u. s. w. denn doch auch ein wenig mitgewirkt zu den auf Konsolidirung zielenden Beschlüssen. Dafür wurde die Linke mehr und mehr kajolirt, während wir derselben sogar schroff entgegentraten. In der Centrenkorrespondenz vom 2. Februar wurden Vogt und H. Simon freilich ein wenig gehofmeistert, daneben aber auch sanft gestreichelt, und Löwe, beide Schulz und Fröbel Männer genannt, »an deren Patriotismus noch Niemand zu zweifeln gewagt.« Am 5. Februar meldete die Centrenkorrespondenz von einer im Verfassungsausschuß, der sich mit der Revision der Beschlüsse erster Lesung über den Abschnitt vom Reich, insbesondere über die §§. 2. und 3. beschäftigte, erfolgten Abstimmung, und fügte nachdem man ohne Aufhören von der »Koalition« wie von der ausgemachtesten Sache gesprochen hatte — hinzu: »Es widerlegt diese Abstimmung in einem gewissen Grade das Gerücht von der Coalition der Linken mit den Oesterreichern; die Repräsentanten der Linken im Ausschuß haben in jener Abstimmung gezeigt, daß sie weder geneigt sind die dupes der schwarzgelben Politik vom 28. December zu werden, noch pessimistisch die einzige Rettung des Vaterlandes im entscheidenden Augenblick da-

ran geben werden. Möchten sie an der Abstimmung in der Paulskirche über den Schmerling'schen Antrag über Belagerungszustand erkannt haben, was sie von dem Miteintreten des jetzigen Oesterreich in unser Deutschland zu erwarten hätten, — auch erkannt haben, daß die Majorität der Versammlung weit entfernt ist den trotzigen Unfug zu billigen und zu sanktioniren, der zur Zeit in Oesterreich und Preußen an der Tagesordnung ist.« So streckte man abermals der Linken eine Hand entgegen, während man mit der andern nach Schmerling und jedem von uns, der für seinen Antrag gestimmt, mit einem **hic niger est** hinzeigte. Dies und viel Aehnliches war Vorbereitung der förmlichen Verbindung der Kaiserpartei mit der Linken. Die sonst Konservativen gewöhnten sich mehr und mehr an den Gedanken. Es hat an Warnungen nicht gefehlt, allein die Kaiserlichen hörten und sahen nicht mehr, wußten auch nicht mehr was sie sprachen, was noch das mildeste Urtheil ist. In den Sitzungen bis zum 3. hatten wir und die konservativen Oesterreicher den vollgültigen thatsächlichen Beweis geliefert, daß wir keine Verbindung mit der Linken hatten und haben wollten und konnten. Am 5. hatte die Korrespondenz von dem bloßen Gerücht einer Koalition gesprochen und von demselben Tage an begann das mittel- und unmittelbare Denunciren derselben aufs Neue.

Den Anlaß gab die Präsidentenwahl für den Februar, welche am 5. vorgenommen wurde. Die Versammlung wählte Simson mit 261, Beseler von Schleswig mit 240 und Kirchgeßner mit 270 von 400, 490 und 343 Mitgliedern. Simson schloß seine Dankrede mit einer Aeußerung, wobei sich Mancherlei denken ließ. Indem man dem Ziele sich nähere, scheine ihm der Zwiespalt der Meinungen, unter dessen Antrieb und Einfluß die National-Versammlung ihre Arbeiten begonnen und fortgeführt, täglich mehr an Berechtigung zu verlieren. »Der Vollendung so nahe, da sollten wir — und das ist der Wunsch mit dem ich schließe — das alte Wort des Homerischen Helden auch unter uns zur Wahrheit werden lassen: daß nichts darauf ankomme, ob die Vögel von links oder von rechts fliegen und daß es ein Wahrzeichen nur gebe: des Vaterlandes Errettung!« Es war, wie man es nahm, ganz unanstößig und recht schön — und doch wie zweideutig. Haym findet eine »edle Mahnung,« die Linke fand eine neue Aufmunterung u. dgl. darin. Die Centrenkorrespondenz vom 6. sagte: »Das Gerücht welches in der National-Versammlung kur-

firte und auch bereits in die Presse seinen Weg gefunden hat, — von Anerbietungen, welche von gewissen ultramontanen und Oesterreichischen Abgeordneten in Betreff der Präsidentenwahl der Linken gemacht, von letzterer aber zurückgewiesen worden seien, wird von jener Seite her, wie sehr begreiflich in Abrede gestellt. Daß dasselbe gleichwohl nicht ganz grundlos gewesen, dürfte unter anderm daraus zu schließen sein, daß die Linke zum ersten Male bei dieser Wahl ihren gewöhnlichen Candidaten, Herrn Heinrich Simon, mit einem neuen, Herrn Schüler aus Jena vertauschte. Herr Simon soll die Candidatur diesmal entschieden abgelehnt haben, um nicht auf sich und seine Gesinnungsgenossen den Verdacht zu laden, als wären sie bei dieser Wahl mit der Oesterreichisch-ultramontanen Partei Hand in Hand gegangen, denn bekanntlich war es Herrn Simon's Name den jenes Gerücht auf der beabsichtigten Koalitionsliste an erster Stelle figuriren ließ. Jeder Patriot begrüßt gewiß mit Freuden dieses erste Symptom einer Abwendung der Linken von der unnatürlichen Allianz, in die sie bisher verflochten zu sein schien. — Was uns an diese neue Wendung in der Stellung der Parteien noch zuversichtlicher glauben läßt, sind die Vorgänge im Verfassungsausschuß bei Gelegenheit der Berathungen über die §§. 2. und 3.«

Aber das Zusammenstimmen der Linken und der Kaiserlichen bei Veranlassungen dieser Art war alt und diese Vorgänge bewiesen daher um so weniger etwas. Noch viel genauer wußte die Deutsche Zeitung Bescheid. Sie nahm die Gelegenheit wahr, der Linken ziemlich stark den Hof zu machen, und welch' eine Verlogenheit, welch' eine Raffinerie entstellender heuchlerischer Rede sprach sich darin aus, wenn es in einem ihrer noch vom 5. datirten Korrespondenzartikel hieß: die Koalition beginne sich zu lösen, die Linke fange an, die Verbindung mit uns abzubrechen, wir hätten dem Kandidaten der Linken, H. Simon, unsere Stimmen zum ersten Vorsitzenden angetragen, wenn sie für unsere zwei Kandidaten Mühlfeld und Edel stimmen wolle, unser Anerbieten sei entschieden zurückgewiesen, die Linke erkenne, wie schädlich für ihren Ruf das Bündniß mit uns sei u. s. f. *) Nach der Lage der Dinge war

*) »Günstigere Sterne scheinen dem Deutschen Einheitswerke aufgehen zu wollen! Der Genius des Vaterlandes, der über Deutschlands Zukunft wacht, lenkt auch die widerstrebenden Kräfte zu dem einen gedeihlichen Ziele, der Macht und Wohlfahrt unsers Volkes hin. Die Koalition, an

es sehr natürlich, daß die antikaiserlichen Oesterreicher, Ultramontanen und Partikularisten nicht geneigt waren, für die Kandidaten der Kaiserpartei zu stimmen. Indeß stimmten sie großentheils, wir

---

deren beharrlichem Widerspruche gegen Alles, was die Einheit zu fördern geeignet ist, das ganze Verfassungswerk zu scheitern drohte, beginnt sich zu lockern und zu lösen. Und zwar ist es die Linke, welche zuerst von der Verbindung, die sie zeitweise mit den Oesterreichern und den Ultramontanen eingegangen, zurückzukommen, sich derselben zu schämen scheint. Zwei auffallende Thatsachen haben in den letzten Tagen dies bewahrheitet. Vor der neuen Präsidentenwahl hatte der »Pariser Hof« den Fraktionen der Linken, zunächst der »Westendhalle« das Anerbieten gemacht: ihrem Kandidaten, H. Simon, seine Stimme zum ersten Vorsitzenden zu geben, wenn dagegen Jene an zweiter und dritter Stelle für zwei Kandidaten des Pariser Hofes, Mühlfeldt und Edel, stimmen wollten. So hoffte man die Kandidaten der Centren, Simson, Beseler und Kirchgeßner, aus dem Felde zu schlagen. Wie man hört, hat »Westendhall« dieses Anerbieten entschieden zurückgewiesen und so fand bei der heutigen Präsidentenwahl zwar wol eine Partei-Opposition gegen die Kandidaten der Majorität, nicht aber, wie im December, eine künstliche Verabredung, eine Koalition zur Herstellung einer künstlichen Majorität im oppositionellen Sinne statt. Ein anderes bedeutsames Zeichen von der veränderten Stimmung der Linken ist dies, daß im Verfassungsausschuß die Mitglieder der Linken sich bei der Vorberathung der §§. 2 und 3 für die zweite Lesung von den Oesterreichern und Ultramontanen und sonstigen Partikularisten getrennt und für die unveränderte Beibehaltung dieser §§. gestimmt haben. Einzelne Aeußerungen, die dabei gefallen, lassen mit ziemlicher Sicherheit vermuthen, daß dieser Umschwung in den Ansichten der Linken nicht ein bloß zufälliger und vorübergehender sei, sondern daß derselbe aus dem Bewußtsein entspringe, wie nachtheilig sowohl für das Allgemeine, als auch für den eignen Ruf der Partei und ihre Geltung beim Volke ein solches unnatürliches Bündniß derselben mit Denen sei, deren Absichten, die vom Volke ersehnte Einheit um jeden Preis zu hindern und zu hemmen, leider täglich mehr zu Tage kommen. Man hat oft der Linken eine immerfort nur negirende und hemmende Richtung, einen Mangel patriotischer Hingebung an das Allgemeine vorgeworfen. Wenn sie jetzt, wie es den Anschein hat, die ihr so eifrig entgegengebrachte Bundesgenossenschaft der Ultramontanen, der Partikularisten und der auf Störung der Deutschen Einheit abzielenden Schüler Metternich's zurückweis't und sich auf die Seite Derer schlägt, welche mit allen Kräften nach der Einheit streben, so wird man vollgültigen Grund haben und gewiß auch gern bereit sein, jenen Vorwurf zurückzunehmen und einer Gesinnung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, welche sich über Parteifeindseligkeiten erhebt, wenn es die Wohlfahrt nur des Vaterlandes gilt. Wir wissen für das Vaterland auch keine andere Rettung, als

im Pariser Hofe mit ihnen, für Simson als Präsidenten, anderntheils aber freilich für Edel bei allen drei Scrutinien. Die O.-P.-A.-Zeitung nahm für das Mal eine von mir herrührende auf den Sachverhalt gegründete Berichtigung auf. Es hieß darin u. a. — »Thatsachen also! Es verhält sich damit folgendermaßen: Der Pariser Hof hat nie auch nur in der entferntesten Verbindung mit den Fraktionen der Linken oder einer derselben gestanden, nie eine Verabredung irgend einer Art mit ihnen getroffen, hat sie niemals beschickt, ist niemals von ihnen beschickt worden. Vor und bei der letzten Präsidentenwahl ist er auf den Vorschlag des »Cafe Milani« eingegangen, für Simson, Beseler und Edel zu stimmen. Der Letztere ist allerdings Mitglied der Gesellschaft im Pariser Hofe, Mühlfeld ist es nicht und war es nie. So steht es mit den »Thatsachen« des Korrespondenten der »Deutschen Zeitung.« Und es war so leicht, das Wahre zu erkunden, wenn man nach Hörensagen berichten wollte; ja, die Unwahrscheinlichkeit der Nachrichten, welche man sich zutragen ließ, der Erfindung, welche man weiter trug, lag für jeden aufmerksamen Beobachter auf der Hand. Erst noch am vorigen Sonnabend unterstützte der »Pariser Hof« den, den Ansichten der Linken am meisten widersprechenden, von seinen Mitgliedern beschlossenen und unterschriebenen Antrag Schmerling's, so wie den Antrag Vincke's. Das ist die »Koalition«, die sich zu lockern und zu lösen beginnt.« Ich füge noch Folgendes hinzu: Die Verhandlungen zwischen dem Pariser Hofe und Milani waren mit Wissen des Centren-Klubs Kasino geführt, dessen Deputation auf seine Anträge erwiedert wurde, man habe bereits das und das mit Milani verabredet. Jedenfalls war dem Kasino- und dem Milaniklub der Hergang genau bekannt, und Mitglieder dieser Fraktionen widersprachen in der Paulskirche unter Aeußerungen des Unwillens der frechen Lüge. Mit einem Worte, es war notorisch, daß die Versicherungen im Eingange des berichtigenden Artikels vollkommen in der Wahrheit

---

Versöhnlichkeit unter denjenigen Parteien, welchen es wahrhaft und ehrlich um die Einheit und Größe des Vaterlandes zu thun. Die Feinde der Einigkeit werden dann nur unter Denen zu suchen sein, welche nicht wie die Linke beim Zerreißen des Vaterlandes die Entschuldigung anführen konnten, daß auch sie die Einheit (als wenn das bei den Direktorialisten nicht auch der Fall gewesen wäre), aber unter einer andern Form wünschten.«

begründet waren, und wären sie unwahr gewesen, so mußten sich die Zeugnisse hiefür leicht beibringen lassen. Man wagte auch nicht sie unwahr zu nennen. Die Centrenkorrespondenz wußte sich nur mit Kombinationen in ihrem oben angeführten Bericht vom 6. zu helfen, um einen halben Widerspruch zu begründen. Kein Unbefangener kann die darin liegende verächtliche Perfidie verkennen. Die O.-P.-A.-Zeitung verfehlte nicht, in ihrer nächstfolgenden Nummer diesen Bericht abzudrucken. Die Deutsche Zeitung widerrief ihren Lügenartikel nicht und kümmerte sich um die Berichtigung nicht. Am 7. las man in ihr: »Die Republikaner scheinen es nachgerade zu fühlen, daß die Gemeinschaft mit den Gönnern des Belagerungszustandes ihnen eben so wenig Vortheil als Ehre bringen kann und ihr Zusammengehen an die Reise erinnert, welche der Topf von Thon mit dem Topfe von Eisen unternahm. So viel Politik, um nicht zu sagen Patriotismus trauen wir ihnen zu,« u. s. f. So verfuhr die Kaiserpartei in ihrer sich mehr und mehr steigernden Leidenschaftlichkeit. Ich wendete mich an ein, den Deutschezeitungs- und Centrenkorrespondenten nahe stehendes Mitglied des Kasino mit Erinnerungen an das, was man der Wahrheit, der Ehre, den Rücksichten der gewöhnlichsten Klugheit schulde. Die Entgegnung lautete: »es ist schandbar, aber was kann man machen?«

Die erste Lesung der Verfassung wurde mit der Berathung über die bisher zurückgestellten Paragraphen der Grundrechte vollendet. Die Versammlung beschäftigte sich vom 8. bis 13. Februar damit. Der Linken galt es dabei, wieder einzubringen, was ihr bei der Gewähr der Verfassung verloren gegangen oder nicht geworden war. Man konnte ihr Widerstand leisten oder ihr nachgeben, wenn man darauf ausging, Alles zu verderben. Wir werfen einen Blick auf die Verhandlungen und Abstimmungen über die wichtigsten Paragraphen.

An den §. 30 über die Steuerausgleichung heftete sich eine Unmasse von Verbesserungsanträgen, die zum Theil auf bestimmte Besteuerungssysteme, zum Theil auf das »sociale Problem,« den Schutz der Arbeit, das Recht auf Arbeit zielten. Hier wurde das Ausschweifende abgelehnt und ein nüchterner Beschluß gefaßt, welcher doch lediglich das Princip der staatsbürgerlichen Gleichheit auch in Beziehung auf das Steuerwesen feststellen sollte. Vorgängig

war ein verständiger präjudicieller Antrag von Mackowiczka genehmigt, wonach die in sämmtlichen zum §. 30 gestellten Minoritätserachten beantragten Bestimmungen nicht in die Grundrechte aufgenommen werden sollten, weil sie nicht hineingehörten. Unter den gegen diesen Antrag Votirenden findet man in der Stimmliste nur ein paar Kaiserliche wie Scheller, nur ein Mitglied des Pariser Hofs, Tappehorn, und keinen der konservativen Oesterreicher oder der Ultramontanen. Ueber den Hauptbeschluß wurde nicht namentlich abgestimmt. Hätten aber die Oesterreicher, Ultramontanen und Partikularisten dawider, oder hätten sie für die abgeworfenen Zusätze der Linken votirt, so wäre er nicht, sondern diese würden angenommen sein.

Am längsten beschäftigten Verfassungsformen für die Regierung der Einzelstaaten, wobei die Forderung der maßlosesten Verfassungsfreiheit sich mit aller Kraft vordrängte. Die Linke suchte sogleich hier das allgemeinste Wahlrecht als ein Grundrecht durchzusetzen u. s. f. Die Versammlung genehmigte ohne namentliche Abstimmung (§. 43) den Satz: jede Deutsche Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfassung: a) die Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter. Von der linken Seite war der Zusatz beantragt: mit Ausschluß des Bestätigungsrechtes der Staatsbehörde. Er wurde abgelehnt. Ein Theil des Centrums stimmte dafür, von uns *Keiner*. Ebenso verhielt es sich bei einer Reihe von ähnlichen Zusatzanträgen und bei der Fortsetzung der Abstimmungen über diesen Paragraphen. Die überüppigen Zusatzauswüchse rührten zum Theil von Centrenmitgliedern selbst her. Namentlich wurde wieder abgestimmt bei §. 44 über den Satz: Beschränkungen wegen Waldungen und Wüsteneien sind der Landesgesetzgebung vorbehalten. Er wurde mit 181 gegen 157 genehmigt. Dawider hatten einige von uns und einige mehr von der Kaiserpartei gestimmt. Der §. 45 »Jeder Deutsche Staat muß eine Verfassung mit Volksvertretung haben« wurde am letzten Tage (13.) durch Aufstehen angenommen. Indeß waren dazu mehrere Zusatzanträge gestellt: »unter Ausschluß der Wahl nach Ständen« — »einer aus freier Wahl hervorgehenden« — »die Wahl der Volksvertreter geschieht nach allgemeinem Stimmrecht ohne Census.« Sie wurden durch Aufstehen verworfen. Die »Koalition« bestand also auch bei diesen Abstimmungen nicht, denn die Oesterreicher u. s. w. hatten mit der Linken die unzweifelhafte Mehrheit. Ueber einen weitern Zu-

satz: »Das Veto der Staatsregierungen gegen die Beschlüsse der Volksvertretung kann nur ein beschränktes sein« wurde namentlich abgestimmt. Er wurde mit 246 gegen 119 abgelehnt. Die Linke hatte also fast ganz allein dafür votirt. Ich finde in der Stimmliste unter den Bejahenden Vonbun aus Feldkirch, der uns indeß damals, wenn ich nicht ganz irre, noch nicht angehörte, von den Kaiserlichen aber auch Reh. Ohne Namensaufruf wurde abgelehnt das Minderheitserachten: Die Feststellung der Verfassungsform eines jeden Deutschen Staats ist Sache der Staatsangehörigen — nach einer andern Version — der Volksvertretung. Nochmals wurde versucht, bei diesem Paragraphen das Suspensivveto hineinzubringen, doch gleichfalls vergeblich. Sodann kam ein Zusatz von Uhland, auf welchen die Linke großes Gewicht legte und für welchen sie eben so große Anstrengungen machte. Er war gegen Preußen gemünzt und die Gelegenheit vortrefflich, unter dem unschuldigsten Anscheine Preußen einen Streich zu versetzen, die Verfassung zu verderben und gegen sie einzunehmen. »Es war nur zu klar, sagt Haym, daß der Satz in diesem Augenblicke nichts weiter als einen Streich gegen Preußen war, dessen Autorität herabzuziehen die Gegner des Erbkaiserthums begierig nach jeder Gelegenheit griffen.« Allein der Satz wurde mit 203 gegen 199 abgelehnt. Die Stimmlisten ergeben, daß von den konservativen Oesterreichern und den Ultramontanen kein einziger bejaht hatte, daß dies aber von einer ganzen Reihe Kaiserlicher geschehen war, Biedermann, Grumbrecht, Jahn, dem Erwählten der Centren Kirchgeßner, Reh, Rümelin, Keudell, Wurm, Zell u. s. f. Von den dermaligen Mitgliedern des Pariser Hofs hatten nur zwei, Tappehorn und Vogel aus Dillingen, von später Eintretenden die beiden Kürsinger, Lindner, Polatzeck, Prinzinger, Vonbun und Wekbeker dafür, aber dawider die mit den letztern Eintretenden: Göbel, Gspan, Kaiserfeld, Rassl, und alle übrigen anwesenden damaligen Mitglieder, zwanzig und einige, votirt. Wir und mit uns die konservativen Oesterreicher, die Ultramontanen wie Buß, Döllinger, die Partikularisten wie Detmold, Gombart hatten also abermals den Ausschlag gegeben, indem es galt, einen Streich von Preußen abzuwenden, den die Linke gegen dasselbe richtete und zu welchem sich mit ihr eine gute Anzahl von Freunden des Erbkaiserthums verband. Man halte mit den Thatsachen jene Aeußerung Haym's zusammen. Aehnlich war der Ver-

lauf bei den noch übrigen Abstimmungen. Zum Schluß forderte die Linke, daß der rückständige Theil der Grundrechte sofort revidirt und als in zweiter Lesung beschlossen sofort als endgültiger Beschluß verkündet werden solle. Ueber die erste Hälfte des Antrags war kein Widerspruch, die zweite wurde abgelehnt, insbesondere auch von unserer Seite. Wir werden noch hören, wie trotz alledem und alledem die tugendhaften Denunciationen wegen »Koalition,« lediglichen Negirens und Daraufhinausgehens, daß Alles verdorben werde und nichts zu Stande komme, ihren unablässigen Fortgang hatten.

Die Kaiserpartei warf in solchem Maß und mit solcher Einseitigkeit alle Thätigkeit und Kraft auf die Oberhauptsfrage und hatte so sehr dahin gedrängt, daß alle diese doch sehr wichtigen Dinge mit einer Hast abgethan wurden, welche jede gehörige Prüfung und Kritik und selbst alle gebührende und nothwendige Würdigung ihrer Wichtigkeit ausschloß. Wenn nur ein Beschluß für einen Erbkaiser erlangt wurde — die Verfassung mochte dann in den übrigen Theilen noch so fehlerhaft, unannehmbar, unausführbar oder lebensunfähig sein. An Warnungen, was diesen Punkt betrifft, fehlte und hatte es nicht gefehlt. Als am 14. December über das absolute Veto abgestimmt werden sollte, wurde von vierzig und einigen Abgeordneten eine Erklärung des Inhalts eingereicht, es lasse sich nicht annehmen, daß Deutsche Fürsten eine so schwache Krone, einen so untergeordneten Beruf annehmen würden, wie die National-Versammlung diese Krone, diesen Beruf mache. — Die Unterzeichneten verwahrten sich demnach gegen den Beschluß über das suspensive Veto. Vincke's Name stand voran und es folgten viele Namen von Ultramontanen, Partikularisten, konservativen Oesterreichern: Detmold, Hayden, Bothmer, Phillips, Welcker, Jürgens u. s. w. Seit dem 14. December war die Verfassung nun aber durch so manchen Beschluß noch viel unannehmbarer gemacht, und ich habe es, entgegen den herkömmlichen unwahren Behauptungen und Darstellungen, nachgewiesen: jene Beschlüsse kamen nicht von unserer Seite, sondern durch die Fahrlässigkeit, durch falsche Ansichten und Buhlerei der Kaiserlichen mit den Radikalen hinein, und die konservativen Oesterreicher, Ultramontanen und Partikularisten waren es, durch welche ähnliche und schlimmere Beschlüsse beseitigt, versöhnende konservative durchgebracht wurden.

Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen im December und Januar.

In der ersten Abtheilung wurde erwähnt, daß zwischen Olmütz und Berlin im December und Januar über das Deutsche Verfassungswerk verhandelt worden sei. Wir müssen jetzt ausführlicher auf diese Verhandlungen kommen, die jedoch leider in ein sehr beträchtliches Dunkel gehüllt sind. Leider! Denn nachdem mehrere Regierungen mit zustimmenden Erklärungen hervorgetreten waren, traf die bald näher zu erörternde Preußische Note vom 23. Januar ein, mit ihr beginnt das unmittelbare und höchst bedeutsame Einwirken der Kabinette, insbesondere des Preußischen auf die gesammte Thätigkeit der National-Versammlung für das Verfassungswerk und doch ist die ganze von jener Note datirende herbeigezogene und sich einmischende Preußische Politik so wenig als die Oesterreichische völlig zu verstehen und mit Sicherheit zu beurtheilen, so lange man jene Verhandlungen nicht zur Genüge kennt. Die Aktenstücke, welche sich darauf beziehen, sind nicht veröffentlicht, auch den Preußischen Kammern unter denen nicht vorgelegt, durch welche denselben Aufschluß über die betreffende Politik des Preußischen Kabinets gegeben werden sollte. Was die Tagsblätter darüber berichteten, war ein verworrenes widerspruchvolles Gemisch von Halbwahrem und Halbfalschem, beruhend auf ungenauer Kunde und von den Tagsvorurtheilen und Parteitendenzen stark gefärbt und entstellt.

Aus der s. g. Oesterreichischen Denkschrift ist (I., S. 512) der

Inhalt einer Preußischen Depesche vom 19. December mitgetheilt, deren wir uns hier erinnern müssen. Die Oesterreichische Denkschrift sagt weiter, jener Note sei dann eine zweite gefolgt, die eine Eintheilung Deutschlands in Kreise (Wehrherzogthümer) mit militärischer Verschmelzung und gemeinsamer oberster Justizpflege und die Aufstellung einer starken Centralgewalt beantragt habe. Die Oesterreichische Regierung sei in der Hauptsache auf diese Vorschläge eingegangen, sie habe nur das Staatenhaus beanstandet *), gemeinsame Volksvertretung in den Kreisen vorgeschlagen, vor allem aber Verständigung bezielt über die materiellen Mittel, um der Revolution entgegenzutreten, die nach ihrer Ansicht nicht warten würde bis sich die Regierungen über das Definitivum geeinigt hätten; sie habe also vorderhand Verstärkung des Provisoriums durch das Fürstenkollegium und Aufstellung einer bewaffneten Macht bei Frankfurt gewollt. Darauf sei dann die vertrauliche Depesche des Berliner Kabinets an Graf Bernstorff vom 21. Januar zur Begründung der Cirkularnote vom 23. erfolgt.

Zufolge der Oesterreichischen Denkschrift sieht es nun so aus, als wären die Unterhandlungen von Berlin aus eröffnet und als sei der Vorschlag wegen der Kreiseintheilung von dort ausgegangen. Der Verfasser der Denkschrift scheint indeß von den Sachen doch keine ganz richtige Kunde gehabt zu haben. Das Hannoversche Kabinet pflegt in diesen Dingen gut unterrichtet und sehr genau zu sein, und in der Hannoverischen Denkschrift vom 1. Juli 1849 wird des Vorschlags der Kreiseintheilung ausdrücklich als eines von Oesterreich ausgegangenen erwähnt. Ich glaube, Grund zu haben, das Nachstehende für richtig, zum wenigsten dem Thatsächlichen am Nächsten kommend zu halten, indem es auf ziemlich übereinstimmenden und nach allen in Betracht kommenden Umständen glaubhaften Mittheilungen beruht.

Die Fragen, welche die Preußische Note vom 19. December behandelt, waren von Olmütz aus in Berlin, und zwar schon zur Zeit der Verkündung des Kremsier Programms, gleichzeitig mit oder unmittelbar nach derselben in Anregung gebracht; von Oesterreichischer Seite gingen in der That Vorschläge wegen einer Kreis-

---

*) Wir erinnern uns, Schmerling äußerte in der Ministerialkonferenz am 5. Januar, die Oesterreichische Regierung habe »nicht verlangt«, daß ein Staatenhaus zur Mitwirkung bei der Verfassung berufen werde.

einrichtung aus. Diese Vorschläge enthielten jedoch zuerst nur allgemein gehaltene Umrisse. Das »repräsentative Element gegenüber der Exekutivgewalt« wurde von Anfang zugegeben. Es sollte aus den Kreisen hervorgehen, deren Zahl vorerst aber auch noch nicht genau bestimmt war. Auch davon war nicht die Rede, ob die Oesterreichischen Bundesländer einen der Kreise bilden sollten oder ob Oesterreich mit seiner Gesammtheit eintreten wolle. Vor allen Dingen sollten die Grundlagen einer Bundeserneuerung überhaupt und insbesondere der Vertretung des Volkes bei der Centralgewalt festgestellt werden, und man suchte sie in jener Gruppenbildung. Die Olmützer Vorschläge liefen sodann in ihrer bestimmteren Gestaltung darauf hinaus, daß etwa sechs Kreise errichtet werden sollten, und zwar so, daß Oesterreich und Preußen jedes einen bilden und vier aus den übrigen Staaten gebildet würden, denen die Könige von Baiern, Würtemberg, Sachsen und Hannover vorzustehen hätten. In diesen Kreisen sollte Gemeinsamkeit des Heerwesens, der Rechtspflege, der Verwaltung stattfinden, sie sollten gemeinsame Kreis-Ständeversammlungen erhalten und durch letztere Ausschüsse gewählt werden zur Volksvertretung bei der Centralgewalt, welche ihrerseits durch sechs aus den Kreisen Delegirte zu bilden sein würde. Den Preußischen Auslassungen wurde zu Ende Decembers entgegnet, daß Oesterreich, nachdem alle Preußischen Länder, wenigstens bis auf einen geringen Rest, in den Bund aufgenommen worden, nur mit seiner Gesammtheit in eine erneuerte Bundesverfassung eintreten könne. Das Preußische Kabinet erklärte sich um die Jahreswende — seine Geneigtheit mochte zwei Wochen währen — im Wesentlichen mit den Oesterreichischen Vorschlägen einverstanden, worauf Graf Rechberg an die königlichen Höfe von München und Stuttgart, so wie von Brenner an die von Sachsen und Hannover abgeschickt wurde, um dort vorbereitende Verhandlungen anzuknüpfen. Die Verhandlungen waren bis zum Abschluß geführt, als von Preußischer Seite noch ein paar Anstände erhoben wurden. Namentlich wurde gewünscht, daß die Kreise, um der Selbstständigkeit der kleineren Staaten nicht zu nahe zu treten, minder stark centralisirt werden, und die gemeinsamen Kreis-Ständeversammlungen wegfallen möchten. Die Ausschüsse könnten auch durch die einzelnen Ständeversammlungen gewählt werden. Um die Mitte des Januar stand die Sache so, daß Graf Brühl in Olmütz (am 11.) erschien, um diese

Desiderien entgegen einer Oesterreichischen Depesche vom 7. mündlich anzubringen, worauf das Oesterreische Kabinet dem Grafen Trautmannsdorf eine Depesche zusendete, worin es, obwol nicht ganz einverstanden, doch auf jene Disiderien einging. Demgemäß kamen in einer vielbeschrienen Note vom 17. Januar die Oesterreichischen Verfassungsideen über die Kreise, das Direktorium u. s. f. nochmals zur Sprache. Das Direktorium sollte sich auf die Gesammtleitung der auswärtigen Angelegenheiten (doch ohne dem Gesandtenrechte der einzelnen Kreise Abbruch zu thun) auf Kriegswesen und Marine, auf gemeinschaftliche Handels- und Zollgesetzgebung beschränken, das Nähere über die neuen Bundeseinrichtungen jedoch dem Zeitpunkte vorbehalten bleiben, wo die Kreiseintheilung in's Leben getreten sein würde. Die weitere Absicht war, das Projekt Namens der Regierungen der Frankfurter Versammlung vorzulegen, und von Oesterreichischer Seite wurde nunmehr vorgeschlagen, dieselbe, je nach der Stellung, welche sie annehmen würde, auch allenfalls aufzulösen, und sowol zur Sicherung dieser Maßregel und zur Bewältigung möglicher revolutionärer Bewegungen als zu besserem Schutze der südwestlichen Grenze in der Nähe von Frankfurt ein Armeekorps von 40,000 Mann (unter dem Befehle des Königs von Würtemberg) zusammenzuziehen, zu welchem Preußen die eine, Baiern und Würtemberg die andere Hälfte stellen würden. Wenn nun auf diese Weise Oesterreich mit den königlichen Höfen sich geeinigt hätte und in der Verfassungssache die Initiative ergriffen, so rechnete das Oesterreichische Kabinet sowol auf die Nachgiebigkeit der kleineren Fürsten als der National-Versammlung und somit auf eine friedliche und angemessene Lösung der Deutschen Frage *).

*) Wann und wie viel Kunde Schmerling von diesen Verhandlungen und Vorschlägen aus dem Oesterreichischen Kabinet erhielt, kann ich nicht sagen, glaube aber annehmen zu müssen, daß er gleichzeitige und ausführliche **nicht** erhielt. Mehrere Umstände, auf welche wir noch kommen werden, begründen diese Annahme. Als er sich in Olmütz und Wien befand, hatten die Dinge noch keine bestimmte Gestalt. Zu erinnern hat man sich hier aus seinen Erläuterungen in der Ministerialkonferenz, daß er äußerte beauftragt zu sein, auf rasche Vollendung der Verfassung in Frankfurt hinzuwirken, und ferner seiner Aeußerungen, daß das Oesterreichische Kabinet seine Anträge bis nach vollendeter Verfassungsberathung sich vorzubehalten gedenke, und daß er den Eintritt Oesterreichs

Eine direkte Erwiederung auf die Oesterreichischen Mittheilungen vom 17. Januar erfolgte nicht. Das Kabinet in Olmütz stand in der festen Erwartung einer abschließenden Erklärung über die beredeten Stipulationen, als es durch die erwähnte Preußische Depesche vom 21. und die Cirkularnote vom 23. höchlich überrascht wurde, welche letztere bereits am 12. festgestellt gewesen sein soll. Die Verhandlungen waren nur zum Theil schriftlich, zum andern Theile bloß mündlich und mit großer Geheimnißbeflissenheit geführt *). Von Preußischer Seite erfolgten Mittheilungen doppelter Art nach Olmütz, die einen von Seiten des Ministeriums, welche mehr mit der in der Cirkulardepesche vom 23. sich bekundenden Politik im Einklange waren, die andern unmittelbar vom Könige, die den Aeußerungen des Ministeriums mehr oder minder widersprachen, und auf die Eintheilung in Wehrherzogthümer und eine auf deren Grundlage zu errichtende Bundesverfassung hinausliefen, worin Oesterreich das Scepter, Preußen das Schwert Deutschlands zufallen sollte und dgl. In den höchsten Regionen Berlins kämpften bald siegend, bald besiegt die entgegenstehenden Parteien derer, welche eine Gesammtverfassung für alle Bundesstaaten und derer, welche die Errichtung des »Bundesstaats« mit Preußen an der Spitze bezweckten, derer, welche mit Oesterreich Deutschland konstituiren und derer, die wider Oesterreich operiren und die Gelegenheit für Preußens Vergrößerung benutzen wollten. Mit anderen Worten, es war in den hohen und höchsten Sphären Berlins ein Kampf der lebendig wieder erwachten Ideen von 1785 und 1806. Aus diesen Umständen erklären sich die anscheinenden Widersprüche, welche in den verschiedenen glaubhafteren Aufschlüssen über die ganze Verhandlung stattfinden.

Preußen und Oesterreich — dies ist zunächst in's Auge zu fassen — waren bei den Unterhandlungen im December und Januar principiell darin einig, daß der Bund zu Recht bestehe und daß

---

in den zu Frankfurt projektirten Bundesstaat für unmöglich halte. Man betrachtete also im Oesterreichischen Kabinet das Frankfurter Projekt als einen im Ganzen unpraktischen Versuch, den es ungestört bis zu Ende führen, aber nur in soweit gelten lassen wollte, als man dabei in der zweiten Lesung auf annehmbare, mit den Oesterreichisch-Preußischen Verfassungsideen mehr harmonirende Beschlüsse kommen würde.

*) Worin der Grund zu suchen sein mag, daß man dem Bevollmächtigten in Frankfurt keine, oder doch keine genaueren Mittheilungen machte.

man von diesem Punkte auszugehen habe. Beide dachten nicht an eine nackte Herstellung der früheren Zustände, Beide wollten eine neue Verfassung auf der Grundlage der früheren errichten, Beide waren nicht einverstanden mit der Art und Weise, wie das Verfassungswerk in Frankfurt behandelt wurde, d. h. mit dem dort beliebten Konstruiren ohne Rücksicht auf das Bundesverhältniß als rechtliche Basis aller Entwickelung, dem Konstruiren gemäß dem Principe einer souveränen Befugniß der National-Versammlung. Nur die eine Partei in Berlin wollte auf das Projekt der Frankfurter Kaiserpartei eingehen, ohne jedoch — wie nicht bloß aus diesen Verhandlungen, sondern auch aus der Cirkularnote vom 23., welche größtentheils ihr Werk war, ersichtlich ist — über das Princip der beiden Kabinette differirender Ansicht oder geneigt und gewillt zu sein, die Gagern'schen Ideen zu adoptiren oder auch nur gelten zu lassen. Auch nach ihrem Sinne sollte kein Deutschland mit einem darin aufgegangenen Preußen erstehen, sondern dieses die Herrschaft wo möglich über das ganze Oesterreichische Deutschland erhalten und hierzu die Gagern'sche Partei und deren Verfassungsplan benutzt werden.

Da man in dieser Zeit über die Oesterreich-Preußischen Verhandlungen nichts Genaues und Verbürgtes vernahm, so konnte sich auch eine eigentliche Meinung darüber nicht bilden. Das Oesterreichische Kabinet kam etwas später auf seine Vorschläge über die neue Einrichtung der Bundesverfassung zurück. Wo wir davon berichten wird dann auch zur Sprache zu bringen sein, welche Aufnahme sie fanden und welcher Kritik sie von den verschiedenen Parteien unterworfen wurden. Hier nur die Bemerkung, daß Oesterreich positive Vorschläge gemacht oder in Vorschläge eingewilligt hatte, von welchen man jedenfalls nicht wird sagen können, daß sie unbedingt von der Hand zu weisen gewesen wären; Vorschläge welche allerdings einer deutlichern Gestaltung bedurften, aber die Thunlichkeit einer solchen in sich schlossen und als Grundlage weiterer Verhandlungen, ja auch weiterer fruchtbarer Entwickelung zu dienen geeignet waren. Oesterreich bot ein Deutsches Parlament, in mißliebiger, doch in eben der Form, wie es Gegenstand der Wünsche und Strebungen der freisinnigen Patrioten bis zum Frühjahre 1848 gewesen, vielleicht in der zweckmäßigsten. So weit die Oesterreichischen Vorschläge vom December und Januar bekannt geworden sind, liefen sie auf die Ideen des Bassermann'schen An-

trags auf Volksvertretung beim Bunde vom Februar und die Gagern'schen Märzideen hinaus Als jener Antrag gestellt worden war, hatte die Deutsche Zeitung gesagt: »Das Deutsche Unterhaus wird eine Versammlung von Abgeordneten, die am Leichtesten aus den Wahlen der verschiedenen Deutschen Kammern hervorgehen und zu einem vereinigten Landtage zusammentreten. Das Deutsche Unterhaus ist ein Strebeziel der Vaterlandsfreunde.« In einer am 20. März 1849 gehaltenen Rede erinnerte Gagern an die in der ersten Abtheilung S. 16 mitgetheilte Punktation, welche seine und seiner nächsten Freunde Forderungen vom März 1848 enthält und die von den Bevollmächtigten Würtembergs, Hessen-Darmstadts, Nassaus und Preußens gebilligt wurden. Gefordert und als nothwendig anerkannt wurde da nun freilich eine »einheitliche Leitung des gesammten Bundesvereins unter einem Oberhaupte.« Allein dabei ist von keinem Erboberhaupte die Rede und es kann kaum daran gedacht sein, denn man wollte Oesterreich nicht ausschließen, sondern sprach vom gesammten Bundesverein, und wie wir oben hörten, gestand Gagern zu, daß man zu einem Direktorium kommen müsse wenn Oesterreich im Bunde verbleibe. In der Punktation wird denn auch ferner die Nothwendigkeit eines »aus den Bundesgliedern oder ihren Delegirten« bestehenden Oberhauses anerkannt. Genau ist dies freilich keine Direktorial-Oberleitung, läuft aber doch im Wesentlichen auf das Direktorium, wie es von uns, mit so großen Befugnissen des Präsidirenden, vorgeschlagen war oder auf einen Kaiser mit einem, nur freilich nicht blos begutachtenden Reichsrath, in jedem Falle auf die Ideen hinaus, wonach den Fürsten ein beträchtlicher Antheil an der Oberleitung werden sollte. Wie es mit der einheitlichen Oberleitung gemeint war geht aus Gagern's weiteren Anführungen hervor: der König von Würtemberg hatte selbst vorgeschlagen, die Leitung der Deutschen Angelegenheiten »unter den dringenden Verhältnissen wie sie jetzt vorwalten« in die Hände eines der Deutschen Regenten zu legen, und in demselben Sinne eines bloßen Provisoriums im Nothstande hatte sich der König von Preußen zur Uebernahme der Oberleitung bereit erklärt, in eben diesem Sinne Gagern damals auch sonst von der Oberleitung desselben gesprochen. Auch das Unterhaus der Punktation sollte gewählt sein »durch die ständischen Kammern der einzelnen Deutschen Staaten.« Die Kompetenz des Bundesoberhauptes sollte sich erstrecken auf Bundesheer-

wesen und Volksbewaffnung, auf »möglichste« Gemeinschaftlichkeit der Gesetzgebung, besonders über Heimatwesen u. s. w. auf »Herbeiführung« eines gemeinschaftlichen Systems für Zollwesen u. s. w., endlich auf die Herstellung gemeinschaftlicher aktiver Vertretung des Bundes im Auslande. Endlich sollte die definitive Beschlußnahme über diese Punkte auf dem »bisherigen Bundestage« und »vorbehaltlich der Genehmigung der bestehenden verfassungsmäßigen Gewalten in den einzelnen Bundesstaaten« erfolgen. Ueber das Alles war nun die National-Versammlung sachlich und principiell unter Gagern's Anführung meilenweit hinausgegangen. Gagern sagte nach Verlesung der Punktation: »Sie sehen daß die Männer, welche sich damals bemüht haben einen Ausgangspunkt zu suchen, bereits eine sehr breite Grundlage für die Entwickelung des Bundesstaats gelegt hatten.« Aber man befand sich seit der Souveränitätsproklamirung nicht mehr auf dieser Grundlage, befand sich durch das ultraunitarische Verfassungsprojekt, durch das Streben nach Errichtung eines Preußischen Erbkaiserthums, durch die Verfehmung jeder der älteren ähnelnden Verfassung im völligsten Gegensatze zu ihr. Gagern selbst traf es, was er in jener Rede den Radikalen sagte: »Wenn die Märzrevolution zu Resultaten geführt hat, die nicht die erwünschten sind, so haben die am Meisten den Vorwurf auf sich selbst zurückzulenken, die am Meisten sich von dem Ausgangspunkt entfernten und eine andere Bahn einschlugen auf die Gefahr des Rückschlags hin, als die große Mehrheit des Volkes sie eingehalten wissen wollte.« Jene einen Ausgangspunktsuchenden, in jener Grundlage ihn findenden Männer waren selbst von dieser zurückgetreten und hatten auf die Gefahr des Rückschlags hin eine ganz andere Bahn eingeschlagen. Fast unbegreiflich ist es, wie Gagern in derselben Rede sagen konnte: »ich darf mich dessen berühmen, daß ich ohne beirrt zu werden, an demjenigen bis jetzt festgehalten habe, was ich, so lange ich im öffentlichen Leben wirksam bin, als die mögliche aber auch nothwendige Lösung bezüglich der Konstituirung des Vaterlandes gehalten habe.« Oesterreich befand sich jetzt auf der Grundlage der Märzpunktation Gagern's und seiner Partei, Oesterreich hatte jetzt eine Neubildung auf dieser Grundlage, hatte namentlich eine Volksvertretung wie sie in der Punktation gefordert worden, zugestanden oder selbst vorgeschlagen. Gagern und dessen Partei forderten jetzt einen unitarischen Staat und hatten in diesem Sinne Recht, aber allgemein genom-

men und nach ihren eigenen Märzforderungen Unrecht, wenn sie sagten und klagten, Oesterreich wolle kein »Volkshaus« zulassen, widerstrebe der Einrichtung einer Volksrepräsentation bei der Centralgewalt. Es war mit Preußen völlig einverstanden, daß ein »repräsentatives Element« der stipulirten, obschon nicht der Frankfurter Art zu bilden sei. Ein Parlament nach den Frankfurter Vorstellungen wollte und konnte auch Preußen nicht zulassen, wenn es wußte was es wollte, über das Wesen und die Wirksamkeit eines solchen sich nicht täuschte und sich selber treu und mit Oesterreich einig darüber blieb, daß der Neubau auf der Grundlage des Bundes und daß also kein Preußisches Erbkaiserthum zu errichten sei. Trotz dem wurde Oesterreich fort und fort allein beschuldigt, keine Nationalrepräsentation zulassen zu wollen.

Was die Kreiseintheilung betrifft, so hatte auf ihr die Deutsche Verfassung beruht, seitdem Maximilian I. und die Stände das Reich wieder in Ordnung gebracht. Anf dem Wiener Kongreß hatte Preußen (durch Hardenberg) vorgeschlagen, die Bundesverfassung auf die Kreiseintheilung zu gründen. Im April hatte unter den Bundestagsgesandten ein fliegendes Blatt cirkulirt, das einen Verfassungsvorschlag darauf basirte. Ein ähnliches vertheilte Max Gagern um diese Zeit. Auch in dem Preußischen Vorschlage vom Juli (I. 160) kommen die sieben Einheiten oder Gruppirungen und Aehnliches kommt in Bunsen's zweitem Sendschreiben vor *). Die

---

*) Vorschlag für die unverzügliche Bildung einer vollständigen Reichsverfassung während der Verweserschaft, zur Hebung der innern Anstände und zur kräftigen Darstellung des Einen Deutschlands dem Auslande gegenüber, zweites Sendschreiben an die National-Versammlung (vom 5. Sept. 1848). Bunsen hält darin der National-Versammlung ihre Rechenfehler vor und polemisirt speciell gegen gewisse Leitartikel der D.-P.-A.-Zeitung, welche Ausdruck der Auffassung der Centrenpartei waren. In einem derselben war die Forderung eines Staatenhauses bekämpft, in dem andern gesagt, Preußen spiele ein doppeltes Spiel, indem es sich so stelle, daß es von dem Gelingen des Einheitsplans wie von dessen Mißlingen Vortheil ziehen könne, ohne sich selbst in Gefahr zu setzen, wogegen Bunsen das »nothgebrungen abwartende Benehmen« Preußens in Schutz nimmt. Er führt aus, Deutschland müsse eben so gut ein Staatenhaus und einen Reichsrath während des Verfassungswerks haben als späterhin. Um dazu zu gelangen, müsse man Reichskreise herstellen. Eine wesenhafte Grundlage dafür finde man allein bei der bisherigen Vertheilung des Bundesheeres. Die Kreiseintheilung müsse sich möglichst an die Vertheilung der

Kreisverfassung würde jeder noch weiteren Vergrößerung der Großmächte in Deutschland einen schwer zu beseitigenden Riegel vorgeschoben haben, was ihr freilich die Feindschaft der Partei erwecken mußte, die auf eine Vergrößerung Preußens abzielte. Man irrt schwerlich in der Annahme, daß hier der vornehmste Grund der Bemühungen Derer zu suchen sei, welche zum Abbrechen der Preußisch-Oesterreichischen Verhandlungen drängten.

Die Forderung Oesterreichs, mit seiner Gesammtheit eintreten zu wollen, eröffnete große Aussichten und erregte große Bedenken. Man stritt nach einiger Zeit eifrigst dafür und dawider. Wir kommen darauf zurück. Man konnte Zweifel erheben, ob Oesterreich entgegengekommen sei soweit es vermöge, oder ob die Deutschen Großmächte in jenen Unterhandlungen gezeigt, daß sie wüßten was Deutschland bedürfe und den Willen hätten ihm gerecht zu werden, auch auf Kosten ihrer partikularen Interessen: aber nicht begründet erscheint in jedem Falle die vor und nach wiederholte Beschuldigung oder Wehklage auch der Freunde Oesterreichs, dasselbe verneine nur, habe keinen positiven Gedanken, mache keinen bestimmten anderweiten Vorschlag, wenn es sich denn einmal auf das Frankfurter Verfassungsprojekt nicht einlassen wolle oder könne. Diese immer und immer wiederholte Klage und Beschuldigung ist jedenfalls von der Seite aller Derer vollkommen unberechtigt, die nicht blos *selbst* keinen praktischen Verfassungsplan aufzustellen vermocht, sondern obenein durch ihren unpraktischen, ihr Bestehen auf demselben und ihr Verschreien eines jeden andern und durch ihre Machinationen eben jedem andern in den Weg getreten sind. Jene Klage und Beschuldigung war indeß subjektiv gerecht, denn man erhielt von den Oesterreichischen Vorschlägen zu wenig genaue Kunde. Der

---

Nationalwehr anschließen. Die Bevollmächtigten der sechs Könige würden den Reichsrath zu bilden haben, die Reichskreise die Grundlage des Staatenhauses sein, und das Alles sei keineswegs »der alte Bundestag«. Die Centralgewalt müsse die Vertretung nach Außen einer Großmacht übertragen, und diese Großmacht werde im Allgemeinen Preußen sein. Diese Ideen und Vorschläge wurden gerade von dem Theile der National-Versammlung, der Preußen an die Spitze bringen wollte, ignorirt oder weit abgewiesen. Wir kommen bald darauf, wie die Politik der Preußischen Partei ihren Höhepunkt in ihrem Meistertheile erreichte, nach welchem sie ihre ganze Rechnung auf Preußen stellte und sich dabei doch nicht um Preußens Willen und Rath bekümmerte.

Vorwurf hat Oesterreich unsäglich geschadet, die ihm nachtheiligen und mißfälligen Beschlüsse und Maßregeln der National-Versammlung, die Operationen der Preußischen Partei und des Preußischen Gouvernements unsäglich gefördert, die Schritte der Großdeutschen in der Schwebe gehalten und beirrt, die Widersacher ermuthigt, den Muth der Freunde gelähmt, die Kalamität des Preußischen Sonderbundes »mit Wenigen oder Vielen« ermöglicht und mittelbar herbeigeführt. Dies Alles würde wenigstens zum Theil vermieden oder verhütet sein, wenn das Oesterreichische Kabinet den Verhandlungen über die Kreisverfassung, sobald sie gescheitert und damit zur Bloßlegung geeignet geworden waren, Oeffentlichkeit gegeben hätte. Freilich wurde Oesterreich wegen seiner Vorschläge, sofern sie vermuthet oder bekannt wurden, doch gescholten. Allein jener am meisten begründete Vorwurf hätte wegfallen müssen, wenn die Materialien zu einer handfesten Widerlegung nicht gefehlt hätten. Dazu erregte die Geheimhaltung an sich selbst den schädlichen Verdacht. Und hatte man etwa einander dieselbe zugesagt, oder welche Gründe man dafür haben mochte: die Sache Oesterreichs und Derer welche eine Verfassung erstrebten, in welcher es seine Stelle fände, hatten den weitaus größesten Schaden davon. Preußen wußte den Schein der Restaurations- und Mediatisirungs- und Vergrößerungs- und Gewaltgelüste und Absichten besser zu vermeiden.

Auch über jenen, auf die Auflösung der National-Versammlung sich beziehenden Oesterreichischen Vorschlag hier nur ein paar vorläufige Worte. Er transpirirte, er wurde im schlimmsten Sinne genommen, mißdeutet und äußerst wirksam benutzt, die Meinung noch mehr gegen Oesterreich zu stimmen. Wegen dieses Punkts brachte letzterem die Geheimhaltung der Verhandlungen die größesten Nachtheile. Auch bei den Oesterreichischen Abgeordneten, bei den Totalisten wurde dadurch Mißtrauen und Unwille erregt. Der schlechtere Theil der Demokraten hatte die National-Versammlung dermaßen vor dem Volke heruntergerissen und (am 18. September) eine so gewaltsame und schmähliche Sprengung derselben betrieben, daß dagegen die von Oesterreich beabsichtigte Auflösung gar nicht in Betracht kam Zuerst hatte die Linke Alles gethan, jetzt that die Preußische Partei mit ihr um die Wette alles Mögliche, dem Deutschen Parlament den schlimmsten Untergang, den parlamentarischen Bankerott zu bereiten. Aber am Heftigsten und zum Theil mit dem innigsten Behagen ließen gerade Die über die Oester-

reichische Absicht sich aus, welche die Ursächer der Oesterreichischen »Feindseligkeit gegen die National=Versammlung« waren, die am wenigsten ein Recht zur Beschwerde hatten, die sich auf den Boden der »Thatsachen« gestellt, als offne oder maskirte Revolutionärs die Centrerevolution herausgefordert, Oesterreichs Ausschluß projektirt und betrieben, ihm »ans Leben gegriffen«, ihm den Krieg erklärt hatten und machten. Die unzartesten Angreifer und Schmäher Oesterreichs forderten die zartesten Rücksichten und fanden das schrecklichste Verbrechen in deren Mangel. Sie wußten in ihrer Polemik sehr geschickt das Korps von 40,000 Mann statt aller Argumente oder nach allen Argumenten als Schreckbild und Scheuche gegen Oesterreich aufzustellen und Preußen zu rühmen, daß es die Theilnahme an dem Oesterreichischen »Verrath« geweigert, ihn dadurch vereitelt habe *). Wenn freilich jenes Korps in der Nähe

*) Man wollte eine Aeußerung der Preußischen Note vom 23. Januar dahin deuten, die Preußische Regierung »habe geglaubt, die Deutsche Nation sei zu der Forderung berechtigt, daß der Versuch, auf dem von den Deutschen Regierungen theils gesetzlich angebahnten, theils zugelassenen Wege zur Einigung zu gelangen, möglichst vor äußeren Hemmungen geschützt werde«. Wie wir hörten, war es aber auch die Intention des Oesterreichischen Kabinets, daß die National-Versammlung ungehemmt ihre Verfassungsarbeit vollende, und nach einer nicht gar zu langen Zeit rief die Preußische Regierung, die so gut wie die Oesterreichische ihre Konstituante aufgelöst, nicht bloß die Preußischen Deputirten ab, sondern stellte geradezu an den Reichsverweser das Ansinnen, die Auflösung der National=Versammlung auszusprechen. Am 16. April erschien der Oberst Fischer in Frankfurt mit dem Auftrage, denselben dazu zu bewegen. Schon vor seiner Abreise von Berlin war an das Reichsministerium telegraphisch gemeldet, das Berliner Kabinet werde Jemand mit wichtigen Aufträgen an das Reichsministerium senden. Worin die letzteren bestanden, wußte man nicht. Gagern und dessen Anhang hofften wie immer Günstiges von Berlin. Indeß war die telegraphische Depesche bekannt geworden und die Gagern'sche Partei beseitigte verschiedene dringliche Anträge der Linken in jenen Tagen durch Hinweisung auf die von Berlin angekündigte Sendung. Der Oberst Fischer kam, seine Ankunft war nicht zu verschweigen, was er aber brachte — den erwähnten Auftrag an den Reichsverweser — wollte und mochte man nicht kund geben. Wäre der Erzherzog entschlossen gewesen, auf das Ansinnen einzugehen, so hätte sich allenfalls davon reden lassen; allein da er sich zur Auflösung der National=Versammlung nicht hergeben wollte, so würde durch Bekanntwerden des Fischer'schen Auftrages das Odium gegen Preußen gemehrt worden sein. Darum sagte man, Fischer habe bloß den Auftrag, sich die Verhältnisse anzusehen. Es ist schwer zu glauben, daß Haym diesen

von Frankfurt zusammengezogen worden wäre und mit imposantem Fingerzeige auf die Einigkeit der Deutschen Großmächte zurückgewiesen hätte, so wäre unsern Zuständen der tiefe Schade, unserer Geschichte der böse Flecken der schmählichen Aufstände in Pfalz-Baden und Sachsen wohl erspart, und wir hätten im schlimmsten Falle nicht viel mehr eingebüßt als die letzten traurigsten Parlamentsberathungen, die klägliche Selbstauflösung der Deutschen National-Versammlung. Im günstigen Falle würde die letztere eine ehrenvolle und fruchtreiche Verhandlung mit den Regierungen gepflogen, etwas Erwünschtes oder doch etwas Gedeihliches zu Stande gebracht haben.

In Radowitz Denkschrift vom 27. November 1847 heißt es: »Es giebt kaum einen wahren und großen Fortschritt für Deutschland, wenn Oesterreich sich dem entzieht« — Oesterreich war aber entgegen gekommen und hatte beide Hände geboten — »nur im äußersten Falle darf die innigste Gemeinschaft mit dem alten Kaiserstaate momentan aufgegeben werden.« Man glaubte sie in Berlin jetzt aufgeben zu sollen, ohne daß ein äußerster Fall eingetreten gewesen wäre; Preußen ging einseitig voran, schroff auftretend in der Sache ob auch fein in der Form, Oesterreich bloßstellend — warum?

Sachverhalt nicht kennen sollte oder man hätte ein abermaliges Beispiel, wie sehr die Führer der Gagern'schen Partei die letztere über sehr wichtige, zu wissen sehr wichtige Dinge im Dunkeln ließen. Genug, Haym sagt in seinem Schlußbericht S. 157, er (der längst erwartete Kommissarius der Preußischen Regierung) brachte keine Abänderungsvorschläge. Und was brachte er denn? Im Preußischen Staatsanzeiger stand die Abberufungsordre der Preußischen Abgeordneten. Diese hatte er in der Tasche, diese und dazu den Auftrag, »sich die hiesigen Verhältnisse anzusehen«. Nachdem man von Berlin aus den Reichsverweser zu bewegen gesucht, die National-Versammlung aufzulösen und dem Könige von Preußen die provisorische Centralgewalt zu übertragen, wurde dort die Behauptung aufgestellt, die letztere könne ohne die National-Versammlung nicht fortexistiren und diese Behauptung wurde eine Grundlage der Politik des Preußischen Kabinets in der nächsten Zeit, und Beckerath, dem diese Dinge doch in ihrem Zusammenhange bekannt sein mußten, gab sich bald darauf dazu her, diese Preußische Doktrin in der zweiten Berliner Kammer auszuführen: abermals ein Beispiel, wozu Verfangenheit in falschen Ideen und mißverstandener Eifer auch Redliche und Wohlmeinende in dieser verwirrten Zeit brachten. Doch genug davon an dieser Stelle. Wir werden auf den Gegenstand zurückkommen müssen.

Die Preußische Cirkularnote vom 23. Januar.

Während die Verhandlungen mit Oesterreich im Gange waren, hatten sich in Berlin die verschiedenartigsten Einflüsse geltend zu machen gesucht. Der König war nicht mit dem Ministerium, dieses nach allem Anschein in sich selber nicht einig. Bei dem Könige und der altpreußischen Partei dominirten der Gedanke an das Recht und die Nothwendigkeit der Einigung mit Oesterreich und Abneigung gegen die Frankfurter Principien und Projekte. Von anderen Seiten war man diesen meisthin auch nicht sonderlich gewogen, wünschte aber, daß Frankfurt und die Gelegenheit benutzt werden möchten, wobei die Einen vielleicht mehr an Deutschland, die Andern gewiß mehr an Preußen dachten und Beide von der »Deutschen Sache,« von der »Einheit« sprachen. Durch diese »Deutsche« Partei einzuwirken und das Preußische Kabinet zu einem Entschlusse nach ihrem Sinne zu bestimmen, boten Mitglieder der Gagern'schen Partei zu Frankfurt alle Kräfte auf. Die Partei war zugleich übermüthig und verzagt. Indem sie Oesterrreich aufgegeben, auf den kleindeutschen Plan sich geworfen und zur Verwirklichung desselben diplomatisirend ein Spiel hinter den Koulissen begonnen, war sie freilich von dem Standpunkte der Souveränität der Nation weit zurückgetreten. Trotz dem hatte sie sich in der Omnipotenzidee seit Gagern's Schreiben an den Ausschuß vom 5. Januar erst wieder recht befestigt. Sie drängte zum Vollenden der Verfassung, um den widerstrebenden Regierungen eine fertige Thatsache entgegenzulegen. So bestimmt wie je nahm sie die

Miene an, als werde man allenfalls durch Revolte Preußen zum »Bundesstaat,« zur Annahme der Kaiserwürde, die Mittelstaaten zur Unterwerfung nöthigen. Auf der anderen Seite drängte sich ihr aber auch das Gefühl auf, daß sie, daß die National-Versammlung keineswegs allmächtig sei, und man hörte sie daher in Einem Athem gegen die Vereinbarung und jeglichen dem alten Bunde ähnelnden Verfassungsplan, jede dahin zielende Einigung Preußens und Oesterreichs peroriren und Drohungen mit den Preußischen Bajonetten gegen Oesterreich, revolutionäre Drohungen gegen Preußen schrecklich zu hören ausstoßen und wehklagen: wir bringen nichts mehr zu Stande was Gewicht hat, wir richten uns selbst zu Grunde, nur die Regierungen können unserer Zerfahrenheit ein Ende machen und eine gemeinsame Richtung herbeiführen; der Plan, über welchen sie sich einigten, wäre der beste; es ist die höchste Gefahr im Verzuge und sie bleiben stumm! In diesem Sinne schrieb auch Raumer, als die Oberhauptsfrage vorgenommen wurde. Allein das waren schwache Stunden oder helle Augenblicke. Man wollte doch nun einmal den Bundesstaat mit dem Erbkaiser haben und darüber einigten sich die Regierungen sicher nicht. Oesterreich und Preußen unterhandelten. Gediehen diese Unterhandlungen zu einer Einigung der Deutschen Großmächte, so konnte aus dem Verfassungsprojekt der Kaiserpartei nichts werden, der also Alles daran gelegen sein mußte, Preußen und insbesondere den König zu gewinnen, jene Unterhandlungen zu vereiteln. Viele nahmen als gewiß an, daß sich Camphausen nach Berlin begeben, um in diesem Sinne zu wirken, obschon er mit der Gagern'schen Partei und deren Ideen und Tendenzen keineswegs völlig einverstanden war. Sobald Palmerston vernommen, daß eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich im Werke sei, mußte auch Bunsen in Berlin erscheinen, um desto nachdrücklicher persönlich auf den König einzuwirken *). Selbst in der National-Ver-

*) Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß Palmerston noch besondere Unterhändler nach Berlin schickte. Im Englischen Interesse lag es, daß der Preußische »engere Bund«, den er und die Gagern'sche Partei betrieben, von der Donau und dem Adriatischen Meere abgeschnitten, sich im Norden nicht zu weit ausdehne. Man wollte Palmerston's Einwirken darin erkennen, daß die Preußische Note vom 23. Januar das Deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks vom engeren Bunde ausschloß. — Preußen wurde zur Gründung eines solchen und zur Annahme des Kaiser-

sammlung war bei der zweiten Lesung die Oberhauptserblichkeit schwer durchzusetzen, wenn man bis dahin keine zustimmende Erklärung aus Berlin hatte. So wie man schon bei der ersten Lesung auf die Abstimmungen durch die Versicherung einzuwirken gesucht, daß Camphausen's Mission Erfolg habe, daß eine Note nach Wunsch unterwegs sei, ebenso drängte man in Berlin zum Erlaß einer solchen durch die Versicherung, in Frankfurt werde die Erblichkeit votirt sein, wenn dieselbe anlange. Die »Cirkularnote an die Preußischen, bei den Deutschen Regierungen beglaubigten Missionen,« von welcher jetzt ausführlicher die Rede sein wird, wurde eben am 23. unterzeichnet, indem man dabei mit Bestimmtheit annahm, daß es geschehen werde. Aus dem kaiserlichen Lager in Frankfurt war das Votum für die Erblichkeit als unfehlbar bevorstehend so wiederholt und mit so genauen Stimmberechnungen in Berlin angekündigt, daß man dort fest daran glaubte und einzelnen Berichten entgegengesetzten Inhalts, woran es auch nicht mangelte, allen Glauben versagte. Eine Stimmberechnung, welche einem von d i e s e n Berichten beigelegt war, wurde in Berlin belächelt und erwies sich bis auf eine Differenz von drei oder vier Stimmen vollkommen zutreffend. Von der anderen Seite hatte man hinzugefügt, daß die National-Versammlung zuverlässig und schlechterdings von ihrem Verfassungsplane nicht zurücktreten werde, und daß also die ärgsten Zerrüttungen bevorständen, wenn Preußen darin nicht eingehe. So eigensinnig und eigensüchtig war freilich nur die Kaiserpartei. Indeß benutzte sie mit Glück ihren Eigensinn, die Drohung mit demselben, die Unterstellung, als sei eben sie die National-Versammlung und ihre Meinung die Meinung des Deutschen Volkes. Es war nur richtig, daß ohne ihre Mitwirkung nichts Gescheidtes und Gemeinsames in Frankfurt zu Stande kommen konnte, und sie sagte **aut Caesar aut nihil**; es war nur richtig, daß ein Theil des Deutschen Volkes die zu erstrebende Einheit einzig in der Form des Erbkaiserthums und in jedem nicht-unitarischen Verfassungsplane Rückkehr zum alten Bunde erblickte, daß im Allgemeinen unbegnügsame und überspannte Ideen

---

thums ermuntert und angetrieben, im Jahre 1806 von Frankreich durch Talleyrand, jetzt von England durch Palmerston. Napoleon hatte es bei seinen Einladungen nicht ehrlich gemeint. Ob Preußen nöthigen Falls thätliche Hülfe von England zu erwarten gehabt haben würde, möchte sehr zweifelhaft sein.

über die gesammte Neugestaltung vorherrschten, und dies war allerdings ein böser Umstand bei der damaligen allgemeinen Lage und der besonderen, in welcher sich Preußen befand. Sehr richtig wurde in der D.-P.-A.-Zeitung darauf hingewiesen, daß die Zersetzung Deutschlands täglich mehr Fortschritte mache, während man weder in der Paulskirche noch unter den Regierungen zu einem Schlusse gelangen könne. Zu den bedenklichsten Zeichen dieser Zersetzung gehöre der Ausfall der Wahlen der Ständeversammlungen der verschiedenen Staaten, in Thüringen namentlich und in Sachsen, wo der souveräne Unverstand, die Leidenschaften der unreifen Massen und gleich eitle wie unfähige Führer die Zügel mehr und mehr in die Hand bekamen. An einer anderen Stelle wird noch davon die Rede sein, wie die eigentlich revolutionäre Partei gleichzeitig alle Hebel ansetzte. Die Grundrechte waren eben recht gelegen gekommen. Eben jetzt kamen in der That die Früchte der breiten Basis, des allgemeinen Wahlrechts, der übertriebenen Koncessionen erschreckend hell zu Tage, insbesondere auch in Preußen *). Bei den dortigen Wahlen zeigte sich zweierlei recht deutlich. Ein beträchtlicher Theil des Volks ließ sich noch von dem Glauben leiten, die politische Freiheit liege im Ruin der Regierungen, Ankämpfen gegen diese sei mit dem Kampfe für die Freiheit identisch. Nur zu Viele wählten aus bloßer Unzufriedenheit mit den Ministern und um ihre Oppositionslust zu büßen solche Männer, von denen bekannt war, daß ihre Tendenzen auf Zerstörung des Staates hinausgingen. Die Demokratie hatte ihre gänzliche Unfähigkeit

---

*) Auch hier, hieß es in der ministeriellen Zeitung, »fallen die Wahlen nichts weniger als konservativ aus. Es ist zu besorgen, daß die Preußische Regierung durch die Auflösung des früheren Reichslandtags nichts gewonnen haben wird. Da die von dem Könige oktroyirte Verfassung der neuen Reichsversammlung freies Feld eröffnet, so gehört es nicht zu den unwahrscheinlichen Dingen, daß die Preußische Regierung bald wieder an der Grenzlinie der Unmöglichkeiten angelangt sein wird. Müßte in dem Falle zu einer neuen Auflösung geschritten werden, so würde man von einem anomalen Zustande in den andern übergehen, und man hätte nichts als die Militärgewalt, um wenigstens die äußerliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Durch die Militärgewalt kann man wol passiven Gehorsam erzwingen, allein der aktive Gehorsam, ohne den kein Staat auf die Dauer bestehen kann, ist dadurch nicht zu begründen; vielmehr gehört dazu eine geregelte, allerwärts anerkannte Staatsverfassung und die gleichmäßige Achtung vor dem Gesetz, u. s. f..«

zum Gestalten trotz aller noch so deutlichen Selbsterfahrung nicht eingesehen. Auf die intelligenten Mittelklassen war durchaus kein Verlaß. Sie wußten nicht herauszufinden aus der bloßen Nörgelei der alten Opposition. Sie schmachteten nach Ruhe und forderten Schutz gegen die anarchische Partei von der Regierung, die sie aber nicht zu Kräften kommen lassen mochten; sie wollten Ordnung, aber auch liberal peroriren und über Reaktion lamentiren; sie verlangten nach einem festen Zustande und sahen nicht ein, daß mit der Verfassung vom 5. December ein solcher unverträglich war, daß die Regierung sich damit vergriffen hatte, damit nicht regieren konnte; sie hatten mitgeholfen durch überspannte Forderungen, daß die Regierung sich zu solchen Koncessionen verleiten lassen und wollten nun doch nicht zugeben, daß das Auswüchsige zurückgenommen würde und stimmten in das Geschrei über Verrath, wenn die Regierung damit umzugehen schien, abzuschneiden, was nicht bleiben und hinzuzufügen, was nicht fehlen durfte, wenn — nicht in Belgien, dem Musterlande jener Verfassung und nicht 1832, sondern in Preußen 1849 — ein geregelter und dauerhafter Verfassungszustand eintreten sollte. So hatte man eine radikale, vielleicht anarchische Preußische Landesversammlung zu erwarten, die sich mit der Frankfurter Versammlung und Centralgewalt gewiß nicht vertrug; man sah Preußen auf's Neue in die kaum überwundene innere Zerrüttung zurücksinken und alle Hände voll mit sich selber zu thun bekommen, in demselben Augenblicke, wo man es an die Spitze stellen und mit Oesterreich und halb Europa brouilliren wollte, damit es Deutschland helfe. Uns erregte diese Lage der Dinge erneute Bedenken gegen das Experiment, es mit einer solchen Verfassung und mit einer Preußischen Oberleitung zu versuchen. Von einer solchen war nach unserer Ansicht gerade nichts weniger als eine energische und *sichere* Führung, nichts weniger zu erwarten, als daß sie mit einer solchen Verfassung Deutschland regieren könne. Was aber diese Verfassung betrifft, so erschien sie uns zu einem sehr beträchtlichen Theil als Produkt unfruchtbarer und destruktiver Ideen und das Deutsche Volk zu erfüllt von übertriebenen Forderungen bei viel zu geringem That- und Leistungs- und Aufopferungsvermögen und Willen, zu schwach in Selbstbeherrschung und Mäßigung wie Erfahrung, zu arm an erhaltenden und auferbauenden Ideen, um in die Form jener Verfassung, so viel an ihm lag, das Leben hineinzubringen, ohne wel-

ches dieselbe entweder rasch wieder untergehen oder nur verderblich wirken konnte, Folgen, welche die der Nationaleitelkeit schmeichelnden Illusionen und Deklamationen der Urheber und Gönner des unitarischen Verfassungsprojekts voraussichtlich denn doch nicht abzuwenden vermochten. Wir meinten — auch in Berlin war man theilweis der Ansicht — daß eben in der damaligen Situation nichts dringender nöthig sei, als eine möglichst baldige Einigung vor Allen zwischen Oesterreich und Preußen. Sie verspreche allein, jedenfalls am Ersten und Sichersten Abhülfe der Noth, wenn sie nur die ernstliche Einleitung einer wahren Reform der frühern Verfassung, die Gewährung des Wesentlichen und Möglichen der Wünsche und Forderungen der Nation in sich schließe. Die Kaiserpartei verkannte die Gefahr verkündenden Momente nicht, irrte aber gänzlich über den Charakter der Verfassung, zu deren Abschluß sie trieb, so viel Schädliches und das sie selbst als solches erkannt, auch, theilweis gegen ihren Willen, bereits hineingekommen war. Sie war über und über eingenommen von der Vortrefflichkeit ihres Werkes, sie erblickte ein Universalmittel für alle Krankheiten und Schäden des zerrütteten Vaterlandes darin. Wenn man nur die »Reichsverfassung« rasch vollende und einführe, meinte sie jetzt schon, so würden alle extremen Richtungen leicht niedergehalten werden, und bedachte viel zu wenig, daß so gewaltige Abneigungen und Kräfte entgegenstanden, daß der Versuch der Verwirklichung dieses Verfassungsprojekts nothwendig Alles in die gefährlichste Gährung bringen mußte, daß die extremen Richtungen eben weiter nichts brauchten, um wieder das freieste Spiel zu bekommen und daß sie selbst und ihr Anhang für den bevorstehenden Fall schwerlich die genügende Kraft besaß, dieselben zu zügeln. Sie mußte die Radikalen gewähren lassen, wenn es galt, den zu erwartenden Widerstand gegen die Einführung der Verfassung zu überwinden, sie hatte gegen die Revolutionärs kein gutes Gewissen, kein ungebrochenes Schwert mehr, sie war eine neue mit demokratischen Elementen versetzte Partei, die vorhinnige konservative Mehrheit war gesprengt. Allein sie trieb athemlos, nur rasch zu vollenden, das hieß auf dem isolirten souveränen Wege zu verharren und Beschlüsse zu fassen, die am Ende mit dem, was die größesten und mächtigsten Staaten beabsichtigten oder zuzulassen geneigt waren, im schroffsten Widerspruch standen. Sie glaubte steif und fest, wie Bassermann's Zeitung, die Haupttreiberin, sich ausließ,

»es bedarf nur des Ausspruchs einer großen Deutschen Bundesmacht, um das Uhrwerk in Gang zu bringen und als Pendel zu dienen. Diesen Ausspruch erwarten wir von Stunde zu Stunde von Berlin, wohin Aller Augen gerichtet sind. Dabei rechnen wir auf das unabweisbare Interesse der Preußischen Regierung. Das Gefühl der Selbsterhaltung wird mächtiger sein, als alle Rücksichten einer berechnenden und vielleicht zu furchtsamen Politik.« Aehnlich wurde in Berlin gesprochen, Preußen sollte sich durch das weitaussehendste Unternehmen retten, Deutschland helfen, um sich selber Hülfe zu schaffen. Auch im Berliner Kabinet scheinen Gesichtspunkte dieser Art auf den Entschluß, mit der Note hervorzutreten, wesentlich eingewirkt zu haben. Gewiß ist, daß von Preußischen Staatsmännern die Ansicht gehegt wurde, daß der inneren Zerrüttung, in welche Preußen durch die Demokratie gebracht worden, und den von der letztern noch ferner drohenden Gefahren am besten dadurch zu entkommen sei, daß man auf die Frankfurter Pläne eingehe, die projektirte Reichsverfassung annehme und hierdurch dem Ueberfluthen der Demokratie in der eigenen Landesversammlung einen Damm entgegensetze, indem man für sich und alle Einzelstaaten hoffte, daß mit den Ständen weit besser auszukommen sein werde, wenn eine Reichsversammlung und Reichsgewalt vorhanden sei. Allein man hatte lange geschwankt und schwankte noch, da auch dem Eingehen in die Frankfurter Projekte so große Hindernisse entgegenstanden, gleichfalls Gefahren dabei zu fürchten waren. Hannover drang in Berlin fortwährend darauf, daß Preußen insbesondere in der Oberhauptsfrage selbst mit Vorschlägen herausgehe. Dies aber setzte die Einigung vor Allem mit Oesterreich voraus, wogegen von Seiten derer mit allen Kräften operirt wurde, welche die Oberherrschaft Preußens im Sinne hatten und Oesterreichs schwierige Lage und die Gagern'sche Partei benutzt wissen wollten. Die reichsministerielle Zeitung meldete aus Berlin, der Olmützer Vorschlag vom 17. Januar (der aber doch nach seinem Hauptinhalt entgegenkommende Rückäußerung gewesen war) solle den König vorzugsweis bestimmt haben, der ihm schon am 13. vorgelegten Note vom 23. seine Zustimmung zu geben. Und nun hieß es weiter in der Kaiserpartei, das Oesterreichische Kabinet hätte den König besser kennen sollen, der nicht der Mann sei, um eines Länderzuwachses Willen — welcher ihm nach den beredeten Stipulationen eben **nicht** werden sollen — seine Pflicht ge-

gen das Gesammtvaterland zu vergessen; die Geschichte werde einst gebührend darthun, wem Deutschland es verdanke, daß es nicht noch einmal um die Früchte seiner Anstrengungen und Leiden betrogen worden u. s. f. Die Geschichte dürfte erhärten, daß es die Beflissenheit der Kaiserpartei war, wodurch die damals angebahnte schon sehr nahe Einigung zwischen Preußen und Oesterreich verhindert und bewirkt wurde, daß Preußen abbrach, um seinen eigenen und welchen Gang zu gehen, daß man dem Könige die Zustimmung zu der verhängnißvollen Note abdrang *), um die Aussicht auf Länderzuwachs für Preußen offen zu halten, worin schließlich die Früchte der Anstrengungen und Leiden Deutschlands bestehen sollten. Genügend motivirt erscheint es nicht, viel eher zweideutig, befremdend war es sicher, freundschaftlich sicher nicht, klug schwerlich, mitten in Unterhandlungen mit einer zweiten so nahe befreundeten, so engverbündeten, so viel bedeutenden Macht begriffen, wie vom Zaun abzubrechen, die zum Einschlagen eines entgegengesetztes Wegs bestimmte Note schon am 12. oder 13. festgestellt zu haben und als würde nicht von fern an so etwas gedacht, gleichzeitig noch vertraute Sendboten zu schicken und die Unterhandlungen fortzuführen. Man soll von Berlin aus nach Olmütz zu erkennen gegeben haben, nur der König, nicht aber das Kabinet sei bis dahin einverstanden gewesen. Vielleicht lüftet die Geschichte noch den Schleier, der diese Vorgänge deckt. Möglich, daß dann die Preußische Regierung gerechtfertigt oder entschuldigt dasteht. Wahrscheinlicher dürfte sein, daß ein wenig anmuthendes Bild von Operationen enthüllt wird, auf welchem sich die stets wider Oesterreichische Intriguen u. dgl. entrüstete Kaiserpartei nicht in Engelsunschuld darstellt und das einer Warnungstafel mit der Inschrift gleicht: eine parlamentarische Partei soll nicht diplomatisiren, am wenigsten, wenn sie den Anspruch souveräner Entscheidung erhebt. Man wird annehmen müssen, es hatte geschickt sein sollen, daß die Note gerade vom 23. datirt war, an welchem in der Paulskirche die Erblichkeit — abgelehnt wurde, und das war

*) Was dies betrifft, so hat man bekanntlich wissen wollen, daß der Erlaß der Note, wenn nicht hinter dem Rücken, doch im Grunde ganz wider den Willen des Königs erfolgt sei, was mit dem bald darauf erfolgten Rücktritt des Ministers (Bülow's) zusammenhänge, der die Note kontrasignirt, und der, beiläufig gesagt, gewiß zu den ehrlichsten unter den Preußischen Staatsmännern gehört.

denn freilich sogleich zum Anfange ein Mißgeschick, zu übler Vorbedeutung für den neuen Akt der Politik der Epigonen in Preußen.

Radowitz legte sich den Inhalt der Note als »Vermittelung zwischen den Extremen« folgendermaßen zurecht. I. Die Oesterreichische Frage. Die beiden Extreme: 1) Oesterreich ganz außerhalb Deutschland, 2) Oesterreich innerhalb Deutschland oder statt des Bundesstaats nur die bisherige lose Verbindung. Statt dessen die Preußische Note: Der Deutsche Bundesstaat einschließlich Oesterreichs — innerhalb des Bundes ein engerer Verein. II. Die Oberhauptsfrage. Die beiden Extreme: 1) Der Preußische Erbkaiser, 2) die bisherige Abwesenheit einer Centralgewalt. Statt dessen die Preußische Note: eine kräftige Centralgewalt — aber kein Erbkaiser. III. Die Vereinbarungsfrage. Die beiden Extreme: 1) Die National-Versammlung konstituirt allein und ausschließlich, 2) die Verfassung wird allein durch schließliche Zustimmung (der Regiegierungen) beendigt. Statt dessen die Preußische Note: Vorgängige Verständigung. Wir müssen uns das bekannte Aktenstück doch aber genau ansehen.

Die Preußische Regierung sprach sich im Eingange der Note über die Stellung der Regierungen, Preußens insbesondere, zur National-Versammlung und deren Aufgabe aus. Aeußerst schonend berührte sie die Position, welche man in Frankfurt angenommen, und erklärte zugleich eben so zierlich, daß sie gleich den meisten anderen Regierungen auf ihre freie Zustimmung, also auf den Vereinbarungsgrundsatz nie verzichtet habe, daß es aber rathsam sei, über Vereinbarung oder Souveränität der Versammlung nicht zu streiten, daß Preußen nunmehr mit dem Versuche einer vorgängigen Verständigung entgegenkomme und daß es hierzu erforderlich, daß die Deutschen Regierungen vor der zweiten Lesung mit ihren Erklärungen hervorträten. Diese sollten durch das Reichsministerium der National-Versammlung zur Erwägung übergeben werden — einzeln. Wie konnte aber das Preußische Kabinet dabei und bei der Beschaffenheit des Frankfurter Verfassungsprojekts auf die Uebereinstimmung rechnen, von welcher es sprach? Die Mehrheit der National-Versammlung fand ihre Würde und ihre Pflicht gegen das gesammte Vaterland darin, daß sie ihre Souveränität behaupte und überspannte Beschlüsse fasse. Wie dies Reichsministerium etwaige widerstrebende Erklärungen behandeln würde, darüber konnte kein Zweifel sein. Nach einer weiteren Aeußerung war

der Preußische Bevollmächtigte mit umfassenden Instruktionen versehen, worauf es nun allerdings vornämlich und wesentlich ankam. Allein es wird sich uns ergeben, daß er deren entweder keine hatte oder sie doch Jedermann und insbesondere den Bevollmächtigten der kleineren Staaten, die sich zu besonderen Konferenzen mit ihm vereinigten, trotz dem dringenden Angehen derselben vorerst verheimlichte.

Es war erfreulich und dankenswerth, daß die Preußische Regierung einen Vorschlag zur Verständigung machte. Dieser Vorschlag war jedoch für die Sache ein sehr unglücklicher. Es war dabei von Errichtung eines Staatenhauses oder doch irgend einer organischen Gestaltung der Gesammtheit der Regierungsbevollmächtigten zu etwas dem Aehnlichen nicht die Rede. Vielmehr schien die Preußische Regierung, indem sie daran erinnerte, daß sie vergeblich so etwas vorgeschlagen, anzudeuten, daß sie diesen Gedanken aufgegeben habe. Auf eine feine Weise gestand sie ihre bisherigen Unterlassungssünden ein und suchte sich eben so fein zu rechtfertigen und ihr Verhalten in ein möglichst günstiges Licht zu setzen. Allein dieses hatte doch offenbar in einem Gemisch oder Wechselspiel von Rathlosigkeit, Halbschritten, verlegenem Zuwarten oder schlauem Hinhalten bei Rückgedanken und geheimen Plänen bestanden. Es litt sehr verschiedene Auslegungen. Seit dem März waren von Berlin vieldeutige Zusagen und Maßregeln ausgegangen, durch welche die Ideen und Erwartungen in ganz Deutschland bald gesteigert bald gedämpft aber nicht befriedigt worden. Man hatte von dort aus in die Bewegung anspannend hineingegriffen und sie sich dann doch selbst überlassen oder sich in einem wechselnden Kampfe mit ihr befunden. Der Vorschlag vom Juli war lediglich ein vereinzelter unglücklicher Versuch gewesen, aus der Passivität, die sich als eben so fehlerhaft wie verhängnißvoll erwiesen, herauszutreten. Die Entschuldigung mit den eignen innern Bedrängnissen hielt zumal in sofern nicht Stich, als sie großentheils nur Folge eines schwankenden Ganges der Regierung auch in den innern Angelegenheiten gewesen. War die Stellung, welche man gegen die provisorische Centralgewalt angenommen, keine berechnete, sich in keiner Weise zu binden, die unleidlichsten Uebergriffe abzuwehren und dann wieder durch ein halbes Entgegenkommen eine Stimmung zu erwecken und einen Moment zu erwarten, um Sondervortheile für Preußen zu erreichen, so sah sie doch sehr danach aus. Leicht

mochte sie wie Fortsetzung der macchiavellistischen Politik erscheinen, welche in jener Denkschrift eines Preußischen Staatsbeamten vom Jahre 1822 angerathen worden: die Bundesverfassung im Preußischen Sonderinteresse nutzbar zu machen und im letzteren zu verhindern, daß sie zu eigentlicher Geltung und Kraft gelange, also keine vollständige Entwickelung der Bundesgesetzgebung in innern Angelegenheiten zuzulassen, damit der Bundesmechanismus im Falle des Eintritts gewisser Ereignisse jenem Interesse nicht nachtheilig werden könne *). Auch die dringendsten Anlässe und Aufforderungen hatten die Preußische Regierung aus ihrer zweideutigen Haltung nicht herauszubringen vermocht, und sie hatte dadurch auch die Position der übrigen Regierungen verdorben und deren Anstrengungen gelähmt, den unhaltbaren Zustand zu beendigen und eine klare und feste Stellung zu gewinnen, so daß namentlich die Hanöverische von ihrer Einsicht, Kraft und Festigkeit, kaum etwas Anderes als Odium ernten konnte. Sie war mit der Oesterreichischen und im Bereich ihres größeren Einflusses mehr als die Oesterreichische durch ihr stetes bloßes Negiren und Reprimiren in den letzten dreißig Jahren wesentlich mitschuldig gewesen an der Entstehung und Ausbildung des Scheinkonstitutionalismus mit seiner fast nur auflösenden Opposition in den kleineren Staaten, der nun seine Früchte zum Ruin der letzteren trug, war somit auch hieran mitschuldig. Sie überließ diese Staaten ihrer inneren Auflösung und gab sie den Uebergriffen der Centralgewalt wie der Demokratie preis, den Schein annehmend als unterwerfe auch sie sich der ersteren, und doch nur den Schein, denn sie ließ sich eben nichts gefallen, wodurch sie sich präjudicirt oder gar die reelle Macht aus den Händen gegeben hätte und gab hoffnungschmeichelnde, aber nie bindende oder nur unumwundene Erklärungen. Wenn ihre zuwartende Politik nicht auf der Berechnung ruhete, so mußte oder konnte sie doch sehr leicht die Folge haben, daß ihr so oder anders die Herrschaft über die ihr nahe gelegenen kleineren Staaten zuletzt zufiel. Charakteristisch für diese Politik ist die Privatäußerung des Grafen Brandenburg gegen einen Deputirten, der ihn einige Wochen nach

*) Worin ein deutlicher Fingerzeig liegt, was die National-Versammlung hätte thun sollen, um dem Egoismus der Deutschen Großmächte zu begegnen, und letztere möglichst auch als Leitende in den Gehorsam des Bundes, der Bundeszwecke und der Bundesgesetzgebung zu bringen.

Gagern's Anwesenheit in Berlin sah. Wurm nennt sie »präcis«. Es seien in Frankfurt zwar manche Dinge vorgefallen, die man nicht gutheißen könne, indessen werde man sich dadurch nicht abhalten lassen, in der Deutschen Sache mit Frankfurt zu gehen, so weit es thunlich sei. Darin lag klärlich, daß die Preußische Regierung den Standpunkt der Reichspartei keineswegs theile und in deren Ideen über die Neugestaltung Deutschlands nur soweit einzugehen gedenke, als sie es mit den gouvernementalen und besondern Preußischen Interessen verträglich halte. Man konnte eine Art Aufforderung darin finden, alles fernere Streben diesen Interessen anzupassen; es stellte die Reichspartei in dem Maß zufrieden, in welchem sie die Interessen Deutschlands und Preußens vereinerleite und die Preußische Sache der Deutschen unterschob.

Im Eingange der Note wurde die ganze bisherige Haltung behauptet. Wenn man da mit einer Art Zustimmung an jenes bedeutsame Frankfurter Lieblingsaxiom von der Schwierigkeit mit der Vielheit der Staaten zu vereinbaren erinnerte, so mußte dies, gleich der höflichen Entschuldigung des von der National-Versammlung angenommenen souveränen Standpunkts, der Gagern'schen Partei schmeicheln. Von der Beschränkung, in welcher das Axiom erst seine Wahrheit erhalten haben würde, war nicht die Rede; man ging darüber hinweg, daß sowol die National-Versammlung als die Preußische Regierung die Mittel und Wege, um vereinbaren zu können, eine organische Einrichtung und annehmbare praktische Vorschläge nicht versucht hatten. Es war deutlich genug, dem souveränen Frankfurter Standpunkte wurde im Grunde jede Berechtigung abgesprochen. Preußen nahm das Recht der Vereinbarung eben so gut wie Oesterreich in Anspruch, wollte aber dem Principienstreite ausweichen um die National-Versammlung zu schonen, die nach seinem Nutzen zu procediren im besten Zuge war; es wollte auf die Vereinbarung verzichten, doch nur wenn Beschlüsse gefaßt würden, die seinen Ansichten und Forderungen entsprächen. So band man sich in keiner Weise und doch war das Alles ganz auf eine Versammlung berechnet, von welcher man am 23. glaubte, daß sie an diesem Tage das erbliche, mittelbar das Preußische Kaiserthum beschließe; es war ganz berechnet auf die Situation, die Eitelkeit und die Schwäche der Gagern'schen Partei, die ihr Souveränitätsprincip um keinen Preis hätte aufgeben mögen, es nicht durchzuführen vermochte, sich aber auch des Gefühls der Nichtallmacht nicht

erwehren konnte, gegen Oesterreich, das ihr die in Anspruch genommene Alleinberechtigung offen abstritt, in Harnisch trat und gegen Preußen sich duckte, das ihr dieses Alleinrecht freilich auch absprach und von welchem sie empfindlich genug gehofmeistert wurde, das ihr aber ersparte, ernstlich einzutreten für ihr Princip und ihr auch allenfalls noch die Möglichkeit ließ, es in Worten, selbst in großen Worten zu behaupten und sich anzustellen als handle sie immerfort souverän; ihr die Möglichkeit ließ, die »Verständigung« mit Preußen und den übrigen Regierungen zu versuchen, insbesondere die Möglichkeit, aus weiter links gelegenen Fraktionen weiteren Sukkurs an sich zu ziehen. Preußen ging sogar, wenigstens scheinbar, auf Gagern's Princip ein, denn dieses statuirte ja die »Verständigung.« In der Wahrheit verhielt es sich freilich gerade umgekehrt. Preußen zog zur Verständigung alle Regierungen herbei und wenn man es mit allen und mit jeder einzeln zu thun hatte, so war die Schwierigkeit solcher Verständigung mit 38 noch greifbarer. Die Gagern'sche Partei ließ und konnte folgerichtig die Verständigung im Grunde nur in der Voraussetzung zulassen, daß keine Aenderungen von irgend wesentlicher Bedeutung fordere, mit andern Worten, daß die Regierungen sich doch im Wesentlichen des eignen Willens gegenüber der National-Versammlung begäben. Allein es war klar genug, daß Preußen hiergegen rebellirte, sich dem zu fügen keineswegs gewillt, sondern vielmehr entschlossen war, die Verfassung nur dann anzunehmen, wenn sie nach seinem Sinne abgeändert würde, daß es also bei seinem Vorschlage der Verständigung das Umgekehrte voraussetzte. So war von allen Seiten betrachtet Gagern's Plan am Scheitern angelangt; seine Substanz — das zerschlagene oder sich auflösende Preußen geht in Deutschland auf, es wird ein Reich Deutscher Nation aus den und über den nichtösterreichisch-Deutschen Staaten gegründet, — war nicht mehr zu retten, nur noch der Bodensatz oder der Schein davon konnte im glücklichsten Falle gerettet werden: das ganze nichtösterreichische Deutschland geht in Preußen auf, so daß eine Preußische Suprematie unter dem Namen Deutsches Reich entsteht. Preußen sagte: mit dem Zusammentritt der National-Versammlung wurde die Revision der Bundesverfassung unterbrochen, wobei die Regierungen begriffen waren; diese veranstalteten theils selbst, theils ließen sie zu, daß sich die National-Versammlung an dem Verfassungswerke versuche und sie hat sich fast acht Monate lang frei damit beschäftigen dürfen;

jetzt naht die Stunde, wo sich die Regierungen über die Ergebnisse der Thätigkeit derselben auszusprechen haben. Welch' eine arge Verläugnung der Parlamentssouveränität, des Gagern'schen Standpunkts, welche Demüthigung, daß man es obenein der Preußischen Regierung als ein Verdienst anrechnen sollte, durch dieselbe, so lange die Erlaubnißfrist gedauert, möglichst vor äußeren Hemmnissen geschützt zu sein. Man hatte erst noch vor Kurzem die Miene angenommen, als habe man Preußens und seiner Krone Existenz in der Hand und habe dieselbe gerettet, man glaubte (Riesser, Rechenschaftsbericht an meine Wähler S. 17 ff.) gerechten Anspruch auf Dank für »gewissenhaft geleistete Hülfe« erworben zu haben, indem man — »aus den Wahlen des Volkes hervorgegangen« — es dennoch »über sich gewonnen habe,« weil man es »als Pflicht« erkannt, in einem ernsten Falle für die Regierungsgewalt gegen die Sache einer ebenfalls vom Volke gewählten Versammlung sich zu erklären. Welche noch größere Demüthigung, sofern die Preußische Regierung ganz Recht hatte, zu sagen: ihr habt in acht Monaten noch nicht einmal die erste Lesung vollendet, während ihr obenein euch selbst verklagtet indem ihr es Oesterreich zum Verbrechen machtet, daß es nicht binnen ein paar Wochen mitten in so viel größeren Hemmnissen und Bedrängnissen sich entschied — ihr seid unfähig; doch wollen wir uns ansehen, was ihr gemacht habt. Welch' eine Demüthigung, bei dem kühnen Griff sich so schmählich getäuscht und verrechnet zu haben, — denn es kam nun heraus, Preußen war nur auf einige, natürlich eine ihm beliebige Zeit, von der »ausübenden Gewalt des Bundes zurückgetreten,« hatte die Uebertragung derselben auf die provisorische Centralgewalt für diese Zeit genehmigt, und damit gethan was es auch hätte verweigern können; die große Schöpfung der National-Versammlung war also in voller Wahrheit nur eine »provisorische« und fiel in ihr Nichts zurück sobald die Genehmigung ihres Daseins namentlich von Preußen zurückgenommen wurde, welches dieselbe bislang mit seiner Macht und seinen Mitteln großmüthig gestützt und getragen, und das »Reich« war und war nichts gewesen als ein Frankfurter Traum in welchem man wie die Kinder Reichs gespielt hatte. Dieses »auf einige Zeit« in Verbindung mit jenem »die Verhandlungen nähern sich dem Zeitpunkt« enthielt die greifbarste Bedrohung der Existenz der National-Versammlung, Falls sie fernerweit raisonnire statt zu pariren. Wir werden hören, wie die Gagern'sche

Partei den Affront auch sehr wol fühlte, aber still dazu schwieg oder die Preußische Regierung pries, daß sie so freundlich die Hand biete und auf Oesterreich schalt, das von der National-Versammlung so wegwerfend denke, sich des Vorhabens zu unterfangen sie aufzulösen. Noch in seinem nachträglichen Bericht sagt Haym, die Note analysirend, ganz resignirt, sie entschuldigte aus der Lage der Dinge »was von unserm Standpunkte als ein Recht aufgefaßt werden mußte.« Was ist doch ein Recht, dessen Inanspruchnahme gegen den Mächtigen dieser gegenüber dem Mindermächtigen — entschuldigt!?

Des Affronts kam aber noch mehr. Die Note erörterte nach dem Eingange das Verhältniß zu Oesterreich und es ergab sich daraus, Preußen hatte Rücksicht auf Oesterreich genommen, war nicht, nachdem letzteres nicht sofort die Annahme der §§. 2 und 3 erklärt, kurz damit bei der Hand gewesen, daß es nunmehr als ausgeschlossen zu betrachten sei. »Die Frankfurter Versammlung glaubt in den bundesstaatlichen Bestimmungen den Ausdruck eines gemeinsamen Verlangens der Deutschen Nation gefunden zu haben. Der Oesterreichische Staat ist jedoch mit alten Banden an Deutschland gekettet, dieses kann auf die Verbindung mit ihm nicht verzichten« — das war unsere Behauptung — »am wenigsten hätte Preußen einen Plan bevorworten können, der« — der Plan der Gagern'schen Partei war. Noch mehr, »Preußen betrachtet mit Oesterreich den Deutschen Bund als fortbestehend, beide wollen in demselben beharren, an seiner kräftigen Entwickelung arbeiten,« projektiren also eine dem alten Bundestage auf irgend eine Weise ähnliche Verfassung, wollen sich darüber »verständigen.« Nun sollte sich freilich Oesterreich wie Deutschland einheitlich konstituiren können, und es blickte durch, Preußen hätte gern gesehen, daß Oesterreich in die Idee eingegangen wäre, das nichtösterreichische Deutschland in einer engeren staatlichen Vereinigung sich abgesondert zusammenschließen zu lassen. Nichts weniger aber als daß Preußen über die Frage, ob und wiefern Oesterreich in die Deutsche Verfassung einginge und wie diese werden solle, ohne dessen Zustimmung einseitig entscheiden wollte, die National-Versammlung einseitig entscheiden dürfte. Wenn Oesterreich in eine engere Einigung nicht sollte eintreten wollen, dann sollte Deutschland nicht »ausschließlich« zum alten Staatenbunde zurückzukehren genöthigt sein, der bundesstaatliche Plan nicht »gänzlich« verlassen werden müssen, sondern

man werde dann darauf denken können, bei Aufrechthaltung und Entwickelung des Deutschen Bundes und bei Erhaltung der »dem Oesterreichischen Kaiserhause in Deutschland gebührenden Stellung,« einen »Bundesstaat innerhalb des Bundes« zu errichten — einen Bundesstaat, der, als im letzteren stehend, für sich kein Reich Deutscher Nation vorstellen, kein völlig unabhängiger Staat werden konnte, der selbsteigne große Politik machte oder gar die großsprecherischen Rodomontaden von dem was durch die projektirte Schöpfung fortan ausgerichtet werden sollte wahr machte. Dieser Bundesstaat sollte weiter nur ein Analogon des Zollvereins sein, und mit der Hinweisung auf ihn und dessen Möglichkeit im Bunde suchte Preußen gegen Oesterreich die Errichtung des Bundesstaats zu rechtfertigen und setzte ihn herunter um die Erlaubniß für dieselbe zu gewinnen, statt sich auf den Willen der Nation zu stützen und für den Fall des Widerspruchs an die Scheide des Säbels zu klopfen. Obenein war jener Versuch einer rechtlichen Begründung so herzlich schwach, so leicht von Oesterreich zu beseitigen, denn die rechtliche Grundlage, das Fortbestehen des Bundes, war diesem zugestanden, und mit ihr mochte sich ein engerer Verein einzelner Glieder zu einem bestimmten Zwecke wie der Zollverein vertragen, vertrug sich aber handgreiflich der Bundesstaat der Reichspartei nicht, durch welchen sie eben aufgehoben werden mußte *). Und wie höchst gefährlich war die Theorie! Denn was dem Einen Recht war mußte doch dem Andern billig sein; wenn es Preußen erlaubt war mit andern Staaten im Bunde einen Bundesstaat zu errichten, so konnte ein ähnliches Beginnen Oesterreich nicht verwehrt sein. Freilich ging die Meinung dahin, daß etwa das ganze nicht-österreichische Deutschland sich staatlich zusammenschließe, allein dies sollte auf dem freien Willen der Staaten beruhen, und wenn nun auch nicht vornämlich nur an die kleineren gedacht wäre, so folgte doch aus der Preußischen Theorie, daß Oesterreich sich eben so gut staatlich mit den Mittel- als Preußen mit den Kleinstaaten verbinden durfte. Dies wurde denn auch sofort bemerkt,

*) So unglücklich gewählt als möglich nennt Wurm (S. 51) das Beispiel vom Zollverein, der »auf der untersten Stufe der politischen Organisation stehen geblieben,« zum Bundesstatt sich verhielt »wie die Nacht zum Tage.« Ein parlamentarischer Bundesstaat als eine Art politischer Zollverein würde innerhalb des Staatenbundes in seinen höchsten Aufgaben lahm gelegt werden u. s. f.

und daß die Sache diesen Verlauf und Ausgang nehmen werde, war nach der ganzen Situation das weitaus Wahrscheinlichere. — Zu dem Allen kam endlich der Schlußsatz der Note, der das Unglück vervollständigte, der ohne Zwang oder Künstelei keine andere Deutung als eine dem Kaiserprojekt nichts weniger als günstige Deutung zuließ *).

Was hatte nun alle Anstachelung des Preußischen Ehrgeizes, was hatten alle Vorstellungen und Insinuationen geholfen, wie Deutschlands Rettung und die politische Nothwendigkeit und Preußens Interesse, Beruf und Pflicht erheische, daß es in kühner als der besten Politik hervortrete, Deutschland zu sich nehme u. s. w. Ueber die Grundlage und den Ausgangspunkt der vorzunehmen-

*) »Ew. ...... wollen die hier ausgesprochenen Erwägungen und Vorschläge der ..... Regierung vorlegen und zu der, der Wichtigkeit der Sache gemäßen Berücksichtigung empfehlen. Zugleich aber wollen Ew. ..... nicht unterlassen, die ..... Regierung über die wahren Gesinnungen der noch neuerdings vielfach angefochtenen Regierung Sr. Majestät aufzuklären. Preußen strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es begehrt, wie auch die Deutsche Verfassung sich gestalte keinen andern Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt, als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach, ihm anweist. Es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen; es hält sich aber verpflichtet, sich bereit zu erklären Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Es wird dabei eben so gern Allem entgegenkommen, was ohne Gefährdung des gemeinsamen Zweckes die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu erhalten geeignet ist. In Folge dieser Gesinnung kann ich es schon jetzt Ew. ..... aussprechen, daß Se. Majestät der König und Höchstdessen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Aufrichtung einer neuen Deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden Deutschen Einigung nothwendig sei; daß wir vielmehr befürchten müssen, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunkts der wirklichen Erreichung jenes Zieles der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Es dürfte wohl eine andere Form gefunden werden können, unter welcher, ohne Aufopferung irgend eines wesentlichen Bedürfnisses, das dringende und höchst gerechtfertigte Verlangen des Deutschen Volkes nach einer wahrhaften Einigung und kräftigen Gesammtentwicklung vollständig befriedigt werden könnte.«

den Neubildung war Preußen mit Oesterreich noch immer völlig einverstanden, nur in Betreff der Art und Weise der Entwickelung und weitern Ausführung wich es, und doch nur hypothetisch und verzagt von ihm ab. War und handelte es so bescheiden und rechtachtend, wie es zumal am Schluß sich aussprach, dann konnte auch, wenn es mit der abgesonderten Konstituirung des nicht-österreichischen Deutschlands glückte, hier eben nur ein wirklicher Bundesstaat und nimmermehr ein Kaiserthum zu Stande kommen. Ja, ausdrücklich sogar sprach die Note gegen die Errichtung eines solchen sich aus, sprach davon genau so, wie es die Direktorialisten thaten und immer gethan hatten. Mit einem Worte, dies war nimmermehr das Kaiserthum Gagern's und der Professoren, nicht ihr Plan gegründet auf die Voraussetzung einer revolutionär-kriegerischen Erhebung, auf die dermaligen Verlegenheiten Oesterreichs und die Voraussetzung, daß Preußen in die Frankfurter Ideen völlig eingehe und rasch und gewaltthätig mit seiner Macht zufahre statt die Mitfürsten und Oesterreich zu fragen und mit Oesterreich zu unterhandeln; es waren das lauter Ansichten, weit abgewiesen von Gagern und dessen Anhängern, Ansichten derjenigen, welchen das Haupt der Reichspartei die Drohung entgegengeschleudert, daß ihre Hoffnungen zu Schanden werden sollten, Ansichten, die man Schmerling und dem Oesterreichischen Kabinet zum schwersten Verbrechen machte. Welche Abweisung, wie viel Gift und Galle für die Gagern'sche Partei lag in dem Allen!

Doch auch der Zucker fehlte nicht bei der bittern Arznei. Der so lange gereizte und gelockte Preußische Ehrgeiz und Partikularismus streckte doch Fühlfäden heraus. Das Bewußtsein der ihm gewordenen historischen Mission, wie Deutsch gesinnte Preußen sagten, oder wie Müller (Das Deutsche Parlament und der König von Preußen S. 4) es nennt, die »ererbte Neigung des Preußischen Stammes, seine Zäune zu übersteigen,« war doch erwacht *). Man konnte doch auch erkennen, daß die Reichspartei nicht ganz vergeblich dem Preußischen Kabinet den Köder der Preußischen Suprematie hingeworfen und so viel Mühe aufgewendet, zu bewirken, daß es anbeiße. Es hatte endlich angebissen und warf ihr seinerseits den Köder eines freilich nur halben und zweideutigen,

*) Preußen that, wie man in der Deutschen Zeitung las, einen freilich zaghaften, aber doch einen Schritt zum Kaiserthume.

doch aber für sie hinreichend lockenden Entgegenkommens hin, damit sie trotz aller Zurückweisung und aller Täuschungen und auf die Gefahr, nur zu Absichten, die ihr eigentlich fremd, benutzt zu werden und zuletzt der betrogene Theil zu sein, auf ihrem Wege beharre. Die Reichspartei, d. h. genauer der Theil ihrer Mitglieder, welche aufrichtig die »Deutsche Sache« und nicht das Preußische Interesse im Auge hatten und auf ihrem Wege zu fördern meinten, nicht der andere, welcher aus »Schülern« jener macchiavellischen Preußischen Politik bestand, zu welcher der Preußische Staatsbeamte (Eichhorn so viel ich weiß) in der Denkschrift vom Jahre 1822 Anleitung gegeben *). Man mußte als das Wahrscheinlichste annehmen, daß die gesammte Partei ihren Weg nunmehr sogar mit verdoppeltem Eifer verfolgen werde, daß die ehrlich »Deutsch« Gesinnten in ihr sich täuschen und mißbrauchen lassen würden, so offenbar es werden mochte, daß dies geschehen sollte, zum wenigsten, daß das Ergebniß kaum ein anderes sein konnte. Sie hatten sich einmal in den ultraunitarischen Ideen verfangen, gegen welche sie jede andere Rücksicht hintansetzen zu müssen glaubten, deren Verwirklichung sie von Preußen hofften, und wäre es denn auch nur in einem, ja im kleinsten Kleindeutschland. Dieser Fata Morgana liefen sie so hitzig nach, daß an ein Innehalten nicht wol gedacht werden konnte **). Größer als ihr Stolz in Worten war ihre Selbstgefälligkeit, ihre hartnäckige Verblendung. Am allerletzten wollte sie doch ihr eigenes Werk, die in der ersten Lesung beschlossene Verfassung oder eigentlich nur den Schein von

*) Nämlich dahin, daß Preußen anscheinenden Eifer für populäre Ideen und Reformen zeigen, sich als die eigentliche Deutsche Macht, als den eigentlichen Repräsentanten Deutschlands darstellen, als die Monarchie, die zwar den populären Formen entgegengesetzt, doch die meisten eigentlichen liberalen Regierungsgrundsätze habe und die thätigste, festeste und einsichtsvollste Verwaltung besitze (man hörte Dieses und Aehnliches täglich von Mitgliedern der Reichspartei) auftreten möge u. s. f. um Alles möglichst »so vorzubereiten, daß wenn einst eine Trennung Preußens von Oesterreich erfolgen und demnach eine Spaltung Deutschlands stattfinden sollte, der überwiegende Theil der Bundesstaaten sich für Ersteres erkläre.«

**) Die Wehklagen kamen freilich hinterher. Als es zu spät war glaubte Riesser z. B. (Rechenschaftsbericht S. 27) urtheilen zu müssen, daß es den Preußischen Staatslenkern viel weniger um das Vaterland als darum zu thun sei, »hier und da ein Stück Deutsches Land mehr unter den fühlbaren Einfluß Preußischer Militärmacht zu bringen, die Gewalt Preußens auf Kosten des Friedens und der Einheit Deutschlands zu vermehren.«

dieser Verfassung und ihres Behauptens derselben aufgeben. Die Note sprach doch von der Konstituirung des nicht-österreichischen Deutschlands zu einem einheitlich verbundenen Körper; sie nahm doch den Fall als möglich an, daß Oesterreich in eine engere Deutsche Einigung nicht sollte eingehen wollen und daß dann die übrigen Deutschen Staaten einen Bundesstaat im Bunde errichteten; sie erklärte doch, Preußen sei bereit und halte sich verpflichtet, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dasselbe im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn es nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte u. s. f., was freilich noch lange kein Aufgehen Preußens in Deutschland war. So unklar und sich selbst widersprechend die Note sein mochte, wo sie über den Bundesstaat im Bunde sich aussprach — Preußen ging doch in einem gewissen Sinne und einem gewissen Maße auf die Idee vom Bundesstaat ein. Es war sehr wahrscheinlich, daß die Preußische Partei hieran sich anhängen und sich einreden und einbilden werde, nunmehr einen Preußischen offiziellen Ausdruck, eine Genehmigung des Gagern'schen Programms gewonnen zu haben. Wenn sie die Kraft nicht besaß und sich nicht zutraute, ihr Souveränitätsprincip und ihr Verfassungsprojekt gemäß demselben durchzusetzen, und wenn nicht die gefährlichsten Erschütterungen und Verwirrungen eintreten sollten, so hätte ihr jetzt wol Würde und vaterländische Pflicht geboten, sich »ernstlich« zu bestreben, zu einer »redlichen,« also Zwang und Kniffigkeit ausschließenden Verständigung mit den Regierungen zu gelangen. Eine solche aber hätte Verzicht auf einen wesentlichen Theil ihrer Lieblingsideen und Wünsche vorausgesetzt, und die Klarheit und Selbstüberwindung, die er erfordert haben würde, waren ihr nicht gegeben. Das Preußische Kabinet hätschelte jene Ideen und Wünsche, sprach sich freilich zum Theil abweichend darüber aus, zeigte aber eine halbe Bereitwilligkeit, darin einzugehen, und wie hätte man glauben können, die Gagern'sche Partei werde im Stande sein, dieser Lockspeise zu widerstehen, statt mit beiden Händen danach zu greifen? *)

*) Es macht einen komischen, zum Theil aber auch schmerzlichen Eindruck, zu lesen, welche Deutung Haym, als geschicktester Advokat der Gagern'schen Partei, in einer Stelle, die als ein Muster von Sophistik gelten kann, auch noch hinterher der Preußischen Note giebt. Man sehe es, sagt er, sie nehme »indirekt« Akt von dem Kremsierer Programm, lenke in dasselbe Geleise hinüber, in welchem die Schlußfolgerung des Gagern'schen

Ich kann nicht umhin, hier im Voraus zu bemerken, daß die Gagern'sche Partei in der That die Preußischen Staatslenker durch die Annahme ehrte, daß sie etwas Anderes sagten und etwas An=

Antrags verlaufen sei; Deutschland solle nicht zurückgeworfen werden in den Staatenbund, vielmehr solle der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung aufrecht erhalten werden, und da sei denn eine Lösung der »entwickelten Inkongruenz« nur in dem Gedanken eines weiteren und engeren Bundes zu finden. Der Gedanke, auf einen bloßen politischen Zollverein zurückgeführt zu werden, preßt den ganz zahm Gewordenen keinen Zorn= oder Weheruf mehr aus. »Durch die Analogie des Zollvereins wird dieser Gedanke sofort erläutert, sein Recht zugleich mit seiner Ausführbarkeit nachgewiesen. Und was wäre das nun wol anders als eine Umschreibung von Gagerns Decemberprogramm? Es ist ein und dasselbe Projekt, nur in anderer Beleuchtung, nur in verschiedener Sprache. Dort wie hier ein entschiedenes (?!) Festhalten an dem Bundesstaat, ob dieser nun mit, ob er ohne Oesterreich zu Stande kommt« u. s. f. Die Preußische Note, d. h. sofern sie auf die Idee vom engeren Bunde einging, den sie zu einem politischen Zollverein unter Preußen und auch außerdem wol noch unter dem Regime des weiteren Bundes machte, nichts als eine Umschreibung von Gagern's Decemberprogramm! Also wäre Gagern, das stolze Souveränitätsprincip im Munde und so erfüllt von den Ideen der Herstellung eines gewaltigen und großen Deutschen Reiches vom Anbeginn seiner Reichsministerschaft lediglich im Dienste Preußischer Sonderpolitik und Interessen, und das Gagern'sche Ministerium wäre wirklich und eingeständlich von Haus aus kein Ministerium der Deutschen provisorischen Centralgewalt, sondern vielmehr ein anticipirtes Ministerium des gehofften Preußischen Kaisers gewesen, nur deshalb mit so großer Mühe und Beflissenheit eingesetzt, um das Deutsche Verfassungswerk — von welchem es gesetzlich ausgeschlossen — dahin fördern und vollenden zu helfen, daß es in Errichtung eines vergrößerten Preußens auslaufe! (Vergl. Müller, das Deutsche Parlament und der König von Preußen, S. 7 f.) Wenn dem so war, dann ist es um so erklärlicher, daß Haym auch darüber, daß letzteres die verhaßte Vereinbarung in Anspruch nahm, ohne Aeußerungen des Tadels oder Mißmuths hinweggeht. Brach es doch dem gefährlichen Gegensatze die Spitze ab! Und so weiß er denn auch darüber sich zu trösten, daß es sämmtliche Regierungen herbeirief, sich über das Frankfurter Projekt zu erklären. Diese Erklärungen sollten der National=Versammlung bloß »zur Erwägung« übergeben werden. Da ließ sich abermals ein Schein vom souveränen Standpunkt behaupten. Der Unwille und die Sorge erwachen erst bei der Betrachtung des Schlußsatzes der Note, die »nicht ungeschickt, mit Kunst vielmehr« die wichtige Auslassung über den engeren und weiteren Bund in den übrigen einfachen Gedankengang eingeflochten. »Aber ungeschickt offenbar folgte jetzt zum Schluß ein Passus, den man selbst bei geringem kritischen Scharfblick alsbald für einen nach=

deres meinten, daß sie die Sprache gebraucht, um ihre Gedanken zu verhüllen, daß sie das Gelüst und nur noch nicht den Muth hätten, das von ihnen anerkannte Recht zu brechen, sobald die Gelegenheit sich böte, daß sie Rechtsliebe und Freundschaft gegen

---

träglich angeschobenen erkennen mußte. Welche Stellung Preußen in dem neuen Deutschland einzunehmen gesonnen sei, das hätten wir am liebsten aus dem über Oesterreichs Stellung Gesagten errathen. Daß einer höchst betheiligten Persönlichkeit die Konsequenz keineswegs so einleuchtend erscheine, das war es, was wir mit Mißvergnügen aus jenen nachgeschobenen Sätzen ersahen.« Doch fehlt auch hier der Trost nicht. »Auch diese freilich waren im Notenstyl abgefaßt. Es ließ sich, je nachdem man sie las, viele Besorgniß aus ihnen schöpfen oder Vieles aus ihnen hoffen. Preußen, hieß es, strebt nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst. »Man konnte sagen, daß ein Staat, der nicht nach Macht und Größe trachte, von selbst den Weg zur Schwäche angetreten habe und daß es ein anderer Geist als der der Bescheidenheit gewesen, der Preußen zu seiner dermaligen Höhe erhoben: allein man konnte eben diese Worte auch sehr Deutsch finden, man konnte sie dahin auslegen, daß Preußen nicht auf Kosten Deutschlands und nicht als ein Sonderstaat nach neuer Größe verlange, man konnte es klug finden, den Vorwurf des Egoismus und des Machtstrebens von einem Schritt im Voraus abzuwenden, der dann um so mehr als ein Schritt der Nothwendigkeit sich darstellen werde. Wir selbst verlangten in der That nichts mehr als was die folgenden Zeilen aussprachen; denn auch wir wollten, daß Preußen »keinen andern Antheil an der obern Leitung der Bundesgewalt« erhalte, »als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach ihm anweise«. Mißlicher klang zwar dies: »es wird keine ihm angebotene Stellung annehmen, als mit freier Zustimmung der verbündeten Regierungen:« wie jedoch, wenn auch diesem Gegensatze die »Spitze abgebrochen« werden könnte? Oder vielmehr, war sie es nicht etwa schon, wenn unmittelbar darauf erklärt wurde, daß man bereit sei, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von Preußen verlangen sollte?« Nur »nicht nothwendig« hieß es weiter, »erscheine Sr. Majestät dem Könige die Aufrichtung einer neuen Deutschen Kaiserwürde; in konditionalen und optativen Wendungen wurde endlich ausgesprochen, daß »wohl eine andere Form dürfte erfunden werden können, welche das Verlangen der Deutschen nach wahrhaftiger Einigung befriedigen könnte«, und leicht stifteten diese Konjunktive zwischen dem Text der Note und unseren Hoffnungen Frieden; wir sahen darin jenes jungfräuliche Sträuben, reizender für den unverdrossenen Werber, als die Hingebung, deren sicherer Vorbote es ist.«

Oesterreich heuchelten, um dahinter ehrgeizige, eigensüchtige und feindselige Absichten zu verstecken. War diese Annahme begründet, so lag darin für den Patrioten, der es ohne allen Partikular- und Eigensinn mit Deutschland und der Deutschen Sache hielt, das stärkste Motiv, Preußen zu mißtrauen und nicht zu wünschen, daß es die Leitung überkomme. Allein die Gagern'sche Partei nahm nicht den mindesten Anstand, die Note als Vehikel ihres Zweckes aufzufassen, daß das von ihr so beurtheilte Preußen an die Spitze gebracht werde. Sie war berechtigt zu ihrer schmachvollen Annahme, berechtigt zu neuen Hoffnungen, sofern der Schein allerdings gegen die Urheber der Note war. Es lag nicht zu fern, nur ein Spiel mit schönen Worten und Versicherungen darin zu erblicken, wenn sie den Bund und die Bundesrechte anerkannten und doch in die Frankfurter Ideen vom Bundesstaate halb und halb eingingen, auf einen Bau, der auf einer ganz anderen Grundlage und der Voraussetzung ruhete, daß das alte Recht vernichtet sei; wenn sie die Ansprüche Oesterreichs und aller Bundesfürsten achten und wahren zu wollen verhießen und zugleich den ihnen geradezu entgegenstehenden Tendenzen der Partei des Bundesstaats eine halbe Billigung, eine Art Befürwortung zu Theil werden ließen. Diese Unverträglichkeiten hätte man im Berliner Kabinet nicht erkennen sollen, die ein Kind mit Händen greifen konnte? Es konnte nicht unbekannt sein in Berlin, daß die Kaiserlichen Alles begierig ergriffen, was auch nur entfernt geeignet war, sie zu bestärken. Man konnte und mußte in Berlin wissen, daß die Preußische Partei in Frankfurt nach aller Wahrscheinlichkeit die Note so auslegen, so ausbeuten, und es mit der angebahnten Verständigung, so wie sie es that, halten, daß sie die Preußischen Erklärungen zum Motiv nehmen werde, fortzufahren in ihrem »werben« und souverän fortzubeschließen nach dem Preußischen Interesse, so daß sehr leicht kommen konnte oder wahrscheinlich kommen mußte, was kam, daß die kleineren Staaten den Beschlüssen der Paulskirche gegenüber ohnmächtig oder doch, wenn sich sträubend in großer Verlegenheit und mit dem Scheine des Unpatriotismus beladen dastehen würden, während Preußen auf größere Macht sich stützen, ablehnen konnte, was ihm unbequem war, die nicht freiwillig Zustimmenden nur im Stich lassen durfte, und seinen Egoismus dabei in den Mantel des Schirms der Deutschen Sache zu hüllen im Stande war. Die zweite Lesung stand nahe bevor und

die Gagern'sche Partei drängte zum Abschluß in ihrem Sinne mit aller Macht. Es wäre die höchste Zeit gewesen, daß Preußen auf das Unumwundeste erklärt hätte, es könne und werde sich auf das Kaiserprojekt nicht einlassen, wenn es dies nicht wollte. Es liegt sehr nahe, zu glauben, daß das Preußische Kabinet den Beschluß der Erblichkeit schon bei der ersten Lesung wollte, denn es hätte die traurigen Kämpfe darum leicht verhindern können und that es nicht. Freilich sprach es sich gegen die Errichtung einer Kaiserwürde aus, doch nicht ohne jede Vermuthung auszuschließen, daß es geheime Gelüste hege. Es war, was nach einiger Zeit herauskam, mit noch andern wichtigen Punkten des Frankfurter Verfassungsprojektes ganz und gar nicht einverstanden und schwieg darüber, ja erweckte eher den Schein, als wenn es einverstanden wäre *). Wie sollte man glauben, daß es nach keiner Machtvergrößerung, keiner Würde für sich strebe und nichts begehre als den ihm gebührenden Antheil? Denn war dem so, warum brach es die Verhandlungen mit Oesterreich ab? Nach den in diesen schon zum Abschluß geförderten Stipulationen wurde es in keinem seiner gerechten Ansprüche verkürzt. Welcher zureichende Grund ist zu er=

---

*) Hansemann, (Das Preußische und Deutsche Verfassungswerk, 175) urtheilt: »das Preußische Ministerium war in der Lage, und noch mehr als das Oesterreichische, zu erklären, welche Bestimmungen der in der ersten Lesung beschlossenen Verfassung es annehmen wolle und welche nicht, und welche andere Bestimmungen dagegen aufgenommen werden müßten, um die Verfassung annehmbar zu machen. Statt dessen ließ es unbestimmt, welche Ansicht die Preußische Regierung über die Verfassung hege, gab gerade über die wichtige und schwierige Oberhauptsfrage nur die Andeutung, es könne dafür wol eine andere Form gefunden werden. Die Bemerkungen, welche in den Noten vom 23. Januar und 16. Februar gemacht wurden, bestritten das in der Frankfurter Verfassung vorherrschende unitarische Princip viel zu wenig. Es mag recht sein oder nicht sein, was Mitglieder der National=Versammlung behaupteten, daß die Beschlüsse der letztern übereinstimmend mit der Preußischen Erklärung ausgefallen sein würden, wenn die Preußische Regierung sich über das was sie wolle und nicht wolle energisch und klar ausgesprochen hätte: aber hieraus würde doch wenigstens hervorgegangen sein, daß das Preußische Ministerium mit sich selbst über die Art und Weise, wie die Deutsche Verfassungsfrage zu lösen im Klaren gewesen sei. Wie rücksichtsvoll in der Form und wie bescheiden im Wesen der Inhalt jener Noten war, er wurde bei der zweiten Lesung wenig berücksichtigt, die Verfassung wurde in letzterer im Gegentheil noch unitarischer und antimonarchischer.«

sehen, daß es von dem Oesterreichischen Verfassungsplane, den es bereits gebilligt, wieder absprang, wenn man einen solchen nicht eben darin finden will, daß ihm nach diesem Plane die Hoffnung der Machtvergrößerung und einer Würde für sich abgeschnitten wurde und daß es vom Eingehen in den Plan der Gagern'schen Partei mehr zu gewinnen hoffte als den ihm gebührenden Antheil? Preußen war nichts weniger als geneigt, überspannte Wünsche und Forderungen als öffentliche Meinung, der man sich fügen müsse, anzuerkennen; nur die wirklichen Bedürfnisse, die gerechten und ausführbaren Forderungen wollte es befriedigen und sprach sich, ob auch etwas zurückhaltend, doch deutlich genug gegen das Unberechtigte aus; es wollte die Einigung des Ganzen mit Schonung der Interessen und Rechte der Einzelnen; es anerkannte den Bund als zu Recht bestehend; es konnte vernünftig und folgerichtig nur eine Entwickelung auf der Grundlage desselben wollen; in dem Allen, war es mit Oesterreich einverstanden und mit den Frankfurtern konnte kein Einverständniß darüber stattfinden; mit dem Allen stand der mit Oesterreich beredete Verfassungsplan im Einklange und das Frankfurter Projekt im Widerspruch; jener Plan war nach den ausgesprochenen eigenen Grundsätzen Preußens geeignet, zur Anbahnung eines billigen Vergleichs der verschiedenen Ansprüche zu dienen, was bei jenem Projekt nicht der Fall war; er konnte — denn Oesterreich zeigte sich bereitwillig — viel leichter noch modificirt werden, als von der Frankfurter Bundesstaatspartei ein aufrichtiges nicht eigensinniges Bestreben zu einer Verständigung zu gelangen, und also Geneigtheit zu erwarten war, in Abänderungen einzuwilligen. Preußen wies mit Worten jeden Plan zurück, der auf dem Gedanken der Abtrennung Oesterreichs beruhe, aber es wußte, daß das Frankfurter Projekt diesen Plan in sich schloß und von der Preußischen Partei rücksichtslos betrieben wurde, und es nahm sich thatsächlich dieses Projekts an und trat in eine Art Allianz mit jener Partei, indem es deren und eines von ihm eben so wenig geachteten Publikums überspannten Ideen und Forderungen schmeichelte und sich zu pflichtmäßigen Diensten im Interesse der Gesammtheit bereit erklärte, nachdem es so laut und wiederholt von der Gagern'schen Partei aufgefordert war, in diesem Interesse sich an die Spitze zu stellen, nachdem dieselbe so oft und laut ihm zugerufen, daß dies seine patriotische Pflicht sei, so daß

es nicht zweifeln konnte, wie jene Aeußerung ausgelegt und benutzt werden würde.

Unfraglich fiel der Schein einer zweideutigen Politik durch seine Note auf das Preußische Kabinet. Allein so stark er sein mag, wird eine unbefangene Beurtheilung doch fern davon bleiben, eben nur Falschheit, List und heuchelnden Egoismus in der Preußischen Erklärung zu erblicken und diese Preußische Politik unbedingt zu verdammen. Wenn dies von Manchen geschah, so wirkten dabei auf das derselben so nachtheilige Urtheil die Ausdeutungen trübend ein, welche die rabulistischen Ausleger und guten Freunde unter den Kaiserlichen der Note gaben. Das anscheinend Perfide in dieser läßt sich sehr wohl auch aus Unklarheit und Ungeschick, auch daraus erklären, daß man in Berlin der Widersprüche sich nicht bewußt war, worin man sich befand, daß man den in der That doch nur »vorschwebenden« Plan vom engeren im weiteren Bunde, wie man ihn andeutete, für ausführbar und die Preußische Partei in Frankfurt für weniger unlenksam und für bereitwilliger zu ehrlicher Verständigung hielt als sie war; daß man sich von der »Deutschen« Partei hatte überreden lassen, das »Deutsche Volk« sei begeistert für das Frankfurter Projekt und diese öffentliche Meinung sei so stark, daß man sich ihr unterwerfen oder ihr doch in einem gewissen Maß nachgeben müsse, wie man ja in einem ähnlichen Glauben bis zum 5. December so viele Koncessionen wider die eigentliche Ueberzeugung gemacht hatte. Oder man war zum Theil selbst von jener Begeisterung für das bundesstaatliche Projekt wirklich mit ergriffen, war wirklich und wahrhaftig überzeugt, die Suprematie zu gewinnen, sei für Deutschland wie für Preußen eine Nothwendigkeit, sei Preußens Beruf und Recht, und das Streben danach, auch auf krummen Wegen oder durch Mittel der Gewalt, wahrhaft pflichtmäßige und Deutsche Politik Preußens *).

---

*) Man wird dies nicht etwa für Ironie halten wollen, wenn man Preußens Deutsche Politik von W. Ad. Schmidt gelesen hat, der ganz ehrlich schließt: weil es im Interesse Preußens liegt, die Oberherrschaft in Deutschland zu erlangen, und weil Preußen schon zwei Mal Gelüste hatte und die Hand ausstreckte nach der Suprematie und der Kaiserwürde, so trachtet es jetzt recht- und berufgemäß danach. Durch die Schrift fällt übrigens noch mehr böser Schein auf die Preußische Politik seit dem 23. Januar 1849. Es hätte überhaupt schwerlich etwas Nachtheiligers

Oder man übersah die Folgen nicht, welche der Erlaß der Note haben mußte, man befand sich bei der Berechnung der Tragweite des Schrittes wie bei ähnlichen Fällen wirklich im Irrthum. Wer würde zweifeln, daß es namentlich dem Könige voller Ernst war mit dem Inhalt der Note, sofern sie alle Usurpation abwies, eine Entwickelung auf der Grundlage des Bundes und mit Oesterreich in Aussicht nahm u. s. f. Die Wahrheit dürfte in der Mitte liegen, was auch durch das bestätigt wird, was man über die Art und Weise des Zustandekommens der Note weiß. Einflüsse auch von sehr verschiedenem sittlichen Werthe scheinen darauf eingewirkt zu haben. Es mag sein, daß der Schluß nachträglich angeschoben war oder daß noch andere Stellen eingeschoben waren. Mir scheint die ganze Note entstanden und zusammengefügt zu sein aus den Ideen des Königs und der ihm ähnlich gesinnten Preußischen Staatsmänner einerseits und der »Deutsch« und bundesstaatlich gesinnten andererseits, sei es, daß man, anders gemeint wie er, die Note so abfaßte, wie man sie ihm etwa vorlegen durfte und wie sie lautet, oder daß sie später nach den Forderungen des Königs geändert wurde. Genug, sie erscheint als eine Art Kompromiß zwischen entgegen und in einander laufenden Ansichten und Absichten *).

Wie dem nun sei, Preußen kam durch ihre Hinaussendung in sehr beträchtlichen Vortheil, insbesondere Oesterreich gegenüber. Es ergriff eine Initiative, was an sich selbst in dem Moment von doppeltem Gewicht war bei der Ungeduld und Spannung, womit Erklärungen dieser Art aus den größeren Staaten, aus Preußen na-

---

für Preußen geschrieben werden können. Die Note vom Januar war die erste Stufe zum Dreikönigsbündnisse vom Mai. Die Aehnlichkeiten der Preußischen Vorschritte von 1849 mit denen von 1785 und 1806 sind zahlreich und groß nach fast allen Seiten hin, obschon es auch an kleinen Abweichungen nicht fehlt. So z. B. brachte Friedrich der Große mit dem Dreifürstenbündniß von 1785 auch Militär-Konventionen in Zusammenhang, jedoch erst nach dem Abschluß jenes Bündnisses, wogegen Preußen über dergleichen Konventionen schon im Februar, also lange vor den Einleitungen des Dreikönigsbündnisses von 1849, in der Stille Unterhandlungen pflog, an welchen auch der Preußische Bevollmächtigte in Frankfurt Theil nahm.

*) Der ursprüngliche Verfasser der Note war Bülow gewesen, wie man sagt, und Andere, namentlich Bunsen und Camphausen, hatten darin herumkorrigirt.

mentlich, erwartet wurden und womit man nach einer Entscheidung verlangte, bei der Rathlosigkeit und Zerfahrenheit der National-Versammlung. Bauer bemerkt (S. 150) ganz richtig, die Tagsdebatte habe den allerverworrensten Knäuel dargestellt, die verstimmte und gereizte Versammlung sei von ihrer eigenen Schwäche gequält gewesen; da wären denn die von dieser Zeit an erfolgenden Erklägen der Kabinette als Leitfaden begrüßt worden, der endlich aus dem Labyrinth herausführe, und um so verführerischer habe die rücksichtsvolle und geschraubte Sprache der Preußischen Note gewirkt bei allen denen, die nach Ruhe, nach einem Ausgange geschmachtet. Indem Preußen in einem Augenblicke, wo mit fast fiebernder Ungeduld erwartet und gefordert wurde, daß zumal die Deutschen Großstaaten sich erklärten, mit einer Erklärung — sie mochte immerhin nicht nach Wunsche lauten — nur mit einer Erklärung hervortrat, warf es, ob auch noch so freundlich von Oesterreich sprechend, auf dieses einen ungünstigen Schein und auf sich selbst einen günstigen. Es bestärkte dadurch in allen jenen Einwendungen gegen Oesterreich, dasselbe erkläre sich nicht, könne oder wolle positive Vorschläge nicht machen, widerstrebe jeder Einigung, trachte nur danach, Alles zu hindern, was dahin führe u. s. f. Dieser Gewinn war um so größer und auch um so leichter zu erlangen, da die Strömung einmal gegen Oesterreich ging, und da Oesterreich außer Stande war, das neue Odium von sich abzuwenden ohne Preußen gänzlich bloß zu stellen und alle Welt das Schauspiel eines Zanks der Deutschen Großmächte mit kompromittirenden Beschuldigungen sehen zu lassen. Man konnte dagegen erwarten, daß es zu rücksichtsvoll sein werde, dies zu thun, und hatte nicht zu besorgen, daß es sich ähnlicher Mittel bedienen würde, um Popularität zu erwerben. Daß Preußen darum, und zwar nicht auf die löblichste Weise werbe, wurde gefühlt, und man bemühete sich deshalb nach Kräften, den bald laut werdenden Vorwurf als unwahr darzustellen, daß es durch seine Note eine Verständigung mit Oesterreich abgeschnitten, gerade als die Unterhandlungen dem Schluß nahe gewesen. Unter andern Blättern gab sich die Deutsche Reform unglückliche Mühe damit. Namentlich ist die Berufung auf eine spätere Oesterreichische Note (vom 4. Februar) unglücklich, welche wieder nur so unbestimmt laute, woraus folgen soll, daß bestimmte Vorschläge nicht wohl vordem gemacht sein könnten. Umgekehrt waren die nachfolgenden unbestimmten Oester-

reichischen Erklärungen eben Folge des einseitigen Vorgehens Preußens und das gewann dieses dadurch allerdings, daß Oesterreich in die Allgemeinheit und das Zuwarten zurückgedrängt wurde. Was blieb ihm, da es auf das Frankfurter Projekt, welchem Preußen jetzt das Gewicht einer gewissen Beistimmung hinzuthat, wegen seiner unveränderten Lage wie Ueberzeugung nicht eingehen konnte und da es um so weniger hoffen durfte, in Frankfurt mit seinen Verfassungsplänen durchzudringen, nachdem sie auch von Preußen verworfen worden, ohne dessen Geneigtheit ihre Ausführung unmöglich war. Oesterreich wollte lediglich eine Reform der Bundesverfassung, es konnte nichts Anderes bieten oder zulassen und davon wollte die Paulskirche, die öffentliche Meinung in einem großen Theile von Deutschland und nun die Krone Preußen nichts wissen, sofern sie die dazu angebahnten Wege verließ. Wozu nun, bevor hierin eine Aenderung eintrat, mit den unaufhörlich geforderten positiven Vorschlägen auftreten, von welchen voraus feststand, daß sie abgelehnt, mit Geschrei und Hohn abgelehnt werden würden? Der sich bald kund gebende, wenn auch an sich haltende, doch sichtlich große Unwille auf Oesterreichischer und die sodann eben so sichtliche Verlegenheit, Unsicherheit und Beschämtheit auf Preußischer Seite erhärten die Wahrheit des Vorwurfs. Und noch ein Zufallsspiel vom verhängnißvollen 23. Januar! Schmerling drängte von Frankfurt aus zum Hervorkommen mit »positiven Vorschlägen.« Gerade an jenem 23. schreibt ihm, eine Depesche dieses Inhalts erwidernd, Fürst Schwarzenberg, die Verhandlungen mit Berlin seien im vollen Gange, man erwarte stündlich in Olmütz auf die letzten diesseitigen Vorschläge die Preußischen Rückäußerungen; der auf ein Direktorium gestellte Antrag führe auf den Weg, auf welchem allein die Regierungen und die Frankfurter Versammlung sich verständigen könnten, während jeder andere zum Bruche führen müsse u. s. f.

Wenn nun aber so der nächste Gewinn Preußen zufiel und wenn es auch gepriesen wurde von denen, welche seine Erklärung ihren Zwecken dienlich fanden, so erwarb es doch durch dieselbe bei Unbefangenen so gewiß wahren dauernden Ruhm und Vertrauen nicht, als der Schein der Unaufrichtigkeit und Mangel an Klarheit und Festigkeit dergleichen ausschließt. Auch bei sehr aufrichtigen Freunden Preußens, woran es auf unserer Seite wahrlich nicht fehlte, und bei Solchen die zwar keine besondere Sympathie

für dasselbe empfanden, es aber um des Wohles, der Sicherheit und Ehre von ganz Deutschland Willen gern stark und würdig hätten dastehen sehen — auch bei ihnen mehrten und verstärkten sich nicht bloß die Zweifel, ob es berufen und fähig sei, an seinem Theile die ihm für sich selber und für Deutschland gewordene Aufgabe zu erfüllen und die Verwickelung worin man sich befand, auch nur mittelmäßig zu lösen: sie fingen an sehr ernstlich zu besorgen, es werde sich nicht einmal fähig zeigen, sich zu enthalten ungeschickt und verwirrend hineinzugreifen. Es hätte sicher besser gesorgt für seinen Ruhm und sein und Deutschlands Bestes, wenn es die Einigung mit Oesterreich nicht gestört und die Wege nicht verlassen hätte, die es mit diesem zu wandeln begonnen. Denn was nun die Sache selbst betrifft, so hat sich seitdem zu nur zu großem Schaden und Gefährde Deutschlands und auch Preußens — trotz seinem Gewinn an Kleinstaaten — gezeigt, daß es in der That keinen wahren und großen Fortschritt Deutschlands giebt, wenn Oesterreich sich dem entzieht, daß keine Deutsche Einheit, Verfassung oder Sicherheit zu Stande kommen oder sein kann, ohne einverständliches Zusammenwirken der Deutschen Großmächte, ja daß selbst nur ein Preußischer Sonderbund oder eine Vergrößerung Preußens ohne oder wider Oesterreichs Willen schwer möglich und wenn möglich von den größesten Nachtheilen und Gefahren begleitet ist. So viel die bekannten Thatsachen ersehen lassen, war kein äußerster Fall vorhanden, der dazu gedrängt hätte, die Gemeinschaft mit Oesterreich aufzugeben, und Preußen that dies und die Gagern'sche Partei wollte und betrieb es, damit wir jetzt nach mehr als Jahresfrist mit dem Verfassungswerke so weit — nein, nicht so weit wären als wir damals schon waren, damit auch Preußen nicht einmal einen anderen Sondergewinn erreiche, als das Maibündniß mit den Kleinsten, das große Hinderniß der Deutschen Einigung und ein zweideutiger Vortheil für Preußen selbst, und mit welchen Anstrengungen, Verlusten und Fährlichkeiten erkauft! Hätte Preußen auf dem Grunde fortgebaut, auf welchem es bis Mitte Januars mit Oesterreich stand, so befänden wir uns wol nicht in unserer heutigen Unsicherheit, Zerfahrenheit und Unbefriedigung und wären wol bewahrt geblieben vor den nunmehr erneuten Parteiungen und Sonderbünden und alle dem Schiefen und Aeffenden, Widerwärtigen und Verderblichen, wovon sie begleitet sind. Wir wären dann wol seit Jahr und Tag in einen festen Zustand eingetreten, der

zunächst allerdings mit lautem Geschrei und Drohen aufgenommen sein, der aber den wahren dringendsten Bedürfnissen abgeholfen und den ausführbaren mäßigen Wünschen vorerst genügt haben würde, und mit welchem sich auch die öffentliche Meinung trotz aller Künste sie zu verleiten und zu überschrauben vielleicht bereits ausgesöhnt hätte. In dem Zustande der Meinung eines beträchtlichen Volkstheils lag einer der wesentlichsten Gründe alles Uebels. Die Gagern'sche Partei war wie gesagt eifrigst bemüht, sie in Verkehrtheit und Ueberstiegenheit theils zu bestärken theils weiter zu bringen. Dieser schädlichen Bemühung leistete die Preußische Note Vorschub, indem sie ohne Wahrheit behauptete, Preußen werde durch die laut ausgesprochene Stimmung des eigenen Landes und Volkes, durch die allgemeine Deutsche Bewegung zu seinem Vorschreiten hingedrängt, indem sie die öffentliche Meinung als eine abgeschlossene, für den »Bundesstaat« begeisterte und einhellige hinstellte. Endlich aber mußte Preußen, wenn es denn ohne Oesterreich zu seinem wahren Ruhme und Deutschlands Heil vorangehen wollte, allerwenigstens seine Stellung rein und klar machen, und in sicherer und fester Haltung eine entschiedene und kräftige Initiative ergreifen, nicht eine solche, durch welche es die aus den Angeln gerenkte Welt nur noch mehr heraushob. An diesen Schritt, den Ausgangspunkt der Preußischen Politik in Beziehung auf Deutschland und das Verfassungswerk seit dem Heraustreten Preußens aus seiner Passivität — an diesen Schritt der nicht eingebessert wurde, dem ähnliche folgten, knüpfte sich als an den ersten Ring die ganze Kette der Verwickelungen und Unordnungen, unter welchen wir bis zu dieser Stunde leiden, unter großer Mitschuld der Gagern'schen Partei, welche die schwache Seite Preußens geschickt zu benutzen wußte, das letztere in eine Rolle mehr und mehr hineinzuzerren, in welcher es eben so unglücklich fortspielte als es darin debütirt. Auch der Weg, welchen Preußen einschlug und anrieth bot Aussichten zum Ziele zu gelangen, wenn die National-Versammlung in großer fester Mehrheit, umsichtig und sicheren Schrittes ihn hätte gehen, also die Preußische Note so wie deren Worte besagten, nehmen, die Verständigung so wie Preußen anrieth, aufrichtig anstreben mögen. Wir auf unserer Seite hätten gern die Hand dazu geboten, wir haben es bereitwillig und wiederholt gethan, aber die Gagern'sche Partei wollte nicht. Sie vermochte nichts ohne Preußen, und bestand darauf, daß Preußen an die Spitze treten

solle nach ihrem Sinne und daß ihr Preußen helfen solle nicht nach seinem Sinne. Sie benutzte die Note lediglich nach ihren bisherigen Gesichtspunkten und zu ihren Parteizwecken, indem sie sogar jene Preußischen Fingerzeige unbeachtet ließ, welche ihr zur Erreichung der letztern zu helfen geeignet waren. So mißlang der Versuch eine allgemeine Verständigung herbeizuführen. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Preußischen Note begann ein noch immer mehr verschlimmertes Parteitreiben, begann schon, und zwar in ziemlich unverhüllter Nacktheit die von langer Hand her angebahnte und seit dem December erkennbarer vorbereitete Sonderbündelei und damit der Untergang der Deutschen National-Versammlung. Dies ist es, was unser Schlußbericht nachzuweisen haben wird.
